

HISTORISCHE STUDIEN  
Finanzen und Finanzpolitik  
Toskanas  
im Zeitalter der Aufklärung  
(1737–1790)

DD  
3  
H68a  
no. 124

im Rahmen der Wirtschaftspolitik

Von

Dr. Hermann Büchi

HEFT 124

---

BERLIN  
1915

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965





# HISTORISCHE STUDIEN

HERAUSGEGEBEN VON

DR. H. H. H. H.

VERLAG

# HISTORISCHE STUDIEN

VERÖFFENTLICHT

VON

E. EBERING  
DR. PHIL.

---

HEFT 124

FINANZEN UND FINANZPOLITIK TOSKANAS IM ZEITALTER DER AUF-  
KLAERUNG (1737–1790) IM RAHMEN DER WIRTSCHAFTSPOLITIK.

VON DR. HERMANN BUECHL

---

Berlin 1915

**Finanzen und Finanzpoliti  
Toskanas  
im Zeitalter der Aufklärung  
(1737–1790)  
im Rahmen der Wirtschaftspolitik**

Von

**Dr. Hermann Büchi**

---

---

BERLIN  
1915

**Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck**

**KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965**



DD

3

.H 68a

no. 124

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

General Library

Cont'n

Kraus

8/28/66

12-497701

Dem Andenken  
meines unglücklichen Freundes  
Richard Frauenfelder  
gewidmet





## Inhalt.

### Vorwort

#### Erstes Kapitel. **Wirtschafts- und Finanzpolitik bis 1737:**

- a) Die republikanische Zeit. Auflösung der feudalen Wirtschaftsordnung. Entstehen und Charakter der wirtschaftlichen Vorherrschaft von Florenz. Zölle und Annonarsystem. Schutzzollpolitik. Die direkte Besteuerung. Estimo, Catasto, Decima. Indirekte Steuern. Die Staatsschuld. Charakter der florentinischen Wirtschafts- und Finanzpolitik.
- b) Das Prinzipat (1530--1737). Die Wirtschaftspolitik. Katastrophe der toskanischen Volkswirtschaft. Uebergang vom Stadtstaat zum Territorialstaat. Der Ausbau der territorialstaatlichen indirekten Steuern. Stärkere Heranziehung der Landschaft durch die Steigerung der Grundabgaben. Charakter der mediceischen Finanzpolitik.
- c) Das staatliche Finanzwesen vor der Reform Großherzog Leopolds: Zölle; Grundsteuern; das Katasterwesen. Keine Immunität von Klerus und Adel. Die indirekten Steuern. Die Staatsschuld. Das kommunale Finanzwesen und die Finanzverwaltung.

4

#### Zweites Kapitel. **Die Finanzpolitik der Regentschaft:**

Wirkung der Thronbesteigung der Lothringer auf die toskanische Wirtschafts- und Finanzpolitik. Toskana mit seinen Finanzen in den Dienst der österreichischen Politik gestellt. Neue Steuern. Die Finanzpacht. Außerordentliche Steuern. Fiskalischer Charakter der Finanzpolitik.

93

#### Drittes Kapitel. **Die Neuorientierung der toskanischen Volkswirtschaft durch Großherzog Leopold und die Grundzüge der leopoldinischen Finanzpolitik:**

Allgemein historische Stellung Leopolds und seiner Reform. Bedeutung für die toskanische Geschichte. Der Uebergang zum Agrarstaat. Dekapitalisierung von Florenz. Charakter der Finanzpolitik. Allgemeine Bedeutung derselben. Würdigung Leopolds.

126

**Viertes Kapitel. Die leopoldinische Zollpolitik:**

Der Sturz der Annona. Pompeo Neri. Dekapitalisierung von Florenz. Die Revision der Zollgesetzgebung. Abschaffung der Finanzpacht. Zollpolitik bis 1781. Schutzzöllner und Freihändler. Gianni und Tavanti. Der Sieg der Freihändler. Zolltarif von 1781. Die städtischen Torzölle. Städtefeindliche Tendenz. Sarchianis Schrift. Zum neuen Zolltarif. Tod Tavantis. Traktat A. Paolinis. Reformprogramm Giannis. Kampf der Schutzzöllner und Freihändler im Rate Leopolds. Giannis Sieg. Abberufung Leopolds und Scheitern der Giannischen Pläne.

148

**Fünftes Kapitel. Die Reform der Grundbesteuerung und die Auflösung der Staatsschuld:**

Günstige Situation für eine Reform der Grundsteuern. Pagninis Decima. Verquickung der Grundsteuerreform mit dem Problem der einen direkten Steuer. Beratungen über die Reform des Katasterwesens. Uneinigkeit der reformfreundlichen Partei. Sieg Giannis und vorläufiges Scheitern der allgemeinen staatlichen Katasterreform. Die leopoldinische Gemeindeverfassung. Die Tassa di Redenzione. Entlastung des Kolonats. Völlige Gleichstellung des Klerus und der Laien. Die allgemeine Katasterreform wird beschlossen. Erster Plan Giannis zur Auflösung der Staatsschuld. Scheitern desselben durch den Einfluß Tavantis. Das physiokratische Reformprogramm. Beginn der Katasterreform. Probeversuche und ihre Beurteilung. Gianni tritt in den Vordergrund. Wendepunkt der leopoldinischen Finanzpolitik. Die finanzpolitischen Anschauungen Giannis. Der zweite Plan zur Auflösung der Staatsschuld und zur Finanzreform auf Grundlage der Aufwandsteuern. Endgültiges Scheitern der Katasterreform. Beratungen über Giannis Pläne. Sein Sieg. Die Auflösung der Staatsschuld und die Ablösung der Grundsteuer. Schwierigkeiten der Reform. Sie gelingt. Redintegration der Monti unter Leopolds Nachfolger.

283

**Sechstes Kapitel. Die Finanzreform der achtziger Jahre:**

Allgemeiner Ueberblick über die Steuerreformen bis 1786. Die Reformen der Finanzkommission von 1786: Salz-, Mahl-, Fleisch- und Weinststeuer. Tabaksmonopol. Kontraktsteuer. Trennung des großherzoglichen Privatvermögens vom Staatsinteresse. Der Rechenschaftsbericht Leopolds.

441

Literatur

483

— IX —

**Abkürzungen.**

Archivio di Stato in Florenz. Abteilg. Archivio del Gabinetto = Gab.  
Archives du Ministère des Affaires Etrangères = A. E. E.

**Münzen und Maße.**

Scudo = 5,88 Lire. Lira = 84 cent. Paolo = 56 cent.  
Soldo = 4,2 cent; quattrino = 0,14 cent.  
Sacco = 73,0886 Liter. Stajo = 24,3629 Liter.

---

**Berichtigungen.**

*Seite 1 Zeile 2 lies: 1737 — S. 17 Anm. Z. 5: der statt das —  
S. 18 Z. 19: katastrierten — S. 49 Anm. 5 ergänze: Im Bericht des  
Gesandten heißt es „Scudi“, „écus florentins“; es sollte aber „Lire“  
heißen — S. 98 Z. 10 lies: dieses — S. 99 Z. 3 v. u.: Reggenza —  
S. 110 Z. 23: Laxenburg — S. 112 Anm. Z. 1: Breitwitz — S. 132  
Z. 3 ergänze nach Capponi: angehörten — S. 135 Z. 18 lies: alleinige  
statt allgemeine — S. 136 Z. 7 v. u.: genannt worden statt geworden  
— S. 148 Z. 13: besten statt beiden — S. 153 sind die beiden letzten  
Zeilen umzustellen — S. 162 Z. 8 lies: libero — S. 164 Z. 5: ersten —  
S. 181 Z. 11: auflösende — S. 195 Z. 14: vor statt von — S. 198  
Anm. 5 Z. 3 ist zu streichen — S. 217 Z. 8 lies: Lob — S. 235  
Z. 30: starke statt erste — S. 264 Z. 16: drängte — S. 299 Anm. 7  
Z. 2: regularsi — S. 343 Z. 25: direkten — S. 348 letzte Z.: Steuern —  
S. 370 Z. 1: denn statt den — S. 388 Z. 23: Tätigkeit — S. 406  
Z. 8: Luoghi — S. 418 Z. 13: Tassa — S. 420 Z. 25: eingereichte —  
Anm. 61 Z. 3: Leopolds — S. 435 Z. 15: Gemeinden.*

---





## Vorwort.

In der vorliegenden Schrift wird zum erstenmal die Auffassung von der Dekapitalisierung von Florenz durch Großherzog Leopold vorgetragen; sie steht im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen und hat die Gestaltung des Ganzen bedingt; namentlich machte sie den ersten Abschnitt nötig, die Schilderung des Werdens und des Charakters der Vorherrschaft der Stadt Florenz. Aber auch eine weitgehende Berücksichtigung der Wirtschaftspolitik hat sich daraus ergeben, weil ohne eine solche die Aufgabe, die sich der Verfasser stellte, nur unvollkommen hätte gelöst werden können.

Das Material, worauf die Studie beruht, ist, abgesehen vom ersten Abschnitt, meist ungedrucktes aus den Archiven von Florenz und Paris. Mancherorts wurde die Darstellung ausführlicher gehalten als die sachliche Wichtigkeit es verlangte; indessen diene sie einmal dazu, ein Material der Geschichtsforschung zugänglich zu machen, das, wie ich hoffe, zur Beurteilung dieser wenig bekannten Epoche nicht unwillkommen sein wird; sie diene auch dazu, die wirtschafts- und finanzpolitischen Anschauungen der Männer klar hervortreten zu lassen, die diese für Toskana ehrenvolle Regeneration des Staates geleitet haben. Ueber die Ergebnisse, die eine flüchtige Durchsicht der französischen Gesandtschaftsberichte über Toskana in den Pariser Archives du Ministère des Affaires Etrangères gewährte, gedenke ich mich ausführlicher in einem Aufsatz im Archivio Storico Italiano zu verbreiten. Die einschlägige Literatur zu zitieren, habe

ich in der Regel unterlassen; Kenner werden leicht herausfinden, aus welcher Quelle die Nachrichten stammen; ein Verzeichnis der wichtigsten Literatur am Schluß dieser Schrift dürfte denjenigen, die sich näher dafür interessieren, die nötigen Anhaltspunkte geben. Eine weitgehende Berücksichtigung fanden die gedruckten Erlasse, Verordnungen usw.; auch hier habe ich eine Zitierung unterlassen, da sie in der — übrigens keineswegs vollständigen — offiziellen Sammlung: „Bandi e Ordini da osservarsi nel Granducato di Toscana“ chronologisch geordnet vorliegen.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, den Herren des Florentiner Staatsarchivs, der Nationalbibliothek in Florenz und des Archivs des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten in Paris für das stets freundliche Entgegenkommen, das ich gefunden habe, herzlich zu danken.

Solothurn, im Juli 1914.

---



## Erstes Kapitel.

### Wirtschafts- und Finanzpolitik bis 1731.

Der toskanische Staat, der 1737 durch Vertrag der Großmächte aus der Hand des letzten Medici an die neue Dynastie der Lothringer überging, ist ein Staat des Ancien Régime. Der Typus eines solchen Staatswesens ist bekannt: Fürstlicher Absolutismus und ständische Gliederung der Gesellschaft; Privilegien der Person und Privilegien des Orts; in Verfassung und Verwaltung unverwischt die Spuren der Vergangenheit, um nur einige der markantesten Charakterzüge hervorzuheben. Aber neben diesem abstrakten Typus stellt jeder Staat ein individuelles Leben, eine nur ihm eigene Gestaltung dar. Die Besonderheit des toskanischen beruht auf der städtischen, antifeudalen Vergangenheit der Territorien, die ihn in freiem oder gezwungenem Zusammenschluß gebildet haben.

### Die republikanische Zeit (bis 1530).

In die Frühzeit florentinisch-toskanischer Wirtschaftsgeschichte fällt jener denkwürdige, für alle zukünftige, insbesondere auch finanzgeschichtliche Gestaltung der Staaten des toskanischen Hügellandes höchst wichtige, grundlegende Prozeß der Auflösung der feudalen Wirtschaftsordnung, der Entfesselung von Grund und Boden, und der Emanzipation der bäuerlichen Bevölkerung, eine Entwicklung, die auch durch spätere Reaktion wie die der spanischen Ära und der Gegenreformation nicht wesentlich mehr beeinflußt wurde. Ein selten glückliches Zusammentreffen der wirtschaftlichen wie allgemein histo-

rischen Bedingungen hat hier den frühen Sieg der Geldwirtschaft über die Naturalwirtschaft zu einem gründlichen gemacht. Einerseits nämlich nahm die städtische Industrie in Florenz, deren Wurzeln ins 12. Jahrhundert zurückreichen und deren glänzende Blüte das 15. Jahrhundert gesehen hat, solche Dimensionen an, daß die Stadt Florenz zur gewaltigsten Industriestadt des Mittelalters heranwuchs. Mit dieser höchsten Ausbildung des Industrialismus hat sich die höchste Ausbildung des Geldhandels vereinigt, als die florentinischen Bankhäuser den Geldverkehr der Kurie mit dem Norden in die Hand bekamen und damit Florenz der Geldmarkt für Europa wurde. Wohl hatte der toskanische Lehensadel in Erkenntnis seiner drohenden Lage sich bereits zu nicht unbedeutenden Konzessionen an die untertänige Bevölkerung verstanden; aber binnen kurzem sah er sich überholt; und der Kampf, den die in kräftigen Stößen um sich greifende Territorialgewalt der Kommunen der noch selbständigen Aristokratie aufdrängte, drehte sich geradezu um ihre politische Existenz. Noch vor Ablauf des 13. Jahrhunderts war dieser Kampf in Florenz zugunsten des Bürgertums entschieden, welches den Adel durch eine rigorose Ausnahmegesetzgebung fast aller politischen Rechte beraubte und bis zum Schlusse des Mittelalters im Verein mit den Schwesterrepubliken fast aller Feudalherrschaft ein Ende machte. Wohl blieben eine Anzahl Lehen bestehen — sie verdanken ihre Weiterexistenz wohl meistens einem klugen, frühen Anschluß an die Stadt —, wohl überdauern sie die Jahrhunderte, um in der Reaktion der Gegenreformation neue Kraft zu gewinnen; aber sowohl ihrer Zahl wie besonders ihrem Umfang nach sehr beschränkt, sind diese meist peripherischen Gebilde ohne Bedeutung für die toskanische Geschichte geblieben.

Nicht die christlich-humanitären Gründe, wie sie in den Freiheitsurkunden vorangestellt werden, sondern wirtschaftliche und politische Motive haben den städtischen Demos veranlaßt die Emanzipation des Bauernstandes in die Hand zu nehmen. Und während nun in der Stadt Florenz selber der zur Nieder-

lassung genötigte Adel der Magnati in gewaltigem Ringen von den Popolani niedergeworfen wurde und im 14. Jahrhundert in immer demokratischerer Entwicklung bald die Geldaristokratie des popolo grasso, der kleine Gewerbsmann, die auf die Massen gestützte Tyrannis und schließlich, wenn auch nur in ephemerer Weise der popolo minuto das Staatsruder in die Hand bekam, leiteten die Staatsbeschlüsse von 1289, die Statuten von 1321, allen voran aber die Magna charta des Florentiner Bauernstandes, im Statut von 1415, die Entwicklung der florentinisch-toskanischen Agrarverfassung in völlig neue Bahnen hinüber; die von Staats wegen dekretierte unbedingte Aufhebung aller Leibeigenschaft und Zinshörigkeit, aller Gebundenheit an den Boden, aller Frohnden und Rechtsverhältnisse zwischen Privaten, aus welchen sich Verpflichtungen gegen die persönliche Freiheit, insbesondere zu feudalrechtlicher Abhängigkeit ergaben, ist das Resultat dieser Entwicklung gewesen.

Bekanntlich haben die Industriellen und Großkapitalisten der Hauptstadt, unter deren Aegide diese Emanzipation des Bauernstandes durchgeführt worden war, keineswegs daran gedacht, den Bauern auf sich selbst zu stellen; ihr zu unmittelbares Interesse hätte auch eine völlig unbefangene Behandlung der Agrarverhältnisse nicht erwarten lassen; im Gegenteil, in derselben Zeit, da sie auf der einen Seite in so markanter Weise das Banner der wirtschaftlichen Freiheit schwingen, sehen wir sie an Stelle der alten, glücklich überwundenen Gebundenheit eine neue Fessel so furchtbarer Art dem Bauernstand anlegen, daß man fast geneigt ist, die alte für weniger furchtbar und drückend zu halten. Damit können weder das neue Agrarsystem der Mezzeria, noch sonstige Beschränkungen und Verpflichtungen des Kolonen privat- oder öffentlichrechtlicher Natur gemeint sein, sondern den Kern bildet die mit echt städtischem Egoismus durchgeführte hauptstädtische Annonarpolitik, die für die Entwicklung der toskanischen Volkswirtschaft von um so verderblicherer Bedeutung geworden ist, je mehr wir uns der Neuzeit nähern

und je weniger die allgemeinen Bedingungen für eine solche Politik vorlagen.

Es ist die Feudalzeit, die die Entstehung der *Annona* gesehen hat; in ihr haben wir die Begründung zu suchen. Und wir können gewiß den Kommunen unsern Beifall nicht versagen, wenn wir sehen, wie sie in einer Zeit ewiger Fehde und beständiger Unsicherheit des Handels den Zufluß der notwendigen Lebensmittel zum städtischen Markt mit einer Fesselung der wirtschaftlichen Freiheit zu erzwingen suchen, die im Widerspruch mit mancherlei liberalen Staatsbeschlüssen und insbesondere mit der oben erwähnten Emanzipation des Bauernstandes steht. Das Verbot der Ausfuhr der notwendigsten agrarischen Rohprodukte, vor allem des Getreides, das das waffenmächtige Bürgertum der unterworfenen Landschaft auferlegt, sichert die Kommune vor einer Aushungerung, die herbeizuführen dem Lehensadel sonst ein leichtes gewesen wäre und die ihn instand gesetzt hätte, alle seine städtefeindlichen Forderungen durchzusetzen. Indem die kommunale Annona- und Zollpolitik auf diese Weise dem Gegner eine furchtbare Waffe entwindet, befolgt sie nur das Gesetz der Selbsterhaltung.

Aber als nun in dem langen, zähen Ringen die Feudalaristokratie den Waffen und der Legislatur der Kommunen erlegen war, vollzog sich in der feudalen Wirtschaftsverhältnissen entsprungenen Teuerungspolitik eine Zweckwandlung, die im engen Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung der siegreichen Kommunen stand. Schon im 13., insbesondere dann aber im 14. und 15. Jahrhundert erheben sich diese, allen voran Dantes Vaterstadt zu einer Blüte industrieller Entwicklung, wie sie das unerreichbare und immer wieder erstrebte Ideal aller nachfahrenden toskanischen Generationen gebildet hat und wie sie uns neuerdings Alfred Doren in so glänzenden Farben schildert hat. Als die florentiner Wollentuchindustrie und nach ihr die Seidenindustrie für den Weltmarkt zu arbeiten begannen, ihre Produkte auf den Märkten des Orients wie des Okzidents zum Absatz gelangten, da drängte die Entwicklung der floren-

tinischen Volkswirtschaft mit um so gewaltigerer Energie in die Bahnen merkantilistischer Wirtschaftspolitik, als hier der Export der eigenen Fabrikate als eigentliche und erste Ursache des Reichtums erschien, während der auswärtige Handel der deutschen Städte überwiegend Passivhandel war. Als natürliche Folge dieser Anschauung sehen wir die gesamte wirtschaftliche Gesetzgebung von diesem Geist des Merkantilismus durchtränkt und als oberstem Grundsatz beherrscht, und da der egoistische Patriotismus der Hauptstadt jene gewinnbringendsten Industrien auf die Kapitale beschränkte, so ist eingestandenermaßen das Wohl und Gedeihen der hauptstädtischen Zünfte *suprema lex rei publicae* geworden. Um 1450 steht das neue Gebäude in imponierender Größe vor uns.

Alle die bekannten Charakteristika der entwickelten Stadtwirtschaft zeigen sich uns in diesem Wirtschaftssystem: getragen vom engherzigsten Stadtegoismus und dem kräftigsten Stadtpatriotismus, ist diese Politik stets bereit den konkurrierenden Nachbarn rücksichtslos niederzuwerfen und der unterworfenen Landschaft festere Fesseln aufzulegen, den lokalen Handel, die lokalen Gewerbe zu fördern. Auch hier bezweckt das städtische Markt-, Zoll- und Meilenrecht die Begünstigung des Stadtbürgers und Benachteiligung des fremden Konkurrenten und die komplizierte Wochenmarkts- und Verkaufsgesetzgebung dient dazu, Angebot und Nachfrage zwischen kaufendem Städter und verkaufendem Landmann so zu gestalten, daß der erstere in möglichst günstiger, der letztere in möglichst ungünstiger Position beim Konkurrenzkampfe sich befinde (Schmoller).

Eine der wichtigsten, um nicht zu sagen die wichtigste Funktion hat in diesem System die Annonargesetzgebung zu erfüllen; und je mehr die florentinische Großindustrie die Entwicklung aller übrigen der damaligen Welt hinter sich ließ, um so schärfer und markanter mußte sich hier ihr Einfluß zeigen. Unter diesem Einfluß hat sich die feudalen Wirtschaftsverhältnissen entsprungene Annona mit neuer Kraft und insbesondere mit einem neuen Zweck erfüllt. Nicht mehr die Sorge vor Aus-

hungerung ist es, die die Lebensmittelpolitik der Stadt beherrscht, sondern Versorgung der hauptstädtischen Arbeiterschaft mit billigem Brot und Fleisch, um der florentinischen Großindustrie auf dem Weltmarkt zum sichern Sieg zu verhelfen. Und höchst beachtenswert sind die Mittel, die der florentinische Egoismus hierbei verwendet. Pöhlmanns glänzende und immer noch wertvolle Jugendarbeit hat uns in anschaulicher Weise vor Augen geführt, wie die Wirtschaftspolitik der Florentiner Renaissance bestrebt war, die Produkte aus den Händen der Produzenten möglichst ohne Vermittlung in die der Konsumenten gelangen zu lassen, unterstützt in diesen Gesetzen gegen Aufkauf und Zwischenhandel von römisch-kanonistischen Anschauungen; wie durch Lokalisierung des Marktes in der Hauptstadt der Verkehr künstlich dorthin geleitet wurde; wie insbesondere auch durch Vorschreibung des Preises durch die aus interessierten Bürgern genommene Annonarbehörde und durch Rückfuhrverbot das Interesse des städtischen Käufers möglichst gesichert wurde. Vor allem aber funktionierte in raffiniertester Weise die florentinische Zollpolitik im Interesse der Kapitale: der Angelpunkt des ganzen Annonarsystems.

Betrachten wir zunächst die innerstaatliche Zollgesetzgebung in dieser Hinsicht, so finden wir als wesentlichsten Inhalt derselben die Tendenz, den Verkehr, der sich von der Peripherie des Staates nach dem Zentrum, der Kapitale hin bewegte, möglichst von jedem Hindernis zu befreien, während man das Zurückströmen vom Herzen nach den Gliedern auf alle Weise zu unterbinden suchte. Diesem Zwecke dienten die Rückfuhrverbote für Lebensmittel aus der Hauptstadt, das Verbot der Ausfuhr von Getreide und Gemüse aus Stadt und Vorstädten, sämtlichen Produkten des Ackerbaus und der Viehzucht aus der Grafschaft in den Distrikt; nur mit sparsamer Hand verteilte die daz" autorisierte Annonarbehörde die nötige Lizenz; nur selten sind die nicht unbeträchtlichen Zölle, da sie den größten Teil der Staatseinnahmen ausmachten, im Sinne der Verkehrsfreiheit ermäßigt worden. Diesem selben Zwecke

dienten andererseits die Bestimmungen, die die siegreiche Kapitale den unterworfenen Kommunen aufzwang, wonach die freie Lebensmittelzufuhr nach Florenz vertraglich gesichert wurde; diente vor allem auch das zugunsten der Hauptstadt geschaffene Differentialzollsystem, die Befreiung der hauptstädtischen Zufuhr von den Binnenzöllen; ja die Rücksichtslosigkeit der Florentiner Kauf- und Fabrikherren hat sich nicht gescheut manchen Territorien für den Absatz ihrer Bodenerzeugnisse den Florentiner Markt geradezu aufzuzwingen.

Und als Korrelat zu dieser nur selten in liberalem Sinne geänderten Binnenzollgesetzgebung tritt nun die Regelung des Verkehrs zwischen In- und Ausland. Als selbstverständliche und notwendige Konsequenz des im Inland durchgeführten Prohibitivsystems mußten hier dieselben Ausfuhrverbote für Korn, Vieh und Lebensmittel erfolgen. Während aber die einseitige Abschließung des florentinischen Contado mit aller Energie durchgeführt worden ist — der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte der Grafschaft in der volkreichen, industriellen Hauptstadt wäre auch ohnedies natürlich gewesen —, sehen wir, daß in bezug auf die Grenzzölle bei aller grundsätzlichen Festhaltung des Prohibitivsystems, häufig, wenn auch schwankend, liberalere Strömungen sich geltend machten; sie entspringen einmal der Notwendigkeit den peripherischen, vom Markt der Hauptstadt entfernteren und daher ungünstiger gestellten, vorwiegend agrarischen Territorien Konzessionen zu machen, wie es gegenüber der pisanischen Landschaft in erster Linie zu konstatieren ist; sodann aber hat fiskalisches, der Prohibitivgesetzgebung naturgemäß entgegengesetztes Interesse die Prohibition durch wenn auch nicht sehr mäßige Ausfuhrzölle ersetzt. Die Höhe derselben und die nur selten erteilte Ausfuhrerlaubnis zeigen deutlicher als alles andere, wie diese Strömung der Zollpolitik nur als Ausnahme zu betrachten ist.

Daß eine Begünstigung der Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande für die allezeit begünstigte Hauptstadt nur von Vorteil sein konnte und daß man dieselbe am meisten durch

Aufhebung der Einfuhr- und Binnenzölle ermutigen konnte, diese Einsicht war vorhanden; aber das fiskalische Interesse der immer bedrängten Finanzverwaltung hat wohl zeitweilige Suspension der übrigens niedrigen und wenig zahlreichen Zölle zugelassen, aber stets eine definitive Abschaffung verhindert.

Sahen wir so, wie aus der alten Annonarpolitik der toskanischen Feudalzeit die neue auf Abundanz des hauptstädtischen Marktes gerichtete Lebensmittelpolitik hervorgegangen ist, so bleibt uns noch die Zollpolitik gegenüber den Fabrikaten der florentinischen Industrie zu betrachten. Wenn wir als obersten Leitsatz der florentinischen Wirtschaftspolitik im allgemeinen gefunden haben, daß die hauptstädtische Industrie, und insbesondere die für den Weltmarkt arbeitende Wollentuchindustrie mit allen Mitteln gefördert werden müsse, so wird man schon zum voraus zu der Annahme geneigt sein, daß diese Tendenz sich auch auf dem Gebiete der Schutzzollpolitik äußern wird in dem Bestreben, den einheimischen Markt den Zünften zu monopolisieren. Zunächst ergibt sich allerdings, daß es nur den zwei gewaltigsten, der Hauptstadt privilegierten Industrien, der Wollentuch- und der Seidenzunft, dann allenfalls noch der Lederindustrie gelingt, sich einen monopolistischen Anspruch auf die zu Markt gebrachten Rohstoffe ihrer zünftischen Verarbeitung (Waid, Wolle, Pottasche, Rohseide, Maulbeerblätter, Häute) zu gewinnen und ein ganz den Gesichtspunkten der Annonarpolitik gleichartiges Ausfuhrverbot durchzusetzen und ebenso jeglichen Zwischenhandel zu eliminieren. Was uns am meisten erstaunen muß, das ist der Umstand, daß bis tief ins 15. Jahrhundert hinein die florentinische Wirtschaftspolitik fast gänzlich darauf verzichtet hat, die ausländische Konkurrenz vom hauptstädtischen Markte auszuschalten. Welche Gründe dieser eigentümlichen Erscheinung zugrunde liegen, läßt sich nur vermuten. Man ist geneigt, daran zu denken, daß die Finanzverwaltung der Kommune ein zu unmittelbares Interesse an ihrer Haupteinnahmequelle hatte, als daß sie deren Verminderung durch Prohibition oder exorbitante Schutzzölle zugelassen



hätte; und so hätte auch hier das fiskalische Interesse einer weiteren Restriktion der Handelsfreiheit entgegengewirkt<sup>1</sup>. Eine Annahme, die dadurch eine gewisse Bestärkung erhält, wenn wir sehen, daß die im 15. Jahrhundert inaugurierte Schutzzollpolitik bald wieder aus fiskalischen Gründen Einschränkungen erfuhr. Sodann scheint die Konkurrenz gegen die bis dahin fast unumschränkte Monopolstellung der florentinischen Industrie von seiten der andern italienischen Staaten erst im 15. Jahrhundert eingesetzt zu haben, wodurch eine Schutzzollpolitik von selbst wegfiel.

Dem erst im 15. Jahrhundert, während es eben durch Erwerbung Pisas (1406) und Livornos (1426) das letzte Hindernis beseitigte, das noch dem Tuchexport im Wege stand, und gleichzeitig in der Levante festen Fuß faßte, ging Florenz zum Hochschutzzoll über. Der Tarif von 1426 belegte eine Reihe von Artikeln der Seiden- und Wollentuchindustrie neben den hergebrachten Einfuhr- und Binnenzöllen mit einem Schutzzoll von  $52\frac{1}{2}\%$ , solche der Waffenfabrikation sogar mit einem solchen von  $105\%$ , und traf auch den Transit der prohibierten Waren mit einem Zuschlag von  $3\frac{1}{2}\text{—}11\frac{1}{2}\%$  des Wertes. Diese 1426 inaugurierte und späterhin auf weitere Artikel, besonders der Wollenindustrie, ausgedehnte Schutzzollpolitik erreichte ihren Höhepunkt, als 1458 die Einfuhr aller und jeder Fabrikate der italienischen Tuchmanufakturen ins florentinische Gebiet ohne Ausnahme verboten wurde, nachdem die hohen Schutzzölle nur einen großartigen Schmuggel erzeugt hatten. Aber die Erwartungen, die man an diese Maßregeln geknüpft hatte, wurden in so bitterer Weise enttäuscht, daß schon in den sechziger Jahren die liberale Reform auf dem Fuße folgte; und als in den Jahren 1488 und 1505 neue Prohibitionen zugunsten der Tuch- und Lederindustrie erlassen wurden, geschah das in weit umsichtigerer und überlegterer Form als vormals. Ueberhaupt treffen wir am Ende der republikanischen Epoche im großen und

---

1. Im übrigen sind die Finanzzölle der Republik ziemlich bedeutend gewesen (siehe Pagnini, Bd. IV, S. 1 ff.).

ganzen nur die für den Export arbeitenden Großindustrien der Wollen- und Seidenzunft prinzipiell durch Prohibitionen und Schutzzölle geschützt, während dieselben für die anderen Zünfte mehr den Charakter von Erziehungszöllen tragen.

Indem wir uns jetzt den Gründen zuwenden, die die oben genannte liberale Reform bewirkten, tritt uns die überragende Bedeutung entgegen, die in der republikanischen Zeit die Finanzpolitik auf die Gestaltung der Zolltarife ausgeübt hat. Waren doch die indirekten Steuern und unter diesen wieder vor allem die Zölle von so beträchtlichem Ertrag, daß selbst in den Zeiten der brutalsten Ausnutzung des Catasto dessen Ertrag immer noch hinter dem der Zölle zurückblieb. Daß dem nicht anders der Fall sein konnte, das wird uns klar, wenn wir uns den lückenlosen Tarif für die Aus- und Einfuhr der Stadt und Grafschaft bei Pagnini ansehen, wo neben der namentlichen Aufzählung einer Menge besteufter Gegenstände für die nicht genannten Waren eine gleiche Norm aufgestellt wird, z. B. für die Einfuhr in die Stadt Florenz 5 % des Wertes, für die Ausfuhr der allgemeinen Regel entsprechend  $\frac{2}{3}$ , für den Transit  $\frac{1}{3}$  des Einfuhrzolles. Und mit Pöhlmann können wir am besten den allumfassenden Charakter der Tarife durch Aufzählung derjenigen Objekte veranschaulichen, auf welche allein die Zollfreiheit der Einfuhr in die Stadt Florenz und der Ausfuhr beschränkt war: „Alles was für die Kriegszwecke der Kommune bestimmt ist, was Soldaten, Bürgern im Dienst der Kommune, sowie den von auswärts berufenen obersten Beamten des Staates und den fremden Gesandten gehört, Leinen- und Wollenstoffe, welche Bürger oder Bauern von der Stadt nach der Grafschaft und umgekehrt zum Waschen schicken, alte Gegenstände der ländlichen Einrichtung und gebrauchte Kleider, welche der Bürger nach seiner Villa in der Grafschaft schickt und umgekehrt — neue Sachen dieser Art werden ausdrücklich als zollpflichtig bezeichnet! — Lohe, welche die Gerber zu einem bestimmten Tore ausführten, um sie gemahlen wieder zurückzubringen, Salz, dessen Handel ja Staatsmonopol war, Häute, die in die Grafschaft gehen um gegerbt, Flachs und Werg, um dort gesponnen zu werden,

unter der eidlichen Verpflichtung, es nicht zu verkaufen, sondern wieder zurückzuführen, Geräte für die Exequien Verstorbener, wobei sich die Behörde ein Pfand bestellen ließ, daß dasselbe binnen 3 Tagen wieder zurückkam, Gold und Silber, die in die Stadt eingeführt wurden, in Barren oder Münze, während bei der Ausfuhr nur die das Gepräge der Kommune tragenden Münzen frei sein sollten. Diese an sich schon aufs engste umgrenzten Zollbefreiungen kamen aber vollends in Wegfall, wo es sich um den Verkehr an der Landesgrenze handelte. Hier hatten nach den Statuten alle Waren, auch die von der Kommune oder deren Beamten ein- oder ausgeführten, die Zölle zu bezahlen!

Neben den Grenzzöllen also, überwiegend Finanza-zöllen, haben wir im Innern des Staates jene zahlreichen Zoll-schranken, bald staatlicher, bald kommunaler Natur, die beim historischen Werdegang des florentinisch-toskanischen Staatswesens sich erhalten haben, Zölle zwischen Stadt und Grafschaft, zwischen den einzelnen Grafschaften und dem Distrikt, die den Handelsverkehr der zollpflichtigen Objekte der Zahl nach im ganzen in gleichem Umfange belastete. Daß die Finanzpolitik, in deren Interesse es lag, ein möglichst hohes finanzielles Ergebnis zu erzielen, mit der 1426 eröffneten Prohibitiv- und Hochschutzzollpolitik in Konflikt geraten mußte, lag bei der überwiegenden Bedeutung der Einfuhrzölle für die Staatskasse auf der Hand. Und es ist ein schlagender Beweis für die hohe Wichtigkeit der Zölle für das florentinische Finanzsystem, daß es der Zollverwaltung allerdings im Verein mit den in derselben Richtung arbeitenden Handelskreisen gelungen ist, die Zollgesetzgebung in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts in entschieden liberalere Bahnen zu leiten; eine Tendenz, die vor allem die Tarifreform von 1489 wie auch sonstige Reduktionen der Einfuhr- und Transitzölle zur Folge hatte. Und im Sinne der Finanz- und Handelspolitik ist ferner damals nicht nur Hand angelegt worden an das drückende System der Binnenzölle, sondern auch die Ausfuhrzölle für Seiden- und Wollentücher wurden wenigstens zeitweilig um den dritten Teil

herabgesetzt. Aber gerade bei diesem Anlaß zeigt sich, wie sehr das fiskalische Interesse im Zollwesen im Vordergrund stand, wenn man bedenkt, daß sowohl die für die Industrie nötigen Rohstoffe den Einfuhrzöllen und die Ausfuhr selbst der zwei bedeutendsten Industrien hohen Zöllen unterworfen waren. Gerade dieses fiskalische Interesse hat manchmal die Heraufsetzung der Finanzzölle erwirkt, bis die Erfahrung lehrte, daß einer allzu großen Steigerung der Zölle eine Verminderung des Ertrages auf dem Fuße folgte. Und an eine allgemeine Reform des Zollwesens und insbesondere der Binnenzölle hat im republikanischen Florenz niemand gedacht; hätte doch in diesem Fall das ganze Steuerwesen auf andere Grundlagen gestellt werden müssen; dazu aber war die stürmische letzte Zeit der Republik nichts weniger als angetan. So ist denn trotz mannigfaltiger Aenderungen und Reformen das florentinische Zollwesen zu Ausgang der Republik im Grunde dasselbe geblieben wie ein Jahrhundert früher.

Wenden wir uns nach dieser flüchtigen Skizze der florentiner Wirtschaftspolitik und ihres Einflusses auf die Zollpolitik dem eigentlichen Steuerwesen und hier zunächst der direkten Besteuerung zu, so haben wir hier eine Entwicklung vor uns, wie sie vor allem den Ruhm der florentinischen Finanzgeschichte bildet. Wie weit bei der Einführung des ersten Besteuerungsmodus, des *Estimo*, das antike Vorbild maßgebend gewesen ist, wissen wir nicht, sicher aber ist, daß diese in der Stadt eingeführte allgemeine Vermögenssteuer im Verlaufe des 11.—13. Jahrhunderts von der Kommune in den verschiedenen Territorien und Herrschaftsgebieten eingeführt wurde, die unter den mannigfachsten Titeln dazu kamen. Diese Steuer, die im wesentlichen bis zur Einführung des Catasto im Jahre 1427 gedauert hat, war theoretisch auf das gesamte immobile wie mobile Kapital radiziert, und wo solches fehlte, verwandelte sie sich in eine Kopfsteuer. Schon der *Estimo* zeigt jene charakteristische Eigenschaft, die später auch auf den Catasto, zeitweilig auch auf die *Decima* übergegangen ist: er ist nur die

Basis der direkten Besteuerung, nach der alle ordentlichen wie außerordentlichen Steuern, für die Bürger auch die Zwangsanleihen umgelegt wurden; und wir treffen ferner das Bestreben, die Steuer, soweit wenigstens die Immobilien in Betracht kamen, zu einer die Güter verpflichtenden Realsteuer auszubilden. In der Weise, daß die durch Einschätzung der immobilien und mobilen Güter nach ihrem Ertrag, dazu des Einkommens durch Kapitalisierung gewonnene Summe bloß die Norm, lumen et regula der direkten Besteuerung bildete und die Steuerregister die Steuerkraft der Kontribuenten zeigten. Die Umlage der Steuer erfolgte in der Stadt nach Stadtteilen, in der Grafschaft nach Bezirken, die von den Stadtteilen ihre Namen erhielten, und in den Bezirken wieder nach Kirchspielen. Die Höhe der ordentlichen Steuer war in der Regel 10 % des eingeschätzten Ertrages für die Grafschaft, während sie für die Bürger, die die Stadtzölle zu tragen hatten, weder ordentlich war noch jährlich umgelegt, viel lieber in Konsumsteuern umgewandelt wurde. Weit wichtiger war die Schätzung für die Umlage der außerordentlichen Steuern, die manchmal zwei- bis dreimal im Jahre erhoben, aber im Monte gutgeschrieben wurden, sodann die Prestanze, die Zwangsanleihen, die in Notlagen den Bürgern auferlegt wurden und ebenfalls im Monte zur Aufzeichnung gelangten. Aus diesen Prestanze, die während der ganzen republikanischen Periode und eine Zeitlang noch unter dem Prinzipat eine charakteristische Rolle gespielt haben und den Staat vor allzu plötzlichen hohen Steuern schützten, ist die große florentinische Staatsschuld erwachsen.

Daß die Grundlagen des Estimo als nichts weniger als gerechte empfunden wurden, das zeigen die zahlreichen Neu-aufnahmen, die seit 1288 bis zur gerechteren Besteuerung von 1412 und bis zum Erlaß des Catasto von 1427 fast alle 5 Jahre gemacht wurden, wie auch die Aenderung der Umlageform, die dieser Besteuerung das Gepräge des Unstäten verleiht. In der Tat zeigte es sich, daß der Estimo, der theoretisch eine allgemeine Vermögens- und Einkommensbesteuerung darstellen

sollte, tatsächlich nichts anderes als eine — bei Mangel eines Katasters außerdem bei weitem unzureichende — Grundsteuer war, verbunden mit einer die unteren Klassen schwer bedrückenden Kopfsteuer; und wir verstehen es recht wohl, wie immer wieder die unteren Klassen nach einer gerechteren Umlageform riefen, während sich das in jenen Zeiten mächtig heranwachsende mobile Kapital dem mit allen Kräften widersetzte, weil es in dem unregelmäßigen Willkürsystem der Schätzung seinen wohlverstandenen Vorteil fand. Und es zeigt uns die gewaltige Macht dieses mobilen Kapitals, daß es ihm trotz der offenkundigen Ungerechtigkeit des Systems so lange gelungen ist, jede größere Steuerreform zu hintertreiben.

So ist es denn als eine schwere Niederlage der kapitalistischen Kreise zu betrachten, als im Jahre 1427 durch Einführung des *Catasto* eine neue Grundlage für die direkte Besteuerung geschaffen wurde. Das Verdienst um diese Reform ist umstritten; ihre Wirkungen und ihr Geist aber klar. Mächtig war im Laufe des 14. Jahrhunderts das mobile Kapital der Bürger gewachsen, mächtig aber auch die Staatsausgaben, und so war es schließlich nur der Ausdruck dieser veränderten Sachlage, daß eine Erweiterung der Besteuerung erfolgte in dem Sinne, daß auch die kapitalistischen Kreise herangezogen, dafür die unteren Schichten entlastet wurden; dann aber mußte vor allem die Willkür der Einschätzung, die im alten System so reichlich Unzufriedenheit erregt hatte, sicheren Normen weichen. Es ist ein glänzendes Zeichen für die Denkart und die Begabung der Staatsmänner, die den *Catasto* eingeführt haben, daß sie die neue Sachlage richtig erkannten und die richtigen Maßnahmen durchsetzten, so daß wir heute im *Catasto* zweifellos den Höhepunkt der florentinischen Finanzgeschichte zu erblicken haben.

Es ist eine allgemeine Einkommensteuer gewesen in einer Form, wie wir sie erst in neuerer Zeit wiedergesehen haben. Freilich — und das ist ein wichtiger Unterschied von der heutigen direkten Besteuerung — es fehlte jener Zeit das Ver-

ständnis für den abstrakten Begriff des Einkommens; daher wurde bei Eruiierung der Steuerfähigkeit der Kontribuenten der Ertrag der Immobilien, die Einkünfte, Renten, Löhne usw. kapitalisiert und daraus die steuerbare Gesamtsumme gewonnen. Aber neben dieser Unvollkommenheit des Catasto treten mächtig seine Vorzüge in den Vordergrund. Das gesamte immobile wie mobile Kapital, Handel und Industrie, Wechsel, Bargeld und Zinsen aus Staats- wie Privatschulden werden herangezogen. Die Besteuerung hatte zu erfolgen auf Grund einer detaillierten Selbsteinschätzung, die durch eine mit außerordentlichen Befugnissen ausgestattete, auf bestimmte Zeit gewählte Steuerbehörde nachzuprüfen war. Für die Immobilien war eine möglichst genaue Angabe des Ertrages vorgeschrieben, der nach bestimmten Tarifen eingeschätzt wurde, ferner genaue Angabe der Lage und Grenzen der einzelnen Bestandteile. Die Summe der einzelnen kapitalisierten Posten ergab indessen nicht die Basis der neuen Besteuerung, vielmehr wurden von ihr zunächst die sämtlichen nachweisbaren Passiven abgezogen, dann der Wert des Wohnhauses, der Herdstätten, des Hauszinses, der Haustiere, des Hausgerätes, der Pachten usw. und schließlich 200 fiorini per Kopf, wodurch ein Existenzminimum geschaffen wurde. Erst dieses Nettoeinkommen und Nettovermögen sollte steuerpflichtig sein. Ueberdies waren alle Bürger von 18—70 Jahren, die ein solches Nettovermögen und -einkommen aufwiesen, einer Kopfsteuer unterworfen. Da aber infolge der weitgehenden Abzüge, die das Gesetz gestattete, eine Masse von Bürgern kein Nettovermögen und -einkommen zu versteuern gehabt, nichtsdestoweniger aber einen nicht unbedeutenden Besitz gehabt hätte, so griff man für sie zum sog. System der Composizione, d. h. sie hatten sich mit der Steuerbehörde einzeln über die Besteuerung zu einigen. Die sog. Miserabili, die von ihrem täglichen Verdienste lebten, ohne irgendwelchen Besitz zu haben, waren einer — freiwilligen — Kopfsteuer unterworfen.

Das ist in einigen flüchtigen Strichen gezeichnet der Catasto, der von 1427 bis 1430 für die florentinischen Bürger ausge-

arbeitet wurde, dann folgte der für den Contado und schließlich, wenn auch zweifellos in stark veränderter Form und Bedeutung der distriktuale; die Adeligen und die Fremden wurden in separat geführten Steuerbüchern eingetragen. Unter mancherlei Modifikationen ist so der Catasto bis zur Einführung der Decima die Grundlage geblieben, nach der die Steuern umgelegt wurden; die im Gesetz vorgesehene Erneuerung innerhalb von je drei Jahren ist nicht praktisch geworden, sondern in größeren Zeiträumen sind Reformen erfolgt, so insbesondere in den Jahren 1433, 1458, 1470 für den Catasto der Bürger, 1451 und 1487 für den Catasto der Grafschaft.

Sozial ist der Geist, der zu uns spricht aus der glänzendsten Finanzinstitution, die das alte Florenz hervorgebracht hat, und nie wieder in der florentinisch-toskanischen Geschichte finden wir so klar und prägnant den Grundsatz vertreten, daß Reichtum verpflichtet; die demokratische Entwicklung, die die Kommune durchgemacht hat, und die demokratische Struktur des Florenz der Renaissance tritt uns aber noch viel deutlicher entgegen, wenn wir sehen, daß zu der in ihrer Zeit fast einzig dastehenden Institution des Catasto noch seit 1443 häufig und in den verschiedensten Formen die Progression tritt. Die Aehnlichkeit mit modernen Finanzinstitutionen springt ohne weiteres in die Augen.

Je glänzender uns heute in seiner frühen Einzigartigkeit der Catasto erscheint, der mit einer relativ genauen Katastrierung des Grundbesitzes eine allgemeine Einkommensteuer zu verbinden suchte, um so mehr wird man bedauern, daß gerade er das Werkzeug der Bedrückung geworden ist, mit dem das aufsteigende Geschlecht der Medici seine politischen Gegner und Nebenbuhler ruinierte und vernichtete. Der Historiker der Decima bestätigt aber ausdrücklich, daß es nicht der Catasto und die damit verbundene Progression an und für sich gewesen sind, die die Reichen ruiniert haben, sondern die große Häufigkeit und Höhe der nach jener Basis umgelegten Steuern, verbunden mit der Willkür der dem mediceischen Ehrgeiz gehor-



samen Steuertaxatoren. Es ist daher die größte und für die ganze folgende Entwicklung des florentinisch-toskanischen Finanzwesens von schweren Folgen begleitete Katastrophe gewesen, als nach Vertreibung der Medici die Kommune zu einem neuen System der direkten Besteuerung, zu der Grundsteuer der Decima überging. Wir können die Florentiner Kauf- und Fabrikherren recht wohl begreifen, daß sie gegenüber der brutalen Ausnützung ihrer Steuerkraft, die ihre Kapitalien dem gewinnbringenden Handel entzog, bei der ersten günstigen Gelegenheit eine Aenderung der bestehenden Besteuerung durchsetzten; aber ebenso sicher ist — und das sei hier zum erstenmal<sup>1</sup> festgestellt —, daß wir in der Institution der Decima nicht wie bisher angenommen wurde und wie sie noch im Werke des verdienten Ricca-Salerno erscheint, den Höhepunkteiner Entwicklung zu sehen haben, die über den Estimo und den Catasto führt, sondern die Abschaffung des Catasto und die Einführung der Decima bedeutet einen Sturz von gewaltiger Höhe, ist auf finanzpolitischem Gebiet ein deutliches Symptom für jenen allgemeinen Niedergang der florentinischen Volkswirtschaft, wie er in jener Zeit bereits eingesetzt hat. Die Entwicklung des Finanzwesens unter dem Prinzipat wird uns die Richtigkeit dieser Ansicht bestätigen<sup>2</sup>.

---

2. Ich möchte diese Auffassung aufrechterhalten, trotz einer dankenswerten mündlichen Mitteilung des Herrn Professors Sieveking, der mich besonders auf die Unvollkommenheit des Systems der Composizione aufmerksam machte. Zugegeben in der Tat, daß das Catasto in der Praxis nicht die Ausführung gefunden hat, die beabsichtigt worden war, so bleibt trotz dieser Einschränkung noch manches Wertvolle; und schon die prinzipielle Aufstellung der Forderung, daß auch das mobile Kapital herangezogen werden

Es kann kaum zweifelhaft sein, daß die bisherige bewundernde Beurteilung der Decima ihren Ausgang genommen hat von Pagnini<sup>3</sup>, der als richtiger Physiokrat dieser Grundsteuer den Vorzug gegeben hat vor dem auch Industrie und Handel belastenden Catasto; wie aber durch die Steuerreform von 1494—98 noch unter der Republik, dann aber insbesondere unter dem Prinzipat eine dadurch bedingte<sup>4</sup>, weitgehende Ausbildung der indirekten Steuern und damit gegenüber dem Catasto eine weit ungerechtere, ungeeignete und besonders mit höhern Erhebungskosten verbundene Steuerordnung resultierte, ist immer übersehen worden, weil weder die ganze Entwicklung des florentinisch-toskanischen Finanzwesens ins Auge gefaßt wurde, noch das Verhältnis der indirekten zu den direkten Steuern zur Sprache kam.

Schon ein ganz oberflächlicher Vergleich der Decima mit dem Catasto lehrt uns, daß die Steuerreform im Grunde genommen in nichts anderem bestand als in der Streichung des in den Steuerregistern separat gebuchten mobilen Kapitals, wodurch die Steuer einzig auf die restierenden, katastrischen Immobilien zu liegen kam, somit eine Grundsteuer wurde. Von einer Verwandlung einer „imposta generale sul patrimonio“ in „imposte speciali“ gemäß einer „legge di specificazione“, wie Ricca-Salerno konstruiert, kann daher keine Rede sein, da diese steuertechnische Trennung schon im System des Catasto durchgeführt ist.

Zweifellos bedeutet — soweit man Decima und Catasto überhaupt miteinander vergleichen kann — die Decima gegen-

---

müsse, bedeutet gegenüber dem schwächlichen Verzicht im System der Decima einen Vorzug.

3. Unter diesem Einfluß steht auch Canestrini, trotzdem er sich bemüht hat, zu einer richtigen Würdigung besonders des Catasto zu kommen. Siehe dort S. 96. Ueber Pagnini siehe unten.

4. Es sei hier ausdrücklich zugestanden, daß natürlich auch steuertechnische Erwägungen für eine derartige Gestaltung des Steuerwesens in erster Linie stehen mußten.

über dem Catasto im einzelnen manchen Fortschritt. Die Decima als Realsteuer gedacht und durchgeführt, ist eine wirkliche Steuer gewesen, während die nach dem Catasto umgelegten Auflagen meist den Charakter von Zwangsanleihen trugen, im Staatsschuldbuch eingetragen und verzinst wurden. Die Besteuerung nach dem einfachen Ertrag bedeutet gegenüber der Methode der Kapitalisierung im Catasto ebenfalls einen Fortschritt; und endlich nimmt die Decima allen Ernstes auch die bisher nur ausnahmsweise erfolgte Besteuerung der non supportantes, des Klerus insbesondere in Aussicht, wenn dies infolge ungünstiger politischer Konstellation erst gemäß der Bulle Leos X. von 1516 geschehen ist. Daß der im Catasto in weitem Maße gestattete Abzug der Passiven im System der Decima nicht weiter stattgefunden hat, ist ganz in der Ordnung; schon weniger die Maßregel, daß das Wohnhaus nicht besteuert werde, der die Anschauung zugrunde lag, daß dasselbe unproduktiv und daher nicht zu besteuern sei. Im Gegensatz zu dem beim Catasto geübten System sollte die Decima nur einmal jährlich umgelegt werden; bei der Katasteraufnahme hatte die wieder mit außerordentlichen Kompetenzen ausgestattete Einschätzungsbehörde die im Catasto enthaltene Katastrierung als Grundlage zu nehmen; die Grundbesitzer waren gehalten, neue genaue Selbsttaxationen zu unterbreiten, die die Kommission an Ort und Stelle zu verifizieren und wenn notwendig zu korrigieren hatte. Obgleich in den Jahren 1494 bis 1495 angeordnet, ist das Steuerbuch für die Bürger erst 1498 fertig und damit die neue Besteuerung praktisch geworden; für die Grafschaftsbewohner erst 1508, für den Klerus 1518 und für die Bürgern und Grafschaftsbewohnern im Distrikt angehörigen Güter noch später.

Es ist natürlich den Staatsmännern, die die Steuerreform von 1495—98 in die Wege geleitet haben, klar gewesen, daß dieselbe einen nicht unbeträchtlichen Minderertrag der direkten Steuer zur Folge haben müsse, und daß, da die Staatsausgaben in jener Zeit nicht geringer, sondern eher größer wurden, eine Erhöhung der indirekten Steuern den notwendigen Ersatz

schaffen müsse. So wurden schon 1496 die sämtlichen Zölle, wie auch die Salzsteuer um  $\frac{1}{4}$  erhöht; trotzdem wurde der Ausfall nicht gedeckt. Infolgedessen erfolgten neue Zwangsanleihen, wobei die Progression wieder zur Anwendung kam, die Decima scalata und die einfache, und zwar gegen das ausdrückliche Gebot des Gesetzes mehrmals jährlich; es wurde die Kopfsteuer der Decima alla Testa für die durch die Steuerreform entlasteten Bürger eingeführt und schließlich sah man sich wieder genötigt, das eben steuerfrei erklärte mobile Kapital der Steuer des Arbitrio zu unterwerfen, die erst 1561 abgeschafft werden konnte, als Cosimo I. seine große Steuerreform durchgeführt hatte. So daß also unter der Republik überhaupt nicht mehr und erst mehr als nach einem halben Jahrhundert jene Beschlüsse von 1494—95 ihre volle Geltung erlangten.

Nach diesem Ueberblick über die direkte Besteuerung während der republikanischen Epoche sei noch kurz die Rede von den indirekten Steuern und dem Staatsschuldenwesen. Von den Zöllen, die die Grundlage des Finanzwesens bildeten, wurde oben gesprochen. Leider ist der von Canestrini in Aussicht gestellte 2. Band, der die indirekten Steuern und das Staatsschuldenwesen schildern sollte, nie erschienen, so daß wir außerordentlich schlecht berichtet sind. Wohl haben die Forschungen Davidsohns und Dorens und anderer manches Neue gebracht, aber ein eingehenderes Bild läßt sich immer noch nicht gewinnen. Das mag auch daher rühren, daß die indirekten Steuern — abgesehen natürlich von den Zöllen — in der republikanischen Zeit zweifellos nur eine komplementäre Rolle gespielt haben. Die Zölle und der Catasto erwiesen sich eben als so feingestimmte und elastische Besteuerungsmittel, daß dies eine Hintanhaltung wenn nicht der Zahl, so doch der Bedeutung der indirekten Steuern bewirkt hat. So sehen wir die wohl wichtigste derselben, die Salzsteuer — das Salzmonopol ist 1299 eingeführt und bald darauf einem Konsortium von Händlern in Pacht gegeben worden —, erst an Bedeutung gewinnen als die Decima den Catasto ablöste und im Ent-

scheidungskämpfe um die Freiheit die äußerste Anspannung aller Kräfte eintrat. Wir hören wiederholt von der Kontraktsteuer, in der sich so typisch das historische Werden des florentinischen Staates widerspiegelt; von der Weinsteuer, die als Verkehrssteuer bis zum Ende der Republik der Kommune beträchtliche Einkünfte geliefert hat, die in der Regel der Zunft der Weinschenken in Pacht gegeben und von dieser dann auf ihre Mitglieder umgelegt wurde; von einer Schlacht- und Mahlsteuer, Luxussteuern und einer Reihe weiterer Auflagen, die Villani in seinem berühmten Kapitel erwähnt.

Recht interessant ist es zu hören, daß mehrfach gelungene Versuche gemacht worden sind, die Zünfte als solche zur Besteuerung heranzuziehen. An und für sich ist klar, daß eine derartige Besteuerung für den Staat sehr vorteilhaft war. Aber die überwiegende Bedeutung, die die Zünfte im Rate gewonnen hatten, hat bewirkt, daß eine solche Steuer niemals dauernde Geltung gewann. Wir treffen sie in der Regel nur bei Gelegenheiten, wo der zünftische Einfluß einem andern weichen mußte, wie nach dem vorübergehenden Siege der Magnati über die Popolanen im Jahre 1290, in Zeiten der Bedrängnis, unter den Vikaren der angiovinischen Könige, denen sich Florenz in der Not in die Arme warf, 1314—1316 und 1320, 1327; es wurden Anleihen bei einzelnen großen Zünften gemacht, 1299, 1325; 1346 bei der Wollenzunft. Dann verschwinden die Zunftsteuern für mehr als 150 Jahre aus der Finanzgeschichte von Florenz, um erst wieder zu erscheinen als mit der Abschaffung des Catasto neue Finanzquellen eröffnet werden mußten und der Existenzkampf der Republik einsetzte.

Leider stehen auch über die Geschichte des florentinischen Staatsschuldenwesens nur wenige Daten zu Gebote. Und doch bildet die Organisierung des Staatskredites und die Verwaltung der Monti einen der größten Ruhmestitel der Finanzverwaltung. Die Staatsschuld hat im Finanzwesen und in der Volkswirtschaft eine erste Rolle gespielt, weil sie eng verknüpft war mit dem Steuerwesen; in ihr sind jene Kapitalien

zur Anlage gelangt, die die übermäßige Anspannung des Catasto dem Handel entzog. Daß dieser florentinische Staatskredit selbst einen über die Staatsgrenzen reichenden Einfluß ausüben konnte, das mußten die gegen Florenz verbündeten Venezianer und Napolitaner erfahren, als Cosimo der Alte 1464 ihrem Geldmarkt die Kapitalien entzog und sie so zum Frieden nötigte.

Nachdem schon 1201 erstmalig eine Schuld kontrahiert worden war, die später wieder verschwand, entstand in den Jahren 1324/25 aus mehreren Zwangsanleihen, die zu bedeutend waren, als daß man sie als Zuschläge zu den Steuern betrachten konnte, das florentinische Staatsschuldbuch, in das jeder Anleihebetrag unter Ausstellung einer „Polizza“ eingetragen und jährlich durch Gutschrift der Zinsen vermehrt wurde. Die Schuld selbst wie ihre Verwaltung nannte man den „Monte“, mit welchem bildlichen, den Haufen der Münze bezeichnenden Ausdruck man alles zusammengebrachte Geld, nachmals auch Konsortialunternehmung, Monopolverwaltung und Banken bezeichnete. Der Monte von 1324/25 konnte nicht, wie verheißen war, 1326 zurückgezahlt werden und die Zinsen wurden deshalb um 10 % erhöht; später wurde die als eine temporäre Schuld kontrahierte zu einer dauernden. Sie wurde 1336 in den Monte Commune verwandelt, für den die Verzinsung angeblich 18 % betrug (Davidsohn). Die Erhebung dieser Zwangsanleihen, aus denen die florentinische Staatsschuld erwachsen ist, war verschieden; entweder wurden sie durch magistrale Bestimmung bloß von einer bestimmten Anzahl vermöglicher Personen erhoben, oder sie wurden auf der Basis des Estimo und nachher des Catasto als Steuern umgelegt. Von 1343—1427 sind so an 19 100 000 fiorini d'oro an Zwangsanleihen erhoben worden. Zur Sicherheit der Gläubiger und zur Rückzahlung der Kapitalien wurde dem Monte eine Anzahl Steuern überwiesen, deren Erhebung ihm selbst übergeben wurde. Welchen Einfluß ein schon 1369 erscheinender Amortisationsfonds auf die Verminderung der Schuld gehabt hat,

wissen wir nicht; es scheint ihm aber das Schicksal beschieden gewesen zu sein, immer anderweitige Verwendung zu finden. Das durch die häufigen Anleihen und die hohen Zinsen bedingte Anwachsen der Schuld hat die Staatsrente, die luoghi di Monte immer mehr an Kredit verlieren lassen, bis schließlich der Monte fallierte. Das Prinzipat übernahm eine Staatsschuld von 5 Millionen Dukaten, zu deren Verzinsung unter andern Steuern auch die Decima diente.

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, die Finanzpolitik der toskanischen Aufklärungszeit darzustellen. Das einleitende Kapitel soll uns zeigen, wie das toskanische Finanzwesen sich bis 1737 entwickelt hat, welcher Charakter ihm innewohnt und welche Potenzen diese Entwicklung bestimmt haben. Wenn wir im Rahmen dieser Aufgabe eine präzise Formulierung und Beurteilung der florentinischen Wirtschafts- und Finanzpolitik bis 1530 versuchen wollen, so sind wir uns bewußt, daß es sich nur um einige wenige Haupttrichtlinien handeln kann. Als entscheidendstes Charakteristikum tritt uns hier entgegen die kolossale Begünstigung der Industrie, die aus fast allen Gesetzen, und vor allem aus der Annonar- und Schutz-zollgesetzgebung uns entgegentritt. Das Wohlgedeihen der Zünfte, insbesondere der exportierenden Wollen- und Seidenindustrie ist offen eingestandener oberster Staatsgrundsatz, der nur in Notlagen vorübergehende Modifikation findet. Diese Begünstigung der Industrie ist nun aber ihrem ganzen Aufbau nach nichts anderes als eine weitgehendste Privilegierung der Hauptstadt Florenz und ist auf wirtschaftlichem Gebiete der äquivalente Ausdruck für die politische Entwicklung der siegreichen Kommune; eine weitgehende Benachteiligung des platten Landes und der Provinzstädte andererseits, die den Interessen der Kapitale dienstbar gemacht werden. Die großen Exportindustrien der Wollen- und Seidenzunft sind ja der

Hauptstadt fast vollständig monopolisiert gewesen und geblieben, trotzdem die Wirtschaftsgeschichte einen liberalen Ausklang gehabt hat. Mit allen, selbst den radikalsten Mitteln dem Herzen des Landes Blut und Kraft zuzuführen, mochten auch die andern Teile des Staatskörpers verkrüppeln, der Hauptstadt zu einem sichern Absatzgebiet und zu einem gewinnreichen Export zu verhelfen, das ist der dominierende Gesichtspunkt der florentinischen Wirtschaftspolitik.

Würden wir die Finanzpolitik losgelöst von der Wirtschaftspolitik für sich betrachten, so würden wir leicht zu einem gegenteiligen Urteil gelangen. Mit aner kennenswerter Selbstaufopferung ist hier das Finanzwesen der Stadt und die auf den Bürgern lastenden Steuern in den Mittelpunkt geschoben. Soviel das vorliegende Material erkennen läßt, werden die Grafschaftsbewohner eher weniger mit Steuern belastet als die Bürger, und die Abgaben, die die einzelnen Städte und Territorien des Distrikts gemäß den abgeschlossenen Kapitulationen an die Staatskassen abzuliefern haben, sind weit entfernt von jenem drückenden Ausbeutesystem, das das Prinzipat inaugurierte.

Im Rahmen der Steuergesetzgebung, die die Bürger und Grafschaftsbewohner als Steuersubjekte erfaßte, kann, wie oben schon ausgeführt wurde, als im Mittelpunkt stehend bezeichnet werden der glänzende Fortschritt in der Gerechtigkeit der Besteuerung, der sich offenbarte, als man von der Schatzung und Kopfsteuer des Estimo übergang zu der sozialen Institution der allgemeinen Einkommensteuer des Catasto und zur Anwendung der Progression, und nochmals sei hier betont, daß die Decima einen unzweifelhaften Abstieg bedeutet, der nur in der allzu rücksichtslosen Ausnützung des Catasto durch die Medici eine notdürftige Entschuldigung findet.

Charakteristisch ist für das damalige florentinische Finanzwesen, wenigstens am Schlusse der Epoche, das fast völlige Fehlen von Immunitäten und Privilegien ganzer Gesellschaftsschichten. Ist doch der Adel zeitweilig noch stärker belastet



worden als die übrigen Grafschaftsbewohner. Nur der Geistlichkeit ist es gelungen bis fast zum Untergang der Republik die Grundsteuerimmunität zu behaupten, wenn diese auch durch Heranziehung derselben zu der außerordentlichen Besteuerung nicht selten durchbrochen wurde. Und als ihre umfangreichen Güter seit 1518 größtenteils besteuert wurden, haben sie doch noch ein Privileg in die folgende Epoche hinübergerettet, indem ihnen weiterhin eine jährliche Entschädigungssumme dafür verabfolgt wurde, daß sie auch den Zöllen unterworfen waren.

Fassen wir schließlich noch das Finanzsystem als solches ins Auge, so zeigt es sein geldwirtschaftliches, städtisches Gepräge darin, daß es fast ausschließlich auf Steuern basiert ist. Dienstleistungen und naturalwirtschaftliche Lasten fehlen zwar nicht ganz, treten aber ebenso sehr zurück wie die patrimonialen Einkünfte; brachten doch nach Villani die Güter der Kommune um 1336 nur 1600 Goldflorins ein, während die Gesamtheit der Einnahmen 300 000 betrug. Der relativ so hohen Entwicklung des Steuerwesens entspricht es auch, wenn wir den Regalismus so wenig entwickelt finden, daß neben dem Münzregal nur noch das 1299 eingeführte Salzmonopol in Betracht kommt. Und der zwiespältige Uebergangscharakter dieses Florenz der Renaissance, den Pöhlmann so schön für die Wirtschaftspolitik nachgewiesen hat, der kommt auch darin zum Ausdruck, daß neben dem hochentwickelten System der direkten Besteuerung das hergebrachte Zollwesen mit seinen einträglichen Binnenzöllen fast unverändert bestehen blieb und damit die Finanzreform, die das Finanzwesen auf neue Grundlagen stellen sollte, einer späteren Zeit überlassen blieb. Denselben Charakter des historisch Gewordenen, den wir im Zollwesen finden, weist auch das reichlich entwickelte System der indirekten Steuern auf.

Unser Gesamturteil über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der republikanischen Zeit wird zweifellos günstig lauten, insofern sie durch Förderung der industriellen Interessen das wahre Interesse der Bürger vertrat, die in der Industrie und im

Handel mit ihren Produkten ihre reichlichste Einnahmequelle fanden. Freilich je mehr wir uns der letzten Zeit der Republik nähern, um so mehr verliert dasselbe an Berechtigung: eine andere Epoche begann für Florenz-Toskana.

### Das Prinzipat (1530—1737).

Die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert mußte für die florentinische Volkswirtschaft von einschneidender Bedeutung werden. Wenn wir mit Alfred Doren in der Zeit von 1400 bis 1440 den Höhepunkt der florentinischen Geschichte und die größte innere Kraft sehen, so haben wir in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts trotz des gewaltigsten äußeren Glanzes bereits die Symptome des Niederganges und des Sinkens von der gewaltigen errungenen Höhe eines für den Weltmarkt arbeitenden und den Weltmarkt mit seinen Produkten beherrschenden Industriestaates zu verzeichnen. Nachdem schon in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts die Konkurrenz der übrigen italienischen Stadtstaaten mit nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gleichwertigen Tuchen eingesetzt hatte, so daß sich Florenz sogar genötigt sah seinen heimischen Markt durch eine radikale Schutzzollpolitik zu schützen, treten mit Beginn des neuen Jahrhunderts immer mehr jene äußeren und inneren Ursachen zutage, die die Grundlagen der stolzen florentinischen Wollentuchindustrie untergraben haben und einen unaufhaltbaren Verfall derselben zur Folge haben mußten: von außen der immer schärfer werdende Ansturm der konkurrierenden Städte und Nationen, der sich an den hohen Wällen, die man errichtet hatte, nicht brach; von innen das beginnende Nachlassen der zünftlerischen Kraft und die veränderten politischen Zustände.

Es ist die bekannte Verschiebung der allgemeinen ökonomischen Weltlage gewesen, die um jene Zeit eintrat mit der Auffindung des Seeweges nach Ostindien und der Entdeckung der neuen Welt, die eine neue ökonomische Epoche, vor allem

eine neue Phase des Welthandels eingeleitet hat. Für die florentinische Industrie wurde diese Umwälzung in doppelter Hinsicht verhängnisvoll: einmal durch das Emporkommen neuer stärkerer und den veränderten Bedingungen besser angepaßter Konkurrenten; dann durch die Verlegung der Zentralen des Weltmarktes und der Welthandelsstraßen. Wenn Florenz nach der Eroberung Pisas, der Erwerbung Livornos und der Einnahme Konstantinopels durch die Türken eben damals durch erfolgreichen Wettbewerb in der Levante und Eroberung der orientalischen Märkte den Höhepunkt seiner wirtschaftlichen Expansion erreichte, so tritt gerade hier die entscheidende Wendung ein, daß dieser orientalische Markt mit dem Ende des 15. Jahrhunderts jene beherrschende Stellung im Weltverkehr einbüßte, die er bis dahin eingenommen hatte, daß das Mittelmeer nicht mehr eine der großen Welthandelsstraßen war, die den Austausch der Produkte innerhalb der bekannten Welt vermittelten, daß die Mittelmeerstaaten jenes ungeheuern Vorteils verlustig gingen, den ihnen ihre Lage durch zwei Jahrtausende gleichsam ohne ihr Zutun in den Schoß geworfen hatte (Doren).

Während also das Mittelmeer seine bisherige Bedeutung an den atlantischen Ozean abgab, erhoben sich vor allem die begünstigteren atlantischen Staaten und unter ihnen trat England, das im Mittelalter passiven Handel hatte, die Erbschaft der Florentiner und anderer bisheriger Industriestaaten an, begünstigt von seiner insularen Lage, mit natürlichen, im Mittelalter nicht annähernd ausgebeuteten materiellen Hilfsquellen ausgerüstet und durch ein Königtum unterstützt, das die Bedingungen der Lage klar erkannte und die natürlichen Tendenzen der Entwicklung durch administrative Maßregeln klug zu unterstützen wußte. Eine Position nach der andern ging den Florentinern verloren, als die Engländer den Wollexport in die eigene Hand nahmen und die englischen Produkte auf den italienischen Märkten erschienen.

Und in derselben Richtung mit diesen äußern Ursachen, die die florentinische Industrieblüte zu einem unaufhaltsamen

Niedergang verurteilten, wirkten innere, als die niemals in offizielle Formen eingekleidete, tatsächlich aber fast unbeschränkte Mediceerherrschaft seit 1434 durch brutale Ausnützung der direkten Steuer das Geschäftsleben lahmlegte und viele Industrielle veranlaßte ihre Fabriken nach andern Plätzen zu verlegen, als sie allmählich die alten freien bürgerlichen Institutionen zersetzte und zerstörte, die Zünfte zu Scheinexistenzen herabdrückte. In der wirtschaftlichen Gesetzgebung fehlt es ganz an schöpferischen Ideen, keine Spur mehr von jener Elastizität, jener Anpassungsfähigkeit an neu auftretende Bedürfnisse, die das florentinische Zunftwesen in seiner Blütezeit kennzeichnete. Und verflüchtigend wirkte der eindringende humanistische Geist auf den dem Realen zugewandten, rationalen nüchternen Sinn und erzeugte politischen und teilweise auch ökonomischen Indifferentismus. „Es rächte sich, daß hypertrophisch ein Glied im kulturellen Leben der Nation auf Kosten der allgemeinen Gesundheit entwickelt worden war“ (Doren).

Wäre damals an die Spitze des florentinisch-toskanischen Staates eine weitblickende, mit den erforderlichen Machtmitteln ausgerüstete staatsmännische Persönlichkeit getreten, so hätte sie in Erkenntnis der total veränderten Wirtschaftsverhältnisse wohl schon damals langsam, aber entschieden die Wirtschaftspolitik in jene Bahn hinübergelenkt, die mehr als 200 Jahre später, seit 1767 die Regierung Großherzog Peter Leopolds mit soviel Erfolg beschritten hat, und hätte damit einem schönen Lande die 200 Jahre abgrundtiefen Elends und betrübenden resultatlosen Ringens gegen den veränderten Zeitlauf erspart. Dieser Mann ist nicht erschienen; es wäre aber unzweifelhaft eine große Ungerechtigkeit, wollte man allein oder auch nur vorwiegend das Prinzipat verantwortlich machen für die grundfalsche Wirtschaftspolitik des 16.—18. Jahrhunderts. Es hätte eine fast übermenschliche Einsicht gebraucht, um schon um 1500 diese Entwicklung vorauszusehen; und um diese Einsicht in Praxis umzusetzen, hätte es Machtmittel bedurft, die das auf die Haupt-

stadt sich stützende — und gegen diese hätte die neue Politik Front machen müssen — Prinzipat nicht besessen hat. Wie unendlich schwer es gewesen wäre die neue Bahn schon damals zu betreten, können wir daraus ermessen, daß alle nachfolgenden Generationen in jener Zeit und in jenen Verhältnissen ihr immer wieder erstrebtes Ideal erblickten und daß selbst die rationalistisch nüchternen Staatsmänner der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wie gebannt auf dieses Bild glänzendster wirtschaftlicher und kultureller Blüte zurückblickten. Die große Vergangenheit ist es letzten Endes gewesen, die machtvoll die Politik des Prinzipats bestimmt hat und die überragende Stellung, die die Stadt Florenz sich in der republikanischen Zeit unter Entfaltung von soviel Glanz und Größe geschaffen hat, sichert ihr noch auf zwei Jahrhunderte hinaus eine unbestrittene wirtschaftliche Vorherrschaft. Aber andererseits ist unbestreitbar, daß das 1530 mit fremder Hilfe zur Herrschaft gelangte Kaufmannsgeschlecht der Medici sein gerüttelt Maß voll Anteil hat an dieser den nationalen Ruin herbeiführenden Politik. Von Alexander und Großherzog Cosimo I. bis zu Johann Gasto, der 1731 seinen Thronkandidaten Karl v. Spanien vertraglich verpflichtete, die Privilegien der Stadt Florenz aufrechtzuerhalten und der denselben Vertrag seinem wirklichen Nachfolger Franz v. Lothringen aufnötigen wollte.

Eine auch nur allgemeinsten Ansprüchen genügende Darstellung der Wirtschaftspolitik des Prinzipats steht immer noch aus. Letzten Endes sind wir immer noch auf das Material bei Galluzzi und die *Legislazione illustrata* Cantinis angewiesen. Es ist daher selbstverständliches Gebot, sich in den folgenden Ausführungen nur auf die Hauptpunkte zu beschränken, die zur Entwicklung unserer Thesen notwendig sind.

Wir haben neuerdings durch die Arbeit Anzilottis näher erfahren, wie die von Cosimo I. inaugurierte innere Politik in ihrer zentralistisch-absolutistischen Tendenz andere Bahnen einschlug, als sie die Anschauung der republikanischen Machthaber für richtig befunden hatte. Der große Organisator der

toskanischen Verwaltung und Verfassung offenbarte hierbei eine so glänzende Kenntniss der notwendigen Reformen, um den zerrütteten Staatsbau neu zu errichten und zu befestigen, daß man geneigt ist, ihm auch die Einsicht zuzutrauen, daß infolge der verwandelten ökonomischen Verhältnisse auch die Wirtschaftspolitik eine der bisherigen entgegengesetzte Wendung nehmen müsse; daß vor allem der bisher so vernachlässigte und zum Sklaven der Industrie herabgewürdigte Ackerbau eine immer hervorragendere Stellung einnehmen müsse; daß die nicht mehr berechnete, wirtschaftliche Zentralstellung der Hauptstadt Florenz einer dezentralisierenden Tendenz zu weichen habe. Es fehlen in der Tat die Anzeichen dafür nicht, daß Cosimo I. und seine Söhne und Nachfolger Franz I. und Ferdinand I. für die neue Sachlage manches Verständnis gehabt haben. Schon der ausgedehnte Handel, den diese fürstlichen Kaufleute mit den wichtigsten Agrarprodukten Toskanas, Getreide, Oel und Wein trieben, mußte ihre Aufmerksamkeit auf den durch alte Vernachlässigung und neue Kriegswirren tief darniederliegenden Ackerbau lenken. Der Chianakanal vor allem, dann die großartigen Bonifikationen in der senesischen Maremma und im Pisanischen, zahlreiche agrikole Unternehmungen im Florentinischen, offenbaren das Interesse, das die drei ersten Mediceer an der Hebung der Agrikultur genommen haben. Weiterhin haben sie dadurch, daß sie einzelnen Provinzstädten die von der florentinischen Republik untersagte Wollentuchindustrie — wenn auch nur in beschränktem Maße — gestatteten, durch ihre Fürsorge für die pisanischen Zünfte, vor allem aber durch die großartige livornesische Handelspolitik bewiesen, daß ihr Interesse nicht vollständig im Gedeihen der Hauptstadt aufging.

Aber neben diesen relativ wenigen Anzeichen einer zukunftsreicheren Politik, welche erdrückende Masse der wichtigsten Beweise für eine gegenteilige Auffassung! Die Wirtschaftspolitik des Prinzipats wandelt in denselben Bahnen wie die der Republik, ja sie verschärft jene Tendenzen noch. Wie hätte

es aber auch anders sein können in jenem merkantilistischen Zeitalter, das in Handel und Industrie seine vornehmlichsten Erwerbsquellen und insbesondere auch Finanzquellen fand! Schon die Finanzpolitik der Medici allein hätte eine solche Schwenkung unmöglich gemacht. Cosimo und seine Nachfolger, denen er das sklavisch nachgeahmte Vorbild wurde, hielten an der Industriepolitik der Kommune fest. Im Bann der großen Vergangenheit, in steter Sorge vor der Hauptstadt, deren Proletariat sie durch billiges Korn bei guter Laune hielten, von der Theorie im Verlaufe der Zeit in dieser ihrer Politik bestärkt, sichern sie der Kapitale die bisherige überragende Stellung und stellen die Landschaft noch rücksichtsloser in deren Dienst als es je die Republik getan hatte. Diesem Zwecke diene wiederum in erster Linie die Zoll- und Annonarpolitik. Nach den anfangs stark überspannten Hochschutzzolltarifen von 1427 und 1458 hatte gegen Ende der Republik eine liberalere Richtung eingesetzt, nicht zum wenigsten aus fiskalischen Gründen. Mit Cosimo I., der sich im Ausbau eines leistungsfähigen indirekten Steuersystems reichlich andere Finanzquellen zu eröffnen wußte, kehrt man zu einer Prohibitiv- und Hochschutzzollpolitik zurück, die jene des 15. Jahrhunderts weit hinter sich läßt. Wenn die florentinische Wollentuchindustrie eben damals Position um Position auf dem Weltmarkt verlor, eine Tatsache, die in der beängstigenden Menge der Falliterklärungen angesehener Bankhäuser unter Franz I. einen nicht mißzuverstehenden Ausdruck fand, wenn ebenfalls in jener Zeit durch die folgenreiche Gründung des St. Stefansordens die levantinischen Märkte dem florentinischen Kaufmann verloren gingen, so sollte ihm wenigstens der heimische Markt monopolisiert und die Provinzen sein unbestrittenes Absatzgebiet werden. Wir sind nur unvollkommen unterrichtet über den Erlaß und den Umfang der Zollgesetzgebung; aber die Liste der verbotenen Importobjekte, die wir am Ende des Prinzipats vorfinden, zeigt die energische Durchführung dieser Prohibitivpolitik für eine Reihe von Zünften. Daß das Ausfuhrverbot für viele für die Industrie

der Hauptstadt notwendigen Rohmaterialien bestehen blieb, war der selbstverständliche Ausfluß dieser merkantilistischen Wirtschaftspolitik, der die Förderung der hauptstädtischen Zünfte am meisten am Herzen lag.

Dieses Grundprinzip zeigt sich am nachdrücklichsten wiederum in der Teuerungspolitik. Vollständig übernommen wurde zunächst einmal das gesamte Annonarwesen der Republik: Verbot der Ausfuhr von Getreide und anderer notwendiger Lebensmittel, Beförderung der Einfuhr von außen; Verbot des Zwischenhandels, wovon insbesondere die Bäcker betroffen wurden, Aufrechterhaltung der Binnenzölle usw. Aber nach zwei Richtungen zeigt das Annonarwesen des Prinzipats eine besondere Färbung. Während die Kommune aus fiskalischen Gründen und aus Rücksicht auf die peripherischen Landesteile häufig Ausfuhrlicenzen gab oder die Prohibition durch Zölle ersetzte, so tritt bereits mit Cosimo I. eine Aenderung ein, insofern der von ihm organisierte, zentralisierte Verwaltungsapparat ganz in den Dienst einer rücksichtslosen Durchführung der Annonargesetze gestellt, und nur bei reichlicher Ernte die Ausfuhr eines beschränkten Quantums von Korn erlaubt, das Ausfuhrverbot endlich auf weitere Agrarprodukte ausgedehnt wurde. In diesem Sinne sind in den Jahren 1547, 1557, 1564, 1587 und 1622 in Pisa, Arezzo und Volterra, in Sesto und Fiesole, in der toskanischen Romagna, im Valdarno di sotto und Montepulciano, in S. Sepolcro eine Reihe von Häscherposten, Bargelli, gegründet worden; die Bewohner der betreffenden Landschaften mußten durch Aufbringung der notwendigen Steuern „Steine zu ihrem eigenen Twing und Kerker fahren“. Neben dieser ausgedehnten Organisation des Häschertums zur Verhütung von Schmuggel und Betrug sollten dann die rigorosen Vorschriften für die Bäcker, ferner das System der Portate (Angaben über die zu erwartende Ernte) eine genaue Durchführung des Annonarsystems sichern. Und in derselben Richtung arbeitete die nach der Sitte der Zeit unmenschliche Strafgesetzgebung, die das Uebertreten der Annonar-



gesetze als gemeine Verbrechen qualifizierte, mit Konfiskation der geschmuggelten Ware, mit Geldstrafen, Gefängnis, Galeere nach Willkür der Abundanzbehörde bestrafte, ja den bewaffneten Schmuggler für vogelfrei erklärte.

Statt die Ursachen des Niedergangs der Industrieklüte anderswo zu suchen, glaubte man durch straffe Anspannung des Annonarsystems den Verfall aufhalten zu können. Und diese Politik, die den hauptstädtischen Markt mit billigen Lebensmitteln versah, wurde unter dem Prinzipat zu einer um so größeren Katastrophe, als eben in jener Zeit der toskanische Staat durch die Eroberung des senesischen Staates seine größte Ausdehnung erreichte und sich der Stadtstaat seit der Erwerbung des Pisanischen und nun des Senesischen zum Territorium erweiterte. Die Landschaft, die die Republik bis 1406 in den Dienst der Hauptstadt stellte, war von beschränktem Umfange, und als sich mit der Eroberung der pisanischen Grafschaft der Stadtbesitz bedeutend erweiterte, blieb die Wirtschaftspolitik einmal dadurch wenigstens teilweise immer noch berechtigt, als die Florentiner Industrie durch einen gewaltigen Export von Fabrikaten noch ein Jahrhundert lang Kompensation schuf; außerdem wurden, wie oben bereits gesagt wurde, zugunsten des Pisanischen mannigfache Konzessionen gemacht, die Teuerungspolitik in diesem Gebiete überhaupt nicht so straff durchgeführt. Seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts aber war die Florentiner Großindustrie infolge der oben angedeuteten Ursachen zum unaufhaltsamen Verfall bestimmt, der immer deutlicher zutage trat, so daß auch diese Rechtfertigung einer ausschließlichen Industriepolitik hinwegfiel. Indem die Großherzöge nun durch energische Anspannung des Annonar- und Schutz-zollsystems den Niedergang aufzuhalten suchten, dieses System aber für ein ganzes Territorium zur Anwendung kam zugunsten einer einzigen Stadt, sehen wir den Ackerbau, und das heißt das gesamte Toskana mit Ausnahme der Hauptstadt — natür-

lich auch mit Ausnahme der Handelsstadt Livorno — einem immer deutlicher hervortretenden Ruin zugeführt.

Schmoller hat in seinem Aufsatz: „Das Merkantilssystem in seiner historischen Bedeutung“ darauf hingewiesen, wie die deutschen Territorialstaaten vom 15. bis 18. Jahrhundert sich in langem Kampf mit den älteren Wirtschaftseinrichtungen nicht bloß als politische, sondern ebenso sehr als wirtschaftliche Körper ausgebildet haben. „Der territoriale Wirtschaftsorganismus wird zum Träger des Fortschritts der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, die territorialen Einrichtungen werden jetzt ebenso zur Hauptsache, wie früher die städtischen und sie gravitieren wie diese nach einem gewissen Mittelpunkt, suchen die Kräfte nach außen abzuschließen, nach innen harmonisch zu versöhnen und ineinander zu fügen. Es entsteht eine Abgeschlossenheit der territorialen Produktion und Konsumtion, eine territoriale Arbeitsteilung, ein territoriales Maß, Gewichts- und Münzsystem, ein selbständiger territorialer Wirtschaftskörper, der seinen Schwerpunkt in sich hat, dieses weiß und danach einheitlich handelt.“ Schmoller findet sodann, daß Florenz u. a. diese der Stadtwirtschaft übergeordnete Wirtschaftsstufe früh erreicht habe.

Diese Ansicht, wenn auch hier in den meisten Beziehungen zutreffend, erfährt doch durch das oben Gesagte eine große Einschränkung und das unterscheidet die florentinisch-toskanische Wirtschaftsentwicklung wesentlich von derjenigen der deutschen Territorien. Das ist ja eben das gewaltige Unglück für diesen Staat gewesen, daß der Uebergang von der Stadtwirtschaft zur Territorialwirtschaft im Sinne Schmollers bis in die 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht erfolgt ist, daß dem wirtschaftlichen Gedeihen einer einzelnen Stadt ein ganzes Territorium aufgeopfert worden ist. Und es ist, um es in diesem Zusammenhange nochmals zu betonen, die Schuld an dieser falschen Politik — falsch, weil sie den

wahren Interessen des Staates nicht mehr entsprach — nicht etwa den mediceischen Großherzögen zuzuschreiben, die sich allerdings mit den Interessen der Hauptstadt identifizierten, sondern diese Politik entsprang der großartig überragenden Stellung, die sich die größte Industriestadt des Mittelalters geschaffen hatte, so daß die von soviel Glanz und Größe geblendeten Nachkommen es nicht gewagt haben, die vorgezeichneten Bahnen zu verlassen, trotzdem die Lage eine total andere geworden war.

Die Eroberung Sienas durch Cosimo I. hätte der Anstoß für eine langsame Schwenkung der Wirtschaftspolitik werden können. Bandini's Vaterstadt hatte der mit senesischem Kapital bewirtschafteten Maremma stets die beschränkte Ausfuhr von Getreide, die sog. Tratten, zugestanden und damit diesem Gebiet Lebensfähigkeit bewahrt, wie überhaupt die senesische Wirtschaftspolitik mehr liberale Elemente aufwies als die gleichzeitige florentinische.

Nach dem Falle Sienas beeilte sich Cosimo I., durch die Gesetze vom 14. Aug. 1559, 8. Juli 1562, 24. Sept. und 4. Okt. 1572 dem florentinischen Markt die Produkte der senesischen Agrikultur zu sichern. Durch Gesetz vom 31. Juli 1574 ist der Maremma gestattet worden, die Hälfte der Kornernte gegen Zahlung eines Ausfuhrzolles zu exportieren. Das Gesetz galt bis 1694, von welchem Jahre an der Export von  $\frac{2}{3}$  der Ernte gestattet wurde, während der Rest zur Verfügung der Abundanzbehörde von Siena stehen mußte. Freilich trat während dieser ganzen Zeit jedesmal bei schlechter Ernte und im darauffolgenden Jahr an Stelle der beschränkten Ausfuhr die Prohibition. Die dadurch für die Maremmenbewohner entstehende Unsicherheit des Gewinnes bewirkte einen umfassenden Rückgang der dortigen Agrikultur, bis die Maremma zu Ende des Prinzipats jenen trüben, hoffnungslosen Anblick darbot, der uns durch Bandini in so lebhaften Farben geschildert wurde. Uebrigens war der durch die Habgier Franz' I. noch verdoppelte

Ausfuhrzoll, Lire 9. 1. 8 per moggio, manchmal sogar bis 15 Lire, so exorbitant, daß er an sich schon prohibitiv wirkte.

Das Prinzipat gestattete wohl auch dem übrigen senesischen Staat, dann dem Pisanischen in ganz günstigen Jahren eine beschränkte Ausfuhr gegen Zahlung einer Abgabe; aber diese immer bald wieder zurückgenommenen Konzessionen zeigten bloß, daß die Medici eine günstige Ernte auch für ihre Finanzen auszunützen verstanden, bedeuten aber keinesfalls eine Schwenkung ihrer Wirtschaftspolitik.

Sie ist also nicht erfolgt nach der Angliederung Sienas; wie hätte man auch den aus der florentinischen Kaufmannschaft hervorgegangenen Medici zutrauen können, daß sie dieser gehaßten Stadt wegen eine so tiefgreifende Aenderung vornehmen würden. Trotz mannigfacher Wohltaten, besonders unter den drei ersten Großherzögen, ist das in das Joch der allgemeinen Wirtschaftspolitik eingespannte Siena bis zum Regierungsantritt der Lothringer der malträtierteste Landesteil geblieben.

Es kann kein Zweifel sein, daß, wenn die in ihrer Art meisterhaft ausgearbeitete Annonargesetzgebung wirklich buchstäblich zur Ausführung gekommen wäre, die drückende Last für die Landschaft eine unerträgliche geworden wäre. Indessen schon die Häufigkeit, mit der diese Gesetze immer wieder erlassen wurden unter Verschärfung der Strafen, zeigt deutlicher als alles andere, daß ein ausgedehnter, vor keiner Strafe zurückschreckender Schmuggel als nicht ungünstige Korrektur wirkte, während unter den letzten Medici bis 1729, die nicht nur durch königliche Gnade, sondern auch willkürlich von den Gerichten und Beamten gewährte Exportlizenz in derselben Richtung wirkte.

So stellt sich uns, soweit das vorliegende Material eine Schilderung gestattet — von der außerordentlichen Stellung des Freihafens Livorno sei hier nicht die Rede — die Wirtschaftspolitik des Prinzipats dar; eingehendere Forschungen werden sicher manche Erhellung der Tatbestände bringen, sie werden auch den einzelnen Großherzögen den Anteil zuweisen, den sie

an dieser Politik genommen haben. Die hier flüchtig skizzierte Grundtendenz werden sie zweifellos bestätigen und durch weitere Beweise erhärten. Cosimo I. und nach ihm seine Söhne haben die zu beschreitende Bahn vorgezeichnet; die übrigen Großherzöge bis auf Johann Gasto sind dem Vorbild des großen Begründers der Dynastie blindlings gefolgt. Wenn ein Unterschied zwischen der ersten und zweiten Periode des Prinzipats vorliegt, so ist es der: daß eben im Laufe der Zeit die Wirkungen der falschen Politik sich in einer immer verderblicheren Form offenbaren; daß ferner in der zweiten Hälfte das anfänglich gezeigte Interesse für den Ackerbau, die großen Bonifikationen usw. beträchtlich zurückgehen.

Es würde eine große Lücke in der Schilderung der medicischen Wirtschaftspolitik bedeuten, würden wir uns nicht noch den gewaltigen Einfluß vergegenwärtigen, den die Finanzpolitik darauf ausgeübt hat. Wir erinnern uns nochmals, daß die republikanische Finanzpolitik in einer in gewissem Sinne berechtigten Reaktion gegen die Ueberspannung des Catasto mit der Institution der Decima ihren Abschluß gefunden hatte. Das mobile Kapital offenbarte damit aufs unzweideutigste die Absicht, die direkte Steuer auf den Grundbesitz allein abzuwälzen. Freilich ist das zunächst nur teilweise gelungen; die übereilte Aufhebung des Catasto konnte zwar rasch geschehen; aber die Republik hat versäumt oder überhaupt keine Zeit mehr gefunden, um die durch die Abschaffung des Catasto notwendig gewordene Steuerreform durchzuführen. Denn daß die von Anfang an zur Verzinsung der Staatsschuld bestimmte Decima und die Erhöhung der Zölle und der Salzsteuer den Erfordernissen der damaligen bedrängten Lage genügen könnten, mußte mindestens als sehr unwahrscheinlich erscheinen. Wie die Republik in den letzten 30 Jahren des Staates mangels einer geeigneten Steuerbasis ihre Steuern umgelegt hat, wie schließlich die neue Steuer des Arbitrio doch das eben steuerfrei erklärte mobile Kapital wieder heranzog, darauf wurde oben schon hingewiesen.

Das Prinzipat hat zunächst diese Steuerordnung, Decima, Arbitrio und Zwangsanleihen, unverändert übernommen. Herzog Alexander führte 1532 die Neuaufnahme der Decima durch, erhöhte sie 1534 für die Bürger definitiv um ein Viertel (Quarto) und half sich im übrigen durch außerordentliche Umlagen. — Dasselbe tat anfänglich auch Cosimo I., der durch zweifellos nach dem alten Catasto umgelegte Zwangsanleihen sich und Karl V. die notwendigen Summen verschaffte. Aber dem Scharfblick des großen Organisators der neuen toskanischen Staatsverwaltung konnte es nicht entgehen, daß ein leistungsfähiges Steuersystem die beste Bürgschaft für die Sicherheit seiner Dynastie sein werde, daß es ebenso einzig die Gewähr biete, die Reform und den Neuaufbau des zerrütteten Staatswesens erfolgreich durchzuführen. Seine wirtschaftspolitischen Anschauungen waren einer definitiven direkten Besteuerung von Industrie und Handel abgeneigt; die Decima war besonders seit der Erhöhung um ein Quarto ziemlich hoch und der Grundbesitz hätte eine weitere regelmäßige Steigerung nicht wohl ertragen; dasselbe war der Fall im Zollwesen, wie der lückenlose Tarif und die bereits hohen Zollsätze der republikanischen Zeit dartun. So hat sich denn der rege und erfindische Geist dieses größten unter den mediceischen Finanzpolitikern im Ausbau eines leistungsfähigen Systems indirekter Steuern die nötigen Finanzquellen eröffnet, jenes Steuersystems, das im Verein mit den Zöllen und dem gewaltigen Gewinn seiner privaten kommerziellen Unternehmungen ihm schier unerschöpfliche Schätze zur Verfügung stellte, ihn befähigte, den langwierigen senesischen Krieg durchzuführen und dem stets geldbedürftigen Kaiser Karl V. gewaltige Summen zu leihen, den Staat auszubauen und alle Angriffe auf seine Herrschaft siegreich zurückzuweisen und schließlich seinem Nachfolger bedeutende Schätze zu hinterlassen. Diese größte Neuschöpfung seit der Einsetzung des Catasto im Jahre 1427 und im Grunde genommen nichts anderes als die unvermeidliche Konsequenz der Abschaffung desselben bildete mit den

Zöllen und den Grundsteuern die Grundlage der toskanischen Finanzen bis zu der Finanzreform Leopolds und darüber hinaus bis ins 19. Jahrhundert hinein. Seinen Nachfolgern hat der große Mann, der zweifellos persönlich an der Ausarbeitung der neuen Steuerordnung starken Anteil genommen hat, die leichte Aufgabe hinterlassen, die von ihm geschaffene Steuergrundlage nach Bedürfnis zu belasten.

Nach zwei Richtungen hin erfolgte der Ausbau der indirekten Steuern: durch Neuordnung und Erhöhung der hergebrachten Aufwandbesteuerung und durch Einsetzung neuer umfassender Konsumsteuern. Zu der ersten Art gehörte insbesondere das Salzmonopol, das Cosimo vom ersten Jahre seiner Herrschaft in eigene Verwaltung nahm. Der Geist der Fiskalität, der im mediceischen Finanzsystem so mächtig in den Vordergrund tritt, offenbarte sich insbesondere bei dieser Steuer: schon unter Cosimo ist die ursprüngliche freiwillige Konsumbesteuerung in eine drückende Personalsteuer umgewandelt worden und die fortwährende Erhöhung der ursprünglichen Sätze während des Prinzipates hat sie zur weit aus größten und gehäßigsten Steuer desselben gemacht, gleichzeitig auch einen schwunghaften Schmuggel hervorgerufen, den selbst die barbarischen Strafen nicht zu unterdrücken vermochten.

In dieselbe Kategorie der reformierten Steuern gehören die Weinsteuer und die Kontraktsteuer, welche letztere wahrscheinlich schon unter Cosimo erhöht wurde, jedenfalls eine weitgehende Ausdehnung fand, wobei allerdings die gewagtesten Interpretationen Platz griffen.

Als erste der neuen großen Steuern erscheint 1538 die Brodsteuer, Tassa del segno sul pan venale; sie ist durch Gesetz vom 30. Dez. 1558 erhöht worden und war ursprünglich zu einem Drittel für den Fiskus, der Rest für das Spedale di S. M. Nuova bestimmt. Später wurde sie als Umsatzsteuer auf die Bäcker umgelegt, indem jeder oft willkürlich zu einer bestimmten Summe eingeschätzt wurde. Aehnlicher Natur scheint

die durch Gesetz vom 3. März 1551 eingesetzte **Fleischsteuer**, *Gabella del Sigillo delle carni*, gewesen zu sein, die seit 1566 zur Verhütung von Betrug als Lizenzsteuer erhoben wurde, später ebenfalls einen bedeutenden Zuschlag erfuhr. Die dritte der neuen großen Steuern war die **Mahlsteuer**, *Tassa del Macinato*. Sie ist durch Gesetz vom 8. Okt. 1552 gelegentlich des senesischen Krieges eingeführt worden und trat an Stelle einer vorherigen Kopfsteuer, wahrscheinlich der *Decima alle Teste*. Sie wurde — für die verschiedenen Qualitäten des Getreides, der Kastanien usw. in der Höhe abgestuft — von den Konsumenten erhoben, wenn die Produkte zum Mahlen in die Mühlen gelangten. Das Vorbild Cosimos fand Nachahmung in Neapel; doch hat dieser Großherzog selbst die Methode der Erhebung mit einer andern vertauscht, da die erste sich als leicht zu umgehen erwies.

Neben dieser zunächst provisorischen, dann definitiven Ordnung der indirekten Steuern hat Cosimo I. in dieser Zeit eine für die Finanzpolitik des Prinzipats charakteristische und bedeutungsvolle Steuerreform unternommen: Die stärkere Heranziehung der Steuerkraft der Landschaft durch Erhöhung und Ausbau der ihr durch die Kapitulationen auferlegten Abgaben. Letzterdings bildet diese Reform einen Teil der großen kosimianischen Staatsreform, die den Absolutismus und damit die Zentralisierung und den Ausbau des zum Territorium erweiterten Stadtstaates bezweckte.

Hatte die Republik Florenz allgemein die lokale Autonomie ihres immer größer werdenden Herrschaftsgebietes nach mittelalterlicher Gewohnheit nur insoweit beschränkt, als es dem Interesse der dominierenden Hauptstadt eben gerade entsprach, also insbesondere durch ihre ökonomische Legislatur, im übrigen aber den einzelnen Gebieten ihre besondere Gesetzgebung und Verwaltung belassen, so tritt uns diese Politik insbesondere in der Tatsache entgegen, daß die Kommune die freie Verwaltung der Gemeindegüter den Unterworfenen unangetastet ließ. Und das Wichtigste, soviel das spärliche Material erkennen



läßt, hat Florenz den Distrikt — der Contado war dem Catasto wie nachher der Decima unterworfen — mit direkten Steuern sehr wenig belastet; als einzige erscheinen die Tasse particolari, d. h. jene Abgaben, die die Kommunen bei ihrer Unterwerfung, ihrem Anschluß usw. an Florenz mit dem siegreichen Gegner vereinbarten. Nichts deutet auf eine Steigerung dieser Abgaben während der republikanischen Epoche hin; sicher ist auf jeden Fall, daß die Republik den Distrikt wie den Contado weit weniger belastet hat als das Prinzipat.

Mit der Herrschaft Cosimos I. tritt eine grundsätzliche Aenderung ein. Das Bestreben, die absolute Gewalt des Prinzipats in den Mittelpunkt des bisherigen vielgliedrigen Staatsorganismus zu schieben, ihn zum Angelpunkt der ganzen Staatsmaschinerie zu machen, hatte jene Transformation der Verwaltung und Verfassung zur Folge, wie sie uns neuerdings Anzilotti geschildert hat. Sie ist von zentralistischer Tendenz und findet in dem wenn auch unvollkommenen Ausbau der zentralen wie lokalen Behörden ihren Ausdruck. Diese Ausweitung des städtischen zum territorialen Staatswesen, die neuen Bedürfnisse, die dieselbe zur Folge hatte, machten aber auch eine weitergehende Heranziehung des Distrikts wie des Contado zu den Staatslasten notwendig. Der neue Kurs, der schließlich unter den späteren Medici zu einem vexatorischen Ausbeute- und Bedrückungssystem ausartete, nahm unter Cosimo I. nach drei Richtungen hin seinen Anfang: Einmal treten seit 1545 im Laufe der Zeit zu den alten Tasse particolari eine immer mehr anschwellende Zahl von neuen Titeln; unter den verschiedensten Bezeichnungen sind sie sowohl der Grafschaft wie dem Distrikt und dem senesischen Staat auferlegt worden, je nachdem das Wachsen der zivilisatorischen Aufgaben des Staates und seiner Organe neue Einnahmequellen erheischten. Von diesen Steuern, die einzeln nicht bedeutend waren, durch ihre große Zahl aber im Laufe der Zeit eine gewaltige Bedrückung der agrarischen Bevölkerung darstellten, wird eingehender unten die Rede sein, da weder Pagnini noch Canestrini näher auf die-

selben, die Methode ihrer Erhebung, ihre Verteilung eingegangen sind.

Neben der Vermehrung dieser im Contado auf den Kolonen, im Distrikt auf den Grundbesitzern lastenden Abgaben suchte dann Cosimo ihren Ertrag dadurch zu erhöhen, daß er eine Reform der Steuergrundlagen, der Schätzungen, im Distrikt in die Wege leitete. Ueber den Erfolg einer solchen Maßregel konnte ihn die unter Herzog Alexander 1532 durchgeführte Neuordnung der Decima im Contado und in der Hauptstadt unterrichten. Warum Cosimo diese Grundsteuer nicht im ganzen Staat eingeführt hat, womit eine den Estimi des Distrikts weit überlegene Katastrierung des Grundbesitzes geschaffen worden wäre, wissen wir nicht. Eine planvolle, nach einheitlichen Gesichtspunkten orientierte Ordnung des Staates liegt sowohl ihm wie dem Prinzipat überhaupt fern; auch unter diesem wird eben wie in der Zeit der Republik nur das unmittelbare Bedürfnis Ursache einer Reform; und wenn das Prinzipat doch in Legislatur und Verwaltung einen großen Fortschritt gegenüber dem häufig zusammenhanglosen Konglomerat des republikanischen Florenz und eine Uebergangsstufe zum einheitlich organisierten Staat Peter Leopolds bedeutet, so rührt das daher, daß eben die Bedürfnisse der von Cosimo faktisch geschaffenen absoluten Monarchie mehr auf Vereinheitlichung und Zentralisation hindrängten. Cosimo I. hat also eine Revision der Schätzungen zur Erhöhung des Ertrages und zur gerechteren Verteilung der Steuern durchgeführt; insbesondere hören wir von der pisani-schen Schätzung, die in den Jahren 1541—51 in Stadt und Landschaft Pisa vorgenommen wurde, trotzdem den Bewohnern durch die Kapitulation von 1509 Immunität von jeder Steuer zugestanden worden war.

In einer anderen Richtung noch sehen wir endlich die Politik Cosimos gegenüber der Landschaft andere Bahnen einschlagen als es die Republik getan hatte. Die freie Verwaltung der kommunalen Patrimonialgüter, die in der republikanischen Epoche nur der Oberaufsicht des Magistrato dei Cinque del Con-

tado e del Distretto unterworfen war, stand der von Cosimo unternommenen Steigerung der Gemeindeabgaben zweifellos im Wege; denn sie konnte eine dem Prinzeps sehr ungelegene Verwendung der Gemeindegüter zur Folge haben, wenn die Kommunen zur Entlastung der Kontribuenten diese Güter für die Bezahlung der Steuern über Gebühr heranzogen. Auch entsprach die Gemeindeverwaltung in dieser Beziehung offenbar nicht den Anforderungen einer weitsichtigen Oekonomie. Rechnen wir noch dazu, daß die zentralistische Tendenz der mediceischen Politik überall und so auch hier darauf gerichtet war, in allen Finanzangelegenheiten einen weitgehenden Einfluß zu gewinnen, so verstehen wir, wie Cosimo seit 1549 die Zügel straffer anzog, indem er die Anlage der Ueberschüsse der Gemeinden anordnete und durch die Reform der Aufsichtsbehörde in den Jahren 1551 und 1560 die Administration der Gemeindegüter zentralistisch gestaltete und zur willkürlichen Disposition des Prinzeps stellte.

Noch haben wir einen Blick zu werfen auf eine Finanzquelle Cosimos und seiner Söhne, die ein helles Licht wirft auf die Staatsauffassung und die Finanzpolitik der drei ersten Großherzöge. Es ist jener gewaltige monopolistische Großhandel mit Getreide, Oel und Wein, der ebenso verderblich war für die toskanische Agrikultur, solange er andauerte, als durch die verderblichen Spuren, die er in der toskanischen Legislatur hinterließ, als ihn die Nachfolger Ferdinands I. gänzlich fallen ließen. Seine Voraussetzung war das Annonarsystem, das die Ausfuhr von Lebensmitteln verhinderte oder doch erschwerte; seinerseits hat dieser Großhandel die Annona verschärft und in rigorosester Weise ausgebildet. Die agrarfeindliche wirtschaftliche Gesetzgebung des republikanischen Florenz, die Kriegsstürme, die seit 1494 das schöne Land durchtobten, nicht zum mindesten auch der dem Ackerbau abgeneigte florentinische Handelsgeist hatten den verderblichsten Einfluß auf die toskanische Agrikultur ausgeübt, so daß sie mit den Hauptprodukten den Bedürfnissen des eigenen Landes nicht mehr

gerecht werden konnte. Als daher 1539 eine Hungersnot ausbrach, kam der Prinzeps gewordene Kaufmann Cosimo auf den Gedanken, durch einen ausgedehnten Lebensmittelhandel sowohl jede zukünftige Hungersnot zu bannen, wie auch vor allem sich eine gewaltige Einnahmequelle zu verschaffen. Mit größter Rücksichtslosigkeit, nur darauf bedacht, sich einen sicheren Gewinn und ein sicheres Absatzgebiet zu verschaffen, ist Cosimo vorgegangen. Die Zentralisierung der Annonarbehörden, die Reglemente, die die Familienväter nötigten, ihren jährlichen Konsum der Annonarbehörde mitzuteilen, damit danach die Einkäufe im Ausland ohne Verlustgefahr geregelt werden konnten, die Anweisung von bestimmten Quanten an die Bürger waren erste Schritte in dieser Richtung. Dadurch, daß die Handelsschiffe nur noch auf Rechnung des Prinzeps gebaut werden durften und nur für sie Waren transportiert wurden, daß dieselben den Kaufleuten nur gegen starken Gewinnanteil abgetreten wurden, ist jede Konkurrenz ausgeschaltet worden. Indem nun noch die von der Republik her übrig gebliebenen geringen Freiheiten weiter beschränkt wurden, indem der Produzent seinen Ueberschuß nicht mehr frei verkaufen durfte, sondern nur noch der Abundanzbehörde, und der Konsument, insbesondere die Bäcker, ihren Kornbedarf ebenfalls bei der Teuerungsbehörde decken mußten, durch all das wurde die monopolistische Regierung gegen jedes Risiko sichergestellt, das sie sonst mit dem im Ausland gekauften Getreide usw. hätte laufen können. Und da sie ja wie in der Zeit der Republik den Preis der Lebensmittel willkürlich bestimmte, war sie imstande, zur Zeit der Einkäufe den Preis niedrig zu halten, um dann beim Verkauf in die Höhe zu gehen und sich den gewünschten Gewinn zu verschaffen. Wohl hat dieses raffinierte System, das Cosimo großzügig, Franz I. kleinlich und Ferdinand I. in einer echt kaufmännischen Weise betrieben, den Medici gewaltigen Gewinn gebracht; es hat aber auch, was noch an Leben in der Agrikultur steckte, geknickt: es ist der Höhepunkt der industrie- und hauptstadtfreundlichen, der agrar- und landschaftfeindlichen Wirtschaftspolitik. Und

als dann die Nachfolger Ferdinands sich von diesem unwürdigen Handel abwandten, da ist auch dies nicht zum Segen geworden, weil die neuen Annonarbestimmungen in Kraft blieben, die Agrikultur also keineswegs eine Erleichterung verspürte, während andererseits die Aufgabe des Handels neuen Hungersnöten einen leichten Weg bahnte, da der Ackerbau bei weitem nicht mehr imstande war, den Konsum des Landes zu decken.

Rechnen wir nun noch zu dieser gewaltigen Steigerung der Abgaben die allgemeine Erhöhung der Torzölle und der Salzsteuer, die erschreckende Häufigkeit und Höhe der außerordentlichen Steuern und Zwangsanleihen, besonders während des senesischen Krieges, die bald als Kopf-, bald als Vermögenssteuern umgelegt wurden, weiter die umfangreichen Konfiskationen von Rebellengütern, dieses traurige Erbstück republikanischer Unduldsamkeit und Härte, das für kurze Zeit eingeführte Lotto, ferner die mit der Wiederbelebung des Feudalismus verbundene Erneuerung von Feudallasten, Fronarbeiten der Kolonen für Straßen, Gräben usw., die Steigerung der Gemeindesteuern durch Ueberweisung von Korrekturen, Damm- und Flußarbeiten und endlich — last not least — die mit ungewohnter Genauigkeit und Härte gehandhabte Verwaltung, dann verstehen wir das Urteil, das der Historiker der Medici über jene Wirtschafts- und Finanzpolitik gefällt hat: Tutto tendeva a ricavare danari dai sudditi: Der Kernpunkt der inneren Politik Cosimos und seiner Nachfolger, die Grundlage der merkantilistischen Politik. Dieses fiskalische Gepräge, das die mediceische Legislatur vollständig durchdringt, ist ihr bereits durch Cosimo aufgedrückt worden; nur wird es, je weiter wir in der Zeit fortschreiten, um so häßlicher und drückender.

Die von Großherzog Cosimo übernommene oder geschaffene Steuerordnung hat ohne wesentliche Veränderung bis in die Regierungszeit Leopolds die Grundlage des toskanischen Finanzwesens gebildet. Cosimos schwächere Nachfolger haben nur die Schattenseiten seiner Politik zur Entwicklung gebracht, haben vor allem die bereits so prononcierte Fiskalität aufs

höchste getrieben, obschon man unter Franz I. in Italien der Meinung war, che le gabelle in Toscana e a Roma l'inquisizione fossero quello che fino a quel tempo era stato immaginato di più insidioso contro la tranquillità e quiete degli uomini, so wurden doch noch im Verlaufe des 17. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 18. einmal die Erhebungsmethoden in immer raffinierterer Weise ausgebildet, wie vor allem jene mit großer Entrüstung aufgenommene Färbung des Salzes zeigt, die eine Umgehung des Gesetzes verhindern sollte; vor allem aber erfolgte eine weitere Steigerung der direkten wie indirekten Steuern, besonders der Zölle, der Salz- und Mahlsteuer. Neue Steuern tauchten auf, wie die Stempelsteuer, besonders erscheinen neue Monopole, das Tabak- und das Eisenmonopol, einzelne Industriezweige werden zum Monopol erhoben und an Private verpachtet. Wenn auch, wie es scheint, die hauptstädtischen Zünfte nicht völlig von Steuern verschont geblieben sind, so nehmen doch in gewaltigerem Umfange die Steuern zu, die der Landwirtschaft auferlegt wurden.

Eine eigenartige Erscheinung in der Finanzpolitik hat dann die Notlage gezeitigt, die in den letzten Zeiten des Prinzipats, unter Cosimo III. eintrat. Sie war die Folge einmal der Verschwendungssucht dieses verächtlichsten aller Medici, in erster Linie aber hervorgerufen durch den Druck, den die Kriege Ludwigs XIV. auch auf Toskana ausübten. Seine Regierungszeit bezeichnet den Höhepunkt der Fiskalität, den größten Tiefstand des toskanischen Volkes, unter ihm finden sich die meisten und die am höchsten gesteigerten Steuern, unter ihm blüht das Schuldenwesen am besten. Bei der allgemeinen Erschöpfung und bei der Unmöglichkeit, die ordentlichen Steuern noch weiter zu steigern, sah sich der von Invasionsdrohungen des Wiener Hofes geängstigte Fürst genötigt, zu einer andern Methode der Besteuerung zu schreiten, um die gewaltigen Summen bezahlen zu können, die der geldbedürftige Kaiser von ihm erpreßte. Auch die obern Klassen mußten jetzt herhalten. Seit 1692 wurde 34 Jahre lang eine allgemeine Einkommensteuer wie einst beim

alten Catasto erhoben; das mobile Kapital wurde auch herangezogen. Die Besteuerung erfolgte durch von einer Kommission kontrollierte Selbsteinschätzung. Außerdem trat zu dieser alljährlich erhobenen und mehrmals gesteigerten außerordentlichen Steuer die Progression, seit 1694 für die Kolonen, seit 1709 allgemein. Diese zweifellos nach dem republikanischen Vorbild durchgeführte Besteuerung zeigt, daß bei der allseitigen Erschöpfung der unteren Klassen die Regierung das notwendige Geld nur aufzubringen vermochte, daß die kapitalistischen Kreise, die sonst geschont wurden, stärker besteuert wurden. Diese von einer gewaltigen Steigerung der Staatsschuld begleitete Steuerordnung wurde erst unter Johann Gasto 1725/26 durch teilweise Abtragung der Schulden und Reduktion der Zinsen zum großen Wohle des Landes wieder rückgängig gemacht.

Dermaßen klingt die mediceische Finanzpolitik aus. Fassen wir in einem Rückblick zu ihrer Beurteilung das Gesagte zusammen, um die Grundtendenzen deutlich hervortreten zu lassen! Eine erste mit nachhaltigster Energie durchgeführte Neuerung im Finanzwesen ist die unter der Republik nur rudimentär entwickelte Ausweitung der städtischen zur territorialen Finanzwirtschaft, die in einem entwickelteren indirekten Steuersystem und in der immer mehr anschwellenden Belastung und schließlich Bedrückung der agrarischen Kreise, aller außerhalb städtischen Gemeinden zum Ausdruck kommt. Das zweite charakteristische Novum ist die Lösung der für die Gestaltung des toskanischen Finanzwesens fundamentalen Frage, die die absterbende Republik dem Prinzipat hinterließ: auf welche Finanzquellen wird die Staatskasse nach der Abschaffung des Catasto und der Progression basiert, d. h. auf welche Klassen wird der Ausfall abgewälzt werden. Daß diese Lösung in der schon von den republikanischen Staatsmännern teilweise vorgezeichneten Weise erfolgt ist, daß durch die Neuordnung und Steigerung der Grundsteuer der Decima, durch das Konsumsteuersystem, die Kopfsteuern und die Steigerung der Abgaben der Gemeinden die Industrie im besonderen, das mobile Kapital,

der Reichtum im allgemeinen entlastet, dagegen die Massen und hier besonders die unglücklichen Kolonen mit Abgaben fast erdrückt wurden, das alles zeigt uns auf dem finanzpolitischen Gebiet dieselbe Grundtendenz, die uns bei der Wirtschaftspolitik der Medici entgegentrat: Möglichste Schonung und Förderung der Industrie, Belastung der agrikolen Klassen, mit andern Worten: Entlastung der Hauptstadt Florenz, Belastung der Landschaft und der Provinzstädte. Es sei hier ohne weiteres zugegeben, daß diese Tendenz in der Finanzpolitik weit weniger klar zutage tritt als in der Wirtschaftspolitik; der Grundsteuer und der indirekten Besteuerung war ja auch die Hauptstadt unterworfen. Aber schon die Nichtwiedereinführung des Catasto, die Nichtbesteuerung der doch wirtschaftlich einzig geförderten Industrie, des mobilen Kapitals, dagegen die Belastung der Landschaft durch unter der Republik nicht gekannte zahlreiche Abgaben berechtigt zu obiger Annahme.

Und zu diesen zwei Grundlagen mediceischer Finanzpolitik tritt nun allbeherrschend jene fiskalische Richtung, die mit gar keiner Rücksicht gegenüber der agrikolen Bevölkerung, mit beschränkter gegenüber den industriellen Kreisen möglichst große Erträgnisse aus den Untertanen herauszupressen versuchte. Schon Cosimo I. hatte erkannt, daß nur eine ausgezeichnete Finanzverwaltung und eine gefüllte Staatskasse seinem Thron die notwendige Legitimität verleihen könnten. Daher sein und seiner Nachfolger Bestreben, die Staatseinnahmen zu steigern. Die ohne Rücksicht auf das Volkswohl geschaffenen Konsumsteuern auf die notwendigsten Lebensmittel, Brot, Fleisch und Salz, die Ausbeutung der Landschaft durch massenhafte Kontributionen und Lasten, die fiskalische Handhabung des Zollwesens, selbst wo das Interesse der sonst so geförderten Industrie auf dem Spiele stand, der gewaltige Handel mit Lebensmitteln und Rohprodukten, und schließlich die rigorose Handhabung der Finanzverwaltung legen ein sprechendes Zeugnis ab von dieser Auffassung der Herrscher. Und so steigen die Staatseinnahmen rapide, von 300 000 fiorini d'oro



zur Zeit Villanis auf 437 934 Dukaten im Jahre 1550, dann nach der großen Finanzreform und dank der kleinlich genauen Eintreibung unter Franz I. im Jahre 1576 auf 1 200 000 Scudi, 1738 auf 9 019 143 Scudi<sup>5</sup>. Auf diese Finanzen gestützt, haben die Medici jenen bewunderten Hofhalt geführt, der seit Cosimo I. und besonders unter so unfähigen Herrschern wie Cosimo III. ins Ungemessene stieg; damit haben sie sich als Mäcenaten gezeigt, den Ausbau des Territorialstaates durchgeführt und auswärtigen Herrschern wie dem Kaiser gewaltige Summen zur Verfügung gestellt. Und was vom toskanischen Standpunkt aus schwerer wiegt, durch dieses Finanzsystem und besonders durch die verfehlte Wirtschaftspolitik haben sie ein wackeres Volk und ein schönes Land einem so verderblichen Ruin zugeführt, daß mehr als fünf Menschenalter die Spuren desselben nicht zu vertilgen vermochten.

#### **Das toskanische Finanzwesen vor der großen Reform Großherzog Leopolds.**

Die bisher geschilderte Entwicklung des toskanischen Finanzwesens wird eine zweifellos nicht unerwünschte Vertiefung und Ergänzung erhalten, wenn wir in dieser Einleitung noch einen, wenn auch nur orientierenden Ueberblick werfen auf den Zustand des toskanischen Finanz- und Steuersystems im einzelnen, bevor die großen Reformen Leopolds einsetzten. Zudem werden uns bei dieser Schilderung der einzelnen Steuern und Finanzzweige die Probleme entgentreten, die für eine einsichtige Finanzverwaltung der Lösung harrten; weiter wird dadurch ermöglicht, daß eine der fortlaufenden Schilderung der

---

5. Letztere Ziffer aus: Archives des Affaires Etrangères. Abteilung: Toscane, Bd. 114, S. 257 ff. Brief Lorenzis vom 17. März 1752. Zur Abkürzung sei von jetzt an zitiert: A. A. E., Bd. 114, S. 257 etc.

toskanischen Finanzpolitik im 18. Jahrhundert nicht sehr förderliche Materie viel einheitlicher zur Darstellung kommt, als wenn sie zerteilt kommen<sup>6</sup>armäßig zu jeder einzelnen Reform herangezogen werden müßte.

### Das staatliche Finanzwesen.

Beginnen wir mit den Zöllen<sup>6</sup>! In ihnen prägen sich scharf jene Merkmale aus, die wir bei jeder einzelnen Steuer um so deutlicher vorfinden, je weiter in der Zeit zurück ihr Ursprung liegt: das historisch Gewordene und im Zusammenhang damit das Barocke, sodann das Fiskalische.

Das historische Wachstum der siegreichen Arnostadt spiegelt sich im Zollwesen wieder; als innersten Zollgürtel treffen wir die Torzölle der Stadt, von außerordentlichem Ertrag für die Staatskasse. Ursprünglich nach einem Tarif erhoben, zerfielen sie später in die nach verschiedenen Tarifen geregelten eigentlichen Torzölle, Gabelle delle Porte, auf inländische und die Gabelle della Dogana auf die ausländischen Produkte. Der zweite Gürtel umgrenzte den am frühesten von der Kommune unterworfenen und wirtschaftlich völlig auf die Hauptstadt angewiesenen Contado, die Grafschaft; damit war dieses Wirtschaftsgebiet gegen das übrige Territorium, den Distretto im eigentlichen Sinn, zollpolitisch abgeschlossen. Aber auch der Distrikt bildete durchaus kein einheitliches Zollgebiet. Der historische Werdeprozeß, der Toskana aus einer Anzahl früher selbständiger und mit selbständigem wirtschaftlichen Ausbau ausgerüsteten Kommunen durch die überragende

---

6. Siehe über das Folgende vor allem die Einleitung Mugnais zu: *Tariffa delle Gabelle Toscane*, Firenze 1781. Dazu L. Pignotti: *Elogio storico di A. Tavanti*. 2. Aufl. Florenz 1846. Ferner A. Zobi: *Storia civile della Toscana*, Bd. I, S. 112. Leider war das Tatsachenmaterial nicht aufzufinden, auf Grund dessen dann die Reform Leopolds erfolgte; daher können hier nur einzelne wichtige Züge zur Darstellung gelangen.

florentinische Kraft zusammenschweißen ließ, hat auch hier seine deutlichen Spuren hinterlassen. Die Stadt Pisa war von der Grafschaft gleichen Namens durch eine Zollgrenze getrennt, diese hinwiederum gegen den Rest des Territoriums durch Zollstätten abgeschlossen; dasselbe war der Fall mit Arezzo und Pistoia und ihren einst zugehörigen Landschaften; ja Pistoia hatte drei Zollgürtel, indem noch die Landschaft in einer Meile im Umkreis der Stadt durch Zölle von der äußern abgesperrt war. Auf diese Weise waren diese vier Städte und Territorien gegen den übrigen Teil, den Distretto im engern, zollpolitischen Sinne abgetrennt; wenn dieser gemäß Statuten, wie sie die übrigen Territorien auch besaßen, ursprünglich keinen Zöllen unterworfen gewesen war, so hatte die Interpretation derselben doch dahin geführt, daß auch diese Gemeinden den Ausfuhrzöllen für Lebensmittel sich fügen mußten. Während also die alten freien Kommunen politisch von der Bildfläche verschwanden, gingen ihre Zölle mit wenig Ausnahmen in den Besitz des siegreichen Gegners über und bildeten fortan ein engmaschiges, finanziell ergiebiges Binnenzollsystem, das noch dadurch kompliziert wurde, daß neben einer Anzahl von staatlichen Zollstätten für den Transit, noch eine Menge kommunaler hinzutraten, insbesondere die von Arezzo und Volterra<sup>7</sup>. Und um die Zollverwaltung nun noch endgültig zu komplizieren, sehen wir den auch sonst sehr stief-

---

7. Im Florentinischen hatten 25 Gemeinden kommunale Zollstätten, im Senesischen 4. Bei der Unterwerfung Arezzos 1384/85 übernahm Florenz alle Zölle bis 1531; durch die Kapitulation aus diesem Jahre verblieben den Aretinern die Zölle der Stadt und des Kapitanats unter der Bedingung, sie nicht ohne Erlaubnis von Florenz zu erhöhen. Florenz erhielt die Grafschafts- und alle Transitzollstätten. Reform des aretinischen kommunalen Tarifs 1647, gedruckt 1694. Bei der 1472 erfolgten Unterwerfung Volterras übernahm Florenz ebenfalls die Zölle bis 1530, in welchem Jahre sie den Volterrannern wieder zurückerstattet wurden. Letzter Tarif gedruckt 1747.

mütterlich behandelten senesischen Staat zollpolitisch im großen und ganzen als Ausland behandelt; durch eine innere Zolllinie vom Florentinischen geschieden, bildete er mit seinen drei Zollgürteln, den Stadtzöllen, dem Zollkreis der Masse, d. h. des 3—4 Meilen um die Stadt liegenden Gebietes, und den Grenzzöllen, eine auch zolltechnisch vollständig selbständige Zollverwaltung.

Nach außen bildete dieses gesamte Territorium durch eine rigoros gehandhabte Grenzzollverwaltung eine zollpolitische Einheit, so allerdings, daß einige Gebiete, die keinen territorialen Zusammenhang damit hatten, wie die Lunigiana, Barga und Pietrasanta, außerdem aber das Hafengebiet von Livorno außerhalb lagen und eigens verwaltet wurden. Hervorragend waren die Erträge der Livorneser Hafen- und Zollgebühren: die Ursache der weitgehenden Begünstigung dieser Stadt.

Kein Colbert hat dieses langhergebrachte Binnenzollsystem reformiert und den Handel von diesen Lasten und Belästigungen befreit; das Prinzipat hat während seiner 200jährigen Herrschaft kaum eine Aenderung daran vorgenommen und so konnte denn ums Jahr 1757 der Graf Gian Rinaldo Carli die vielzitierte Beobachtung machen, daß ein von Livorno nach Cortona gesandter Ballen Wolle 10 Zollstätten passieren mußte, wobei die zu entrichtenden Abgaben, Gebühren usw. sich zu 44 verschiedenen Titeln summierten und bei einem Wert von ca. 260 Lire mehr als 31 Lire betrugen: eine Tatsache, die Bände spricht. Wenn wir als das Wesen des Barocks die Eigenschaft bezeichnen, daß Geist und Zweck einer Institution, die nur im Zusammenhang mit diesem Sinn und Leben gewinnen kann, sich total verändert haben, dann kann dieses Zollwesen zweifellos barock genannt werden. Dieselbe Eigenschaft tritt uns entgegen, wenn wir die von den Tarifen vorgeschriebenen Zollsätze prüfen. Im Zeitalter der Kommunen waren diese Tarife erlassen worden, natürlich zu verschiedenen Zeiten, mit verschiedener Berechnung der Zollsätze; alle spätern Kom-

pilationen<sup>8</sup>, die immer nur nach drängendem Bedürfnis und partiell vorgenommen wurden, haben diese ursprüngliche Verschiedenheit um so weniger verwischen können als ihr Hauptzweck nur die bald allgemeine, bald partielle Erhöhung der Zollsätze war, eine einheitliche Zollordnung aber nie erlassen wurde. Neben dieser Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der Zollsätze, die eine zollpolitisch verschiedene Behandlung und Belastung der einzelnen Landesteile, der einzelnen Gemeinden bedingte, erscheint dann die vielsagende Tatsache, daß in den Tarifen viele Waren aufgeführt waren, die überhaupt nicht mehr gebraucht wurden, während andere Produkte, die durch die neuen Entdeckungen und den Fortschritt der Industrie neue Handelsobjekte geworden waren, fehlten. Freilich mochte das von geringerer Bedeutung sein, gleichwie, daß viele aus Luxuswaren zu einem für ein bequemes Leben notwendig gewordene Gegenstände ihren alten hohen Zoll beibehalten hatten. Dagegen offenbart sich in diesen Tarifen aufs markanteste die merkantilistische, die Industrie der Hauptstadt auf Kosten des Ackerbaus fördernde Wirtschafts- und die rücksichtslose Finanzpolitik der Medici, trotzdem, wie wir gesehen haben, die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwerpunkts von der Industrie auf den Ackerbau eine totale geworden war. Während für eine Reihe von fremden Industrieprodukten — weißes, beschriebenes, gefärbtes

8. Der Tarif für die Torzölle der Stadt Florenz wurde 1578 neu kompiliert, approbiert und gedruckt; 1652 wieder gedruckt, nachdem die Zölle 1645 um die Hälfte erhöht worden waren. In der Regel waren es Gewichtszölle, aber auch nach Maß und Zahl erfolgte die Erhebung; Wertzölle gab es wenige. Das Verhältnis der Ausfuhr- zu den Einfuhrzöllen war gewöhnlich 2:3; bei den Wertzöllen  $12\frac{1}{2}\%$  :  $8\frac{1}{3}\%$ , Transitzölle  $2\frac{1}{8}\%$ . An den Toren  $15\%$  :  $10\%$ . Der Tarif für den Contado beruhte auf einer Kompilation von 1577; die letzte Redaktion des pisanischen stammte von 1744. Die senesischen Zölle wurden 1645 um  $\frac{1}{3}$  erhöht; Aus- und Einfuhrzoll waren im allgemeinen gleich hoch. Wertzölle meist  $3\frac{1}{3}\%$ , Transitzölle  $\frac{5}{8}\%$ . Der Tarif wurde zuletzt 1646 und 1664 kompiliert; der pistoiesische stammt aus dem Jahre 1719, nachdem 1664 die Sätze verdoppelt worden waren.

und gedrucktes Papier, neue und gebrauchte Seidentücher, verarbeitetes und Roheisen, gemünztes Silber- und Goldgeld, Tücher, eine Anzahl Seidensorten — die Einfuhr verboten, oder dann mit schutzzöllnerischen Taxen belegt war, war andererseits dasselbe der Fall für die Ausfuhr der der heimischen Industrie notwendigen Rohprodukte, für Lumpen und Fleischabfälle, Schaf- und Ziegenhäute, Maulbeerpflanzen, Sapone da Seta, Rohseide usw. Aehnliche Verbote galten für den Transit.

Neben dieser merkantilistischen Tendenz sehen wir dann noch in seltsamem Kontrast und in nicht immer wohlverstandenen Interesse fiskalische Einflüsse stark vorwalten, die Tarife förmlich durchdringen: sie werden repräsentiert durch das gesamte, ertragreiche Binnenzollsystem, weiter durch die infolge ihrer Höhe oft in entgegengesetztem Sinne wirkenden Einfuhrzölle, insbesondere aber durch die durchweg auf  $\frac{2}{3}$  der Einfuhrzölle angesetzten Ausfuhrzölle, die eine schwere Belastung der sonst so geförderten Industrie darstellten, und endlich durch die ergiebigen Transitzölle, besonders Livornos<sup>9</sup>.

Die mediceische Zollpolitik ist also nicht nach klaren und einheitlichen Gesichtspunkten orientiert; ein roher Empirismus waltet vor und in wirrem Durcheinander durchkreuzen und heben sich merkantilistische und fiskalische Tendenzen auf; der ganze Wirrwarr wird noch gesteigert durch die Unklarheit der Gesetze, die den schlecht besoldeten Beamten einen breiten Spielraum zu Willkür und Parteilichkeit ließen.

Von der Schilderung dieses so irrationalen Zollwesens wenden wir uns der *G r u n d b e s t e u e r u n g* zu, für die ein

---

9. Aus dem Jahre 1762 sind Zusammenstellungen der Zollerträge vor der Reform Leopolds vorhanden. Danach verteilten sie sich folgendermaßen: Einfuhrzölle = Lire 572,928.19.— Ausfuhrzölle = Lire 339,723.5.— Fast ebenso hoch wie beide zusammen waren die Transitzölle: Lire 839,501.1.— Davon die Hälfte auf Livorno = Lire 428,573. Siehe Florentiner Staatsarchiv: Archivio del Gabinetto. Filza 101, S. 200; 102, S. 37; 103, S. 254. Die Binnenzölle betrugen 313 720 Lire.

weit reichlicheres Material vorliegt<sup>10</sup>. Bereits Pagnini und Canestrini haben die Entwicklung der Decima beleuchtet; eine Darstellung der toskanischen Grundbesteuerung wird das dort Gebotene dankbar verwenden; aber es ist klar, daß sie bei dieser nur die höchste Entwicklung und damit einen, wenn auch wichtigen, so doch relativ kleinen Teil derselben berücksichtigenden Schilderung nicht stehen bleiben darf, vielmehr auch dem distriktualen Grundsteuerwesen einen breiten Platz einzuräumen hat.

Ist doch der 1494/95 beschlossenen und bis 1498 durchgeführten Grund- und Gebäudesteuer der Decima außer der Hauptstadt Florenz nur noch die aus den drei Vikariaten S. Giovanni, Scarperia und Certaldo bestehende Grafschaft unterworfen gewesen, die durch die leopoldinische Gemeindereform in 39 politische Gemeinden eingeteilt wurde. Dazu kamen noch Prato und S. Miniato aus dem Distrikt. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts treffen wir diese von Anfang an für die Verzinsung der Staatsschuld bestimmte und von einer besonderen Behörde, dem Ufficio delle Decime erhobenen Steuer in einer großen Unordnung und einer womöglich noch größern Ungleichartigkeit der Veranlagung, so daß, wie Pagnini sagt, von 1000 Besteuerten kaum einer die zutreffende Quote bezahlte. Die Ursachen dieser Erscheinung sind mannigfacher Art gewesen, teils unabhängig vom Wesen der Steuer, teils von diesem bedingt. Zweifellos die größte Schuld an diesem allen Steuerregeln hohnsprechenden Zustande trug der Umstand, daß der auf Selbstdeklaration und behördlicher Kontrolle beruhende Kataster von 1498 keine Erneuerung und Revision erfahren hatte, somit das Grundsteuerwesen von Grafschaft und Hauptstadt im 18. Jahrhundert auf jener vor mehr als zwei Jahrhunderten erfolgten Katastrierung beruhte, obgleich bei Ein-

---

10. Außer den Werken Pagninis und Canestrinis wurden für das Folgende benutzt die Denkschriften aus der Reformzeit. Siehe Gabinetto Filza 91, Nr. 1; 4—9. Filza 70, Nr. 1 u. 2.

führung der Decima eine regelmäßige Revision vorgesehen wurde. Denn daß der Erneuerung der Katasterrollen von 1532/34 und noch viel weniger den Revisionen von 1618 und 1714 die Wirkung einer solchen zukam — sie waren vielmehr einfache Kopien des Katasters von 1498 —, wird uns ausdrücklich bestätigt; und nur für die Häuser, Mühlen und übrigen besteuerten Gebäulichkeiten ist 1576 eine wirkliche Neuaufnahme erfolgt; auf dieser beruhte die Gebäudesteuer im 18. Jahrhundert. Und selbst der Kataster von 1498 ist keine völlig neue Institution gewesen, sondern es war der Schatzungskommission zur leichtern Durchführung ihres Amtes ausdrücklich gestattet die frühern Katasterrollen heranzuziehen; letzten Endes beruhte also die Besteuerung des Grundbesitzes im 18. Jahrhundert auf den Katasterrollen von 1427, eine Ungeheuerlichkeit, deren Absurdität noch mehr in die Augen springt, wenn man bedenkt, daß eine partikuläre Berichtigung nur in wenigen Fällen und nur mit einer Reihe von erschwerenden Formalitäten möglich war.

Eine Reihe von Aenderungen aus späterer Zeit hat das ursprünglich einfache System der Decima kompliziert. Hatte man als Steuersatz ursprünglich, wie schon der Name andeutet, 10 % des Reinertrages in Aussicht genommen, so brachte doch schon die Einsetzung der Steuer insofern eine Veränderung als wohl die Gebäude zu 10 %, dagegen die Liegenschaften zu  $11\frac{2}{3}$  % veranschlagt wurden. Diese Sätze stiegen während des 16. und 17. Jahrhunderts durch eine Reihe von Zuschlägen dermaßen, daß die Decima im 18. Jahrhundert für die Bürger durchwegs 14 % und noch mehr betrug. Der wichtigste dieser Zuschläge war der 1534 von Herzog Alexander definitiv eingeführte Quarto, der die auf die Güter der florentinischen Bürger umgelegte Decima um  $\frac{1}{4}$  erhöhte. Die Münzveränderungen, die seit dem 14. Jahrhundert durch Verschlechterung der Silbermünzen eine fortwährende Wertsteigerung des Goldflorins zur Folge hatten, haben, um den im 16. Jahrhundert (1532) gesetzlich festgelegten Wert des Goldflorin, nach dem die Decima bis



zu Leopold berechnet wurde, mit dem wirklichen in Einklang zu bringen, einen weitem Zuschlag, den Ventesimo zur Folge gehabt, und zwar für alle, Bürger, Grafschaftsbewohner und Klerus. Indem dann in der Folge noch unter der Form von Register- und Empfangsgebühren zwei weitere Erhöhungen eintraten, teils allgemein, teils nur für die Bürger, ergaben sich für die Grundbesteuerung der Decima in der Hauptstadt und im Contado folgende Steuerproportionen<sup>11</sup> im 18. Jahrhundert:

Decima für die Bürger	32.—.6 Lire,
Decima für die Grafschäftler	28.18.5 Lire,
Decima für die Geistlichkeit	25.9.2 Lire.

Neben dieser durch die ungleichmäßige Erhöhung der Sätze hervorgerufenen Verschiedenartigkeit der Steuerbelastung wurde das System der Decima noch weiter kompliziert, als man aus fiskalischen und kirchenpolitischen Gründen der als Realsteuer eingesetzten Abgabe nach Bedürfnis personalen Charakter verlieh und denselben wieder negierte, sobald der fiskalische Zweck erreicht war. Man weiß, was gemeint ist: jene Vermischung des Real- und Personalprinzips, die die Form der Katasterrollen und die verschiedenartige Belastung des Grundbesitzes bedingte, gewann ihre große Bedeutung erst, als im 16. und 17. Jahrhundert, infolge des Niedergangs von Industrie und Handel das florentinische Kapital trotz der feindseligen wirtschaftlichen Gesetzgebung im Grundbesitz Anlage suchte und ausgedehnte Erwerbungen auch im Distrikt machte. Indem nun die Interpretation des Gesetzes dahin ging, daß auch diese von Florentinern und Grafschäftlern erworbenen Besitzungen der Decima unterworfen seien und bleiben sollten, selbst wenn sie wieder in die Hände von Distriktualen kamen, wurde eine bedeutende Steigerung des Ertrages der Decima er-

---

11. Damit ist nur das gegenseitige Verhältnis, nicht aber die Höhe des Decima angegeben, die, wie bereits gesagt, bis 14% und noch mehr des Reinertrags betrug.

zielt. Aber diese Maßregel, die ebensosehr das rein fiskalische Interesse der Medici, wie auch die rücksichtslose Behandlung der Landschaft zeigt, rief den Widerstand der jetzt einer dreifachen Besteuerung, der Decima, der gleich zu besprechenden Staatssteuern und der Gemeindesteuern unterworfenen Besitzer hervor; indessen erst nach verschiedenen Versuchen die Frage für den Fiskus günstig zu lösen, wurde seit 1668 das Verfahren eingeschlagen, daß von der Decima eine Anzahl, aber durchaus nicht alle Staatssteuern in Abzug gebracht werden konnten, vorausgesetzt, daß der Betrag dieser zusammen den der Decima nicht überstieg; war letzteres der Fall, so wurde ihnen bloß die Decima gutgeschrieben. Wohl war diese Lösung der Frage die günstigste, die Besitzer und Kommunen erfahren haben; aber trotzdem kann kein Zweifel sein, daß die Güter im Distrikt, welche Florentinern oder Grafschäftlern gehörten oder einmal gehört hatten, einer höhern Besteuerung unterlagen als die der Distriktualen.

Und doch, trotz all dieser Ungleichheiten und Verschiedenheiten in der Belastung muß uns das System der Decima als eine höchste Entwicklung der toskanischen Grundbesteuerung erscheinen, wenn wir die unglaubliche Verwirrung ins Auge fassen, die dem Grundsteuerwesen des übrigen Teiles des toskanischen Staates, dem Distrikt und Siena eignete. Zunächst: mochte das Prinzip der Selbstangabe und behördlichen Kontrolle bei der Decima nach unsern heutigen Begriffen nichts weniger als vollkommen sein, so war es den Grundsätzen weit überlegen, nach denen im Distrikt die Steuerbasis gefunden wurde. Denn dort war man — abgesehen vom Pisanischen — noch allgemein beim alten System des Estimo, der Schätzung, stehen geblieben; ein eigentlicher Kataster fehlte, in dem wie in den Steuerrollen der Decima, Lage und Grenzen der einzelnen Grundstücke verzeichnet gewesen wären. Die Folge war, daß nicht nur nach und nach eine Reihe von Grundstücken sich der Besteuerung entzogen — man nannte solche Poste infognite —, sondern regelmäßig war schon nach 50 Jahren eine

solche Konfusion, Unklarheit und Ungerechtigkeit eingerissen, daß ein neuer Estimo mit nicht unbeträchtlichen Kosten hergestellt werden mußte. Aufnahmeverfahren und -methode, bei denen die unbezahlten, von Sporteln lebenden, bestechlichen und von den Reichen nur zu oft bestochenen Gemeindegeldkassierer eine allzu große Rolle spielten, waren jeder Gemeinde überlassen, daher sehr verschieden. Keine, auch nur in dem beschränkten Kreise, wie es bei der Decima der Fall war, einheitliche, in der Herstellungsweise übereinstimmende Schätzung. Die unterworfenen Gemeinden behielten eben ihre Statuten und partikulären Gebräuche. So war Gemeinde für Gemeinde mit einer besonderen Schätzung versehen; nicht nur waren diese zu verschiedenen Zeiten und nach verschiedenen Gesichtspunkten ausgeführt worden, weit wichtiger war noch die Verschiedenheit in der Einschätzung und in den zur Verwendung gelangten Maßen. Wicht doch diese Mannigfaltigkeit der Maße erst unter Leopold einem einheitlichen, den ganzen Staat umfassenden. Ein Teil der Gemeindegeldschätzungen war zustande gekommen auf Grund von Selbsttaxationen der Kontribuenten, ein anderer durch behördliche Vermessung und Einschätzung, ein dritter durch einfache Einschätzung ohne Vermessung; es gab auch Gemeinden, die überhaupt keinen Estimo besaßen, die Steuern vielmehr nach Feuerstellen, als Kopfsteuern usw. umlegten. Ein Chaos tritt uns da entgegen, interessant und anziehend in seiner Mannigfaltigkeit für den juristischen Botaniker, aber ein Unding vom Standpunkt einer gerechten Besteuerung und eine Ungeheuerlichkeit für den rationalistisch geschulten Mann des 18. Jahrhunderts. Nur ein Teil machte seit dem Jahre 1622 eine rühmliche Ausnahme, die pisanische Grafschaft. Nicht nur wurde damals das ganze Territorium nach einheitlichen Gesichtspunkten neu eingeschätzt, sondern durch relativ genaue Vermessung, sowie durch Ausfertigung eines Planes für die einzelnen Grundstücke wurde ein Kataster gewonnen, der durch Genauigkeit und gerechte Verteilung zweifellos auch das System der Decima weit hinter sich ließ; daher es denn auch hier relativ

wenige Poste infognite gab, die bei der Decima nicht selten waren.

Nun war es zweifellos für die Umlage der Gemeindesteuern gleichgültig, ob die einzelnen Schätzungen und Katasterrollen nach verschiedenen Methoden, Maßen und sonstigen Gesichtspunkten aufgenommen waren, ob die Massa minore, eben die Basis, nach der die Steuern umgelegt wurden, in verschiedener Weise gewonnen worden war; die tiefe Ungerechtigkeit dieser Uneinheitlichkeit tritt uns aber in krasser Weise entgegen, wenn wir die Staatssteuern und ihre Verteilung auf die einzelnen Kommunen und die Schichten der Bevölkerung ins Auge fassen: die furchtbare Bedrückung des Kolonats wird hier offenbar.

Denn die ordentlichen Staatssteuern, d. h. die von der Regierung nach den Kapitulationen und dem Vermögen unter die einzelnen Gemeinden repartierten Abgaben, die zur Deckung der allgemeinen Bedürfnisse und der Verwaltungskosten bestimmt waren, diese waren seit dem Sturz der Republik ins Ungemessene gestiegen. Jedes neue Bedürfnis des allmählich sich mit Kulturzwecken füllenden Staatswesens, der Ausbau der durch die Republik vernachlässigten territorialen Institutionen, die zentralistische Organisation der Verwaltung, das alles fand seinen finanziellen Niederschlag in einer — nicht Erhöhung, sondern — Multiplizierung der bisherigen Repartitionssteuern.

Diese Abgaben, *Chiesto del Magistrato dei Nove*, etwa Bede der Neun Männer geheißen, waren, wie oben bereits gesagt wurde, zu Beginn der mediceischen Herrschaft klein und bestanden aus den sog. *Tasse particolari*, den durch die Kapitulationen den Gemeinden auferlegten Taxen. Dazu kamen nun vom 16. bis 18. Jahrhundert eine Menge von neuen Titeln, bald für alle Gemeinden, bald nur für einen Teil. Da Pagnini und auch Canestrini sehr wenig von diesen Abgaben berichten, so sei hier ausführlicher die Rede davon.

Durch Gesetz vom 10. Oktober 1545 trat zu der bisherigen

Besteuerung die neue Abgabe der *Spese universali*, der allgemeinen Ausgaben, die dann durch Reskript vom 1. Juni 1574 festgelegt wurde. Sie umfaßte nicht weniger als 16 und noch mehr verschiedene Titel; als wesentlichste erscheinen Besoldungen von Zentral- und Lokalbehörden, der Rechenkammer, der Neunmänner der Richter usw.; die Deckung der Verwaltungskosten erfolgte also durch den Ertrag dieser Steuer. Für den Schutz des öffentlichen Wohls, die Abwehr von ansteckenden Krankheiten und anderweitige sanitärische Maßregeln war ein *Magistrato di Sanità* eingesetzt; dieser besaß keine eigenen Einkünfte und übergab daher seine Jahresrechnung den Neunmännern, die sie als besonderen Titel zur allgemeinen Umlage brachten. Neben einigen weniger wichtigen Steuern treten dann die uns schon bekannten *Tasse dei Bargelli* hervor. Die straffere Anspannung des Annonarsystems seit dem 16. Jahrhundert verlangte eine weit schärfere Ueberwachung des Schmuggels; so entstehen eine Reihe von Häscherposten in den verschiedenen Teilen Toskanas. Die Steuern zu deren Unterhalt hatten traurigerweise diese selben Provinzen durch Umlage auf den Grundbesitz aufzubringen, deren wirtschaftliche Kraft man dadurch lähmte. Der *Conto a parte*, eine Abgabe, die 1568 einer Anzahl von Gemeinden auferlegt wurde, um eine herzogliche Garde von zuerst 26, dann 64 Mann zu besolden, stieg von ursprünglich 2280 Scudi auf 4998 und wurde in dieser Höhe beibehalten und auf die von ihr betroffenen Gemeinden wie die *Spese universali* umgelegt, trotzdem diese Truppe 1588 verabschiedet wurde. Aehnlichen Charakter hatte die *Tassa de' cavalli*, die zum Unterhalt der Truppen 1562 von Cosimo I. eingesetzt, 1571 auf 10 882 Scudi erhöht wurde, ebenfalls nur für eine bestimmte Zahl von Gemeinden und in unveränderter Höhe, auch nachdem der Unterhalt der Milizen aufgehört hatte. Zweifellos die wichtigste und schwerste Belastung brachte den Kommunen die Besteuerung für den Unterhalt der Straßen und Brücken. Die Kosten, die zunächst die Kasse der Neun-

männer trug, wurde nach Vikariaten, Potesterien und Gemeinden verteilt, gemäß dem Vorteil, der ihnen aus derartigen Ausbesserungen erwuchs. Die *Tassa del Piè tondo* wurde 1538 für die Stadt Florenz geschaffen, um vom Arno verursachten Schaden zu reparieren; 1549 erfolgte die Ausdehnung dieser nun sehr ergiebig werdenden Steuer auf den ganzen Staat und damit auch ihre Verwendung für den von andern Flüssen angerichteten Schaden. Sie scheint zuerst als Steuer auf den Verkauf von Vieh und Korn erhoben worden zu sein. Als im Jahre 1745 die Umwandlung der Steuerform erfolgte und der Grundbesitz belastet wurde, da war ihr Ertrag Lire 48,394.—.5. Schließlich bildete noch einen Steuertitel für sich die Besoldung der Gesandten oder Prokuratoren der einzelnen Gemeinden, die diese in ihren Streitigkeiten und Prozessen in der Hauptstadt vertraten; auch diese Steuer war allgemein.

Und zu diesen Staatssteuern traten weiter noch eine Anzahl von Provinzialsteuern für die Besoldung der provinzialen Zivil- und Kriminalgerichte, für Hauptstraßen der Provinz, sodann die wichtigen Gemeindesteuern, von denen weiter unten die Rede sein wird.

Wie wurde dieser aus so vielen kleinen, in ihrer großen Zahl aber sehr belastend wirkenden Titeln bestehende *Chiesto dei Nove* unter die Gemeinden verteilt und innerhalb dieser umgelegt? Jetzt erst tritt in ihrer vollen Bedeutung die Frage hervor, ob die Gemeindekataster und Schatzungen nach einheitlichen Gesichtspunkten und Methoden ausgearbeitet waren. Denn der *Chiesto* wurde nach einem Repartitionsschema verteilt, das 1545, zweifellos aus den damaligen Kataster- und Schatzungsrollen der einzelnen Gemeinden gewonnen wurde. Und dieser Tarif von 1545 ist unverändert derselbe geblieben bis ins 18. Jahrhundert, ohne Rücksicht auf die gewaltigen Veränderungen, die die früheren Proportionen verschoben haben! Und nun denke man sich, wie schon oben erwähnt wurde, mit wie verschiedener Methode, diese Masse *minori*, diese Veran-

lagungsbasis der einzelnen Gemeinden gewonnen worden war: die einen nach diesem, die andern nach jenem Maß; bald durch Vermessung der einzelnen Grundstücke und genaue Schätzung, bald durch Selbsteinschätzung, bald durch behördliche Taxation. Bei der Umlage der einen Kommune wurden die Wohnhäuser und die vermieteten Häuser betroffen, bei andern nicht. Bei den einen Einschätzung im 16. Jahrhundert nach den damaligen Preisen der Früchte, bei den andern im 17. und 18. Jahrhundert. Hier viele Poste infognite, dort wenige. Von einer auch nur entfernten Gerechtigkeit der Verteilung des Chiesto nicht die Spur! Die Einheit der Massa minore bei der einen Gemeinde entsprach 10, ja 100 einer andern. Und um das Maß des Druckes voll zu machen, war der Chiesto nicht bestimmt, sondern seine Höhe variierte alljährlich je nach den Bedürfnissen. Erst diese Unsicherheit, diese Willkür, mit der die Medici den Chiesto steigerten, hat mehr als alles andere die toskanische Bauernschaft, das Kolonat darnieder geworfen und ihm jede Aussicht auf Besserung benommen. Wohl waren viele Titel des Chiesto in ihrer Höhe festgelegt, aber durchaus nicht alle. Die außerordentlichen Auflagen, wie sie besonders unter Cosimo III. und unter Franz von Lothringen einsetzten, wurden ebenfalls auf den Grundbesitz umgelegt. Weiter erfuhren die Grundlasten manchmal ganz bedeutende Schwankungen und Steigerungen dadurch, daß einzelnen Gemeinden einfach Aufgaben und damit Lasten überwiesen wurden, die die Zentralregierung hätte übernehmen sollen; das hatte dann eine plötzliche exorbitante Belastung einzelner Kommunen zur Folge.

Und innerhalb der einzelnen Gemeinden welch neue Ungleichheiten, neue Bedrückungen! Geringe Belastung der Reichen, allzu starke Heranziehung der armen Kolonen! Mit beweglichen Worten haben die Denkschriften von Pagnini und des Senators Nelli dem Großherzog Leopold diese maßlosen Ungerechtigkeiten vor Augen geführt; ein tiefes Mitgefühl für den schwer bedrückten Bauernstand durchzittert ihre Schriften.

Alle die oben angeführten Ursachen hatten dazu beigetragen und bewirkt, daß das gesamte toskanische Grundsteuersystem, das der Decima wie der übrigen Gemeinden, im 18. Jahrhundert in grenzenlosester, heilloser Verwirrung war. Waren die Schatzungen dieselben geblieben wie 100, 200 und noch mehr Jahre früher, so hatte es in der Natur keinen Stillstand gegeben, vielmehr waren tiefe Veränderungen in jenen Ertragsverhältnissen eingetreten, auf denen sie beruhten. Die an den Hügeln gelegenen Grundstücke waren zur Zeit der Einsetzung der Decima viel fruchtbarer als im 18. Jahrhundert; hatten doch in der Zwischenzeit die Entwaldung der Höhen und jene Wegschwemmung der Ackerkrume durch den Regen ihr Werk so gründlich getan, daß fünf frühere Poderi nur noch ein einziges bildeten, das kaum eine kleine Kolonenfamilie zu ernähren vermochte. Und doch lastete die alte Steuer auf dem Gut, die für jene Zeit proportional, jetzt drückend geworden war und mancherorts 18—20 % des Ertrages ausmachte, so daß nicht selten die Kolonen die Besitzung verließen, um andere Beschäftigung zu suchen. Andererseits waren die Güter in der Ebene, von der Natur begünstigt, äußerst fruchtbar geworden, dank der Arbeit der Kolonen und dem aufgewendeten Kapital; ihre Besteuerung war daher gering. Und dazu verlangte der Unterhalt der Grundstücke in den Bergen große, in der Ebene kleine Ausgaben. Einer Reihe von Besitzungen gelang es dank dem verwirrten System sich der Grundbesteuerung zu entziehen; es waren die übrigen, die auch die auf diese entfallende Last zu tragen hatten, da eine Minderung der Steuer unzulässig war. Waren alle diese Faktoren schon tätig, um das System der Decima zu einem höchst ungerechten zu machen, so war das natürlich noch mehr der Fall bei den unzulänglicheren distriktsualen Schatzungen:

Zum Schlusse sei noch die interessante Frage aufgeworfen und beantwortet: In welchem Maße trugen die verschiedenen Klassen der Grundbesitzer zu den Grundsteuern bei? Ist doch das Finanzwesen des Ancien Régime im allgemeinen dadurch



charakteristisch, daß es eine nur freiwillig *dons gratuits* zahlende, rechtlich immune Geistlichkeit mit ausgedehntem Grundbesitz kennt; daß der Adel- und Herrenstand zwar Inhaber von Vorrechten aller Art, aber sehr wenig mit Abgaben belastet ist, während die meisten Steuern auf den gedrückten und geplagten Bauernstand abgewälzt erscheinen.

Das toskanische Steuerwesen im Zeitalter der Aufklärung stellt dadurch einen besondern Typus dar, daß ihm jene Rechte und Immunitäten von Adel und Klerus unbekannt sind. Es war die oben skizzierte antifeudale Vergangenheit, die machtvoll ins 18. Jahrhundert hineinragend ihre tiefen Spuren zurückgelassen hatte. Der Sieg des dritten Standes, der Bourgeoisie über den Feudaladel hatte neben den andern Privilegien insbesondere auch die adeligen Steuerrechte verschwinden oder nicht aufkommen lassen; war doch der Adel des Contado zeitweise sogar stärker belastet als der Bürger. Und das feudale Element konnte auch keine nachhaltige Kraft mehr gewinnen, als im 16. Jahrhundert reaktionäre Strömungen der kleinen Zahl von Reichslehen eine Reihe großherzoglicher zur Seite stellte. Wie Inseln im Meere, ragten diese Ueberreste einer untergegangenen Epoche fremdartig empor aus der neuen Gesellschaft. Nur eine umfassendere Durchbrechung der Steuerpflicht gab es: die mediceische Habsucht hatte bald nach ihrem endgültigen Sieg die Güter der Krone und des Fiskus für immun erklärt; daneben waren noch die Besitzungen kommunaler und staatlicher Verwaltungskörper von den Grundsteuern befreit.

Auch der Klerus unterlag der Grundbesteuerung; während indessen das Feudalwesen im wesentlichen schon im 14. und 15. Jahrhundert dem Bürgertum erlag, ist es dem Klerus gelungen, seine privilegierte Stellung weit länger zu erhalten. Denn die Kommune Florenz hat wohl zeitweilig, meist im Einverständnis und mit Erlaubnis der Kurie die immer stärker answellenden Kirchengüter belastet, ordentlich und dauernd aber erst seit 1518. Bei Einsetzung der als erste ordentliche und beständige Grundsteuer eingeführten Decima wurde die Ka-

tastrierung und Belastung des Kirchenguts, das damals ein Fünftel des gesamten Grundbesitzes umfaßte, bestimmt ins Auge gefaßt. Die nachgesuchte Lizenz des päpstlichen Stuhles ist aber wegen der damaligen schlechten Beziehungen der Florentiner mit der Kurie nicht erteilt worden. Erst 1516 gestattete die viel zitierte Bulle Leos X. der Kommune Besitzungen, die der Klerus von diesem Jahre ab erwerben würde, ordentlich wie außerordentlich zu besteuern wie die der Laien, aber nur bis zu 2 Decime, dazu die Güter, die seit 50 Jahren fictis et simulatis, ut illa ab impositionibus onerum huiusmodi immuna essent, an die Geistlichkeit übertragen worden waren. Seit 1518 ist tatsächlich dieses Kirchengut steuerrechtlich wie das der Laien behandelt worden. Freilich war damit der früher, vor 1516 erworbene Kirchenbesitz immun erklärt worden; indessen hatte schon die Republik sich häufig vom Papst die Erlaubnis geben lassen, zugunsten des Studio Pisano die Geistlichkeit besteuern zu dürfen, allerdings beschränkt in der Summe und in der Zeit. Dieses System wurde zunächst auch noch durch Cosimo I. befolgt, bis dieser im Jahre 1564 von Papst Pius IV. die Erlaubnis erhielt, fortan den Klerus — ausgenommen die Güter der Kardinäle und die Kommenden des Ordens von S. Stefano — mit einer Decima zugunsten der Pisaner Universität, die Cosimo reorganisiert hatte, zu besteuern. Damit war auch kanonisch-rechtlich — nach toskanischem Recht bereits durch Gesetz vom 15. Juni 1549 — und damit tatsächlich der gesamte Grundbesitz der Kirche der ordentlichen Grundbesteuerung unterworfen. Eine Tatsache, die indessen eine nicht unbedeutende Einschränkung dadurch erfährt, daß 1564 kein Kataster für die neu zu steuernden Besitzungen aufgenommen, vielmehr weiterhin und stets unverändert von den Gütern d'antico acquisto, d. h. den vor 1516 von der Geistlichkeit erworbenen Besitzungen 14 000 Scudi, die von Clemens VII. 1525 verstattete Steuersumme erhoben wurde, während die richtige Quote etwa das Doppelte betragen hätte. Derart stand es mit der ordentlichen Grundbesteuerung des

Klerus: zu Beginn der Aufklärung nach kanonischem wie toskanischem Recht völlig steuerpflichtig, zahlte die Kirche wohl den größten Teil derselben, aber infolge versäumter Katasteraufnahme nicht die ihr zukommende Quote: auch das eine der widerspruchsvollen Erscheinungen dieses irrationalen, uneinheitlichen Grundsteuersystems.

Im allgemeinen trug der Klerus neben der ordentlichen Grundsteuer auch die außerordentlichen Umlagen, insbesondere für Bonifikationen, Straßenbau, Flußkorrekturen usw. Wieder in der verschiedensten Weise: bei den Gütern, die nach 1516 in den Besitz der Kirche übergingen, erfolgte einfach ein Zuschlag zu der ordentlichen Grundsteuer, bei den Gütern d'antico acquisto nach verschiedenen, für die einzelnen Landesteile erlassenen Rescripten und Konkordaten. Die Heranziehung des Klerus erfolgte aber auch hier weder allgemein noch vollständig; besonders scheint es der Geistlichkeit im Laufe des 17. Jahrhunderts gelungen zu sein, sich mancher Umlage zur großen Erbitterung der Laienbevölkerung zu entziehen. Die Reaktion trat erst im 18. Jahrhundert ein und erst Franz von Lothringen und der Regentschaft scheint es gelungen zu sein, den Klerus definitiv auch zu allen diesen Lasten heranzuziehen.

Es ist zweifellos die wichtigste Feststellung, die wir bisher gemacht haben, daß der Aufbau des toskanischen Finanzsystems vor der Reform wesentlich abwich von dem transalpiner Staaten, insbesondere Frankreichs, daß ihm jene ständische Gliederung auch innerhalb des Finanzwesens fehlte, die für das Ancien Régime typisch ist. Von ausschlaggebender Bedeutung mußte diese Tatsache vor allem für die Finanzpolitik der Aufklärung werden; hatte diese damit doch nicht den mächtigen Widerstand der ökonomisch kräftigsten Klassen zu überwinden, um zu einem modernem Denken und modernen Grund-

sätzen entsprechenden Finanzwesen zu gelangen; konnte doch damit ihre Energie zur Erreichung anderer Ziele verwendet werden. Mit allem Nachdruck sei bereits hier darauf hingewiesen.

Wenn indessen das toskanische Steuerrecht des 18. Jahrhunderts eine eigene Note aufweist, so ist doch auch hier der Bauernstand, und das ist hier im wesentlichen das Kolonat, kaum weniger belastet wie anderwärts. Denn als Ersatz für den dank der antifeudalen Vergangenheit des Staates verschwundenen ständischen Aufbau des Steuerwesens finden wir eine ebenfalls aus der städtisch-industriellen Vergangenheit desselben resultierende Gestaltung; zwar erscheint sie typischer und eigentlich in der Wirtschaftspolitik, ruft aber auch in steuerrechtlicher Beziehung eine starke Belastung der Massen und insbesondere des Kolonats hervor, während die Industrie, d. h. die Hauptstadt Florenz, im wesentlichen die privilegierte Stellung einnahm, die sonst den beiden oberen Ständen in den Landen des Ancien Régime zukommt: der adaequate Ausdruck des beiderseits verschiedenen historischen Werdeprozesses. Und wenn sich in den transalpinen Ländern die neuzeitlichen Reformen mit diesen beiden Klassen, Adel und Klerus, auseinandersetzen mußten, so war, mußte sich von vornherein die Spitze der toskanischen Reformen gegen die bevorzugte und dazu in keiner Weise mehr gerechtfertigte Stellung der Industrie, der Hauptstadt richten, mußte eine Entlastung des Kolonats, der Landschaft, zur Folge haben.

Eine Betrachtung der Verteilung der Grundlasten im tos-

kanischen Ancien Régime hat zunächst scharf zu scheiden zwischen der florentinischen Grafschaft, die der Decima unterworfen war, und dem Distrikt, der seine eigenen Schatzungen besaß. Das Kolonat des Contado erscheint weit härter bedrückt als das distriktuale, eine Ungleichheit, die auch nicht durch die weit größere Fruchtbarkeit des ersteren und die besseren Absatzbedingungen für die Ackerfrucht in der Hauptstadt ausgeglichen wurde. Um nämlich den vom Besitzer des Grundstücks erhobenen Betrag der Decima vollständig und ohne Abzug den Kassen des Monte Comune zuführen zu können, gleichzeitig aber um für die kommunalen und die gewaltig anwachsenden Staatssteuern, wie sie oben geschildert wurden, eine Veranlagungsbasis zu schaffen, wurde schon durch Gesetz vom 17. Mai 1543 nach Abschaffung einer bestehenden Kopfsteuer, der sog. Decimino, eingesetzt, im Grunde genommen eine Kopie des Katasters, nach dem die Decima veranlagt wurde, unter Auslassung der dem Padrone gehörigen Häuser und Gebäulichkeiten und selbstbebauten Ländereien. Dieser Decimino erhielt seinen Namen daher, daß er ursprünglich soviel Lire bedeutete wie die Decima Florins, d. h. er war  $\frac{1}{7}$  der Decima. Es waren die Lavoratori, die Kolonen, auf die diese Gemeinde- und Staatssteuern zur Umlage kamen, da ja der Padrone die Decima bezahlte und dafür von den übrigen Grundsteuern, falls sie nicht außerordentlich umgelegt wurden, befreit war. Um aber die auf den Kolonen ruhende Last zu erleichtern, schuf dasselbe Gesetz von 1543 eine Kopfsteuer auf die im Contado wohnenden Handwerker, Fabrikarbeiter usw., deren Ertrag ebenfalls zur Deckung der Staats- und Kommunal-lasten dienen sollte.

Auf dieser Basis, Decimino und Kopfsteuer der Handwerker usw. des Contado wurden seitdem die staatlichen und kommunalen Lasten umgelegt, und wenn in der Tat anfänglich auf einen Florin der Decima eine Lira Decimino bezahlt wurde, so veränderte sich die Sachlage doch bald wesentlich zu ungunsten der Kolonen. Indem nämlich die Bedürfnisse der

Gemeinden immer mehr wuchsen, andererseits vor allem die bereits skizzierte Steigerung der Staatssteuern stattfand, genügte die früher erhobene Summe nicht mehr, und so trat jene verhängnisvolle Wendung ein, daß der Decimino nicht mehr die Abgabe von 1 Lira pro Florin der Decima bedeutete, sondern daß er die Veranlagungsbasis für alle Staats- und Gemeindesteuern wurde; seit der Mitte des 17. Jahrhunderts waren diese so sehr angewachsen, daß der Kolone vor der leopoldinischen Reform für den früher 1 Lira pro Florin Decima betragenden Decimino 8, 9, 12, ja 16 Lire entrichten mußte, also mehr als selbst der Grundbesitzer an Decima bezahlte. Wenn man bedenkt, daß der Kolone zunächst dem Padrone die Hälfte des gewonnenen Ertrages abtreten, von der ihm verbleibenden Hälfte diese exorbitanten Grundsteuern und weiterhin die übrigen Steuern, darunter besonders schwere Kopfsteuern wie Salz- und Mahlsteuer bezahlen mußte, dann erhalten wir einen Einblick in die ungeheuer gedrückte Lage des grafschäftlichen Bauern, dem nach Pagninis Berechnung täglich 4 Soldi für seinen und seiner Familie Unterhalt blieben. Und um noch das Maß des Druckes voll zu machen, waren diese nach dem Decimino veranlagten Steuern veränderlich gemäß den Bedürfnissen von Staat, Provinz und Gemeinde; während also der Padrone seine feste und unveränderliche Decima zu bezahlen hatte, war der arme Bauer quälender Ungewißheit und Steuerschwankungen ausgesetzt, die mehr als alles seine Energie lähmten. Indem dann seit Cosimo III. zu den bisher erwähnten ordentlichen Auflagen noch regelmäßige außerordentliche hinzutraten, die zur größeren Ergiebigkeit und zur Entlastung der ärmsten Kolonen mit der Progression versehen waren, ist der überlastete Kolonenstand einem vollständigen Ruin zugeführt worden, aus dem ihn erst Leopolds Reformen wieder zu neuem Leben erweckt haben.

Demgegenüber war die Stellung des distriktualen Bauern eine in mancher Beziehung bessere. Schon daß der Distrikt

und der senesische Staat der zur Verzinsung der Staatsschuld verwendeten Decima nicht unterworfen waren, war ein großer Vorteil, indem so die Staats- und Gemeindesteuern auch auf den Padrone veranlagt werden konnten. In der Tat finden wir trotz einzelner lokaler Abweichungen im allgemeinen die staatlichen wie kommunalen Lasten im Distrikt nach den Schätzungen umgelegt, d. h. vom Padrone bezahlt, während der Kolone nur zu einzelnen Gemeindesteuern herangezogen wurde. Eine Kopfsteuer in der Art, wie wir sie im Contado für die Handwerker und Fabrikarbeiter gefunden haben, fehlte demgemäß hier völlig. Daß im Unterschied vom Contado, der bei aller Mehrbelastung zudem fast keine Gemeindegüter besaß, die Gemeinden des Distrikts fast durchwegs und manchmal recht bedeutende patrimoniale Einnahmen hatten, die zunächst zur Verminderung der Steuern dienten, hatte eine weitere Besserstellung des Distrikts zur Folge. Trotzdem erschien die agrikole Bevölkerung desselben nicht reicher als die der Grafschaft; die zweifellose Ursache davon war, wie bereits gesagt, die natürliche größere Fruchtbarkeit des Contado und die besseren Absatzbedingungen.

Wie kaum eine andere Steuer und wie kaum eine andere Institution des vorleopoldinischen Toskana bietet das Grundsteuerwesen ein getreues und charakteristisches Abbild im einzelnen für diesen Staat des Ancien Régime. Nur in den Hauptlinien wurde hier eine Skizze versucht; trotzdem treten seine Charakterzüge klar hervor: jene Uneinheitlichkeit, die nie angekränkt war von dem Gedanken, den gesamten Grundbesitz als ein Ganzes, die Besitzer als solche eines und desselben Staates anzusehen; jene Verschiedenartigkeit der Besteuerung, die den Armen möglichst belastet und den Reichen gelinde anfaßt; jene Verschiedenheit der Steueranlage und Methode, die das Resultat einer verschiedenen historischen Entwicklung ist; jener fiskalinische Charakter endlich, der den hohen Steuerertrag höher schätzt als das Wohl der Kontribuenten. Barock waren die Institutionen dieses Staates und barock war das

Grundsteuersystem; das alte für eine weit frühere Epoche bestimmte Kleid will den Bedürfnissen des neuen Zeitalters nicht mehr genügen. Und nur ein allerdings höchwichtiges Merkmal gibt dieser Institution ein eigentümlich modernes Gepräge: Kein rechtlich oder faktisch immuner Adel und Klerus durchbricht die allgemeine Steuerpflicht.

Unter den zahlreichen übrigen Steuern nimmt ihrer Wichtigkeit, ihrem finanziellen Ertrage nach weitaus die erste Stelle die Salzsteuer<sup>12</sup> ein, bei deren Betrachtung man lebhaft an die bekanntere, durchaus ähnlich gestaltete französische Salzgabelle und -konskription erinnert wird. „L'istoria di questa imposizione“, sagt Gianni, „che è la più antica in Toscana formerebbe un grosso volume e mostrerebbe nella sua legislazione penale una lunga serie di tutte le più crudeli durezze delle barbarie in tempo di Repubblica, moderate poi dalla Monarchia sempre più dolce per sua natura, ma sempre auche più bisognosa di pecunia, onde l'amministrazione del sale tormentando meno con le pene i trasgressori, ha sempre aggrarati di più i contribuenti col prezzo di questa mercanzia di uso oramai necessario ed universale tra gli uomini.“ Die Salzgabelle war unzweifelhaft die am meisten gehaßte Steuer des toskanischen Ancien Régime, einmal vermöge der entsetzlich hohen Preise, fast mehr aber noch durch die drückende Verwaltungsform, Kontrollen und grausamen Strafbestimmungen gegen den immer wieder auflebenden Salzschnuggel. Die Preissteigerungen der Steuersätze bzw. Regalpreise des im Jahre 1299 eingeführten Monopols vom 14.—18. Jahrhundert waren tatsächlich übermäßig gewesen, vor allem unter dem Prinzipat<sup>13</sup>.

12. Gabinetto. Filza 68, Nr. 1, 2, 15 (Salzkarte); Filza 83, Nr. 12.

13. Die Erhöhungen seit 1496, die bald allgemein, bald partiell vorgenommen wurden, waren folgende: 1496 Erhöhung um  $\frac{1}{4}$  allgemein, Preis des Salzes danach soldi 2.1 pro Pfund. 1503 allgemein um 4 denari. 1531 partiell um 3 quattrini. 1532 um 8 quattrini in Florenz. 1564 partiell in der toskanischen Romagna um 4 denari für Festungsbauten, 1625 allgemein um 4 quattrini, um 2 Monti, die



Fast jedes neue Bedürfnis des Staates, jede Vergrößerung der Staatsschuld fand ihren Niederschlag in einer Erhöhung dieser Steuer. Weitaus für den größeren Teil des Staates kostete das (toskanische) Pfund Salz 6 Soldi und mehr. Die Verschiedenheit des Preises rührte von den alten Kapitulationen her, in denen sich die der Herrschaft der Stadt Florenz sich unterwerfenden Kommunen einen möglichst niedrigen Steuersatz ausbedungen hatten; die häufigen Preiserhöhungen der späteren Zeit haben diesen ursprünglichen Unterschied keineswegs verwischt, da dieselben nicht von dem Gedanken der Vereinheitlichung, vielmehr von dem der Steigerung des Ertrages getragen waren. Daher finden wir im 18. Jahrhundert in dem kleinen Toskana nicht weniger als 152 verschiedene Sätze von Soldi  $6,8\frac{1}{6}$  pro Pfund bis Soldi  $—2\frac{2}{5}$ , bei einem mittleren Preis von Soldi  $4,9\frac{3}{10}$ ! Die toskanische Salzsteuer war weitaus die höchste in Italien; waren aber bereits die Preise der staatlichen Monopolverwaltung so schon von unerträglicher Höhe, so erfuhren sie noch eine weitere beträchtliche Steigerung dadurch, daß der Ertrag der Gabelle wiederum möglichst vollständig in die Kasse des Salzamtes fließen sollte, daher die Verwaltungskosten größtenteils auf die Kontribuenten abgewälzt wurden; denn die durch den Staat keineswegs bezahlten Canovieri, Detailverkäufer, wogen statt 1 Pfund nur 11 Unzen aus und erhöhten den Preis; das war ihr Lohn, von dem sie häufig an die Gemeindekasse noch einen Kanon bezahlen mußten. Wohl scheinen zu verschiedenen Zeiten von der Regierung Reformen geplant worden zu sein, um diese Verschiedenheit abzuschaffen und durch einen einheitlichen, womöglich niedrigen Preis zu

---

eingesetzt wurden, von Scudi 200 000 und 400 000 zu verzinsen. Salzpreis danach in Florenz und im Contado 5.4 Soldi. 1711 neue Erhöhung zur Verzinsung eines Monte um 1 quattrino fast allgemein. 1715 letzte Erhöhung um 1 quattrino pro Pfund zur Verzinsung eines neuen Monte, wieder fast allgemein. Seitdem in Florenz und im Contado Salzpreis 6 Soldi pro Pfund, in Siena 5.1 Soldi.

erweisen, aber alle fertigen Pläne scheiterten an der Ansicht, daß der Staatskassier eine große Einnahme erzielen würde.

Ihren eigentlichen Charakter als den einer verabschiedeten und höher zuhebenden Steuer empfing die Salzgabelle erst durch die Art ihrer Verwaltungsform, die im 16. Jahrhundert auf dem großen, die früheren Erträge zusammenfassenden allgemeinen Gesetz von 1571 beruhte. Die frühklassischen Formen des Salzverkaufs, die *venta per ingio* und die *venta minore*, fanden noch auch in Toscana. Es war klar, daß bei der außerordentlichen Höhe der toscanischen Salzgabelle, sodann vermöge der geringen Unterschiede der Salzpreise zwischen den einzelnen Gemeinden des Staatswesens selbst, ein ausgedehnter Salzschmuggel nicht nur vom Meer her und aus den Grenzen gegen das Ausland einsetzen würde, sondern auch vor allem von den Provinzen und Gemeinden mit niedrigen Sätzen nach den Hochpreisenorten. Um diesen schmerzhaften Schmuggel zu treffen, hat die raffinierte mediceische Steuerpolitik eine Reihe von Gegenmaßregeln erlassen, unter andern auch jene im 17. Jahrhundert (1664) eingeführte Maßregel, den niedrig besteuerten Gemeinden roth gefärbtes Salz zu verabreichen, die so große Verleitung nicht bloß in Toscana gegen die mediceische Fiskalität erfessete. Weit entscheidender, grundlegend ist für die Umwälzung der Salzsteuer jene Aenderung Cosimos I. gewesen, die für eine große Zahl von Gemeinden die Konsumsteuer dadurch in eine Kopfsteuer verwandelte, daß dieselben genötigt wurden, ein nach der Zahl und dem Konsum der Einwohner bestimmtes Quantum beim Salzamt zu kaufen, daß weiter die Kontribuenten durch Bußen und Strafen gezwungen wurden, jährlich ebenfalls ein festgesetztes Quantum zu erheben. Durch diese ausgedehnte Umwandlung der Konsum- in eine vermöge der Höhe des Salzpreises erdrückende Kopfsteuer glaubte die mit aller Raffiniertheit vorgehende Fiskalität, gepaart mit barbarisch harten Strafen, Galeere und Todesstrafe, den rentablen Schmuggel aus der Welt schaffen zu können. Nur für eine kleine Zahl von Gemeinden behielt die Salzgabelle ihren früheren

Regalcharakter. Die Veranlagung der Abgabe in den Gemeinden mit Salzpflcht erfolgte folgendermaßen: Alle sechs Jahre wurde durch den Gemeindekanzler und die Gemeinderäte die Neubildung der Salzrollen vorgenommen, in die alle Bewohner und die Bestie da Cacio aufgezeichnet wurden; erstere waren nach ihrem Vermögen in 6 Klassen eingeteilt; den ersten 4 Klassen, zu denen die wohlhabenden Leute, der Klerus, aber auch die Kolonen und Fabrikarbeiter gehörten, wurde pro Kopf in den ummauerten Ortschaften 11 Pfund, auf dem Lande 10 Pfund Salz zugeteilt, außerdem  $\frac{1}{2}$  Pfund für jede Bestia da Cacio. Der 5. Klasse, die die Tagelöhner insbesondere umfaßte, wurde nach Gutdünken des Gemeindekanzlers und -rates ein kleineres Quantum zugewiesen. Dasselbe war der Fall mit der 6. Klasse, den Armen, Bettlern usw. Eine Anzahl Klöster und Wohltätigkeitsanstalten erhielten ein bestimmtes Quantum Gratissalz zur Verteilung unter die Armen. Aus diesen Aufnahmen wurde die Salzmenge bestimmt, die während der 6 Jahre unverändert den einzelnen Gemeinden zugewiesen wurde; die Repartition auf die Konsumenten erfolgte antezipiert; Korrekturen bei Todesfall oder Geburt waren zulässig, ebenso die Verminderung der auf den Armen lastenden Quote; aber da eine Herabsetzung des den Gemeinden zugeteilten Salzquantums nicht gestattet war, so wurden derartige Ausfälle vermieden durch Umlage der restierenden Menge auf die wohlhabenden Klassen, besonders aber auf die Wirte, Metzger, Spezereienhändler usw.

Das Salz, das im allgemeinen zur Verwendung kam, stammte aus den Volterratischen Salzwerken; gegen eine mäßige Entschädigung war der Gemeinde Volterra die Produktion überlassen. Immerhin wurde nicht bloß dieses gute Salz, vielmehr noch eine Reihe minderwertiger verteilt. Rechnen wir nun zu dem bisher Gesagten noch die Verschiedenheit der Maße und Gewichte durch den Staat, die barbarische Härte der Strafbestimmungen gegen den unausrottbaren Schmuggel, die vexatorischen Kontrollen, die vielfache Willkür der Beamten bei der

Aufstellung der Salzrollen, dann wird uns einigermaßen verständlich, warum sich der Haß der toskanischen Bevölkerung in erster Linie gegen die Salzsteuer richtete, deren Bedrückung und Ungleichheiten gar zu offen zutage traten; mußte doch eine arme Kolonenfamilie von 6 Köpfen und 4 Stück Milchvieh nicht weniger als 18 Lire bloß für Salz bezahlen!

Gleich der Salzsteuer ist die *Mahlsteuer*<sup>14</sup>, *Tassa del Macinato*, aus einer Aufwandsteuer hervorgegangen und war im 18. Jahrhundert Klassensteuer geworden. 1552 führte Cosimo I. an Stelle einer früheren Kopfsteuer eine in den Mühlen erhobene Abgabe auf Mehl jeder Art ein; durch Steigerung des Satzes in den Jahren 1637 und 43 unter Ferdinand II. stieg sie auf das Doppelte, auf Soldi 6.8. der toskanische Staio. Die Erhebungsform wechselte, war bald Regie, bald Pacht. Unter Cosimo III., 1678, erfolgte die Umwandlung der Konsumabgabe für die Landschaft in eine Klassensteuer, während für die Städte Florenz, Pisa, Livorno und Pistoia die Stadtzölle auf Korn und Mehl erhöht wurden.

Die Veranlagung der Klassensteuer erfolgte in den einzelnen Gemeinden durch Einschätzungskommissionen von 2—4 Personen, die durch das Los erkoren wurden. Sie teilten alle Bewohner vom Alter von 3 Jahren an nach der Größe ihres Vermögens oder Einkommens in 8 Klassen ein. In der ersten rangierten insbesondere die von Boden- oder Kapitalrente lebenden Großgrundbesitzer, Kaufleute und Industriellen. Der 5. und 6. Klasse waren die Kolonen, aber auch der Klerus zugeteilt, der 7. die Tagelöhner, der 8. die Armen; die Beamten, Militärs usw. nach ihrem Gehalt. Die erste Klasse zahlte 4 Lire pro Kopf, die zweite 3½ und so fort, so daß die 7. Klasse 1 Lire pro Kopf besteuert war; die letzte Klasse zahlte weniger als 1 Lira nach Gutdünken der Kommission. Die Familienväter hatten die Zahl der Familienglieder anzugeben; zur Kontrolle derselben mußten die Gerichtsboten ebensolche Listen an-

---

14. Gabinetto. Filza 83, Nr. 13. Filza 89, Nr. 1 u. 2.

legen; freilich waren diese selten etwas anderes als eine Kopie der Angaben der Familienhäupter. Die Erhebung der Steuer erfolgte durch gewählte Kollektoren, Camarlinghi di Macine genannt.

Die Klassensteuer hatte außerdem noch den Charakter einer Repartitionssteuer, indem in Zeiträumen von je 10 Jahren die Summe bestimmt wurde, die auf diese Weise erhoben werden sollte. Manche Elemente der Bedrückung und Willkür waren zweifellos dieser Besteuerungsart eigen, aber es scheint, daß selbst die Fiskalität der Medici hier Halt gemacht hat; wenigstens sagt Gianni, daß die Milde und Nachsicht der Verwaltung stets die Härten des Gesetzes gemildert hätten, die natürlicherweise mit einer solchen Steuer verbunden waren. Privilegien von Kommunen und einzelnen Privaten fehlten auch hier nicht. Der senesische Staat unterlag der Mahlsteuer nicht.

Sind so zwei der wichtigsten Steuern des toskanischen Ancien Régime Kopfsteuern gewesen oder vielmehr geworden, so ist dieses Finanzwesen weiterhin charakterisiert durch das Ueberwuchern des Regalienwesens<sup>15</sup>, der Finanzmonopole. Neben dem Post- und Münzregal treten eine Unmenge solcher bald durch den Staat geleiteter, bald gegen einen jährlichen Kanon verpachteter Monopolbetriebe auf: Das im 17. Jahrhundert eingeführte *T a b a k s m o n o p o l*, das im Jahre 1785 einen Reinertrag von Lire 644,596 ergab; das ebenfalls im 17. Jahrhundert eingeführte *E i s e n m o n o p o l*, *Magona Vecchia*, mit jährlichem Reinertrag von Lire 116,100 (1765); das *B r a n n t w e i n m o n o p o l*, das *S a l z m o n o p o l* an den Orten, an denen diese Abgabe nicht als Kopfsteuer erhoben wurde; das *P a p i e r m o n o p o l*, das 1647 an Stelle einer seit 1645 erhobenen Stempelgebühr zugunsten des Leihamtes, *Monte di Pietà*, trat; nach dem Ge-

---

15. Vgl. zum folgenden die Relationen •Giannis. Gabinetto. Filza 64, Nr. 3. Die ausführlichen Gesetzestexte der Reformzeit geben überdies manchen Aufschluß.

setz vom 8. Nov. 1749 erfolgte wiederum die Einführung einer Stempelsteuer und die Aufhebung des Monopols. Und anschließend an dieses jene Reihe von an Private gegen einen bestimmten Kanon abgegebenen Gewerbemonopolen, die hauptsächlich, wie es scheint, in der letzten Epoche des mediceischen Regiments erlassen worden sind, als man sich scheute, die alten Steuern zu erhöhen oder neue einzuführen, bei deren Betrachtung man sich aber nicht enthalten kann zu fragen, was denn eigentlich der freien Betätigung noch offen stand: die Fabrikation von falschen Gold- und Silberwaren, von Mützen und Strümpfen, von bestimmten Teigwaren, von Talgkerzen, aber auch der Bienenzucht usw. Wenige Institutionen des toskanischen Staates im 18. Jahrhundert spiegeln so typisch jene zwei Grundtendenzen der mediceischen Herrschaft wieder wie dieses Regalienwesen: die Verschmelzung der wirtschaftlichen Gebundenheit mit der Fiskalität.

War die Aufwandbesteuerung durch die lückenlosen Zolltarife, den äußerst ergiebigen Ertrag der Zollverwaltung, dann der Monopole bereits überragend als eigentlichste Finanzquelle in den Mittelpunkt des toskanischen Finanzsystems gerückt, so gewann sie noch an Bedeutung durch eine umfassende Besteuerung der notwendigsten Lebensmittel. Unter diesen indirekten Steuern steht an finanzieller Ergiebigkeit weitaus an erster Stelle die durch das Mehllamt, *Uffizio delle Farine*, erhobene Brotsteuer, *Tassa del bollo del pane*, die Cosimo I. eingeführt hatte. Sie wurde, wie schon ihr Name andeutet, als Fabrikatsteuer von den Bäckern vermittlels eines ziemlich komplizierten Verwaltungsapparates erhoben; ausgenommen waren die Städte, wo die Erhebung durch die Torzölle erfolgte. Jeder Bäcker besaß einen besonderen Stempel, mit dem der Steuerbeamte, der sog. *Bollatore*, jeden Morgen das gebackene Brot zeichnete; beide hatten in besondern Heften die Menge des gestempelten Brotes zu Händen eines Kontrolleurs zu notieren, der *Riveditore* hieß. Um gemeinsamen Betrug der *Bollatori* und der Bäcker zu vermeiden, war dem Verräter Strafflosigkeit

zugesichert. Die Bäcker hafteten mit ihrem immobilien wie mobilen Gut für die richtige Zahlung des Steuerertrages. Dieser betrug im Jahre 1751 nach der Angabe des französischen Gesandten Lorenzi Lire 1,222,872<sup>16</sup>.

Als zweite allgemeine Verbrauchssteuer erscheint sodann die Fleischsteuer, Gabella del sigillo ed aumento delle carni, ebenfalls von Cosimo I. eingeführt, später beträchtlich durch Zuschlag erhöht. Diese Abgabe, deren Ertrag 1774 für den ganzen Staat, Städte inklusive, Lire 891,114.15 betrug, wurde für die Städte wiederum als Akzise erhoben; das Erhebungssystem auf der Landschaft war das denkbar schlechteste, fiskalisch raffinierteste. Indem nämlich die Fleischbänke alljährlich an den Meistbietenden versteigert wurden, dann in einem bestimmten Umkreis alles Fleisch nur von ihm bezogen werden durfte, das Schlachten verboten war, wurde diese Abgabe zwar eine sichere und dazu in ihrem Ertrage stets steigende Finanzquelle, aber auch eine Quelle reichlicher Bedrückung für das flache Land. Verschiedene Kommunen übernahmen jeweils die Pacht selbst auf eigene Rechnung gegen Zahlung eines bestimmten Kanons.

Ganz ähnlicher Natur, für die Städte Akzise, für die Landschaft Lizenzabgabe, war die Weinsteuer geworden; Fleischbank und Osteria, der allein der Weinverkauf reserviert war, waren stets für einen Steuerbezirk in einer Hand vereinigt.

Gewerbesteuern haben nicht vollständig gefehlt; irgendeinen finanziell ergiebigen Ertrag haben sie nicht geliefert.

Wenden wir uns jetzt den Vermögens-Verkehrssteuern zu, so treffen wir in der Kontraktsteuer<sup>17</sup>, Gabella dei Contratti, eine Abgabe, die in die ältesten Zeiten der Republik Florenz hinaufreichte und die infolgedessen eine Reihe von Eigenschaften aufwies, die wir schon bei der Salzsteuer und besonders bei den Grundsteuern an-

16. A. A. E., Bd. 114, S. 238 f. Brief Lorenzis vom 3. März 1752

17. Gabinetto. Filza 69, Nr. 1—15.

getroffen haben. Sie war weder allgemein durchgeführt noch überall gleich hoch. Bei ihrer territorialen Expansion fand die florentinische Republik, die selber eine starke Kontraktsteuer eingeführt hatte, in den benachbarten Kommunen bereits lokale Steuern für den Vermögensverkehr vor; in ihren Kapitulationen wahrten sich dieselben das Recht, nicht der florentinischen Gabella dei Contratti unterworfen zu sein. Nur in wenigen Fällen wurde bei durch Eroberung unterworfenen Gemeinden dieses Prinzip durchbrochen. War so schon in der räumlichen Ausdehnung dieser Besteuerung eine im historischen Entstehungsprozeß des Staates begründete Ungleichheit entstanden, so treffen wir innerhalb dieses Rahmens wiederum weitgehende Ungleichheiten: Ungleichheiten in der Höhe des zu entrichtenden Steuersatzes und solche im Umfange der besteuerten Kontrakte. Im allgemeinen war der Satz hoch, 5—7 $\frac{3}{4}$  % des Wertes der in Umsatz gelangten Ware<sup>18</sup>. In der Ausdehnung auf die steuerfähigen Kontrakte zeigt sich die Tendenz den gesamten Vermögensverkehr, von Immobilien wie von Mobilien unter Lebenden: Kauf, Tausch, Bestellung von Mitgift usw. wie mortis causa: Erbschaften, Legate, dieser Steuer zu unterwerfen. Der Geist der gesamten Gesetzgebung in dieser Materie, wie auch der Verwaltung war nach dem einzigen Gesichtspunkt orientiert, auf jeden Fall einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen, ohne Rücksicht auf das volkswirtschaftliche oder sonstige Interesse des Staates. Eigentümliche Widersprüche in der Legislatur wie in der Interpretation der Gesetze rief diese überspannt fiskalische Tendenz hervor, ein Durcheinanderwerfen von Personalität und Territorialität der Steuer, die nur eine Erklärung in eben diesem fiskalischen Geiste findet. Um Beispiele anzuführen: wenn ein Bewohner des Distrikts, der der florentinischen Kontraktsteuer nicht unter-

---

18. Die Florentiner bezahlten 7 $\frac{3}{4}$  %, Siena 5 %, Pistoia 3,4 % usw. Im Contado gab es keine Privilegien, hingegen unterlagen viele Gemeinden des Distrikts der Steuer nicht.



lag, 10 Jahre hintereinander oder 13 mit Unterbruch in Florenz gewohnt hatte, so wurde er, auch wenn er nicht beabsichtigt hatte, dort sein Domizil zu nehmen, gegebenenfalls steuerpflichtig. Dasselbe war aber nicht der Fall, wenn ein Florentiner ebensolange in einem der florentinischen Kontraktsteuer nicht unterworfenen Orte des Distrikts gewohnt hatte, auch wenn er dort domiziliert war. Der Kontrakt bei Bestellung einer Mitgift für die Braut war steuerpflichtig, auch wenn ein Ausländer oder Privilegierter ihn abschloß, wenn er an einem der Kontraktsteuer unterworfenen Orte abgeschlossen wurde; es schien also, als ob die Oertlichkeit die Rechtsgrundlage für die Besteuerung bildete. Indessen trat ebenfalls die Steuerpflicht ein, wenn der Vertrag auf steuerfreiem Gebiete abgeschlossen wurde und einer der Kontrahenten der Kontraktsteuer unterlag, usw.

Daß insbesondere der hohe Steuersatz für den Immobilienverkehr ein gewaltiges Hindernis gewesen ist, leidet keinen Zweifel, ebensowenig, daß auf diese Weise die Kontraktsteuer mithalf die für Toskana so nötige Multiplizierung der Zahl der Bodenbesitzer zu verhindern, also daß diese Steuer direkt ein volkswirtschaftlich retardierendes Element bildete. Daß der intelligente Geist des Toskaners mit allen nur denkbaren Mitteln der mit Raffiniertheit betriebenen Verwaltung entgegengewirkt hat und in vielen Fällen die Gabelle zu umgehen wußte, hat zweifellos als nicht ungünstiges Korrektiv dieser fiskalischen Tendenz entgegengewirkt, vermochte aber bei weitem nicht die gewaltigen Nachteile zu paralysieren. Alles in allem: die Kontraktsteuer ist neben der Grundbesteuerung die charakteristische Steuer des toskanischen Ancien Régime, das in seinem Finanzwesen Mannigfaltigkeit und Ungleichheit der Besteuerung, Fiskalität und Nichtberücksichtigung aller sonstigen Faktoren aufweist, dem der Stempel des Barocks tief aufgedrückt ist.

Wir schließen damit unsere Betrachtung des Steuerwesens Toskanas zu Beginn der Aufklärung. Nicht etwa, daß mit der bisherigen Schilderung auch nur im entferntesten eine Totalität der Steuern zur Darstellung gekommen wäre und noch weniger

aller Finanzquellen. Abgaben der Feudalherren, Marktsteuern, Abgaben für die Erlaubnis Waffen tragen zu dürfen, Gebühren für die Markierung von Gewicht und Maß, Gewerbesteuern wie eine Steuer auf Leder, Mühlensteuern, Matrikeln von Notaren und Prokuratoren, Emolumente der Gerichtskassen, konfiszierte Güter, Kontrolle der Archive, Zahlungen für Ernennungsdekrete, beim ausgedehnten Aemterkauf, Summen, die auf den Lohn der Beamten zurückbehalten wurden, Passiergelder von den Toren von Florenz und Livorno, weiter privatwirtschaftliche Einkünfte, Holzverkauf, Mieten von den Gerichten gehörigen Grundstücken, Staatsdruckerei usw., Steuern und Einkünfte bald allgemeiner, bald lokaler Natur. Man würde nicht so bald fertig sein mit einer bloßen Aufzählung; als auf Befehl des neuen Großherzogs Franz II. eine Liste der bestehenden Finanzquellen angelegt wurde, entstand ein Buch und der Finanzminister mußte selbst eingestehen, es seien nicht alle aufgezeichnet, auch er sei nicht imstande alle aus diesem ungeheuern Wirrwarr beizubringen<sup>19</sup>. Das sei auch für uns eine Entschuldigung, wenn wir von vornherein auf eine auch nur annähernde Vollständigkeit in der Schilderung der Einkünfte des toskanischen Ancien Régime verzichten. Die wichtigsten und für die folgende Reformbewegung in Betracht kommenden Finanzquellen sind erwähnt und in ihrem Charakter geschildert. Auch auf eine Besprechung der Naturalleistungen, Frondienste usw. sei Verzicht geleistet; bedeutend waren diese zwar nicht, aber immerhin neben der großen Steuerlast unheimlich drückend.

Nur auf zwei Institutionen sei hier noch ein flüchtiger Blick geworfen, bevor wir vom staatlichen Finanzwesen Ab-

---

19. Der französische Gesandte Lorenzi hat für die Zeit um 1750 eine ziemlich detaillierte Liste der toskanischen Einkünfte verfaßt. A. A. E., Bd. 114, S. 238 ff. Daß der *Controleur Général* nicht imstande war, trotz achtmonatlicher Arbeit alle Finanzquellen zur Darstellung zu bringen, vgl. A. A. E., Bd. 92, S. 46 f. Brief vom 30. Juli 1740.

schied nehmen: auf die Allodialgüter und die Staatsschuld.

War am Ausgange der florentinischen Republik das damalige Finanzwesen gegenüber dem ultramontanen Staaten dadurch charakterisiert gewesen, daß die privatwirtschaftlichen Einkünfte sozusagen keine Rolle gespielt hatten, der Staatshaushalt vollständig auf den Steuern aufgebaut war, so hatte sich während der mediceischen Epoche Toskanas dank dem Emporkommen eines Fürstengeschlechts und dank der rückläufigen Bewegung, die der Staat in dieser Zeit erfuhr, der Unterschied nicht unwesentlich verkleinert. Zwar spielte im 18. Jahrhundert das Allodialgut der Medici, so umfangreich es auch sein mochte, durchaus keine erste Rolle im Finanzhaushalt; aber der Ertrag von Lire 406,698.98, den die Güter zu dieser Zeit abwarfen, war kein unbeträchtlicher und vor allem bildeten diese Güter eine Sicherheit für die Staatsgläubiger. Denn in Tat und Wahrheit waren die staatlichen Patrimonialgüter mit dem Privatvermögen des regierenden Hauses identisch; es sei hier an den berühmten Erlaß Cosimos III. erinnert. Die Allodien waren wie die Besitzungen des Fiskus und anderer kgl. und privilegierten Verwaltungskörper von jeder Grundsteuer befreit. Die meisten lagen im Staate selbst; aber auch die mediceischen Besitztümer im Neapolitanischen, in Rom und in Frankreich waren nicht unbedeutend. Daß sich für dieses gewaltige Gut beim Aussterben der Medicei eine Reihe von Bewerbern meldeten, kann nicht wundernehmen; es war indessen leicht verständlich, daß der neue Großherzog sich weigerte die toskanische Staatsschuld zu übernehmen, falls er nicht auch Erbe der Allodien würde, denn diese war in der Tat exorbitant groß, gegen 14 000 000 Scudi; erdrückend, wenn man bedenkt, daß Toskana ein Land von weniger als 900 000 Einwohnern war, daß dieselben bereits mit Steuern überlastet waren, daß der Staat arm war an natürlichen Hilfsquellen und arm an Industrie. Wie in so manchen Staaten des Ancien Régime war sie das Krebsübel, an dem der Staat krankte. Am Ausgang der

Republik hatte der Monte Comune, die Staatsbank, 5 000 000 Dukaten zu verzinsen; Cosimo I. hatte während seiner Regierung weitere Schulden gemacht, aber er und sein Sohn Franz I. trugen sie wieder ab, als friedliche Zeiten einsetzten. So daß im 17. und am Anfang des 18. Jahrhunderts jene Steigerung der Schulden eingetreten ist, trotzdem das Staatsgebiet gewachsen und die Steuern erheblich erhöht und multipliziert worden waren. Neben dem alten Monte Comune erhoben sich neue Monti; insbesondere schnellte die Staatsschuld empor als Ferdinand II. dem von Savonarola gegen den Judenwucher begründeten, zur Depositenbank ausgewachsenen Leihamt, Monte di Pietà, die gewaltige Summe von 800 000 Scudi entlehnte, um ansteckende Krankheiten zu bekämpfen, und die Staatsbank dafür zum Schuldner machte. Eine leichtfertige, in der Finanzverwaltung unerfahrene Hand muß in diesem 17. Jahrhundert gewaltet haben; das lassen selbst die leider spärlichen Berichte erkennen. Mit dem Staatskredit wird da in einer Weise gehaust, die es einem nur erstaunlich macht, wie die Medici doch immer wieder ihre Anleihen unterbringen konnten. In Augenblicken der Not wird Geld zum Emissionskurs von 45 aufgenommen zu  $8\frac{1}{2}$ , 9, ja 14 % Zins; dann folgten Operationen, die sich wenig von Fallimenten unterschieden, wurde der Zins auf die Hälfte und noch weniger herabgesetzt. Unter den ungünstigsten Bedingungen wurden Anleihen eröffnet; laufende Bedürfnisse wurden aus Schulden bestritten. Die Staatsschuld wuchs und mit ihr vermehrten sich die Steuern, die für die Zahlung der Schuldzinsen erhöht oder kreiert wurden. Daß der traurige Cosimo III. bei der Erhöhung der Staatsschuld die erste Rolle gespielt hat, wird keinem Kenner der toskanischen Geschichte überraschend vorkommen. Während er im Jahre 1692 eine Colletta universale von  $\frac{1}{2}$  Scudo pro 100 Scudi Einkommen ausschrieb, um den Forderungen des kaiserlichen Hofes genügen zu können, schuf er gleichzeitig, um schneller Geld zu bekommen, eine schwebende Schuld von 600 000 Scudi, die zu 6 % verzinsbar war; die neue Steuer wurde den Gläubigern

zur Zinsendeckung angewiesen; sie hat 34 Jahre lang, bis 1726 neben allen andern Steuern bestanden, eine ganz exorbitante Belastung, zumal wenn man bedenkt, daß sie weiterhin noch erhöht worden ist. Denn 1698 sollte der Monte vergrößert werden und die allgemeine Einkommensteuer wurde erhöht, mit Ausnahme der Steuer auf die Kolonen. Als die Wiener Forderungen stiegen, erfolgten auch weitere Steigerungen der Steuern und Neukreierung von Schulden. 1709 wurde die Abgabe von 20 % jeglichen Einkommens gefordert; war die Progression für die Kolonen schon seit 1694 in Anwendung gekommen, so geschah das jetzt allgemein, um die untern Schichten der Bevölkerung zu entlasten. Eine ungeheure Last hat das toskanische Volk in jener Zeit dank der miserablen Politik Cosimos III. zu ertragen gehabt. Die außerordentliche Besteuerung des Jahres 1710 betrug 10 % des Einkommens; die Kolonen waren davon befreit. 1711, 1713, 1715 und 1718 wurden neue Monti, Monte Redimibile primo e secondo, gegründet, von 275 000, von 302 000, von 400 000 Scudi; die Salzsteuer wurde erhöht, die Fleischsteuer durch einen Zuschlag vermehrt und damit die Gläubiger sichergestellt. Zu Ende der Regierung Cosimos III. soll die Staatsschuld gegen 20 Millionen Scudi betragen haben. Der um das toskanische Finanzwesen zweifellos hochverdiente Johann Gasto hat sogleich die Verminderung der Staatsschuld und damit der Steuern in die Hand genommen. Die Monti scheint er durch Auszahlung der Gläubiger, aber auch durch Zusammenlegung mehrerer in einen und Herabsetzung des Zinsfußes vermindert zu haben. Schon in den Jahren 1725/26 konnte er seine Untertanen von der drückendsten Abgabe, der allgemeinen Einkommensteuer befreien; als er sie nach einem Jahrzehnt zur Deckung der durch die spanischen Truppen verursachten Kosten wieder einführen wollte, starb er vorher und überließ seinem Nachfolger diese Aufgabe<sup>20</sup>.

So bestand denn die Staatsschuld im Jahre 1746, nachdem

---

20. Vgl. Gabinetto. Filza 91, Nr. 9.

schon einige aus dem Erlös der verkauften mediceischen Güter erfolgte Rückzahlungen stattgefunden hatten<sup>21</sup>, aus sechs Monti, zusammen 12 778 600 Scudi, teils konsolidierte, teils schwebende Schuld.

Monte Comune o delle Graticole	1 424 125	Scudi zu 3 % , verzinst
„ Redimibile 1 °	1 712 450	„ „ 3 % „
„ „ 2 °	4 017 150	„ „ 3 1/2 % „
„ del Sale 1 °	1 055 850	„ „ 3 % „
„ „ 2 °	1 067 600	„ „ 3 1/2 % „
„ di Pietà	3 461 425	„ „ 3 % „

Die jährlichen Zinsen betrugen 399 000 Scudi; dazu traten noch die Verwaltungskosten. Die wichtigsten Steuern, Salz- und Brotsteuer, Eisenmonopol und Decima, waren zur Befriedigung der Gläubiger dem Monte Comune zugewiesen.

Zweifellos war das schwerste Problem, das das aussterbende Mediceergeschlecht den Lothringern zur Lösung hinterließ, die Tilgung dieser Schuldenmasse, die solange im Finanzwesen der Republik wie des Prinzipats eine so traurige Rolle gespielt und einer geordneten Finanzverwaltung solange entgegengearbeitet hatte; sie war der Prüfstein für eine nicht nur oberflächliche, sondern das ganze Finanzsystem des Staates in Mitleidenschaft ziehende, ehrlich gemeinte Reform.

### Das kommunale Finanzsystem<sup>22</sup>.

Nur kurz, zum bessern Verständnis der folgenden Reformarbeit, sei hier die Rede vom Finanzwesen der Gemeinden. Freilich, seitdem Cosimo I. die straffe Zentralisierung des

21. Lorenzi gibt für 1736 die Höhe der Schuldzinsen auf 3 530 665 Lire an. A. A. E., Bd. 114, S. 238 f.

22. Vgl. darüber die früher zitierten Quellen für die Grundbesteuerung. Als Quellen dienten insbesondere auch die Erlasse der leopoldinischen Reformzeit; eine Zitierung derselben unterlasse ich schon wegen ihrer großen Zahl.

Staates durchgeführt, den Magistrato de' Nove gegründet und mit umfangreichen Befugnissen ausgestattet, vor allem auch den einzelnen Kommunen die freie Verfügung über die Gemeindegüter entzogen hatte, war der kommunalen Finanzverwaltung jegliche Selbständigkeit entzogen. Immerhin, die Entwicklung der zahlreichen Gemeindebedürfnisse, Anlage von Gemeindestraßen und Brücken, Unterhalt der öffentlichen Gebäulichkeiten, Besoldung von Gemeindebeamten, von Aerzten, Lehrern, Boten, Geistlichen, Almosen, Visitationen, Spitäler, Kerker, Abgaben an florentinische Kassen usw. und nicht zum wenigsten die Zuweisung mannigfacher Aufgaben, die der Staat hätte finanzieren sollen, an die Gemeinden, ohne entsprechende Finanzquellen mitzuzuweisen, haben dem Haushalt der Gemeinden eine nicht unwichtige Stellung im Staate eingeräumt.

Nur sehr wenige Gemeinden vermochten die Ausgaben aus den Einkünften der Gemeindegüter zu decken. Die Kommunen der florentinischen Grafschaft besaßen fast gar keine Patrimonialgüter; da die Grundbesitzer nur die Decima von ihren Einkünften zu bezahlen hatten, so ruhten wie schon die staatlichen, so nun auch die kommunalen Steuern auf den unglücklichen Kolonen und Kopfbesteuerten. Besser gestellt waren in dieser Hinsicht die Kommunen des Distrikts und des senesischen Staates. Einmal besaßen sie ein häufig nicht unbedeutendes Gemeindepatrium, dessen Ertrag jeweils zuerst zur Verminderung der Gesamtsteuersumme diente; dann waren hier die Kolonen weit besser gestellt als im Contado, weil der Padrone die meisten Grundabgaben entrichtete. Denn hier wie im Contado wurde die erforderliche Summe zur Deckung der jährlichen Ausgaben, soweit nicht die gleich zu besprechenden andern Kommunalsteuern ausreichten, auf den Grundbesitz umgelegt: im florentinischen Contado vermittels des oben geschilderten Decimino auf die Kolonen und Testanten, im Distrikt und im Senesischen vermittels der Schatzungen meist auf den Padrone. Das Verfahren, das der Magistrato de' Nove allgemein zur Verteilung dieser Steuern zur Durchführung gebracht

hatte, war folgendes: die Gemeindegeldkassierer hatten die Summe, die die Neunmänner jährlich von den einzelnen Gemeinden erhoben, den sog. Chiesto, die Staatssteuern, Ausgaben der Provinz, des Vikariats und der Potesteria, mit den Gemeindeausgaben zusammenzurechnen und die Dazzaiuoli zu bilden, d. h. die Verteilung auf die oben geschilderten Masse minori vorzunehmen; das nannte man den Getto, die Umlage. Nachdem diese Dazzaiuoli geprüft und approbiert, dann publiziert waren, erfolgte in drei Terminen die Erhebung durch die Gemeindegeldkassierer, die Camarlinghi.

Wenn oben geschildert wurde, wie ungerecht die Verteilung der Staatssteuern infolge der veralteten, nach verschiedener Methode und verschiedenen Gesichtspunkten aufgenommenen Schätzungen war, so gilt somit dasselbe natürlich auch für die Verteilung der Gemeindesteuern. Mit einer Ausnahme: die Distribution der Staatssteuern, die der Magistrato de' Nove auf Grund der ungleichartigen Gemeindegeldschätzungen vornahm, trug von vornherein den Grundfehler in sich, daß diese Einschätzungen durchaus kein richtiges Bild von der verhältnismäßigen Steuerkraft der einzelnen Kommune gaben, weil sie nicht einheitlich aufgenommen waren. Für die Umlage der kommunalen Steuern fiel dieser Fehler natürlich eo ipso hinweg.

Diese Umlage der Gemeindesteuern auf Grundlage der Schätzungen bildete die wichtigste Finanzquelle der unter dem mediceischen Régime aufs tiefste herabgewürdigten Kommunen; die andern Steuern haben im ganzen nur akzessorischen Charakter, obgleich manche zweifellos keinen unbedeutenden Ertrag abwarfen. Unter diesen ragen insbesondere die kommunalen Kopfsteuern hervor; wir treffen sie in der verschiedensten Anlageform, bald auf alle männlichen Bewohner der Gemeinde, bald bloß auf die nicht grundbesitzenden, auf Fremde usw. Zahlreich erfolgten Umlagen nach äußern Merkmalen, nach dem Groß- und Kleinviehbesitz, nach Feuerstellen, nach Wagen usw. Die Montagna di Pistoia, die Berggemeinden mit



ganz unvollkommener Schatzung umfaßte, bildete das reinste Museum für derartige Abgaben.

Eine Reihe von Gemeinden besaß eine weitere Einnahmequelle in der ihnen gebliebenen Gabella dei Contratti, andere in Zöllen; kommunale Brotsteuern tauchen neben der staatlichen auf. Volterra verdiente an seiner in staatlichem Auftrag ausgeführten Salzproduktion, Livorno durch seine Stellung als Freihandelshafen usw.

Wenn hier in einigen Worten die Rede ist von der

### Finanzverwaltung

der ausgehenden Mediceerzeit, so geschieht das nur um darauf hinzuweisen, wie die ohnehin schon übermäßige Belastung der toskanischen Bevölkerung durch diese Verwaltung eine weitere und weitgreifende Steigerung erfuhr. Also der Charakter der Verwaltung soll dargestellt werden, nicht die Verwaltungsorganisation im einzelnen, deren Schilderung einer berufeneren Feder vorbehalten bleibt<sup>23</sup>.

Zweifellos: neben der gewaltigen Staatsschuld ist das größte Krebsübel, an dem das Toskana des Ancien Régime krankte, die kostspielige und unübersichtliche, vexatorische und schließlich zu guter Letzt außer Rand und Band geratene Verwaltung. Ein für die toskanischen Verhältnisse geradezu erstaunlich großes Beamtenmaterial fand hier seine Verwendung; fast jede Steuer wurde vermittels eines speziellen Verwaltungsapparates verwaltet. Fast bekommt man den Eindruck, als sei man systematisch jeder Vereinfachung aus dem Wege gegangen; das Mißtrauen des Prinzipats gegenüber den Kommunen, deren finanzielle Bewegungsfreiheit man so nachdrücklich beschränkt hatte, kommt auch darin zum Ausdruck, daß man ihnen nicht die dadurch kolossal vereinfachte Administration der Abgaben

---

23. Wie mir Herr Archivar Anzilotti mitteilte, bereitet er eine Arbeit darüber vor.

oder wenigsten derer überließ, die auf diese Weise viel leichter und gerechter umgelegt und erhoben werden konnten. Alle größern Steuern, die Salz- und Mahlsteuer, die Decima etc. haben großherzogliche Organe und immer wieder besondere Organe zur Verwaltung gehabt. Von einer Vereinfachung keine Spur; mit jeder neuen Abgabe ersteht zugleich auch ein neues Beamtentum. Und die Zahl der Beamten ist wieder bei jeder einzelnen Verwaltung aufs höchste hinaufgetrieben durch alle möglichen Manipulationen und „Gewohnheiten“. Eine von diesen letzteren war, daß gerade bei den einträglicheren Aemtern nicht der vom Staat Ernante und Bezahlte die Amtsführung übernahm, sondern sie gegen ein geringes Entgelt einem andern überließ, der durch Nebeneinnahmen für sich sorgte. Der Aemterkauf war im Schwange wie im französischen Ancien Régime, besonders unter Cosimo III. und J. Gasto. Daß die Regierung die volle Bezahlung des Beamtentums übernahm, davon war keine Rede; im Gegenteil, das wurde eine Einnahmequelle für sie; betrugen doch die Abzüge, die man von den sowieso niedrigen Gehältern machte, jährlich 280 000 Lire<sup>24</sup>! Daß dieses grundverdorbene, durchaus ungeschulte Beamtenmaterial sich dadurch gezwungen sah, durch Nebeneinkünfte und Sporteln für seinen Unterhalt zu sorgen, ist klar, ebenso daß damit eine neue gewaltige Belastung für das Volk geschaffen wurde, um so mehr als sich dieses Uebel durch die gesamte Verwaltung zeigte. Daß durch diese Art der Verwaltung ein großer Teil der Abgaben — Zobi meint übertrieben bis zu  $\frac{2}{3}$  derselben — spurlos verschwand, bevor sie überhaupt in die Hauptkassen gelangt waren, leuchtet ein.

Zu einer einheitlichen und übersichtlichen Gliederung des Finanzwesens, einer systematischen Ordnung des Schriftwesens, der Buchhaltung, fehlte nicht weniger als alles. Es gab keine alle Fächer des vielverzweigten Finanzsystems übersehende

---

24. Das ergibt sich aus dem bereits mehrfach zitierten Briefe Lorenzis vom 3. März 1752. A. A. E., Bd. 114, S. 238.

Zentralstelle; war doch der Finanzminister, wie oben gesagt wurde, nicht imstande dem neuen Großherzog eine Gesamtübersicht über das Finanzwesen zu geben. Gewissermaßen diesen Platz hätte das Schatzamt, die Depositeria ausfüllen sollen; aber während einige Abteilungen Rechenschaft über ihre Nettoeinkünfte ablegten, geschah es bei andern nicht. Die dem Monte Comune zur Verzinsung der Staatsschuld zugewiesenen Steuern fielen sowieso außer Berechnung. Eine Reihe von Steuern war von allem Anfang an für bestimmte Zwecke angewiesen. Eine ordentliche Kontrolle fehlte; eine vorhandene Rechenkammer war mehr Uebungsplatz für junge Verwaltungsbeamte, wie Gianni sagt; von einem klaren Finanzplan, von einem Budget keine Spur. Ein roher Empirismus war die Signatur der Verwaltung. Und während in den Zeiten von Cosimo I. bis Cosimo III. eine rigorose und vexatorische Handhabung aller Steuergesetze herrschte, die nur eine leichte Korrektur durch den mit unerhörter Grausamkeit verfolgten Schmuggel und die Schlaueit der Toskaner in der Umgehung der Gesetzesbestimmungen erfuhr, trat unter der Regierung des gutmütigen Johann Gasto die ungünstige Tatsache in die Erscheinung, daß man von dem einen Extrem ins andere hinübersprang, alle möglichen Durchstechereien und Gesetzesdefraudationen übersah: damit geriet die mediceische Verwaltung noch vollständig auf die schiefe Ebene.

Zweifellos die beste Schilderung dieser Verwaltung gibt uns der Eindruck wieder, den der kommende Mann seit dem ersten Augenblick, da er die toskanischen Lande betrat, empfing, Richecourt: „Qui non vi è governo, ma una intollerabile anarchia“, und weiterhin: „Le gouvernement de ce pays est un chahos presque impossible à débrouiller; c'est un mélange d'aristocratie, de démocratie et de monarchie. Il semble que l'on ait pris plaisir à entremeler les affaires de façon qu'on ne puisse jamais le voir au clair. Le seul expedient pour demeler ce noeud qu'on peut appeler gordien sera de le couper et de prendre un nouveau système, mais cela ne peut se faire qu'avec

bien du temps, du travail et de patience, d'autant plus que nous trouvons tous les ministres et gens en place convenir du mal, mais nul ne veut parler pour proposer le remède. Il y a ici bien d'honnêtes gens, mais ils sont craintifs et le plus grand nombre pense à son intérêt particulier sans s'embrasser du bien public. L'on trouvera tout le monde convenir sur la nécessité d'une réforme et tout le monde s'y opposer de lorsque ce la regardera un tribunal où il est ou quelqu'un de ses parentes, ou de ses creatures. Tell' est la situation general de ce pays jette dans la mollesse et l'oisiveté par l'exemple et la faiblesse du gouvernement passé. Pour y apporter du remède il faudra necessairement de la fermeté et y avoir d'abord des troupes pour s'y assurer de l'obeissance et y étouffer les murmures auxquels on doit s'attendre<sup>25</sup>.

Erst wenn man sich diese Worte Richécourts klar vor Augen hält, dann wird einem das Reformwerk Richécourts und insbesondere Leopolds in seinem Umfange klar.

---

25. Rodolico in: Rassegna Nazionale, Vol. CXXIII, III, 1911, S. 54. Stato e Chiesa usw., S. 105 f. Craon sagte: Le finanze sono così male amministrate come la giustizia; vi è una moltitudine d'impiegati che vive di rapina.

Aehnliches berichtet der französische Gesandte. A. A. E., Bd. 92, S. 46. Brief vom 30. Juli 1740. „La Régie de ces finances est très compliquée et embrouillée et dépend d'un tres grand nombre de chefs d'impositions, dont presque chaque a ses tribunaux et ses loix particulières. Il n'y a aucune imposition qu'on puisse dire absolument universelle; chaque province et presque chaque ville a ses impots particuliers et ses loix particulières pour les exiger. Tous les tribunaux et toutes ces Provinces et villes ont fait des loix en très grand nombre; mais comme elles n'ont jamais été compilées toutes ensemble, je crois qu'il me sera peut-être impossible de les pouvoir rassembler, et si je puis y parvenir outre qu'elles formeront des gros volumes; car les nouvelles loix qu'on a faites ont été plutôt des réformes des anciennes sur quelques articles sans abroger les vieilles, on ne pourra en tirer que des connaissances fort incertaines. Ceux mêmes qui ont part à la Régie de ces finances le font plutôt par routine que par science.“

---

## **Zweites Kapitel.**

### **Die Finanzpolitik der Regentschaft.<sup>1</sup>**

Nicht nur für die äußere Politik, sondern für die gesamten inneren Verhältnisse des toskanischen Staatswesens ist es von weittragender Bedeutung gewesen, als mit dem Aussterben der Medici an die Spitze des Staates ein Herrschergeschlecht trat, das gleich darauf zur Mitregentschaft in den österreichischen Staaten und 1745 auf den Thron des deutschen Reiches berufen wurde. Indem damit Toskana seine Bedeutung als selbständiges Staatswesen einbüßte und während drei Jahrzehnten als Anhängsel einer mächtigen Monarchie nicht nur in bezug auf die auswärtige Politik, sondern, wie hier zu zeigen sein wird, auch mit seiner gesamten Verwaltung und insbesondere mit seinen Finanzen immer mehr den Charakter einer den Interessen des Wiener Hofes dienstbaren Provinz annahm, verschob sich der naturgemäße Schwerpunkt des Landes in einer fundamentalen Weise. Das ist die erste und vorderhand weitaus wichtigste der großen Verschiebungen gewesen, die in jener Zeit einsetzten.

Die zweite, zunächst weniger bedeutsame, dann aber an nachhaltiger Kraft jene erste weit überholende Veränderung war die tiefgreifende Wandlung, die das Denken jener Zeit erfuhr, die mit ihren Wurzeln weit zurückreicht, im Naturrecht ihre vornehmlichste Quelle gehabt hat, und die wir Auf-

---

1. Der hier geschilderte Charakter der Regentschaft ergibt sich vor allem aus den Gesandtschaftsberichten des Grafen Lorenzi. Siehe ferner einen Bericht des Gemeindeganzlers Canini von 1767. Gabinetto. Filza 91, Nr. 9.

klärung nennen. Jene Freiheitsbewegung, die ihre Berechtigung suchte in einem in der menschlichen Natur begründeten, durch Vernunftgebrauch gebildeten und durch Vernunft erkennbaren, für alle Zeiten gültigen und gleichartigen Recht; und die unter dieser Fahne gegen alles historisch Gewordene, gegen all das in so reichlicher Menge vorhandene Barocke in Staat und Gesellschaft, im Wirtschaftsleben und überhaupt in allen Lebensäußerungen vorging. Sind diese Ideen für Toskana erst unter Leopold, dann aber mit einer in keinem gleichzeitigen Staatswesen mehr erlebten Stoßkraft zur Durchführung gelangt, so sind doch die Keime dazu schon in früherer Zeit und insbesondere unter der Regentschaft eingepflanzt worden. Und es ist sicher kein Zufall gewesen, daß, während die Medici und ihre Staatsmänner, geleitet von den durch Jahrhunderte geheiligten Traditionen, bis zum letzten Augenblick an ihrer die Hauptstadt fördernden Wirtschaftspolitik festhielten, das große Reformwerk unter Männern durchgeführt wurde, die nicht im Banne dieser Ueberlieferung standen, die durchtränkt von dem neuen Geist zugleich einen unparteiischeren, einen nicht durch die Tradition getrübbten Blick besaßen, als die toskanische Bürokratie der Medici. Wahr ist, daß Toskaner bei der Reform das Größte geleistet haben, wie noch zu zeigen sein wird; aber ohne die erzieherische, von freisinnigem Geiste getragene Staatsleitung eines Richecourt, ohne das Mitwirken Rosenbergs und den freien Blick Leopolds wäre die Reform wie in so manchen Ländern halbwegs stehen geblieben, verkümmert, und Toskana würde nicht die ehrenvolle Rolle in der allgemeinen Reformbewegung spielen, die es in der Tat gespielt hat; eine Erkenntnis, die leider zu ihrer Erhärtung noch mancher Untersuchung bedarf.

Freilich — und das ist das zunächst Ausschlaggebende und damit wenden wir uns unserer näheren Aufgabe zu —, freilich gelangte diese Reform während eines Menschenalters nicht oder nur unvollkommen zum Siege, eben wegen jener Verschiebung des Schwerpunktes nach Wien und der Verknüpfung der toska-

nischen mit den habsburgischen Schicksalen. Dadurch erhielt Toskana für den stets fern weilenden Kaiser - Großherzog und den ausschlaggebenden Wiener Rat nur die Bedeutung einer Provinz, deren größter, wenn nicht einziger Wert darin lag, dem bedrängten Hause Habsburg während des Erbfolgekrieges wie des siebenjährigen Krieges möglichst viele finanzielle, und wenn möglich auch militärische Hilfsmittel zu liefern. Das ist der allbeherrschende Gesichtspunkt, der sich allgemein durch die innere und selbstverständlich insbesondere durch die Finanzpolitik hindurchzieht, mochte auch die für das Wohl des Landes aufrichtig bedachte, aber den bestimmten Forderungen des Wiener Hofes machtlos gegenüberstehende Regentschaft einen nur leicht verhüllten Widerstand entgegensetzen und durch aus eigener Initiative unternommene Reformen eine Neugestaltung der Verwaltung anbahnen und dafür in gewissem Sinne die Dankesschuld abstaten, die die Ausbeutung des Landes durch den Herrscher nötig machte. Und es wird unter diesem obersten Gesichtspunkte sein, daß man fortan die Regentschaftsperiode und ihre einzelnen Taten zu prüfen hat.

Gleich eine Betrachtung der Wirtschaftspolitik jener Zeit läßt diese Tendenz klar hervortreten: sie ist im großen und ganzen nach denselben Gesichtspunkten orientiert, die der Wirtschaftspolitik der Medici zugrunde lagen; sie ist merkantilistisch; Förderung von Handel und Industrie und damit Begünstigung der Hauptstadt Florenz stehen im Vordergrund. Der Ackerbau bleibt bei aller Ermutigung, die er besonders in der zweiten Hälfte der Regentschaftsperiode erhält, immer zurückgesetzt, spielt eine sekundäre Rolle. Das Annonarsystem wird in seinem vollen Umfange aufrechterhalten und die Industrie wird weiterhin durch Prohibition und Schutzzölle auf ausländische Waren und durch Ausfuhrverbote für Rohmaterialien des Landes geschützt; kurz, das alte System dauert weiter.

Man wird hier zweifellos argumentieren: Noch waren eben die neuen Ideen nicht zum Durchbruch gekommen; noch werden eben wie in allen übrigen Staaten jener Zeit Handel und Industrie als Hauptfaktor des Volksreichtums angesehen; die Aufklärung, der ökonomische Liberalismus hatte noch nicht genug Stoßkraft gewonnen, um den alten Bau überlieferter Politik wegzuschwemmen. Zweifellos ist das mit eine Hauptursache gewesen; die Regentschaftszeit war in der Tat eine Uebergangsperiode: alles in Gärung, das Alte erschüttert, aber noch mit genug Festigkeit versehen, um das siegreiche Vordringen des modernen Geistes eine Zeitlang zurückzuhalten. Aber bei abwägender Prüfung des vorliegenden Materials wird man doch den Gedanken nicht los, daß bei dem Regentschaftsrat wenigstens schon früh die Erkenntnis überwiegend war, daß ein Verharren in den alten Bahnen dem Interesse des Landes nicht förderlich sei. Schreibt doch Richecourt schon kurze Zeit nach seiner Ankunft in Florenz nach Wien: „Le pays est ruiné parceque Florence s'est toujours regardé comme la cité dominante et a traité toutes les autres villes non en mere, mais en marastre. Les princes de la maison de Médici, anciens citoyens de Florence ont pensé de meme pour leur patrie et n'ont eû les mains ouvertes que pour cette ville et ses citoyens.“ Es ist nicht der geringste Beweis für die staatsmännische Tüchtigkeit und den vorurteilslosen Blick des fremden Staatsmannes, der nun die Leitung der toskanischen Politik übernahm, daß er gleich den Kernpunkt der ganzen Frage herausgriff. Die Konsequenzen, die sich aus dieser Erkenntnis ergaben, sind nur in minimaler Weise gezogen worden; Schuld Richecour s und der Regentschaft war das zweifellos nicht; das haben sie bewiesen, wie wir gleich sehen werden. Nicht etwa, daß sie den vollständigen Umsturz des alten Wirtschaftsgebäudes, wie ihn nachmals Leopold durchführte, zustande gebracht oder auch nur gewünscht hätten; dazu waren die merkantilistischen Ansichten in jener Zeit noch zu stark; aber jedenfalls wären sie von jener Erkenntnis ausgehend, daß nicht ein ganzes Territorium dem



Wohle einer einzigen Stadt aufgeopfert werden dürfe, auf entschieden andere Geleise gekommen, als es tatsächlich geschah.

In Wirklichkeit lag die Ursache der Hemmung in Wien, beim Kaiser-Großherzog Franz und seinem Wiener Rat. Und in dem Streit, der sich nun zwischen diesem und Richecourt erhob, blieb ersterer siegreich und Richecourt, der bei dieser Kraftprobe beinahe zu Fall gekommen war, hat es nur seiner Nachgiebigkeit und den reichlich nach Wien gesandten Geldern zu verdanken, daß er seinen Statthalterposten nicht verlor. Also die Ansichten Richecourts und des Wiener Rates, wie die innere Politik des Landes zu führen sei, deckten sich nicht; die Regentschaft, die Gelegenheit hatte die Bedürfnisse und die Not des Landes aus der Nähe kennen zu lernen, wollte Reformen, durchgreifende, ernsthafte Reformen. Der Wiener Rat, der Toskana unter dem Gesichtswinkel betrachtete, daß es eine Provinz sei und zur Not des österreichischen Staates auch sein Scherflein beizutragen habe, wollte diese Reformen nicht, wollte sie aus zwei Gründen nicht. Einmal mochte er der echt merkantilistischen Ansicht sein, daß eine energische Förderung der toskanischen Handels- und Industrieinteressen weit größere Einnahmen für den Kaiser abwerfe als eine umstürzende Reform. Sodann — und das ist das Entscheidende gewesen — mußte jede weiter greifende Veränderung im toskanischen Wirtschaftsleben, eine Zollreform, wie sie nachmals Leopold durchführte, eine Grundsteuerreform, überhaupt jede Reform der Verwaltung, jene finanziellen Mittel verschlingen, die nach Wien geschickt wurden und an denen dem Kaiser am meisten lag. Das ist der Kernpunkt: jede große Reform kostete Geld, absorbierte die Kräfte des toskanischen Landes, und das wollte man nicht.

Es ist recht interessant zu sehen, wie diese zwiespältigen Ansichten der Reggenza und des Wiener Hofes sich äußern. Ueberall, wo vitale Interessen, wo die Finanzen, große Reformen

auf dem Spiele stehen, da dringt die Ansicht des Wiener Rates durch. Wenn es sich aber um Neuerungen und Veränderungen handelt, die keinen finanziellen Aufwand erforderten, die mehr negativ waren — negativ in dem Sinne, daß das Alte niedergerissen wurde ohne daß ein entsprechender, kostspieliger Neubau an dessen Stelle trat —, da kann die Regentschaft ihre wohlwollenden Absichten durchsetzen. Ihr Regiment ist so mehr negativer Art gewesen, im Gegensatz zum aufbauenden Leopolds, darum aber nicht unwichtig, sondern Voraussetzung für diese.

Betrachten wir die Legislatur der Regentschaftsperiode in ihren wichtigsten Aeüßerungen, so erhalten wir die Bestätigung für das oben Gesagte. Die Kirchenpolitik weicht durchaus ab von der der Medici; sie bewegt sich in den Bahnen des neuen Geistes; sie will dem Klerus die Ausnahmestellung nehmen, die er, wenn auch nicht mehr durchweg, im Staate einnahm, will ihn den übrigen Staatsangehörigen gleichstellen, zugleich auch seine wirtschaftliche Kraft dem Staate nutzbar machen. Warum hätte man in Wien dieser Politik Richecourts und Botta Adornos, in deren Geist man selber arbeitete, entgegentreten sollen? Sie ist unterstützt worden; wurde doch gleichzeitig die partielle Steuerimmunität des Klerus beseitigt und damit die Staatseinkünfte gesteigert.

In der Wirtschaftspolitik schien sich anfangs wirklich eine Schwenkung von den hergebrachten Maximen vollziehen zu wollen. Darauf läßt wenigstens das Gesetz von 1738 für die Wollentuchindustrie schließen; neben einer Reihe von Begünstigungen, die derselben eingeräumt werden, wird die privilegierte Stellung der Stadt Florenz gebrochen und diese Industrie dem ganzen Staat zugänglich gemacht. Allein dieser zunächst wohl mehr rechtliche als faktische Bruch mit der Vergangenheit blieb vereinzelt und ohne weitere Bedeutung; denn die in damaliger Zeit relativ einzig blühende Industrie, die Seidenmanufaktur, blieb nach wie vor der Hauptstadt privilegiert.

Auch an Bandinis „Discorso economico“ und die im An-

schluß daran erteilte Erlaubnis,  $\frac{2}{3}$  der Kornernte aus der senesischen Maremma ausführen zu dürfen (1738), mochten vaterländisch gesinnte Männer wie Pompeo Neri die Hoffnung knüpfen, daß damit Bresche gelegt sei in das alte Annonarsystem, daß eine neue Ordnung der Dinge beginnen werde. In der Tat ist bisher, und neuerdings wieder von Morena, die Ansicht vertreten worden, diese Konzession sei ein erster Schritt auf der neuen Bahn gewesen. Davon kann keine Rede sein. Zwar scheint der junge Auditor Neri bereits damals einen nicht unbedeutenden Einfluß besessen zu haben, nicht zum wenigsten bei Franz II. selber; aber so groß war er doch nicht, um das alte System ins Wanken zu bringen, mochte Neri die — übrigens agrar-protektionistischen — Ansichten Bandinis noch so nachdrücklich verfechten. Denn in der Tat kommt dieser Neuerung durchaus nicht die Wichtigkeit zu, die man ihr beilegte. Zunächst haben auch die Medici von Cosimo I. bis Johann Gasto immer und immer wieder die Tratten, die beschränkte Ausfuhr von Korn aus der senesischen Maremma gestattet; zwar nicht für eine bestimmte Zeit, 12 Jahre wie Franz es tat, — was übrigens noch des genaueren nachzuweisen ist. Und vor allem, auch Franz II. hielt so gut wie seine Vorgänger an dem prohibitiven Ausfuhrzoll von Lire 9.1.8 prooggio fest, und zeigte damit deutlich, was für ein Geist dieser Konzession innewohnte. Also selbst für diesen unglücklichsten Teil Toskanas keine Vergünstigung, geschweige denn ein Abweichen von der alten Bahn. Und als dann 1762, bei der 2. Erneuerung der Konzession — die erste war 1750 erfolgt —, auch noch der Ausfuhrzoll wegfiel, da war neben dem Sieg des Aufklärungsgedankens zugleich auch das Ende des siebenjährigen Krieges und der Bedrängnis Oesterreichs nahe und zugleich lag der Beweis vor, daß eine solche Konzession ohne Aufhebung des Prohibitivzolles überhaupt keinen Wert habe.

Daß man unter der Reggenza vielmehr an keine derartige Neuerung dachte, oder wenn sie der eine oder andere wie Gianni wirklich vertrat, daß sie keinen Anklang fand, das be-

weist deutlich das Festhalten an der Annonargesetzgebung während der Regentschaftszeit. Gleichsam als Antwort auf die Exporterlaubnis für die Maremma und zur Beruhigung geängstigter Gemüter erließ die Abundanzbehörde am 30. Juli 1739 ein allgemeines Aufkaufsverbot, das nichts weiter war als eine Kopie des entsprechenden Artikels des allgemeinen Annonargesetzes von 1697; dieselben Strafen wurden Zuwiderhandelnden angedroht. Am 8. Nov. 1747 wurde das Ausfuhrverbot neu eingeschärft; die Portate, Angaben über die Ernteaussichten, wurden wie nur je eingefordert. Kurz, ganz dasselbe System wie zuvor, bis dann im Jahre 1764 eine nur durch Hungersnot bewirkte Abweichung zu konstatieren ist, vorausverkündend das Zeitalter Leopolds; bei dessen Besprechung kommen wir wieder darauf zurück.

Zweifellos haben Franz II. und die Regentschaft vieles für die Förderung von Livorno, für die toskanische Seidenindustrie, für die Maremmen, für die Landwirtschaft getan. Aber all das hält sich finanziell in sehr bescheidenem Rahmen. Und meist geschah es in echt merkantilistischer Weise, um schnellen Profit zu erzielen. Gianni bezeugt uns, daß die Fürsorge für Livorno ihre Ursache darin fand, daß man den livornesischen Handel als eine Hauptquelle der Bereicherung der großherzoglichen Kassen einschätzte. Der Handelsvertrag zwischen Toskana und Oesterreich vom 23. Febr. 1748, der die Zollsätze für die beiderseitigen Exportwaren auf die Hälfte herabsetzte, war zweifellos für die toskanische Seidenindustrie von günstigen Folgen begleitet, brachte aber auch einen größeren Ertrag für die Staatskasse. Und gerade die glänzendsten, weittragendsten, von echt modernem Geist getragenen Gesetze der Regentschaftsperiode, gegen die Fideikomnisse (1747), das Lehensgesetz (1749) und das Amortisationsgesetz von 1751, sie zeigen in nicht zu mißverstehender Weise, wie richtig die oben geäußerte Ansicht ist. Sind es doch im wesentlichen negative, auflösende Gesetze, die keine Finanzierung erforderten, sondern im Gegenteil das Finanzwesen der Lehen unter die großherzogliche Verwaltung

brachten und durch Begünstigung der Teilbarkeit der Grundbesitzungen auch die Vermehrung des Ertrages der Vermögens-Verkehrssteuern versprochen. Nicht etwa sei damit gesagt, daß derartige kleinliche Motive es waren, die den Großherzog bestimmten, diesen Gesetzen beizustimmen; in keiner Weise, sondern nur, daß durch deren Erlaß die Staatskasse keine weitergehende Einbuße erlitten und daß das mit ausschlaggebend war.

All das bisher Gesagte erfährt erst seine eigentliche Begründung, wenn wir uns jetzt der Beurteilung der Finanzpolitik der Reggenza zuwenden; in ihr wird die vorwaltende Tendenz sich am schärfsten ausprägen, und diese war, um es nochmals recht deutlich hervorzuheben, möglichst viel Geld nach Wien abfließen zu lassen.

Schon rein äußerlich tritt die Wichtigkeit zutage, die dem Finanzwesen zugemessen wurde; von den Erlassen, die im Gesetzeskodex jener Zeit gesammelt wurden, sind ein unverhältnismäßig großer Teil Finanzgesetze und -verordnungen. Und dabei ist keinesfalls eine Neuschöpfung oder Umgestaltung des Finanzwesens erfolgt, wie sie wohl anfangs Richcourt vorgeschwebt haben mag. Denn das Reformprogramm, das er nach einem ersten flüchtigen Ueberblick über die allgemeine Lage des Landes dem Wiener Hof unterbreitete, läßt auf Grund seiner finanzpolitischen Pläne mehrere interessante Ausblicke tun, in welcher Richtung sein damaliges Denken sich bewegte. Die Verminderung der gewaltigen Staatsschuld sah er als die wichtigste und nächstliegende Aufgabe an, und im Verein damit die Abschaffung der drückendsten Steuern. Eine Konversion der  $3\frac{1}{2}$  %igen Rente in eine 3 %ige sollte den großen Zins reduzieren. Denjenigen Gläubigern, die sich diese Reduzierung nicht gefallen lassen würden, sollte ihr Kapital ausbezahlt werden, und zwar aus dem Erlös, den Richcourt aus dem Verkauf der mediceischen Allodialgüter zu machen hoffte. Schließlich sollten die vier Bankinstitute zur Vereinfachung der Verwaltung zu einem Monte vereinigt, die Wohltätigkeitsanstalten sparsamer

verwaltet werden, um weitere Ersparnisse zu machen. Wenn so ein Teil der Staatsschuld abgetragen war, dann, so schlug Richecourt vor, sollte der Salzpreis um 4 Quattrini pro Pfund herabgesetzt, die Kontraktsteuer für Arbeits- und Schlachtvieh um 2 Scudi vermindert werden<sup>2</sup>.

Es war eine bescheidene Finanzreform, die der künftige energische und ehrgeizige Staatslenker von Toskana ins Auge faßte, weit entfernt von jener umstürzenden Neugestaltung, die nachmals Peter Leopold durchgeführt hat; doch zeugt sie von dem staatsmännisch klaren, das Reale und Mögliche erfassenden Blick Richecourts und ist getragen von großem Verständnis für die damalige toskanische Finanzlage; sie bedeutete außerdem das Mindestmaß, was ein im Sinne des Landes arbeitender Minister vorschlagen konnte. Kein Zweifel, wäre dieser Plan zur Ausführung gekommen, dann hätte sich nicht im toskanischen Volk, das sowieso der Regierung des neuen Herrschers mit gedrückten Gefühlen entgensah, der große Haß gegen die Lothringer festgesetzt, die ihm vorkamen als betrachteten sie Toskana als Durchzugsland.

In der Tat aber trat der Widerstand gegen das Walten des herrischen Mannes, der an Stelle des politisch unfähigen Craon die faktische Leitung in die Hand nahm, nur allzubald in die Erscheinung. Zunächst von seiten der Toskaner selbst: um den fähigsten Kopf der alten mediceischen Verwaltung, den reichen Marchese Rinuccini, scharte sich die Opposition, scharten sich alle diejenigen, die von dem fremden Regiment nichts Gutes zu erwarten hatten, die eine Reform der korrupten Verwaltung zu fürchten hatten, und die durch einen — dank ihrer besseren Geschäftskennntnis leicht möglichen — passiven Widerstand die Regierungstätigkeit des Gegners zu paralysieren und den Großherzog bei seiner Ankunft für sich zu gewinnen hofften. Wie nicht ungefährlich dieser Widerstand war, zeigte sich gleich beim ersten größeren Finanzereignis der Regentschaft: beim Verkauf der mediceischen Allodialgüter. Bekanntlich hatte sich

---

2. Rassegna Nazionale 1911, Vol. CXXIII, III (Rodolico), S. 60 f.

Franz II. geweigert, die große toskanische Staatsschuld zu übernehmen, falls er nicht gleichzeitig in den Besitz des umfangreichen mediceischen Allods gesetzt werde. Johann Gasto war gestorben, bevor diese Frage geregelt war, die sich durch einen Protest Karls von Neapel bedenklich komplizierte. Indem nun die Erbin und Letzte der Medici, die Kurfürstin Maria Anna, teils aus Feindschaft gegen Spanien, teils im wohlverstandenen Interesse des Landes, sich durch den Wiener Vertrag mit Franz II. einigte, schien die Lösung glatt vonstatten zu gehen. Gegen eine jährliche Rente von 40,000 Scudi übertrug sie auf die Lothringer alle innerhalb wie außerhalb des Staates liegenden Güter, Rechte und Ansprüche, zugleich aber verpflichtete sich der Großherzog, die Schulden des Hauses Medici zu übernehmen und den Kredit der Staatsschuld aufrecht zu erhalten. Ein geheimer Artikel stellte es der Kurfürstin frei, die in Neapel und Frankreich gelegenen Allodien zu verkaufen und den Erlös dem Großherzog zu übergeben.

Der Verkauf der in Privatwirtschaft recht wenig ergiebigen Besitzungen wurde nun sogleich an die Hand genommen; der Reformplan Richcourts nahm mit dieser wesentlichsten Voraussetzung seinen Anfang; sollte doch mit dem Erlös die Staatsschuld vermindert werden. Aus mehreren Gründen verunglückte diese Operation gleich anfangs; einmal floß der Erlös der in Rom, Urbino und in Frankreich verkauften Güter, zusammen 843 000 Scudi, nicht in die toskanischen Kassen, sondern kam dem Hause Oesterreich in seinem Existenzkampfe trefflich zustatten. Der Verkauf der im Staate gelegenen Besitzungen aber ging trotz aller Vergünstigungen — Zobi berichtet, daß den Käufern der Marchese- und Grafentitel in Aussicht gestellt wurde — und Sicherheiten, die die Regentschaft anbot, nicht vonstatten, und zwar vor allem deswegen, weil der Protest Karls von Neapel, der durch eine gutgeleitete Aktion seines Gesandten, des Padre Ascanio und der Richecourt feindlichen Partei klug unterstützt wurde, die Käufer abschreckten, weil die Meinung überwog, daß die Güter durch alte und neue

Verpflichtungen gebunden und unveräußerlich seien. Dieser Mißerfolg brachte aber auch zugleich den Richecourtschen Finanzplan zu Fall, wenigstens soweit er für das Land Nutzen und Erleichterung bringen sollte; in rascher Folge dagegen wickelte er sich ab, soweit der Wiener Hof dabei auf seine Rechnung kam.

Diese Wendung erfolgte durch das persönliche Eingreifen des neuen Großherzogs; war dem Richecourtschen Plane schon durch das Scheitern des Verkaufs der Allodialgüter und der Verminderung der Monti eigentlich der Boden entzogen, so wurde nun während des dreimonatlichen Aufenthalts des Herrschers in Toskana im Jahre 1739 die Richtung der Finanzpolitik bestimmt, wie sie es von nun an geblieben ist. Ihre drohenden Schatten hatte sie bereits vorausgeworfen, als durch das Edikt vom 5. August 1737 nach dem Plan der von Johann Gasto 1725/26 abgeschafften Kollekten eine allgemeine Einkommensteuer von 2 % ausgeschrieben wurde, der auch die Kolonen — mit der Progression — unterworfen wurden und ebenso die Geistlichkeit. Das letztere war ein Novum; denn wenn der Klerus auch im großen und ganzen der ordentlichen Besteuerung, der Decima usw., ebenso den außerordentlichen Umlagen, für Bonifikation unterlag, so scheint es ihm bis in jene Zeit doch gelungen zu sein, sich allgemeinen Kollekten außerordentlicher Natur zu entziehen. Daher leistete er energischen Widerstand, der erst nachließ, als nach langwierigen Unterhandlungen das Placet des römischen Hofes eintraf. Diese Steuer war schon von Johann Gasto beschlossen worden, um die Schulden und Kosten zu bezahlen, die der Aufenthalt der spanischen Truppen in Toskana verursacht hatte. Freilich, die Angst, aus dieser einmaligen Umlage werde wie zu den Zeiten Cosimos III. eine ordentliche Besteuerung hervorgehen, bewirkte, daß das Volk der Steuerkommission gegenüber sein Steuerkapital zu verheimlichen suchte. Alle Hoffnungen der Toskaner waren nun noch auf den Besuch des Großherzogs selber gerichtet. Die beiden Parteien, die sich im Ministerium



gebildet hatten, an deren Spitze Rinuccini und Richecourt standen, drängten sich um ihn, um sein Vertrauen und ihn für ihre Pläne zu gewinnen. Es zeigte sich indessen schnell, daß der persönlich sehr liebenswürdige Großherzog zu sehr unter dem Einfluß seiner lothringisch-deutschen Umgebung stand, als daß er die toskanischen Verhältnisse unter dem Gesichtswinkel der Interessen des Landes hätte beurteilen können oder wollen. Die konservative Partei Rinuccinis sah bald ein, daß ihr Spiel verloren war; allein auch Richecourts Plan erfuhr die einschneidendsten Modifikationen. Im österreichischen Interesse wurde nun nicht mehr die Verminderung der Staatsschuld ins Auge gefaßt, sondern der leitende Gesichtspunkt war jetzt umgekehrt eine Erhöhung der reinen Einkünfte des Großherzogs. Daß einige Punkte des Finanzplanes Richecourts in das neue Programm hinübergenommen wurden, war nur möglich, weil sie sich in derselben Richtung bewegten<sup>3</sup>.

So kam zunächst zur Sprache, wie man die Zinsenlast der Staatsschuld vermindern könne. Der Verkauf der Allodien war gescheitert; Richecourt schlug vor, die Güter der geistlichen Orden zur Schuldentilgung zu verwenden; dieser revolutionäre Antrag fand kein Gehör. Dagegen betrat Franz die alten Bahnen mediceischer Willkür, als er durch den Erlaß vom 3. März 1738 (alten Stils) die 3½ %ige Staatsschuld auf 3 % heruntersetzte, und ein schlechter Trost mochte es für die durch diese Zinsreduktion betroffenen Staatsgläubiger sein, wenn der Großherzog für die neue 3 %ige Schuld nicht nur die bisher obligierten Steuern, sondern alle Staatseinkünfte verpflichtete. Die Konversion war eine eklatante Verletzung des Wiener Vertrages mit der Kurfürstin, in dem sich Franz II. verpflichtet hatte, den Kurs der Staatsrente aufrecht zu erhalten. War dieser zur Zeit J. Gastos auf 96 gestanden, dann auf 91 gesunken, so erfolgte jetzt ein weiterer Sturz<sup>4</sup>. Zwar hatte der Großherzog

3. A. A. E., Bd. 89, S. 355. Brief vom 13. Juli 1738. S. 388, Bd. 90, S. 33, S. 61, S. 149 f., S. 162.

4. A. A. E., Bd. 90, S. 101. Der relativ hohe Kurs der Staats-

in seinem Erlaß denjenigen Gläubigern Rückzahlung des Kapitals zum Kurse von 100 in Aussicht gestellt, die sich diese Zinsreduktion nicht gefallen lassen wollten, aber als nun binnen kurzer Zeit gegen 3,000,000 Scudi gekündet wurden, auch der Klerus vom Papste die Erlaubnis nachgesucht und erhalten hatte, seine Kapitalien zurückzuziehen, da befahl Franz, niemand auszuzahlen; es wäre dies bei der damaligen Finanzlage die reinste Unmöglichkeit gewesen; wurden doch in jener Zeit nur die Gehälter der Truppen, nicht aber der Zivilbeamten ausbezahlt. Erst allmählich wurden einige durch das Los bestimmte Auszahlungen vorgenommen; diese Maßregel vermochte aber den Stand der Rente nicht zu heben; er sank im Gegenteil noch mehr, weil offenbar wenig passende Mittel zur Anwendung kamen, um die Gläubiger vom Rückzug ihres Kapitals abzuhalten und um das zur Rückzahlung nötige Kapital zu beschaffen<sup>5</sup>.

Hatte diese Rentenkonversion den enttäuschten Florentinern bereits mit unverhüllter Deutlichkeit gezeigt, wohin der neue Kurs gerichtet war, so schloß sich nun eine Reihe von Maßnahmen daran, die keinen Zweifel mehr darüber ließen, daß sich ein einheitliches System der Ausbeutung anbahne. Ein „Don gratuit“ von 200,000 Scudi für den neuen Souverän wurde beschlossen, zu dem kraft päpstlichen Indults der Klerus  $\frac{1}{3}$  beizutragen hatte. Nach einigem Schwanken einigte man sich, diese Summe durch eine Prorogation der allgemeinen Einkommensteuer aufzubringen. Gleichzeitig wurden die Kosten und Ausgaben, die die Reise des Großherzogs, die Festlichkeiten und sonstigen Aufwendungen verursacht hatten, vermittels des Chiesto des Magistrato de' Nove auf den Grundbesitz umgelegt<sup>6</sup>.

Hatte noch die Moral der Medici und auch der provi-

---

rente erklärt sich aus dem großen Mangel an Bargeld. Reklamationen der Staatsgläubiger wurden nicht berücksichtigt. Bd. 90, S. 515; Bd. 91, S. 129.

5. A. A. E., Bd. 90, S. 162 f., S. 213, S. 292; Bd. 91, S. 124.

6. A. A. E., Bd. 90, S. 472, S. 130 f.

sorischen Regentschaft das Lotteriewesen im Staate verpönt und auswärtiges Spiel mit den härtesten Strafen belegt, so drang nun während des Aufenthalts Franz II. die Erkenntnis durch, daß es vorteilhafter sei, die Spieleidenschaft des Volkes für eigene Zwecke auszunützen. Daher wurde durch Edikt vom 30. Mai 1739 das Genueser Zahlenlotto in Toskana eingeführt und gegen einen jährlichen Kanon von 50,000 Scudi dem Neapolitaner O. Cataldi auf 9 Jahre in Pacht gegeben; alle anderen Hazardspiele, jedes Spiel außerhalb des Staates wurde gleichzeitig aufs neue verboten. Seitdem gehörte die Lottereeinnahme zu den Finanzquellen Toskanas.

Weitaus die wichtigste und unpopulärste der Neuerungen, die während der Anwesenheit des Großherzogs in Toskana zur Sprache und zur Ausführung kamen, war die allgemeine Finanzpacht. Unpopulär ist nicht der richtige Ausdruck; mit glühendem Haß haben die Toskaner, die eben unter der laxen Verwaltung Johann Gastos begonnen hatten aufzuatmen, die mit vexatorischer Härte und von der Triebfeder des Eigenntuzes geleitete Verwaltung der Pächter bedacht; wohl keine Maßregel hat Leopold nachher so populär gemacht wie die Aufhebung derselben, und noch lange zittert in den Denkschriften der leopoldinischen Zeit der Ausdruck der Erbitterung nach, die ein von Steuern hart bedrücktes Volk über die rücksichtslose und schonungslose Handhabung der Steuergesetze empfunden hat.

Und doch hat diese wichtigste finanzpolitische Neuerung der Reggenza ihren zweifellosen Wert gehabt, war geradezu die Voraussetzung für die Finanzreform Leopolds. Schon oben wurde darauf hingewiesen, daß sicherlich neben der großen Staatsschuld die Korruption, Laxheit und Kostspieligkeit der Finanzverwaltung das größte Uebel war, an dem das toskanische Finanzwesen krankte, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Einkünfte daraufging, bevor sie überhaupt in den Zentralkassen angelangt waren. Es war das denkbar radikalste Mittel, das der Großherzog zur Abschaffung dieser Mißbräuche

sich zunutze machte, als er den privaten Eigennutz von Großkapitalisten seinen Zwecken dienstbar machte. Diese Zwecke hat er auch völlig erreicht, hat die Verwaltungskosten auf ein Minimum beschränkt und gleichzeitig eine Erhöhung der Steuererträge erreicht, die nicht durch Steigerung der alten Steuern gewonnen wurde, wie es jeweils bei den Medici der Fall war. Nach dieser Seite hin ist also das positive Verdienst der sonst mit Recht vielgeschmähten Finanzpacht zu suchen; den Gewinn daraus hat die Zeit Leopolds geerntet, während das Odium auf die Regentschaft und insbesondere — mit Unrecht — auf Richecourt fiel.

Welche Gründe in erster Linie den Großherzog bewogen, diese einschneidendste Maßregel durchzuführen, ist klar. Eben diese administrativ-technischen Motive der Vereinfachung und genaueren Ordnung des Finanzwesens, dann aber vor allem die Aussicht, durch die Verpachtung mühelos schon im Voraus die Hauptmasse der Staatseinkünfte ein Jahr, ja mehrere Jahre vorausbezahlen zu können. Was überwog, ist mir nicht klar genug. Es scheint, daß beim Abschluß der ersten Pacht die administrative Reform im Vordergrund stand, daß dann aber später unter dem Druck der Not des Erbfolgekrieges die weiteren Pachten mehr in der Erwägung des zweiten Vorteils ihre Begründung fanden; bezog doch der geldbedürftige Kaiser die Pachtsumme mehrere Jahre voraus<sup>7</sup>.

Bei dieser Pachtfrage zeigte sich nun aber der Konflikt zwischen den Anschauungen und Absichten Richécourts und denen der lothringischen Ratgeber des Großherzogs, vor allem des Sekretärs Toussaint, auf der Spitze. Richécourt und Craon hatten bereits vor Ankunft des Großherzogs Reformen durchgeführt, die Vereinfachung und Sparsamkeit in der Verwaltung bezweckten. Daß sein im Landesinteresse entworfener Finanzplan verworfen worden war, soweit er nicht dem Nutzen des Wiener Hofes entsprach, war dem ehrgeizigen lothringischen

---

7. A. A. E., Bd. 116, S. 288 f.

Staatsmann zweifellos gleichgültig, solange seine statthalterliche Kompetenz unangetastet blieb. Dies wurde indessen Tatsache, als Großherzog Franz während seines Florentiner Aufenthalts zweifellos unter dem Einflusse Toussaints beschloß, den größten Teil der Finanzquellen einem gewissen Carlo G. Bernasconi in Generalpacht zu übergeben. Alles Widerstreben des Marchese Ginori und insbesondere Richécourts half nichts; mit Recht erkannte dieser, daß damit der größte Teil der von ihm geplanten Reformen vermindert oder mindestens kolossal erschwert würde, daß damit seiner absoluten Herrschaft ihm unerträgliche Fesseln angelegt wurden. Am 29. März 1739, noch während Franz in Toskana weilte, verkündete eine Ordonnanz die Uebertragung der Generalpacht sämtlicher Staatsrevenüen, mit Ausnahme einer Anzahl speziell ausgenommener, ab 1. April 1739, an Bernasconi und unterstellte ihm die betreffenden Verwaltungen. Die Bestürzung des Volkes, als man von den Unterhandlungen hörte, war allgemein, insbesondere bei der Finanzverwaltung, da jeder erwarten mußte, seinen Posten zu verlieren. Die Bedingungen der Pacht waren folgende: Der Generalpächter hatte 100,000 Scudi mehr als die bisherigen Einkünfte betragen, an den Staatsschatz zu zahlen; er erhält  $\frac{1}{3}$  von dem Ertrag, den er über diese 100,000 Scudi hinaus herauswirtschaftet und außerdem einen Lohn von 30,000 Lire. Er ist bei Neuerungen an die Zustimmung des Regentschaftsrates gebunden. Die Pacht sollte 9 Jahre dauern<sup>8</sup>.

Es überrascht zunächst zu sehen, wie ungünstig die Stellung des ersten Generalpächters verglichen mit der der späteren war. Das wird uns verständlicher, wenn wir hören, daß Toussaint teils durch Drohungen, teils durch Versprechungen die reichen livornesischen Juden genötigt hat, Bernasconi das Geld vorzuschießen. Das Vertrauen zu dem Generalpächter scheint auch so wenig groß gewesen zu sein, daß man ihm von

---

8. A. A. E., Bd. 130, S. 196, S. 213; Bd. 88, S. 500, S. 525, S. 546.

Anfang an einen Kommissar beigab und daß die Zahlungen nicht an ihn, sondern an einen lothringischen Schatzmeister geleistet werden mußten<sup>9</sup>.

Kaum hatte denn auch der Großherzog nach einem dreimonatlichen Aufenthalt Toskana verlassen, so benutzte der von ihm eingesetzte Finanzrat, Richecourt, Ginori und der Senator da Verrazzano, die Gelegenheit, um zugleich mit diesem dubiosen Pächter die Pacht selber zu Fall zu bringen. Bernasconi und seine vornehmsten Gehilfen wurden wegen Erpressung prozessiert und die Pacht wieder in eine großherzogliche Verwaltung umgewandelt<sup>10</sup>. Einen Augenblick schien es, als ob Richecourts Widerstand Erfolg haben sollte. Zunächst war von der Pacht keine Rede mehr. Aber schon im August 1739 drang das Gerücht von neuen Abmachungen mit einer Pariser Gesellschaft in die Öffentlichkeit; es verstummte zwar wieder, aber im Juli 1740 erschienen bereits eine Anzahl der Generalpächter, mit denen der Großherzog einen neuen Pachtvertrag abgeschlossen hatte, in Toskana, um die Staatseinkünfte zu prüfen. Und in der Tat erfolgte am 30. Dez. 1740 die Publikation, daß mit dem 1. Januar 1741 die neue Generalpacht beginne<sup>11</sup>. Auf Drängen Karls VI. hatte der Großherzog mit einigen französischen Kapitalisten durch seinen Geheimsekretär Toussaint zu Laxemburg einen Vertrag abschließen lassen, wonach diese ihm 5 Millionen Gulden vorschossen. Dafür wurde ihnen für 9 Jahre eine Reihe von Staatseinkünften zur Pacht überwiesen. Der jährliche Kanon wurde auf 4,220,450 Lire festgestellt, von denen 2,800,000 dem Großherzog zufallen, der Rest, nämlich 1,420,450, der Verwaltung zugeteilt werden sollte. Der Pacht, die unter dem Namen Giovanni Lombart ging, waren zunächst folgende Haupteinnahmen zugewiesen worden: die Zölle von Florenz und seinem Gebiete mit Ein-

---

9. A. A. E., Bd. 90, S. 130. f., S. 196, S. 213.

10. A. A. E., Bd. 90, S. 292 f., S. 298, S. 318, S. 332.

11. A. A. E., Bd. 90, S. 385, S. 420; Bd. 92, S. 6 f., S. 20, S. 56, S. 71, S. 77 f.; Bd. 93, S. 8.

schluß der Torzölle; die florentinische Kontraktsteuer, die Brot- und Fleischsteuer der Städte, nicht aber der Landschaft; die Erträge des Domänenamts, des Postamts und der Münze, die Zölle von Livorno mit Ausnahme der äußerst einträglichen Anker- und Lazarettgebühren, von Pisa, Pistoia, Siena, die Kontraktsteuer von Siena und eine Reihe weiterer Steuern des senesischen Gebiets. Es ist ein schlagender Beweis für das kolossale Durcheinander und die große Zahl der damaligen Steuern, daß der Erlaß nicht die einzelnen Abgaben erwähnt oder erwähnen kann, die den Pächtern zugewiesen wurden, sondern daß die Aemter genannt werden, denen die Erhebung dieser Einkünfte oblag. So sind weder die Angaben Zobis noch die Reumonts noch die obigen etwa als eine vollständige Aufzählung zu betrachten; es sind nur die wichtigsten. Und noch eine Berichtigung sei hier angebracht: wenn auch diese Generalpacht einen großen Teil der Staatseinnahmen umfaßte, so gab es daneben noch eine Menge von wichtigen Abgaben und Steuern, auch wenn wir absehen von den dem Monte Comune zugewiesenen, die entweder in Regie verwaltet oder in Einzelpacht gegeben wurden. Es sei erinnert an die Tassa del Macinato, die nie in Pacht gegeben wurde, die in Regie verwalteten Brot- und Fleischsteuern für die Landschaft, die Hafengebühren von Livorno, das in Einzelpacht gegebene Eisenamt usw. Wir haben somit die Tatsache vor uns, daß ein Teil der Staatseinnahmen in Regie, ein anderer in spezieller Pacht und ein dritter durch die Generalpächter verwaltet wurde. Es war ein geschickter Schachzug der Generalpächter, daß sie den Großherzog vertraglich am Reingewinn teilnehmen ließen; sie ersparten sich dadurch das Schicksal, wie der erste Pächter prozessiert zu werden, und sie gewannen damit freie Hand, ihre Beamtenreduktionen und überhaupt Neuerungen ohne Widerstand durchzusetzen.

Die endgültige Einführung der Generalpacht bedeutete einen Sieg des Wiener Rates und eine Niederlage des Regentschaftsrates in Florenz und insbesondere Richécourts. Er hatte, im

Glauben, seinen Herrn von den Pachtprojekten abgebracht zu haben, bereits begonnen, eine allgemeine Bilanz der Einkünfte und Ausgaben auszuarbeiten, hatte die Revision der einzelnen Steuerämter befohlen, um die angeordneten administrativen Reformen durchzuführen, als die Nachricht von dem abgeschlossenen Verträge eintraf. Jedes offene Widerstreben wäre überflüssig gewesen, das sah man in Florenz ein. Um wenigstens die Kontribuenten einigermaßen gegen eine willkürliche Verwaltung der Generalpächter zu schützen, wurde die Einsetzung des Gerichtshofes der Camera Granducale gleichzeitig durchgesetzt. Dieser großherzoglichen Kammer, die bis in die Zeit Leopolds hinein bestanden hat, fiel die Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen Regierung und Pächtern, General- und Unterpächtern, zwischen letzteren und den Kontribuenten zu, wozu auch die bis dahin summarisch erledigten Rechtsstreite zwischen Regierung und Privaten kamen.

Eine Zeitlang hatte es den Anschein gehabt, als ob Richecourt, der auch bei seinen Mitarbeitern in Florenz durch sein herrisches und gewalttätiges Wesen heftigen Unwillen erregte, über der Pachtfrage zu Fall kommen würde. Toussaint hatte sich als der Stärkere erwiesen; fast zu spät lenkte Richecourt ein; mehr als  $\frac{1}{2}$  Jahr verschwand er aus Florenz, ohne daß man dort wußte wohin. Als er dann am 1. Januar 1742 wieder zurückkehrte, hatte er zweifellos seine eigenen Pläne seinem Ehrgeiz zu herrschen zum Opfer gebracht; fortan arbeitete er zur Zufriedenheit des Wiener Rates, der ihn gegen seine zahlreichen Gegner in Schutz nahm<sup>12</sup>.

---

12. A. A., E., Bd. 90, S. 329. Breitritz galt zuerst als sein Nachfolger. Bd. 92, S. 6. Toussaint sprach lebhaft seine Unzufriedenheit mit der Verwaltung Richecourts aus. S. 56. Toussaint äußert die Ansicht, er werde selbst die Leitung übernehmen. Bd. 93, S. 8. Erst in der Nacht auf den 1. Januar 1741 wurde auf strikten Befehl des Großherzogs die Publikation der Pacht beschlossen. S. 82. Zorn der Mitarbeiter gegen Richecourt. S. 254. Eine Denkschrift, die Neri verfaßt hatte und die von den übrigen unterzeichnet wurde,



Wenden wir uns wieder der Generalpacht zu, innerhalb welcher sich der größere Teil der finanzpolitischen Ereignisse dieser Zeit abspielte! Es ist wohl unnötig zu sagen, daß sie die von ihr erwarteten Hoffnungen, aber auch Befürchtungen vollauf rechtfertigte. Hatten sich die Pächter doch schon vor Uebernahme derselben dahin ausgesprochen, daß sie die Hälfte der Beamten entlassen würden. Zweifellos sind bei dieser Vereinfachung des Verwaltungsapparates vielfach Härten vorgekommen; aber andererseits war doch diese Reduktion der allzu luxuriös eingerichteten mediceischen Verwaltung eine unumgängliche Notwendigkeit, um zu gesunden Verhältnissen zu kommen.

Daneben sehen wir als weitere Folge der General- und Einzelpachten die Abgaben mit einer Härte und Schonungslosigkeit eingetrieben werden, die einen seltsamen Kontrast bildet zu der laxen und schlaffen Verwaltung Johann Gastos gleichwie zu der wohlwollenden, nur von dem Gedanken, die Volkswirtschaft zu fördern, geleiteten Steuerpolitik Leopolds. Deutlich zeigte sich hier die Tendenz, für den Augenblick den Ertrag der einzelnen Steuern möglichst auf ein Maximum zu steigern, ohne Rücksicht darauf, ob der Volkswohlstand darunter litt. Alle Privilegien verschwanden, die nicht mit Dokumenten genau belegt werden konnten (Erlaß v. 18. April 1742). So wurde unter anderm die Portofreiheit der fremden Gesandten beseitigt; die Waren, die dieselben von auswärts bezogen und für die sie keinen Zoll zu bezahlen hatten, wurden einer strengen Revision unterzogen. Da diese Vergünstigung Anlaß zu einem umfassenden Schmuggel mit englischen und französischen Waren

---

wurde an den Großherzog gesandt, um ihn auf die Folgen der allzu großen Autorität Richécourts aufmerksam zu machen. S. 285. Bd. 94, S. 80. Die Antwort des Großherzogs fiel für den Rat nicht günstig aus. Uebrigens verreiste Richécourt damals (Juli 1741), scheinbar von Ungnade betroffen; am 1. Januar 1742 erschien er wieder in Florenz. Bd. 95, S. 6.

gegeben hatte<sup>13</sup>. Die Salzsteuer erfuhr durch das fiskalische Raffinement der Pächter die höchste Steigerung<sup>14</sup>. Am übelsten bekam diese Art der Verwaltung dem einstigen mediceischen Domanium; hierbei mußten sich ja die Folgen einer nur für den Moment wirtschaftenden Verwaltung am deutlichsten zeigen. Nach der zweiten Pacht sah sich der Großherzog genötigt, die bedenklich heruntergekommenen Allodialgüter wieder in eigene Hand zu nehmen; ihr Ertrag war aber ein minimaler geworden<sup>15</sup>.

Eine furchtbare Geißel ist die Generalpacht für Toskana gewesen; hatte man es zur Zeit des Prinzipats nur mit einem vielfach widersinnigen, widersprechenden und veralteten Finanzwesen zu tun, so trat jetzt infolge der Pacht noch die denkbar schärfste Ausnutzung dazu, die die Fehler und Gebrechen ans helle Licht setzte, ohne daß eine Reform sie entfernte.

Der Generalpacht von 1741 sind während ihres 9jährigen Bestandes eine ganze Anzahl von weiteren Finanzzweigen angegliedert worden, darunter als wichtigste 1744 das Salz-, Tabak- und Branntweinmonopol, wofür die Pächter Lire 1,894,397.2.1 zu zahlen hatten. Trotz aller Anstrengungen ist es weder dieser noch den späteren Pachtgesellschaften gelungen, die Klassensteuer, die Tassa del Macinato, in ihre Hand zu bekommen; eine solche Steuer hätte der Willkür der Pächter eine zu günstige Basis geliefert, als daß sie ihnen ausgeliefert werden konnte. Im letzten Jahre ihrer Pacht zahlten die Franzosen einen Pachtschilling von Lire 6,159,028.13. 10.

Als sie ihrem Ende entgegenging, tauchte 1748 in Toskana das Projekt auf, eine toskanische Kompagnie an Stelle der französischen zu setzen; und zwar wollte diese Gesellschaft, der Leute aus dem besten Adel angehörten und der der französische

---

13. A. A. E., Bd. 93, S. 299, S. 326, S. 337; Bd. 104, S. 178, S. 197 ff., S. 207, S. 225 f., S. 230, 262, 279, 358 usw.

14. Gabinetto. Filza 64, Nr. 3, 3.

15. A. A. E., Bd. 115, S. 276 f.

Gesandte Graf Lorenzi nicht fernstand, nicht finanzielle Resultate erzielen, sondern dem patriotischen Zwecke dienen, die Steuerlast des Volkes zu erleichtern und die Abneigung zwischen Untertanen und Herrscher zu überbrücken. Die Verhandlungen über die Bedingungen, die in Wien geführt wurden, scheiterten; zwar scheint es, daß der Kaiser geneigt war, darauf einzugehen; aber die Regentschaft, insbesondere Richecourt, widerstrebte, verschärfte die Bedingungen, bis der Plan scheiterte. Fast scheint es, daß Richecourt gehofft hat, doch noch die Pacht beseitigen und die Regie wieder herstellen zu können, gleichzeitig mag er gehofft haben, eine ausgedehntere Autorität zu gewinnen. Damit drang er allerdings nicht durch<sup>16</sup>. Aber auch die alte Kompagnie hat die Pacht nicht wiedererlangt; sie wurde für 4 Jahre vergeben, ebenfalls an eine französische, unter dem Namen Fr. Masson auftretende Gesellschaft. Der Kaiser selbst beteiligte sich mit der Hälfte aller Anteile daran. Die Kompagnie hatte zunächst einen um Lire 600,000 erhöhten Pachtschilling zu zahlen; da aber die Post wieder in Regie überging, ferner die Abgabe von Lire 706 für den Wachsverkauf in Cortona abgezweigt wurde, so hatten die Pächter den jährlichen Kanon von Lire 6,543,830.45. zu bezahlen.

Diese Steigerung der Pachtsumme zeigt deutlicher als jede andere Tatsache, wie erfolgreich die straffe, unerbittliche Verwaltung der Pächter gewirkt hatte. Ohne eine einzige neue Steuer einzuführen und ohne Erhöhung der alten Abgaben erfuhren die Einnahmen des Kaisers eine Steigerung, deren Ertrag fast dem der Decima oder der Tassa del Macinato gleichkam. Aber an dieser Erhöhung klebte das Blut vieler maßlos gepeinigter Untertanen.

Die Post war diesmal nicht wieder in Pacht gegeben wor-

---

16. A. A. E., Bd. 108, S. 49, S. 54. Dort die Bedingungen, die der Kaiser der toskanischen Gesellschaft stellte. S. 121, S. 178, S. 252, S. 300. Die Minister beklagten sich, daß Lorenzi sich zuviel in die Angelegenheiten des Landes mische. S. 334.

den; offenbar hatte sich hier die neue Verwaltungsweise in der unangenehmsten Form fühlbar gemacht<sup>17</sup>. Ueberhaupt ist nicht zu denken, daß innerhalb der einzelnen Pachtperioden die Zweige der Einkünfte stets dieselben blieben und Aenderungen erst bei neuer Verpachtung eintraten. Es hat im Gegenteil ein reger Wechsel stattgefunden, so daß bei manchen Abgaben bald Pacht-, bald Regiebetrieb vorherrschte. So finden wir für das Jahr 1751 auch die Gemeindebesitzungen in den Händen der Generalpächter, ebenso die Abgabe für Spielkarten. Fast gewinnt man den Eindruck, als habe man den Pächtern viele Abgaben zur Erhebung überwiesen, um das Odium, dieselben auf ein Maximum gesteigert zu haben, auf sie abzuwälzen, und um sie nachher in dieser „gesäuberten“ Form wieder selbst zu übernehmen.

Nach einer Uebersicht über die Einnahmen des Großherzogtums, die der gut unterrichtete französische Gesandte Graf Lorenzi im Jahre 1752 nach Paris schickte, die aber kaum vollständig sein kann, war das Verhältnis derselben in bezug auf die Verwaltungsform folgendes:

Einkünfte durch Pacht (Generalpacht u. Einzelpachten)	7,595,473 L.
„ in Regie gewonnen	6,291,359 „
Gesamtsumme der Staatseinkünfte	13,886,832 L.

Die Summe der in eigener Verwaltung gewonnenen Erträge war also durchaus nicht so unbedeutend, wie man angenommen hat<sup>18</sup>.

---

17. A. A. E., Bd. 111, S. 20.

18. Als 1751 Lorenzi nach Paris berichtete, daß der Kaiser 400 000 Scudi aus Toskana beziehe, war der französische Minister erstaunt, daß derselbe nur soviel erhalte; er verlangte genauere Angaben. Darauf erklärte Lorenzi, daß diese Summe für die toskanischen Verhältnisse ganz exorbitant und nur durch außerordentliche Anstrengungen zu bekommen sei. Zugleich sandte er eine Uebersicht über die damaligen Staatseinkünfte ein, korrigierte sie dann einige Zeit darauf. Er erklärte übrigens, daß diese Uebersicht nicht

Zu Ende der zweiten Pacht entspann sich wiederum ein Wettstreit um die Erneuerung derselben. Die Franzosen wünschten nicht bloß Erneuerung, sondern Erweiterung der Pacht, dazu die allgemeine Leitung des Handels ohne irgendwelche Abhängigkeit von der ihr nicht freundlich gesinnten Regentschaft; zu diesem Zweck ließ die Gesellschaft durch ihren Chef Foacier in Wien günstige Angebote machen. Richecourt brachte auch diese Gesellschaft zu Fall; er hatte mannigfache Streitigkeiten mit ihr gehabt und eine Machterweiterung der ihm sowieso verhaßten Pächter wollte der herrschsüchtige Mann nun schon gar nicht dulden. Auf seine Empfehlung hin wurde mit einer toskanischen Sozietät, die den Namen Fr. Diodati führte, ein Pachtvertrag für 9 Jahre abgeschlossen unter erneuter Erhöhung der jährlichen Pachtsumme um Lire 50,000. Abgezweigt und wieder in Regie übernommen wurden die arg malträtirten Allodialgüter, ebenso die Liegenschaften des Eisensamts, wo die Habgier der Pächter die fürchterlichsten Verheerungen angerichtet hatte. Von der ganzen Pachtsumme wurden die entsprechenden Summen natürlich abgezogen, außerdem aber noch Lire 200,000 für den Gewinnverlust an abgezweigten Verwaltungen. Da dieser Gewinn aber nur Lire 158,259.7.4. betragen hatte, so war in Wahrheit die Erhöhung des jährlichen Kanons nur fiktiv. Er betrug also Lire 5,968,103.4.3. Wiederum war der Kaiser mit der Hälfte aller Anteile an der Pacht beteiligt<sup>19</sup>.

Als im Jahre 1763, also bereits unter dem Regiment Botta Adornos, des Nachfolgers des verstorbenen Richecourt, eine neue und letzte Pacht auf 9 Jahre abgeschlossen wurde, da

---

ganz genau sei, weil er die Daten von Leuten bekommen habe, die im Dienste J. Gastos gestanden, jetzt aber abgedankt seien. A. A. E., Bd. 114, S. 185, S. 206, S. 238 ff., S. 253 ff., S. 257 ff. Siehe übrigens S. 123 dieser Arbeit.

19. Richecourt reiste jeweils persönlich nach Wien, um seinen Zweck besser zu erreichen. A. A. E., Bd. 115, S. 76, S. 114, S. 134 f., S. 204, S. 228, S. 237, S. 276, S. 288.

wurde die Pachtsumme nochmals um Lire 300,000 erhöht, gleichzeitig aber die Stempelsteuer und das Pedaggio notturno von Florenz der Generalpacht zugeteilt. Das Interessanteste an dieser Pacht Almano, der Guadagni, Martelli und der spätere Finanzminister Leopolds, der Senator Serristori angehörten, war, daß sich der Kaiser selbst 17 von den 20 Pacht- und Gewinnanteilen reservierte, womit im Grunde genommen wieder die Regie eingeführt war. Der jährliche Kanon betrug Lire 6,286,133. Für den Fall, daß der Herrscher den Betrag vor Ablauf der 9 Jahre kündigen würde, war eine Entschädigung von Lire 15,000 pro Anteil, für die drei Beteiligten also Lire 45,000, vorgesehen, außer der Rückzahlung der für die Pacht aufgewendeten Kapitalien. Dieser Fall ist praktisch geworden: im Jahre 1768 hob Großherzog Leopold die Generalpacht auf<sup>20</sup>.

Das vornehmlichste Zeichen dafür, daß Toskana mit seinen Mitteln für das Wohl eines größeren Staates mitbeizutragen hatte, ist sicherlich die Finanzpacht gewesen. Nicht das einzige. Eine Reihe außerordentlicher Steuern sind zu der alten Belastung hinzugekommen, Steuern, von denen man bis jetzt gar nichts wußte; sie dienen ebenfalls als Beweise für die hier vertretene Ansicht. Von den allgemeinen, für die Kolonen progressiven Einkommensteuern der Jahre 1737 und 1739 war schon die Rede. Wenn das Volk versucht hatte, die ihm zugewiesenen Steuerquoten möglichst zu vermindern, in der Angst, es würde nicht bei einer einmaligen Umlage bleiben, so hatte es richtig gesehen. Schon am 9. August 1742 erfolgte eine neue Umlage der allgemeinen Einkommensteuer, die Scudi 100,000 einbringen sollte. Der Klerus sollte Scudi 50,000 davon aufbringen, weshalb ein Indult des Papstes nachgesucht wurde.

---

20. A. A. E., Bd. 125, S. 7. Gabinetto. Filza 75, Nr. 1, A., B., C. Leider konnte ich das archivalische Material für dieses ganze Kapitel in Florenz nicht einsehen; so bin ich auf die Gesandtschaftsberichte Lorenzis angewiesen gewesen. Eine Arbeit über die Finanzpacht soll übrigens in Vorbereitung sein.

Im Jahre 1744 erfolgte, in mehreren Raten zahlbar, eine neue derartige Umlage von 4 % aller Einkommen, wie es hieß, um die Ausgaben zu decken, die der Schutz gegen Pest und Krieg notwendig gemacht hatten. Zu dieser Steuer, die einen Ertrag von Scudi 200,000 abwerfen sollte, wurde der Klerus kraft päpstlicher Lizenz mit ca. 40,000 Scudi herangezogen. Das Murren des Volkes suchte der Finanzrat durch Veranstaltung von Festlichkeiten zu beschwichtigen. Noch einmal, zum letzten Male, erfolgte die Umlage dieser allgemeinen Einkommensteuer in den Jahren 1745 und 1746<sup>21</sup>.

Mit erschreckender Schnelligkeit, wie man sieht, folgten sich seit dem Jahre 1737 die außerordentlichen Steuern; fast kein Jahr verging ohne solche; und dazu in der drückendsten, freilich auch ergiebigsten Form, als Einkommensteuern. Die damalige Bedrängnis des Hauses Oesterreich hatte hier einen nur zu deutlichen Niederschlag hervorgerufen.

Nicht, daß nun etwa die außerordentlichen Auflagen aufhören; nur in anderer Form werden sie umgelegt. Als im Jahre 1749 die Straße von Florenz nach Bologna zur Förderung des Handels erweitert und ausgebessert wurde, da wurden die Kosten aufgebracht durch eine außerordentliche Steuer auf den gesamten Grundbesitz des florentinischen Staates, aber auch auf die Staatsrente (Luoghi di Monte); sie wurde auf zwei Jahre verteilt und betrug 3 % des jährlichen Ertrages. Eine Neuerung interessanter Art wurde durch diese Steuerumlage eingeführt: bei energischer Betonung, daß alle Privilegien für diesmal nicht in Betracht kämen, wurde nämlich zum erstenmal der Klerus

---

21. A. A. E., Bd. 96, S. 121, S. 203. Der Papst hat zuerst den Klerus gefragt, ob er die Steuer ertragen könne. Dieser schilderte seine Lage als sehr bedrängt. Auch sonst hielt der Papst zunächst mit der Erlaubnis zurück, weil er verschiedene Klagen gegen die Regierung hatte, besonders wegen der Inquisition. Richécourt drohte darauf. Bd. 99, S. 253, S. 345, S. 369. Der Klerus hat ein Drittel der Steuer von 1744 bezahlen müssen. Siehe auch Gabinetto, Filza 91, Nr. 9.

auch zu den außerordentlichen Umlagen herangezogen, ohne daß man zuvor in Rom um Lizenz nachsuchte. Der Klerus hat sich überrumpeln lassen, hat bezahlt ohne zu reklamieren.

Wiederum recht interessanter Art ist die außerordentliche Steuer von 1751 gewesen. Die Sanitätsbehörde hatte in den vergangenen Jahren Schulden kontrahiert, um den toskanischen Viehbestand vor Seuchen zu behüten. Die Steuer, die zur Tilgung derselben am 9. September 1751 ausgeschrieben wurde, ist bloß auf die unglücklichen Kolonen umgelegt worden, und zwar nach den Steuerrollen, die seit 1694 zur Erhebung der allgemeinen Einkommensteuer zur Verwendung kamen, unter Erhöhung der Steuerquote, weil, wie es im Gesetz heißt, die Kolonen die ganze Steuer bezahlen müssen, dafür aber für die Hälfte auf den Padrone Regreß nehmen können. Die Stufen der progressiv gehaltenen Steuer waren folgende:

1. Klasse

(von 30 Dukaten Ertrag abwärts) = 1.13.4 Lire (früher 1 Lire).

2. Klasse

(von 31—50 Dukaten) = 3.13.4 Lire (früher 2 Lire).

3. Klasse

(von 51—75 Dukaten) = 5.13.4 Lire (früher 3 Lire).

4. Klasse

(von 76—100 Dukaten) = 7.10.— Lire (früher 4 Lire).

5. Klasse

(von 101—130 Dukaten) = 9.10.— Lire (früher 5 Lire).

6. Klasse

(von 130 Dukaten aufwärts) = 11.10.— Lire (früher 6 Lire).

Die Auflage hat wegen des damaligen allgemeinen Elends stärkeres Murren hervorgerufen als gewöhnlich. Warum die armen Kolonen allein herhalten mußten, um diese Steuer zu zahlen, ist nicht leicht ersichtlich. Denn daß ihnen die Möglichkeit geboten wurde, die Hälfte vom Padrone zu reklamieren, wollte nichts sagen; das wußte die Regentschaft gut genug. Der Grund, den das Gesetz angibt, daß neue Einschätzungen



zu kostspielig sein würden, ist nicht stichhaltig. Schon eher läßt sich der Grund anführen, den der französische Gesandte nennt, daß nämlich indirekt auch der Klerus der Steuer damit unterworfen wurde, ohne daß dabei der Konsens des Papstes eingeholt werden mußte. Das klingt schon plausibler, scheint aber auch nicht die wahre Ursache gewesen zu sein. Vielleicht geschah es bloß deswegen, weil sich die Kolonen am wenigsten wehren konnten<sup>22</sup>.

Wieder eine günstige Gelegenheit, um von dem armen Lande Geld zu erpressen, kam heran, als im Jahre 1760 Erzherzog Joseph sich vermählte. Das Donativ, das bei diesem Anlaß das Land bezahlen mußte, 100,000 Scudi, wurde im florentinischen Staate aufgebracht durch eine 3%ige Steuer in der Umlageform von 1749, d. h. auf den Grundbesitz aller Untertanen ohne Ausnahme, und die Staatsrente. Diesmal regte sich der Klerus; nicht etwa, daß er die Zahlung verweigert hätte; aber 11 Bischöfe baten den Kaiser in den untertänigsten Ausdrücken um die Erlaubnis, die päpstliche Zustimmung vorher einholen zu dürfen. Auf die lange Epistel, die der in Florenz kurz abgewiesene Nuntius an den Großherzog richtete, erfolgte jene Antwort, die die neue Sachlage und den Untergang der kirchlichen Immunität deutlicher als sonst irgend etwas kennzeichnete: *Sua Maestà Imperiale è perfettamente informata che il breve di Leone X fu emanato più per tranquillizzare le coscienze che a richiesta della Repubblica Fiorentina, la quale ben sapeva esser di suo diritto e competenza l'esigere i tributi dagli ecclesiastici senza privilegio o esenzione alcuna a fronte de' laici. Sapere lo stesso Imperatore-Granduca questo diritto competere pieno ed intero anche a lui. Non potervi ne doversi recedere senza di troppo offendere la maestà del principato che era risoluto mantenere intatta, e di reintegrarla in tutte quelle parti ove l'infelicità dei tempi aveva condotto a vulnerazioni degradanti e riprovevoli.* Der Klerus hat die Steuer auch ohne päpstliche Lizenz bezahlt.

---

22. Gabinetto. Filza 91, Nr. 9. A. A. E., Bd. 113, S. 460.

Kurz nachdem Botta Adorno die Regierung übernommen hatte, hatte der Kaiser die Summe von Scudi 200,000 verlangt. Botta nahm es auf sich, demselben die Unmöglichkeit klar zu machen, in der sich das Land befand, eine so gewaltige Summe zu bezahlen. Man scheint darauf in Wien eingelenkt zu haben; wenigstens hören wir nichts von einer außerordentlichen Steuer aus dieser Zeit. Damit ist freilich nicht gesagt, daß nicht sonstwie auf außerordentlichem Wege dem Volke weitere Summen und Steuern auferlegt wurden. Denn die Regentschaft hat es mit derselben Virtuosität wie die Medici verstanden, auch in weniger geräuschvoller Weise ihre Steuern umzulegen, nämlich vermittels des Chiesto, jener allgemeinen auf dem Grundbesitz ruhenden Staatssteuer des Magistrato de' Nove. Daß man unter Franz II. dieses Verfahren angewandt hat, ist gewiß; bereits oben wurde gesagt, daß die Kosten des Aufenthalts Franz II. und seiner Gemahlin in Toskana auf diese Weise gedeckt wurden. Dasselbe geschah im Jahre 1763; der Chiesto wurde um 70,000 Scudi erhöht, als der Kaiser an Stelle der Rekruten für die drei toskanischen Bataillone beim Heer der Kaiserin sich mit einer Abfindungssumme begnügte; und ebenso, als nach dem Frieden von Hubertusburg die toskanische Mannschaft zurückkehrte, um die Kosten des Marsches zu decken<sup>23</sup>.

Die letzte außerordentliche Steuer ist im Jahre 1765 ausgeschrieben worden, als die neuen Schulden der Sanitätsbehörde von 60,000 Scudi in gleicher Weise wie die von 1751 den Kolonen des florentinischen und senesischen Staates aufgebürdet wurden. Am 23. Juni 1765 ist Franz II. gestorben; eine neue Ordnung der Dinge begann für Toskana.

Es kann kein Zweifel sein, daß neben der Regierungszeit Cosimos III. die Epoche der Regentschaft für Toskana die unglücklichste Periode gewesen ist, eine Tatsache, die sich auch durch den Rückgang der Einwohnerzahl in den vierziger

---

23. A. A. E., Bd. 120. Briefe vom 3. März 1758. Bd. 125, S. 7, S. 83.

Jahren zu erkennen gibt. Wie oben bereits erwähnt wurde, ist mancherlei geschehen für Livorno und Florenz, für den Ackerbau und besonders für die Industrie; manche Erleichterungen der Zölle deuten auf eine bessere Zukunft hin. Aber während die ökonomische und Steuergesetzgebung kaum von der der Medici abweicht, wird die Steuerkraft des verarmten Staates mit einer bis dahin unerhörten Härte ausgebeutet. Die Finanzpacht und die erschreckend häufigen außerordentlichen Steuern neben der bereits übermäßig hohen Abgabenlast haben in dem durch eine verfehlte Gesetzgebung in falsche Bahnen des Wirtschaftslebens gedrängten Lande vollständig geknickt, was noch ein Lebenszeichen von sich gab. Die ausgedehnte Verwendung des Pachtbetriebes, wodurch man sich die stärkste Triebfeder, den privaten Eigennutz dienstbar machte, ist charakteristisch für diese Finanzepoche. Der erste Eindruck, den man von der Regentschaft hatte, war der, daß ihre Tätigkeit keinen andern Zweck habe, *que celui d'amasser de l'argent*<sup>24</sup>. Dieser Eindruck blieb der vorherrschende, verstärkte sich noch mit den Jahren. Die Passion dominante der Reggenza, berichtet 1751 Lorenzi nach Paris, ist das Bestreben die Staatseinkünfte zu erhöhen<sup>25</sup>. Das ist ihr freilich auch in der weitgehendsten Weise gelungen. Wenn wir hören, daß nach einer Berechnung des Finanzministers vom Jahre 1738 die Summe aller Einkünfte des Staates Lire 9,019,143 betrug, dagegen im Jahre 1752 bereits Lire 13,886,832, so erscheint uns diese Steigerung um mehr als die Hälfte als eine Unmöglichkeit. Und doch glaubt der ausgezeichnet unterrichtete Lorenzi, daß nur ein Irrtum innerhalb von Lire 40,000 möglich sei<sup>26</sup>. An anderer Stelle, im Jahre 1758 gibt er, wohl mit weit

---

24. A. A. E., Bd. 88, S. 500.

25. A. A. E., Bd. 112, S. 80.

26. A. A. E., Bd. 114, S. 257 ff. Die Zahlen aus dieser Zeit sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Der Wirrwarr, der im Rechnungswesen herrschte, und die große Zahl der Abgabentitel ließen eben keine genaue Berechnung zu. Der Widerspruch zwischen den

größerer Wahrscheinlichkeit an, daß der Pachtertrag in jener Zeit Lire 6,733,024, die Summe der übrigen Einkünfte höchstens Lire 4,200,000, zusammen also Lire 10,933,024 betrugen, daß die Pachterträge gegenüber dem Durchschnittsertrag derselben Abgaben in den letzten 10 Jahren Johann Gastos um Lire 943,294 gestiegen seien. So erfuhr z. B. das Salz- und Tabakmonopol bis 1758 eine Steigerung von Lire 1,704,946 auf 2,188,385, die Allodien von 407,731 auf 530,045<sup>27</sup>. Vielleicht bringen eingehendere Untersuchungen im Florentiner Staatsarchiv neues Licht.

Aber die für das Land traurigste Erscheinung war zweifellos die, daß diese enorme Steigerung der Abgaben nicht zum Nutzen von Toskana erfolgte, daß nicht dort ein Teil der Steuersumme befruchtend zur Verwendung kam; sie floß einem andern Lande zu. Denn es kann nunmehr kein Zweifel mehr sein, daß die 2,800,000 Lire, die dem Kaiser jeweils von den Pächtern in Wien ausbezahlt wurden, nur ein Teil der Summe waren, die jährlich nach Oesterreich zur Auszahlung kam<sup>28</sup>. Die Reduktion des Zinsfußes der Staatsschuld von 3½ auf 3 %, die Vereinfachung der Schuldenverwaltung im Jahre 1746 kam sicher den kaiserlichen Kassen zugute, ebenso der Ertrag des Lottos; dann wieder eine Anzahl außerordentlicher Steuern. Neben den regelmäßigen Zahlungen an die Wiener Kassen flossen auch außerordentlicherweise manche Summen dorthin<sup>29</sup>

---

beiden Zahlen erklärt sich vielleicht dadurch, daß die eine (9 019 143 Lire) den Nettoertrag für 1738, die andere (13 886 832 Lire) den Bruttoertrag für 1752 gibt. Jedenfalls zu niedrig angesetzt ist der Ertrag in Leopolds Rechenschaftsbericht: 8 958 685.17.4 Lire für das Jahr 1767.

27. A. A. E., Bd. 120, S. 162 f.

28. Siehe auch Reumont: Geschichte Toskanas, Bd. II, S. 43, Anm. 1.

29. 1761 ist eine Reservekasse gegründet worden, die bis 1779 existierte; in diese flossen die Ueberschüsse der Verwaltung; sie stand zur Disposition des Kaisers. Aus dieser Kasse bezog Franz II. nach Zobi 1 951 890.7.4 Lire, die in drei Raten (30. Juni 1762, 15. Febr.

und es war sicher jeweils eine der besten Stützen Richécourts am Wiener Hof und eine klare Argumentation, daß seine vielen Feinde und Neider im Unrecht seien, wenn er viel Geld dorthin sandte. Dazu traten dann noch die Gewinnanteile, mit denen der Kaiser selbst an der Pacht beteiligt war. Der Jahresgewinn in der dritten Pacht z. B. betrug Lire 700,000, wenn wir Lorenzi glauben dürfen; davon fiel also die Hälfte dem Kaiser zu. Und auch der reiche Gewinn der Generalpächter floß ins Ausland, nach Frankreich und Lothringen.

Es konnte nicht anders sein: dieser gewaltige Abfluß des Edelmetalls ins Ausland, ohne daß durch einen regen Handel oder eine blühende Industrie — und beides besaß Toskana längst nicht mehr — Ersatz geschaffen wurde, mußte eine Verarmung des Landes herbeiführen. Seit 1752 melden die Berichte Lorenzis, daß das bare Geld immer mehr verschwinde; in den 20 Jahren von 1736—56, meint er, seien an 12 Millionen Scudi Bargeld aus dem Staate gekommen. Der Wert der Immobilien erlitt eine Entwertung von nicht weniger als 100 %; vor dem Amortisationsgesetz von 1751 war der Kurs der Staatsrente auf 85 gesunken; als der Kirche Erwerb von Luoghi di monte untersagt wurde, hatten sie überhaupt keinen Kredit mehr<sup>30</sup>. Gegen Ende der Regentschaftszeit war das Metallgeld so selten geworden, daß sich reiche Leute genötigt sahen, ihre Dienstboten mit Naturalien zu entlohn.

---

und 22. Oktober 1764) erfolgten. Dieser Kasse wurden dann auch die 3 762 816 Lire für Josef II. entnommen.

30. A. A. E., Bd. 114, S. 206; Bd. 115, S. 53, S. 273; Bd. 118, S. 480; Bd. 126, Brief vom 27. Januar 1764; Bd. 114, S. 294.

---

### **Drittes Kapitel.**

#### **Die Neuorientierung der toskanischen Volkswirtschaft durch Großherzog Leopold und die Grundzüge der leopoldinischen Finanzpolitik.**

C'est pour ainsi dire une chose heureuse en politique qu'il se soit trouvé un Prince qui ait voulu faire l'essay de presque tout ce qui a passé depuis 25 ans par la tête des écrivains sur la législation, l'agriculture et le commerce. Que ses peuples s'en trouvent bien? C'est une autre question. Elle est digne qu'on s'occupe de l'approfondir et un ouvrage bien fait où chacune des loix du Grand-duc serait accompagnée de l'examen des avantages qu'elle offrait et des inconvénients que l'expérience a montré en dériver, serait fort utile à tous ceux qui s'occupent de gouvernement<sup>1</sup>. So hat im Jahre 1784 der französische Minister Vergennes in beachtenswertester Weise die Reformtätigkeit Großherzog Leopolds beurteilt und diesem damit in der Geschichte jenes Zeitalters eine Stellung angewiesen, die die bisherigen Forschungen durchaus bestätigt haben und zukünftige sicher noch klarer stellen, aber kaum mehr wesentlich verschieben werden. Die Mitwelt ist der Erscheinung und historischen Bedeutung des toskanischen Reformators in einer Weise gerecht geworden, wie wir sie nicht oft treffen. Die französischen Oekonomisten haben ihn bald nach seinem Regierungsantritt als Vertreter der von ihnen verfochtenen Grundsätze in Anspruch genommen und ihn in ihren Schriften immer wieder als Vorkämpfer derselben gefeiert; der Marquis Mira-

---

1. A. A. E., Bd. 141, A., S. 214. Brief vom 20. Dezember 1784.

beau widmete ihm schon 1769 eine seiner Schriften. Aber auch unter den gleichgesinnten Fürsten seiner Zeit hat Leopold eine ehrenvolle Stellung eingenommen, wie sie der Größe und Bedeutung seines Staates in keiner Weise entsprach; auch ihnen galt er als der Protagonist der Aufklärung und ihrer Postulate.

Die nachprüfende und in ihrem Material zur Beurteilung oft weit günstiger gestellte Geschichtsschreibung ist in der Lage diesem Urteil voll und ganz beizustimmen; in der interessantesten Weise enthüllt sich uns immer mehr die einzigartige Vollständigkeit dieser Reformarbeit. Prinzipiell unterscheidet sie sich keineswegs von dem, was gleichzeitig das Spanien Karls III. und Arandas, das Neapel Tanuzzis, die Staaten Josephs II. erfahren haben; mehr und mehr erweist es sich aber, daß sie an Umfang und Tiefe, in einheitlicher Durcharbeitung und in der Totalität der Anlage und großenteils auch der Durchführung des Reformprogramms alle gleichzeitigen Staaten weit hinter sich ließ. Hierin liegt die historische Bedeutung der leopoldinischen Reform: während bei so manchen Neugestaltungen aufklärerischer Regenten und Minister nach den ersten Anläufen den Anschauungen der zeitgenössischen Philosophie Durchbruch zu verschaffen, bald angesichts der vielen Widerstände Stillstand, dann Reaktion eintrat, die Programme nur zu einer lückenhaften und unvollkommenen Durchführung gelangten, nur die schreiendsten Mißbräuche abgestellt wurden, hat die 25jährige Regierungszeit Leopolds eine Verwandlung des toskanischen Staatswesens bewirkt, die erstmalig aus einem Staate des Ancien Régime einen nach modernen Prinzipien ausgebauten und verwalteten Staat zeitigte, ohne Revolution und Gewalttat, auf rein legislatorischem Wege. Und das alles, ehe die französische Revolution und die Neugestaltung Frankreichs die neue Geschichtsepoche eröffneten, deren Errungenschaften in Toskana selbständig gefunden wurden.

Es war einer der denkwürdigsten Abschnitte der Geschichte

Toskanas, als unter dem Einfluß der liberalen Aufklärungsdoktrin, wie sie von englischen und französischen Theoretikern vorgetragen wurde, ein für die neuen Ideale begeisterter Fürst im Verein mit hervorragenden Ratgebern mit aller Energie den Umbau der gesamten Verwaltung und Verfassung Toskanas in die Wege leitete; das bemerkenswerteste dabei war, daß nicht bloß wie mancherorts ein Niederreißen des Alten, Veralteten stattfand, wenn auch hier entsprechend der durchaus liberalen, lösenden und befreienden Tendenz der ganzen Bewegung das Negative vorherrscht, sondern der Legislator im Bewußtsein der hohen Aufgabe des Staates, ist stets mit Erfolg bemüht gewesen neuen Institutionen unter möglichster Schonung bisheriger Interessenten Kraft und Bestand zu verleihen. Deutlich lassen sich zwei Hauptabschnitte, die sich nicht selten kreuzen, in dieser Reformarbeit erkennen. Ganz im Geiste der damaligen Anschauungen ist der Großherzog zunächst bemüht gewesen, aus dem Konglomerat von Staaten und Provinzen den modernen einheitlichen Staat zu schaffen; die lokalen Rechte und Privilegien, die persönlichen und regionalen Vorrechte, verschwanden; die Sonderverwaltungen, die Verschiedenheiten in der finanzrechtlichen Stellung, die aus der historischen Entwicklung des Staates resultierenden Ungleichheiten, sie alle mußten weichen und an ihre Stelle trat der auf eine staatliche Bürokratie gestützte, einheitlich geleitete Staat des aufgeklärten Absolutismus, an Stelle der Vielheit Einheit und Vereinfachung in Verwaltung und Verfassung. Indessen trat bald die andre Tendenz in die Erscheinung: noch während die Zentralisation und Unifizierung im Gange war, die ein in jeder Weise gleichgestelltes Untertanentum zu schaffen beabsichtigte, stellte die konstitutionelle Idee, zu der sich Leopold einzig von seinen fürstlichen Zeitgenossen nicht bloß theoretisch bekannt hat, neue Gesichtspunkte für die Reform auf, die nicht selten dem bisherigen zentralistischen Staatsaufbau entgegenwirkten. Ist auch der Abschluß dieser schon ziemlich früh einsetzenden Bewegung,



die die Bürger von der Bevormundung des Staates befreien und zu weitgehender Mitarbeit an der Staatsverwaltung heranziehen wollte, unterblieben; ist auch das nun in seinem Werden und seinen Einzelheiten klargelegte Verfassungsprojekt Leopolds infolge der Abberufung des Herrschers nicht praktisch geworden, so hat dieser neue Kurs doch so deutliche Spuren hinterlassen, daß kaum ein Zweifel sein kann am Ernst dieser Absichten. In der allgemeinen Gemeindeverfassung, die den Grund für die moderne Gemeinde gelegt hat, treten die beiden Tendenzen der absolutistischen Zentralisation und Vereinheitlichung des Staates und der beabsichtigten Heranziehung der Untertanen zur Mitarbeit am wirtschaftlichen und politischen Gedeihen des Gemeindewesens nebeneinander auf, und wenn auch nochmals im Verlaufe der folgenden Verwaltungsreformen die toskanische Bürokratie die gemachten Konzessionen ihres konstitutionell gesinnten Chefs illusorisch gemacht hat, so hat der Großherzog doch durch seine spätere Haltung bewiesen, wie sehr das früher Geschehene im Sinne und in der Richtung seiner Denkweise lag.

Es kann sich natürlich hier nicht darum handeln nachzuweisen, wie die humanitär-liberalen Anschauungen Beccarias erstmalig in der Strafgesetzgebung einen weithin beachteten Niederschlag fanden; wie unter dem Einfluß der englischen und französischen Wirtschaftstheoretiker der ökonomische Liberalismus in Toskana einen durchgreifenden Sieg feierte, die alte Annona über den Haufen warf, die gesamte Zunftverfassung einer großen Zeit im Nu wegschwemmte, wie die Lehens- und Fideikommißgesetze, wie die Amortisationsgesetzgebung die Zerschlagung des Großgrundbesitzes und die Schaffung eines selbständigen Bauernstandes unternahm, wie in Fortsetzung der bereits unter Franz II. einsetzenden kirchenfeindlichen Politik die Regierung Leopolds energisch einer Trennung staatlicher und kirchlicher Interessen das Wort redete und einem Staatskirchentum unter energischer Betonung des Laienstandpunktes zustrebte, wie schließlich die gesamte Verwaltung durch die mannigfachsten Reformen auf eine völlig neue Basis gestellt

wurde. Nur eine Frage sei hier aufgeworfen: Wie ist es gekommen, daß trotz der Anerkennung, die die Reformarbeit Leopolds bei der Mitwelt gefunden hat, dieselbe auf die weitere Entwicklung der europäischen Staaten von keinem Einfluß gewesen ist, wie dies wohl hätte der Fall sein können, daß nicht, wie Leopold es glühend gewünscht hat, der von ihm geschaffene moderne Staat den andern ein Vorbild geworden ist? Die Frage ist nicht schwer zu beantworten und weist uns nochmals die einzigartige Stellung auf, die Leopolds Reform in der allgemeinen Geschichte einnimmt. Was der Großherzog in seinem kleinen Staate in 25jähriger rastloser Arbeit geleistet hat, das trat vor die geblendeten Augen Europas in glänzender, großartigerer und aufsehenerregenderer Form in den Bestrebungen und Errungenschaften der französischen Revolution. Diese ist es gewesen, die ausgehend von den gleichen Prinzipien und Gedankengrundlagen, die die leopoldinische Reform geleitet haben, das bescheidene Beispiel des toskanischen Legislators in den Hintergrund gedrängt hat, die fortan Grundlage und Vorbild für die Ausgestaltung des modernen Staates geworden ist. Es ist ein tragisches Schicksal, das den toskanischen Großherzog betroffen hat, daß eine Bewegung, deren Ideen und Wollen er teilte, die seinem Werke qualitativ gleich, wenn auch umfassender und großartiger angelegt war, ihm den so sehnlich erstrebten Ruhm bei der Nachwelt geraubt hat. Hat so die französische Revolution die Wirkungen des leopoldinischen Beispiels und damit eine weitergehende historische Bedeutung desselben, wie sie sonst sehr wohl möglich gewesen wäre, verhindert, so bleibt wenigstens Leopold der Ruhm und die historische Bedeutung als erster und einziger und zugleich unabhängig von dem sonst überall maßgebenden Vorbild der französischen Revolution einen modernen Staat geschaffen zu haben.

Soweit die allgemeine historische Stellung des leopoldinischen Reformwerkes und ihres Schöpfers. Wenden wir uns nunmehr der Bedeutung dieser Epoche in der toskanischen Geschichte zu, so zeigt sich innerhalb dieses Rahmens, daß das

Zeitalter Leopolds geradezu ein Wendepunkt tiefgreifendster Art gewesen ist, wie die florentinisch-toskanische Geschichte deren nicht zwei hat, auch nicht der Uebergang von der Republik zum Prinzipat. Es ist eine mehr als unpassende Aeüßerung Reumonts gewesen, als er glaubte betonen zu müssen, daß die Medici durch ihr Mäcenatentum der toskanischen Literatur und Kunst zu einer später nicht mehr erreichten Blüte verholfen hätten, indes die Regierungszeit Leopolds an solchen Lorbeeren arm gewesen sei. Kein Mensch wird diese Wahrheit bestreiten wollen; aber ebenso unzweifelhaft ist, daß ein derartiger Vergleich überhaupt überflüssig ist, indem die Arbeit und demzufolge die Bedeutung Leopolds in einem ganz andern Boden wurzelt, daß die Rolle eines literarischen Protektors, falls er sie hätte spielen wollen, der damaligen Lage seines Landes in keiner Weise entsprochen hätte, auch wenn man von den allgemeinen Bedingungen absieht, die eine Blüte literarischen Schaffens zur Voraussetzung hat und die damals nicht vorhanden waren. Wenn es sich darum handelt, eine unabhängige Beurteilung der leopoldinischen Regierung zu gewinnen, so wird die Frage zu beantworten sein: Ist der Großherzog den Forderungen gerecht geworden, die die damalige Lage des Landes an ihn stellte? Und die Antwort kann sicher nur bejahend ausfallen, eine Anerkennung, die wir den Medici keineswegs zukommen lassen können, wenigstens nicht so unbedingt.

Die wirtschaftliche Regeneration des toskanischen Staates ist das große Verdienst der 25jährigen leopoldinischen Herrschaft. Aus tiefstem Elend drang der Notschrei des durch eine mehrhundertjährige falsche Wirtschafts- und harte Finanzpolitik erschöpften und verarmten Volkes zu den Ohren des wohlmeinenden 18jährigen Jünglings empor, der 1765 seinen Einzug in Florenz hielt. Als er als gereifter Mann 1790 sein geliebtes Land Toskana verließ, da hat das Volk zwar, wie es scheint, seinen Wohltäter ohne Bedauern scheiden sehen; denn solche zwar vorsichtige, aber radikale Reformer ernten wenig Liebe, dafür den Haß und die Abneigung der in ihren Interessen

so vielfach betroffenen Klassen; aber die unerschütterliche Liebe und Anerkennung, die die darauffolgende Generation, der ein Fossombroni, Fabbroni, ein Gino Capponi, dem Andenken Großherzog Leopolds hat zuteil werden lassen, ist mehr als genügend, um uns von den segensreichen Folgen seiner Reformarbeit zu überzeugen. Wohl darf man nicht allzu schnell, wie das oft geschehen ist, diese Erfolge zu hoch einschätzen, aber unzweifelhaft bewegte sich Toskana, das solange immer tiefer auf der schiefen Ebene abwärts geglitten war, mit energischen Schritten aufwärts, seit die großen Reformen einsetzten.

Vor allem aber bedeutet die Regierung Leopolds eine fundamentale Schwenkung in der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Nicht etwa bloß in der Richtung, daß im Sinne der liberalen Anschauungen der Zeit eine Befreiung von überkommenen lästigen, weil barocken Fesseln auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens einsetzte, daß die Zollgesetzgebung vereinfacht und neu geordnet, die Gewerbemonopole, die Zünfte aufgehoben, die feudalen und sonstigen agrarischen Fesseln abgeworfen, überall die Administration vereinfacht, die Steuer- und Finanzordnung auf eine neue Basis gestellt, kurz die ganze bisherige Staatsordnung von Grund auf reformiert wurde: der Neubau der leopoldinischen Staatsverwaltung hat auch mit bewundernswerter Energie das gesamte wirtschaftliche Gedeihen des toskanischen Landes auf eine vollkommen neue Basis gestellt, hat den bisherigen Industriestaat zu einem Ackerbaustaats hinübergeleitet. Vor diesem — vom toskanischen Standpunkt aus gesehen — wichtigsten Novum der leopoldinischen Verwaltung treten alle andern Taten des Großherzogs zurück, weit zurück; es bedeutet einen vollkommenen Bruch mit jeglicher florentinisch-toskanischen Tradition und führt das neue Toskana herauf. Ein halbes Jahrtausend war vergangen seit den Zeiten, da die Arnostadt ihren glänzenden Aufstieg zur größten Industriestadt des Mittelalters begonnen hatte. Wäh-

rend im Verlauf einer äußern und innern Geschichte, wie sie in dieser Bewegtheit und Reichhaltigkeit keine zweite Stadt mehr kennt, entsprechend seiner innern Kraft Florenz zu einem Territorium auswächst und der Reihe nach die feudalen Herrschaften und die rivalisierenden Kommunen Toskanas seinem Machtbereich angliederte, siegten seine großen Zünfte, die Wollentuch- und Seidenindustrie auf den Märkten des Abend- und Morgenlandes und erzeugten jenen innern Wohlstand und Glanz, der uns noch in Brunelleschis Domkuppel und Ghirlandaios Maleereien entgegenleuchtet. Und es ist kein Wunder, ist die richtig erkannte Konsequenz dieser Sachlage, daß die republikanische Wirtschaftspolitik zum Schutz und zur Förderung dieser vornehmlichsten Einnahmequelle der Stadt jene Bahnen betreten hat, deren oberster Leitstern das Wohlgedeihen der Zünfte war, daß sie den ganzen Staat mit seiner Verwaltung, seinen Finanzen, seinen Zöllen in den Dienst dieser Aufgabe gestellt hat, daß sie den Ackerbau vernachlässigt, ja schwer geschädigt, entwürdigt hat. Dann trat aber im 15. und 16. Jahrhundert jene für Florenz so verhängnisvolle Aenderung der allgemeinen wie innern Bedingungen ein, die die Welthandelsstraßen und Weltmärkte verschob, die ozeanischen Nationen aufsteigen ließ und die Stadt Dantes einen um so tragischeren Zusammenbruch erleben ließ, je monopolistischer ihre Stellung eine Zeitlang auf dem Weltmarkt gewesen war. Aber der alte Glanz, die vielen Interessen, die darunter gelitten hätten, verhinderten nun fatalerweise die doch so notwendige Neuorientierung der toskanischen Wirtschaftspolitik, ließen die Einsicht nicht aufkommen, daß bei der Unmöglichkeit der Konkurrenz anderer Nationen, Englands vor allem und Frankreichs auch nur in beschränktem Maße, auch nur in Italien standhalten zu können, ein langsamer Umbau des auf dem Prinzip der exklusiven Begünstigung der Industrie aufgebauten Staatsorganismus, der gesamten Gesetzgebung erfolgen müsse. Und das auf den Thron gelangte Geschlecht der Medici, das selber aus dem Kreise der Florentiner Industriellen und Kaufherren hervorgegangen war, hat die Zeichen

der Zeit auch nicht erkannt. So konnte es denn nicht anders kommen: bereits das 16., dann insbesondere das 17. und 18. Jahrhundert sahen den Zusammenbruch der einst weltbeherrschenden Industrie Florenz' und einer unerhörte Verarmung des Volkes. Die Katastrophe war um so größer als durch die Erwerbung Pisas und Sienas das bisherige Territorium gerade durch eine vorwiegend agrarische Bevölkerung bereichert worden war, die nun in dieselbe mithineingerissen wurden. Und da die immerfort mit den stärksten und gewalttätigsten Mitteln, wenn auch wenig erfolgreich, geförderte Industrie nur einigen Zentren, weit voran der Stadt Florenz, dann etwa noch Pisa und Siena monopolisiert war, so war die allgemeine Lage die, daß bei zwar allgemeiner Verarmung das außerstädtische Toskana die traurige Rolle spielen mußte, unter Selbstaufopferung die billige Ernährung des hauptstädtischen Proletarias zu ermöglichen. Als dann noch die roh zugreifende Finanzpolitik der Regentschaft die letzte Kraft aus dem heruntergekommenen Volk herauszupressen unternahm, und mehrere Hungerjahre folgten, da ist die toskanische Nation auf dem tiefsten Stand seiner Geschichte angelangt.

Derart lagen die Verhältnisse als der große Umschwung in der Wirtschaftspolitik, der Umbau der gesamten Legislatur einsetzte. Es sei ohne weiteres zugegeben, daß weit günstigere Bedingungen für diese grundlegende Reform vorlagen als in jeder bisherigen Epoche, als z. B. unter Cosimo I. Die energische Betonung der agrarischen Interessen durch die ökonomischen Theorien der Zeit, insbesondere durch die Physiokraten, die allgemeine Schwärmerei für das Landleben, dann die Ueberspannung des bisherigen Systems, deren Schäden eben damals in Toskana stark zur Geltung gelangten und eine Reaktion dagegen förmlich verlangten, das alles war für eine Reform, die das agrarische Interesse auf ihr Banner geschrieben hatte, von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Und doch, es war ein Schritt, der großen Optimismus und Selbstvertrauen, große Energie und einen klaren Blick erforderte, als Leopold

mit seinen Ratgebern, voran dem verdienten Neri, dann Gianni und Tavanti, es unternahm mit der bisherigen Wirtschaftspolitik zu brechen und einen nach allen Seiten neuen Staatsbau unter Basierung der Volkswohlfahrt auf den bis dahin so zurückgesetzten Ackerbau in die Wege zu leiten. Daß sich die leitenden Staatsmänner von Anfang an über die Größe und den Umfang der zu unternehmenden Reform im klaren befanden, leidet keinen Zweifel und vermag unsere Bewunderung für sie nur zu steigern. Binnen fünf Lustren ist das große Werk praktisch geworden, wobei man nicht weiß, was man mehr bewundern soll, die Energie der Durchführung oder die Einheitlichkeit der Anlage wie des Aufbaus der gesetzgeberischen Arbeit; als Leopold 1790 Toskana verließ, waren nicht bloß die Fundamente des neuen Toskana gelegt, sondern bereits zum großen Teil der Ausbau perfekt geworden.

Diese radikale Schwenkung der toskanischen Wirtschaftspolitik ist nun nicht so zu verstehen, daß die Agrikultur das allgemeine Interesse und ausschließliche Wohlwollen der Regierung auf sich gezogen hätte und die Industrie und der Handel mit ihren Erzeugnissen ganz in den Hintergrund getreten wären. Leopold hat vielmehr allezeit die Förderung der toskanischen Industrie im Auge gehabt, hat Ausfuhrprämien gewährt und hat auch allezeit den toskanischen Industrieprodukten durch seine Zölle einen, wenn auch nicht übermäßig gesteigerten, Schutz gewährt, was er den agrarischen Erzeugnissen nie zugebilligt hat. Indessen will das, so wie die Verhältnisse lagen, nicht allzuviel besagen: die Industrie nahm unter Leopold ungefähr die Stellung ein, wie unter den bessern Medici die Agrikultur: man begünstigte sie, aber der dominierende Gesichtspunkt blieb das Wohlergehen des andern Erwerbszweiges.

Und so brach denn die alte Wirtschaftsordnung unter den großherzoglichen Dekreten zusammen. Bereits 1767 geschah die wichtigste Tat, wurde die mehr als ein halbes Jahrtausend alte Annona zu Grabe getragen und damit langjähriges Unrecht gesühnt; unter allen Taten ist diese mit aller Umsicht ins

Werk gesetzte Operation je und je mit Recht am meisten gefeiert worden: der Auferstehungstag des agrikolen Toskana. Die liberale Zollpolitik, die durchwegs mit Leopolds Regierungsantritt eröffnet wurde, bis 1781, der physiokratisch-liberale Zolltarif aus diesem Jahr und die in den 80er Jahren einsetzenden, aber nicht in der beabsichtigten Weise zum Austrag gekommenen hochschutzzöllnerischen Bestrebungen, sie alle sind bedeutsame Marksteine auf dem Wege, der 1767 festen Sinnes beschritten wurde. Die Finanzreform, die dieser gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzung auf dem Fuße folgte, teilweise mit ihr verbunden war, bewirkte zunächst eine Entlastung der arbeitenden Bauernbevölkerung, des Kolonats, suchte aber auch sonst in jeder Weise die übermäßige Höhe der Steuern zu mindern und die Untertanen von den Vexationen der Verwaltung zu befreien. Die zahlreichen Wege- und Kanalbauten jener Zeit kamen zwar der Industrie ebenso zugute, waren aber doch in erster Linie gedacht für die Förderung des Verkehrs mit den Produkten des Ackerbaus. Rechnet man hierzu noch die Aufhebung zahlreicher Regalien und Servituten, der Frondienste, vieler anderer Feudallasten, die Förderung des womöglich verselbständigten Kleingrundbesitzes durch Amortisations- und fideikommissarische Gesetzgebung, die Abschaffung von Jagd- und Fischereigerechtigkeiten, die finanzielle und wirtschaftliche Begünstigung armer agrikoler Landesteile, Zuschüsse oder Prämien für Bau, Erweiterung und Herstellung von Bauernhäusern und schließlich die gesamte Umarbeitung der Verwaltung und Legislatur in agrarfreundlichem Sinne, so wird einem einigermaßen klar, warum Leopold der Salvatore, der Heiland des toskanischen Bauernstandes geworden ist.

Seinem innersten Charakter nach bedeutete nun dieses ganze Reformwerk nichts anderes als die Dekapitalisierung von Florenz. Mit der gleichen Notwendigkeit, mit der sich in ultramontanen Ländern der von den unwiderstehlichen Anschauungen der Gleichheit und Gerechtigkeit getragene



Reformen gegen die ungeliebten Sitten des Kastei und des  
Stammes warnte er aber diese Vorse mußte er verhindern  
dürfte aber konnte er nicht Vorse nicht verhindern und  
in reichhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Haupt-  
stadt indes mit der Entwicklung mußte er sich nicht befassen  
der sein, als es sich aber nicht auf in einer Lage  
zwischen der Hauptstadt und dem übrigen Tassara handelte  
reichte er diesen Tassara in der nächsten Sache der  
wirtschaftliche Entwicklung von der Industrie auf der Höhe  
auf das nicht nur Fieber gesteuert Land übergang in  
dem Jahre die Schicksal der Reformbewegung versinkt wurde  
es ist es eine Reaktion gegen rühmte Überredungen, als die  
Abkündigung der Annona und die liberale Teilnahme der  
Kolonialisierung von Florenz durchgeführt haben, aber in der  
Innangestrichen und hat den rühmten Zustand genau die  
Gegenteil eingezeichnet, die Hauptstadt zur Dornen des ge-  
richtigen Tassara herausgewirft, indem sie ihre Finanzkraft durch  
die städtischen Mittelteile wiederum stärker ausspannte als die des  
flachen Landes. Selbst dann hat sich eine radikale Partei, an  
deren Spitze F. M. Mann stand, nicht begnügt, nur durch die  
Abkündigung Leopolds sind Pläne vereitelt wurden, die in aller  
dringender Weise eine gewaltsame Verminderung der Bevölke-  
rungszahl der Hauptstadt und der gründeren Städte des Landes  
ins Auge faßten. Daß die Führer Leopold und nachheriger  
Grafen sich dann den ganzen Haß der kaiserlichen Bevölke-  
rung zugezogen haben, bis sich die Erbitterung derselben  
nach der Abreise Leopolds (1794) in einem übermächtigen revolu-  
tionären Aufstand Luft machte, der selbst eine Revolution der ge-  
mehr als 2 Jahrhunderte besessenen Annona anstrebte, dies alles  
ist uns jetzt verständlich und wir brauchen jetzt die nach-  
sagende Redensart Seneca's nicht mehr, daß Peter Leopold  
dem spezifischen Florentinerum instinktiv abgeneigt gewesen  
sei. Daß aber auch die Landbevölkerung unter Leopolds Regi-  
men: mündig geworden war und ihr Interesse erkannt hatte,  
das beweist jener Brief eines Grundbesitzers aus dem Val d'Arno

di Sopra von 1792, der den Städtern die berechtigten Forderungen der zahlreicheren Landbevölkerung entgegenhielt<sup>2</sup>.

Ist so im Zeitalter Leopolds ein radikaler, aber durchaus zeitgemäßer Bruch mit der hergebrachten Wirtschaftspolitik erfolgt, so ist die Schwenkung in der Finanzpolitik zwar nicht so historisch bedeutsam und wichtig, aber ihr prinzipiell adaequat, von demselben umstürzenden Geist beseelt und dem Bestehenden entgegengesetzt gewesen. Der trostlose Zustand, die heillose Verwirrung des toskanischen Finanzwesens ist im einleitenden Kapitel kurz geschildert worden. Eine unheimliche Vielheit von Steuern und Abgaben jeder Art, die nicht einmal der Finanzminister zu übersehen vermochte, die schwersten davon als exorbitant hohe Kopf- oder Konsumsteuern auf notwendigste Nahrungsmittel umgelegt, der Gesamtertrag derselben auf eine Höhe gesteigert, die eine weitere Steigerung ohne schwerste Schädigung der Privatwirtschaften als ausgeschlossen erscheinen ließ; zahlreiche Privilegien in jeder Steuergattung, bedrückt vor allem die Armen; die Finanzverwaltung vexatorisch, Mangel an jeglicher einheitlichen und übersichtlichen Ordnung und schließlich die ganze Finanzgesetzgebung durchsetzt von jenem fiskalischen Geist, der auf völliger Verkennung der Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaften beruhte und einzig darauf bedacht war, dem Staatshaushalt möglichst reichliche Erträge zuzuführen.

Demgegenüber darf die leopoldinische Regierung zunächst den seltenen Ruhm in Anspruch nehmen, die große Finanzreform so durchgeführt zu haben, daß nicht nur eine Anzahl von Steuern ohne Ersatz abgeschafft oder vermindert wurden, sondern daß der Betrag der gesamten Staatseinkünfte 1790 erheblich niedriger war als 1765, daß also eine beträchtliche Minderbelastung der Untertanen erzielt wurde, obgleich der Wohlstand in jener Zeit stark gestiegen war und ebenso die

---

2. Siehe *Raccolta degli economisti toscani*, I, 1. G. Fabbroni: *Scritti di pubblica economia*, Bd. I. Firenze 1847. S. 177 ff.

Bevölkerungsziffer. Der wohlwollende Charakter der leopoldinischen Regierung tritt hier am prägnantesten in die Erscheinung; gerade hierin unterscheidet sie sich so vorteilhaft von mancher gleichzeitigen Regierung und Reform. Eine denkwürdige Erscheinung: Drüben im alten Frankreich mühen sich die Finanzminister ab, immer neue Finanzquellen zu finden, um den drohenden Ruin abzuwenden, häufen sich trotzdem die Defizite und Schulden, bis die Katastrophe eintritt. In Toskana ist der Herrscher imstande, den Steuerdruck seiner Untertanen zu erleichtern und finanzielle Reformen größten Stils durchzuführen, ja schließlich eine Abschaffung der gewaltigen Staatsschuld in die Wege zu leiten. Und nicht etwa durch Hintansetzung und Nichtbefriedigung der notwendigsten Bedürfnisse, im Gegenteil: wohl wenige toskanische Herrscher dürfen sich rühmen, so Großes in Staat und Wirtschaft geleistet, solche Reformen durchgeführt zu haben. Schon der Umsturz der alten Einrichtungen und der Neubau des Staatswesens mußte die Finanzen stark in Anspruch nehmen. Dann sei noch darauf hingewiesen, daß Leopold es gewesen ist, der die so dringend notwendige allgemeine Besoldungserhöhung für das toskanische Beamtentum durchgeführt hat, und ein Blick auf die unter seiner Regierung erfolgten Leistungen, Bauten von Kanälen, Straßen, Hospitälern, Bonifikationen, Anlagen von Brücken, Dämmen usw., die eine außerordentliche Ausgabe von Lire 46,177,271.7. in den Jahren 1765/90 erfordert haben, belehrt uns über die Vielgestaltigkeit seiner kulturellen Arbeit.

Es ist unzweifelhaft die außerordentliche Sparsamkeit gewesen, welche der Großherzog in allen Zweigen der Staatsverwaltung durchführte und die sich nicht zuletzt auf seine eigene, mehr als bescheiden gewordene Hofhaltung erstreckte, die derartige glänzende finanzielle Resultate ermöglichte; der Mann, der schließlich die Zinsen seines eigenen Vermögens zu seinem großherzoglichen Unterhalt verwendet hat und seine Kapitalien zum Wohle des Landes aus der Wiener Bank genommen und in toskanischen Schuldpapieren angelegt hat, hat

verdienten Anspruch auf den Dank des toskanischen Volkes. Freilich, diese mit dem mediceischen Luxus seltsam kontrastierende Einfachheit und Sparsamkeit kann nicht der einzige Grund für die glänzende Finanzlage gewesen sein. Die Reduzierung der militärischen Ausgaben auf das Allernotwendigste und der Verzicht auf eine toskanische Flotte, die den sicher nicht völlig berechtigten Vorwurf toskanischer Geschichtsschreiber gefunden haben, die straffe Konzentration aller Kräfte zur innern wirtschaftlichen Regeneration und der Verzicht auf jegliches Auftreten nach außen, das alles hat zweifellos Leopold einen gewaltigen Vorsprung verschafft vor den Militärstaaten jener Zeit und ihm erlaubt, mit reichen Mitteln eine innere Tätigkeit zu entfalten, die jenen versagt blieb. Rechnen wir dazu noch die umfassende Vereinfachung der gesamten Verwaltung, der allerdings eine erstaunlich hohe Pensionenliste gegenübersteht, ferner die technische Vervollkommnung des Rechnungswesens und der Kontrolle, so dürften die Hauptursachen aufgezählt sein, die der leopoldinischen Finanzverwaltung eine damals einzigartig günstige Stellung verschafft haben.

Schon diese umfassende Verminderung der Steuerlast des Volkes läßt uns die Finanzpolitik Leopolds in einer Stellung erscheinen, die derjenigen aller früheren Epochen und insbesondere der der Medici und Franz II. total entgegengesetzt ist. Aber auch sonst ist ihr Geist ein anderer geworden: stand in der früheren Finanzpolitik das Interesse des Staatsschatzes in durchaus erster Linie, fast bis zur Erdrosselung des privatwirtschaftlichen Lebens durch fiskalischen Druck und durch wucherische Steuerpacht, so steht die neue Epoche unter der Signatur des Zurücktretens des fiskalischen Moments und die Schonung des Wirtschaftslebens wird soweit wie nur möglich getrieben; es sind immer in erster Linie volkswirtschaftliche, nicht selten auch moralische Gesichtspunkte, die bei den Reformen den Ausschlag geben und ihre Ausarbeitung beeinflussen; das finanzielle Moment wird nur soweit in Betracht

gezogen als unbedingt notwendig ist. Trotzdem vermochte der Rechenschaftsbericht Leopolds triumphierend zu sagen: „Weit entfernt aber, daß der dabei bezweckte Vorteil der Untertanen einen geringen Nutzen für das allgemeine Beste gewährt hatte, so bewies vielmehr der Erfolg unwidersprechlich: daß alle Verbesserungen, wobei das Privatinteresse mit dem allgemeinen Wohl glücklich vereinigt wird, von welcher Seite man sie auch betrachten mag, jedesmal einen guten Ausgang nehmen müssen.“

Das Wesen der toskanischen Finanzordnung verändert sich unter Leopold auch insofern, daß an Stelle der ungezählten Finanzquellen großen und kleinen Ertrages eine weitgehende Vereinfachung tritt; deutlich erkennt man die Tendenz, nur wenige große, in ihrer Erhebung leichte, aber ergiebige Steuern beizubehalten. Der Grundgedanke dieser Reformseite ist nicht nur, die Verwaltung zu vereinfachen und weniger kostspielig zu gestalten, das Rechnungswesen übersichtlich zu ordnen, sondern man wollte auch die vielen Bedrückungen auf ein Minimum reduzieren, die Willkür der Veranlagung durch möglichst gut gewählte Steuern beseitigen und die Privilegien abschaffen; letzteres erfolgte allerdings in vielen Fällen gemäß dem wohlwollenden und freigebigen Charakter dieser Reform gegen ausgiebige Entschädigung. Ein Vergleich des unendlich komplizierten Finanzwesens von 1765 mit dem auf wenige Größen reduzierten Etat von 1790 zeigt am besten die Wirkung dieser Reformarbeit, die zudem noch nicht einmal abgeschlossen war.

Haben wir damit einige der wichtigsten Grundzüge der leopoldinischen Finanzpolitik zur Darstellung kommen lassen, soweit sie für die toskanische Geschichte von Bedeutung sind, so bleibt nun noch die allgemeine historische Seite derselben hervorzuheben. Es ist der erste Versuch, in der modernen Geschichte, dem Steuerwesen wissenschaftliche Prinzipien zugrunde zu legen, selbst die konstitutionelle Budgetkontrolle und die Öffentlichkeit wird in Aussicht genommen, wenn letzteres auch in-

folge der Abberufung des Herrschers unterblieben ist.

Bekanntlich hat es ja die Aufklärungsphilosophie erstmalig unternommen, wie allgemein im Wirtschaftsleben, 'so auch im Finanzwesen im speziellen in das überlieferte Chaos wirtschaftlicher und finanzieller Institutionen Ordnung und Uebersicht zu bringen, an Stelle rein empirischer Tatsächlichkeit einen auf gesicherten wissenschaftlichen Grundlagen sich erhebenden Aufbau zu finden. Und bei dieser ersten Formulierung finanzwissenschaftlicher Probleme war die neue Doktrin von dem Gedanken und Bestreben geleitet, möglichst die komplexen Erscheinungen auf einfache Größen, ja eine Größe zurückzuführen und sie zum Angelpunkt eines neuen Systems zu erheben. Nur gelangten die Wirtschafts- und Finanztheoretiker bei dieser Methode infolge der Unentwickeltheit der Wissenschaft zu seltsamen, einander ganz widersprechenden Resultaten. Behaupteten die Physiokraten in konsequenter Auslegung ihrer Lehre vom Produit net, daß die geeignetste, ja einzig richtige Besteuerung die Steuer auf die Grundrente sei und daß darum alle andern Abgaben in Grundsteuer umzuwandeln seien, so ging das andere Extrem mit Hume als bedeutendstem Vertreter von der Ansicht aus, daß der Konsument der eigentliche Träger jeglicher Steuer sei und daß daher eine geeignete Konsumbesteuerung die richtige Lösung des Problems sei. Darauf stützte sich ihre Forderung, daß vor allem die Zölle als Besteuerungsmittel den Vorzug verdienten, weil die Veranlagung um so richtiger sei, je näher dem Konsumenten die Steuer erhoben werde. Und zwischen diesen extremen Theorien die Menge der vermittelnden, die sich bald der einen, bald der andern nähern.

Sind wir zwar beim heutigen Stande der Finanzwissenschaft imstande, Falsches und Schiefes bei beiden Theorien und Formulierungen nachzuweisen, so bleibt nichtsdestoweniger die wichtige Tatsache bestehen, daß die Probleme der Finanzwissenschaft und insbesondere das der gerechten und gleichen

Besteuerung damals aufgerollt und Lösungsversuche in die Wege geleitet wurden. Und vor allem ist interessant und finanzgeschichtlich beachtenswert, daß diese Doktrinen der französischen und englischen Aufklärer einen Resonanzboden gefunden, daß sie in mehreren Staaten nicht unbedeutende Niederschläge hervorgerufen haben, wenn auch die Extreme naturgemäß nicht praktisch geworden sind. Gerade das Toskana Peter Leopolds steht hier im Vordergrund; die fortschrittliche, ja radikale Gesinnung des Herrschers wie seiner vornehmsten Ratgeber, die Energie, die sie an den Tag legten, ihr Ehrgeiz, das kleine Land zu neuer Blüte emporzuheben und zu einem bewunderten Vorbild für die Staaten Europas zu machen, das alles wirkte hier in selten günstigem Einklang zusammen, um eine Reform im Sinne der fortgeschrittensten Theorien zu erzeugen. Einen retardierenden Einfluß übte freilich der Umstand aus, daß die einander bekämpfenden Lehren der bloßen direkten und die der indirekten Besteuerung durch hervorragende Männer vertreten wurden, durch Tavanti auf der einen Seite, durch Gianni auf der andern. Dieser Widerstreit im engsten Rate Leopolds kam in der Finanzpolitik zunächst so zur Geltung, daß die gemeinschaftlich postulierten Reformen zur Durchführung gelangten, die Lösung des Grundproblems aber hinausgeschoben wurde. Dann neigte sich sichtbar der Sieg der physiokratischen Partei, Tavanti, zu; der Zollltarif von 1781 und der Beginn der allgemeinen Neukatastrierung allen Grundes und Bodens sind die Denkmäler dieser Richtung. Mit dem Tode Tavantis gewinnt dann aber Gianni immer mehr an Boden und die große Finanzreform der achtziger Jahre verläuft ganz in seinem Sinne; dabei sind allerdings die zwei wichtigsten von ihm vertretenen Reformen gescheitert, indem die Revision der Zollgesetzgebung in schutzzöllnerischem Sinne 1791 nur arg verstümmelt zur Ausführung gekommen ist; die Auflösung der Staatsschuld und die Ablösung der Grundsteuern wurden zwar völlig durchgeführt, aber bereits 1794 der alte Zustand wieder hergestellt. So ist denn durch die Abberufung des Herrschers

die allgemeine Reform Fragment geblieben, wenn auch die wichtigsten neuen Grundlagen gelegt worden sind.

Die neuerdings von Zimmermann gemachten Forschungen über das Verfassungsprojekt Leopolds lassen nunmehr keinen Zweifel mehr darüber übrig, daß der Großherzog sein Werk nach vollständiger Durchführung aller Reformen mit einer Verfassung zu krönen gedachte. Daß dabei die finanziellen Kompetenzen, die der Volksvertretung eingeräumt werden sollten, eine wichtigste Rolle spielen mußten, ist ohne weiteres klar; und gerade die Bestimmungen des Projekts, daß der Souverän keine neuen Steuern, Abgaben ordentlicher wie außerordentlicher Natur einführen, noch das bestehende Finanzsystem ohne Zustimmung der Volksvertretung, ohne ihr Grund und Gebrauch derselben anzugeben, ändern dürfe, daß er keine Krongüter ohne ihren Konsens veräußern dürfe, das alles zeigt, wie ernst es dem Großherzog war, auch wirklich dem Parlament einen Einfluß auf die Regierung einzuräumen. Auch die Budgetkontrolle wird der Volksvertretung eingeräumt und zu ihrem Recht erhoben, wenn es im Projekt heißt, daß der Monarch und seine Hauptminister eine Kontrolle der Abgeordneten über sich ergehen lassen müßten, indem sie über die gesamte Verwaltung in Gericht, Finanzen, Politik, in den öffentlichen Kassen, den Einkünften in der Finanzverwaltung, in der Verwendung der Einkünfte, über die Vorschüsse Rechenschaft abzulegen hätten. Bekanntlich ist durch die Berufung Leopolds zur Nachfolge in den österreichischen Staaten die Ausführung derartiger Pläne verhindert worden.

Zum Schlusse sei hier erstmalig eine Frage aufgeworfen und, soweit es diese Forschungen erlauben, beantwortet, die allgemein für das leopoldinische Reformwerk interessant, aber auch für diese finanzgeschichtlichen Untersuchungen von Wichtigkeit ist und die sich bei dieser Arbeit gestellt hat, welche seit Zobis Forschungen zum erstenmal auf in größeren Maßstab herangezogenem archivalischen Material beruht: Inwieweit hat Großherzog Leopold selbst die Reform unternommen und ge-



leitet und in welchem Verhältnis steht er zu seinen Ratgebern, zu Neri, Tavanti und Gianni insbesondere? Die bisherige Darstellung hat eben bei völligem Mangel an Anhaltspunkten gänzlich verzichtet, diese Frage auch nur zu stellen, und hat einfach Leopold als die treibende und leitende Kraft bezeichnet.

So einfach verhält sich indessen in Wirklichkeit die Sache nicht; zwar erweist es sich in der Tat, daß Leopold in allem und bis in das kleinste mit einer erstaunlichen Arbeitskraft mitgearbeitet und sich auch durchaus die Oberaufsicht und die letzte Prüfung und Entscheidung vorbehalten hat; auch war er nach dem Hinschied seiner besten Minister der einzige, der alle Teile der von ihm geschaffenen Verwaltungsmaschinerie gründlich kannte. Auch seine menschliche Seite, seine wohlwollende, für das Gedeihen und den ersehnten Aufschwung seines Volkes begeisterte Gesinnung tritt hier erst in die richtige Beleuchtung. Aber andererseits bewahrheitet sich in aller möglichen Deutlichkeit jenes Wort, das der Vertraute Tavantis, Pignotti, gesprochen hat: „Egli era dotato più di buona volontà di giovare i suoi sudditi che di naturale talento. Quella volontà lo faceva consultare indefessamente i principali uomini politici ed alla sua venuta ne trovò alcuni de' sommi, mi giova distinguere i consiglieri di stato P. Neri, Tavanti e Gianni. Nella loro scuola apprese molti degli ottimi principi di governo e fu felice quando non gli spinse troppo avanti, dove comincia l'eccesso. Egli era indefesso negli affari. Niuno ne spediva che non fosse passato sotto diligente esame. Dava continue udienze: tutti potevan parlar seco e ne ricevevano pronta giustizia. Tutto ciò teneva i ministri attenti, diligenti, pronti nella spedizione degli affari e li poneva nella necessità, se non lo fossero stati per carattere di essere onesti.“ Ganz damit harmoniert die von seinem damaligen Standpunkt aus sehr berechtigte Bemerkung Giannis, man hätte es mit der Zeit gelernt, Leopold zu lenken. Daß Leopold nicht alles leiten und sich in manchem auf seine Ratgeber verlassen mußte, ist ja ganz selbstverständlich. Trotzdem macht sich bei näherer Betrachtung eine erstaunliche Un-

selbständigkeit des Großherzogs bemerkbar, während seiner ganzen Regierung, nicht etwa bloß in den ersten Jahren, eine Unselbständigkeit, die in seltsamem Kontrast steht zu seiner ausgedehnten Kenntnis der gesamten Verwaltung. Die folgenden Kapitel erbringen wenigstens diesen Beweis für seine finanzpolitische Tätigkeit. Daß er alle die verschiedenen Ratgeber und entgegengesetzten Meinungen anhörte, war ganz in der Ordnung; wie er aber von diesen Konsultationen Gebrauch machte, darin zeigt sich seine der Selbstsicherheit entbehrende Haltung. Wenn seine hervorragendsten Räte gleicher Meinung waren, dann ging Leopold in der Durchführung dieser Ratsschlüsse mit einer Raschheit und Energie vor, die vor den gewagtesten Reformen nicht zurückwich. Waren aber die Ansichten geteilt, so zeigte er eine ebenso große Unsicherheit, die nicht aus eigener Erkenntnis zu entscheiden wagte. Seine gewöhnliche Taktik in derartigen Fällen war der Aufschub der betreffenden Reform, wohl um die Sache sich zuerst abklären zu lassen. An und für sich war das sicher nicht unrichtig und hat gewiß manche übereilte Maßnahmen verhütet. Es zeigt sich indessen, daß er es fertig gebracht hat, binnen kürzester Zeit von Grundsätzen, denen er jahrelang gefolgt war, genau zu den entgegengesetzten überzugehen, als sein gleichgesinnter Berater gestorben war und seinem Nebenbuhler das Feld geräumt hatte, der andere Prinzipien vertrat. Ohne seine Abberufung wäre z. B. auf den freihändlerischen Zolltarif von 1781 ein Hochschutzzoll markantester Art gefolgt, kaum 10 Jahre nach jenem. Das gibt zu denken. Viele seiner Edikte sind zurückgenommen oder auf dem Verwaltungswege sistiert worden. Der darauf sich gründende Eindruck seiner Untertanen kristallisierte sich in jenem Anschlag, in dem es hieß: Ordini, Contrordini, Disordini, Altezza Reale<sup>3</sup>! Und der französische Gesandte meint, allerdings mit großer Uebertreibung, daß mehr als die Hälfte seiner Gesetze keine Gültigkeit mehr hätten<sup>4</sup>.

---

3. A. A. E., Bd. 140, S. 106.

Das war indessen in keiner Weise die Folge davon, daß die Reformen und Gesetze nicht gut vorbereitet, überhastet gewesen wären; sicher nicht, da ja bei aller radikalen Gesinnung mit peinlichster Sorgfalt geprüft und wiedergeprüft wurde. Aber der Großherzog stand eben unter dem Einfluß der rivalisierenden Parteien seines Rates, die sich um die Ehre stritten, die Reform in ihrem Sinne durchzuführen; er war mehr von ihnen abhängig, als sich für einen selbstsicheren Geist ziemte, eine Tatsache, die auch darin eine indirekte Bestätigung findet, daß Leopold wohl kaum Verfassungspläne erwogen haben würde, die die monarchische Gewalt aufs weitgehendste beschränkten, wenn er wirklich die selbstsichere Energie etwa eines Gianni besessen hätte<sup>5</sup>.

---

4. A. A. E., Bd. 141; A., S. 236 f.

5. Nach dieser Beurteilung Leopolds dürfte nun auch die Ansicht von der leitenden Stellung des Großherzogs in der Kirchenpolitik eine Einschränkung erfahren. Es wird sich auch da wohl ergeben, daß Rucellai und insbesondere Scipione de' Ricci bei den kirchlichen Reformen eine viel maßgebendere Rolle gespielt haben, als man bisher annahm, daß vor allem Ricci der eigentliche Initiant der Reformen der achtziger Jahre gewesen ist.

## **Viertes Kapitel.**

### **Die leopoldinische Zollpolitik.**

Als am 3. September 1765 der junge Großherzog Peter Leopold seinen von dem Jubel des aufatmenden Volkes begleiteten Einzug in Florenz hielt, da haben wohl die meisten gehofft, daß nun eine bessere Zeit für Toskana anbrechen werde; daß aber die seit Jahrhunderten notwendige fundamentale Wendung in der toskanischen Wirtschaftspolitik unmittelbar bevorstehe, daß sich binnen einigen Jahren das tiefgreifendste Ereignis des modernen Toskana abspielen werde, all das hat zweifellos kein Mensch auch nur geahnt, am wenigsten der unerfahrene, aber von bestem Willen für das Wohl des Landes beseelte neue Herrscher, um den sich rivalisierend die beiden Köpfe drängten, die Anhänger des alten Systems, die Konservativen, aber auch die Verkündiger einer neuen Wahrheit, der Schutzzöllner F. M. Gianni und die Freihändler P. Neri und Tavanti, alle in der Hoffnung, ihn für ihr Bekenntnis gewinnen zu können.

Sein bedeutsames Vorspiel hat das große Gesetz von 1767 gehabt, als in den Jahren der Hungersnot 1763 und 1765 die vollständige Unfähigkeit und Unzulänglichkeit der gesamten Annonargesetzgebung an den Tag kam, die Abundanzbehörde in einem so kritischen Moment versagte. Und gleichzeitig ertönten von Frankreich herüber die kräftigen Hiebe, die mit jugendlichem Ungestüm die Physiokratie gegen die Gebundenheit des Wirtschaftslebens führte. Schon waren Männer in hervorragender Stellung, wie P. Neri, A. Tavanti und der Verfasser der 1764/65 erschienenen „Decima“, Pagnini, ins Lager der-

selben übergegangen und, soweit es sich um die Abschaffung des gesamten Annonarsystems handelte, wirkte mit ihnen auch der, wie Neri früher, protektionistischen Idealen huldigende Gianni. Es ist ein freundliches, in eine bessere Zukunft weisendes Abendrot der sonst so schweren Regentschaftszeit gewesen und ein gern gesehenes Zeichen für die persönliche Güte des Kaiser-Großherzogs, daß er trotz des Widerstrebens seines Statthalters, Botta Adorno, auf den Rat des einflußreichen Neri von der vorgeschlagenen Steuerumlage nicht nur absah, sondern die seit einigen Jahren eingerichtete Reservekasse zum Kauf von Getreide und zur Linderung der Not zur Verfügung stellte und, was wichtiger war, jedermann für mehrere Monate den Aufkauf von Getreide im Auslande gestattete und für diese Zeit alle Einfuhr- und Binnenzölle für den ungehinderten Verkehr von Getreide aufhob, freilich gleichzeitig die Ausfuhr des importierten Kornes untersagte. Die toskanischen Schriftsteller haben nicht genug Worte des Tadels finden können, um das Benehmen Bottas zu brandmarken, zweifellos nicht ganz mit Recht; der Fehler lag mehr noch im bisherigen System und Botta hat wohl seinen Ohren nicht getraut, als die Botschaft des Kaisers einen Kurs ankündigte, der dem bisherigen Ausbeutesystem nichts weniger als diametral entgegengesetzt war.

Das war die Sachlage, als Leopold die Zügel der Regierung ergriff. Zweifelsohne war der größte Teil des Volkes aber auch des Beamtentums erzogen und festgehalten seit Jahrhunderten in dem Glauben und der Tradition, in allen Dingen von der Regierung geleitet, überall von ihren Vorschriften und Reglementen bis ins einzelne begleitet zu werden, ich sage, zweifellos waren sie trotz des Unfähigkeitsbeweises der Annona immer noch überzeugt von ihrer Unentbehrlichkeit. Aber zweifellos haben andererseits diese Vorgänge manch kritischen Kopf zum Nachdenken angeregt. Es ist nicht leicht, die Ursachen zu übersehen, die zusammengewirkt haben, um Leopold für die neue Lehre, für das Prinzip der Freiheit zu gewinnen. Sicher von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist es gewesen,

daß weder Leopold noch Rosenberg in den Vorurteilen und Traditionen des toskanischen Ancien Régime aufgewachsen waren, sondern daß sie in diesen Dingen ein unbeschriebenes Blatt waren, von außen hereinkamen. Von entscheidender Wichtigkeit mußte daher die Lösung der Frage werden, wen Leopold zu seinem Ratgeber wählen würde. Wie wir sehen werden, hat der Großherzog bei seinem behutsamen, fast möchte es scheinen zaghaften Vorgehen zwar gezeigt, daß er selbständige Ansichten habe. Trotzdem war es die ausschlaggebende Tat, als er zu seinem intimeren Berater den erfahrenen Pompeo Neri wählte. In langen Unterredungen haben der greise Staatsmann und der junge Herrscher ihre Gedanken über die künftigen Reformen ausgetauscht, und durch diese Besprechungen ist Leopold zweifellos für die Ideale der Physiokratie gewonnen worden, an denen er im tiefsten Grunde seiner Weltanschauung bis zu seinem Tode festgehalten hat. P. Neri also war es, dem die entscheidende Rolle im Wendepunkte der toskanischen Wirtschaftsgeschichte zufiel, ihm, der vor 30 Jahren schon als Schüler und Freund Bandinis für die freie Getreideausfuhr aus den Maremmen eingetreten war, der sich seither in die Schriften der französischen Oekonomisten vertieft und dadurch sich zum eifrigen Freihändler bekehrt hatte. Seine Schrift: „Sopra la materia frumentaria“, weitaus das wichtigste literarische Erzeugnis im Kampfe der alten und der neuen Wirtschaftslehre in Toskana, bildet den gewaltigen Grundpfeiler, auf dem sich das ökonomische Gebäude des neuen Toskana erheben sollte. Ist diese Denkschrift zwar erst im Jahre 1767 erschienen, so kann doch kaum ein Zweifel sein, daß es dieselben Lehren gewesen sind, die der toskanische Staatsmann seinem Herrn seit dessen Regierungsantritt zu erwägen gab. Darum sei hier schon die Rede von dem wichtigsten Teil ihres Inhalts.

Im ersten Kapitel dieser Arbeit wurde darauf hingewiesen, wie alle Generationen seit Ausgang des Mittelalters mit Bewunderung und Ehrfurcht auf die Größe und den Glanz der mittelalterlichen Florentiner Industrie zurückblickten, als dem

Ideal, nach dem immer und immer wieder zu streben sei; es wurde dort gesagt, daß unter dem erdrückenden Banne dieser Tradition kein toskanischer Staatsmann es je gewagt habe, das toskanische Wirtschaftsleben in den neuen Verhältnissen entsprechende Bahnen hinüberzulenken, daß der Ruin des Landes die notwendige Konsequenz war, des Landes, das, obwohl Agrarstaat geworden, die ökonomische Verfassung eines Industriestaates beibehielt. Und es wurde schließlich betont, wie unendlich schwer es sein mußte, sich von diesem Bilde vergangener Pracht und Herrlichkeit zu emanzipieren, da doch noch die Staatsmänner des leopoldinischen Zeitalters wie gebannt darauf zurückblickten. Erst so kommt uns eigentlich zu Bewußtsein, was für eine gewaltige Tat es gewesen ist, als Pompeo Neri mit seiner Schrift als erster dieses Idol zertrümmerte und Bresche machte für eine gesündere Gestaltung der Dinge. Und mit oder nach ihm drang durch die Bresche Gianni, dann Tavanti, Sarchiani, die folgende Generation mit Fossombroni und Fabbroni.

Es ist charakteristisch und von größtem Interesse zu sehen, wie Neri gleich eingangs seiner Schrift verfährt. Er läßt sich zunächst auf gar keine Diskussion über die Theorie des Freihandels ein, den er durch die Schriften der französischen Oekonomisten — er zitiert unter andern Quesnays Artikel in der Encyclopédie und Mirabeau — für Agrarstaaten als notwendig erwiesen betrachtete. Dagegen stellte er sogleich in den Vordergrund der Beweisführung den entscheidenden Satz, daß Toskana nur ein Ackerbaustaat sein könne. „Jo per me non dubito d'asserire con tutta franchezza che lo stato del nostro serenissimo Granduca non puole considerarsi, se non per agrario, perchè dalla sola agricoltura riconosce la sua principale sussistenza.“ Den Nachweis führte Neri in der folgenden Weise: Bei niedrigster Berechnung, argumentiert er, 12 Scudi pro Kopf, werden jährlich in Toskana für Nahrung, Kleidung, Wohnung, für Luxus und für die Aussaat 12 Millionen Scudi verbraucht. Diese müssen zur Deckung

des Konsums auf irgendeine Weise wieder eingebracht werden. Es kann nur der Ertrag der Landwirtschaft sein, der diesen Ersatz schafft, da der jetzige oder zukünftige Handel Toskanas nicht von dem Ertrag der Agrikultur unabhängig sein kann. Der Handel mit dem Ausland kann indessen nur in dreierlei Art und Weise getrieben werden: Ausfuhr nationaler Erzeugnisse zum auswärtigen Verbrauch; Einfuhr auswärtiger Produkte zum inneren Konsum, und schließlich Erwerb ausländischer Waren, um andere Länder damit zu versorgen. Die erstgenannte Art des Handels steht in direktem Zusammenhang mit der Landwirtschaft und ist von ihr abhängig, da jedwede Ausfuhr von Rohmaterial wie von Fabrikaten ein Ertrag unserer Felder ist. „La manifattura non fa altro in sostanza che di unire la quantità dei generi che sono occorsi per la sussistenza degli operanti e di tutte le persone concomitanti la detta manifattura al genere greggio che è stato manufatturato. Onde nell'estrazione ancora delle nostre manifatture niente di più si estrae che una massa dei nostri generi ridotti in un minor volume, e il valore corrispondente a detta massa è quello che solo si ritrae.“

Die zweite Art des Handels beruht ebenfalls vollständig auf dem Ertrag unserer Landwirtschaft; denn da wir keine anderen Einnahmen haben als die unserer Ländereien, so bezahlen wir die eingeführte Ware mit den Produkten der Landwirtschaft oder den daraus verfertigten Fabrikaten. Die dritte Art endlich, der Zwischenhandel, ist in der Tat unabhängig von den eigenen Erzeugnissen, also von der Agrikultur. Tatsächlich hat dieser Handel die Niederlande und in vergangenen Zeiten einige Städte Italiens, darunter Florenz, angesehen und reich gemacht. Aber um diesen Handel mit Gewinn betreiben zu können, braucht es zum Voraus große Kapitalien, um beim Ankauf der notwendigen Ware das Bedürfnis der Verkäufer ausnützen und um damit den Bedarf der die Ware konsumierenden Nationen abwarten zu können. Diese Kapitalien aber besitzt Toskana nicht; wohl gibt es solche in Livorno, sie gehören aber zum größten Teil ausländischen Nationen. Da wir uns



also nicht schmeicheln dürfen, einen einigermaßen bedeutenden Außenhandel zu besitzen, der von unserer Landwirtschaft unabhängig ist, so ist damit notwendigerweise bewiesen, daß Toskana nur als agrarisches Land in Betracht kommen kann und daß demgemäß alles auf dasselbe in Anwendung kommen muß, was von den zitierten Schriftstellern nicht nur als gehörig, sondern als für derartige Staaten notwendig nachgewiesen worden ist. *L'intiera libertà pertanto del commercio dei grani, come quella che influisce direttamente all'aumento della massa di questo genere ed al valore del medesimo, che è il più importante prodotto dei nostri terreni e perciò la maggiore nostra entrata, dovrà reputarsi per la base fondamentale delle nostre leggi economiche.*“ Neri weist dann darauf hin, daß die immer und immer wieder als Beispiele zitierten römischen Getreidegesetze nicht maßgebend sein könnten, da es sich im alten Rom um der Hauptstadt unterworfenen tributären Provinzen gehandelt habe, während Toskana im Ertrag seiner Landwirtschaft seine vornehmlichste Einnahmequelle zu erblicken habe.

Dies ist in kurzen Zügen der Gedankengang im Hauptteil von Neris berühmter Schrift, die die Zeitgenossen so mächtig bewegte, die sichtbar die letzte Grundlage gewesen ist für Sarchianis Verteidigungsschrift der leopoldinischen Zollpolitik wie für das Programm der Schutzzöllner Gianni-Paolini. Wir haben hier nicht nachzuweisen, wie manche der von mechanistischem und physiokratischem Geiste getragenen Deduktionen nicht stichhaltig sind. Es ist das allbeherrschende und historisch denkwürdige Moment, das wir hier zu würdigen haben, daß zum ersten Male es hier ausgesprochen wurde, daß die gesamte ökonomische Legislatur des Landes auf den Grundsatz eingestellt werden müsse: Toskana ist ein Ackerbaustaat. Und implizite kam dabei zum Ausdruck: Unsere gesamte wirtschaftliche Gesetzgebung ist ein Nonsens. Betrachtet man von diesem höheren Gesichtspunkte aus die gesamte wirtschaftliche Reform Emanationen immer und immer wieder diesen allgemeinen Peter Leopolds, so wird man finden, daß sie in allen ihren

Grundsatz zur Richtschnur hat: Die Umgiebung einer auf das Gedeihen der Industrie eingestellten in eine agrarstaatliche Verfassung. Und Neri ist der Begründer dieser Reform und hat in der modernen Geschichte Toskanas einen der ersten Ehrenplätze zu beanspruchen.

Mit dieser Erkenntnis, die sich Leopold zweifellos zu Beginn seiner Regierung zu eigen machte, war der höhere Gesichtspunkt gewonnen, von dem aus die ganze Frage beurteilt werden mußte. Freilich gab es zunächst einfachere, aber brennendere Fragen, so diejenige, ob nicht durch das freie Einkaufsrecht das gesamte Korn in die Hände weniger Monopolisten gelange, die nach Willkür die Preise derselben erhöhen würden, oder die kritische Frage, die die Anhänger des Annonar-systems immer wieder aufwarfen, ob denn nicht alles Getreide sofort nach dem Auslande abfließen werde, wenn die freie Ausfuhr erlaubt werde und dadurch eine Hungersnot entstände, und was der Fragen mehr sind, die dem Menschen des gebundenen Wirtschaftslebens soviel Kopfzerbrechen machten. Es leidet keinen Zweifel, daß die Fortschrittspartei im Ministerium, voran Neri und Gianni, den Großherzog mit den Folgen der freien Konkurrenz bekannt gemacht, ihm gezeigt haben, daß von einer Aushungerung infolge der Ausfuhrerlaubnis keine Rede sein könne, solange die allzumenschliche Eigenschaft der Habgier und Gewinnsucht existiere. Darauf weist schon das geschickte Manöver hin, das Neri im November 1765 inzenierte, als er der Regierungsbehörde von Siena, wo bereits die Ideen des großen Landsmannes Boden gewonnen hatten, seine Ansicht über den Freihandel zur Kritik vorlegte. Und so geschickt hatte der kluge Rechner operiert, daß dieselbe seinen Ausführungen zustimmte und den Großherzog zu Anfang 1766 bat, die Abundanzbehörde aufzuheben, ebenso die Zölle und die Steuern auf Brot, den Kornhandel der freien Konkurrenz zu überlassen. Nur zwei Aufgaben sollte die Regierung vom gesamten Annonarwesen übernehmen: sie sollte die Verkäufer nötigen, täglich die

Preis- und Gewichtstabellen auszuhängen, deren Bestimmung ihrem freien Willen überlassen sein sollten, aber unter der Bedingung bei Strafe während des Tages keinerlei Aenderung vorzunehmen; sodann solle sie die gesundheitspolizeiliche Aufsicht führen.

Es ist der aus seinem Charakter fließende und während seiner ganzen Regierungszeit betätigte Grundsatz des vorsichtigen und des sicheren Selbstvertrauens entbehrenden Peter Leopold gewesen, stets, fast manchmal bis zum Ueberdrusse, alle Parteien und Meinungen anzuhören und womöglich sich selbst von der jeweiligen Sachlage zu überzeugen. Danach hat er auch hier gehandelt und zum nicht geringen Aerger Giannis hat er die konservative Gegenpartei in dieser Kardinalfrage ausgiebig zu Wort kommen lassen. Von nicht geringer Bedeutung für die Bildung seiner Meinung ist ohne Zweifel auch die Reise gewesen, die er zu Anfang seiner Regierung durch den Staat gemacht hat, die ihn unter anderm auch nach Siena führte, wo er mit dem im Agrarwesen erfahrenen Generalauditor St. Bertolini Unterredungen hatte und ihn aufforderte, seine eigene Anschauung über das Annonarwesen schriftlich einzureichen. Und bei dieser Antrittsvisite hatte er nun reichlich Gelegenheit, die Wahrheit der Nerischen Behauptungen konstatieren zu können, daß in der Tat Toskana ein Land der Agrikultur sei; daß die Fesseln, die dem Ackerbau angelegt worden waren, um die Industrie zu begünstigen, Industrie und Ackerbau ruiniert hätten, daß die Industrie für Toskana nicht mehr ausschlaggebend in Betracht kommen könne, daß infolgedessen der Ackerbau begünstigt werden müsse, daß Verfügungsrecht und Gebrauch des Grundbesitzes frei sein und damit die Lage der Besitzer und Bebauer verbessert werden müsse, während gleichzeitig der Absatz der Agrarprodukte freizugeben sei.

Bei der vorsichtigen Behutsamkeit Leopolds ist es aber sehr zweifelhaft, daß er trotz der gewonnenen Erkenntnis dieselbe so schnell in Praxis umgesetzt hätte, wenn nicht eine — infolge einer Mißernte — drohende Hungersnot ihn im Jahre

1766 genötigt hätte, Stellung zu nehmen zu der nun akut werdenden Frage: Es steht nunmehr fest, daß dem Gesetz vom 15. September 1766 eine nicht gewöhnliche Bedeutung zukommt in der Geschichte der toskanischen Getreidehandelspolitik. Es ist die Probe, das Experiment gewesen, das Leopold mit der neuen Theorie angestellt hat, und so kann Gianni später mit dem größten Recht schreiben, daß die Handelsfreiheit aus der Hungersnot von 1766 hervorgegangen sei. Das Experiment von 1766 hat den Boden vorbereitet für das wichtigere Gesetz von 1767.

Nachdem bereits der Erlaß vom 6. August 1766 die Konzessionen der früheren Hungersnotjahre wiederholt hatte, bedeutete das Motuproprio vom 15. Sept. 1766 einen nicht unbedeutenden Schritt weiter auf der freiheitlichen Bahn. Neben die ungehinderte zollfreie Einfuhr und Zirkulation aller Getreidearten trat die Befugnis für jeden Untertan, ohne weiteres, vor allem ohne Zahlung der Brotsteuer noch anderer königlicher oder kommunaler Abgaben Brot backen und verkaufen zu dürfen, und zwar zu dem Preise, der ihnen gut erschien. Die Brotstempelsteuer wurde für die Bäcker für ein Jahr aufgehoben, ebenso die kommunalen Brotsteuern. Gleichzeitig wurde die Kopfsteuer, die Tassa del Macinato, den armen zu 2 Lire pro Kopf veranlagten Kolonen und Arbeitern für ein Jahr geschenkt. Nur für die feineren Brotsorten wurden die Brotsteuern, der offizielle Preis und das offizielle Gewicht beibehalten. Und freilich — und hier zeigt sich die Zwiespältigkeit und Halbheit der Maßregel — das Ausfuhrverbot wurde erneuert.

Ueberhaupt weist alles daraufhin, daß es den Urhebern dieses Gesetzes, so fest sie theoretisch vielleicht von der Richtigkeit ihrer Anschauungen überzeugt sein mochten, doch ein wenig bange war vor dem Ausfall ihres Experiments. Darauf läßt vor allem die Tatsache schließen, daß die Regierung mit der in Genua aufgenommenen Summe gewaltige Getreideeinkäufe machen und die Staatsspeicher damit füllen ließ, worauf das

Gesetz zur Beruhigung ängstlicher Gemüter hinwies. Schritt für Schritt eben nur ging es auf der neuen Bahn vorwärts.

Die neue Lehre hat ihre Feuerprobe in der besten Weise bestanden; darauf weist die oben zitierte Schrift Neri's triumphierend hin, deren Verfasser an Hand der 1763—1766 gemachten Erfahrungen die beiden Systeme des Zwanges und der Freiheit beleuchtete. Aus den statistischen Aufstellungen, so sagt Neri, ergibt sich, daß die Ernte des Jahres 1766 noch um die Hälfte schlechter ausgefallen ist als die von 1763. Ferner ist zu bedenken, daß der Ernteausschlag von 1766 für das Land drückender sein mußte als 1763, da dem Mißwachs von 1763 mehrere fruchtbare Sommer vorangegangen waren. Dennoch, meint Neri, stand sich das Land 1766, nachdem jene Vergünstigungen eingetreten waren, unendlich besser als 1763. In den Jahren 1763—64 wurden alle Speicher und Magazine durchsucht, alle Transporte und Getreideverkäufe mit verschärfter Sorgfalt überwacht, auf Rechnung des Staates Ankäufe gemacht und mit schweren Kosten herbeigeschafft, das Gewicht des Brotes zum Schaden des Staates und angeblichen Vorteil der Armen bestimmt. Die Folgen waren, daß der Preis des Brotes sofort in außerordentlicher Weise stieg, daß dasselbe sich verschlechterte und an vielen Orten ganz fehlte, daß alle Bäcker auf dem Lande die Ohren der Regierung und des Publikums mit Lärm und Klagen erfüllten, gleichsam als wären sie genötigt die Ware mit Schaden zu verkaufen und könnten dem Verbrauch nicht genügen. Sie baten die Regierung um Hilfe, lieferten aber gleichzeitig geringere Ware. Und eine weitere Folge war ein großer Verlust der Staatskassen, der in den nächsten Jahren durch schwere Belastung gerade der Armen wieder eingebracht werden mußte.

Im September 1766 aber, fährt Neri fort, gab man Transport, Kauf und Verkauf von Korn frei, außerdem aber noch das Backen einiger Brotsorten. Die Folgen waren: Alle, die sich mit Getreidehandel befassen konnten, ließen zu eigenem Nutzen wie auf eigene Gefahr von allen Seiten Vorräte kommen;

die Bäckereien mehrten sich; auf allen Märkten bot man Brot in Menge feil; dieses Brot wurde namentlich auf dem Lande unendlich besser, die Getreidepreise aber fielen stetig.

Der günstige Erfolg des Gesetzes von 1766, der von Leopold eifrig diskutiert wurde, war der Ausgangspunkt, die Basis für die weitere Reform. Die Tatsachen erwiesen sich wieder einmal überzeugender als alle Theorien. Seit Beginn des Jahres 1767 stand für den Großherzog und für seine Räte Rosenberg, Neri, Gianni und Tavanti fest, daß die toscanische Getreidehandelspolitik eine totale Wendung in der Richtung freiheitlicher Entwicklung erfahren müsse. Alles, was nun folgte, die Einsetzung einer Kommission mit Neri als Präsidenten, um die Annonargesetzgebung einer Revision und Verbesserung zu unterwerfen, die mehrmalige Sendung des schlagfertigsten und intelligentesten Ratgebers, Giannis, nach Siena, dessen Enqueten daselbst, die Anfrage der senesischen Regierungsbehörde, dann insbesondere die Schrift Neris „Sopra la materia frumentaria“ als Antwort auf Cenninis Einwände, all das hat letzterdings nur den Zweck gehabt, die Ueberzeugung der Regierung und die neuen Ideen in die Öffentlichkeit zu bringen und weitere Kreise der durchaus oppositionellen Bevölkerung und des einflußreichen Beamtentums für dieselben zu gewinnen, die Nation vorzubereiten auf die sich vorbereitende große Schwenkung der Wirtschaftspolitik. Es war sicher keine nebensächliche Aufgabe, diese Schichten der Reform günstig zu stimmen, die teils aus Eigennutz — man denke an die Florentiner Industriellen wie den Plebs der Kapitale — zweifellos aber in erster Linie als in der alten reglementierten Wirtschaftsordnung aufgewachsen, der so gerühmten Freiheit verständnislos und voll Angst gegenüberstanden.

Diese Opposition verkörperte sich in dem senesischen Abundanzbeamten Marchese Cennini, der in seinem von der Antwort seiner Kollegen abweichenden Parere vom 5. Mai 1767 die Bedenken der Opposition gegen den neuen Kurs formulierte. Cennini argumentierte sehr geschickt; zunächst stellte er in Ab-

rede, daß das Motuproprio von 1766 den in der ihm und seinen Kollegen vorgelegten Denkschrift Giannis gerühmten Erfolg gehabt habe und behauptete, die Teuerungsbehörde hätte allein genügt, um den Bedürfnissen des Volkes entgegenzukommen. Dann wies er darauf hin, daß der Vorschlag, den man ihnen jetzt mache, weit über die Freiheit hinausreiche, die gewährt worden sei<sup>1</sup>. Den Theorien der Freihändler hielt er die Tatsache entgegen, daß noch kein Kulturstaat ihre Ideen verwirklicht habe, und schlug vor, man solle zuwarten, bis ihre Richtigkeit in andern Staaten ausprobiert sei. Dann ließ der Marchese als schwerstes Geschütz die Haupteinwände der Anhänger der alten Wirtschaftsordnung auffahren. Er erklärte, daß das freie Einkaufsrecht den Erfolg haben würde, daß sich das Korn in den Händen weniger reicher Monopolisten konzentrieren und die Preise ins Ungemessene steigen würden, eine Tatsache, für die die senesische Geschichte den Beweis liefere. Noch gefährlicher erschien ihm die vorgeschlagene Erlaubnis der freien Kornausfuhr, die den Erfolg haben würde, daß die mit den Bedürfnissen der ausländischen Märkte wohlbekannten Monopolisten nicht nur bei jeder Gelegenheit das zusammengekaufte Getreide versenden, sondern sogleich alles nur erreichbare mit dem bei solchem Profit ihnen nie fehlenden Kapital aufkaufen würden, so daß nicht nur die Preise riesig hoch sein, sondern überhaupt Getreide mangeln würde. Und in einem vom Meer so entfernten und für den Transport so schwierigen Lande sei der Ersatz unmöglich. Nur für gewisse Zeiten und unter gewissen Beschränkungen, meinte Cennini, sollte die Ausfuhr erleichtert werden, in den vier Monaten Juli bis Oktober; wenn dann der Stajo Korn auf dem senesischen Markt nicht höher als 4 Lire gestiegen sei, sollte die weitere Ausfuhr konzediirt werden, bis dieses Maximum des Preises erreicht sei. Das Maremmengebiet sollte noch mehr begünstigt werden. Die Freigabe des Bäckergerwerbes und die Aufhebung der Taxen,

---

1. Auch die Exportfreiheit wär vorgeschlagen.

argumentierte Cennini weiter, wird bewirken, daß niemand mehr genötigt ist Brot zu backen. Die Sicherheitsmaßregeln der Regierung dafür, daß dennoch stets Brot vorhanden ist, daß die Bäcker einen Monat vorher kündigen müssen, bevor sie das Backen einstellen, erscheinen ungenügend. Wenn es ferner jedem Brotverkäufer freisteht, Preis, Gewicht und Qualität des Brotes, wenn es nur nicht gesundheitsschädlich ist, selbst zu bestimmen, so wird in kritischen Zeiten die Gefahr noch steigen, daß der Preis hochgeht, wenn die Bäcker das positive Bedürfnis des Volkes erkennen. Der Einwand, daß der Preis bei andern Lebensmitteln bei völliger Freiheit des Handels und Verkehrs auch nicht hochgehe, ist nicht stringent, da keines so notwendig ist wie das Brot. Und schließlich könnten die bisher erwähnten Nachteile wenigstens teilweise kompensiert werden durch ein öffentliches Magazin, das in kritischen Zeiten Korn verkaufen würde; aber das wird ja abgelehnt. Der Vorschlag des Marchese ging schließlich dahin, das alte Annonarwesen zwar zu reformieren, aber unter Festhaltung der alten Grundlagen.

Das waren im wesentlichen die Bedenken und Einwände, die die Anhänger des alten Zwangsystems der Fortschrittspartei entgegenhielten. Ohne Zweifel hat der senesische Marchese der erdrückenden Mehrzahl seiner Landsleute aus dem Herzen gesprochen. Daß Großherzog Leopold ganz anders als der ungestüme Gianni die Kraft dieses Widerstandes zu würdigen wußte, stellt seiner über den Parteien stehenden staatsmännischen Kunst das beste Zeugnis aus. Um auch den Gegner zu überzeugen, befahl er, nachdem er Giannis günstigen Bericht aus Siena entgegengenommen hatte, daß öffentlich diskutiert werde über die Frage, ob der Freihandel mit Getreide für Toskana günstig sei. Unter den Schriften, die nun hinüber und herüber flogen, ist die einzige, die historische Bedeutung gewonnen hat, die schon mehrfach zitierte Schrift Neris, in der der angefeindete Staatsmann in geschickter Weise, wie wir oben gesehen haben, die Frage zuerst von einer höhern Warte be-



urteilte, indem er nachwies, daß Toskana ein Ackerbauland sei, daß nur der Freihandel das Prinzip der toskanischen ökonomischen Legislatur sein könne. Indem Neri dann dazu überging die Gründe des Marchese Cennini zu widerlegen, wies er zunächst darauf hin, daß England schon seit 100 Jahren freihändlerisch sei, und zwar zu seinem großen Vorteil, daß neuerdings auch Frankreich sich anschicke, dazu überzugehen. Indem er dann, wie wir ebenfalls oben sahen, die zwei Systeme und ihre Folgen an den Erscheinungen der Jahre 1763 und 1764 einerseits, 1766 andererseits einander gegenüberstellte, ließ er das System der Freiheit als das einzig den toskanischen Verhältnissen angemessene hervortreten. Hierauf trat Neri näher auf die Einwürfe Cenninis ein und hielt ihnen die Konsequenzen der freien Konkurrenz entgegen. Die Besorgnis, daß wenige Geldleute das gesamte Getreide in ihre Hände bekommen, um darauf den Preis zu steigern, ist unbegründet, meint er; dagegen ist eine solche Gefahr beim Prohibitivsystem vorhanden, und dem soll die allgemeine Freiheit abhelfen. Diese Angst ist noch unbegründeter in einem Lande wie Toskana, das ringsum von fruchtbareren Ländern umgeben ist, während es auf der Seeseite einen günstigen Hafen und zahlreiche Landungsplätze hat. Eine Steigerung des Preises durch die so gefürchteten Monopolisten würde nach den natürlichen Gesetzen des Handels sogleich ein Zusammenströmen auswärtigen Korns zur Folge haben und die Habgier, die Anmaßung, Gesetze vorschreiben zu wollen, mit gewaltigen Verlusten bestrafen. Und zum Aufkauf alles überschüssigen Getreides in Europa dürfte das Vermögen der reichen Monopolisten wohl kaum ausreichen. Dagegen vermindert das System der Reglementierung die Zahl der Käufer und infolgedessen sind die Verkäufer gezwungen ihre Preise zu erniedrigen; dann ist es eine Anzahl Privilegierter, die den Nutzen davon hat und die gefürchteten Folgen sind eher möglich, als wenn die Zahl der Käufer groß ist. Zwar können auch bei der freien Konkurrenz Preissteigerungen erfolgen; wurden sie aber durch das Prohibitivsystem vermieden? Vergleicht man die letzte Mißwachperiode mit der gegen-

wärtigen, so wird man nicht finden, daß der Preis in der ersteren geringer war als in der zweiten. Und nach Proklamierung der Freiheit sanken die Preise immer. Der livornesische Handel würde sich nicht auf großartige Spekulationen eingelassen haben, wäre er statt der Konkurrenz zahlreicher Käufer sicher zu sein, auf die Willkür eines einzigen, wenn auch noch so bedeutenden angewiesen gewesen. „Il rincaro del prezzo quando è libro, non deve spaventare, anzi produce nei generi necessari il massimo bene, che è quello di far concorrere da ogni parte il detto genere; e questo concorso è il solo mezzo per ridurre il prezzo. Quando il commercio è libero, il prezzo non è altro che il vero risultato delle circostanze nelle quali si trova la relativa merce con i bisogni e la possibilità di consumarla. Questo risultato ogni qual volta venga con regolamenti alterato, scompone la proporzione e cagiona maggiore disordine.“ Es ist ein großer Fehler zu glauben, daß bei niedrigen Preisen der Arme prosperiert und daß er durch deren Erhöhung belastet wird. Denn die unausbleibliche Folge ist zugleich eine Verkehrssteigerung, welche die Preise wieder sinken läßt. Der gesteigerte Ertrag jeder Betätigung stellt das Verhältnis wieder her, während es keineswegs die niedern Preise sind, die den Wohlstand fördern. Ferner sind beim Prohibitivsystem die Preisschwankungen viel plötzlicher und größer als beim Freihandel, da man es im ersteren Fall mit einer kleineren Getreidemasse, nämlich mit der unsrigen, getrennt von der der andern Nationen, zu tun hat, und jede wirkliche wie vermeintliche Veränderung augenblicklicher und mehr fühlbar wird, als wenn das unsrige mit dem der handeltreibenden Nationen zusammenfließt. Das alles ist ein Beweis dafür, daß das System des Freihandels vorteilhaft ist und die Vorurteile dagegen nicht stichhaltig sind.

Den Einwurf, daß bei Freigabe des Bäckergerwerbes an manchen Orten solche Verkäufer fehlen würden, widerlegt Neri mit dem Hinweis auf die natürliche Gewinnsucht des Menschen, betont, daß gerade die freie Konkurrenz nicht nur auf den Preis,

sondern auch auf die Qualität und das Gewicht des Brotes einen vorteilhaften, unter dem Zwangssystem nie möglichen Einfluß haben werde und jeder Mißbrauch und jede Habgier der Bäcker würden sich selber strafen. Magazine des Staates aber seien neben denen der Privatleute durchaus überflüssig und außerdem für den Staat von großen Kosten begleitet.

In lichtvoller Weise setzte so der größte toskanische Oekonomist des 18. Jahrhunderts die Prinzipien der liberalen Doktrin jedermann verständlich auseinander; und erst jetzt nachdem ihm die Oeffentlichkeit genügend auf das große Ereignis vorbereitet erschien, schritt der Großherzog zum Erlaß des entscheidenden Dekrets. In einer Reihe von Sitzungen mit der unter Neri Präsidentschaft eingesetzten Kommission zur Reform des Annonarsystems waren die einzelnen Fragen festgestellt und von Leopold geändert oder approbiert worden. Nachdem sie auf diese Weise klar umschrieben waren, entwarf Neri die erste Redaktion des allgemeinen Erlasses wie der Spezialbestimmungen für die Städte Florenz, Siena, Pisa, Livorno und Pistoia, indessen er Punkt für Punkt durch spezielle Erläuterungen klarlegte. Ein in letzter Stunde eingetroffener und mit dem Hinweis auf die in der Maremma bisher gemachten Erfahrungen abmahnender Bericht des Generalauditors Bertolini fand keine Berücksichtigung mehr, sondern beschleunigte nur den Erlaß. Bei der Besprechung des im allgemeinen approbierten Entwurfes des Generaledikts wie der Bestimmungen für die Abundanzbehörde zeigte der jugendliche Großherzog, der mit Rosenberg Punkt für Punkt durchlas und seine Einwürfe machte, daß er selbständiges Urteil besaß. Er wünschte nur ein allgemeines Edikt, ohne die Reglemente für die Städte, er wollte die Teuerungsbehörde vollständig beseitigen, und schließlich war er der Meinung, das Brot in den kleinen Ortschaften zu tarifiren, während Neri umgekehrt dies nur für die großen vorgesehen hatte. In den ersten Punkten gab er im ganzen nach; aber am dritten hielt er unbedingt fest, da er nicht begreifen konnte, daß die Konkurrenz in den kleinen Ortschaften

besser wirke als in den großen. Gianni, den er befragte, war für absolute Freiheit des Preises. Erst im Zusammenarbeiten mit Tavanti setzte er seinen — richtigen — Standpunkt durch. Tavanti arbeitete dann unter Mithilfe Leopolds selber und Rosenbergs den ersten Entwurf nochmals um. Am 18. September 1767 ist das wichtigste Gesetz Toskanas im 18. Jahrhundert erschienen: eine neue Zeit brach für das Land an.

Einfach und schlicht hebt das berühmte Gesetz an: „Da uns bekannt ist, wie schädlich und drückend für das Volk die Steuern und Monopole sind, denen die Fabrikation und der Verkauf des Brotes unterliegen, so haben wir beschlossen mehrere Erleichterungen und Freiheiten zu gewähren, nicht nur für Fabrikation, Verkauf und Transport des Brotes, sondern auch für den Verkauf, Handel und Transport von Weizen, Korn und deren Mehl, die wir auf jede mögliche Weise zur Förderung des Anbaus in unsern Staaten zu begünstigen und zu ermuntern wünschen.“ Alle Steuern auf alle Brotsorten, Mehlsorten und Mehlspeisen, die Tassa del segno vor allem, dann an den Orten, die die Tassa del Macinato bezahlen, die Steuer der Polizza auf das Brot der öffentlichen Backöfen, weiter alle sonstigen, königlichen wie kommunalen Taxen auf Brot und Mehlspeisen, alle Monopole jeder Art werden aufgehoben; der Verkehr damit ist völlig frei. Jedermann kann eine Bäckerei eröffnen ohne eine Taxe zu bezahlen, indem er sich beim Richter oder Abundanzbeamten einschreiben läßt; er hat sein Gewerbe gut und getreulich auszuüben. Dem Richter und Abundanzbeamten des Ortes steht die Durchsuchung seines Ofens, Lokals, seiner Magazine frei; einen Monat, bevor er von seinem Gewerbe zurücktreten will, hat er Meldung zu erstatten. Preis, Qualität und Gewicht des von den Bäckern zu backenden Brotes werden von den jeweiligen Richtern und Abundanzbeamten des Ortes bestimmt; geringwertigeres Brot kann für Privatgebrauch gebacken, aber ohne spezielle Erlaubnis nicht verkauft werden.

Um immer mehr den Ackerbau und den Getreidehandel

zu ermutigen, ist Kauf und Verkauf im Innern des Großherzogtums frei, ebenso der Verkehr im ganzen Territorium. Alle Zölle, königliche wie kommunale des Inlandes werden aufgehoben. Jeder Ausfuhrzoll auf Getreide und Mehl aller Art in der Zeit, wo der Export erlaubt ist, fällt dahin; nur die kostenlose Deklaration an der letzten Zollstation ist notwendig. Jeder Einfuhrzoll für fremdes Getreide hört eo ipso auf, wenn das einheimische Korn den Preis von 15 Lire pro Sack überschreitet, auf die Erklärung des obersten Abundanzbeamten hin. Die Hafengebühr zu Livorno ist aber immer zu bezahlen. Wenn aber das einheimische Korn unter 15 Lire kostet, so ist pro Sack Weizen ein, Einfuhrzoll von 30 Soldi, für Korn 20 Soldi zu bezahlen; hernach wird das Getreide als einheimisches betrachtet. Der Transitzoll bleibt unverändert. Die Ausfuhr ist gestattet, solange der Preis auf den einheimischen Märkten nicht 14 Lire pro Sack übersteigt; geschieht dies aber, so hört die Ausfuhrerlaubnis sofort auf. Nur für die senesische Maremma bleibt die Ausfuhr immer frei.

Wie man sieht, waren auch jetzt noch nicht alle Schranken gefallen; noch wurde Preis und Gewicht des Brotes vorgeschrieben, und vor allem noch wurde die Ausfuhr von einem Preismaximum abhängig gemacht. Aber das alles tritt zurück, weit zurück hinter der Ueberlegung, daß die Annona zertrümmert am Boden lag. Ein halbes Jahrtausend war der toskanische Bauernstand den Interessen der Hauptstadt Florenz aufgeopfert, rücksichtslos aufgeopfert worden; ein ganzes Territorium war der stolzen Metropole zu Füßen gelegen, hatte sein Herzblut hergegeben, um der Florentiner Industrie zu einer Weltstellung zu verhelfen; eine weite Landschaft hatte gelitten und gearbeitet, Jahrhunderte hindurch umsonst, um einer Stadt eine unmöglich zurückzugewinnende Blüte zu verschaffen. Jetzt endlich war der Tag der Befreiung angebrochen; aber auch der Tag der Vergeltung. Ob jemand wohl damals eine Ahnung hatte von der historischen Bedeutsamkeit dieses Gesetzes? Großherzog Leopold und seine nächsten Ratgeber sicher, wie

wir noch sehen werden. Denn die Bedeutung desselben? Es ist der Anfang und zugleich die wichtigste Grundlage für die Dekapitalisierung von Florenz; denn gegen Florenz richtete sich das Gesetz, oder richtiger, die Folgen desselben; damit hört die wirtschaftliche Vormacht der Kapitale auf, die seit Jahrhunderten ein Nonsens war, spät, dafür aber gründlich. Und frei ist die Bahn geworden für den Aufstieg der toskanischen Agrikultur, die einzig die Basis für einen Neuaufschwung des herabgesunkenen Landes sein konnte.

Und damit der Wandel der Zeiten noch prononcierter zum Ausdruck komme, sehen wir unter dem allbeherrschenden Einfluß der physiokratischen Ideen bereits die städtefeindliche, nicht bloß agrarfreundliche Tendenz der leopoldinischen Zoll- und Finanzpolitik sich ausprägen. Allzuwenig ist bisher die Tatsache gewürdigt worden, daß die Städte Florenz, Siena, Pisa, Livorno und Pistoia ihre besondern Verordnungen erhielten. Schon das Generaledikt hatte darauf hingewiesen, daß die lokalen Verhältnisse dort eine besondere Regelung erforderten, es hatte auch gleichzeitig bestimmt, daß in die Städte eingeführtes Brot an den Toren einen Zoll von 8 Denari per Pfund bezahlen müsse, während die Ausfuhr zollfrei war. Das muß uns schon stutzig machen; wegen der Freiheit von Gewicht, Preis und Qualität wären doch für die Städte besondere Erlasse kaum notwendig gewesen. Das Rätsel löst sich, wenn wir sehen, daß zwar wie auf der Landschaft, die Steuern und Taxen auf Brot, Mehl usw., die Monopole verschwanden, daß aber gleichzeitig per indennizzare le casse interessate ein neuer, für die einzelnen Städte verschiedener Zoll auf Mehl festgesetzt, beziehungsweise der alte Zollsatz entsprechend erhöht wurde. Keine Tatsache aus der 25jährigen Regierungszeit Großherzog Leopolds zeigt deutlicher, wie gering die physiokratischen Staatsmänner Toskanas das Gedeihen der Industrie und insbesondere von Florenz für die allgemeine Regeneration ihres Landes einschätzten. Das

war die totale Umkehrung des früheren Verhältnisses: noch eben der einzig begünstigte Faktor im toskanischen Wirtschaftsleben, verliert Florenz nicht bloß durch Zertrümmerung des Annonsystems diese Ausnahmestellung, sondern es wird, zugleich mit den andern Städten, mit seiner finanziellen Kraft in den Dienst der Agrikultur, der vorher geknechteten Landschaft gestellt. Und das ist die Bedeutung der Erlasse von 1767.

Mit der Vorsicht, die den leopoldinischen Reformen fast stets eigen gewesen ist, und die dem Großherzog so viele Erfolge beschieden hat, wo andere gescheitert sind, ging die liberale Reform im Annonarwesen weiter ihre Bahn. Die Abundanzbehörden wurden 1768 zu einer zusammengezogen und verschwanden schließlich ganz, ebenso ihre Funktionen; die Reglemente über Gewicht, Form, Preis usw. des Brotes wurden abgeschafft und schließlich trat 1783 an Stelle der alten Annona ein von Leopold selber ausgearbeitetes Regulativ, wonach von dem gesamten Annonarwesen nichts übrig blieb als die Handhabung der Sanitätspolizei im Fall verdorbener Ware.

All das ist hier für uns von nebensächlichem Interesse; für uns kommen nur noch zwei Reformen der Annonargesetzgebung in Betracht. Alle Anzeichen weisen deutlich daraufhin, daß, seitdem der junge Herrscher die Zügel der Regierung ergriffen hatte, sich die fähigsten Staatsmänner aus der Zeit Franz II., Neri, Gianni, Tavanti und andere sich eifrigst darum bemühten, den Großherzog wie auch Rosenberg für ihre Wirtschaftsanschauungen zu gewinnen. Ehrgeizige Köpfe sind sie alle gewesen, am meisten Gianni, die hofften, den überragenden Einfluß bei der Reform und das Verdienst dabei zu gewinnen. Es hat zweifellos damals ein erbitterter Kampf stattgefunden zwischen den Physiokraten Neri und Tavanti und dem Hochschutzzöllner Gianni. Wenn man später sieht, wie Gianni mit unglaublicher Kunst alle Tatsachen zu Beweisen für seine An-

sicht zu verdichten verstand, er, der schlagfertigste und intelligenteste Ratgeber der leopoldinischen Aera, dann wird man nicht zweifeln dürfen, daß Neri und Tavanti einen schweren Stand gehabt haben müssen, bis der Einfluß Giannis endlich niedergerungen und der Großherzog für ihre Anschauung gewonnen war. Im Kampfe gegen die alte konservative Richtung haben wohl beide Parteien zusammen gefochten; die liberale Reform wollten beide. Ihren vereinten Kräften erlag schon zu Anfang von Leopolds Herrschaft die Annona und die Vorherrschaft der Hauptstadt, die beiden als das gewaltigste Hindernis für das toskanische Risorgimento erschienen. Dann aber als es sich darum handelte das neue ökonomische Gebäude aufzurichten, zeigte sich unüberbrückbar der Zwiespalt der beiden Theorien. Die erste wichtige Frage zeigte das deutlich; es war diejenige, ob der 1767 beibehaltene Einfuhrzoll auf ausländisches Getreide aufrecht erhalten werden sollte oder nicht. Eigentlich wäre es die notwendige Folge der Erkenntnis gewesen, daß die toskanische Landwirtschaft mit allen möglichen Mitteln gefördert werden müsse, daß man an dem Schutzzoll von 30 bzw. 20 Soldi pro Sack festgehalten hätte, und Gianni wird nicht verfehlt haben, dem Großherzog diese logische Konsequenz wie auch die Vorteile derselben zu beleuchten. Aber andererseits entsprach es mehr der biege- und behutsameren Natur Leopolds, wenn es immer anging, nicht gleich von einem Extrem ins andere überzuspringen; sein Charakter besaß nicht die stählerne, selbstsichere Härte eines Gianni; sein wohlwollendes Herz drängte ihn dahin, die Lebensmittel seines Volkes nicht zu verteuern. Und gerade in jener Zeit stieg das Ansehen der Physiokratie zum Zenit empor, als kurze Zeit nachher mit Turgot die Staatsleitung Frankreichs in ihre Hände kam; die toskanischen Freihändler, zumal Neri, waren Gianni an Talent ebenbürtig, an Einfluß bei Leopold überlegen. So ist denn am 25. Februar 1771 von Pisa aus das Dekret ergangen, das mit Ausnahme der livornesischen Hafengebühren und der städtischen Torzölle die Einfuhrzölle auf fremdes Getreide aufhob, eine Ent-



scheidung, die Leopold durch die Erwägung erleichtert worden sein mag, daß damals die Bedingungen für den Getreidehandel ungünstig erschienen: die polnische Getreideausfuhr nur über Danzig geleitet; Frankreich schwankend zwischen Aufhebung und Verbot des Getreidehandels; Russen und Türken miteinander im Krieg; die Schifffahrt auf dem Mittelmeer infolgedessen gefährdet; das Korn der Levante und der Barberei für die Heere benötigt, dazu die toskanischen Unternehmer noch nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Gianni mit seiner Schutzzollpolitik war unterlegen<sup>2</sup>.

Die zweite, die große Reform im wesentlichen abschließende Maßnahme erfolgte im Jahre 1775, als nach wirksamer literarischer Vorbereitung durch den Leopold nahestehenden wackern Pfarrherrn Paoletti von Villamagna auch noch die letzte Fessel fiel, die der freien Ausfuhr, dem freien Verkehr mit Cerealien im Wege stand, eben jenes 1767 noch festgehaltene Preismaximum, bis zu dem der Export erlaubt war; gleichzeitig wurde die Freiheit der Einfuhr nochmals ausdrücklich bestätigt. Seit 1775 also war auch gesetzlich der vollkommen freie Verkehr mit Getreide eine vollendete Tatsache geworden; faktisch war er es bereits seit 1767, indem jenes die Ausfuhr beschränkende Preismaximum, mehr eine Konzession an ängstliche und von Vorurteilen gedrückte Gemüter niemals in Anwendung gekommen war<sup>3</sup>.

Die Annona, die alte Wirtschaftsordnung lag am Boden, und auf ihren Trümmern erhob sich nun der stolze, in seinen Grundlagen einheitliche neue Wirtschaftsbau Leopolds. Vor-

---

2. In Ermangelung archivalischen Materials für diese Zeit (siehe unten) sind beachtenswert die Äußerungen des gutunterrichteten A. Paolini. Siehe: *Raccolta degli economisti toscani. Scritti di Pubblica Economia degli Accademici Georgofili*. Herausgegeben von A. Morena. Vol. II, S. 47 ff., S. 161 ff.

3. Ueber die Getreidepreise vor und nach der Reform siehe Fabbroni: *Dei Provvedimenti annonari* (*Raccolta degli economisti toscani*, Vol. I. 2, S. 137 ff.).

sichtig, fast übervorsichtig war die Durchführung vor sich gegangen, um alte Interessen und Vorurteile nicht allzu plötzlich und allzu schroff beiseite zu schieben. Es ist wesentlich fremder, französischer, physiokratischer Geist gewesen, der diese größte Umwälzung im toskanischen Wirtschaftsleben getragen und befruchtet hat; der Einfluß Bandinis ist praktisch ein geringer gewesen, theoretisch ist er verschwindend. Nicht auf ihn, sondern auf die Franzosen hatte sein größter, aber in neue Bahnen übergetretener Schüler und Freund Neri hingewiesen.

Der Untergang des Annonarsystems ist aber gleichzeitig der erste Grundpfeiler geworden für die neue Zollpolitik und hat daher hier eine ausführlichere Besprechung gefunden. Im Verkehr mit den wichtigsten Produkten des Ackerbaus hat zuerst das Grundprinzip der leopoldinischen Zollpolitik, die Einräumung möglicher Freiheit seinen symptomatischen Ausdruck und interessantesten Niederschlag gefunden; hier trat mächtig zum erstenmal in die Erscheinung, daß die staatliche Zollpolitik nicht mehr im Dienste einer unfruchtbaren, unmöglichen und ruinierenden Begünstigung einer lokal beschränkten Industrie stehe, sondern daß sie ihre wahre Aufgabe in der Förderung der einzig in weiterem Umfange in Betracht kommenden Erwerbsquelle, des Ackerbaus gefunden habe. Und auf dieser Bahn ging es nun weiter.

War die Abschaffung des Annonarsystems zwar wesentlich Vorbedingung und Grundlage für eine allgemeine Revision der Zolltarife gewesen, wie sie sich schon die Regierung Franz' II. gegen ihr Ende hin gestellt hatte und wie sie Leopold in weitestem Umfang durchzuführen unternahm, so wurde doch diese Reform gleichzeitig mit der des Teuerungswesens in Angriff genommen, indem durch Erlaß vom 25. November 1766 eine Finanzkommission eingesetzt wurde, bestehend aus Giambattista Uguccioni, Giov. Federighi, A. Serristori, F. M. Gianni, Filippo Neri, Gius. Gavard, mit Fr. Pecci als Präsident und

A. Tavanti als Sekretär. In Kommissionen, wie wir noch des öftern sehen werden, werden in der Zeit Leopolds die größten Reformen durchberaten. Die Aufgabe dieser war vor allem die Revision der Zollgesetzgebung. Während indessen die Abundanzkommission im Jahre 1767 im wesentlichen ihre Aufgabe gelöst hatte, ziehen sich die Arbeiten dieser Finanzkommission über drei Lustren hin und haben ihren Abschluß erst im allgemeinen Zollltarif von 1781 gefunden. Leider — und es war dies eine der größten Enttäuschungen für den Verfasser dieser Schrift — scheint das gesamte archivalische Material über diese interessante Reform verloren gegangen zu sein, so daß wir fast ausschließlich auf die gedruckten Erlasse aus dieser Zeit und auf den Zollltarif von 1781 angewiesen sind; und all die Nachrichten über die zweifellos interessanten Kämpfe, die im Schoße dieser Kommission getobt haben, die Beweggründe und der Anteil Leopolds usw. bleiben uns verschlossen.

Weshalb die Arbeiten dieser Kommission weit mehr Mühe und Zeit in Anspruch nahmen als die der Abundanzkommission, ist soweit klar. Die Abschaffung der Annona war ihrer Natur nach mehr eine Maßregel negativer Art; es war der Kampf zweier Wirtschafts- und Weltanschauungen, der dort zum Ausdruck kam. Nachdem aber einmal das Prinzip der Freiheit die Oberhand gewonnen hatte, bestand die Hauptaufgabe in einem vorsichtigen Abbau der bisherigen Institutionen. Die Sache komplizierte sich aber sofort in der umfangreichsten Weise, als es wohl auch zu einem — allerdings teilweise schon entschiedenen — Austrag zweier Anschauungen kam, gleichzeitig aber eine beinahe unübersehbare Masse positiver Detailarbeit und Untersuchungen, wie sie ein neuer allgemeiner, dazu noch nach völlig andern Prinzipien aufgebauter Zollltarif erforderte, nötig wurde. Ein gewaltiges Material war da zu sichten, eine möglichst genaue statistische Aufnahme der ökonomischen Verhältnisse des Landes, die Erwägung einer Unmenge von nicht unwichtigen Detailfragen mußte vorausgehen; die ganze komplizierte, irra-

tionale Maschinerie des alten Zollwesens mußte in ihren Einzelheiten klargelegt, durchgearbeitet und nach den neuen Gesichtspunkten umgearbeitet werden. Wir haben ja im ersten Kapitel dieses ungleichförmige, unübersichtliche, in den abstrusesten Barokformen gehaltene Zollwesen oder besser Zollunwesen mit den vielen verkehrshindernden und belastenden Binnenzöllen kennen gelernt.

Zuerst galt es übrigens eine Vorfrage zu lösen: die Abschaffung der Finanzpacht und die Uebernahme der verpachteten Finanzzweige in großherzogliche Verwaltung. War es doch jeweils gerade diese Pacht gewesen, die jeder größeren Reform im Wege gestanden hatte und von Richecourt daher so gehaßt worden war. Einer so tiefgreifenden Wandlung nun gar, wie sie Leopold und die Finanzkommission vorbereiteten, mußte ein derartiges Hemmnis auf Schritt und Tritt lästig werden. Daher denn die Kommission zur Aufhebung der Pacht riet, was Leopold seit Ende 1767 in Aussicht nahm und die nötigen Anordnungen traf. Auch sonst wäre eine Verlängerung derselben keineswegs motiviert gewesen; keine Gründe administrativ-technischer Natur lagen mehr wie einstmals vor. Sie hatte die im Jahre 1739 mit vielen Mißbräuchen behaftete schlaaffe Finanzverwaltung mit den vielen Durchstechereien von seiten der Beamten durchaus verbessert, einen regelmäßigeren, exakteren Geschäftsgang, genauere Beachtung der Gesetze durchgeführt; die Uebersicht über die Einnahmen war durchsichtiger geworden. Und die Weiterführung der Pacht konnte auch aus kreditpolitischen Gründen nicht in Betracht kommen, weil man nicht, wie es in Frankreich der Fall war, Vorschüsse von den Generalpächtern hätte erwarten können, da diese selber für ihren Anteil die Börse anderer hatten in Anspruch nehmen müssen. Dagegen machte Tavanti den Großherzog darauf aufmerksam, wieviel vorteilhafter die Regie sein würde, indem die Gerichte mit weniger Vorurteilen und Feindseligkeit als gegen die Generalpächter auftreten, die Beamten pflichteifriger sein würden, daß der Souverän besser von seinen wahren Interessen

unterrichtet würde, wenn er unmittelbar Einsicht in die Verwaltung und die schönste Prämrogative der Krone, die Beamtenstellen selbst zu besetzen, in die Hand bekomme, daß der Profit der Generalpächter dem königl. Aerar zugute kommen würde und daß vor allem der Fürst bei den ihm vorteilhaft erscheinenden Veränderungen viel leichter vorgehen könne, als wenn er fürchten müsse, den Generalpächter zu schädigen oder seiner Opposition zu begegnen.

Daß Leopold freilich keineswegs gewillt war, wieder in die schlaaffe Regierungsweise eines Johann Gasto zurückzufallen, das zeigt sein ganz zu Anfang seiner Regierung erlassener Befehl, die Wagen und Karossen der Privatleute wie des Großherzogs selber genau zu visitieren und die Schmuggler streng zu bestrafen. Die Abschaffung der Finanzpacht, die in der Tat durch Dekret vom 26. August 1768 erfolgte, machte keine großen Schwierigkeiten; wie schon oben gesagt wurde, war sie, da der Großherzog selbst 17 von den 20 Pacht- und Gewinnanteilen sich reserviert hatte, eigentlich bereits Regie. Die Auszahlung der vertraglich bestimmten Entschädigungssumme von 45 000 Lire an die drei Generalpächter war das wichtigste. Die Einzelpachten blieben ungekündigt und wurden meist bei ihrem Ablauf nicht mehr erneuert.

Schwieriger schon war die Frage, wie nun die Verwaltung der Finanzen zu gestalten sei. Auf den Rat Tavantis und Rosenbergs, die definitive Gestaltung erst vorzunehmen, nachdem die großen Reformen abgeschlossen seien, hat Leopold auf jegliche weitergehende Veränderung verzichtet und das ganze administrative System übernommen, wie es vorlag. An die Spitze der in drei Departemente geteilten Verwaltung stellte er den früheren Generalpächter A. Serristori, den tüchtigen, im Pachtsystem emporgekommenen Savoyarden Gavard des Pivets und den sonst unbekannten N. Siminetti als Generaladministratoren mit ausgedehnten Befugnissen. Sie hatten an den kgl. Schatz alle Quartale zunächst L. 1,615,183.6.3, jährlich L. 6,460,733.5—abzuführen, 267,889.13.6 mehr als die letzte Pacht betragen

hatte; das Eisenmonopol und einige andere Erträge kamen nämlich noch hinzu. An die Gemeinden und einzelne Behörden hatten sie außerdem die jährliche Summe von L. 486,001.11.10 zu bezahlen<sup>4</sup>.

Damit war für die Finanzkommission und ihre Arbeiten freie Bahn geschaffen; waren doch die Zolleinnahmen stets die Grundlage der Pachten gewesen. Mit frischem Mute machte sie sich an die Ausarbeitung einer Uebersicht über die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen des Landes, über den Stand von Ackerbau und Industrie und ihre auswärtigen Beziehungen, um für den künftigen Zolltarif eine feste Unterlage zu haben. Aus diesen Arbeiten ist die allgemeine Handelsbilanz von 1762 hervorgegangen, die Leopold in fünf mächtigen Bänden mit den nötigen Erläuterungen für jeden wichtigen Artikel vorlag, Transit, Ausfuhr, Einfuhr und Verkehr zwischen den einzelnen Provinzen. Danach warf der Transitverkehr einen Zollertrag von L. 839,509.1.— ab, fast gleichviel wie Aus- und Einfuhrzölle zusammen, davon allein auf Livorno L. 428,573 entfielen. Der Wert der exportierten Waren betrug nach dem Register Lire 12,160,900, der Zoll davon 339,732,5; derjenige des Imports 13, 476,617, der Zoll 572,928.19.—. Die Verfasser dieser Bilanz erklärten aber, daß diese Unterbilanz nicht zu Recht bestünde, vielmehr der toskanische Handel ein aktiver sei, da die vielen Betrügereien und der ausgedehnte

---

4. Das Material zur Geschichte der Aufhebung der Finanzpacht findet sich in Gabinetto, Filza 75. Der Name Tavanti findet sich zwar nicht, es kann aber nicht zweifelhaft sein, daß er der Verfasser der Relationen Nr. A und B war. Der jährliche Gewinn der drei Generalpächter wird in Nr. C auf 120,979.15.9 Lire angegeben. In Nr. J wird die von den Franzosen eingeführte Methode der Buchführung als nicht gut bezeichnet. Nr. L oder 8 gibt einen kurzen Abriß Rosenbergs von 1768 über die Prinzipien der Finanzverwaltung, zugleich seine Beurteilung der Relation Tavantis Nr. A und B. Nr. 9 enthält das Reglement für die neue Verwaltung. Nr. 10 gibt einen Ueberblick über die Finanzzweige derselben und die abzuliefernden Beträge.

Schmuggel nicht in den Zollregistern, die als Basis dieser Berechnung vorlagen, gebucht seien. Der Innenhandel zwischen den Provinzen zeigte einen Wert von L. 9,723,323; die Binnenzölle davon betrugen L. 313,720.6.

Und noch etwas ergab sich aus diesen Registern, was den Behauptungen Neris nun den aktenmäßigen Beweis lieferte und Leopold in seinen Reformplänen nur noch bestärken konnte. Es ergab sich, daß — abgesehen allerdings von den Erzeugnissen der Seidenindustrie, die nicht weniger als  $\frac{1}{3}$  des gesamten Exports bestritten, eine einzige, allerdings die weitaus größte Seidensorte L. 4,349,520 — trotz aller Hindernisse und Verbote der Verkehr mit den Produkten des Ackerbaus weit aus im Vordergrund stand<sup>5</sup>.

Das Jahr 1762 wurde für die Aufstellung dieser Handelsbilanz gewählt, weil man es unter den zunächst liegenden in bezug auf die äußeren und inneren Zustände für das normalste und instruktivste hielt. Mit gewaltiger Mühe, aber auch mit Methode und Geschicklichkeit, wie selbst die Gegner zugaben, wurde dieses Werk durchgeführt; aber wie Paolini, der Mitarbeiter Giannis, zweifellos mit Recht bemerkt, ein genaues Bild von der ökonomischen Lage Toskanas vermochte es doch nicht zu geben<sup>6</sup>. Denn — abgesehen von mehreren Gründen allgemeiner Natur — die in den verschiedensten Händen liegen-

---

5. Siehe Tariffa delle Gabelle Toscane. Firenze 1781. S. LVIII f. Durch Erlaß vom 25. Nov. 1766 wurde die Abfassung der Register befohlen; 1768 waren sie fertig. Darauf Befehl che fosse compilata una riforma delle tariffe e delle dogane in veduta di fare di tutto il Granducato un solo territorio gabellabile. Die Register haben sich im Archiv gefunden. Gabinetto, Filza 101—105. Obige Zahlen sind ihnen entnommen. Siehe besonders F. 101, S. 196, 200; F. 102, S. 37; F. 103, S. 354; F. 105, S. 147. Die obenerwähnte Summe für die Ausfuhr einer Seidensorte, drappo schietto, siehe F. 102, S. 30. Ich sehe davon ab, weitere Zahlen anzuführen.

6. Siehe die bereits zitierte Schrift Paolinis in Raccolta degli economisti toscani, herausg. v. A. Morena, Vol. II, S. 47 f. „Della polizia commerciale nel Governo del Granduca Leopoldo I.“

den Zollregister, die nach allem, nur nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt waren, waren mehr Denkmäler der staatlichen und kommunalen Fiskalität als eine passende Unterlage für eine Handelsbilanz. Verschiedene Prinzipien und Maximen der Zollerhebung, Unklarheit in der Buchhaltung machten es unumgänglich, daß manchmal das Wahrscheinliche und weniger Falsche an Stelle des Sichern treten mußte, an Stelle genauer Buchführung mündliche Tradition. So bot denn das große Werk genügend Anhaltspunkte für die mit unversöhnlichen Anschauungen einander entgegentretenden Mitglieder der Kommission, daß eben jeder aus der Bilanz herauslas, was seinen Ansichten Halt verlieh. Denn jetzt entbrannte, wie früher schon erwähnt wurde, erst in voller Heftigkeit der Kampf zwischen den über die konservative Partei siegreichen Physiokraten und Schutzzöllnern; das hat die schnelle Redaktion des Zolltarifs zweifellos auch nicht wenig verzögert, ja, wenn wir Paolini glauben dürfen, war das die Hauptursache. Wie bereits gesagt, waren die Hauptvertreter der verschiedenen Wirtschaftsanschauungen Neri und Tavanti einerseits, Gianni andererseits. Insbesondere ist wohl Tavanti damals mehr in den Vordergrund getreten, während Neri mehr sekundierte. Die Gründe, warum die physiokratische Partei mehr und mehr an Boden gewann und schließlich den Sieg davontrug, sind bereits oben klargelegt worden. Uebrigens scheint diese Partei auch recht gut operiert zu haben, indem sie die wohlwollende, für Freiheit und Gedeihen seines Volkes schwärmende Gesinnung des Großherzogs für ihre Sache und Doktrin geschickt ausnützte. Indem sie ihn, der den Erlaß des allgemeinen Zolltarifes und -gesetzes nicht erwarten konnte, veranlaßten, als Probe vorher einzelne volkstümliche Gesetze zu erlassen, die in freihändlerischem Sinne gehalten waren, legten sie so die Grundlagen des neuen Tarifes in ihrem Sinne; das freihändlerische Prinzip gewann die Oberhand<sup>7</sup>. Langsam

---

7. Paolini a. a. O. Er gibt die einzigen Nachrichten über den



rückte so die große Arbeit ihrer Vollendung entgegen. Der von der Kommission ausgearbeitete Entwurf wurde der Beurteilung Tavantis übergeben; er scheint übrigens, als Finanzminister mit Recht, die allgemeine Direktion der Revisionsarbeit in den Händen gehabt zu haben<sup>8</sup>. Zweifellos besaß er nach dem 1776 erfolgten Tode Neris das Vertrauen seines von den gleichen Idealen beseelten Herrn im vollsten Maße, während Gianni mehr in der Opposition stand, aber durch seine geistige Größe immer und immer wieder das Interesse Leopolds zu fesseln verstand.

1779 war der Tarif fertiggestellt; es entsprach vollkommen der konstitutionellen Gesinnung des Großherzogs, der immer gern die Allgemeinheit für seine Projekte interessieren und zur Mitarbeit heranziehen wollte, daß, bevor derselbe in Kraft trat, ein Exemplar in der Gemeindegemeindekammer von Florenz der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Die Verordnung, die dies ankündigte, machte zugleich darauf aufmerksam, daß der neue Tarif verschiedene tiefgreifende Änderungen und Abweichungen vom bisherigen bringen würde, daß die bisher verbotene Einfuhr von Wollstoffen, Seide, Leder, Papier usw. gegen eine Zollgebühr gestattet, gleichzeitig die ebenfalls verbotene Ausfuhr verschiedener Rohprodukte gegen Zollentrichtung erlaubt werden sollte. Jedermann und insbesondere die meistinteressierten Zünfte wurden eingeladen, ihre Bedenken dagegen schriftlich einzureichen.

Es wäre recht interessant zu wissen, ob und in welchem Umfang solche Petitionen eingereicht wurden, wie weit sie auf die schließliche Gestaltung des Tarifs eingewirkt haben. Leider ist nichts darüber bekannt; es scheint übrigens nicht der Fall

---

Zwist bei der Abfassung des Tarifs von 1781. Soweit eine Kontrolle seiner Berichte möglich war, habe ich ihn unbedingt zuverlässig gefunden. Ueber den Verdacht der Fälschung, den Morena ausgesprochen hat, ist er unbedingt erhaben. Siehe weiter unten.

8. Vgl. L. Pignotti: *Elogio storico di A. Tavanti*, 2. Aufl. Florenz 1846, S. 48 f.

gewesen zu sein. Nur eine Schrift, eine Verteidigungsschrift desselben, ist im Druck erschienen: von Sarchiani, dem literarischen Verfechter der Ideen seines Meisters Tavanti. Davon soll nachher noch die Rede sein.

Denn jetzt haben wir unsern Blick nochmals rückwärts zu wenden, um, wenn auch nur kurz, noch die partiellen Aenderungen der toskanischen Zollgesetzgebung vor dem neuen Tarif an uns vorüberziehen zu lassen<sup>9</sup>.

Die Regentschaftszeit hielt sich in zollpolitischer Beziehung ganz in den Bahnen der alten mediceischen Zeit. Die Einfuhr einer ausgedehnten Reihe von Produkten war gänzlich untersagt, teils um die einheimische Industrie zu schützen, teils der vielen verschiedenartigen Monopole wegen: Salz, Eisen, Tabak, Branntwein, Papier, Spielkarten, falsches Gold und Silber, Mützen, Strümpfe, Bienen, Milch usw. Ebenso blieben die Verbote für den Export von Rohmaterialien aufrecht. Die Gesetze gegen den Schmuggel wurden mehrfach erneuert, was gleichzeitig als Zeichen dafür gelten kann, daß es aller Rigorosität der Zollhandhabung nicht gelingen wollte, dieses rentable Gewerbe zu vernichten. Recht sparsam ging die Regierung um mit den Vergünstigungen bei schlechten Getreide-, Wein- und Oelernten. Immer nur auf ganz beschränkte Zeit werden Zollermäßigungen eingeräumt. Und doch weisen einige, wenn auch seltene Anzeichen auf den Charakter der kommenden Epoche voraus. Insbesondere zeigt sich das in Vergünstigungen, die 1738 der schwer darniederliegenden Wollentuchindustrie zugestanden wurden, die Aufhebung von Ausfuhrzöllen auf Tücher, die Herabsetzung der Binnenzölle, besonders für florentinische Stoffe. Dann hat eine allgemeine Ermäßigung der Binnenzölle auf die Zirkulation von Getreide, Vieh, Oel, Wein und Gemüse zweifellos sehr verkehrsfördernd gewirkt. Die Bewohner der abgelegenen toskanischen Romagna erhielten

---

<sup>9</sup>. Für das Folgende kommen einzig die gedruckten Erlasse in Betracht.

1748 besondere Vergünstigungen. Zollermäßigungen wurden auch einzelnen Zünften, so der Lederindustrie, gewährt.

Schon seit den ersten Jahren der leopoldinischen Regierung machten sich in der Zollpolitik jene Tendenzen bemerkbar, die an Klarheit und Festigkeit stets zunahmen und schließlich im Zolltarif von 1781 kulminierten, demselben wuchtig vorarbeitend. Dahin gehören einmal die Erlasse, die die Einfuhrzölle der für die toskanische Industrie notwendigen Rohmaterialien heruntersetzten oder aufhoben, andererseits die Ausfuhrzölle auf toskanische Fabrikate verminderten und ebenfalls aufhoben, bald für eine bestimmte Zeit, bald für immer. Diese Förderung der nationalen Industrie fand ihren besonders deutlichen Ausdruck, wenn es sich um die Wollentuch- oder die Lederindustrie handelte. So wurde bereits 1766 der Ausfuhrzoll auf Leintücher, falls die Ausfuhr über Livorno stattfand, aufgehoben, 1767 auf Lein-, Hanf-, Woll- und Halbwollfabrikate; 1768 wurde die ausländische Wolle von allen königlichen wie kommunalen Zöllen befreit; im selben Jahre verschwand der Ausfuhrzoll auf toskanische Tuchwaren. Am wichtigsten unter diesen Vergünstigungen waren die vom 5. Februar 1770 und vom 11. Dezember 1775. Alle Leinwand konnte zollfrei exportiert werden; die fremden Linnen jeder Art unterlagen einer einzigen Zollgebühr von  $7\frac{1}{2}\%$  ihres Wertes, den die Eigentümer deklarieren mußten; dieselbe konnte nur an den Zollämtern von Florenz, Livorno, Pistoia und Arezzo erhoben werden. Wenn der Zoll die Angabe des Besitzers für unrichtig hielt, konnte er die Ware mit  $\frac{1}{6}$  Zuschlag kaufen. Nach Zahlung der einzigen Gabelle war die Zirkulation frei. Alle Wolleinfuhr wurde zollfrei erklärt, alle Binnenzölle auf die Zirkulation derselben aufgehoben. Zur Ermunterung der Schafbesitzer wurde die Ausfuhr gegen Zahlung der einzigen — provisorischen — Abgabe von Lire 3.6.8 per 100 Bruttopfund gestattet, unter Aufhebung der bisherigen Ausfuhrverbote. Die toskanischen Tuchfabrikate wurden von jedem Binnen- und Ausfuhrzoll befreit; nur die städtischen Torzölle blieben. Für den Transit fremder Tücher

wurde nur noch eine einzige Gebühr erhoben. Die Prohibition bis dahin verbotener ausländischer Tücher wurde weiterhin aufrecht erhalten; aber es ward vorgesehen, daß trotzdem durch Privileg und spezielle Erlaubnis dieselben eingeführt werden durften; allerdings gegen Erlegung eines Zolles von 16 % ihres Wertes. In einer Tabelle wurden diese Tücher namentlich aufgezählt; die nicht prohibierten, die nicht auf jenem Tarif standen, hatten einen Zoll von 12 % des Wertes zu entrichten, wiederum nach Angabe des Eigentümers und mit Vorkaufsrecht der Zollbehörde. Nach Zahlung des Zolles freie Zirkulation. Den gleichen Gabellen und Vorschriften unterlagen die Seidenewebe und Gespinste, die mit Leinen, Hanf und Baumwolle durchwirkt waren. Kleider, die aus den prohibierten Stoffen gefertigt waren, durften nicht eingeführt werden; bei Zulassung auf Grund von Privilegien usw. bezahlten sie 20 % des Wertes nach Schätzung; die andern Kleider unterlagen einer Taxe von 16 %. Die Ausfuhr von Kleidern war gabellenfrei.

Aehnliche „Begünstigungen“ erlangte die Ledermanufaktur. Schon 1766 wurde die Einfuhr fremder Häute erleichtert, indem der Einfuhrzoll auf  $\frac{1}{3}$  des bisherigen Zollsatzes ermäßigt wurde, für Florenz und den Contado sogar auf  $\frac{1}{4}$ ; alle kommunalen Zölle wurden aufgehoben. Gleichzeitig wurde die 1764 auf drei Jahre gewährte zollfreie Ausfuhr von verarbeitetem Leder perpetuiert und auch die Abgabe aufgehoben, die seit 1645 zugunsten der Kürschnerzunft auf der Fabrikation desselben lastete. Und entsprechend wurde die schon bestehende Erschwerung der Einfuhr von ausländischem Leder, die totale Prohibition ausländischer Lederwaren erneuert. Aehnliche Vergünstigungen erlangte 1770 die senesische Lederindustrie, wobei gleichzeitig die die beiden Staaten trennenden Zollschränken für diese Waren fast gänzlich fielen. Die Ausfuhr von Schafhäuten war weiterhin verboten. 1772 sind alle diese Konzessionen noch erweitert worden; mehrere Abgaben, darunter der Lederstempel, verschwanden, während als Ersatz dafür die fremden Lederwaren mit einem erhöhten Einfuhrzoll belegt

wurden. Der Erlaß vom 28. Oktober 1775 hat dann den Abschluß dieser Vergünstigungen gebracht, indem die Einfuhr und Zirkulation fremder Häute von Großvieh — mit Ausnahme der livornesischen Hafengebühr — von allen königlichen wie kommunalen Zöllen befreit, die Binnen- und Stadtzölle auf die inländischen auf  $\frac{1}{4}$  herabgesetzt und zugleich das Ausfuhrverbot für dieselben erneuert wurden. Der Zoll auf die zur Lederfabrikation nötigen Ingredienzen, Saffian, Rinde usw. wurde ebenfalls allgemein auf  $\frac{1}{4}$  vermindert.

Eine Reihe von Privilegien für andere Industriezweige lassen dieselbe freiheitliche und auslösende Tätigkeit, dieselbe die nationale Industrie fördernde Fürsorge erkennen. Der Ausfuhrzoll für Fayencewaren wurde auf  $\frac{1}{3}$  seines bisherigen Satzes erniedrigt, ebenso für künstliche Blumen, für Glas. Zur Hebung der einheimischen Seifenfabrikation wurden mit Ausnahme der livornesischen Hafengebühr und der Stadtzölle sämtliche Zölle, Ein- und Ausfuhr- wie Binnenzölle auf Seife und Soda aufgehoben, gleichzeitig nicht unbeträchtliche neue Zollsätze angesetzt für die Einfuhr ausländischer Seife ins Territorio Gabellabile, welcher Ausdruck hier 1773 zum erstenmal figurirt; gemeint war damit das gesamte Großherzogtum mit Ausnahme Livornos und einiger geographisch getrennter Orte wie Barga usw. Aehnlicher Natur waren die Vergünstigungen für die Marmorverarbeitung. Die Zollsätze für in Florenz fabrizierte Schokolade wurden herabgesetzt. Alle Binnenzölle mit Ausnahme der Stadtzölle wurden für Tonerde und andere für die Ziegel-, Glas- und Töpferindustrie notwendige Materialien aufgehoben; die Zölle für die Papierwaren erniedrigt, für Stroh Hüte auf  $\frac{1}{5}$  herabgesetzt für die Ausfuhr aus dem Contado, während die übrigen vollständig fielen.

Etwas verwundert ist man nichts von Vergünstigungen für die damals einzig wichtige toskanische Industrie, für die Seidenmanufakturen zu hören. Fast scheint es, als habe man sie trotz der Zölle für konkurrenzfähig gehalten und daher die Reform bis zum Erlaß des allgemeinen Gesetzes und Tarifs verschoben.

Zeigen nun in der Tat eine Reihe dieser Zollermäßigungen und Aufhebungen die industriefördernde Absicht der Regierung, so kann andererseits kein Zweifel sein, daß bereits damals die Zollpolitik Leopolds ganz in physiokratischem Sinne nicht so sehr die Förderung der Produzenten beabsichtigte als vielmehr, zumal wenn man diese Neuerungen mit dem früheren Stand der Verhältnisse vergleicht, eine entschieden konsumentenfreundliche Richtung einschlug. Am klarsten tritt diese Tatsache zutage, wenn wir das Verhalten gegenüber der Wollenindustrie ins Auge fassen. Was wollten alle die Konzessionen, die derselben gemacht wurden, besagen, wenn man bedenkt, daß die bisher rigorose Prohibitivpolitik gegenüber den fremden, besonders englischen und französischen Stoffen einem durchaus nicht überspannten Schutzzoll von 16 % des Wertes wich! Das mußte direkt zu einer Katastrophe für die in der bisherigen Treibhausluft der Prohibition mühsam gedeihende Industrie führen und hat auch dazu geführt. Denn daß die noch festgehaltene Prohibition einiger Stoffe, die nur gemäß Privileg eingeführt werden durften, nur ein Deckmantel gewesen ist, steht fest.

War also schon in der Zollpolitik gegenüber den Erzeugnissen der Industrie die Tendenz der Begünstigung der Konsumenten unverkennbar — und das hieß doch neben den hauptstädtischen Massen des Bauernstandes vor allem —, so erfährt sie erst ihre richtige und ganze Beleuchtung, wenn wir sehen, daß dieselbe Tendenz für den Verkehr mit den Produkten der Agrikultur ebenfalls vorwaltete, wenigstens soweit das eine Begünstigung des Bauernstandes bedeutete. Die Getreidehandelspolitik wurde ihrer besondern Wichtigkeit wegen bereits ausführlicher besprochen. Ihre Folge war unstreitig gewesen, daß die Getreidepreise merklich in die Höhe gingen. Keine andere konnte die Folge der entsprechenden Maßregel für die übrigen agrarischen Erzeugnisse sein. Zweifellos die erste Stelle nehmen unter diesen Veränderungen die Erlasse über den Freihandel mit Vieh ein. 1776 wurden die Ausfuhrzölle ganz bedeutend

heruntergesetzt so daß für Rindvieh und Ochsen per Stück nur noch 4 Lire, für Pferde und Maulesel 1.13.4, für Schafe und Ziegen 5 Soldi, für Schweine 1 Lira Zoll bezahlt werden mußten, und alle übrigen Zölle wegfielen. Dann vom 1. September 1778 an trat vollkommener Freihandel, Zollfreiheit der Einfuhr, des Transits wie der Ausfuhr ein; nur die Stadtzölle wurden aufrecht erhalten. Die Ausfuhr des Weines war schon 1767 gegen Zahlung der Ausfuhrgebelle für immer sichergestellt worden; 1771 wurde dieser Zoll, wenn der Wein von Florenz aus versandt wurde, auf die Hälfte ermäßigt. Für das nächst dem Wein wichtigste Produkt der toskanischen Landwirtschaft, für das Olivenöl, dessen Ausfuhr seit 1769 gesichert worden war, wurden schon 1771 alle Binnenzölle, mit Ausnahme wiederum der Stadtzölle, aufgehoben; der Export unterlag den bisherigen Zollsätzen.

In der den Verkehr mit den weitaus bedeutendsten agrarischen Produkten Toskanas, Getreide, Vieh, Oel und Wein betreffenden Gesetzgebung zeigt sich ebensosehr die von physiokratischen Freihandelsideen durchtränkte, freiheitliche Tendenz der leopoldinischen Zollpolitik, wie die stark vorwaltende Begünstigung des Bauernstandes, der Landwirtschaft. Und wenn auch Wein und Oel nicht von Zöllen befreit worden sind wie Getreide und Vieh, wenn sich auch neben der freien Ausfuhr gleichzeitig der freie Import der fremdländischen Agrarprodukte behauptete und damit eine nicht völlig von bäuerlichen Interessen, sondern damit rivalisierend von den abstrakten physiokratischen Theorien der Zeit beherrschte Politik resultierte, so lehrt doch ein Blick und kurzer Vergleich der Gesetzgebung vor Leopold und der von ihm geschaffenen Wandlung, daß die toskanische Landwirtschaft nach diesen Reformen trotz der fremden Konkurrenz eine ungleich günstigere Position einnahm; daß vor allem die Aufhebung der Exportverbote preissteigend auf die Agrarprodukte, und damit vorteilhaft für die Bauern gewirkt hat.

Und wenn wir schon bei unserer Betrachtung des Unter-

gangs der Annona bemerkt haben, daß die leopoldinische Zollpolitik nicht bloß agrarfreundlich, sondern direkt städtefeindlich auftrat, so können wir auch hier wieder dieselbe Beobachtung machen. Deutlich trat ja zutage, daß fast bei jeder Reduktion und Aufhebung der Zölle, sei es auf Industrieprodukte, sei es auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft, neben den Livorneser Hafengebühren jeweils die Torzölle der Städte Florenz, Livorno, Pisa, Arezzo und Pistoia aufrecht erhalten wurden, mit andern Worten: der Landschaft suchte man den Lebensunterhalt und die Lebensbedingungen möglichst günstig zu gestalten, den Städten aber schenkte man nichts. Neben den oben angeführten Beispielen zeigt dies wiederum recht deutlich das Verfahren, das man einschlug, als es galt die vielen in jeder Stadt wieder verschiedenen Monopole und Steuern abzuschaffen, die dem Aufklärer so unvernünftig erschienen. Florenz kam 1768 zuerst an die Reihe. Es war zweifelsohne eine wohlthätige Regelung, als die meist verpachteten Monopole und Taxen alten und ältesten Angedenkens verschwanden: die Pacht des schlechten Fleisches, der Pfoten und Füße, des Salzes, der Ziegen, Taxen auf die Metzger, um zu gewissen Zeiten schlachten zu dürfen, Abgaben auf Oel, Taxen, die die Zünfte der Stadt, der Grafschaft und des Distrikts an die Lebensmittelbehörde zu bezahlen hatten usw., und manche andere Freiheiten geschenkt wurden; aber gleichzeitig erfolgte ein Zuschlag zu der Fleischakzise der Stadt von 2 den. pro Pfund auf Vieh, frisches und gesalzenes Fleisch, um die einschlägigen Kassen zu entschädigen. Dieselbe Maßnahme fand 1770 in Pisa, 1771 in Livorno, Arezzo, Pistoia, 1773 in Siena statt, überall mit gleichzeitiger Erhöhung der Fleischakzise. Diese Vereinfachung des Abgabenwesens und Eliminierung lästiger Erhebungsmethoden war unstreitig eine sicher empfundene Wohltat für diese Städte; allein schon die Tatsache, daß der wohlmeinende Leopold, der sonst überall, wo er abrüstete, auch schenkte, hier davon absah, mußte eine Verschiebung des Steuerdrucks von der Landschaft nach den Städten zur Folge haben; wir werden später sehen,



Bereits trat uns auch schon verschiedenes entgegen, daß die Bestrebungen Leopolds sich von Anfang an darauf hinausliefen, das dem Verkehr so lästig gebrachte Binnenzollsystem, dieses barocke Element der Geschichte einer früheren Epoche aus der politischen Welt zu eliminieren, das Bestreben galt, das Reich zu einem einheitlichen, nur von den Grenzzöllen umgebenen Wirtschaftsgebiet zu machen. Bald durch Herabsetzung der Zollsätze auf ein Minimum, bald durch völlige Befreiung der einzelnen Waren, des Getreides, Oels, des Weinhandels, wurden die Zölle und der für sie notwendige Apparat immer mehr zu einem Hindernis für die totale Aufhebung im Jahre 1791. Inzwischen waren die kommunalen Zölle betroffen. Infolge der Auflösungssummen entschädigt wurden. Wahrscheinlich, nach dem Veranlassung durch ähnlichen Gelegenheiten zu schließen, wurde das Edikt hin, das er am 29. September 1762 über die große Handelsbilanz von 1762 beschloss, da bei der Aufhebung der Zölle, Privilegien, Titel Befreiungen, für Einfuhr, Ausfuhr, Rechte, in ge- sei es, daß könne,

... aber  
... Pisa be-  
... Grund  
... Tarifs. Für  
... erschien im  
... Pistoia, Siena  
... erst 1783 er-  
... in Tarifen. Die  
... Tore der Stadt

summe bezahle<sup>10</sup>. Danach dürfen wir annehmen, daß dies auch bei Aufhebung der kommunalen Zölle und Zollstätten, besonders von Arezzo und Volterra geschehen sei.

Von den zahlreichen speziellen, durch lokale Verhältnisse bedingten zollpolitischen Maßnahmen wäre vor allem die 1779 erlassene Neuregelung der wichtigen Hafengebühren des großen Freihafens Livorno zu erwähnen, die eine Vereinfachung und Uniformierung der dort wie überall multiplizierten Abgaben bezweckte und die an Stelle der vielfach von den Beamten geübten Willkür einen festen Tarif einführte; dann das 1778 gewährte ausgedehnte Privileg der senesischen Maremma, das nicht nur dieser verwahrlosten Provinz sämtliche großen Steuern mit Ausnahme der Grundsteuern erließ, sondern unter Verückung der Zolllinie vom Meer an die Grenzen zwischen oberer und unterer senesischer Provinz dieses Gebiet einem vollkommenen Freihandel überließ: der interessante, aber durchaus mißlungene Versuch des Großherzogs, diese Landschaft durch eine förmliche Sichselbstüberlassung auf natürlichem Wege wieder zu heben.

Das ist in kurzen Zügen die Geschichte der leopoldinischen Zollpolitik bis zum Erlaß des großen, das Bisherige zusammenfassenden und erweiternden Zollgesetzes und Zolltarifs von 1781, der den Abschluß und Höhepunkt der physiokratisch-freihändlerischen Epoche Toskanas bezeichnet.

Am 30. August 1781 erfolgte die Publikation des so lange und sorgfältig vorbereiteten Werkes: unter den Regierungstaten Leopolds, dessen Herrschaft doch an solchen so reich ist, eine der größten. Ein großer Teil der Institutionen des aus dem Konglomerat von Stadtrepubliken unter mediceischer Herrschaft nur äußerlich zusammengeschweißten Staates, die Reste einer großen historischen Vergangenheit, aber auch einer jahrhundertelangen verfehlten Wirtschaftspolitik sind damals zu

---

10. Gabinetto Filza 75, Nr. 13. Im auch sonst nicht vollständigen Gesetzeskodex fehlt diese Verordnung.

Grabe getragen worden, auf daß ein neues verjüngtes, nach den Interessen der Gegenwart, nicht nach den Wirtschaftsanschauungen der Vergangenheit geleitetes Toskana erstehen könne. Es sind in ihren ökonomischen Ansichten ebenso einseitige, aber gerade dadurch ausgleichend wirkende Staatsmänner gewesen, die dieses Grab gegraben haben, Männer voll Energie und von großem Scharfsinn, von kolossaler Arbeitskraft: Leopold selber, Tavanti, Gianni und im Bunde mit ihnen der tote Pompeo Neri.

Durch das Edikt vom 30. August 1781 verschwanden sämtliche Binnenzölle, die staatlichen wie kommunalen; damit fielen alle bis dahin durch die Zollgesetze und Lokalstatuten aufrecht erhaltenen Unterschiede von Grafschaften, Distrikten, Provinzen usw., das ganze Großherzogtum wurde damit zu einem wirtschaftspolitischen Ganzen ausgeweitet. Ausgenommen von diesem Gebiete und infolgedessen von der neuen Zollordnung war eine Anzahl von Orten und Provinzen, auf welche aus geographischen Gründen, aber auch aus speziellen lokalen Rücksichten dieselbe nicht gut Anwendung finden konnte, wo bis zur partikulären Aenderung das alte Gesetz weiter galt: die Stadt Livorno, die untere senesische Provinz, die Maremma, die Provinz Lunigiana, die Vikariate Pietrasanta, Barga und Portoferraio und noch einige kleine Gebiete, die gegen das Tibertal lagen, deren Handelsbeziehungen sie dorthin wiesen. Für das Hauptgebiet, Territorio riunito genannt, traten an Stelle aller früheren Abgaben nur noch drei Zölle: für die Einfuhr, die Ausfuhr und den Transit, außerdem aber blieben die Torzölle von Florenz, Siena, Pistoia und Pisa bestehen. Die allgemeinen Zölle waren zu erheben auf Grund des gleichzeitig publizierten allgemeinen neuen Zolltarifs. Für die Erhebung der Torzölle der Stadt Florenz erschien im gleichen Jahr ein neuer Tarif; diejenigen von Pistoia, Siena und Pisa waren noch nicht fertig gestellt; sie sind erst 1783 erschienen; bis dahin erhob man nach den alten Tarifen. Die Ausfuhr aus diesen Städten war zollfrei. Die Tore der Stadt

Livorno galten für das neue vereinte Territorium in zollpolitischer Beziehung als Auslandsgrenze. Livorno erhielt später seinen Tarif für die Stadtzölle; vorläufig wurden zur Begünstigung des dortigen Handels verschiedene Abgaben aufgehoben, so das Stallagio di Terra, das alle in Livorno verfrachteten toskanischen wie fremden Waren zu bezahlen hatten; eine Transitgebühr auf gesalzenes Fleisch usw. und noch zwei andere Taxen. Zur Erleichterung der Speditionen, der Zollrevisionen wurden im Innern des Landes einige Hauptzollämter errichtet, in Florenz, Siena, Pisa, Pistoia, Arezzo usw., und eine größere Zahl von Nebenzollämtern. Daß allgemein die Sporteln usw. der Zollbeamten abgeschafft wurden, war ganz im Geiste der leopoldinischen Staatsverwaltung.

Gleichzeitig mit diesem Gesetz, das durch eine Notifikation des Regalienauditors seine nähere Erklärung und Ausführung fand, wurde das Eisenmonopol, die Magona aufgehoben, jedermann war Verkauf, Verarbeitung und, gegen Bezahlung des Einfuhrzolles, auch der Import von rohem wie verarbeitetem Eisen gestattet. Freilich war damit das Monopol erst rechtlich, nicht aber faktisch beseitigt. Die Verwaltung der Magona dauerte unter dem Schutz der Einfuhrzölle mit gutem Erfolg fort; die Heranziehung einer nationalen Eisenindustrie, wie dies Leopold vorschwebte, als er das Monopol beseitigte, ließ sich eben nicht so schnell in die Wege leiten.

Und nun, ohne uns zunächst mit Betrachtungen aufzuhalten, zum Wichtigsten, zum Zolltarif, dessen Vorrede der tüchtige Zolldirektor von Livorno Vincenzo Mugnai in vorzüglicher Weise abgefaßt hat. Es kann kein Zweifel sein, schon ein flüchtiger Blick über die Kolumnen desselben lehrt das deutlich: die Lehren der Freihandelsschule haben tiefe Spuren hinterlassen; die oberste Maxime dieses Tarifes war das physiokratische Laissez passer. Eine ausgesprochene Konsumentenpolitik wird da befürwortet, die nur wenig und niemals sich zum Hochschutzzoll steigend durchbrochen wird von einiger Rücksicht auf die nationale Industrie, durchbrochen auch noch von

dem Prinzip, das Mugnai selbst als das oberste und nie außer acht gelassene bezeichnet, *che meno paghino coloro che più lavorano, e più paghino quelli, che più godono*, durch eine starke Belastung des Luxus. Es steckt außerdem viel Doktrin in diesem Tarif, viel von jener physiokratisch-liberalen Doktrin, die in den Köpfen abstrakter Theoretiker entstanden ist und zu wenig die realen Verhältnisse würdigt, sogar sehr viel davon. Also das Interesse der Konsumenten vertrat der Tarif, was keineswegs identisch war mit rückhaltloser Begünstigung der agrarischen Kreise. Wohl werden wir erkennen, daß wie schon die ganze bisherige Zollpolitik, so auch der Abschluß derselben, der Tarif von 1781, eine wesentliche Besserstellung des Bauernstandes gebracht hat. Verglichen also mit den frühern Verhältnissen bedeutet die durch den Tarif vertretene Politik eine unzweideutige Schwenkung zugunsten des bis dahin mit Füßen getretenen Standes. Absolut genommen allerdings blieben die Vergünstigungen, die der Industrie eingeräumt wurden, immer noch größer; soweit es sich um einigermaßen lebensfähige Zweige derselben handelte, um Seiden-, Wollentuch- und Lederindustrie, war sie doch noch durch, wenn auch nicht allzu hohe Schutzzölle gesichert; die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse war durchweg von Zöllen frei, und ebenso der Import der ihr dienlichen Rohmaterialien. Das war ebenso durchgehend nicht der Fall für die Produkte des Ackerbaus, die die ausländische Konkurrenz ohne Schutzzölle bestehen mußten, während zugleich eine Reihe von für die nationale Industrie notwendigen Rohstoffen durch nicht unbeträchtliche Ausfuhrzölle zurückgehalten wurden. Freilich wird eben schließlich nicht die absolute, sondern die relative Beurteilung die maßgebende sein müssen und wir haben damit doch im Tarif von 1781 den Höhepunkt der agrarfreundlichen Zollpolitik Leopolds zu erblicken, eine Erwägung, die dann ihre abschließende Bestätigung dadurch erhält, daß die Stellung der städtischen Torzölle den Ausschlag gibt, wodurch die Städte mit ihren Zöllen

in den Dienst der Landschaft und das heißt der Agrikultur gestellt wurden.

Sind dies die wichtigsten Prinzipien, die dem Tarif von 1781 zugrunde lagen, so wird nun an einigen klaren und beweiskräftigen Beispielen die Richtigkeit derselben zu erweisen sein. Zunächst zeigt sich, daß alle absoluten Prohibitionen, die die bisherige Zollgesetzgebung nicht schon weggefeigt hatte, verschwanden und durch Schutzzölle ersetzt wurden: für weißes, beschriebenes und gedrucktes Papier, neue und gebrauchte Seidentücher, unverarbeitetes wie verarbeitetes Eisen, geprägtes Gold- und Silbergeld, Wolltuche, gekochte und gefärbte Seide, Näh-, Einschlag- und Kettenseide. Desgleichen wurden die Ausfuhrverbote aufgehoben für die zur Papierfabrikation nötigen Lumpen und Abfälle, für die Häute von jungen Schafen und Ziegen, für junge Maulbeerbäume, Seidenseife und Rohseide; die Transitverbote für weißes, beschriebenes, gefärbtes oder bedrucktes Papier, für Spielkarten, Leder und Lederarbeiten; auch sie wurden durch Zölle ersetzt.

Für die Wollenindustrie verblieb es durchweg bei den Maßnahmen, die schon 1775 getroffen worden waren. Danach war die Wolleinfuhr zollfrei, der Export zum Nutzen der einheimischen Manufakturen mit einem Zoll von Lire 3.68 per 100 Pfund belegt, der Transit mit Lire —.3.4. Wollen- und Kammgarn konnte zollfrei eingeführt werden, die Ausfuhr unterstand einem doppelt so hohen Zoll wie die Wolle; gleicherweise war der Export von Wollentüchern jeder Art steuerfrei. Die in Toskana nicht oder in nicht genügender Menge fabrizierten Wollentücher unterlagen einem Einfuhrzoll von 12 % des deklarierten Wertes, die übrigen einem solchen von 16 %, sonst 20 %. Nicht ganz unbeträchtlich war der Schutz, den die Seidenindustrie zugebilligt erhielt. Der Import von Rohseide war allerdings nicht ganz zollfrei, sondern war mit dem Satz von: Lire —.6.— per Pfund belegt, ein Zeichen, daß man sie trotz dieser Belastung für konkurrenzfähig hielt; die Ausfuhr war mit 2 Lire per Pfund ziemlich stark besteuert. Auch

die Einfuhr von Halbfabrikaten war nicht ganz zollfrei; Einschlags- und Kettenseide zahlte Lire —.8.—, Nähseide Lire —.18.—. Der Import von Seidentüchern, Seidengespinnst, Seidenkrepp, Kleidern aus solchen Stoffen war mit einem Schutzzoll von Lire 5.— belastet, die Ausfuhr mit Lire —.5.— belegt, der Transit mit Lire 2.10.— per Pfund. Bei Verzierung mit Spitzen, echtem oder falschem Gold usw. stieg der Einfuhrzoll auf Lire 8.

Der vorher durch totale Ausfuhrverbote der Rohstoffe und Einfuhrverbote der Fabrikate geschützten Papierindustrie wurde fernerhin nur noch durch — nicht allzu hohe — Schutzzölle ein Vorrang eingeräumt. Weißes und schwarzes Papier, Bücher zählten per 100 Pfund einen Zoll von Lire 7.—; die Ausfuhr war frei, beschriebenes, gedrucktes Papier Lire 3.—; Ausfuhr frei; gefärbtes und weiches Lire 25.—; Ausfuhr ebenfalls frei.

Zugunsten der Lederindustrie wurde der Import von Häuten jeder Art freigegeben, die Ausfuhr dagegen nicht unbedeutenden Zöllen, bis Lire 8 per 100 Pfund unterworfen. Die Ledereinfuhr war mit dem Schutzzoll von Lire 12 per 100 Pfund belegt, die Ausfuhr frei, die der Lederwaren mit noch höheren Einfuhrzöllen besteuert, bis zu Lire 80 per 100 Pfund, je nach der Qualität. Der Luxus wurde hier getroffen.

Für Roheisen betrug der Einfuhrzoll Lire 13.68 per 1000 Pfund, für verarbeitetes war er sehr hoch, Lire 15 per 100 Pfund; die Ausfuhr war zollfrei. Strohhüte zahlten Lire 32 per 100 Pfund der eingeführten Ware; auch hier war die Ausfuhr frei.

Es hat kaum einen Wert weitere Beispiele für die Zollpolitik gegenüber den Erzeugnissen der Industrie zu häufen. Die Grundzüge derselben, wie wir sie bei den hier zitierten meistbegünstigten toskanischen Manufakturen gefunden haben, zeigen sich immer wieder: Erleichterung, wenn möglich Zollfreiheit der Einfuhr der denselben dienlichen Rohmaterialien; Erschwerung, aber selten gravierende der Ausfuhr der in-

ländischen. Stärkere Belastung für fremde Halbfabrikate, stärkere für die Fabrikate selbst, aber nie so, daß um jeden Preis der einheimischen Industrie zum Schaden der Konsumenten der inländische Markt monopolisiert wurde. Möglichste Erleichterung des toskanischen Exports durch Aufhebung der Ausfuhrzölle.

Erkennen wir so in dieser Hinsicht die Grundsätze wieder, die Leopold bereits vor Erlaß des allgemeinen Tarifs geleitet haben, so trifft dasselbe zu, wenn wir kurz die Tarifpolitik gegenüber den Erzeugnissen des Ackerbaus und der Viehzucht durchgehen. Durchweg sind hier die Zölle aufgehoben oder niedrig gehalten soweit es sich um den Verkehr mit notwendigen Lebensmitteln handelt. Alle Getreidearten, Gemüse, Ochsen, Kühe, Schweine, Schafe, Ziegen konnten frei zirkulieren; die gewöhnlichen Weine waren für die Ausfuhr zollfrei, der Import unterlag dem geringfügigen Zollsatz von Lire —.13.4 per barile. Olivenöl bezahlte einen Einfuhrzoll von Lire —.6.8 per 100 Pfund brutto, ebenso einen solchen Transitzoll; der Ausfuhrzoll war ziemlich höher, Lire 1.3.4. Frisches Fleisch ward beim Import mit Lire 2.10.—, beim Export mit Lire —.10.— besteuert; gesalzenes, geräuchertes und getrocknetes, Lire 6.— per 100 Pfund der Einfuhr; die Ausfuhr war frei. Je entbehrlicher die Lebensmittel waren, je mehr sie Luxuscharakter annahmen, desto gravierender wurde der Zoll ohne je den Charakter eines Finanzzolles zu verlieren. Mehl, besseres Mehl wurde bei der Einfuhr mit Lire 4 per sacco von 160 Pfund belegt, schlechteres mit Lire —.6.8 per 100 Pfund; die Ausfuhr war zollfrei. Südfrüchte: Einfuhrzoll Lire 3 per 100 Pfund; Ausfuhr Lire —.7.6. Bessere ausländische Weine zahlten bei der Einfuhr Lire 7 per barile.

Am stärksten wurde der Luxus getroffen; hier schnellen die Sätze empor. Spirituosen, Branntwein usw. wurden bei der Einfuhr mit Lire 66.13.4, Tee mit 53.6.8 per 100 Pfund besteuert; Goldarbeiten mit Lire 80 per Pfund; Uhren bis Lire 46.13.4 das Stück, Karossen mit Lire 100 per Stück usw.

Manche speziellen Rücksichten und Einflüsse mögen auf



einzelne Zollsätze, auf die Proportion zwischen diesen und dem Wert der Ware maßgebend gewesen sein; wie gesagt, das ganze archivalische Material war nicht zugänglich; wir müssen uns daher begnügen die allgemeinen Grundlagen des Tarifs klargelegt zu haben.

Es ist ein eigentümliches Schauspiel, wie neben den trotz liberaler Strömungen durchweg im Harnisch von Hochschutz- und Prohibitivzöllen steckenden Staaten jener Zeit, in dem kleinen Toskana die Freihandelsschule einen frühesten, eklatanten Triumph erlebte. Nicht vergebens haben die Physiokraten und Liberalen des Auslandes immer wieder hingewiesen auf das toskanische Beispiel, obgleich sie sich manches anders vorstellten, als es in Wirklichkeit war. Tatsächlich hat ihre Lehre einen wesentlichen Einfluß ausgeübt auf die energischen Staatsmänner, die es unternahmen, zum erstenmal den praktischen Beweis für die Richtigkeit derselben zu liefern; ihr Einfluß war so überragend gewesen, daß man trotz des erbitterten Kampfes des klaren, weit weniger doktrinären Gianni sogar teilweise das große Prinzip preisgab, das man als grundlegend für Toskanas Wohlergehen erkannt hatte: Toskana sei ein Ackerbauland und mit allen Mitteln müsse die Agrikultur gefördert werden. Wohl war die leopoldinische Zollpolitik gerade mit dem Tarife von 1781 gegenüber frühern Epochen in energisch agrarfreundliche Bahnen übergegangen; aber die letzten Konsequenzen aus der fundamentalen neuen Erkenntnis, der Schutz des Ackerbaus durch Zölle, waren bei weitem nicht gezogen worden. Dagegen kann kein Zweifel sein, daß gleichzeitig die nationale Industrie einem Konkurrenzsturm von außen ausgesetzt wurde, zumal von englischer Seite, dem sie in keiner Weise gewachsen war. Hatte sie doch unter dem Schutz der Hochschutzzölle und Prohibitionen alle Mühe gehabt ihre Existenz zu behaupten und nun waren dieselben mäßigen, durchaus ungenügenden Schutzzöllen gewichen. Eine Krisis brach über die toskanische Industrie herein, wie sie eine solche schon lange nicht mehr erlebt hatte, und zwar dehnte sich dieselbe auf nicht

weniger als alle Industriezweige aus. Insbesondere die Wollentuchindustrie war gefährdet. Die englischen und französischen Stoffe überwand die kleine Schutzbarriere spielend; ihr Import wurde von Jahr zu Jahr größer. Aber auch die Klagen der Papier- und Lederfabrikanten wurden immer lauter. So war also, ohne daß die Agrikultur die Förderung erfuhr, die möglich gewesen wäre, die nationale Industrie aufs äußerste gefährdet. Es sei ausdrücklich bemerkt, daß wir den Tarif von 1781 als eine große Tat der leopoldinischen Regierung zu bezeichnen haben; aber gleichzeitig darf auch nicht verkannt werden, daß er wesentliche Elemente der Unvollkommenheit und noch mehr doktrinärer Gesinnung in sich trug.

Die Krisis der toskanischen Industrie in den 80er Jahren wurde noch wesentlich erschwert und ihre Konkurrenzfähigkeit gemindert dadurch, daß die vier Städte Florenz, Pisa, Siena, Pistoia — und in diesen, vor allem in Florenz, konzentrierte sich doch die damalige Industrie des Landes — finanziell in den Dienst der Landwirtschaft gestellt wurden. Das war die Folge der bisher so gut wie unbeachtet gebliebenen, besondern Tarife für diese Städte<sup>11</sup>. Während 1781 alle andern Zölle des Inlandes fielen und an die Grenzen verlegt wurden, wurde die Akzise der Städte beibehalten. An und für sich war das sicher nichts besonderes; sie war die gewöhnliche Art der städtischen Besteuerung jener Zeit. Die Sache wird aber sogleich eine

---

11. Interessant, aber doch nicht wesentlich wäre hier die Beantwortung der Frage, ob der Ertrag der Stadtzölle vor dem Regierungsantritt Leopolds und dann wieder vor dem Erlaß der Stadttarife von 1781 und 1783 größer war als nachher. Selbst wenn auch eine teilweise Ermäßigung eingetreten ist — groß kann sie nicht gewesen sein —, so war der Ausgleich mit der Landschaft doch nicht da, weil durch die Abschaffung der Annona usw. den Städten, vor allem Florenz, die vorherige wirtschaftliche Vormacht entzogen war. Jedenfalls ist sicher, daß Leopolds Liberalität, die sich gegenüber der Landschaft in der mannigfaltigsten Weise gezeigt hat, bei den Städten versagt hat.

andere, wenn wir bedenken, daß diese Städte außer der Akzise alle übrigen Steuern im gleichen Maße bezahlten wie die Landschaft, insbesondere auch die Grundsteuern, in Florenz die Decima, in den andern Städten nach den Schatzungen, wie noch zu zeigen sein wird. Somit waren die Städte, mit der Einschränkung, die noch zu machen sein wird, genau um den Betrag dieser Akzise stärker besteuert als die Landschaft. Diese Entwicklung hatte im Jahre 1767 mit der Aufhebung der Annona begonnen und erreichte ihren Höhepunkt mit den besondern Tarifen von 1781 und 1783. Mag übrigens sein, ja es ist wahrscheinlich, daß die Städte schon von Leopold finanziell stärker belastet waren — was allerdings noch nachzuweisen ist —, aber dafür war damals die ganze wirtschaftliche Gesetzgebung zu ihren Gunsten eingestellt, waren vor allem die Lebensmittelpreise erheblich niedriger. Betrachten wir nun die neuen städtischen Tarife näher, so zeigt sich zunächst, daß der Großteil aller verzeichneten Waren genau dieselben Zollsätze aufweist wie für die Einfuhr ins Großherzogtum. In bezug auf die ausländischen Waren wurde also kein Unterschied gemacht zwischen Stadt und Land. Dann sehen wir aber eine zweite Kategorie, die Industrieerzeugnisse der Landschaft mit Zöllen belegt, die allerdings hinter den auf ausländischen Waren lastenden in der Höhe weit zurückstehen, aber keineswegs nebensächlich waren. Vor allem, und das ist das Entscheidende, unterlag eine dritte Kategorie, durchweg Lebensmittel aus der Landschaft, einem besondern Zoll beim Passieren der Stadttore, während die Zufuhr in die Landschaft entweder zollfrei oder mit einer kleinen Abgabe belegt war. Ein Vergleich der einzelnen städtischen Tarife lehrt außerdem, daß die vier Städte nicht gleich behandelt worden sind, sondern abgestuft, am stärksten Florenz, am wenigsten Pistoia und Siena. Einen Tarif für Livorno habe ich leider nicht finden können; wahrscheinlich rangierte es in dieser

Hinsicht unmittelbar hinter Florenz. Die Zölle auf Vieh, um mit einem Beispiel das Gesagte zu illustrieren, die für die Landschaft aufgehoben waren, waren für die Städte nicht unbedeutend; folgende Tabelle wird das veranschaulichen, zugleich auch das Verhältnis der einzelnen Städte zueinander.

	Florenz	Pisa	Pistoia	Siena
	L. S. d.	L. S. d.	L. S. d.	L. S. d.
Ziegen, Schafe, Böcke per Kopf	4.10.—	3 —.—	2.13.4	1.10.—
Schweine, Eber per 100 Pfd.	5.—.—	3 —.—	8.—.—	6.6.8
Ochsen, Stiere per Kopf	71.—.—	48.—.—	42.—.—	24.—.—
Kühe per Kopf	32.—.—	21.—.—	18.10.—	14.—.—
Milchkälber unter 180 Pfd.	10.—.—			
do. unter 150 Pfd.		6.13.4	5.16.8	3.6.8
Frisches Fleisch per 100 Pfd.	10.—.—	10.—.—	6.—.—	4.6.8
Olivöl per barile	2.—.—	1.6.8	— .13.4	il barile 1.6.8
				88 Pfd. netto
Wein per barile	1.—.—	— .10.—	— .6.8	— .2.8
Besseres Mehl p. Sack (166 Pfd. Brutto)	1.13.4	1.—.—	1.—.—	— .7.—
Schlechteres Mehl	— .6.8	— .6.8	— .6.8	— .7.—

Die Einfuhr der Getreidearten war zollfrei.

Diese Liste könnte noch weiter ausgeführt werden; sie genügt indessen für unsere Zwecke. Es ergibt sich also, daß eine Reihe von notwendigen Nahrungsmitteln mit zwar im Einzelnen nicht sehr drückenden Zöllen belegt war, die aber in ihrem Gesamtertrage eine nicht unbeträchtliche Mehrbelastung der Städte bedeuteten.

Das wird uns am klarsten, wenn wir die Zollerträge daraufhin ansehen. In Leopolds Rechenschaftsbericht figurieren

A n m.: L. = Lire, S. = Soldi, d. = denari.

die Zolleinkünfte für das Jahr 1789 mit der Summe von Lire 3,432,742.8.—, wovon Lire 3,246,398.10.7 auf die Zollstätten der größern Städte entfallen. Dieser Betrag ist aber nicht maßgebend, weil nicht bloß die städtische Akzise dabei berechnet ist, sondern auch die Einfuhr-, Ausfuhr- und Transitzölle, die dort erhoben wurden. Aber in einer Relation Giannis vom Jahre 1785 finden sich folgende Angaben für die städtischen Torzölle<sup>12</sup>:

Florenz	1,557,825 Lire
Livorno	„
Pisa	94,740 „
Siena	52,210 „
Pistoia	111,206 „
Zusammen	1,815,981 Lire.

und zwar ohne Livorno. Noch größer sind die Angaben, die der französische Gesandte für die gleichen vier Städte macht<sup>13</sup>:

Wein	381,856.13.4 Lire
Oel	64,836. 6.8 „
Mehl	517,338. 8.5 „
Fleisch	620,074.11.5 „
Verschiedene Waren	474,379.11.5 „
Zusammen	2,008,485. 5.9 Lire.

12. Gabinetto, Filza 63, Nr. 3, 10. Archivio Gianni-Leonetti. Miscellanea, Filza 38 (521—522). Die Ziffern sind für das Jahr 1784. Uebrigens scheinen doch diese neuen Tarife keine größere Belastung gebracht zu haben, als dieselbe einige Jahre vorher war, 1777. Für Siena betrugen sie in diesem Jahre 47,580.17.11 L., wozu außerdem noch eine Fleischtaxe von 62,649.5.8 L. kam. Für Florenz ohne die Mehlabgaben 1,289,389.16.6 L. Fast scheint es sogar, daß die Tarife gegenüber der seit 1767 befolgten Politik eine Erleichterung bedeuten. Aber die Berechnungen bis 1781 sind wegen vieler anderer Abgaben, die in dieselben Kassen flossen und wegen der Unübersichtlichkeit der Rechnungsführung, Abschaffung mancher Abgaben gar nicht mit den späteren zu vergleichen. Gabinetto, Filza 83, Nr. 18.

13. A. A. E., Bd. 143 A, S. 231 f.

Nun ist allerdings andererseits in Berechnung zu ziehen, daß diese Städte dafür frei waren von der Tassa del Macinato und der Fleischsteuer, die die Landschaft trug, obgleich dies auch nicht völlig richtig ist, indem Livorno, Pisa und Pistoia einen Beitrag auch dazu lieferten<sup>14</sup>. Sehen wir indessen davon ab. Nun betrug die Steuersumme der Tassa del Macinato und der Fleischsteuer der Landschaft laut Leopolds Rechenschaftsbericht für das Jahr 1789 = Lire 1,106,203.10.1. Mit diesen Zahlen ist nun das Verhältnis der Bevölkerungsziffern zu vergleichen. Sie betrug im Jahre 1789 = 1 058 000 Seelen. Leider ist mir von den Einwohnerzahlen der Städte nur die von Florenz bekannt, 97 400 im Jahr 1790. Es steht aber außer Zweifel, daß die Einwohnerzahl der hier in Frage kommenden vier Städte zusammen nicht die Zahl von 150 000 erreichte. Nun erst erhalten wir die richtige Beleuchtung für die Besteuerung der Städte. Nicht ganz 150 000 Einwohner zahlen gegen 2 Millionen Lire Steuern allein,  $\frac{1}{5}$  der gesamten Staatseinkünfte, während über 800 000 Einwohner nur Lire 1,106 203.10.1 für analoge Abgaben steuern. Jetzt wird uns klar, warum der französische Gesandte immer wieder nach Paris berichtet, daß in diesem Lande der Bauer sehr geschont werde, während die Städte schlimm dran seien; jetzt wird uns auch die Abneigung verständlich, die die Florentiner Peter Leopold gewidmet haben<sup>15</sup>. Die Steuerpolitik des Großherzogs

---

14. Gabinetto, Filza 89, Nr. 11. Livorno zahlte 11,464.15.6 Lire; Pisa 10,195.13.2 Lire; Pistoia noch höhere Beträge. Es fragt sich hier nur, ob das nicht die Besteuerung der Vororte dieser Städte ist.

15. A. A. E., Bd. 140 A, S. 153 f.; Bd. 141 A, S. 282 f.; Bd. 141 B, S. 166 f.; Bd. 142 B, S. 128; 217 f. Le paysan est très menagé ici et paie S. 128 f.; Bd. 142 B, S. 217 f. Le paysan est très menagé ici et paie peu, à moins que son aisance ne lui fasse rencontrer les droits dans les objets dont sa situation lui permet de se satisfaire; quant aux nobles et gens aisés des villes on regarde qu'ils paient à peu près dans leur dépense habituelle avec les droits ou impôts qui se trouvent liés aux consommations 53 % de leur revenu; ce dont plusieurs ne se doutent sûrement pas. Bd. 143 A, S. 5 f. usw.

ist städtefeindlich, insbesondere Florenz feindlich; die städtische Akzise erscheint als die Finanzquelle, mit deren Hilfe Leopold die gewaltigen Ausfälle deckt, die seine vielen Reformen zugunsten des Bauernstandes zur Folge gehabt haben. Und zum wirtschaftlichen Umschwung tritt so derjenige in der Finanzpolitik. Das ist die Vollendung der Dekapitalisierung von Florenz, die die einst die Landschaft knechtende Arnostadt nicht nur ihrer jahrhundertelangen wirtschaftlichen Vormacht beraubt, sondern sie mit ihren finanziellen Mitteln in den Dienst der Regeneration der Landschaft, der Agrikultur gestellt hat; das war die späte Vergeltung für vieljährigen Druck, für das Elend der armen Kolonen. Fast traurig stimmt es einen doch, wenn man denkt, daß Toskanas größter Großherzog und seine hervorragenden Ratgeber der Stadt Dantes und Macchiavellis eine so erniedrigende Aufgabe zuwiesen! Aber das war eine Folge, freilich überspannte Folge von Neris grundlegender These, daß Toskana ein Ackerbaustaat sei und daß alles daraufhin gerichtet sein müsse die Agrikultur zu fördern.

Es ist auffallend, daß Arezzo nicht mehr unter den Akzise zahlenden Städten figuriert, während es doch bis 1781 dazu gehörte. Es unterlag nachher wieder der Tassa del Macinato und der Fleischsteuer. Warum diese Begünstigung erfolgt ist, wissen wir nicht; vielleicht geschah das, weil es eine arme Stadt war. Dasselbe war aber für Pistoia der Fall. Für mich steht fest, ohne daß ich allerdings den Beweis dafür erbringen kann, daß die Zölle Arezzo geschenkt wurden als Ablösungssumme für die gleichzeitig aufgehobenen einträglichen kommunalen Zölle.

Warum die zwar nicht sehr hohen, aber immerhin belastenden Ausfuhrzölle nicht gefallen sind, trotzdem die Wichtigkeit dieser Maßnahme auf der Hand lag, erfahren wir aus Berichten späterer Zeit: man fürchtete einen zu großen Ausfall für die

Staatskasse, da man ohnehin schon große Summen bei den verschiedenen Steuerreformen eingebüßt hatte. Hierin hat man sich allerdings getäuscht. Man hatte die Zollreform ausgerechnet nur im Hinblick auf die Förderung der nationalen Interessen, in keiner Weise mit Rücksicht auf große fiskalische Erträge durchführen wollen. Die Folgen der Reform waren aber gerade in finanzieller Hinsicht überaus günstige, wie auch der Rechenschaftbericht Leopolds ein wenig überrascht meldet<sup>16</sup>. Uebrigens wäre das auch zu erwarten gewesen: die Aufhebung aller Ein- und Ausfuhrverbote, der Monopole, die Herabsetzung der hohen, verkehrshindernden Zollsätze, all das mußte reichliche Zollerträge voraussehen lassen. Tatsächlich zeigt ein Vergleich der Zolleinkünfte vor und nach der Tarifreform eine bedeutende Steigerung derselben:

Bruttoertrag der königlichen Zölle im Jahre 1777	=	4,079,586. 8.9 L.
Bruttoertrag der kommunalen Zölle im Jahre 1777	=	46,764.13.5 L.
Zusammen		4,126,351. 2.2 L.

Und im einzelnen:

Florenz	2,042,325. 5.6 L.
Livorno	811,833. 4.8 „
Pisa	430,935. 3.3 „
Pistoia	108,669. 1.8 „
Siena	480,757.19.2 „

Dabei sind, außer der städtischen Akzise, eine Reihe von Steuern einbegriffen, die nicht Zölle waren, aber bei dem dortigen Amt erhoben und verwaltet wurden; mit der Reform von 1781 wurden sie von der Zollverwaltung abgezweigt<sup>17</sup>.

16. Danach hatte man mit einem Ausfall von 320,000 L. gerechnet.

17. Gabinetto, Filza 83, Nr. 18. Alle hier gegebenen Vergleichszahlen, das sei ausdrücklich bemerkt, können nur im allgemeinen benutzt werden. Die zahlreichen Veränderungen im Zoll- und Steuerwesen während der leopoldinischen Regierung, die Abzweigung, Neuzuteilung mannigfacher Abgaben an die Zollverwaltung, über-



Dagegen liegen für die Zeit nach der Reform folgende Berechnungen vor:

Bruttoertrag	5,112,494 L.
--------------	--------------

Im einzelnen:

Zoll von Florenz	2,346,235 L.
„ „ Livorno	1,478,152 „
„ „ Pisa	572,386 „
„ „ Siena	455,396 „
„ und Kammer von Pistoia	202,306 „
„ von Pietrasanta	14,328 „
Münze	43,691 „
Zusammen	5,112,494 L.
Ausgaben	986,590 „
Nettoertrag der Zölle	4,125,900 L.

Die Stadtzölle sind miteingerechnet, ebenso das Pedaggio di notte von Florenz<sup>18</sup>.

haupt der stete Wechsel lassen es bei den gewöhnlich nur en bloc gegebenen Resultaten als höchst notwendig erscheinen, daß bei solchen Vergleichen die größte Zurückhaltung und Vorsicht beobachtet wird.

18. Gabinetto, Filza 64, Nr. 3, 9. Das Jahr, für das diese Zahlen gelten, gibt Gianni nicht an. Für 1785 berechnet er netto 4,134,774.5.2 L.; für 1784 4,065,336.5.7 L. Den Durchschnitt von 1771—1780 auf 4,001,418.19.11 L. Danach wäre also die Steigerung der Zolleinnahmen nicht so groß, wie oben berechnet wurde.

In diesen Zahlen liegt übrigens kein Widerspruch mit den Angaben des Rechenschaftsberichtes; dort figurirt das 1. Departement — und man darf mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß alle obigen Zahlen sämtliche dort aufgeführten Abgaben umfassen — mit Brutto 4,814,620.16.2, netto = 3,828,140.3.4. Inzwischen war aber 1788 bereits die später zu besprechende Erhöhung der Zölle auf ausländische Tuchwaren erfolgt, die einer Prohibition gleichkam und eine starke finanzielle Einbuße brachte. 1784 hatte diese ausländische Tucheinfuhr einen Zoll von 283,749.8.9 L. abgeworfen. (Archivio Gianni-Leonetti, Filza 38, Nr. III.) — Zum Vergleich mit den oben wiedergegebenen Zahlen für die Zölle von 1762 (wo die Stadtzölle

Kein Zweifel: trotz der Aufhebung der Binnenzölle und mancher andern Abgaben durch den Tarif von 1781 überstieg der Nettoertrag nach der Reform den Bruttoertrag von 1777. Um ungefähr eine Million waren die Zolleinkünfte gewachsen. Dabei ist noch zu bedenken, daß 1777 eine Reihe von liberalen Reformen bereits durchgeführt oder im Gange waren; ein Vergleich mit dem Jahr vor Leopolds Regierungsantritt würde wahrscheinlich noch ein ganz anderes Bild geben.

Es war ganz im Geiste der leopoldinischen Staatsverwaltung, die zwar in ihrer praktischen Betätigung durchaus absolut war, der aber doch im Unterton nicht selten ein konstitutioneller Anflug eignete, die vor allem die Massen der Untertanen durch eine rege Publizistik für ihre Reformen vorzubereiten oder nachträglich zu gewinnen suchte, es war ganz in ihrem Geist, daß im Jahre des Erscheinens des neuen Tarifs ein — anonymes — Buch die Verteidigung der Prinzipien desselben unternahm; *Ragionamento sul commercio, arti e manifatture della Toscana*, das im Auftrage seines Meisters Tavanti dessen literarischer Mitarbeiter G. Sarchiani geschrieben hat. Der Verfasser, der sich zur Aufgabe machte, „die perplexen und ängstlichen Gemüter der toskanischen Fabrikanten zu beruhigen und den Wert der Freiheit als des beneidenswertesten Schatzes klarzustellen“, hat mit Recht einen Ausspruch Mirabeaus als Motto seinem Werk vorgesetzt und damit deutlich darauf hingewiesen, welcher Einfluß bei der toskanischen Freihandelsbewegung der maßgebende gewesen war. Die Tendenz des Werkes lief darauf hinaus an Hand der florentinisch-toskanischen Geschichte nach-

---

usw. nicht inbegriffen sein können) seien die folgenden, ebenfalls die reinen Zollerträge repräsentierenden Zahlen angeführt, für das Jahr 1784: für die Ausfuhr = 234,791.9.11 L. (1762 = 339,732.5 L.); für die Einfuhr = 833,208.—.4 L., dazu für Wertzölle 283,749.8.9 L. (1762 = 572,928.19.— L.); für Transit, aber ohne Livorno = 44,945.6.9 L. (1762 mit Livorno = 839,509.1.— L.; Livorno = 428,573 L.). Man sieht, die Einfuhrzölle sind fast doppelt so hoch im Jahre 1784. Archivio Gianni-Leonetti, Filza 38, Nr. III.

zuweisen, daß es für Toskana eine Unmöglichkeit sein würde bei den vorwaltenden Bedingungen die bewunderte und immer wieder erstrebte Stellung in Handel und Industrie zu erlangen, die Florenz im Mittelalter inne gehabt hatte. In einem Ueberblick wird das Wachstum vor allem der Wollen-, Seiden- und Wechslerzunft skizziert; interessant für die Beurteilung der Ansichten der leopoldinischen Staatsmänner ist es dann zu sehen, wie Sarchiani die Gründe für den Verfall der florentinischen Industrie- und Handelsmacht fixiert. Indem er nämlich betont, daß allgemein der Handel kein stabiler, vielmehr den gewaltigsten Umwälzungen und Verschiebungen unterworfen sei, weist er daraufhin, wie die Entdeckungen der Portugiesen und Spanier das politische und ökonomische System Europas verändert, wie Wollausfuhrverbote in England, das Aufkommen nordischer, nationaler Industrien, Englands, Flanderns, Frankreichs allmählich die florentinische zurückgedrängt hätten, wie neben diesen äußern innere Ursachen in derselben Richtung gewirkt hätten, die Gründung des Stefansordens, die Aufhebung der Humiliaten, der Rückgang in der Güte der florentinischen Tuche, vor allem aber: „Quello però che soprattutto contribuì alla decadenza generale del commercio fu il mal inteso spirito di legislazione che guidò i padri nostri. Fu per es. un principio fondamentale di governo il regolare e tener bassi i prezzi delle vettovaglie a beneficio dei consumatori e non si accorsero eglino che scarissimi sono i frutti che partorisce la terra se non è aspera di util sudore e costretta ad ubbidire alle altrui richieste ed a rendere con larga usura d'ubertose messi i vari semi ad essa affidati; che l'esaltare le arti colla depressione dell' agricoltura è un anteporre al corpo le ombre fugaci; che in somma le produzioni sole della natura sono il nutrimento e la sempre rinascende materia delle manifatture. Senza le lane proprie non si può impannare con molto vantaggio e senza apprezzare i terreni e farli valere, non si può sperare la moltiplicazione delle pecore e perciò nemmeno abbondanza di ottimi velli ...“ Und deutlich kommt die Anschauung der regierenden Kreise

zum Vorschein, wenn Sarchiani die florentinischen Kaufleute beschuldigt, dem Wohl der Hauptstadt das ganze übrige Territorium aufgeopfert und durch eine Privilegierung der Kapitale und einiger anderer Städte stark zum Ruin des Landes beigetragen zu haben. Seine Beweisführung gipfelt dann in dem Ausspruch, daß es unmöglich sei die frühere Handelsstellung wieder zu erringen, weil wirtschaftlich begünstigtere und stärkere Nationen, das Erwachen früher inaktiver Völker dem im Wege stünden; so gelangt er zu dem Resultat, daß nur die Agrikultur, die außerdem einzig auf die Dauer einen aktiven Handel verbürgen könne, für das in dieser Beziehung zumal begünstigte Toskana als wirtschaftliche Basis in Betracht kommen könne. „La sola agricoltura col somministrarci una quantità di prodotti sovrabbondante alla nostra interna consumazione, può metterci in stato di farne un esterno commercio.“ Und dieser Handel mit den agrarischen Produkten ist nach seiner Meinung viel sicherer und dauerhafter, bereichert die Nation, während der Zwischenhandel nur einigen reichen Familien zugute kommt. Damit gelangte der Verfasser zu der Forderung, daß alle Hindernisse und Restriktionen für den Aufschwung der toskanischen Landwirtschaft beseitigt werden müßten.

Die Denkschrift *Neris sopra la materia frumentaria* ist das unverkennbare Vorbild, die Gedankengrundlage gewesen für Sarchianis Verteidigungsschrift des Freihandels wie für das gleich zu besprechende Programm der Hochschutzzöllner, Giannis und Paolinis. Alle drei sind interessante Denkmäler für die historischen und volkswirtschaftlichen Anschauungen, die im Zeitalter der Aufklärung die Regierungskreise bei ihrer Reform geleitet haben. Immer wieder kehrt die Betonung der Tatsache, daß ein Erringen der früheren Industrie- und Handelsstellung eine Unmöglichkeit sei und daß das neue Toskana im Ackerbau die Basis seiner wirtschaftlichen Regeneration erblicken müsse. Und immer wieder kehrt der Florenz feindliche Ton.

Die liberale Strömung, die in Toskana mit Leopolds Regierungsantritt energisch einsetzte, hatte binnen weniger als zwei Jahrzehnten die alte Wirtschaftsordnung und die alten Institutionen hinweggelegt, die der Verjüngung und Verbesserung unfähig waren. Aber sie war nicht bloß negativ und zerstörend gewesen, sondern von Anfang an lebte in ihr die feste Ueberzeugung und der ernste Wille, an Stelle des Alten, Veralteten keimfähigere Triebe zu pflanzen, auf neuer Basis eine neue Ordnung zu errichten. Von großem Einfluß ist für diesen Umbau die physiokratische Lehre gewesen, die mit ihrer energischen Befürwortung der agrarischen Interessen und ihrem freihändlerischen Programm die Reaktion bildete gegen die merkantilistische Auffassung und Beurteilung des Wirtschaftslebens. Daß mehrere hervorragende, an leitender Stelle stehende toskanische Staatsmänner dieser Lehre ergeben waren, daß sie zugleich sich nicht, wie dies mancherorts geschah, mit der Theorie abfanden, sondern energisch die Umsetzung in die Praxis ins Werk setzten, das verleiht der toskanischen Aufklärung ihren besonderen Reiz, sichert ihr ihre Stellung in der Geschichte dieser Geistesbewegung.

Während aber die Forderung der einen und einzigen Steuer auf den Grundbesitz schließlich in Toskana doch nicht praktisch geworden ist, wie wir noch sehen werden, trotzdem die vorbereitende Reform bereits eingeleitet war, siegten die freihändlerischen Anschauungen und fanden ihre Verwirklichung im Zolltarif von 1781. Freilich war damit wie überall, so auch in zollpolitischer Beziehung ihr Höhepunkt erreicht und bald überschritten; wie bereits erwähnt, war der sogleich fühlbare Erfolg der Zollreform eine Krisis der toskanischen Industrie. Hier setzte auch die Reaktion gegen das Freihandelsprinzip ein: Die zweite Periode von Leopolds Regierung schwenkt um und bereitet sich vor in schutzzöllnerische, ja hochschutzzöllnerische Bahnen überzugehen; wenn es schließlich nicht dazu kam, und der Tarif von 1791 nur eine beschränkte Verschärfung des Schutzzolles brachte, so lag die Ursache daran, daß Leopold

abberufen wurde und daß damit die Stütze für den Mann gefehlt hat, dessen genialer Geist es unternommen hatte, Toskana aus dem verderblichen Freihandel direkt zum Hochschutzzoll hinüberzuführen, er, der Mann, auf dessen Schultern die ganze Arbeit und Verantwortung ruhte, der keine Anhänger um sich, aber viele Widersacher vor sich sah: Francesco Maria Gianni.

Im Oktober des Jahres 1781 ist der zweite der großen toskanischen Physiokraten, der Finanzminister Tavanti, seinem Freunde und Gesinnungsgenossen Neri ins Grab gefolgt; die Unterschrift des todkranken Mannes figurirte bereits nicht mehr unter seinem Hauptwerk, dem Tarif von 1781. Sein Tod bedeutete den — zwar nicht plötzlichen — Umschwung und Niedergang der Lehre, die er vertreten hatte. Gianni sah alle seine Gegner, denen er an Einfluß hatte weichen müssen, aus dem Wege geräumt. Kein einziger der Beamten und Ratgeber, die Leopold umgaben, war dem geistreichen Kopf, dem größten toskanischen Finanzmann des 18. Jahrhunderts auch nur im entferntesten an genauer Kenntnis des Staates, Arbeitskraft, dialektischer Gewandtheit und Intelligenz gewachsen<sup>19</sup>. Es ist zweifellos eine der interessantesten Erscheinungen jener Zeit, wie es diesem gescheiterten Kopf trotz des vereinten Widerstandes aller andern Minister und trotz des Widerstrebens des im Herzen immer freihändlerisch gesinnten Leopold schließlich doch noch gelang seiner schutzzöllnerischen Auffassung Durchbruch zu verschaffen.

Es war im Jahre 1784, als die kritischen Folgen des neuen Tarifs für die toskanische Industrie sich deutlich zeigten, da ging Gianni gegen das Werk vor, dessen Ausführung er nicht hatte verhindern können. In Pisa stellte er am 15. und 16. März 1784 die Hauptpunkte für „einen vernünftigen Plan zur Revision der Zolltarife und der gesamten Zollgesetzgebung“ zusammen,

---

19. Die französischen Gesandten nennen Gianni immer wieder einen *homme d'esprit et de travail*, freilich auch geizig und intrigant. A. A. E., Bd. 131, S. 32; Bd. 141, S. 282 f.; Bd. 142 A, S. 140.

„wann durch die Nachforschungen und Untersuchungen die Fehler des gegenwärtigen Zustandes nachgewiesen sein werden“. Alle Gesichtspunkte eines Hochschutzzollsystems, verbunden mit der *legittima libertà* sind bereits in den Grundzügen hier vorhanden<sup>20</sup>. In geschickter Weise begann Gianni dann den Großherzog für seinen Plan umzustimmen. Er wies darauf hin, daß der Tarif von 1781 schon deshalb fehlerhaft sei, weil er auf Grund der falschen Handelsbilanz von 1762 ausgearbeitet worden sei, die nicht den wahren Stand des toskanischen Handels darstellte, vielmehr schon infolge der willkürlichen Auswahl des Materials eine künstliche Machenschaft nach den Ideen der interessierten Minister sei. Weiter betonte er, daß die Bedingungen des damals wirtschaftlich gebundenen und von Pächtern geplünderten Toskana keineswegs maßgebend sein könnten für das Land, dessen Wirtschaftsordnung inzwischen eine totale Wandlung erfahren habe. Die frühere Handelspolitik, argumentierte Gianni, indem er die luxusfeindliche Schwäche seines Herrn geschickt ausnützte, hat das Land Toskana an den Rand des Verderbens gebracht; indessen hat sie viele Uebel wieder dadurch gut gemacht, daß sie den Luxus durch Prohibitivgesetze abwehrte; dadurch ist der innere Markt unserer Industrie gesichert worden, da sie der fremden, aktiveren und vorgerückteren Konkurrenz nicht hätte widerstehen können. Zugleich ist dadurch der Luxus eingeschränkt worden und hat nicht, von der Hauptstadt ausgehend, auch noch die Provinzstädte und die Landschaft verseucht. Das Gesetz von 1738 zugunsten der Wollenzunft hat Toskana den innern Markt gerettet; dagegen hat der neue Tarif alle Dämme gegen die Korruption niedergelegt; und so war die Aufforderung vom 10. August 1781 — die sich gegen den Kleiderluxus, insbesondere der Frauen und der Landschaft wandte — ein Widerspruch zum Tarif von 1781, der denselben erleichtert<sup>21</sup>.

---

20. Archivio Gianni-Leonetti, miscellanea, Filza 38 (521/22), Nr. 1.

21. Siehe die bereits mehrfach zitierte Schrift A. Paolinis, die

In dieser Weise drang der Senator Gianni auf den Großherzog ein und legte ihm im Sommer 1784 eine Beurteilung des letzten Tarifes und die Grundzüge für ein neues Zollsystem vor. Tatsächlich fand Leopold dieselben einleuchtend und erteilte im Oktober Gianni den Auftrag, einen ausführlichen Plan einzureichen, befahl aber zugleich das größte Stillschweigen, damit keine Beunruhigung der Öffentlichkeit erfolge. Die Uebergabe dieses Planes erfolgte am 6. Dezember 1784: er bildet den Ausgangspunkt für alle folgenden Reformbestrebungen und Diskussionen<sup>22</sup>. Gleichzeitig überreichte Gianni das Manuskript des Traktats „Della legittima libertà del commercio, den zweifellos nach detaillierten Angaben Giannis sein literarischer Verfasser, der damals 26jährige Pistoiese Aldobrando Paolini verfaßt hatte: das bedeutendste Werk der Frühblüte der toskanischen wirtschaftsgeschichtlichen Literatur, das den historischen und philosophischen Untergrund für Giannis Reformplan bildete und ganz ein Erzeugnis des gewaltigen Giannischen Geistes ist. Ihm haben wir in erster Linie unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Mensch ist für die Gesellschaft geboren, begann der Verfasser allgemein seine Ausführungen, und die Gesellschaft ist die Basis allgemeinen Glücks. Diese Gesellschaft ist nun aber identisch mit Handel, ist ein Austausch von Werken und Waren unter den Menschen. Je größer und vollkommener diese Zirkulation, desto vollkommener die Gesellschaft. Dieser mit entwickelter Gesellschaft synonyme Handel also zerfällt in Innen- und Außenhandel; zwei Ergebnisse muß er gleichzeitig hervorbringen, wenn er einer Nation nützlich sein soll: er muß den Reichtum und die Bevölkerung vermehren; eines allein muß nicht unbedingt nützlich sein, da die Volkszahl sich vermittels eines vollständig passiven Handels zu Lasten des Staates ver-

---

A. Morena in der *Raccolta degli economisti toscani* herausgegeben hat. *Della polizia commerciale nel Governo del Granduca Leopoldo I.*

22. Archivio Gianni-Leonetti, Filza 38, Nr. I, Nr. II. Dort ist der Entwurf zu dem Plan.



mehren kann; und andererseits können zeitweise die Reichtümer auf Kosten der Bevölkerung und des wahren Handels wachsen, wenn ein Handelszweig seiner Natur nach schädlich ist. In diesen zwei Faktoren besteht also das größte Wohl einer Nation: in dem unter das Volk möglichst gleichmäßig verteilten Reichtum, und in der in Ackerbau, Industrie und Handel tätigen, nicht aber der müßigen, unproduktiven Bevölkerung, die dem Staat Sicherheit und Respekt nach außen verschafft.

Der Innenhandel ist notwendig, der Transit nützlich, am wichtigsten aber ist der Außenhandel, der aus der gegenseitigen Abhängigkeit der Nationen entspringt. Er zerfällt in Export-, Import- und Zwischenhandel, kann aktiv sein, wenn die Ausfuhr überwiegt, passiv im umgekehrten Fall. Diese Wandelbarkeit in Gewinn und Verlust, dieser Ueberschuß im Ausfuhr- oder Einfuhrwert heißt die Handelsbilanz. Der aktive Außenhandel allein vermag die beiden Ergebnisse hervorzubringen den Reichtum und die Bevölkerung eines Landes zu vermehren; er ist im Grunde nichts anderes als ein stillschweigender, aber legitimer Kampf der Völker; jede Nation sucht sich auf Kosten der andern zu bereichern. Diese Rivalität findet ihre Begründung im menschlichen Herzen und ist daher unausrottbar. Und wie beim Innenhandel die Handelsfreiheit den alten Monopolisten gefährlich wird, weil sie den Gewinn unter die größtmögliche Zahl von Konkurrenten verteilt, so wirken die Freiheit und der Konkurs der Nationen im Handel ruinierend für diese Monopolisten, sind günstig für neue Konkurrenten und für das allgemeine Wohlergehen der Nationen. Wer also früher eine privilegierte Stellung im Handel einnahm, wird danach trachten sie ewig zu bewahren. Aber die Natur der menschlichen Dinge hat nie gestattet und wird in Zukunft nie gestatten, daß ein Volk ewig ein despotisches Monopol besitze.

Gianni-Paolini weist dann darauf hin, daß Klima und Natur einzig für einen bestimmten Handelsartikel einen ewigen aktiven Handel bewirken könnten; sonst treten überall Veränderungen ein. „Der Handel mit Agrarprodukten ist daher im ganzen

stabiler als der mit Industrieerzeugnissen und der Zwischenhandel. Mit Oel und Wein z. B. sind wir die geborenen Lieferanten kalter Länder.“ Die andern Zweige sind großen Umwälzungen unterworfen, wie die Entwicklung des Handels bis zur Gegenwart zeigt. Die primären Ursachen dieser Wandlungen sind: unterdrückte Nationen raffen alle ihre Kräfte zusammen und weisen die bedruckerischen Völker zurück, wie Italien und Spanien in neuester Zeit. Die Tyrannei der herrschenden Nation schließt die abhängigen zum gemeinschaftlichen Kampfe zusammen, z. B. die Quadrupelallianz gegen England. Sekundäre Ursachen sind Kriege, religiöse und politische Verfolgungen, Entdeckung neuer Handelswege und Länder, Aenderungen in der Regierungsform usw.

Wenn vorhin die Notwendigkeit und Nützlichkeit des innern wie äußern Handels dargetan wurde, so ist es nur konsequent, daß ein weiser Fürst ernstlich daran denkt, ihn bei seinem Volk einzuführen, wenn er fehlt, ihn zu erhalten, zu vergrößern, zu vervollständigen, wenn er schon eingeführt ist. Um diesen Zweck, der das einzige Objekt der fürstlichen Fürsorge und der Gesellschaft ist, zu erreichen, hat man viele Mittel angewandt, die man allgemeine Regeln oder Handelstheorien nennt. Früher kannte man sie nicht oder hatte fehlerhafte. Seitdem aber die Philosophie begonnen hat, sich mit der Volkswirtschaft zu beschäftigen, ist der Handel zum Rang einer Wissenschaft emporgehoben worden. Viele Theorien sind aufgestellt worden; daher rührt die Verschiedenheit zwischen Alten und Modernen in der Anwendung der Regeln.

Der Verfasser will nur eine dieser Theorien entwickeln, allerdings die wichtigste, grundlegende, von der die andern abgeleitet sind; sie bedeutet die Basis der nationalen Arbeit, daher des nationalen Reichtums und der Bevölkerung. Das ist die Theorie von der *legittima libertà*, von der richtig erkannten Freiheit, die bei richtiger Anwendung alle andern Regeln überflüssig macht. In einem recht interessanten Ueberblick läßt dann der Verfasser das gebundene Wirtschafts-

system an uns vorüberziehen, das aus der Unkenntnis der Hauptregel für den Handel geflossen sei. Diese und noch mehr die späteren historischen Partien des Werkes sind der Glanz- und Höhepunkt des ganzen Traktates; sie offenbaren eine Kraft der historischen Anschauung und Bewertung, die nichts weniger als eine Ueberwindung der Aufklärung bedeuten. Und wohl der Verfasser, keinesfalls aber der geistige Autor desselben kann der junge Paolini gewesen sein, sondern muß ein Mann gewesen sein, der mitten drin stand in dem zu historischem Denken anregenden Auflösungsprozeß des damaligen Toskana, kein anderer als Gianni selber. Recht interessant ist insbesondere, daß bei der Betrachtung des Annonarwesens, der Fesseln des äußern und innern Handels darauf verwiesen wird, wie einzig die Hauptstadt eine Bevorzugung und Freiheit genoß, die ihr billige Lebensmittel verschaffte, während die Landschaft fast verhungerte, der Kapitale auf Kosten des Ackerbaus billiges Rohmaterial verschaffte, wie man der Landschaft gewisse Manufakturen entzog, so daß „la sola Metropoli, in cui stagnava il sangue spremuto per mille canali dispendiosi dall' estenuate Provincie, dava segno di vita e di qualche interno commercio.“

Wie es sich freilich darum handelte, die Ursachen zu ergründen, die das alte gebundene Wirtschaftssystem hervorgerufen hatten, zeigt es sich, daß auch dieser große Mann, wie vor ihm Pagnini und Sarchiani dem Geist seines Jahrhunderts seinen Tribut zollt. Auch für ihn sind die primären nicht physische, sondern moralische Gründe; Herrschsucht und Stolz, Geiz und Unkenntnis der Wirtschaftswissenschaft der Gesetzgeber und Minister. Erst in zweiter Linie tritt die historische Begründung: der exklusive Patriotismus der Hauptstädte. „Es gibt im derzeitigen Europa keine Nation, die durch eine freiwillige Vereinigung oder durch einen wahren Gesellschaftsvertrag gebildet worden ist. Das Waffenglück unterwarf den Schwächern dem Stärkern oder Glücklicheren. Diese gewaltsame Vereinigungen von Städten und Provinzen brachte alle

übeln Folgen der Eroberungen mit sich. Die erobernden Republiken sahen in den besiegten und mit ihrem Gebiet vereinigten Städten und Provinzen nur eine Beute, die bloß zum Vorteil und zur Wohlfahrt der Hauptstadt dienen sollte. Daher erließen sie Handelsgesetze, die die Provinzen zu Sklaven zum Wohl der legiferierenden Hauptstadt machten. Der Geist derartiger Reglemente ist einzig darauf gerichtet, die bei den Eroberungen Interessierten, d. h. die Leiter der Hauptstadt zu begünstigen, und nicht den ganzen Staat, und das hieße das Wohl der unterjochten Provinzen.“

Eine weitere Ursache für die Gebundenheit des Handels, insbesondere des Außenhandels findet der Verfasser in dem kriegerischen Geist der Feudalzeit, der dem Gegner möglichst Abbruch tun wollte und daher den Export untersagte. Diese für die Kriegszeit erträglichen Gesetze blieben aber schändlicherweise auch im Frieden bestehen. Verwandt mit dieser Ursache ist der letzte Grund, der Geisteszustand oder Genius des Volkes jener Zeit, indem das kriegerische Walten keinen wohlverstandenen Handel aufkommen ließ; den politischen Zuständen war die ökonomische Legislatur angepaßt, eben der Kriegszeit: Sicherung vor den Folgen der Einfälle und Verwüstungen, um nicht vor Hunger kapitulieren zu müssen. Als Folge davon entstanden die Getreidemagazine, die Ausfuhrverbote. Daß dann einer Reform des alten Systems die jahrhundertelange Uebung und die öffentliche Meinung, die Gewohnheit mächtig entgegenstanden, ist eine richtige Schlußbemerkung zur Erklärung der Ursachen des früheren Systems.

Bevor Paolini dazu übergeht seine Theorie zu formulieren, macht er einen heftigen Ausfall gegen den Freihandel. Angesichts dieser Stelle allein, scheint es fast unglaublich, daß man jemals das Buch Paolinis als eine Verteidigungsschrift des Zolltarifs von 1781 in Anspruch nehmen konnte.

Gewöhnlich wird Freiheit verwechselt mit Ausgelassenheit und Zügellosigkeit der Handlungen und mit einer strafwürdigen Nachlässigkeit desjenigen, der die menschlichen Hand-

lungen beaufsichtigt. Der zügellose Mensch glaubt sich nicht frei, wenn die öffentliche Gewalt seine Missetat bestraft. Er nennt Freiheit die ungestrafte Ausgelassenheit seiner Leidenschaften. Ein unruhiger, zänkischer und impertinenter Bürger nennt Freiheit die Verleumdung der Regierung, weil er Geschmack daran findet über alle zu schimpfen. Der Mensch, der die Beaufsichtigung seiner Sitten befürchtet, nennt die Wachsamkeit der Polizei eine Sklaverei. Er hält sich erniedrigt, entmutigt und entwürdigt, aus Furcht der Strafe zu verfallen. Diesen Grundsätzen entspricht es, daß, wenn jene vom Freihandel sprechen, sie ihn mit der absoluten Ungebundenheit verwechseln, mit der die Kaufleute handeln können, wie sie wollen. Das Schlimmere dabei ist, daß bei der Definition der Freiheit in Handelssachen auch gewisse sonst verehrungswürdige Philosophen sich geirrt haben. Sie formulieren sie als die allgemeine, unbeschränkte Fähigkeit jede allen zugängliche Ware ausführen, verkaufen, und behalten zu dürfen, ohne daß die Regierung im geringsten daran denkt ihren Handel zu regeln, sei es mit legalen Gewichten oder Maßen, sei es durch andere öffentlich-rechtliche, den speziellen Umständen der Nationen angepaßte Maßnahmen. Jedes Gesetz, das diese gefährliche Ungebundenheit vermindert, nennen sie eine Entmutigung der Industrie, eine Fessel für den Handel, die den emsigen Fortschritt hindere, wie die Spannketten den Lauf eines edlen und schnellen Pferdes hemmen.

Die Absurdität dieser Maximen ist so klar, daß man sie kaum ernstlich widerlegen muß. Im Nu sieht man, daß eine so falsch verstandene Freiheit notwendig im Handel jene selben betrübenden Konsequenzen hervorruft, wie die verlangte moralische Freiheit, die die Ausgelassenen und Zügellosen verlangen, sie in den Sitten mit sich bringt. Man darf sich über diese Wahrheit nicht hinwegtäuschen: der Mensch hat nur den gegenwärtigen Nutzen als letztes Ziel seiner Handlungen im Auge. Daher stürzt er sich blind auf sein gegenwärtiges und unmittelbares Interesse und vergißt das zukünftige. Er vergißt, daß er Bürger ist, wenn die Stimme des eigenen, offenbaren Interesses

zu ihm spricht. Obgleich die Natur ihn andere Regeln lehrt, um das eigene reale Glück zu erreichen, hört sein von zahllosen Leidenschaften verwirrter Geist die Stimme der Natur nicht. Derartig organisierte Wesen mußten in einen fortwährenden Widerspruch miteinander kommen; jeder wollte einzig sein Wohl. Diese Exklusivität war dem einen ebenso nachteilig wie für den andern vorteilhaft. Gerade um dieser Unordnung unter den Menschen zu steuern, wurde die Gesellschaft eingeführt. Der Zweck derselben also ist die Vereinigung der partikulären Interessen, mögen sie einander noch so widersprechen, zu einem gemeinsamen Interesse. Die große Kunst des obersten Leiters der Gesellschaft, des Fürsten, besteht darin, die Linien, die natürlicherweise divergieren, auf einen Punkt hinzuleiten. Aber die Menschen, die mehr von physischen als moralischen Beweggründen geleitet werden, hatten Mittel nötig, die unmittelbar auf ihre Sensibilität einwirkten. Ein noch so starker Vernunftschluß wäre nicht imstande gewesen sie zusammen zu halten gegen die widerstrebenden Kräfte ihres Mechanismus. Man mußte sie zwingen proportional ihrer Elastizität, um sie zu beugen. Die große Kunst war die, den gegebenen Punkt zu finden, in dem die Aktion der Reaktion die Wage hielt; denn wenn die Aktion kleiner war, so wurde die Konvergenz auf das gewünschte Zentrum nicht erreicht, und war sie größer als die Reaktion, so zerstörte man das, was man nur beugen mußte. In diesem Gleichgewicht der Kräfte beruht geradezu die Wissenschaft, die den Handel und die Sitten der Menschen lenkt. Und da sie kräftiger und tätiger sein muß die Linien zu leiten und zu drücken, deren Tendenz nach dem gemeinsamen Zentrum wichtiger ist und da der Handel der für die Gesellschaft wichtigste Gegenstand ist, so müssen konsequenterweise alle Linien, die sich auf ihn beziehen, wie Strahlen eines Kreises zum gemeinsamen Zentrum gehen, und in dieser Richtung muß gerade die Staatsgewalt tätig sein, der der vollkommene Aufbau dieser aus so vielen Stücken zusammengesetzten Maschine anvertraut ist, die man Staatskörper nennt. Wer daher vom Handel jedes

Gesetz entfernen will, das ihn zum gewünschten Punkt hinbeugt, will die Gesellschaft auflösen. Der Kaufmann, der nur seinen eigenen, gegenwärtigen Profit im Auge hat, wird nie danach trachten seinen Vorteil mit dem gemeinsamen zu vereinigen; im Gegenteil, da der öffentliche Schaden sein größerer Vorteil ist, so ist es sicher, daß der vollständig zu freiem Handel befähigte Kaufmann immer die Öffentlichkeit schädigen wird, weil er dabei immer seinen größern Nutzen findet. Das ist so wahr, daß man Kaufleute in Kriegszeiten verbotene Waren dem Feinde ihres Vaterlandes zuführen sah. Daher muß man den ewigen Ruf: Freiheit! Freiheit! bei vielen als bloßen Fanatismus charakterisieren, deren Herz oder Geist verdorben ist. Sie verkennen durchaus die allgemeine Anlage der menschlichen Natur und den speziellen Zweck der bürgerlichen Gesellschaft. Der Handel wird durch weise Beschränkung und durch Maßnahmen nicht entmutigt, die sein Dasein, die Treue und den Kredit sichern. Weise entmutigt man den Kaufmann, wenn er übel handelt, aber man ermutigt ihn richtig, wenn er recht handelt.

Nach dieser soziologisch-philosophischen Begründung, die seiner Staats- und Gesellschaftsauffassung alle Ehre macht, definiert der Autor endlich die richtig erkannte Freiheit, die ihm als Ideal vorschwebt: sie ist die Fähigkeit, diejenigen Sachen, die dem ganzen Staat nützlich sind, anzupflanzen, zu verarbeiten, zu transportieren, ein- und auszuführen, die aber durch Gesetze und Zölle beschränkt und geregelt wird, wo es der Vorteil des Staates verlangt. Das Staatswohl ist für den Autor der oberste Maßstab, nach dem der Handel beurteilt werden muß. Diese richtig erkannte Freiheit muß dann nach außen wie nach innen ewig sein.

Der Schutzzöllner Gianni-Paolini macht dann weiterhin darauf aufmerksam, daß es unter jeder Regierungsform von höchstem Interesse für die Regierung sei, den Bürgern die größtmögliche Freiheit zu lassen und ihnen nur denjenigen Teil

ihrer natürlichen Unabhängigkeit zu nehmen, der notwendig sei, um die Regierungsform aufrecht zu erhalten; denn jeder überflüssige Schritt des Legislators zur Beschränkung der menschlichen Handlungen, vermindert tatsächlich die Aktivität im Staate, vermindert die jährliche Produktion; in den wirtschaftlichen Angelegenheiten muß man zum großen Teil die Natur selber allein wirken lassen. Damit ist der Beweis für die Notwendigkeit und den Nutzen einer richtig erkannten Freiheit geliefert. Sie ist gerecht, weil sie einen Teil des Gesellschaftsvertrages bildet, in dem sich der Mensch möglichst wenig binden wollte und in dem er nur einen Teil seiner Unabhängigkeit preisgegeben hat, um den andern ruhig und gefahrlos zu bewahren.

Seine eminent historische Betrachtungsweise offenbart dann der Verfasser wieder, wenn er betont, daß die Vergangenheit, insbesondere das Altertum nicht maßgebend sein könne als Gegenbeweis gegen seine Beweisführung, da ganz andere historische Bedingungen vorwalteten; daß mit dem Wechsel der politischen Zustände im römischen Universalstaat auch die auf diese Universalität angelegten Gesetze eine Aenderung erfahren mußten. „Denn dergleichen Gesetze, die eine relative Güte haben, sind solange ausgezeichnet, als sie dem Gegenstand angepaßt sind, auf den sie sich beziehen; ändert sich dieser, ohne daß mit dem Gesetz das gleiche geschieht, so wird es sehr schlecht.“ Daher konnten gewisse ökonomische Gesetze einst bei den Antiken gut sein, die für die Neuzeit sehr schlecht wären. „Schließlich hat sicher bei jeder handeltreibenden Nation das System der *legittima libertà* für den Handelszweig gegolten, dem sie den Vorzug gegeben hatte; das beweist absolut, daß die Freiheit jederzeit von allen Nationen für den Handel als notwendig betrachtet wurde. War vielleicht bei den Florentinern die Ausfuhr der Wolltücher und die Wolleinfuhr verboten? Nein, sicher nicht. Wenn der Handel mit andern Artikeln gehemmt war, so kam das nicht daher, daß man die Freiheit absolut dem Handel feindlich hielt, sondern von der



vielleicht richtigen Ansicht, daß der Freihandel für die verbotenen Gegenstände nicht am Platze sei unter jenen Umständen, weil er für den Handelsartikel schädlich war, der die Quelle seines Reichtums bildete. Daher ist es klar, daß, wenn man den Geist jener Gesetze genau untersucht, man ihn der von mir aufgestellten Maxime konform findet und daß die Nation, die den einmal unternommenen Handel so gut zu stärken wußte, Lob verdient; und wenn man zu allen Zeiten ebenso seine eigenen Interessen verstanden und die verschiedenen Bedingungen erkannt hätte, so würde sie jetzt nicht den Tadel verdienen, der den verdorbenen und obstinaten Völkern gemacht wird. Aber die übermäßige Bewunderung der Weisheit der alten Republik und die riesige Meinung von ihrem Handelsreichtum, die die Volkstradition so übertrieben hat, haben bewirkt, daß jene Gesetze unbeweglich blieben, die ihrer Natur nach wechseln müssen gemäß den Drehungen des Glücksrades.“

Eine wunderbare Kraft der vorurteilslosen historischen Betrachtung und Bewertung offenbart sich in dieser Anschauung Giannis, um so wunderbarer, wenn man an jene flammenden und gehässigen Ausfälle denkt, mit denen die leopoldinischen Staatsmänner sonst die alten Institutionen und insbesondere die Annona bedacht haben. Aber nicht minder offenbart sich diese individualisierende, auf das Relative alles Irdischen hinweisende Fähigkeit des Verfassers, wenn er nun dazu übergeht allgemein die Gesichtspunkte festzulegen, die bei der Feststellung der *legittima libertà* zu berücksichtigen waren. „Jede Nation ... für sich betrachtet, benötigt einen speziellen, seinen Bedingungen angepaßten Handel und dieser ist der Handel, der den wahren Interessen der Nation angepaßt ist, und der Urheber ihrer irdischen Glückseligkeit.“ Nicht jeder Handel ist daher nützlich für jede Nation. Der Fürst muß erkennen, welches der für sein Volk passende ist. Aeußere und innere Bedingungen des Landes sind hier zu berücksichtigen. Innere Bedingungen sind die Beschaffenheit des Klimas, des Staates, die geographische Stellung und Lage; die geistige Veranlagung und die Zahl der Bewohner

und die geometrische Ausdehnung des Landes. Außere sind die Art der eigenen Grenzen, die Bedürfnisse der benachbarten Völker und die Macht und Tätigkeit, die bei anderen Nationen im Vordergrund stehen. Ist dann die Erkenntnis des für eine Nation passenden Handels auf diese Weise gewonnen, so müssen nun die Untertanen durch Gesetze und Protektion vom Fürsten darauf hingeletet werden. Und da der beste Schutz des dominierenden Handels die richtig erkannte Freiheit ist, so muß man vor allem diese in ihrer ganzen Ausdehnung und solange zur Entfaltung bringen, solange sie richtig, d. h. nützlich für den betreffenden Handelszweig ist. Gleicherweise müssen die andern Handelszweige, die bei einer Nation bestehen können, nur soweit bestehen gelassen werden, als sie die Vergrößerung und den Fortschritt des Hauptzweiges fördern. Der Schutz dieser sekundären Handelszweige muß abgestuft sein, größer für die, die ausgiebiger den Hauptzweig fördern, kleiner für die, die das weniger tun. Daher muß der Monarch notwendigerweise vollkommen alle Arten der Manufakturen und des Handels kennen, die bei seinem Volke vorkommen, und muß mit weiser Berechnung die Beziehung und den Einfluß jeder einzelnen auf den Hauptzweig bemessen, um den Schutz mit den Vorteilen in Einklang zu bringen. Und als allgemeine Regel muß jede Art der Manufaktur und des Handels, selbst wenn sie in Blüte steht, die im Grunde aber den Hauptzweig nicht fördert, sondern hemmt, nicht nur nicht geschützt, sondern völlig vernichtet werden. Wenn aber die sekundären Handelszweige einen günstigen Einfluß auf den Hauptzweig der nationalen Arbeit haben, in diesem Fall gleicht der Handel einem Hauptfluß, bei dem der Einfluß von Bächen und kleinern Flüssen die Schnelligkeit mit der Wassermasse beschleunigt.

Nach dieser allgemeinen Grundlegung und Begründung des Schutzzollsystems und der *legittima libertà*, wendet sich der Verfasser der Hauptaufgabe zu, an Hand der abgeleiteten allgemein gültigen Regeln die für Toskana richtige Freiheit zu ermitteln. Und wir glauben manchmal den ehrwürdigen Pompeo

Neri zu hören, wenn wir von dem Lobe der toskanischen agrarischen Zukunft hören, obgleich wir seine Ideen in viel vertiefterer Gestalt und ins Schutzzöllnerische abgewandelt wiederfinden. Auch die Paralleltät zu dem Werke des Freihändlers Tavanti-Sarchiani springt ohne weiteres ins Auge, wenn auch hier ein weit größerer Geist zu uns spricht, der in einem von tiefem Verständnis zeugenden Exkurs nachweist, wie der Handel der Florentiner entstanden, aus welchen innern und äußern Ursachen er so mächtig geworden sei, wie die beiden großen Zünfte der Wollentuch- und Seidenindustrie groß geworden, aber auch wieder gefallen seien, welches die äußern und innern Gründe gewesen seien, die den florentinischen Handel zu Fall brachten. Und lebhaft fühlen wir uns an jene großartige Entschlossenheit Neris erinnert, wenn jetzt auch Gianni-Paolini im nüchternsten Tone erklärt, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sei jene industrielle Glanzzeit Toskanas wiedererstehen zu lassen, daß man dazu nicht weniger brauchen würde als die Erneuerung jener äußern Ursachen, die die Glanzzeit heraufbeschworen hatten, daß man den Stand der Sachen in Europa, die Maximen der Kabinette, den Genius der Völker zurückschrauben, mit einem Wort die alte geistige Beschränktheit und Barbarei wiedererstehen lassen müßte. So gelangt er denn zu der Feststellung, daß der Zwischenhandel den äußern und innern Bedingungen Toskanas nicht mehr angepaßt sei, daß der Handel mit Industrieprodukten, insbesondere mit Seidenwaren nicht die erste Stelle in Toskana verdiene, weil er nach den äußern und innern Umständen des Landes nicht der passendste sei. Dagegen ist es der Handel mit den Produkten des Ackerbaus, der in jeder Beziehung für Toskana die erste Stelle einnehmen muß. Denn das Land besitzt neben einem gemäßigten Klima und einem fruchtbaren Boden eine für den Handel geographisch ausgezeichnete Lage, besitzt am Tyrrhenischen Meer in Livorno den bequemsten und sichersten Hafen Italiens; mit ungefähr einer Million Einwohner hat es eine Zahl,

die den physischen Kräften des Territoriums durchaus nicht proportional ist, indem nur der zentrale Teil einigermaßen dichter bevölkert ist. Das Volk besitzt natürliche Neigung und Talent für Industrie und Handel, insbesondere auch für den Ackerbau, wenngleich derselbe dank der alten feindlichen Legislatur vernachlässigt ist. Den innern entsprechen günstige äußere Umstände, die Natur der Grenzen und die Bedürfnisse der angrenzenden Völker. Im Ost-Süd-Osten und Norden wird es begrenzt von einem Staat, der grundsätzlich keine Handelseifersucht zu erregen vermag und immer geborener Abnehmer fremder Waren war. Damit ist Toskana die Ueberlegenheit im wechselseitigen Handel und ewiger Gewinn gesichert, den die Faulheit der Tätigkeit bezahlt. Die zwei Republiken im Westen und Nord-Westen haben Bodenprodukte nötiger als Industriewaren. Und schließlich öffnet sich im Süden und Westen weit das Meer, das es zum Nachbarn aller Nationen macht, die seiner Produkte bedürfen. „Die Natur hat uns zu einer ackerbauenden Nation gemacht.“ „Die Natur hat uns das sicherste Mittel angewiesen, um zu leben, das ruhigste, das fruchtbarste und daher das geeignetste zur Vermehrung der Art, das unschuldigste um in vollständigem Glück zu leben. Der Ackerbau ist in der That der Quell des wahrsten Reichtums auf Erden, weil er für sich allein imstande ist die wahren Bedürfnisse der Natur zu befriedigen und weil er unabhängig ist von den wechselnden Ansichten und Moden der Menschen. Das agrikole Volk ist geborener Gläubiger aller Völker, die ihm nicht gleichen und kann nach seinem Willen Herr über sie werden. Aber diese Beschäftigung ist nicht nur die sicherste für den Unterhalt der Völker, sondern auch die ruhigste. Ein Ackerbauvolk ist weniger ausgesetzt den Neid der andern Völker zu erregen, weil der Fortschritt seines Handels weniger auffällig ist. Der Handel mit Luxuswaren und der Zwischenhandel sind auch nicht einträglicher als der mit Bodenerzeugnissen. Und mit dem Reichtum wächst die Bevölkerung; die Agrarbevölkerung ist die stabilste, unschuldigste und glücklichste.

„Indem so der Ackerbau die Tätigkeit ist, zu der uns die Natur durch die Art des Klimas und des Territoriums, durch unsere geographische Lage und durch alle innern und äußern Umstände bestimmt hat, so ist aus dem Gesagten zu schließen, daß der einzige und direkte Zweck unserer ökonomischen Gesetze der Schutz, die Vergrößerung und Vervollkommnung des Ackerbaus sein muß; daß die allgemeine Regel, die den Geist des Gesetzgebers zu leiten hat, jene sein muß, daß beim Zusammenstoß im Schutz zweier Beschäftigungen der Ackerbau siegen muß und daß die ganze Kategorie der sekundären Beschäftigungen dem Ackerbau dienen muß, nicht daß derselbe dem vorübergehenden Nutzen einer einzigen isolierten Zunft untergeordnet werden darf, wie groß auch der Nutzen erscheinen möge. Diese Aufopferung des Ackerbaus zum Wohl einer Beschäftigung für Bequemlichkeit und Luxus, die bei uns eingeführt werden könnte, würde der natürlichen Ordnung widerstreben, die das oberste Staatsgesetz ist und ein unendliche Reihe irreparabler Uebel würde uns nach einiger Zeit für unsern Fehler bestrafen. Da indessen gezeigt ist, daß die erste Regel beim Handel die Einführung der richtig erkannten Freiheit ist, so muß unser Handel basiert werden auf den Ackerbau und auf die sich am meisten auf ihn beziehenden Beschäftigungen und muß dann in vollem Umfang diese *legittima libertà* genießen, die der wichtigste Schutz der Agrikultur und der entsprechenden Industrie ist. Die erste Sorge des Legislators muß sich notwendig darauf richten die Widerstände zu erkennen und abzuschaffen, die die Agrikultur und die entsprechende Industrie hindern die Ausbreitung zu gewinnen, deren sie fähig sind.“

Der ganze zweite Band des Traktats beschäftigt sich damit, die Abschaffung eines, des wichtigsten dieser Hindernisse, des Annonarsystems zu besprechen. Auch hier zeigt der Verfasser

wieder seine hervorragende geschichtliche Betrachtungsweise, der sogar das Annonarsystem als eine weise Maßregel der Anfänge der florentinischen Republik erscheint, die erst ihre Berechtigung verloren habe, als die kriegerischen Zeiten für Toskana aufhörten und Florenz sich zu einem Staate erweitert habe. Für unsere Darstellung kommt dieser Band nur wenig in Betracht; dagegen haben wir noch einen Blick zu werfen auf jene interessanten Auslassungen des ersten und zweiten Bandes, in denen Gianni-Paolini seine Ansicht über die Stellung der Hauptstadt innerhalb des Staates ausspricht; das wird dazu beitragen uns die städte-, die Florenz feindliche Politik Leopolds verständlich zu machen.

Gianni ist sich klar bewußt, daß die Beibehaltung des Annonarwesens nach dem Niedergang der Feudalität die egoistische wirtschaftliche Vorherrschaft der Kapitale bezweckte. „Dieses System, das die Provinzen in Faktoreien der Hauptstadt verwandelte ... vernichtete den Ackerbau der Provinzen für einen scheinbaren Vorteil der Hauptstadt.“ Und die Republik wollte nach seiner Ansicht die eroberten Städte außerdem erniedrigen, um sie in Abhängigkeit und Schwäche zu erhalten; unter dem Prinzipat erfolgte trotz mannigfacher Ansätze keine Schwenkung in der hergebrachten Politik, weil man wenig Verständnis für die wirtschaftlichen Bedürfnisse hatte, weil es in Florenz fundamentaler Grundsatz geworden war, daß der Ackerbau dem Gedeihen der Industrie untergeordnet werden müsse, weil dieselbe auf diese Weise einstmals blühend gewesen war, weil man den hauptstädtischen Pöbel nicht durch Aenderung des Wirtschaftssystems gegen sich aufbringen wollte und weil es endlich zum Nutzen der großherzoglichen Kaufleute war.

Aber Gianni ist ein Mann des 18. Jahrhunderts; er begnügt sich nicht damit festzustellen, daß dieser Spirito Metropolitico, dieser Geist der hauptstädtischen Vorrechte die Grundlagen des alten Rom untergraben, in Florenz die soziale Ordnung verändert, den natürlichen Handel unmöglich gemacht, die Landschaft entvölkert, den Ackerbau vernichtet, die Provinz-

städte lahm gelegt und für Florenz selbst die festeste Basis seiner Größe untergraben habe. Der Mann der Aufklärung findet, daß im Gesellschaftsvertrag niemals für den Fürsten die unsinnige Verpflichtung stand den Teil mehr zu begünstigen als das Ganze. „Sein Vaterland ist der ganze Staat; daher muß sein Patriotismus allgemein sein.“ „Der einer einzigen Stadt in den wichtigsten Rechten eingeräumte Vorzug ist daher eine Verletzung des allgemeinen Patriotismus, der väterlichen Liebe und ist eine Monstrosität im politischen Körper.“ „Der Staat muß eine Hauptstadt haben. Die Stadt, wo der Fürst länger residiert, erwirbt notwendigerweise diesen Charakter. Aber diese Residenz des Fürsten, dieser Titel Hauptstadt überträgt selbstverständlich auf diese Stadt nur eine größere Ehre, mehr Bequemlichkeit und eine Vergrößerung der untern Schichten der Bevölkerung. Solange sich der Glanz der Hauptstadt in diesen Grenzen hält, würde die Last, die dem Staate erwächst, sehr unmerklich sein. Aber die frühere Politik hat die Hauptstädte in Abgründe verwandelt, die den ganzen Staat verschlangen.“ So verlangt denn Gianni, daß die Regierung es sich zur Aufgabe mache, Menschen und Geld wieder auf die Landschaft hinauszuziehen, das Vermögen zu verteilen, die Bevölkerung durch sanfte und unmerkliche Mittel zu verteilen, die Untertanen in den wichtigsten Rechten einander gleichzustellen, den Ackerbau zu fördern, um damit die möglichste Ausdehnung der Industriezweige zu erzielen, die davon abhängen wie auch des natürlichen Handels des Landes. Und das erste Mittel dazu ist ihm die richtig erkannte Freiheit für den äußern und innern Handel mit Lebensmitteln. Und zwar ist für den Autor hier die richtig erkannte Freiheit ausnahmsweise der Freihandel, wie er mit einem gleichzeitigen heftigen Ausfall gegen dessen absolute Anhänger betont.

Noch deutlicher tritt die Florenz feindliche Gesinnung des Verfassers an einer andern Stelle in die Erscheinung, und zugleich sehen wir hier Strömungen der zeitgenössischen Philosophie sich abfärben. Das Bevölkerungsproblem des toska-

nischen Landes ist es, das ihn aufmerksam macht auf das Mißverhältnis der hauptstädtischen zu der landschaftlichen Bevölkerung. Gianni-Paolini ist der Meinung, daß die zahlenmäßige Verteilung im ganzen richtig sei und daß keine Anhäufung in den Städten stattfinde. „Die Hauptstadt einzig bietet den in Europa allgemeinen Anblick einer zahlreichen Bevölkerung im Vergleich mit den Provinzialstädten; der Pöbel, dem alles imponiert, was groß ist, und den das vergnügt, bewundert und lobt die Größe der Hauptstadt und hat Freude an der großen Einwohnerzahl. Andere aber werden darüber stutzig, wie die Bevölkerung der Städte der Provinz so viel kleiner ist als die der Hauptstadt. Sie sehen in ihr große, aber von Bewohnern entblößte Städte. Sie können nicht verstehen, wie sie entvölkert sind, während Florenz Ueberfluß an Einwohnern hat. Voll Erstaunen halten sie die Provinzen für elend und die Hauptstadt allein für glücklich.“ Gianni-Paolini berechnet die Bevölkerung von Florenz für das Jahr 1785 auf 80 000 Einwohner. „Diese Zahl ist exorbitant für einen Staat von der Bevölkerung, von der sie fast den zwölften Teil bildet. Die Bevölkerung von Paris ist nur der dreißigste Teil von der Frankreichs. Nichtsdestoweniger erheben die Oekonomisten laut ihre Stimme gegen die Größe der Hauptstadt.“ Dem Verfasser erscheint die Hauptstadt als ein Wasserkopf, ihre Größe so monströs, wie ein Riesenkopf auf einem Zwergleib. „Er erkennt, was der Pöbel ohne Verstand bewundert. Er sieht, daß die Bevölkerung der Hauptstadt großenteils das Produkt einer alten Krankheit des Staates ist, vermöge welcher das Blut des politischen Körpers einzig nach dem Kopf strömte und eine gefährliche Stauung verursacht hat. Die andern Glieder des Körpers, die der belebenden Strömung des Blutes entbehrten, sind in einem paralytischen Zustande.“

Der Verfasser weist dann nach, daß Florenz die eroberten Provinzstädte ausgesogen, die Bevölkerung derselben an sich als dem einzigen reichen Punkt des Landes gezogen habe. Menschen und Reichtum konzentrierten sich auf einen Punkt;



Florenz wurde fast ein zweites Rom. Die hervorragendste Industrie wurde ihm privilegiert, das hielt die Bevölkerung dort fest und verminderte sie in den Provinzen. „Das ist der Hauptgrund der riesigen Bevölkerung unserer Hauptstadt, der zusammen mit andern sekundären allen Hauptstädten gemeinsamen Ursachen die kleineren Städte ihrer Bewohner beraubt und Florenz damit gefüllt hat. Fehlerhaft und unnatürlich, weil erzwungen, ist also die Bevölkerung der Hauptstadt. Sie ist nicht im eigentlichen Sinne der wohlthätige Erfolg der Industrie, die dort natürlich blühte, da dieselbe, wenn man die Hindernisse beseitigt, ebensogut oder noch besser in den Provinzen gedeihen kann. Sie ist die Wirkung der alten Gesetzgebung, die die Hauptstadt nicht als Teil des Staates, sondern als das Ganze und den Staat als nichts betrachtete. Im Gegensatz dazu ist die jetzige Bevölkerung von Livorno nicht eine Krankheitserscheinung, sondern die Wirkung der Gesundheit und Kraft des Handels, der dort natürlich ist. Ich will es beweisen. Wenn man die Bevölkerung von Livorno in eine andere weit vom Meere entfernte Stadt bringt, so wird man ihr die Beschäftigung nehmen, der sie ihr Dasein verdankt; damit nötigt man die Bewohner entweder auszuwandern oder umzukommen.“ Bei Florenz ist es anders. Wenn die privilegierte Ausübung der Seiden- und Wollenindustrie vom Monarchen einer andern Stadt übertragen würde, so wäre eine Abnahme der Bevölkerung sicher, und man würde erkennen, daß die große Einwohnerzahl von Florenz das Werk des Gesetzes und nicht der Natur ist. Und wenn man noch den Hof verlegen würde, so würde Florenz das Schicksal Moskaus nach der Gründung von St. Petersburg erleben. Das will zwar der Autor nicht; aber die Hauptstadt soll nicht mehr das Ganze, sondern bloß einen Teil des Staates darstellen und die bösen Folgen der früheren Gesetzgebung sollen möglichst vermindert werden.

Der dritte Band des Paolinischen Werkes ist nicht mehr im Druck erschienen. Der Großherzog hat den Autor ersucht; wie es heißt, die Publikation aufzuschieben, bis er die Reform

des Zolltarifs durchgeführt habe. Wir wissen jetzt durch Morena, daß auch das Manuskript endgültig verloren gegangen ist. Mit Sicherheit können wir annehmen, daß es die detaillierte Darstellung des Hochschutzzollsystems enthielt, an dessen Ausarbeitung die Regierung sich nun machte.

Das ist in kurzen Zügen dargestellt der Inhalt des literarischen Hauptwerks des toskanischen Aufklärungszeitalters und zugleich die Ueberwindung desselben, die philosophische Unterlage für das Schutzzollprogramm der toskanischen Protektionisten, das der Senator Gianni durch seinen literarischen Schildknappen A. Paolini ausarbeiten ließ. Wenn es hier eine ausführlichere Besprechung gefunden hat, als z. B. das Werk Sarchianis, so ist es wegen der einzigartigen Stellung, die ihm zukommt; es steht im Wendepunkt der leopoldinischen Zollpolitik. Es gestattet einen Ueberblick über die vorhergegangene Epoche und bildet die Basis, den Ausgangspunkt für die kommende. Und es ist uns wichtig, weil es uns manches aus Leopolds Regierungszeit verständlich macht, was uns durch den Verlust des archivalischen Materials verborgen bleibt; es vermittelt uns insbesondere einen interessanten Aufschluß über die Frage, wie Leopold zu seiner städtefeindlichen Politik gekommen ist, welches Thema im Zentrum dieser Arbeit steht. Es läßt uns einen tiefen Blick tun in die Gedankenwelt des Mannes, der die große Rolle in der folgenden Reform gespielt hat, Gianni; und für das Verständnis des Niedergangs der freihändlerisch-physiokratischen Epoche Toskanas bildet es den Angelpunkt. In eigentümlicher Weise durchdringen sich in diesem Werk die Gedankenwelt der Aufklärung und die Ideen einer neuen Zeit; auch in dieser Beziehung bildet es die Brücke zwischen zwei Epochen. Denn einerseits treffen wir eine mechanistische Auffassung und Beurteilung wirtschaftlicher Vorgänge, die der Erklärungsweise eines Pagnini in nichts nachgibt; wir beachten eine Ueberschätzung moralischer und eine Unterschätzung physischer Ursachen, wie sie der Kausalitätsauffassung des 18. Jahrhunderts nur je geläufig war. Und dicht

daneben gewahrt man andererseits mit tiefem Erstaunen eine Intensität historischen Denkens, die ihrer Zeit weit vorauseilt, eine individualisierende und abwägende Beurteilung, die es sogar fertig bringt, selbst der historischen Erscheinung der Annona gerecht zu werden. Und nun noch das Ganze abgefaßt in einer einfachen, klaren, aber gerade dadurch so wirk-samen Ausdrucksweise.

Gleichzeitig mit dem Werk Paolinis, im Dezember 1784 überreichte der Senator Gianni dem Großherzog sein Pro-gramm, seinen „allgemeinen Plan für die Instandsetzung der Zölle und Zollabgaben in Toskana“. Mit vollendeter Deutlich-keit geht daraus hervor, daß sein Autor auch die Grundlagen des Paolinischen Werkes gelegt hat. Gianni geht aus von dem unveränderlichen Grundsatz, daß Leopold Toskana ohne Aus-nahme als ein zollpflichtiges Territorium betrachten will, abge-sehen von den vier Städten Florenz, Siena, Pisa und Pistoia. Dann stellte er die Hauptgesichtspunkte für eine Revision der gesamten Zollgesetzgebung auf. Die Zölle und Zollstätten müssen zwei Hauptaufgaben dienen: einmal haben sie die Handelsbilanz für den Staat günstig zu gestalten, indem sie den einheimischen Produkten und Waren die Konkurrenz erleichtern, damit alle Zweige der nationalen Tätigkeit blühen und sich aus-dehnen können und damit jener nationale Reichtum erlangt wird, der notwendig daraus entspringt samt allen Wohltaten, die eine gute ökonomische Verwaltung hervorbringen möchte. Sodann haben die Zölle einen Teil der staatlichen Steuern zu erheben; indessen darf dieser zweite Zweck den ersten nicht verletzen. Die Zölle können gleicherweise dazu dienen die Aufwandsteuer im Innern des Staates zu erheben, können die Provinzen gegen die Gefräßigkeit der Hauptstadt und der größern Städte schützen. Weiter kann man die Zollstätten auch zu andern Zwecken benutzen, wie für die Bewachung und Siche-rung der Grenzen und der Städte, welcher Zweck nicht außer acht gelassen werden muß. Möglichste Leichtigkeit und Sicher-heit bei der Erhebung der Zölle sowohl für den Staatsschatz wie

für das Publikum anzustreben ist wünschenswert, indem man Formen und Methoden anwendet, die möglichst sich fernhalten von Willkür, Unannehmlichkeiten der Gerichte und Betrügereien der Beamten, obgleich dies nicht völlig von der Anwendung von Fiskalgesetzen zu trennen ist. Aus den Zollregistern sollen sowohl die Regierung als das Publikum den Stand der Handelsbilanz sowie die Veränderungen, die jährlich eintreten, erkennen können; diese Berichte sollten für niemand verborgen sein und es würde sogar ein Lob für die Regierung sein, wenn sie eine mit Anmerkungen wohlversehene Bilanz herausgeben würde<sup>23</sup>.

Auf Grund dieser fundamentalen Sätze machte dann Gianni seine bestimmten Vorschläge. Die Ausfuhrzölle sollen aufgehoben werden<sup>24</sup>, nur noch Einfuhr- und Transitzölle weiterbestehen. Als Norm für die Höhe der Einfuhrzölle darf einzig das Staatsinteresse gelten. Wie beim geltenden Tarif sollen daher die der toskanischen Industrie notwendigen Rohstoffe nicht belastet werden, wohl aber müssen die Halbfabrikate stärker besteuert werden; die für den allgemeinen Gebrauch notwendigen ausländischen Manufakturen, die in Toskana nicht in genügender Menge hergestellt werden, sind zwar mit kleineren Zöllen zu belegen, aber eine gewisse Grenze muß dabei inne gehalten werden, damit trotzdem die nationale Industrie sich entwickeln kann. Gegen die bisher gemachten zollpolitischen Fehler muß man mit aller Energie vorgehen, damit der Passivhandel vermindert wird.

Der Transitzoll ist derart zu bemessen, daß er die Durchfuhr der Waren durch Toskana nicht ablenkt. Dabei müssen

---

23. Gianni war außerordentlich unmutig darüber, daß seine Gegner nicht bloß vollkommenen Freihandel für Vieh und Getreide durchgesetzt, sondern auch die ihm so notwendig erscheinende Eintragung in die Zollregister abgeschafft hatten.

24. Bereits 1751 hat der damalige Gouverneur von Livorno, Ginori den Vorschlag gemacht, nach dem Vorbild Englands die Ausfuhrzölle aufzuheben.

vor allem die Formalitäten und vielfachen Gebühren, die aus dem alten System herübergenommen worden sind, eingeschränkt werden; als Ersatz könnte man den Zoll etwas erhöhen.

Daß zur Begünstigung des Exports die Ausfuhrzölle abzuschaffen sind, ist selbstverständlich, zumal vielfach toskanische Industriewaren mit den ausländischen nicht erfolgreich konkurrieren können; auch die Zollfreiheit des Exports agrarischer Erzeugnisse steht noch aus und doch ist die Ausdehnung und Blüte der Agrikultur immer erstrebt worden.

In wohlverteilten Zollstätten der Grenze soll die Revision und Registrierung aller Waren, der Einfuhr und des Transits wie des Exports stattfinden. Die vier Städte im Innern des Landes müssen besondere Tarife erhalten, um die Aufwandsteuern derselben zu erheben, den Staatsschatz zu bereichern und die Städte, insbesondere die Hauptstadt Florenz zugunsten der Provinzen „weniger zu begünstigen“. Denn man kann sagen, argumentiert Gianni hier auf Grund der von ihm vertretenen Steuertheorie, daß der Umfang des Konsums des Einzelnen stets seinem Vermögen proportional ist, daß somit eine derartige Besteuerung für die Kontribuenten die gerechteste und ihren Kräften entsprechendste ist. Die fremden Waren haben weiter keinen Zoll zu bezahlen als den Grenzzoll, um in die Städte eingeführt zu werden; der städtische Zollltarif trifft damit nur den Import aus der Landschaft in die Stadt. Dabei verlangt Gianni, daß Florenz schwerer besteuert werde als die übrigen Städte; den geltenden Tarif lobt er als in vielfacher Beziehung dem entsprechend; als besonders geeignete Objekte der städtischen Besteuerung bringt er Getreide und Mehl in Vorschlag. Damit sollen die Städte ihr Deposito an die Vorstädte verlieren; denn damit kommen die Leute, die von diesem Handel leben, aufs Land hinaus, wo der Unterhalt bequemer und die Korruption geringer ist. Zu fernerer städtischer Besteuerung schlägt Gianni vor: geschlachtetes, gesalzenes und frisches Fleisch; Schlachtvieh, Brennmaterialien, Holz jeder Art, Wein, Essig, Olivenöl, Baumaterial, Früchte, Gemüse, Stroh, Heu usw. Die Ausfuhr

aus der Stadt soll frei sein. Immer und immer wieder betont er, daß die Hauptstadt stärker belastet werden müsse als die Provinzstädte; daß man darauf hinarbeiten müsse, daß die Bevölkerung sich auf der Landschaft ansiedle; dadurch, hofft er, werden die bisher in den Städten betriebenen Manufakturen auch auf dem Lande Boden gewinnen. „Wenn so der Unterhalt in den Städten teurer geworden ist und die Zölle auf die landschaftlichen Manufakturen aufgehoben sind, kann man hoffen, daß mit der Zunahme der ländlichen Bevölkerung auch die Manufakturen dorthin auswandern, daß der Kaufmann sich in der Stadt aufhält, um seines Handels willen, der Fabrikarbeiter dagegen auf der Landschaft wegen der billigen Lebenshaltung.“

Eine Reihe von Postulaten des Senators waren zolltechnischer Natur, deren Zweck vor allem eine Vereinfachung der Zollverwaltung, die Verhütung von Willkür und Betrug war. So sollte es außer den Torzöllen der vier Städte nur noch Grenzzollstätten geben. Die Erhebung der Zollgebühren sollte auf Grund des Bruttogewichtes und wenn nicht anders möglich, nach Zahl und Maß vor sich gehen. Manche dieser Forderungen betrafen wesentliche Fragen der geplanten Revision des Zollwesens und sind an und für sich von hohem Interesse; für uns kommen sie hier nur nebenbei in Betracht.

Als Anhänger einer rigorosen Prohibitivpolitik zeigt sich sodann Gianni, wenn er den Vorschlag macht, die Einfuhr von Waren, die für den toskanischen Handel unbedingt schädlich wirkten, unter irgendeiner Form zu prohibieren, ohne daß irgendeine Dispens- oder Lizenzbewilligung die guten Folgen einer solchen Politik beeinträchtigen dürfte. Schutz, absoluter Schutz soll dem nationalen Fleiß gewährt werden, und zwar durch Prohibition der gefährlichen Ware, nicht bloß durch starke Zölle. „Denn wenn dieser Zoll so groß ist, um den Import zu verhindern, so kommt das einem absoluten Verbot gleich und es handelt sich bloß um Worte; aber auch da ist es nicht verständlich, daß das Gesetz, anstatt ein Verbot zu erlassen, das es tatsächlich will, eine dermaßen bedingte Handlung er-

laubt, daß die Ausführung unmöglich ist. Wenn die Belastung nicht derart ist, um völlig die gefährliche Ware auszuschließen, so würde das Gesetz nichts anderes tun als gestatten, daß dem Staat ein Uebel zugefügt werde, wenn nur das Vergnügen oder der private Profit es teuer bezahlt, daß er es getan hat.“ Nur das wahre und absolute Bedürfnis des Staates darf in der Volkswirtschaft maßgebend sein und nicht auch, wie viele meinen, ein vorübergehendes Bedürfnis. Solange also, wenn auch weniger feine, toskanische Tuchsorten an Stelle der ausländischen feineren treten können — und das gleiche ist der Fall mit andern Waren —, kann von keinem absoluten Bedürfnis die Rede sein. Und wenn man neue Manufakturen einführen will, so gibt es keinen andern Weg, als daß man das Publikum davon überzeugt, daß die fremde Konkurrenz ausgeschlossen werden muß und damit den Spekulant ein fetter Profit in Aussicht gestellt wird. Es ist die größte Unvollkommenheit eines Gesetzes, wenn man die Möglichkeit bietet es zu übertreten, als wollte man eingestehen, es sei für einige Kreise oder Personen gut, für andere schlecht.“

Energisch tritt dann Gianni für Schutzzölle für die toskanische Agrikultur ein. „Alle ausgezeichneten Bemühungen um die Blüte der toskanischen Landwirtschaft und alle zu diesem Zwecke aufgewendeten Opfer in kostspieligen und edlen Unternehmungen, die Abschaffung so vieler Taxen waren Zeichen einer vollen Ueberzeugung, daß unsere Landschaft Hilfe notwendig habe; das wichtigste, was zu diesem Zwecke geschah, war sicher die Freiheit des Getreideexports. Aber diese glückliche Freiheit, die bereits angefangen hatte günstige Erfolge zu zeitigen, muß im Fortschritt in ihrem günstigen Einfluß gehindert werden, wenn die Einfuhr fremder Lebensmittel gestattet wird, die durch ihre Konkurrenz preisdrückend wirken.“ Der Senator macht darauf aufmerksam, daß die Nachbarländer Toskanas gerade an solchen Ueberfluß hätten; daß der geltende Zolltarif in keiner Weise den agrarischen Fleiß beschütze. Nur unter diesem Zollschutz ist der Profit zu erwarten, der zum

Aufwand von Kapital und Arbeit in der Agrikultur einlade und damit zu ihrer Ausdehnung und Vervollkommnung; denn nicht niedrige Lebensmittelpreise, wie sie der Tarif und die ihm vorangehende Zollgesetzgebung erstrebt haben, sondern nur höhere können diesen Fortschritt bewirken.

Eine letzte Forderung Giannis ging dahin, daß die vielfach schlecht postierten Zollstätten richtig verteilt und hart an die Grenze vorgeschoben würden, um damit einerseits Schmuggel und Betrug zu verhindern, sodann um als probates Schutz- und Abwehrmittel gegen Seuchen jeder Art zu dienen; damit könne man sich die bisherigen großen Ausgaben bei derartigen Anlässen ersparen. Die Kosten für den Neubau so vieler Zollstätten, meint er, sind zwar bedeutend; aber das Geld bleibt im Lande, und die aufgegebenen Posten bieten beim Verkauf einigen Ersatz; und wenn der ganze Reformplan durchgeführt ist, dient der Zollertrag als Kompensation.

Es war ein eigentümliches Zusammentreffen, daß der Senator Gianni gleichzeitig mit diesem seinem Reformprojekt den von ihm verfaßten Gesetzesentwurf einreichen konnte, der den Hoffnungen der toskanischen Physiokraten für immer ein Ende machte<sup>25</sup>; des Gesetzes, wonach eine allgemeine Katastrierung des Grundbesitzes von Staats wegen endgültig aufgegeben und den einzelnen Gemeinden zur selbständigen Durchführung überwiesen wurde. Damit war der Gedanke an eine einzige Steuer auf den Grundbesitz, wenn er je erwogen wurde, fallen gelassen, war zugleich freie Bahn gewonnen, um den Absichten Giannis alle oder doch die meisten Steuern in Form von Zöllen zu erheben, praktische Geltung zu verschaffen und damit zugleich den dringend notwendigen Schutz nationaler Arbeit und Industrie zu verbinden. Tatsächlich wurde nun in der großen Finanzreform, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre als letzte der großen leopoldinischen Reformen einsetzte, eine derartige Gestaltung des Finanzwesens in Aussicht genommen. Der Angelpunkt des ganzen Systems war natürlich die Umgestaltung



der Zollgesetzgebung; hierbei mußten die verschiedenen Auffassungen scharf aufeinanderprallen.

Das Unglaubliche ist wahr geworden: der Physiokrat Leopold — vielleicht auch unter dem Eindruck der Bedrängnis der toskanischen Industrie — ließ sich durch den geistvollen Schutzzöllner Gianni in völlig andere Bahnen der Zollpolitik hinüberleiten. Im Winter 1784 bereits erhielt Gianni den Auftrag einen detaillierten Plan für die Ausführung der großen Finanzreform auszuarbeiten, nachdem er in verschiedenen Sitzungen mit Leopold seine Ansichten näher erläutert hatte<sup>25</sup>. Gianni kam diesem Befehle nach, indem er neben einer allgemein gehaltenen Denkschrift über die praktische Unmöglichkeit des *impôt unique* der Physiokraten und die Vorzüge eines Systems, das auf den Ertrag der Zölle basiert sei, etwa zwanzig Spezialberichte über die größten, einzelnen Steuern, ihre Geschichte usw. einreichte. Seine Vorschläge, die wir an anderer Stelle genauer zu betrachten haben, liefen auf eine Vereinfachung der Verwaltung, des gesamten Finanzwesens hinaus und sahen eine wesentlich bessere und mildere Erhebungsform vor<sup>27</sup>. Hier haben wir es nur mit der Revision der Zollgesetzgebung zu tun, der zweifellos wichtigsten der vorgeschlagenen Neuerungen, die sofort zur Sprache kam.

Es war zweifellos eine richtige Konsequenz, daß Leopold durch Verordnung vom 7. Juni 1786<sup>28</sup> die alte Finanzkommission, die vor allem zur Revision des Katasterwesens eingesetzt worden war und der als wesentliches Mitglied Pagnini angehörte, aufhob; denn ihre Zusammensetzung aus dem neuen

---

25. Archivio Gianni-Leonetti, Filza 38, Nr. II. Brief Giannis vom 6. Dez. 1784 an Schmidveiller.

26. Gabinetto, Filza 64, Nr. 1.

27. Diese Arbeiten Giannis finden sich in Gabinetto, Filza 64, Nr. III, 1—18. Die allgemeine Denkschrift ist unter den Schriften Giannis ediert. Siehe unten.

28. Gabinetto, Filza 64, Nr. 2. Warum erst 1786 die Beratungen einsetzten, weiß ich nicht.

Kurs ablehnend gegenüberstehenden Ratgebern hätte ein unüberwindliches Hindernis für die Ausführung der Giannischen Pläne gebildet. Die neue Kommission, der außer Gianni der Finanzminister A. Serristori, der Finanzrat Schmidveiller, der Präsident der Gemeindekammer B. Mormorai, Pagnini und als Sekretär A. Pontenani angehörten, wozu bei Verhandlungen in Zollsachen der Generaladministrator G. Gavard und der Finanzsekretär G. Piombanti herangezogen werden sollten, diese Kommission war, wenn auch der Reform nicht günstig gesinnt, doch neutraler. Von einer Beteiligung Pagninis hören wir außerdem nichts. Der einzige fähige Kopf in der Kommission war zweifellos der Senator Gianni; alle andern wurden durch ihn in den Hintergrund gedrängt. Mit staunenswerter Arbeitskraft hat er die Finanzreform der 80er Jahre gelenkt, angefeindet und schwer gehindert, fast ohne Freunde, allein angewiesen auf seinen unerschöpflichen Geist und das Vertrauen, das Leopold ihm entgegenbrachte.

Es war im August 1786, als die Sitzungen der neuen Kommission in Anwesenheit Leopolds im Palazzo Pitti ihren Anfang nahmen<sup>29</sup>. Bereits vorher hatten die höheren Zollbeamten von Pisa, Siena, Pistoia und Florenz Auftrag erhalten die Grenzen behufs eines neuen Ausbaus des Zollsystems zu visitieren; ihre wie Giannis Relationen bildeten die Grundlage für die Arbeit der ersten Sessionen. Sicher war es von größter Bedeutung für das Gelingen des neuen Planes, daß es Gianni gelang in eindringlicher Unterredung mit dem Generaldirektor des Zollwesens, G. Gavard, diesen für seine Ideen zu gewinnen und sich damit einen der wichtigsten Mitarbeiter zu sichern; gemeinschaftlich arbeiteten sie mehrere im Sinne Giannis gehaltene Denkschriften aus<sup>30</sup>.

---

29. Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 (a). Es wurden Protokolle über diese Sessionen geführt, die hier als Quelle dienen.

30. Gabinetto, Filza 64, Nr. 1; Filza 64, Nr. 4 (a). Sitzung vom 12. Okt. 1786.

Das spezielle Reformprogramm Giannis<sup>31</sup>, das den Beratungen der Kommission zugrunde gelegt wurde, verwies nach einem kurzen historischen Rückblick auf das toskanische Zollwesen wiederum darauf, daß die Zölle den doppelten Zweck hätten, den aktiven Handel des Landes zu begünstigen, den passiven zu mindern, gleichzeitig aber um einen Teil der staatlichen Steuern, und zwar den beträchtlichsten zu erheben. Daß demnach die Form der Ausführung und die Methode der Verwaltung von größter Wichtigkeit sein müssen, wird sofort weiter deduziert. Daher wird die willkür- und formalitätenfreiste, einfachste Methode verlangt, die den Betrugereien von Seiten des Publikums wie der Beamten und den Einwirkungen des Fiskus und der Gerichte am wenigsten ausgesetzt sei. Der Jünger Humes betont auch, daß die Steuer des Zolles die gerechteste, weil dem Verbrauch und Konsum adäquateste sei und zugleich in dem Momente erhoben werde, der dem Konsum möglichst nahe sei, daß dadurch die Steuerüberwälzung vermieden werde und daß man endlich mit den Zöllen die passende Rücksicht auf die einzelnen Volksklassen nehmen könne, bezüglich ihres Reichtums und des nationalen Interesses.

Dann wird den Begründern des Tarifs von 1781 vorgeworfen, daß sie auf Grund eines falschen Prinzips größtenteils verkannt hätten, daß die Einfuhrzölle nicht nur der Erhebung von Steuern zu dienen hätten und danach zu bestimmen seien, sondern daß eine Reihe öffentlicher Interessen Einfluß darauf haben müßten. Zwar räumt Gianni ein, daß diese nicht ganz außer acht gelassen worden seien, meint aber, daß die falsche Ansicht, daß die Einfuhr keiner einzelnen Ware direkt verboten werden dürfe, keinen genügenden Schutz der nationalen Arbeit zugelassen habe. Denn, sagt er, der erste Zoll auf absolut notwendige Waren ist ungenügend, weshalb ein guter Tarif bei dieser Art von Waren zu unterscheiden hat, an welche Klassen

---

31. Gabinetto, Filza 64, Nr. 3, 9, 10; Filza 64, Nr. 4 (a). Sitzung vom 12. Okt. 1786. Dort im Auszug.

des Volkes sie gelangen, wobei die Reichen mehr zu belasten sind. Der hohe Zoll, auf die Gegenstände, die man ausschließen will, nützt nichts, da enormer Betrug ihm entgegenwirkt, wie dies mit dem Schutzzoll von 16 % des Wertes auf Tuchwaren geschah. Die Methode, einen Teil der Waren nach dem Gewicht, einen andern nach dem Wert zu verzollen, wurde als Fehler des alten Systems erkannt und war es; trotzdem wurde sie unrichtigerweise herübergenommen, während gerade gegenüber den fremden Manufakturen eine vom absoluten Verbot herab fein abgestufte Skala hätte angewendet werden sollen. „Die Bestimmung der Einfuhrzölle und das Verbot der gefährlichen Waren wäre bei der Neugestaltung des Tarifs ein wichtiger, nicht zu übersehender Punkt, weil alle Wirkungen des gegenwärtigen Systems zu spät von dem Auge dessen entdeckt werden könnten, der sie nicht vorausgesehen hat.“

Natürlich fehlt auch die Forderung nicht, daß Lebensmittel und Vieh zu besteuern seien. „Der geltende Tarif scheint nicht in Betracht gezogen zu haben, daß Toskana ein Land ist, das genügend Nahrungsmittel produziert<sup>32</sup>, oder er muß der Meinung gewesen sein, daß das Gedeihen der Agrikultur auf dem Gipfel angelangt ist, oder sonst muß zugegeben werden, daß die Zollfreiheit schädlich und dem nationalen Interesse entgegengesetzt ist, die Ausdehnung der Agrikultur beeinträchtigt.“ Der Senator macht dann darauf aufmerksam, daß Toskana weit entfernt sei allen Boden angebaut und die Höhe der agrikolen Entwicklung erreicht zu haben. Er findet, daß trotz gewaltiger Aufwendungen zugunsten der Landwirtschaft, zum Erstaunen geringe Fortschritte gemacht worden seien, daß bei freier Konkurrenz diese Blüte nicht eintreten könne, vielmehr den Nachbarn der Profit zufalle. Der toskanische Boden, meint er, er-

---

32. Anderer Meinung ist der französische Gesandte: „Il peut intéresser en France de savoir que la meilleure année de récolte en grains ne peut fournir à la consommation de la Toscane que pour 6 mois; que les moyennes récoltes ne fournissent qu'à 3 et 4 mois . . .“ A. A. E., Bd. 141 A, S. 188 f.

fordert mehr als in den benachbarten Ländern die Tätigkeit des Bauern, um Früchte zu zeitigen, daher die Produktionskosten größer sind und Toskana mit fremden Lebensmitteln und Vieh überschwemmt wird. Darum verlangt er einen Schutzzoll auf Getreide und Vieh, und zwar in der Höhe, daß der gewöhnliche Preis der ausländischen Erzeugnisse auf den toskanischen Marktplätzen höher sei als der der toskanischen, damit diesen der Vorrang eingeräumt sei. Und davon, meint er, ist das Gedeihen der Landwirtschaft abhängig, die während der kurzen Zeit geblüht hat, da Schutzzölle vorhanden waren, die jetzt aber keine Fortschritte macht, eher im Sinken begriffen ist; viele legen deshalb ihr Kapital auswärts an.

Daß Gianni angesichts seiner Tendenz, Prohibitionen und Hochschutzzölle einzuführen, eine günstige Verteilung und große Zahl von Zollstätten an der Grenze verlangte, um Schmuggel und Zollumgehung auf ein Minimum zu reduzieren, war klar. Eine weitere Forderung ging dahin, die Ausfuhrzölle aufzuheben, deren Ertrag er auf Lire 234794.9.11 berechnete. Denn diese stellen eine nicht unbeträchtliche Behinderung des Aktivhandels dar, erklärt er; zwar ist der Satz dieser Zölle im ganzen mäßig hoch, aber man hat nicht sein Verhältnis zum Wert der Ware ins Auge zu fassen, vielmehr zum Profit des Kaufmanns, der bei den teuersten Sachen gering sein kann, und damit wird der Zoll äußerst gravierend. Das tiefe Verständnis dieses Mannes für zollpolitische Probleme zeigt sich, wenn er, statt gleich seinen Zeitgenossen die Exportzölle für eine Belastung der ausländischen Konsumenten zu halten, behauptet, daß der Exportzoll keineswegs unbedingt auf diese fallen müsse, nämlich wenn sie bei der Konkurrenz den Preis der toskanischen Ware zu hoch fänden und daher eine andere bevorzugten. „Wenn man daher auch nicht im strengen Sinne des Wortes sagen kann, daß der Ausfuhrzoll auf unsern Kaufmann fällt, so ist andererseits zuzugestehen, daß er den Absatz unserer Ware stören kann, wenn der Profit des toskanischen Kaufmanns so klein ist, daß er keinen neuen Abzug für die

unvermeidliche Gabelle ertragen kann.“ Wollte man den Ausfuhrzoll unbedingt, so müßte man den Profit der Kaufleute bei allen Waren kennen; das ist unmöglich, derselbe variiert außerdem immer. Eine gesunde und reale Politik wird daher die Ausfuhrzölle aufheben. Zugleich betont allerdings Gianni, daß diese Maßnahme nicht für sich allein vorgenommen werden könne, sondern bei der allgemeinen Revision der Zollgesetzgebung seinen Platz einnehmen müsse.

Den Transitzoll will Gianni beibehalten, manchmal noch bei gleichzeitiger Vereinfachung der Zollformalitäten verstärken.

Die städtischen Torzölle finden als ausgezeichnete und methodisch richtige Aufwandsteuern seinen vollen Beifall; nur verlangt er, daß zum vornherein festgestellt werde, ob man die Manufakturen in der Stadt oder auf der Landschaft mehr begünstigen wolle; der Tarif von 1781 habe weder die eine noch die andere bevorzugt. Dann wird darauf verwiesen, daß die Politik der republikanischen Epoche darauf hinzielte alles dem Wohl der Hauptstadt aufzuopfern, eine Politik, die vom Prinzipat zum Teil blind weiter verfolgt worden sei, teils um die Landschaft und die Provinzen zu schwächen, teils um des momentanen Vorteils der Staatskasse willen. Gianni stellt das Programm auf die Industrie eher auf der Landschaft zu begünstigen, wo der Lebensunterhalt billiger sei; damit ziehe man die hauptstädtische Arbeiterschaft hinaus, die in Florenz teurer arbeite und daher den Preis der toskanischen Manufakturen steigere und die Konkurrenz derselben im Auslande erschwere. An den Stadttoren sollten ferner Getreide und Mehl verzollt werden; für die Provinzstädte wird eine kleine Erhöhung der Einfuhrzölle für die Manufakturen des flachen Landes verlangt, diejenigen der Stadt Florenz sollen ein wenig ermäßigt werden, damit das Gleichgewicht zwischen Hauptstadt und Provinz hergestellt sei. Die Begünstigung dieser Einfuhr in den Provinzstädten gegenüber der Hauptstadt, meint Gianni, ist eine falsche Politik, indem damit der Zoll bewirkt, daß diese Städte die verarbeiteten Waren der Hauptstadt er-

werben und dafür ihren Reichtum dorthin senden, statt daß derselbe umgekehrt aus der Hauptstadt in die Provinz wandert. Daher sind die Manufakturen dieser Städte, die ihnen fehlen oder die mit den hauptstädtischen nicht zu konkurrieren vermögen, zu fördern. Für Livorno, das infolge seiner Lage und Beziehungen einen besonderen Plan erforderte, verwies Gianni auf sein Programm von 1784 und den damals vorgeschlagenen Tarif.

Die Beratungen, die am 21. August 1786 begannen, nahmen zunächst einen für Gianni sehr ungünstigen Verlauf. Zwar wurde in der ersten Sitzung auf Grund der Berichte des Generaldirektors und der Zolldirektoren beschlossen, zwei Hauptzollämter im Innern des Landes — Borgo S. Sepolcro und Rocca S. Casciano — aufzuheben, ebenso eine Reihe von Nebenzollämtern; diese sollten in solche erster und zweiter Klasse eingeteilt werden; gleicherweise sollten viele neue gegründet werden. Aber schon in der zweiten Session vom 2. September 1786 lehnte der Großherzog zweifellos unterstützt von der Giannifeindlichen Opposition einen Hauptpunkt des Reformplanes ab: die Besteuerung der Einfuhr von Getreide und Vieh. Die freihändlerischen Ideen waren noch zu stark. Der Vorschlag Giannis, die Ausfuhr von Lumpen und die Einfuhr von fremdem Papier zu verbieten, weil dies den Niedergang der toskanischen Papierindustrie verursacht habe, wurde ebenfalls abgewiesen, da Leopold die Gründe nicht stichhaltig genug fand. Als ferner in der dritten Sitzung vom 14. September 1786 zur Sprache kam, ob statt der bisherigen Wertzölle auf ausländische Tuche und Stoffe Gewichtszölle in Anwendung kommen sollten, wie Gianni und Gavard vorschlugen, da entschied der Großherzog, sekundierte durch die ablehnende Haltung der übrigen Kommissionsmitglieder, daß das System der Wertzölle in der Höhe von 12 und 16 % beibehalten werden sollte. Ebenso wurde bei Besprechung einer Reihe zolltech-

---

33. Gabinetto, Filza 67, Nr. 4 (a).

nischer Neuerungen, insbesondere der von Gianni beantragten Abschaffung der Taraberechnung, dem alten System der Vorzug gegeben. Als sich dann die Kommission nicht zu der Aufhebung, sondern bloßen Reduktion der Ausfuhrzölle auf 2 % des Wertes verstehen wollte, da war es unzweifelhaft, daß der Plan Giannis gescheitert war. Denn mit unerbittlicher Logik hing in seinem geistvollen Programm eine Forderung mit der andern zusammen, war ein Glied vom andern bedingt. Gerade in dieser Fähigkeit das Ganze zu überblicken und zu überdenken, lag die großartige Begabung Giannis; darin tat es ihm keiner nach. Und mit Recht konnte er seinen Gegnern entgegenhalten, daß sie nicht bloß einzelne Teile seines Planes kritisieren und ablehnen sollten, sondern gleich ihm ein einheitlich geordnetes Programm vorlegen sollten. Insbesondere die Ablehnung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel und Vieh traf das Giannische Projekt im Kern; denn diese Zölle hatten nicht nur den Zweck die toskanische Agrikultur zu schützen, waren also nicht bloß eine zollpolitische Maßnahme, sondern auch eine steuerpolitische Notwendigkeit, wenn der Plan Giannis zur Ausführung kommen sollte. Denn nach der von ihm vertretenen Steuertheorie sollte ja das toskanische Finanzwesen ganz oder doch vorwiegend auf den Ertrag der Zölle basieren werden. Da sein Plan eine Reihe von Prohibitionen und Hochschutzzöllen vorsah, um die toskanische Industrie zu heben, so mußte zweifellos der Zollertrag dabei ein minimaler sein. Damit war es eben eine gegebene Forderung, daß die Belastung des Lebensmittelimports diesen finanziellen Ausfall decken und den finanzpolitischen Zweck des Zollwesens repräsentieren mußte. Und daher hat Gianni immer und immer wieder mit Hartnäckigkeit auf diesem Programmpunkt beharrt.

Die Resultate dieser ersten Sitzungen ließen also keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Giannis Plan gescheitert war. Dieser zog auch sofort die richtige Konsequenz aus der gegebenen Sachlage: er erschien nicht mehr in den Beratungen über die Reform des Zollwesens. Damit war der Großherzog



vor die Wahl gestellt, entweder diesen fähigsten Kopf seiner Verwaltung überhaupt fallen zu lassen oder aber einzulernen. Es zeigt die zweifellos wohlverdiente Achtung Leopolds vor dem Genie seines Ministers, daß er in Selbstverleugnung seiner eigenen Prinzipien den zweiten Weg einschlug. In der Sitzung vom 28. September 1786 erhielten Gianni und Gavard den Auftrag eine detaillierte Darlegung ihrer Maximen einzureichen, nach denen die Bestimmung der Zollsätze im neuen Tarif erfolgen sollte, ferner ihre Ansichten über die Zollgesetzgebung und die Lage der Zollämter. Daß der Großherzog einlenken wollte, läßt auch die Anfrage an die beiden vermuten, in welcher Zeit sie imstande wären den Ausführungsplan mit allen erforderlichen Verordnungen und Instruktionen vorzulegen, falls der Großherzog die Revision des geltenden Tarifs beschließen würde. Der von Gianni eingereichte Bericht wurde Serristori, Schmidveiller und Piombanti zur Prüfung übergeben<sup>34</sup>.

Die Gegensätze in der Finanzkommission stießen dann mit voller Stärke wieder aufeinander, als in der Sitzung vom 12. Oktober 1786 die Umgestaltung des Zollltarifs zur Sprache kam<sup>35</sup>. Der durchaus verständige, aber an geistiger Bedeutung Gianni bei weitem nicht gewachsene Finanzminister Serristori warf einen Rückblick auf die Grundlagen und Maßnahmen, die zum Tarif von 1781 geführt hatten. Dann wies er auf die Vorteile hin, die dieser Tarif sowohl für den Staatsschatz, wie auch allgemein für den Staat gebracht habe. Seine Erläuterungen gipfelten in der Forderung, daß man derartige reale Vorteile nicht preisgeben dürfe wegen einer bloßen entgegengesetzten Meinung, der die genaue Sachkenntnis abgehe. Auch Schmidveiller vertrat den Standpunkt, daß der Tarif für die Landwirtschaft wie für die Industrie vorteilhaft sei; daß zwar auf Grund der bisherigen Erfahrungen einige partielle Korrekturen, keines-

---

34. Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 (a). Dazu Nr. 4 b. Briefe an Gianni und Gavard vom 28. Sept. 1786.

35. Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 (a) über das Folgende.

wegs aber eine allgemeine Revision notwendig sei. Falls trotzdem eine solche gewünscht werde, so hält er es für angebracht, daß eine Begründung des neuen Programmes und der neuen Maximen vorgelegt werde. Piombanti endlich fand es ebenfalls unnötig einen neuen Tarif aufzustellen, bevor die Maximen des alten als unrichtig erkannt seien.

Auf diese Verteidigung des Tavantischen Werkes durch seine Anhänger und Schüler hin, ließ der Großherzog eine kurzgefaßte Uebersicht verlesen, die die wesentlichen Punkte des Giannischen Revisionsprojektes wiedergab. Der Generaldirektor Gavard, der jetzt als Anhänger Gianni auftrat, machte sich zugleich anheischig, die Ausarbeitung des neuen Tarifs in noch kürzerer Zeit fertig zu stellen, als Gianni gemeint hatte; gleichzeitig schlug er die geeigneten Leute für diese Arbeit vor.

Der Sieg nach langer und bewegter Diskussion blieb unstrittig Gianni; denn der Großherzog erteilte Gavard den Auftrag auf Grund des Reformplanes, der Maximen und Vorschläge Gianni einen neuen Tarif mit allen notwendigen Anordnungen auszuarbeiten, mit allen Angaben und Aufklärungen, um nachher einen genauen Vergleich der beiden Systeme zu ermöglichen.

Dieser gewaltigen Arbeit unterzogen sich nun außer Gianni und Gavard der Gehilfe des letzteren, Heinrich Gavard, Camillo Rossi, Zolldirektor von Siena, Carlo Henry in Pistoia, Bonfini in Pisa und Mugnai in Livorno. Diese hatten vor allem den Auftrag, in den betreffenden Zollbezirken lokale Untersuchungen vorzunehmen. Gianni zusammen mit Rossi und Mugnai arbeitete die Tarife für die Stadtzölle aus. In verschiedenen Beratungen wurde Gianni jeweils das Resultat mitgeteilt; auf Grund derselben wurde die Arbeit angefertigt. Am 23. Februar 1787 reichte der Generaldirektor den neuen „vernünftigen Tarif“ ein; eigentümlicherweise hören wir von diesem ersten Entwurf gar nichts; er ist verloren gegangen, aber auch die Protokolle berichten von keinen Beratungen; es lassen sich nur Vermutungen darüber aufstellen und da wäre man vielleicht geneigt anzunehmen, daß Gianni allzu radikal mit Prohibitionen

operiert hat und daß Leopold einen derartigen Tarif zum vornherein abgelehnt hat; denn der weite Entwurf vom 2. Juli 1787 ersetzt durchweg die Prohibition durch Zölle, was, wie wir oben sahen, durchaus nicht in der ursprünglichen Absicht Giannis lag und eine Konzession von seiner Seite bedeutete<sup>36</sup>. Der erhaltene neue Entwurf für den Generaltarif, die städtischen Tarife, die Festsetzung der Zollstätten, der Besoldungsplan, eine Reihe von Gutachten zur Verteidigung des neuen Systems samt einer Denkschrift Giannis vom 28. Juni 1787 und den Vorschlägen zur Belohnung der Mitarbeiter Gavards ging der Finanzkommission am 2. Juli 1787 zu<sup>37</sup>.

Hatte der Tarif von 1781 eine zweifelsohne konsumentenfreundliche Tendenz gehabt, hatte er der Industrie nur einen mäßigen, der Landwirtschaft gar keinen Schutz zugebilligt, so läßt der Entwurf vom 2. Juli 1787 keinen Zweifel darüber, daß das Ideal seiner Autoren eine energische Hochschutzzoll- und Prohibitivpolitik war, verbunden zugleich mit einer eigentümlichen Tendenz das Wirtschaftsleben des Landes zu meistern, die ihren Ursprung in der eklektischen ökonomischen Anschauung des Autors der *legittima libertà*, der richtig erkannten Freiheit hatte. Zunächst wird besonders für ausgiebigen Schutz der noch einigermaßen florierenden toskanischen Industriezweige gesorgt. War die Einfuhr von Seidentüchern und Gespinsten im Jahre 1781 mit 5 und 8 Lire besteuert worden, so wurde nun ein drei- und vierfach höherer Zoll in Aussicht genommen, 20 und 28 Lire per Pfund; verarbeitete Seide in jeder Form

---

36. Gabinetto, Filza 66, Einleitung. Der Tarif vom 23. Febr. 1787 befand sich in Nr. 6 dieser Filza; er wurde von Pontenani herausgenommen und nicht wieder hineingelegt. Siehe auch Filza 64, Nr. 5. Die Maximen, die in der Einleitung zu diesem Tarif waren, befinden sich in Kopie Filza 64, Nr. 8.

37. Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 (e); Filza 66, Nr. 7 (Tarifentwurf), Nr. 8, 9. Die in Nr. 11—14 deponierten Entwürfe für die Stadttarife fehlen. Auszüge aus der Denkschrift Giannis vom 28. Juni 1787 in Nr. 20. Das Material ist nicht vollständig.

20 Lire per Pfund, ebenso künstliche Blumen aus Gespinnst, Federn, Seide, Papier, Stroh und Tuch. Der Lederzoll betrug 1781 per 100 Pfund 12 Lire, jetzt wurde ein solcher von 15 Lire angesetzt, für Lederwaren statt der bisherigen 50 Lire per 100 Pfund 80 Lire. Die Wollenindustrie sollte statt durch den bisherigen Wertzoll von 16 % durch den exorbitanten Prohibitivzoll von 2 Lire per Pfund geschützt, der Papierfabrikation Toskanas durch ein absolutes Einfuhrverbot der inländische Markt monopolisiert werden. Kleider sollten per Pfund 20 Lire Zoll bezahlen. 1781 hatte der Tarif den Import von Strohhüten mit dem Schutzzoll von 32 Lire per 100 Pfund belegt; jetzt sollte der Prohibitivzoll von 3 Lire per Stück die ausländische Konkurrenz rücksichtslos ausschalten; statt 12 Lire per Dutzend Filzhüte war der Zoll von 3 Lire per Stück vorgesehen. Porzellanmanufakturen sollten statt 16 Lire deren 20 per 100 Pfund bezahlen. Die Einfuhr von Roheisen sollte verboten, die von Eisenwaren dem Zoll von Lire 30 gegen 15 früher unterworfen sein. Wurde so ein ausgiebiger Schutz für die toskanische Industrie in Aussicht genommen, so finden wir dasselbe Prinzip Anwendung finden auf die Produkte der Agrikultur. Zwar hatte der Verfasser des Tarifentwurfs die zwei wichtigsten und wesentlichen Posten, Getreide und Vieh zur späteren Normierung leer stehen lassen; dagegen sollte Mehl jeder Art, Gemüse, Hülsenfrüchte per 100 Pfund 4 Lire bezahlen, während im bisherigen Tarif das beste Mehl 166 Pfund so besteuert war, das schlechtere aber nur Lire —.68 per 100 Pfund. Für frisches Fleisch, das im geltenden Tarif mit Lire 2.10 per 100 Pfund besteuert worden war, verlangte der Verfasser des Entwurfs jetzt Lire 4; für Wein jeder Art per 100 Pfund 4 und 5 Lire, je nach der Hülle, während der gewöhnliche Wein nach dem Tarif von 1781 mit einem leichten Zoll von Lire —.134 belegt war. Gerade beim Wein zeigt sich die agrarprotektionistische Tendenz des Entwurfs sehr deutlich. Die Oelgabelle blieb dagegen dieselbe.

Die angeführten Beispiele mögen genügen, um den Charak-

ter des projektierten Tarifs zu kennzeichnen, wobei außerdem kaum zweifelhaft ist, daß Gianni seine ursprünglich geäußerten radikal-protektionistischen Forderungen aus irgendeinem Grund bedeutend gemäßigt hat. Fast auf der ganzen Linie sollten die Zollsätze gewaltig erhöht werden. Mugnai berechnete später, daß eine Reihe von Waren mit ganz exorbitanten Zöllen belegt war; 700 und mehr Prozent des Wertes der Ware: süße Oliven, Geschirr, gesalzene Schwämme usw.; von 400—700 %: Glas- und Kristallrohre, heiliges Holz usw.; von 300—400 %: Frucht- und Weinkisten; von 200—300 %: Hanfarbeiten, Marmorarbeiten, gewöhnliche Schirme; von 100—200 %: Essig, Roh-eisen, Leinenwaren, gewöhnlicher Wein; von 50—100 %: Stroh-hüte, Kastanien, Nageleisen, getrocknete Feigen, ein Teil der Lederwaren; von 40—50 %: Filzhüte, frisches Fleisch, Baum- wollwaren, Bohnen usw.<sup>38</sup>. Nur wenig in Betracht kommen gegenüber diesen riesigen Steigerungen der Zollsätze die Herab- setzung derselben für einige Artikel, wie für Tee, Holz, echtes Gold und Silber, verarbeitete Kristalle, Muskatnuß usw.<sup>39</sup>

Die Theorie der *legittima libertà* erzeugte dann die eigen- tümliche Erscheinung, daß die Verfasser des Entwurfs über die freiheitlichen Errungenschaften der Zollgesetzgebung von 1781 hinweg wieder auf Maximen der alten mediceischen und republi- kanischen Zollpolitik zurückgriffen, als sie die Einfuhr von der nationalen Industrie dienlichen Rohstoffen, Wolle, Rohseide, Kokons, Felle, Lumpen, ungegerbtes Leder usw. zwar entweder ganz von Zöllen befreien oder dieselben auf ein Minimum redu- zieren, dagegen ihre Ausfuhr zum Wohl der nationalen Manu- fakturen einfach verbieten wollten. Das war zweifellos eine Inkonsequenz gegenüber dem so nachdrücklich festgestellter Prinzip, daß die Landwirtschaft als Grundlage des toskanischen Arbeitsfleißes in jeder Weise gefördert werden müsse. Sie be- ruhte auf der Voraussetzung, daß ohne diese Maßregel der tos-

---

38. Gabinetto, Filza 66, Nr. 35.

39. Gabinetto, Filza 66, Nr. 23.

kanischen Industrie keine richtige Blüte beschieden sein könne. Aber gerade diese Forderung mußte die Opposition aller freihändlerisch gesinnten Oekonomisten hervorrufen und hat es auch getan.

Von Ausfuhrzöllen weiß der Entwurf natürlich nichts; für den Transit sah er nur zwei Gabellen vor, Lire 1 per 100 Pfund für feinere Waren, d. h. für rohe wie verarbeitete Seide, Seidentücher, ganz seiden oder mit Gold durchwirkt, Borten, Knöpfe und andre Goldarbeiten usw. Alle übrigen Waren sollten einen Durchfuhrzoll von Lire —.6.8 per 100 Pfund zahlen; geschah der Transit auf der von Leopold neu angelegten pistoiesischen Straße, nur  $\frac{1}{6}$  dieser Taxen. Daß nach dem Tarifentwurf nur noch Bruttoverzollung stattfinden sollte, war zwar eine Maßnahme zolltechnischer Natur, um der bisher reichlich geübten Willkür zu steuern und das Zollwesen zu vereinfachen, bedeutete aber gegenüber dem System von 1781 eine weitere, nicht unbeträchtliche Belastung des Imports. Daß durch eine übersichtliche, womöglich nur nach Spezies geordnete Zusammenfassung der einzelnen Waren der voluminöse Umfang des Tarifs von 1781 auf ein Minimum reduziert und dieser dadurch handlicher werden sollte, betrachteten die Autoren des Entwurfs als einen weitem Vorteil ihrer Arbeit.

Von großem Interesse ist, wie die Forderung Giannis, die Manufakturen der Landschaft gegenüber den städtischen zu bevorzugen, um die Arbeiterbevölkerung der Städte dort zur Ansiedlung zu zwingen, in der Gestaltung der städtischen Tarife ihren Niederschlag fand. Wie wir ja bereits wissen, haben die zollpolitischen Maßnahmen seit 1767 bis zu den Tarifen von 1781 und 1783 eine stärkere Belastung des städtischen Konsums erstrebt und erreicht; wir haben ja gesehen, daß die vier Städte des Innern allein gegen 2 Millionen Lire an Steuern auf diese Weise aufbringen mußten, gegenüber einer Million analoger Abgaben des ganzen übrigen Staates. Wir wissen auch, daß Gianni mit dieser antistädtischen Politik durchaus einverstanden war. So zeigt denn der Entwurf vom 2. Juli 1787 bei der Be-

steuerung der städtischen Nahrungsmittel bei mannigfachen Aenderungen im einzelnen, im ganzen dieselbe Tendenz der stärkeren Belastung der Städte und vor allem von Florenz; dieselbe sollte aber außerdem dadurch beträchtlich verschärft werden, daß auch die bisher zollfreie Getreideeinfuhr, insbesondere der Hauptstadt nicht unbedeutend besteuert werden sollte: für Florenz sollte ein Zollsatz von Lire 1.5 per 100 Pfund auf alles Getreide festgesetzt werden, für die andern Städte nur auf gewöhnliches, ohne Weizen: Pisa und Pistoia Lire —.6.8, Siena Lire —.5.—. Hierin bestand unstreitig die wichtigste und drückendste Besteuerung, die den Städten zu der frühern Belastung weiter zugemutet wurde.

Damit begnügte sich aber der Verfasser nicht; die städtische Industrie und die in ihr tätigen Arbeiter sollten nun noch kräftiger darauf hingewiesen werden, die billigere Landschaft zu ihrem Aufenthaltsort zu wählen. Nicht genug damit, daß der Lebensunterhalt insbesondere des städtischen Proletariats durch eine Reihe von erhöhten und neuen Konsumsteuern in der Stadt unmöglich gemacht werden sollte, geht die Tendenz dahin, einzelne Industriezweige durch Zölle auf die Rohstoffe zur Auswanderung auf die Landschaft zu zwingen. So sollte die Glas- und Seifenfabrikation aus Florenz dadurch vertrieben werden, daß der bisherige Zoll auf Soda verfünffacht wurde, Lire —.15.— per 100 Pfund; in gleicher Weise die Gerberzunft durch Zölle auf Häute usw.; die Einfuhr von Backsteinen, Ziegeln, Marmor in Florenz sollte stärker besteuert werden. Dies alles zusammen mußte für die Hauptstadt eine Belastung ergeben, die weit hinausging über diejenige, die der Tarif von 1781 zur Folge gehabt hatte<sup>40</sup>.

In ihrem größten Extrem tritt uns in diesen letzten Forde-

---

40. Gabinetto, Filza 66, Nr. 24. Die städtischen Tarifentwürfe sind verloren gegangen. Obige Angaben beruhen auf einem von Mugnai gemachten Auszug aus denselben. Die Zollsätze für die Provinzstädte sind meist bedeutend kleiner.

rungen Giannis die der einstigen Florenzfrendlichen Politik der Republik und der Medici entgegengesetzte Richtung der toskanischen Aufklärungszeit entgegen, die nicht nur die Städte stärker belasten, sondern direkt die einst den Städten privilegierten Manufakturen aus denselben vertreiben und auf der jetzt in jeder Form begünstigten Landschaft ansiedeln wollte. Wären diese letzten Postulate tatsächlich zur Ausführung gekommen, dann wäre die bereits totale Dekapitalisierung von Florenz entartet und die leopoldinische Zollpolitik hätte sich in den Dienst der Bedrückung der Stadtbevölkerung und der Vernichtung florentinischen und überhaupt toskanischen Industriefleißes gestellt. Auch ein so geistvoller und seine Mitarbeiter weit übertragender Mann wie Gianni war, zeigte hier eine merkwürdige Verblendung und eine mechanistische Auffassung des Wirtschaftslebens, die gerechtes Erstaunen erregt neben seinen sonst so verständigen Ansichten. Auch er hatte sich eben wie seine Gegner in ein Extrem verrannt.

Bevor der neue Tarifentwurf zur Zirkulation und Begutachtung an die Mitglieder der Finanzkommission kam, hat der Großherzog selber, wie es scheint, in eingehendster Weise Kenntnis von den vorgeschlagenen Reformen genommen. Um ihn auch ganz sicher für sich zu gewinnen, hatte Gianni noch eine weitere Denkschrift ausgearbeitet, die er am 28. Juni 1787 überreichte. Nochmals wurden hier die Hauptpunkte seines Programmes zusammengefaßt: die bessere Verteilung und Anlage der Zollämter zur Verhinderung des Schmuggels, die Ausdehnung des bisherigen Territorio gabellabile auch auf das Maremmengebiet und einige andere Landesteile; der Einfuhrzoll auf Vieh und Getreide, die Aufhebung der Ausfuhrzölle, Verbot der Ausfuhr von für die toskanische Industrie nötigen Rohstoffen, Einfuhrverbot von Eisen, Salz, mehrerer Papiersorten, gebundener unbeschriebener Bücher<sup>41</sup>. Am 17. Juli 1787 er-

---

41. Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 (e). Die Denkschrift Giannis vom 28. Juni 1787 war nicht zu finden; genügende Auszüge in der



hielt der Finanzminister Serristori den Auftrag, auf Grund der ihm überwiesenen Denkschriften und Entwürfe seine Meinung über das Revisionsprojekt zu äußern. Unter Mithilfe des fähigen Zolldirektors Mugnai hat sich dieser der Arbeit unterzogen; das Resultat war eine ziemlich eingehende Würdigung des protektionistischen Programmes, die in drei Denkschriften vom 13. September und 17. November 1787 und insbesondere vom 8. Januar 1788 Leopold vorgelegt wurde<sup>42</sup>.

Gleich die erste der drei Denkschriften ließ keinen Zweifel mehr übrig, daß Serristori ein abgesagter Gegner des Giannischen Projektes und ein Anhänger der Tarifpolitik von 1781 war. Ausdrücklich warnte er davor eine so folgenreiche Umwälzung leicht zu nehmen, die einen allzu fühlbaren Einfluß auf die Staatsinteressen haben würde. Auch er, der am Tarif von 1781 mitgearbeitet hatte, anerkannte, daß derselbe nicht vollkommen, teilweise korrekturbedürftig sei. Aber Serristori betont wie früher, daß dieser Tarif für den Staatsschatz günstig und für Ackerbau und Industrie in Stadt und Land vorteilhaft sei. Die vorgeschlagene Klassifizierung der Waren nach Spezies und ihre homogene Besteuerung rief seinen Widerspruch hervor; vor allem aber bekämpfte er die Besteuerung der Einfuhr von Getreide und Vieh. „Die vorteilhaften Folgen, die der Ackerbau, die wahre Quelle nationalen Reichtums, vom Freihandel verspürt hat, der den Beifall und die Nachahmung anderer Kulturvölker gefunden hat, rechtfertigen zur Genüge und ohne weitere Beweise, daß ich nicht einverstanden bin mit der Erneuerung der vorgeschlagenen Zollsätze und den damit verbundenen Zollfesseln, um so weniger, als der geringe Ertrag, wie wenigstens annähernd gezeigt werden kann, nicht genügen

---

Besprechung derselben durch Serristori. Siehe Gabinetto, Filza 66, Nr. 20. Die ablehnende erste Kritik Leopolds siehe Gabinetto, Filza 66, Nr. 21 u. 22.

42. Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 (e); Nr. 8 (Denkschrift vom 17. Nov. 1787); Filza 66, Nr. 18 (13. Sept. 1787); Nr. 20 (8. Jan. 1788).

wird andere Verluste wieder einzubringen und noch weniger gestattet eine der indirekten Steuern zu vermindern oder zu reformieren, die, wenn sie nicht hindern, doch das Gedeihen des Ackerbaus nicht begünstigen, was leicht durch eine gerechtere Ordnung der direkten Steuern zu erreichen wäre.“ Dann weist Serristori, der sich somit als Anhänger der Tavantischen Prinzipien zeigte, darauf hin, daß der geltende Tarif keine absoluten Ein- und Ausfuhrverbote kenne, weil eine richtige Betrachtung und Erfahrung die Unzulänglichkeit einer Prohibition und die ungünstigen Folgen derselben habe erkennen lassen; daß damit das Monopol und die Bereicherung weniger auf Kosten der Mehrheit gefördert werde, während überdies die heimische Industrie der Zugluft der Konkurrenz entrückt, nicht nach Vervollkommnung strebe. In bezug auf die vorgeschlagene zollfreie Ausfuhr verweist Serristori darauf, daß dieselbe bereits beim Erlaß des Tarifes von 1781 erwogen aber fallen gelassen worden sei, weil man zuerst den Erfolg des neuen Systems kennen lernen wollte sowohl in bezug auf das nationale Interesse wie auch in bezug auf den Staatsschatz.

Aehnliche Argumente brachte der Finanzminister vor, als er die Maximen des alten und des projektierten neuen Tarifs einander gegenüberstellte; insbesondere bekämpfte er die absoluten Ein- und Ausfuhrverbote, die Gianni für den neuen Tarif vorsah. Seine Beweisführung lief darauf hinaus, darauf aufmerksam zu machen, daß erfahrungsgemäß absolute Prohibitionen durchaus unnütz seien, daß ein umfassender Schmuggel deren einzige Folge sein würde. Und zumal bei sonst zollfreier Ausfuhr würde jede Kontrolle versagen. Auch die zolltechnischen Neuerungen, die Gianni vorschlug, fanden keineswegs seinen Beifall.

Bedeuteten schon diese Darlegungen eine vollständige Ablehnung des Giannischen Standpunktes, so geschah dies in noch weit größerem Maße durch die Denkschriften, die Serristori und Mugnai nach gemeinsamer Prüfung dem Großherzog am 8. Januar 1788 vorlegten. Die beiden Autoren versuchten den

Großherzog vor allem dadurch beim System des Freihandels festzuhalten, daß sie seinen Ehrgeiz, der fortschrittlichste Monarch Europas zu sein, geschickt ausnutzten. Sie wiesen darauf hin, daß Leopold durch sein mutiges Vorbild beim Uebergang zum Getreidefreihandel den großen Beifall von ganz Europa gefunden habe. Eine Schwenkung zum Schutzzoll, meinten sie, wird der Welt zeigen, daß man traurige Erfahrungen dabei gemacht hat. Zwar muß ein System geändert werden, wenn es sich herausstellt, daß man sich getäuscht hat. Aber seit 20 Jahren funktioniert das Freihandelssystem in Toskana bei schlechten wie guten Ernten derart, daß wohl kein Grund vorliegt zu bereuen, daß es eingeführt wurde, und es zu ändern. Die beiden Autoren gaben zwar zu, daß der von Gianni vorgeschlagene Zoll auf Getreide mäßig sei; trotzdem hielten sie ihn für gefährlich, ja verderblich für ein Land wie Toskana, wo nicht die Fürsorge der Regierung, sondern private Spekulation die Verproviantierung besorge. Nach ihrer Auffassung waren die Transportkosten für fremdes Getreide völlig genügend, um der toskanischen Landwirtschaft den Vorrang auf dem einheimischen Markte zu sichern. Dieselben Gründe führten sie gegen die Besteuerung von Vieh ins Feld; ja, sie fanden, daß eine derartige Maßregel noch gefährlicher sei, weil der Hafen von Livorno jede Schwankung des Getreidemarktes anzeige und als ausgleichende Instanz wirke, was für den Viehmarkt nicht zutreffe, daher denn auch die Zufuhr nicht erschwert werden dürfe. Und endlich meinten die Verfasser, daß für einen wirklichen Schutz der Agrikultur die von Gianni vorgeschlagenen Zollsätze zu geringfügig wären, während gleichzeitig die toskanischen Bauern die so vorteilhafte, vollkommene Bewegungsfreiheit einbüßen würden.

Dann erfolgt die bereits oben charakterisierte Absage an die Giannische Prohibitivpolitik bei der Ausfuhr wie der Einfuhr, die als unnütz und verderblich und einzig für die Monopolisten vorteilhaft bezeichnet wird. Nur zu einem Einfuhrverbot für Salz und Meerwasser wollten sie sich verstehen; die

Prohibition des Importes von eisernen Schaufeln hielten sie für überflüssig, da doch bei dem Schutzzoll von 15 Lire per 100 Pfd. die staatlichen Eisenwerke ausgezeichnet bestehen könnten. Der Niedergang der toskanischen Papierfabrikation war ihrer Meinung nach nicht einem ungenügenden Zollschatz zur Last zu legen, vielmehr glaubten sie die allzu große Gewinnsucht der Fabrikanten und ihre luxuriöse Lebenshaltung dafür verantwortlich machen zu müssen. Nur zu einer Erhöhung des Zolles auf fremdes Papier wollten sie sich verstehen. Entschiedener Abweisung erfuhren die Exportprohibitionen, insbesondere von Wolle und Rohseide. Nachdrücklich wird darauf verwiesen, daß dank der Freiheit der Wollausfuhr der Wollpreis um zirka 10 Lire per 100 Pfund zugenommen habe, daß es eine Ungerechtigkeit sein würde die Bauern durch ein Ausfuhrverbot um diese Summe zu bringen, um sie den Tuchfabrikanten zu schenken; daß seit dem Freihandelsgesetz das Wollvieh außerordentlich zugenommen habe, aber auch die Tuchfabrikation. Serristori und Mugnai betonten, daß es im Interesse sowohl der Landwirtschaft wie der Industrie sei, daß der toskanische Boden möglichst viel Rohprodukte produziere, daß den Bauern ein angemessener Preis bezahlt werde, daß aber ein Ausfuhrverbot preisdrückend wirken würde. „Die Zahlung des richtigen Preises bewirkt, daß die Seidenzucht Toskanas zunimmt und den gesamten Rohmaterialbedarf unserer Industrie zu decken vermag.“

Die vorgeschlagene Aufhebung der Ausfuhrzölle fand zwar keinen prinzipiellen Widerspruch der Kritiker; immerhin wandten sie ein, daß der jährliche Ertrag derselben von L. 222319.1.2 zu  $\frac{2}{3}$  aus Oel- und Talgzöllen herstamme, die bei der herrschenden lebhaften Nachfrage keines besondern Schutzes bedürften.

Die Beurteilung des projektierten Tarifs ließ ebenfalls die Meinungsverschiedenheit der Kritiker gegenüber Gianni in eklatanter Weise hervortreten. Schön rein äußerlich: der Tarif von 1781 erschien ihnen viel weniger kompliziert und übersichtlicher als der zwar weniger umfangreiche, aber mit seinen

Kollektiv- und generischen Bezeichnungen vielfach dunkle Tarifentwurf. Vor allem aber richteten sie ihre Angriffe gegen die übermäßige Steigerung der Zollsätze. Mugnai rechnete aus, daß eine ganze Reihe derselben sich zwischen 20—700 % des Warenwertes bewegte, wies Widersprüche in den beiden Tarifentwürfen nach<sup>43</sup>. Insbesondere die exorbitante Belastung der Wollentücher ausländischer Herkunft begegnete ihrer lebhaften Mißbilligung; denn der Satz von Lire 2.13.4 per Pfund, womit die schweren Stoffe mit einer Steuer von 240% des Warenwertes getroffen werden sollten, würde gleich einem Eintuhrverbot wirken, wodurch weder die Einfuhr vermittels des Schmuggels verhindert noch der Staatsschatz bereichert, dagegen die armen Bauern den Fabrikanten ausgeliefert würden. Auch hier gaben sie dem geltenden Wertzoll von 16 % den Vorzug, wandten sich überhaupt allgemein gegen so hohe Steigerungen der Zollsätze.

Eine besonders sorgfältige Untersuchung wurde den Entwürfen für die Stadtzölle gewidmet. Dem Tarif für Livorno, der einzig Fleisch- und Getreidezölle vorsah, stimmten sie zu. Die Belastung der Lebensmittel und Rohmaterialien für die Städte, zumal für Florenz fanden sie zu schwer; die Tendenz, den Lebensunterhalt in denselben zu verteuern, die Industrie zur Auswanderung zu nötigen, die städtische Bevölkerung zu einer gleichmäßigen Verteilung über den ganzen Staat zu veranlassen, dieser Hauptzweck der neuen Tarife begegnete ihrem lebhaften Widerspruch. Die Güter, meinten sie, deren Ertragserhöhung man anstrebt, sind um so wertvoller, je näher sie eine Bevölkerung haben. Der Transport der Agrarprodukte wird dadurch billiger, der Gewinn des Bauern größer. In entfernten Gegenden belegene Grundstücke sind daher immer weniger bebaut, weil sie zu weit von den Städten entfernt sind. Dann bieten die Städte große Annehmlichkeiten und Vergnügungen, so daß gewaltsame Gesetze nötig sind, um die Bevölkerung zu vertreiben; das Uebel würde damit größer als das, das man heilen

---

43. Gabinetto, Filza 66, Nr. 33, 34, 35.

will. „Die Städte sind nicht durch Gesetze entstanden und sind daher eine notwendige Folge der Vereinigung der Menschen zur Gesellschaft.“ Dort kommen die Reichen nach und nach zusammen; der Reichtum ruft die Industrie; viele Zweige derselben können nicht existieren ohne die Unterstützung und Nachbarschaft anderer. Die Reichen und die Handwerker haben Nahrungsmittel nötig; daraus entsteht der Konkurs vieler Käufer und Verkäufer, die das Gedeihen der städtischen Industrie fördern. Das alles führt dazu, daß dieselbe in Orten mit großer Bevölkerungszahl und lebhafter Konkurrenz die Vervollkommenung erlangt, die anderswo unmöglich ist. Die Folge der von Gianni vorgeschlagenen schweren Zölle wäre die, daß die Handwerker sich vor den Toren der Städte niederlassen würden, da sie in der Nähe der Bevölkerung bleiben müssen, die ihre Arbeit braucht. Welchen Unterschied und welchen Vorteil aber für die Landwirtschaft würde diese vom alten Sitze nur durch eine Mauer getrennte Bevölkerung hervorbringen? Das sind nicht die Mittel, um die unbewohnten und entfernten Ländereien zu bevölkern.

Die beiden Verfasser schmeichelten dem Großherzog, daß er diese Mittel wohl kenne und sie beständig anwende, indem er allen Teilen seines Staates Sicherheit der Person und des Vermögens, gerechte Gerichte und vermittels des Freihandels Reichtum und Glück verschaffe, weshalb die Menschen auch gern weit außerhalb der Städte leben wollten. Serristori-Mugnai wendet sich dann insbesondere gegen den drückenden städtischen Getreidezoll von Lire 1.5 per 100 Pfund für Florenz, während die andern Städte davon befreit seien; eine derartige Fesselung des Verkehrs mit dem notwendigsten Nahrungsmittel erschien ihnen äußerst gefährlich; ihre Meinung war, daß der Markt von Florenz, der bisher durch den Getreidezusammenfluß reich gewesen sei und deswegen einen richtigen Preis gezeitigt habe, durch den rigorosen Zoll vernichtet, sich in eine Reihe von kleinen Märkten außerhalb der Tore auflösen würde; das Resultat würde ein unrichtigerer Preis sein als der eines großen

Marktes; das würde auch das Monopolwesen begünstigen und das Brot in Florenz verteuern.

Mugnai durchging dann vergleichsweise die geltenden Stadttarife und die Entwürfe und zeigte im einzelnen die durch das neue Projekt verstärkte Belastung der Städte auf, gleichwie die Besteuerung der für die städtische Industrie notwendigen Rohstoffe<sup>44</sup>. Er machte aus seiner Entrüstung kein Hehl, daß man gewisse Industriezweige, wie insbesondere das Gerberhandwerk mit Steuern bedrücken wolle, als ob es ein Verbrechen sei in Florenz zu arbeiten, daß man durch die Getreidezölle usw. die ärmeren Klassen bedrücke; entrüstet rief er schließlich aus: „Wenn eine Industrie unbequem und gefährlich innerhalb einer zahlreichen Bevölkerung ist, so soll die Entfernung nicht vermittels eines Zolles erfolgen. Die erste Zunft, die aus einer Stadt vertrieben werden sollte, sollte die Bäckerzunft sein. Warum denn haben die Verfasser des Planes nicht eine viel schwerere Steuer auf Mehl und Brennholz gelegt und das Brot nicht vom Einfuhrzoll befreit?“

In dieser Weise traten der Finanzminister und sein Gehilfe auf der ganzen Linie den Forderungen Giannis in der schärfsten Weise entgegen, auch in zolltechnischen Fragen. Gegenüber dem Postulat der totalen Revision der Zollgesetzgebung verlangten sie bloß einige kleine Aenderungen, da der Tarif von 1781 während eines Lustrums zu allgemeiner Befriedigung eine Steigerung des Zollertrags ergeben und Landwirtschaft wie Industrie gefördert habe.

Es war der Geist des toten Tavanti, der in seinen Mitarbeitern und Schülern den weitausschauenden Plänen des Schutzzöllners Gianni entgegentrat und die physiokratischen Grundsätze verteidigte. Und es kann nicht zweifelhaft sein, daß neben mancher Einseitigkeit und Unrichtigkeit die Verteidigung des Tarifs von 1781 und die Zurückweisung des schutzzöllnerischen Entwurfs für die beiden Kritiker nicht unrühmlich war,

---

44. Gabinetto, Filza 66, Nr. 24.

wenn sie auch gegen den dialektischen Scharfsinn eines Gianni nicht aufzukommen vermochten; und wenn sie das Vertrauen Leopolds in dem Maße besessen hätten wie ihr Meister Tavanti, dann wäre das Giannische Projekt wohl damals endgültig auf die Seite gelegt worden. Aber das war eben der Kern der Sache: kein ebenbürtiger Gegner trat gegen Gianni in die Schranken.

Immerhin gab diese eindringliche Kritik der beiden Staatsmänner der Angelegenheit eine für Gianni zunächst höchst ungünstige Wendung. Mit der größten Sorgfalt und in eingehendster Weise, wie es seiner arbeitsamen Natur entsprach, hat Leopold sowohl die Vorschläge Giannis wie die Kritik Serristoris und Mugnais, das gesamte mächtig angewachsene Material einer Prüfung unterzogen<sup>45</sup>. Die allgemeinen Gesichtspunkte, die er aus dieser Durchsicht gewann, zeigen deutlich, daß er prinzipiell auf dem gleichen Boden stand wie Serristori und Mugnai, wenn er auch in einzelnen Punkten Gianni entgegenzukommen versuchte. Er stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß nicht die ganze Zollgesetzgebung revisionsbedürftig sei, daß vielmehr nur einige Korrekturen vorgenommen werden müßten. Fast wörtlich kehrt Serristoris Begründung wieder, wenn der Großherzog meint, daß eine Veränderung und Korrektur von Gesetzen und Systemen richtig und weise sei, wenn das Wohl des Staates sie erfordere; daß aber eine völlige Umwälzung eines geltenden Wirtschaftssystems weder weise noch vorsichtig sei, daß eine solche ohne dringende und wichtige Gründe des Vorteils vorgenommene Schwenkung äußerst gefährlich sein würde, weil sie alle Aussichten der Kaufleute und ihrer Korrespondenten zerstören, die Verwaltung verwirren und dem Handel schädlich sein würde.

Trät so allgemein die ablehnende Haltung Leopolds zutage, so erstreckte sich dieselbe auch auf die wichtigsten Postulate Giannis im einzelnen. Die Mehrbelastung der Städte durch

---

45. Gabinetto, Filza 66, Nr. 21 u. 22.



Besteuerung von Rohstoffen wird als eine unnütze Maxime bezeichnet, das Ausfuhrverbot für Wolle und Rohseide als eine Entmutigung der Bauern, eine Beeinträchtigung von Viehzucht und Agrikultur. Gleich Serristori hält der Großherzog die Besteuerung der Einfuhr von Getreide und Vieh für wenig vorteilhaft, ja wegen der Freiheit der Spekulation für gefährlich. Aber auch in den zolltechnischen Fragen, mit der Vereinfachung des Tarifs, der Bruttoverzollung, der Verlegung aller Zölle an die Grenzen, mit der Aufhebung des Freipaßverkehrs, mit dem projektirten Zwang die Einfuhr nur noch auf den Hauptstraßen zu gestatten, mit dem Plan, das Land mit Zollstätten wie mit einer Mauer zu umgeben, den Bau kostspieliger zahlreicher neuer Zölle, mit all dem zeigte sich Leopold nicht einverstanden, lehnte es als unnütz, unvorteilhaft und unmöglich ab und gab dem geltenden System den Vorzug. Nur zu einigen wenigen partiellen Abänderungen, insbesondere in der Erhöhung oder Ermäßigung der Zollsätze einiger Produkte wollte er sich verstehen.

So war die Lage für Gianni sehr ungünstig, als am 25. Februar 1788 nach langer, von der schutzzöllnerischen Partei ungeduldig ertragenen Pause die Beratungen über die Revision der Zollgesetzgebung wieder einsetzten<sup>46</sup>. Der Ausgang dieser Sitzung vom 25. Februar 1788 bedeutete in der Tat eine Niederlage Giannis; denn der Großherzog, der am 16. Februar in einer Session mit Mugnai und Pontenani bereits die ihm notwendig erscheinenden Abänderungen festgelegt hatte, lehnte zunächst jede Aenderung in bezug auf die vorgeschlagene Ausdehnung des zollpflichtigen Territoriums auf früher vom Tarif von 1781 ausgeschlossene Teile des Staates ab, mit Ausnahme der senesischen Maremma, deren Einbeziehung in den Zollkreis beschlossen wurde. Weiter ordnete Leopold an, daß voll-

---

46. Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 f. Gavard wies auf den Schaden hin, der entstehen würde, wenn man die Ausführung des Planes noch länger aufschieben würde. Siehe auch Filza 66, Nr. 36.

kommener Freihandel mit Getreide und Vieh weiterhin bestehen sollte, daß auch jede Registrierung der Aus- und Einfuhr derselben an den Zollstätten nur von den Zollbeamten vorgenommen würde, ohne Verpflichtung für die Fuhrleute Angaben zu machen. Von den absoluten Einfuhrverboten wurde nur das für Salz und Meerwasser genehmigt. Statt der Prohibition fremder Papiersorten und Spielkarten wurde ein starker Zoll von 7 soldi per Pfund in Aussicht genommen. Die Wertzölle auf fremde Tücher sollten weiterbestehen, allerdings unter Erhöhung auf 25 % des Warenwertes. Die Aufhebung aller Ausfuhrzölle fand die Billigung Leopolds, ebenso die zwei verschiedenen Transitzölle für feine und alle andern Waren. Die Bruttoverzollung, die Anlage aller Zollstätten hart an der Grenze, wobei Import und Transit nur dort hätten verzollt werden können, wird zugunsten des geltenden Systems abgelehnt und den Kaufleuten frei gestellt, ob sie die Verzollung an den Grenz- oder Binnenzollämtern vornehmen wollten. Die Grenzzollämter sollten in drei Klassen eingeteilt werden.

Dann hat Leopold allerdings den Tarifentwurf angenommen, freilich mit einer Reihe von Aenderungen und Ermäßigungen der hohen Zollsätze. Dabei zeigte er deutlich, daß er bereit war einen größeren, aber keinen absoluten und allzu gesteigerten Schutz der toskanischen Manufakturen eintreten zu lassen, daß aber ein Schutz der Landwirtschaft durch Schutzzölle und eine dadurch bedingte Steigerung der Lebensmittelpreise durchaus nicht nach seinem Sinne war. Daher wurde manche Erhöhung des Zollsatzes auf fremde Industrieprodukte wie Tücher, Porzellan, Papier, Lederwaren usw. gebilligt, aber der Verkehr mit Getreide und Vieh frei erklärt, der vorgeschlagene hohe Weinzoll auf  $\frac{1}{4}$  reduziert. Wichtig und interessant mußte die Stellungnahme zu dem Ausfuhrverbot von Rohmaterialien werden; denn hier stand der Vorteil der Industrie dem Gedeihen des Ackerbaus direkt im Wege; diese Entschliebung mußte somit den neuen Kurs deutlich zum Ausdruck bringen. Leopold verschob denn auch noch den Entscheid und

reservierte diese Frage einer besonderen Beratung, während er, wie er ja stets den Vorteil des Staatsschatzes gern wirtschaftlichen Vorteilen opferte, die freie Einfuhr sofort beschloß.

Die Mittelstellung, die Leopold so zwischen den beiden entgegengesetzten Anschauungen einzunehmen versuchte, zeigte sich auch in seinen Entscheidungen über die Entwürfe zu den städtischen Tarifen. Im großen und ganzen übernahm er die vorgeschlagenen Aenderungen, wobei allerdings die wichtigsten Belastungen, gegen die Serristori und Mugnai Front gemacht hatten, wegfallen sollten, vor allem der große Getreidezoll für Florenz, ebenso die Zölle auf die notwendigen Rohstoffe, womit Gianni die städtische Industrie zur Ansiedlung auf der Landschaft hatte nötigen wollen. Damit war allerdings dessen Reformplan gewaltig verstümmelt.

Schließlich sollten alle Waren, die die Tarife nicht erwähnten oder die sich nicht unter die aufgeführten Artikel einreihen ließen, sowohl bei der Einfuhr ins Territorium wie in die Städte einem Zoll von  $12\frac{1}{2}\%$  ihres Wertes unterworfen werden.

Es war ein Kompromiß in aller Form, den die großherzoglichen Entscheidungen vom 25. Februar 1788 zwischen der Anschauung Giannis und der seiner Gegner schufen, ein Kompromiß, bei dem trotz manchen Entgegenkommens gegenüber Gianni nicht zu verkennen ist, das sein groß angelegter Reformplan des toskanischen Zollsystems und Finanzwesens ins Wanken geriet; denn daß verschiedene wesentliche Punkte seines Programms und insbesondere der Schutz der toskanischen Landwirtschaft abgelehnt worden war, mußte den einheitlich gedachten und in seinen einzelnen Gliedern eng zusammenhängenden Plan zum Scheitern bringen.

Die Kompromißnatur der Entscheidungen vom 25. Februar zeigt sich auch darin, daß zwei der wichtigsten Programmpunkte unentschieden gelassen wurden und den Zolldirektoren der Befehl zuzuging, diese beiden Fragen einer Prüfung zu unterziehen. Die erste war die Frage, ob beim Wegfall aller Aus-

fuhrzölle die oft genannten Rohstoffe, Rohseide, Kokons, Wolle, Häute, unverarbeitetes Leder, Lumpen, Abfälle durch ein Ausfuhrverbot oder durch einen hohen, aber nicht übermäßigen Exportzoll zurückgehalten werden sollten. Sodann erhielten die Zolldirektoren und Gavard den Auftrag miteinander zu erwägen, ob nicht zur Vereinfachung der Spedition die Bruttoverzollung eingeführt werden sollte, ferner wie man die einfachen, in Toskana reichlich fabrizierten Tücher des Auslandes unter Festhaltung des Wertzolles höher besteuern könnte.

Gianni, der in dieser Zeit eine erstaunliche Aktivität entfaltete, um seinen Plan zu retten, erkannte von welcher Bedeutung die Entscheidung in der ersten Frage sein mußte. Seine Denkschrift über die Ausfuhr der Rohseide, die er zweifellos während dieser und der folgenden Sitzung ausarbeitete und Leopold überreichte, sollte den Großherzog für seine Anschauung gewinnen<sup>47</sup>. Gianni operierte dabei recht geschickt. Gegenüber dem Vorschlag die freie Ausfuhr zu gestatten, wünscht er zunächst festgestellt zu haben, ob man den Handel mit Rohseide für Toskana wünsche oder mit Seidenstoffen. „Wenn man das erste will, muß man auf das zweite verzichten; denn wenn der Rohstoff fehlt oder wenn es systematisch der Konkurrenz des Auslandes ausgesetzt wird, würde man beide Zweige ruinieren oder man würde denjenigen blühen sehen, der Toskana den kleineren Profit, den konkurrierenden, auswärtigen Ländern aber den größten bringen würde.“ Für den Fall, daß man dem Handel mit dem Rohstoff den Vorzug geben würde, weist Gianni darauf hin, daß dann alle Abschaffung der Fesseln und Aufhebung von Taxen, die die Industrie, die Arbeiter und Kaufleute bedrückten, die Gunst, die man ihr erwiesen habe, die Schulen und Geldmittel, die man zur Heranziehung tüchtiger Handwerker verwendet habe, die Unterstützung derselben in schlechten Erntejahren, die Exportprämien und Zollerleichte-

---

47. Gabinetto, Filza 66, Nr. 37. Das Datum fehlt Siehe auch Filza 66, Nr. 27.

rungen etwas Unverständliches gewesen seien. Die Sorge, daß bei Eintritt des Ausfuhrverbotes die Produktion und Kultur der Seide sinken würde wegen der beschränkten Konkurrenz auf dem Markt und wegen des daraus hervorgehenden niedrigen Preises, entkräftigte er mit dem Hinweis, daß die Seidenindustrie nicht mehr wie früher bloß auf die Stadt Florenz beschränkt sei und damit wenige Industrielle Herren des Preises sein würden, daß vielmehr eine nationale Konkurrenz einsetzen würde. Darum verlangte Gianni Förderung der Seidenindustrie durch Aufhebung der Exportzölle für die Seidenfabrikate, durch Prohibition der fremden Einfuhr, wodurch der Seidenbau proportional dem Wachstum der Industrie zunehmen würde. Falls infolge freier Ausfuhr der Rohseide das Ausland zur Konkurrenz mit den florentinischen Industriellen zum Rohseidenmarkt zugelassen würde, fürchtet Gianni den Niedergang der schon bestehenden Industrie, da sie infolge der hohen Preise auf dem auswärtigen Markte nicht mehr konkurrenzfähig sein würde. „Der nationale Reichtum Toskanas beruht auf der Landwirtschaft und der Industrie, so daß es nicht gewinnen würde durch die Vernichtung eines Industriezweiges in der Hoffnung dafür einen Ersatz oder einen Profit bei einem Zweig der Landwirtschaft zu erhalten. Die Fortschritte nationalen Reichtums führen aufwärts von der Gesellschaft von Jägern zu den Hirten, von diesen zu den Ackerbauern, der die zivilisierteste folgt, die einen Weg zu ihrer Vervollkommnung in der Industrie neben den andern Zweigen, auf denen sie beruht, findet.“

Die hier kurz skizzierten Ausführungen Giannis würden aber nicht genügen, den nun folgenden Stellungswechsel Leopolds zugunsten der Giannischen Pläne zu erklären. Zweifellos hat der Senator zwischen der Sitzung vom 25. Februar und der folgenden vom 1. März eine Konferenz mit dem Großherzog gehabt, in der er ihm nochmals sein ganzes System klarlegte und ihn auf seine Seite zu ziehen wußte. Damals mag er wohl Leopold jene Statistik vorgelegt haben, die zeigte, daß die Ein-

fuhr fremder Tücher, die im Jahre 1767 überhaupt nicht existierte, bis zum Jahr 1787 infolge der Aufhebung der Prohibition auf Lire 444,495 in diesem letzten Jahre angewachsen, ja daß sie in Wirklichkeit auf über  $\frac{1}{2}$  Million gestiegen sei, die der Leinenzeuge und feinen Stoffe auf über 3 Millionen; wie gleichzeitig die innere Produktion, der Export der Seidenstoffe, von Papier und Leder gesunken sei<sup>48</sup>. Es muß in jenen Tagen eine weit- und tiefgehende Beeinflussung des Großherzogs von seiten der schutzzöllnerischen Partei stattgefunden haben. Denn von jetzt ab geht Leopold, wenn auch zögernd und mit sichtlichem Widerstreben, nur Schritt für Schritt, aber von der Logik Giannis in ein immer dichteres Netz verstrickt, Hand in Hand mit seinem großen Ratgeber: aus der Krisis vom 25. Februar 1788 ist Gianni als Sieger hervorgegangen.

Gleich die nächstfolgende Sitzung vom 1. März 1788 ließ den Stellungswechsel des Großherzogs deutlich in die Erscheinung treten<sup>49</sup>. Denn zu den Tarifänderungen vom 25. Februar traten eine Reihe weiterer in der Richtung des Schutzzolls und der *legittima libertà*; viele von ihnen bedeuteten die Anerkennung der Zollsätze im Tarifentwurf Gavards und die Verwerfung der am 25. Februar erfolgten Ermäßigungen: so für Wein, Essig, für Kleider usw. erfolgte die Annahme der dort vorgeschlagenen Zollsätze. Vor allem aber zeigte sich der Sieg des Giannischen Prinzips in dem Beschluß, die Ausfuhr von Rohseide, Kokons, Lumpen, Wolle, Häuten, Dünger — bei gleichzeitiger Aufhebung des Einfuhrzolles auf derartige Stoffe — zu verbieten. Neben diesen wichtigsten Zeichen der erfolgten Schwenkung weisen aber noch mehrere Beschlüsse entschieden auf einen neuen Kurs der leopoldinischen Politik hin und auf eine bedeutende Annäherung an das Programm Giannis. So wurde beschlossen,

---

48. Siehe die zitierte Schrift von Paolini: *Della polizia commerciale del Governo del Granduca Leopoldo I.*, S. 57 f.

49. Ueber das folgende Gabinetto, Filza 66, Nr. 27 oder Filza 64, Nr. 4 (g).

daß an Stelle der bisherigen Netto- die Bruttoverzollung treten sollte; daß alle Exportwaren an den Zollämtern deklariert werden sollten. Die Verschärfung der Zollverwaltung tritt uns entgegen in den Bestimmungen, daß das System des Freipaßverkehrs und andere Vergünstigungen abgeschafft werden sollten. Die Entscheidung der Frage der Besteuerung der ausländischen Tucheinfuhr brachte einen neuen Sieg Gianni. Der von ihm vorgeschlagene Gewichtszoll statt des bisherigen Wertzolls gelangte zur Annahme: für die gewöhnlichen Tuche ohne weitere Abstufung wurde sogleich der gewaltige Schutzzoll von 4 Paoli per Pfund festgesetzt, für die feinem Sorten wurden bestimmtere Vorschläge einverlangt.

Das Unglaubliche war geschehen: gegen eine übermächtige Zahl von durchaus nicht verächtlichen Gegnern und insbesondere gegen die Ueberzeugung des widerstrebenden Großherzogs selbst, war es dem Senator Gianni gelungen seine schutzzöllnerische Anschauung zum Siege zu führen. Morena hat nicht richtig gesehen, als er in seiner Darstellung der Getreidehandelspolitik Leopolds gesagt hat, daß Gianni in diesem Kampfe unterlegen sei. Vielmehr hat er auf der ganzen Linie gesiegt, mit einziger Ausnahme der allerdings sehr wichtigen Frage der Getreide- und Viehzölle. Aber auch hierbei werden wir noch ein — wenn auch nur teilweises — Einlenken Großherzog Leopolds zur Anschauung der Schutzzöllner zu konstatieren haben. Und A. Paolini hat keineswegs die Unwahrheit gesagt, vielmehr sich als sehr gut unterrichtet gezeigt, als er in den Zolldebatten von 1825 behauptete, daß Leopold in den letzten Jahren seiner Regierung einen seiner früheren Politik entgegengesetzten Kurs eingeschlagen habe bzw. habe einschlagen wollen.

Freilich war all das, was seit 1786 beraten worden war, durchaus auf dem Stand von Beschlüssen im Schoße der Finanzkommission geblieben und hatte bis ins Frühjahr 1788 keinen gesetzlichen Niederschlag gefunden. Erst seit dieser Zeit begann vorsichtig und nur schrittweise die Umsetzung der in

Kommisionsarbeit gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis. Es sind nur wenige Gesetze, die zur Einführung des neuen Zollsystems erlassen wurden; das wichtigste, der Erlaß des bis zu Ende durchberatenen neuen Tarifs ist infolge der Abberufung Leopolds auf den österreichischen Thron, durch den Sturz Giannis und den Sieg seiner Gegner unter Leopolds Nachfolger nicht erfolgt. Aber dennoch können wir aus den paar Verordnungen erkennen, daß es Leopold durchaus Ernst war mit seiner Sinnesänderung, daß er nicht gewillt war, es bei einer theoretischen Erkenntnis bewenden zu lassen.

Noch war aber der neue Tarif nicht zu Ende durchberaten; noch war vor allem die wichtige Frage des Schutzes der toskanischen Agrikultur noch nicht entschieden, als die schutzzöllnerische Partei in geschickter Nachahmung der Taktik ihrer Gegner, der Begründer des Tarifs von 1781, Leopold dazu drängten, noch vor Erlaß des allgemeinen neuen Tarifs durch einzelne Teilerlasse wichtige Fragen sofort zur Entscheidung zu bringen, um den Weg für die neue Politik zu ebnen und durch deren gute Erfolge das letzte Zögern zu überwinden. Während also noch die Umarbeitung des Gavardschen Tarifentwurfs nach den Beschlüssen vom 25. Februar und 1. März vor sich ging, gelangte der Generaldirektor am 2. April 1788 mit einer Denkschrift an den Großherzog, die die Ausführung des Verbotes der Rohstoffausfuhr forderte, um dem Verfall der toskanischen Industrie entgegenzuwirken<sup>50</sup>. So erschien denn als erste und wichtigste Kundgebung des neuen, dem Tarif von 1781 direkt entgegengesetzten Kurses die vielumstrittene Verordnung vom 5. April 1788, die so gewaltige Entüstung bei allen freihändlerisch gesinnten Oekonomisten wie bei der inzwischen zum vollen Verständnis ihrer Wichtigkeit gelangten toskanischen Bauernschaft erregte. Dadurch wurde

---

50. Gabinetto, Filza 66, Nr. 40. Die Erlasse in der Gesetzesammlung.



der Export von Kokons, Rohseide, Wolle, Lumpen und Abfällen, Seidengespinnst, Häuten und unverarbeitetem Leder verboten, Zuwiderhandelnde mit dem Verlust der Ware oder ihres Wertes bedroht. In dieselbe Reihe von industriefreundlichen Erlassen gehören sodann die Verordnungen vom 20. August 1788, die zugunsten der Seidenmanufakturen neben dem Ausfuhrverbot für Rohseide jeder Art die Zollfreiheit der Einfuhr derselben dekretierte, die Halbfabrikate, Seidengespinnste mit einem Schutzzoll von Lire 5 per 100 Pfund belegte; dann vom 7. April 1789; diese wollte eine Umgehung des Gesetzes vom 5. April 1788 verhindern, indem sie die Ausfuhr von ungeschorenem Wollvieh zu jeder Zeit des Jahres bei Strafe des Verlusts untersagte. Eine Bestimmung, die zur Durchführung jenes ersten Erlasses zwar nötig war, aber gewaltige Erbitterung hervorrief. Weniger interessant für uns, aber ebenfalls Zeichen für die neue Richtung der Zollpolitik waren die drei Verordnungen vom 23. April, 23. Mai und 19. Juni 1788, die in zolltechnischen Sachen, insbesondere durch Aufhebung des Freipaßverkehrs, dem Plane und den Absichten Giannis vorarbeiteten.

Dann aber drängten die Schutzzöllner einen weitem wichtigen Punkt ihres Programmes und Beschluß vom 1. März zur Ausführung zu bringen, den Schutz der toskanischen Wollentuchindustrie durch Prohibitivzölle. Freilich entspann sich hier nochmals ein heftiger Kampf zwischen den Schülern Tavantis und jenen; die prinzipielle Bedeutung einer Entscheidung in diesem Punkt war zu klar, um nicht nochmals alle kampfesfrohen Streiter auf den Platz zu rufen.

Es war der Finanzminister Serristori, der unterstützt von Schmidveiller und Mugnai Front machte gegen den von Giaïi und Gavard vorgeschlagenen Zollsatz von 4 Paoli per Pfund Wollentuch brutto<sup>51</sup>. Die Ersetzung der Wert- und Gewichtszölle, meinte er, ist allerdings eine Maßnahme, die in zolltech-

---

51. Gabinetto, Filza 66, Nr. 48. Memoria vom 3. Juli 1788; ferner Filza 66, Nr. 26.

nischer Hinsicht vereinfacht; zugleich aber wird sie die nach Wert und Qualität verschiedenen Tuchsorten durchaus nicht nach ihrem richtigen Wert besteuern, vielmehr die größte Willkür und Ungleichheit zur Folge haben. Wenn diese Ungleichheit auch für die in Toskana fabrizierten Sorten berechtigt ist, so kann dies doch nicht der Fall sein bei Tuchsorten, die nicht im Lande hergestellt werden, und doch für die breiten Massen notwendig sind; eine derartige Belastung würde übermäßig sein. Serristori will diese letzten Sorten in zwei Klassen einteilen und auf Grund einer geeigneten Erhebungsmethode besteuern. Vor allem aber tritt er dem Zoll von 4 Paoli entgegen, um so mehr als nach einer Aussage Gavards die toskanischen Fabrikanten schon mit einem Zoll von 3 Paoli zufrieden gewesen wären. Für den Fall, daß diese Vorschläge kein Gehör finden sollten, schlug er vor, die Tuche wenigstens in drei Klassen einzuteilen und nur die erste mit dem Satz von 4 Paoli = Lire 2.13.4 per Pfund zu besteuern, die andern zwei mit Lire 1.— — und Lire 1.13.4.

Es klingt wie Resignation durch diese Denkschrift Serristoris, als habe er bereits das Gefühl er werde unterliegen; er macht nicht einmal mehr die Vorschläge, die er, Mugnai und Schmidveiller wenig früher gemacht hatten, in denen sie das System der Wertzölle empfahlen. Viel angriffslustiger klingt die Denkschrift, die Gianni bei dieser Gelegenheit einreichte<sup>52</sup>. Sein Gehilfe Gavard hatte in einer frühern Sitzung das geltende Verzollungssystem als sehr willkürlich und tausend Betrügereien ausgesetzt geschildert; er hatte daher Gewichtszölle vorgeschlagen und wollte die verschiedenen Tuchsorten in eine Reihe von verschieden hoch besteuerten Klassen einordnen. Gianni war anderer Meinung; er betonte geschickt, daß er den Brutt Zoll von Lire 2.13.4 vorgeschlagen habe gemäß den Grundsätzen, die vom Großherzog angenommen worden seien, die in einer Vereinfachung des Zollwesens wie in der Ansicht be-

---

52. Gabinetto, Filza 66, Nr. 51.

ständen, daß die Zollsätze nach dem Interesse bemessen werden müßten, das Toskana daran habe, Manufakturen und Waren fremder Provenienz zu erwerben, auszuschließen oder zu hemmen, nicht nach dem Preis der Ware wie im geltenden Tarif. Nach seiner Methode sei keine Revision und Inspektion nötig. Dann, meint Gianni, habe ich im Interesse des Landes gerade die gewöhnlichen Stoffe belastet, wovon wir einen Anfang in unserer Industrie haben, die dadurch gefördert werden kann. Die Einteilung der Sorten in Klassen lehnt er ab, weil damit die Revisionen und Inspektionen nicht wegfallen und die Klassifizierung der eingeführten Waren Willkür und Belästigung hervorbringen würde. Der Senator verweist weiter darauf, wie das Gesetz von 1738 einen fördernden Einfluß auf die Entwicklung der toskanischen Wollentuchindustrie gehabt habe, und bedauert nur, daß es nicht alle auswärtigen Stoffe stark besteuert habe. Gerade für die gewöhnlichen Stoffe findet er den Schutz Zoll von 16 % des Wertes von 1775 und 1781 zu niedrig. Daher fordert er einen ausreichenden Schutz dieser Industrie, wodurch auch die untern Volksschichten, die man mit niedern Zöllen hatte fördern wollen, auf diese Weise in der Ausdehnung derselben ihre Unterkunft finden würden. Der Schutzzoll, meint er, ist das Komplement zum Ausfuhrverbot der Rohstoffe und um so nötiger, als die österreichischen Waren nur die Hälfte der Gabelle zu bezahlen haben.

Diese Beweisführung hat überzeugend auf Leopold gewirkt; schon zwei Tage nachdem Gianni seine Denkschrift eingereicht hatte, am 17. Juli 1788 wurde die Verordnung erlassen, wonach in Zukunft alle ausländischen Tuchsorten nach dem Bruttogewicht zu verzollen waren unter Aufhebung des bisherigen Wertzoll; der Zollsatz war der von Gianni beantragte von Lire 2.13.4 per Pfund. Nur eine Ausnahme wurde gemacht: da die Fabrikation von gesprenkelten und glatten Haartüchern in Toskana nicht weit genug fort-

geschritten war, wurde der ausländische Import nur einem Zoll von 1 Lira unterworfen<sup>53</sup>.

Kein Sieg konnte vollständiger sein als der Giannis in dieser Frage; von nun verstummt die Opposition der Gegner, zwar nicht in der Öffentlichkeit, aber wenigstens in den Denkschriften. Nur noch Gianni und Gavard machen ihre Vorschläge; die Freihändler hatten eingesehen, daß sie gegen den Einfluß Giannis beim Großherzog nicht aufzukommen vermochten.

Nachdem die Schutzzöllner so in einer Reihe von Vorfragen gesiegt hatten, sollte nun als Krone und Vollendung des Ganzen der neue Tarif mit den zugehörigen Gesetzen und Verordnungen erlassen werden. Im April 1788 hatte Gavard die Protokolle vom 25. Februar und 1. März 1788 erhalten, um danach den Tarifentwurf vom 2. Juli 1787 abzuändern; im März bis Juli hatte Leopold lange Sitzungen mit ihm und Mugnai. Gianni wie Gavard waren in leichtbegreiflicher Erbitterung darüber, daß ihr Plan durch den offenen und versteckten Widerstand ihrer Gegner solange hinausgeschoben wurde. Es schien nun doch, daß die Ausführung der Reform auf den 1. Januar 1789 angesetzt werden würde; wenigstens war das die Meinung Gavards und offenbar auch Leopolds. Am 24. Juli 1788 reichte jener den revidierten — dritten — Tarifentwurf für die Grenz- und Stadtzölle, das Edikt, das die neue Zollordnung verkünden sollte, die Instruktionen für die verschiedenen Zollbeamten und die neue Besoldungsliste ein. Gianni hatte ihm bei diesen Arbeiten geholfen<sup>54</sup>.

Der Generaldirektor machte bei der Uebergabe der Entwürfe darauf aufmerksam, daß die Protokolle vom 25. Februar und 1. März verschiedene Widersprüche zu den Maximen enthielten, nach denen die ganze Reform durchgeführt werden sollte, und legte ein Heft mit Anmerkungen bei. Insbesondere

---

53. Gabinetto, Filza 66, Nr. 51.

54. Gabinetto, Filza 67, Nr. 1, Nr. 2 (Tarifentwurf), Nr. 3 (Torzölle), Nr. 4 (Entwurf des Edikts), Nr. 5—10.

fanden aber zwei Auslassungen die Mißbilligung Gavards. Gemäß den erhaltenen Vorschriften mußte er absehen von der Besteuerung des Importes von Getreide und Vieh; er wies dabei aber ausdrücklich daraufhin, daß eine solche unbedingt notwendig sei, um die Stellung der toskanischen Landwirtschaft zu verbessern und spricht die Hoffnung aus, daß die Denkschrift, die Gianni damals vorbereitete, Leopold überzeugen würde, daß den Produkten des Landes auf dem einheimischen Markte ein Vorzug eingeräumt werden müsse. Dann betont Gavard, daß er in der Besteuerung der Weißwaren fünf verschiedene Klassen habe machen wollen, im Unterschied von Gianni, der nur zwei zulassen wolle<sup>55</sup>.

In Einzelheiten auf den Tarifentwurf einzugehen, hat hier keinen Zweck. Die Tendenz des Entwurfs vom 2. Juli 1787, die toskanische Produktion in genügender Weise zu schützen, die Zollsätze weniger nach dem Wert der Ware als nach dem Interesse des Landes anzusetzen, ist auch die Grundlage des dritten Entwurfs. Aber die absoluten Prohibitivzölle sind auf ein kleineres Maß reduziert worden. Als höchster Zoll erschien der Satz von Lire 2.13.4 per Pfund brutto, während im früheren Entwurf solche bis zu 20 und 28 Lire vorgekommen waren. Freie Einfuhr der Rohmaterialien für die Industrie, aber Ausfuhrverbot; mäßige Belastung der Halbfabrikate (100 Pfund = Lire 5) und Hochschutzzoll für fertige Waren; Freihandel für Getreide und Vieh und damit Verzicht auf den Schutz der Agrikultur, das war die Signatur dieses letzten allgemeinen Tarifentwurfs.

Und ein gleiches Verhältnis, wie dieser Entwurf zum früheren einnahm, zeigt sich auch bei einem Vergleich der revidierten Tarifentwürfe für die Städte mit den früheren: Stärkere Belastung derselben durch Erhöhung einer Reihe von Gabellen; aber die Besteuerung der Rohstoffe für die städtische Industrie wurde durchaus abgelehnt, gleich den von Gianni beantragten Getreidezöllen.

<sup>55</sup>. Gabinetto, Filza 67, Nr. 1.

Somit stellte dieser Entwurf doch auch wieder einen Kompromiß dar zwischen der Auffassung Giannis und der seiner Gegenpartei und Leopolds. Die Opposition der Freihändler war durchaus nicht erfolglos gewesen. Aber der Charakter eines Schutzzolltarifs, der dem Entwurf unverkennbar eignet, zeigt doch zur Genüge, daß der eigentliche Sieger in diesem mehrjährigen Ringen Gianni geworden ist.

Dieser Eindruck wird zur absoluten Gewißheit, wenn wir die Entwicklung der Tarifangelegenheit in ihrer letzten Phase, vom Juli 1788 bis in den Herbst 1789 betrachten, die noch eine ganz beträchtliche Annäherung des Entwurfs an den ursprünglichen Plan Gianni brachte. Nach einer Sitzung vom 30. Juli 1788 wurden Gavards Entwürfe dem vielbeschäftigten Gianni zur Begutachtung überwiesen, freilich mit der Einschränkung sich nur über die ihm vorgelegten Punkte äußern zu dürfen, indem sonst der Großherzog keine Aenderung vornehmen wolle. Dieser Auftrag Leopolds, der in allzuvorsichtiger und überlegter Weise zwischen den beiden Parteien seines Rates zu vermitteln suchte, es vor allem aber mit seinem hervorragendsten Mitarbeiter Gianni nicht verderben wollte, hatte aber nun den Erfolg, daß es unmöglich wurde den Tarif auf 1. Januar 1789 in Kraft treten zu lassen, wie vorgesehen gewesen war; denn der gewaltig mit Arbeit überhäufte Gianni war einfach nicht imstande den ihm gewordenen Auftrag noch im Jahre 1788 zu erledigen, und der vorsichtige Leopold wollte eine so wichtige Angelegenheit auf keinen Fall in überstürzter Weise erledigen. Aus diesen, vielleicht noch aus andern Gründen sah sich der Großherzog veranlaßt, die Verschiebung der Reform eintreten zu lassen und gleichzeitig die Inkraftsetzung einer seiner bereits dekretierten zolltechnischen Neuerungen vom 1. Januar 1789 auf den April 1789, dann nochmals aufzuschieben<sup>56</sup>.

Es war am 25. Januar 1789, als Gianni seine Denkschriften

---

56. Gabinetto, Filza 65, Nr. 3. Bando vom 24. Nov. 1788. Filza 65, Nr. 4. Briefe an Gianni vom 23. Aug. und 23. Dez. 1788. Notifikat. vom 5. April 1789.

über die ihm gestellten Anfragen einreichte; sie stehen im Mittelpunkt der letzten Phase in der leopoldinischen Zollpolitik und verdienen ganz besondere Beachtung<sup>57</sup>.

Der an den Sekretär der Kommission, Pontenani, gesandte Bericht war ein Zornesausbruch des Senators, den der lange Widerstand der Freihändler und Leopolds maßlos erbittert hatte. Er macht den Vorwurf, daß man seine Berichte jeweils den andern vorgelegt, er aber nie etwas zu Gesicht bekommen habe. Noch ist keine Denkschrift vorgelegt worden, grollte er, die die Prinzipien meines Planes als unrichtig oder ihre Konsequenzen als falsch nachgewiesen hätte. Der Revisionsplan, der in der Sitzung vom 12. Oktober 1786 diskutiert wurde, verband die Interessen des Staates mit denen des Staatsschatzes und war der Form nach der einfachste, willkür- und bedrückungsfreieste, gab Aussicht auf einen reichen finanziellen Ertrag und auf Schutz der nationalen Arbeit. Alle die verschiedenen Gegenvorschläge sind nicht einheitlich und halten am bisherigen System fest, machen es teilweise noch schlimmer. Lieber weiterfahren auf Grund des herrschenden Systems als ein solches Konglomerat von neuen Maßnahmen. Mit vollstem Einverständnis des Großherzogs ist die Aufhebung der Ausfuhrzölle beschlossen worden; dieses den wahren Interessen des Landes entsprechende Opfer des Aerars muß wenigstens teilweise wieder eingebracht werden. Ich höre aber nur von Begünstigung der Einfuhr fremder Waren sprechen; gerade hier aber könnte man den Verlust wieder einholen, zum doppelten Zweck den Staatsschatz zu stärken und gleichzeitig um die fremden Produkte, die wir nicht brauchen, zurückzuweisen, die andern aber zu besteuern, um uns damit die Manufakturen zu verschaffen, in denen wir es gegenwärtig mit den auswärtigen nicht aufnehmen können, weil unsere Gesetzgebung ihnen einen gewissen Vorrang einräumt. Durch das Salzgesetz hat der Großherzog bereits ein Opfer gebracht, das unerwartet war und deshalb muß man sich bei der

---

57. Gabinetto, Filza 67, Nr. 11, 12, 14—17.

Revision der Zollgesetzgebung in solchen Schenkungen mäßigen. Die Tarife der Städte müssen mit dem Generaltarif in Einklang gebracht werden; kein Vorschlag ist in dieser Hinsicht gemacht worden.

Gegenüber der Kritik der städtischen Tarife durch Mugnai operiert Gianni recht geschickt und geht auf den Kern der Frage ein, wenn er anfrägt, ob es die Absicht Leopolds sei von den Prinzipien zurückzutreten, nach denen die ganze Reform unternommen worden sei. Denn unter diesen, zählt er auf, ist auch dasjenige, daß zwischen der Hauptstadt und den Provinzen ein möglichstes Gleichgewicht hergestellt werde, daß die Torzölle die Konsumsteuern erheben, den Ertrag des Staatsschatzes erhöhen und bewirken sollten, daß die Städte, insbesondere die Hauptstadt, weniger begünstigt sind als die Landschaft.

Ein weiterer Auftrag betraf die Frage, ob die Stadtzölle eher die Manufakturen oder deren Rohstoffe treffen sollten. Auch hier trifft Gianni sofort den Kern der Sache; er weist den Vorwurf zurück, daß es sich bei dem Tarifentwurf um eine Verfolgung gewisser städtischer Industriezweige handle oder um die Absicht, die Arbeiter zu ruinieren und die Industrie zum Verlassen der Hauptstadt zu bringen, wie Mugnai ihm vorwarf. Verwundert meint er, daß er bei solchen Zumutungen den Eindruck bekommen habe, daß dieselben ihm auf Grund ganz anderer Maximen und Ueberlegungen gemacht worden seien, als nach denjenigen, nach denen der Aufbau des neuen Systems befohlen worden sei. „Alles kann geändert werden, nach einem bessern Plane zugeschnitten werden, wenn Se. Kgl. Hoheit es will; man braucht nur festzusetzen, daß die gegenüber den Provinzen bereits übergroße Hauptstadt sich noch weiter vergrößern soll und hat dann danach die Tarife zu ändern; aber dann muß man sich nicht begnügen mit Bemerkungen und Kritik, sondern muß diesem Grundsatz auch das jetzige Zoll- und Stadtzollsystem nach verschiedenen Richtungen hin anpassen.“ Ein Torzoll auf Manufakturen, nicht auf Rohstoffe zieht die Industrie wieder in die Städte und ein Zoll auf die



Rohstoffe bringt sie und die Arbeiter auf die Landschaft hinaus. „Nun mag, wer will, urteilen, ob nach diesen Gesichtspunkten die vorgeschlagenen Tarife absurd sind und jeder wird sehen, daß sie nicht auf Haß gegen eine Schicht von Personen oder gegen einen Industriezweig beruhen.“ Die Industrie der Hauptstadt und der Landschaft soll in der Konkurrenz gleich günstig gestellt sein; das wurde nicht erreicht durch den geltenden Tarif, gehört aber zu den Grundsätzen und Gesichtspunkten des Großherzogs. Gianni ist auch der Meinung, daß der Gedanke, die Bäcker durch einen hohen Mehl- und Holzzoll und Zollfreiheit der Broteinfuhr aus der Stadt zu verjagen, durchaus nicht absurd sei; obgleich die Gerberei nicht in eine große und bevölkerte Stadt wie Florenz gehöre, habe er nicht Gabellen vorgeschlagen, die sie mit Gewalt vertreiben würden, „sondern ich habe bloß danach getrachtet, derartige Fabriken einzuladen sich auf der Landschaft anzusiedeln und ihnen einen gewissen Vorrang zu nehmen, der meiner Meinung nach sich aus den geltenden Tarifen zugunsten der Gerberei von Florenz ergab.“ Gianni gibt ohne weiteres zu, daß wenn die Maxime die übermäßig große Kapitale müsse gegenüber den Provinzen benachteiligt werden, für unrichtig befunden werde, er mit seinen Tarifen Unrecht gehabt habe, daß kein Wort darüber zu verlieren sei, daß dann die Gerberei und andere Industriezweige in keinem Fall zurückgesetzt und die Tarifentwürfe entsprechend geändert werden müßten.

Gianni zeigt sich weiter nicht damit einverstanden, daß im Edikt vom 17. Juli 1788 einer Anzahl von Stoffen nur ein Zoll von Lire 1 auferlegt worden war; im Tarifentwurf Gavards vermißt er den Artikel „Weißware“ und bleibt bei seiner Forderung der Einteilung derselben in wenige Klassen. Seine Forderungen lauteten schließlich dahin, daß der Entwurf Gavards durch Festsetzung der Zölle auf Tabak, Getreide, Vieh, Weißwaren und durch ein Reglement für Weidevieh komplettiert würde, daß die Stadtzölle erst festgelegt werden sollten, nachdem der Generaltarif befriedigend ausgefallen sei, mit dem sie

übereinstimmen müßten. Wenn dann, betont Gianni, die Einfuhr von fremdem Getreide und Vieh nicht besteuert werden soll, so muß man auf jenes weitere Gedeihen der Agrikultur und des Handels verzichten, das man dadurch erzielen könnte, daß man unsern Produkten bei der Konkurrenz mit den auswärtigen einen Vorrang einräumt; gleichzeitig wird auch dieser Zollertrag ausfallen und die geplanten Freigebigkeiten, wie die Aufhebung der Ausfuhrzölle, können nicht kompensiert werden. Weiter verlangte er, daß die Sorten der Haartuche genau umgrenzt würden, falls man nicht gewillt sei für sie den gleichen Zoll einzuführen wie für die Wollstoffe. Das Tabaksmonopol sollte aufgehoben und etwas höhere Zollsätze auf die Einfuhr von Tabak gesetzt werden.

Gianni fand es für richtig, neben dieser allgemeinen Kritik der Tarifentwürfe und der gegen sie vorgebrachten Einwände, eine spezielle Denkschrift über seinen wichtigsten Programmpunkt einzureichen: über die Einfuhrzölle für Getreide und Vieh<sup>58</sup>. Hierin lag zweifellos die größte Differenz zwischen Gianni und seinen Gegnern und insbesondere Leopold selber. Der Getreidefreihandel war es ja vor allem gewesen, der dem Großherzog den Beifall der französischen Oekonomen eingetragen hatte; er hatte die Lage des toskanischen Bauernstandes gegenüber frühern Epochen gewaltig verbessert und galt den toskanischen Staatsmännern, Leopold insbesondere, als das Fundament der ganzen wirtschaftlichen Gesetzgebung. Daraus erklärt sich, wie der Großherzog die Forderung Giannis immer wieder zurückwies, gleichwie dieser getreu seinen schutzzöllnerischen Anschauungen immer wieder gegen dieses Prinzip Sturm lief. Und das Erstaunliche ist schließlich nur das, daß der einzelne Minister gegenüber so vielen Widersachern Sieger blieb.

In einem geschichtlichen Ueberblick lobte Gianni zunächst die Aufhebung der Annona, die eine gewaltige Förderung des toskanischen Ackerbaus und ein Wachsen des Getreideexportes

---

58. Gabinetto, Filza 67, Nr. 12.

zur Folge gehabt habe. Er betonte sodann, daß die bis 1771 erhobene Gabelle auf die Einfuhr dieselbe in engen Schranken gehalten habe, daß dann mit der Reform von 1781 auch noch die Kontrollregister in den Zollämtern weggefallen seien, gemäß der in einigen Büchern gefundenen Maxime, daß die Freiheit des Handels keiner Einschränkung und keiner Unterscheidung zwischen aktivem und passivem Handel unterworfen sein dürfe. Diesem Grundsatz, wirft Gianni den Gegnern vor, entspricht nicht einmal die derzeitige Zollgesetzgebung und der Tarif von 1781. Jedermann weiß, daß die Freiheit in Handelssachen durch Privatinteressen bestimmt sein muß, soweit sie den nationalen Reichtum fördern, daß diese Freiheit sogleich ihre Berechtigung verliert, wenn sie in den Dienst von Privatinteressen gestellt wird, die dem nationalen Gedeihen schaden. Es kommt also bei Beurteilung des Freihandels auf die realen Eigenschaften und nicht auf eine eingebildete Definition an. Freiheit im aktiven und passiven Handel kann nebeneinander nicht bestehen; sie widerstreben einander; während der eine den Reichtum der Nation fördert, bringt der andere ihre Verarmung hervor. Trotzdem muß jedes Land den auswärtigen Nationen einen gewissen Tribut bezahlen, um Waren zu erwerben, die ihm fehlen, insbesondere kleine von großen Staaten, da die Mode und der Geschmack so viele Bedürfnisse geschaffen haben. Darnach muß die Wirtschaftspolitik nur dahin orientiert sein möglichst den aktiven Handel zu fördern und den passiven zurückzuhalten.

Nach solchen Prinzipien, betont Gianni, war der Revisionsplan für das Zollwesen aufgebaut, der 1784 dem Großherzog überreicht wurde; kein siegreiches Argument ist in allen Diskussionen dagegen vorgebracht worden; sondern was vorgebracht wurde, war nur geeignet ohne den Grundsatz zu bekämpfen, seine Wirkungen zu vernichten. Insbesondere dem Einfuhrzoll auf fremdes Getreide und Vieh galt die Opposition; darüber gab ich die klarsten Antworten und hielt sie für über-

zeugend und da ich fast ein Jahr lang nichts mehr davon reden hörte, glaubte ich die Gegner überzeugt zu haben.

Der Senator rückte dann mit den Gründen hervor, die eine Besteuerung des ausländischen Getreide- und Viehimportes nötig machten. Toskana, meinte er, hatte zur Zeit der gebundenen Wirtschaftsordnung noch weite, nicht kultivierte Ländereien. Die darauf folgende freiheitliche Epoche hat den Ackerbau zu einer bedeutenden Blüte gebracht; nur der erhoffte Profit ermunterte die Bauern und Händler zu solchen Fortschritten. Es war also das Steigen der Getreidepreise in der Zeit des Freihandels, das den Handel und den Ackerbau förderte. „Daraus haben wir den Schluß zu ziehen, daß wenn man die Agrikultur ausdehnen will, wo das in Toskana möglich ist, und die Produktion vermehren will, man all das in Bewegung setzen muß, was zu Unternehmungen der Bauern und der Kapitalisten in der Landwirtschaft einlädt und diese Einladung kann nur dadurch wirksam sein, daß man die Preissteigerung fördert.“ „Die nützliche Preissteigerung hervorzubringen, darf nicht das Werk einer gewaltsamen Gesetzgebung sein, sondern, was die Regierung hier zur Förderung tun kann, reduziert sich darauf alle Hindernisse zu entfernen, die das Gesetz oder die Verwaltung der natürlichen Steigerung der Preise in den Weg legt; diese Wohltat ist für Toskana vollständig oder fast zustande gekommen; das genügt aber nicht, wenn die staatliche Ueberwachung nicht auch mithilft, dem Vorteil des Auslandes Hindernisse in den Weg zu legen, der dazu beitragen könnte die Preise im Lande vermittle der Konkurrenz herunterzudrücken.“ „Es wäre eine Art sträflichen Nichtstuns von seiten einer Regierung, die von der ihr zum Nutzen der nationalen Interessen anvertrauten Autorität und Tätigkeit keinen andern Gebrauch machen wollte als den Handel mit den Produkten der nationalen Arbeit und des nationalen Kapitals dem Zufall der Konkurrenz zu überlassen und es wäre dasselbe, wie wenn sie zu den Untertanen sagen wollte: Ich will euch nicht hindern einen Vorteil über die Ausländer davonzutragen, aber ich will den Ausländern auch kein Hinder-

nis in den Weg legen sich auf eure Kosten bereichern und die Ausdehnung eurer Produktion zu ihrem Vorteil beschränken zu können, bis sie euch des Gedeihens, das ihr genießt, beraubt haben und die größern Fortschritte, die ihr machen könntet, verhindern; daher verteidigt euch und werft den Feind auch in diesem wirtschaftlichen Krieg zurück und wißt, daß ich mit meiner Macht nicht euer Verbündeter für eure Interessen sein will und ich werde auch nicht euer Feind sein.“

In dieser Weise bestürmte der Senator Gianni den Großherzog die Einfuhr fremden Getreides und Viehs zu besteuern, nannte dieses Mittel das einzige, das für die Agrarprodukte einen höhern Preis erzielen könne, worauf der toskanische Bauer mehr Arbeit und Kapital aufwenden würde. Zwanzig Jahre der Erfahrung, argumentiert er, haben den Vorteil der Exportfreiheit erwiesen; aber seit der Aufhebung des Einfuhrzolles auf Getreide von 1771, wenn dies auch durch die unregelmäßigen Register nicht zu erweisen ist, ist der toskanische Getreideexport natürlicherweise zurückgegangen, der Import aber gestiegen; daher muß die Unvollkommenheit der toskanischen Gesetzgebung durch Einführung eines Importzolles korrigiert werden; damit muß einem Zustand der Abhängigkeit und freiwilligen Verzichts auf eine Vorrangstellung ein Ende gemacht werden. „Diese Maßnahme“, schloß Gianni zusammenfassend, „entspricht den Interessen Toskanas und jeder gute wirtschaftspolitische Grundsatz verlangt sie. Sie muß eine Steuer in der für den Staat vorteilhaftesten Form für den Staatsschatz erheben. Und sie muß unsere Landwirtschaft heben und alle weiteren Wohltaten hervorbringen.“

Gianni bemühte sich zum Schlusse noch nachzuweisen, daß die freie Getreide- und Viehausfuhr und das Verbot der Ausfuhr von Rohstoffen kein Widerspruch sei. Denn von diesem Ausfuhrverbot sei das Gedeihen der toskanischen Industrie abhängig und in diesem Fall sei es nur möglich entweder den Export der Manufakturen zu fördern oder aber dann nur die Agrikultur, unter Verzicht auf die Industrie. Indem nun die

Wahl auf das erste gefallen sei, könne man den agrarischen Produkten den größtmöglichen Absatz im Innern des Staates verschaffen, während man zugleich den Vorteil eines Handels mit fertigen Waren habe. Gianni meinte also, man könne auf diese Weise beide, Ackerbau und Industrie fördern. „Die Frage ist beantwortet, wenn man bedenkt, daß das Getreide kein Material ist, das unserer Industrie dient und es ist die Meinung, daß, wenn Toskana imstande wäre Korn als Brot und Teigwaren im Ausland abzusetzen, neben dem eigenen Konsum, daß eine gute Politik ein Ausfuhrverbot für Getreide verlangen würde als des Rohmaterials für eine nationale Industrie und die Ausfuhr solcher Manufakturen müßte gefördert werden“<sup>59</sup>.

Die warme, eindringliche Sprache seines Ministers verfehlte ihren Eindruck auf Leopold nicht; die Beschlüsse, die er schon vier Tage, nachdem Gianni seine Denkschrift eingereicht hatte, faßte, bedeuteten eine neue weitgehende Annäherung an den Standpunkt der Schutzzöllner. Auf der ganzen Linie billigte Leopold die Prinzipien Gianni für die Reform<sup>60</sup> und nur am Freihandel mit Getreide und Vieh hielt er fest. In bezug auf die städtischen Tarife wollte er, daß die Industrie der Landschaft ein wenig mehr begünstigt würde als die der Städte, ohne daß indessen letztere so belastet werden sollte, daß sie zur Auswanderung genötigt würde. In zwei Sitzungen, die der Großherzog am 26. Februar und 9. März mit Gianni und Pontenani abhielt, kamen dann noch die Maßregeln zur Sprache, die der

---

59. In seiner Kritik des Entwurfs für das Generaledikt fand Gianni, [daß die dort versprochene Förderung] von [Ackerbau und Industrie nicht durch entsprechend hohe Gabellen des Tarifentwurfs bestätigt werde. Es wurde dann ein zweiter Entwurf ausgearbeitet. Gabinetto, Filza 67, Nr. 14, Nr. 25.

60. Abschaffung der Ausfuhrzölle; Vereinfachung der äußeren Form des Tarifs; Begünstigung der Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie; Erschwerung des Imports von Fabrikaten; Verbot der Ausfuhr von Rohstoffen; Erleichterung des Transits usw. Gabinetto, Filza 67, Nr. 19.

Ausführung des ganzen Planes vorausgehen mußten: die endgültige Abfassung des Tarifentwurfs, das Zollgesetz, die Zollorganisation, die Besoldungsliste, die Instruktionen für die Beamten zur Ausführung der neuen Aufgaben; weiterhin zolltechnische Fragen, wobei Gianni und Pontenani die Antizipation einiger Neuerungen wie die Ersetzung der Netto- durch die Bruttoverzollung anrieten<sup>61</sup>. Enrico Gavard und Pistolesi wurden beauftragt diese Arbeit zu übernehmen und überhaupt die ganze Zollordnung bis in die Details vorzubereiten, eine Arbeit, die nicht gering war, zumal noch viele Zollämter gebaut werden mußten und manche Anordnungen fehlten; dann sollte die endgültige Billigung oder Ablehnung erfolgen. In einer Sitzung mit Gianni hat der Großherzog die Arbeit der beiden im April durchgesehen; sie entsprach seinen Anforderungen nicht, weshalb sie dieselbe wieder zurückerhielten, damit sie sie in gemeinsamen Sitzungen mit Gianni und Pontenani nach letzten ihnen gegebenen Weisungen vollendeten<sup>62</sup>. Dann erfahren wir nichts mehr darüber, wie sich weiterhin die Arbeit gestaltete.

Nur eine letzte Andeutung vom 17. September 1789 ist uns erhalten, die deutlich zeigt, daß Leopold nun ganz die Anschauungen seines Ministers sich zu eigen gemacht hatte<sup>63</sup>. In Bemerkungen über den Generaltarif erklärt er sich einverstanden mit einer hohen Gabelle auf Wollentuch- wie Weißwaren, die nach dem Gewicht erhoben werden sollte<sup>64</sup>; er erhöhte den Zoll auf seidene Schirme, Nadeln; für Porzellan setzte er ihn auf 50 Lire per 100 Pfund an, während im ersten Entwurf nur 20 Lire vorgesehen waren. Und was das wichtigste war: Leo-

---

61. Gabinetto, Filza 67, Nr. 21. Ferner am Schluß dieser Filza ein nicht numerierter Bericht.

62. Ebd.

63. Gabinetto, Filza 67, Nr. 29.

64. Gabinetto, Filza 67, Nr. 22. Gianni hatte am 9. März 1789 noch eine Denkschrift eingereicht, worin er eine derartige Besteuerung vertrat.

pold zeigte sich einverstanden mit einem Zoll auf Vieh<sup>65</sup>. Von einem Getreidezoll ist allerdings keine Rede; es ist daher nicht zu entscheiden, ob Leopold in diesem letzten wichtigen Punkt nachgegeben hat. Fast scheint es aber so<sup>66</sup>. Denn auch in den Entwürfen zu den städtischen Tarifen finden wir ein weiteres Eingehen auf Giannis Ansichten. Da wird insbesondere ein Zoll auf Getreide vorgesehen, gleichzeitig aber auch im allgemeinen die Besteuerung der Rohstoffe für die städtische Industrie abgelehnt.

Das ist die letzte Nachricht über diese interessanten zollpolitischen Pläne Gianni-Leopolds; immer mehr wurde die Aufmerksamkeit des Großherzogs auf die auswärtigen, Wiener Angelegenheiten abgelenkt; im März 1790 hat er sein Land Toskana verlassen, ohne daß die neue Zollordnung — abgesehen von den oben angeführten Verordnungen — irgendwie in Kraft getreten wäre. Möglich, daß ihre Ausführung, wie schon früher auf Beginn des Jahres 1789, so jetzt für 1790 geplant war; aber Leopold mußte sich sagen, daß er unter den damaligen Umständen diese fundamentale Wendung seiner Zoll- und Wirtschaftspolitik nicht ohne Einsetzung seiner ganzen Kraft durchführen konnte; so überließ er denn die Ausführung seinem Nachfolger. Die obige Darstellung läßt aber keinen Zweifel, daß es ihm mit dem neuen Kurs vollkommen ernst war; der günstige Bericht des Generaldirektors Gavard vom 24. März 1789 über den Erfolg des Hochschutzzolles auf Wollentuche konnte ihn hierin nur bestärken<sup>67</sup>. Wohl regte sich die Opposition gegen die neue Richtung; die freihändlerisch gesinnten

---

65. Es heißt da: Bestiame: L'articolo della gabella è poca cosa, ma va veduto, se non impedirà la contrattazione al confine.

66. Ein genügender Gegenbeweis ist die Tatsache wohl nicht, daß Leopold in seinen Instruktionen an den Regentschaftsrat jede Neuerung oder Aenderung im Getreidefreihandel verbot. Er wollte eben nicht, daß eine so wichtige Maßnahme ohne sein Zutun vorgenommen werde.

67. Gabinetto, Filza 67, Nr. 24. Er klagt nur über den hohen Preis von Wolle und Oel.



Staatsmänner wie Serristori, hatten sich aus den Kommissionsitzungen zurückgezogen, da sie gegen den Einfluß Giannis nicht aufzukommen vermochten; ihre Opposition schwieg aber deshalb nicht; und aus dem Publikum, das über die Revisionspläne bis ins Einzelne orientiert war, kamen bald anonyme, bald mit Unterschrift versehene Petitionen, die die Beibehaltung der alten Tarife wünschten<sup>68</sup>. Und den Haß des Volkes von Florenz wegen seiner städtefeindlichen Politik mußte Gianni beinahe an seinem eigenen Leibe erfahren, als nach der Abreise Leopolds die Reaktion hereinbrach und — wie es bei solchen zu gehen pflegt — maß- und ziellos bis zur Restituierung der alten, längst verschwundenen Annona zurückgriff. Das war die Antwort der Florentiner auf die Dekapitalisierung ihrer Stadt durch Leopold und die noch feindseligere Politik Giannis. In der Tat wie Gianni sagte: nicht seine Mitarbeit an der Aufhebung des Annonarsystems ist es gewesen, die Florenz gegen ihn aufbrachte, sondern es war, was er uns verschwie, diese seine Haltung in der Ausarbeitung der Stadttarife<sup>69</sup>.

---

68. Gabinetto, Filza 67, Nr. 26, Nr. 27, Nr. 20. Der französische Gesandte hatte bereits im Herbst 1786 Kunde davon, daß ein neuer Tarif ausgearbeitet werde. A. A. E., Bd. 142 B, S. 142. Brief vom 10. Nov. 1786, S. 143 ff. Genaueres bereits am 24. Nov. 1786, S. 248. Der Generaldirektor Gavard teilte dem Gesandten im Geheimen alles mit. Bd. 143 A, S. 229. Bd. 144 A, S. 81. Brief vom 29. Mai 1789: Le travail pour établir les douanes aux frontières avait coûté des sommes assez considérables en batiments. Als es zur Unterschrift Leopolds kam, il a fait dire de tout laisser sur l'ancien pied, da es Wichtigeres gebe.

69. Der von Tavanti und Gianni unter Leopolds Leitung durchgeführten Dekapitalisierung von Florenz hat auch der aus ihrer Schule hervorgegangene Fossombroni beigestimmt. Siehe bei Fabbroni (Raccolta degli economisti toscani, Bd. I, 2, S. 246) Lettera di un professore della Università di Pavia al compilatore, 1804: Può una nazione esser povera ed esser ricca la città capitale di essa, ma essendo ricca la nazione, la città capitale non può esser povera; dunque quando un provvedimento pubblico favorisce la prosperità della capitale non è sicuro che favorisca la prosperità della nazione;

Der neue Tarif vom 18. Oktober 1791, der unter Leopolds Nachfolger, Ferdinand III. erlassen wurde und einen verstärkten Schutz für die toskanische Industrie brachte, hat fast nichts zu tun mit dem hier besprochenen Programm Giannis und Leopolds und fand auch Gianni in einer allerdings erfolglosen Opposition<sup>70</sup>. Damit ist also sein interessanter Plan Projekt geblieben, bleibt aber nichtsdestoweniger wichtig als Zeugnis für die Strömungen, die auf den physiokratischen Zolltarif von 1781 folgten.

---

ma quando il provvedimento tende ad avvantaggiare la nazione intera, influisce sicuramente alla floridezza della città capitale. Le voci e gl'interessi della capitale sono per lo più in collisione con quello della nazione, dunque tendendo a soddisfare la capitale può essa mantenersi florida a scapito della nazione ed essere il ramo meno arido di un gran albero che si secca; ma cedendo agli interessi della nazione la città capitale diventa il ramo più vigoroso e florido di un gran albero che tutto vegeta. Siehe auch S. 244 seine bemerkenswerte Auffassung vom Werden der hauptstädtischen Vormachtstellung.

70. Siehe Raccolta degli economisti toscani. Scritti di Pubblica Economia etc. Hrsg. von A. Morena. Bd. I. S. LIV. Auch die städtischen Tarife von 1791 sind nicht nach dem Plane Giannis ausgefallen.

---

## Fünftes Kapitel.

### Die Reform der Grundbesteuerung und die Auflösung der Staatsschuld.

Sahen wir bereits bei der Betrachtung der Reformen im Zollwesen deutlich die wirtschaftlichen und steuerpolitischen Theorien der Aufklärungszeit sich abfärben, so werden wir schon zum voraus auch bei der Grundsteuerreform annehmen können, daß gleichartige Strömungen Einfluß bei Leopold und seinen Ratgebern gewonnen haben. Ja, man wird sogar geneigt sein, hier eine noch schärfere und klarere Ausprägung der physiokratischen Anschauung wie der ihrer Gegner zu suchen. Ist doch neben der Freihandelslehre Quesnays und seiner Schule keine einzige ihrer Lehren so energisch betont und ebenso energisch bekämpft worden wie die Theorie des *Impôt unique et direct*, die konsequent der Auffassung vom *Produit net* die gesamte, damals so mannigfach gegliederte Steuerlast dem einzig produktiven Ackerbau auferlegen wollte, und für ein nicht allzu scharf zusehendes und zergliederndes Auge mußte gerade diese so selbstverständliche und dem nach einfachen Größen suchenden Verstande plausible Steuertheorie zugänglich sein.

Konnte so die physiokratische Wirtschafts- und Steuerfassung allgemein und insbesondere in Toskana sicher sein die Aufmerksamkeit und häufig die Sympathie der Oekonomen wie der Regenten hervorzurufen, so enthielt sie außerdem mehrere Elemente, die diesen Eindruck nur verstärken konnten. Insbesondere die Forderung, daß die Steuern ohne Privileg von jedem proportional dem Reinertrag seines Grundbesitzes be-

zahlt werden müßten, konnte sicher sein begeisternde Zustimmung, bei den privilegierten Klassen aber auch hartnäckigen Widerstand zu finden; war sie zwar einfach der Ausdruck der naturrechtlichen Gesellschafts- und Staatsauffassung, so mußte ihre Wirkung in diesem Zusammenhang und in dieser Beleuchtung vorgetragen, eine durchschlagende sein.

Tatsächlich gab es in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts keinen kontinentalen Staat, der in jeder Beziehung ein so geeignetes Feld bildete, um die damals vorherrschenden Steuertheorien in Praxis umzusetzen als Toskana. Wir wissen bereits, daß an der Spitze der damaligen Verwaltung zwei durchaus physiokratisch gesinnte Männer standen, Neri und Tavanti, von denen der letztere der herrschenden Lehre bis in die äußersten Konsequenzen zu folgen entschlossen war; Neri aber brachte von seiner Mitarbeit an der großen mailändischen Grundsteuerreform eine reiche Erfahrung mit. Und der junge, unerfahrene Mann, der 1765 die Staatsleitung ergriff, befand sich unter dem Einfluß dieser hervorragenden Minister auch sehr bald im gleichen Fahrwasser. Damals war auch das Ansehen Quesnays und seiner Schule trotz mancher Angriffe in raschem Steigen begriffen und erlangte 1774 mit der Berufung Turgots zum Minister gleichsam die staatliche Anerkennung. Die Energie, mit der Leopold in seinen Reformen, besonders des Annonarsystems, allen Widerständen zum Trotz durchgriff, ließ erwarten, daß er auch in der Grundsteuerreform eine den Ansichten der Physiokraten entsprechende Gestaltung durchführen werde, daß er vor allem der Lösung des Problems der einen direkten Steuer näher treten werde. Auf jeden Fall ließ die Anschauungsweise des ehrgeizigen Fürsten wie der toskanischen Staatsmänner ohne weiteres vermuten, daß das damalige toskanische Grundsteuerwesen ihren Reformeifer wachrufen mußte. Im ersten Kapitel wurde dasselbe ja in seiner Irrationalität und erdrückenden Wirkung auf das toskanische Kolonat dargestellt; es wurde dort gezeigt, daß das Fehlen eines einheitlichen Katasters, dann die heillose Verwirrung in den zweihundert und

mehr Jahre alten Grundbüchern und Schätzungen Grundübel und schwere Hindernisse einer Regeneration der toskanischen Agrikultur waren; daß die wechselnde, häufig plötzlich empor-schnellende Quote der mannigfachen Auflagen im Verein mit einer meist vexatorischen, mitunter aber auch lax gehandhabten Erhebungsweise die Steuerungsrechte eigentlich zum Ausdruck brachten. Für rationalistisch geschulte Männer wie Leopold und seine Minister mußte ein solches System von Anormalitäten, widersprechenden und widersinnigen Bestimmungen ein Unding, ein Greuel sein; der verstandesstolze, nach einfachen und einheitlichen Gesichtspunkten orientierte Mensch der Aufklärung konnte aus einer derartigen Sachlage nur die Aufforderung heraushören, an Stelle des Irrationalen ein aus ewigen und unveränderlichen Gesetzen des Verstandes geschöpft System der einheitlichen und gleichen Besteuerung zu setzen.

Und es lag für Toskana eine wichtige, sagen wir die wichtigste Voraussetzung vor, die einem kühnen Reformen, wie Leopold es war, vollen Erfolg verhieß. Kein Widerstand eines privilegierten Adels oder einer immunen Geistlichkeit war zu fürchten, der so mancherorts das Massengrab von Reformplänen geworden ist, zweifellos der wichtigste Widerstand, den ein nach den reformerischen Anschauungen des 18. Jahrhunderts orientierte Regierung finden konnte. Es ist ja oben nachdrücklich darauf verwiesen worden, daß der Adel in relativ früher Zeit in der durchgreifendsten Weise seine steuerpolitische Sonderstellung verlor, daß der Klerus seine Immunität länger zu behaupten wußte, dieselbe aber schließlich doch bis auf wenige Reste, größtenteils auf Grund päpstlicher Erlasse, eingebüßt hatte. Was noch übrig geblieben war, war, wie wir oben sahen, durch die energisch antiklerikale Politik eines Richécourt und Botta Adorno zurückgewonnen worden, so daß in rechtlicher Hinsicht die Geistlichkeit zu Anfang der

leopoldinischen Aera den Laien im ganzen gleichgestellt war, wenn auch faktisch dank Katasterfehlern usw. diese Gleichstellung keine vollkommene war. Damit resultierte also für den Reformen der gewaltige Vorteil, nicht zuerst genötigt zu sein seine meist ungenügende Kraft an diesem Hindernis zu erproben, sondern er war imstande, dieselbe sogleich und ungeteilt der eigentlichen Reform zuzuwenden.

Lagen so für eine Neugestaltung der toskanischen Grundsteuerverhältnisse ausnahmsweise günstige Bedingungen vor, so trat weiter dazu noch die förderliche Tatsache, daß eben in der Zeit, da Leopold die Regierung des Großherzogtums antrat, ein Werk erschien, das auf Grund historischen und archivalischen Materials die Geschichte der wichtigsten Grundsteuer, der Decima zu schildern unternahm. Mag Pagnini — denn er ist natürlich gemeint — seine vielzitierte Arbeit aus eigenem Antrieb oder, wie mir als sehr wahrscheinlich erscheint, auf Anregung Neris oder noch eher Tavantis geschrieben haben, jedenfalls erschien sie gleichsam als Programm für eine Grundsteuerreform in Toskana. Der Verfasser, der im toskanischen Staatsdienst stand und der bereits mit Tavanti zusammen ein Werk Lockes ins Italienische übertragen hatte, zeigte eine anerkennenswerte, aber unkritische Kenntnis der zeitgenössischen englischen und französischen, wirtschafts- und steuerpolitischen Literatur, insbesondere Humes und Mirabeaus. Die Tendenz seines Werkes ist unverkennbar, wenn der Autor auch scheinbar Vorbehalte macht. Die Darstellung der Entwicklung der direkten Steuern im florentinischen Staate, vom Estimo zum Catasto und zur Decima gibt ihm Gelegenheit zu den Steuertheorien der Zeit Stellung zu nehmen. Die florentinische Schatzung kritisiert er als nach zwei Richtungen hin mangelhaft: einmal weil dieselbe willkürlich und ungleichmäßig die Lasten verteilte, sodann weil sie nicht nur den Grundbesitz, sondern auch das mobile Kapital zu besteuern suchte. Der Catasto erscheint ihm als Fortschritt, insofern er eine den Kräften der Steuerzahler proportionale Abgabe war, gleichzeitig findet er aber Pagninis ent-

schiedene Mißbilligung, weil er die Industrie belastete. Als Höhepunkt dieser Entwicklung betrachtet der Verfasser das System der Decima, die er für die ausgezeichnetste und richtigste Belastung erklärt, insofern sie eine gerechte Verteilung der Staatslasten angebahnt, zugleich aber nur die Quelle des Reichtums, den Grundbesitz, nicht aber die Industrie getroffen habe. Als entschiedener Physiokrat also entpuppt sich hier wie übrigens auch noch an andern Stellen der Freund Tavantis, wenn er es auch ablehnt, eine eigene Meinung zu äußern in der vielumstrittenen Frage, ob alle Steuern auf den Grundbesitz umgelegt werden sollten oder ob eine Verteilung auf verschiedene Steuerobjekte stattfinden sollte. Geht so die Haupttendenz des Pagninischen Werkes dahin zu zeigen, daß die Grundsteuer der Decima an und für sich in bezug auf Exaktheit und Methode der Aufnahme die beste, infolgedessen die gerechteste und proportionalste Besteuerung darstelle, so war dann ein weiterer großer Teil dem Nachweis gewidmet, daß die heillose Verwirrung, die im 18. Jahrhundert in der Grundbesteuerung des Contado herrschte und die gewaltigen Ungerechtigkeiten unabhängig von der Natur der Decima entstanden seien, weil man die vorgesehene regelmäßige Neuaufnahme des Grundbesitzes nicht vorgenommen habe. „Mit aller Offenheit muß eingestanden werden, daß sie (die Decima) nicht immer dieses schöne Lob verdienen konnte, weil sie leicht jene Gleichheit und Einfachheit, die ihr größtes Lob bildeten, verlieren und sehr kompliziert und kostspielig werden konnte, sobald sie über die bestimmte Zeit hinaus in Kraft blieb. Wenn man nicht von Zeit zu Zeit die Grundlagen jenes Gebäudes erneuert, das man für eine bestimmte Zahl von Jahren errichtet hat, und nicht die Last steigert oder vermindert, wo das nötig ist, so ist es nicht anders möglich, als daß, obwohl sie anfänglich gut gebaut und geordnet waren, einzelne Teile, die immer mit derselben Last beschwert waren, auseinanderfallen und daß andere erdrückt werden, wobei sie das ganze Gebäude zum Einsturz bringen. Der gleichen Gefahr war unser System ausgesetzt.“ Zweck und

Tendenz von Pagninis berühmter „Decima“ sind also klar: Indem der Autor kurz Estimo und Catasto skizzierte, dann die Decima in ihrer ursprünglichen Form klar hervortreten ließ, um dann die späteren Abweichungen und Unregelmäßigkeiten, die Verwandlung der einst gerechten und besten Steuer in ein Chaos von Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu schildern, wofür er insbesondere die Außerachtlassung der vorgesehenen Neukatastrierungen verantwortlich machte, durch all das wies Pagnini den künftigen Reformen zunächst auf die Notwendigkeit eines neuen Katasters hin, der die kolossalen Steuerungerechtigkeiten beseitigen sollte; gleichzeitig suchte er ihm aber auch zu suggerieren, daß das System der Decima das beste sei, weil es den Steuerregeln entspreche, die für eine wohlgeordnete Grundsteuer von Mirabeau aufgestellt worden seien: jeder muß zu den Staatsbedürfnissen beitragen; er muß in derselben Gleichheit wie die andern und nur nach seinen Kräften steuern; die Steuer darf nur den produktiven Grundbesitz, nicht aber Industrie und Handel treffen; die Erhebung muß ohne große Kosten für die Steuerzahler erfolgen; die Steuer muß gemäß den Kräften der Steuersubjekte wachsen oder sich vermindern. Wenn Pagnini auch nicht direkt dafür eintritt, daß die eine direkte Steuer der Physiokraten die richtigste sei, so ist doch sein ganzes Buch daraufhin orientiert, dies zum Ausdruck zu bringen.

Die „Decima“ orientierte auch darüber, daß Steuerprivilegien in Toskana nur in verschwindendem Maße vorhanden waren, daß insbesondere die Geistlichkeit auf Grund päpstlicher Erlasse von 1516 und 1564, aber auch auf Grund toscanischer Gesetze im großen und ganzen derselben Besteuerung unterworfen war wie die Laien. Der Autor vergaß aber auch nicht ausdrücklich zu betonen, daß infolge eines Katasterfehlers, der 1525 begangen worden sei, ein nicht unbeträchtlicher Teil des Kirchengutes nicht die gehörige Steuerquote bezahlte, und deshalb eine Korrektur recht vorteilhaft sein würde. Wenn auch Pagnini es vorsichtig andern überläßt zu entscheiden, ob und wie diese Korrektur vorgenommen werden sollte, so läßt seine



Darstellung keinen Zweifel, daß er jeglichen Privilegien abhold war. Schon seine ganze Auffassung vom Charakter der Grundsteuer mußte ihn dazu führen; deutlich zeigen sich hierbei die Einflüsse transalpiner, auf feudaler Grundlage erwachsener Jurisprudenz. „Aller Grundbesitz“, meint er, „gehörte einstmals völlig dem Staat und dem Souverän, der den obersten Besitz, das *dominio eminente* hatte und noch hat. Vor ihm erhielten die Privaten den Besitztitel, den sie haben und von ihm anerkennen sie gegenwärtig ihn zu haben, während er ihn für sie verteidigt, ihnen denselben erhält. Diese Verteidigung und Erhaltung verlangte verschiedene Ausgaben, denen er nicht hätte genügen können, weil er keine andern Einnahmen dazu besaß. Daher konnte er sich nicht seiner Herrschaft über den Grundbesitz dermaßen entäußern, daß er nicht einmal mehr die nötigen Mittel zu diesem für alle nützlichen Zwecke gehabt hätte. Indem er also den Grundbesitz den Privaten zuwies, mußte sich der Souverän den Teil vorbehalten, den er für diesen Zweck für genügend hielt. Er übergab wohl auch diesen den Privaten, aber unter der Bedingung, daß sie ihm den jährlichen Ertrag derselben in Geld oder in natura bezahlten. Der Ertrag der Grundbesitzungen gehört also zwei Besitzern, dem Souverän und den Privaten, die sie besitzen.“ So kommt Pagnini zu dem Ergebnis, daß nicht der aktuelle Grundbesitzer die gewöhnlichen Steuern bezahle, vielmehr der ihm übergebene Teil des Bodens, der dem Souverän gehöre; nach seiner Auffassung war also die Grundsteuer eine Art in den Gütern konsolidierter Grundzins.

Pagninis „Decima“ ist nicht bloß eine rein literarische Leistung; sie war das Programm der toskanischen Physiokraten und ist ihre Hauptleistung auf dem Gebiet der Steuerlehre geblieben; sie war zweifellos nicht bloß ein theoretisches Uebungsstück, sondern gewissermaßen ein Versuch Regierung und Öffentlichkeit für die Anschauungen der neuen Lehre zu gewinnen, der übrigens keineswegs vereinzelt dasteht, sondern in den folgenden Jahren stellte sich eine Reihe von Kundgebungen

an seine Seite<sup>1</sup>. Mochten nun die Zeitgenossen und, worauf es am meisten ankam, die regierenden Kreise diese physiokratische Tendenz des zu Ansehen gelangenden Werkes billigen oder ablehnen, unstreitig war die wichtige Tatsache, daß eben in dem Moment, in dem ein reformfreundlicher Fürst zur Regierung kam, die vollständige Untauglichkeit der damaligen Grundbesteuerung, ihre Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, und die Notwendigkeit einer Reform öffentlich zur Sprache kamen.

Aber neben so vielen einer Reform günstigen Momenten, wie wir gesehen haben, gab es nun doch eines, das derselben äußerst hinderlich werden mußte, ja das schließlich dieselbe vereitelt hat. Es war das die fatale Verquickung der toskanischen Grundsteuerreform mit dem Problem der einen direkten Steuer, die bereits in Pagninis Werk unverkennbar ist. Bekanntlich ist es eines der größten Verdienste der Physiokratie gewesen, daß sie den lange mißachteten Bauernstand wieder zu Ehren gebracht hat. Wir wissen auch bereits, daß durch den agrarfreundlichen Peter Leopold ein radikaler Bruch mit der toskanischen Vergangenheit eintrat in der Richtung, daß der Anachronismus eines toskanischen Industriestaates einer energisch bauernfreundlichen Politik erlag. Gerade hier aber mußte nun ein verhängnisvolles Dilemma für den praktischen Reformen entstehen. Das System der Physiokraten als durchaus theoretisches und durch Deduktion gewonnenes Produkt einer in den Anfängen steckenden Wissenschaft vom Wirtschaftsleben, verlangte die Ersetzung sämtlicher Steuern und Abgaben durch die eine direkte Steuer auf das Produkt net der Grundbesitzer, weil der Boden, die einzige Reichtumsquelle, auch allein die Abgaben an den

1. Siehe *Opuscoli interessanti l'umanità e il pubblico e privato bene delle popolazioni e provincie agrarie* (Firenze 1773). Inhaltsangabe bei Ricca-Salerno: *Storia delle dottrine finanziarie in Italia*. Palermo 1896. 2. Aufl. S. 298 f. Auch Paolotti zeigt, wenn auch gemäßigte, physiokratische Anschauungen. Vgl. auch A. Morena: *Le Riforme e le dottrine economiche in Toscana in: Rassegna Nazionale*, Bd. 29, S. 302 ff.

Staat zu bezahlen habe, um so mehr als jede einer andern Klasse auferlegte Steuer schließlich doch nur wieder auf die Grundbesitzerklasse abgewälzt werde. Die Umsetzung dieser theoretisch so verlockend klingenden Forderung in die Praxis aber mußte jeden ernstesten Reformen — und ein solcher war Leopold durchaus — vor die schwerwiegende Frage stellen, ob dadurch vielleicht doch nicht der mit allen Mitteln geförderte Bauernstand eine erdrückende Belastung erfahren würde, unter der er zusammenbrach, daß man dadurch genau das Gegenteil von dem erreichen würde, was man erstrebte. Angesichts eines so folgenschweren Entscheides mußte sich selbst der Schritt eines so physiokratisch gesinnten und energisch reformfreundlichen Mannes wie Leopold verlangsamen, selbst wenn er die Durchführung für möglich gehalten hätte. Und es verstand sich, daß in diesem Punkte vor allem die Opposition der Gegner der Physiokratie, daß hier vor allem ihr größter Feind Gianni einsetzen würde, um das Projekt zu Fall zu bringen. Und es war außerdem zu befürchten, daß in der Angst, die eine direkte Steuer möchte doch noch kommen, diese Opposition über ihr Ziel hinausschießen und sich zugleich gegen jede allgemeine Katastrierung des Grundbesitzes wenden würde, so daß durch diese verderbliche Vermengung des Problems der einen direkten Steuer mit der Grundsteuerreform im allgemeinen auch letztere zu Fall kommen würde. In der Tat ist das Tatsache geworden, als nach dem Dahinscheiden Neris und Tavantis ihr Antipode Gianni in den Mittelpunkt der Reformarbeit trat.

Doch wenden wir uns nach diesem Vorausblick dem Reformwerk in seiner Entwicklung im einzelnen und in den einzelnen Phasen zu. Leider ist auch hier wie für die Zollpolitik das vorhandene archivalische Material lückenhaft gewesen, fehlte großenteils für die erste Periode bis 1781; die gedruckten Erlasse bilden eine nur notdürftige Ergänzung dafür. Insbesondere wäre es zu begrüßen, wenn das archivalische Material für die Ausarbeitung der bekannten leopoldinischen Gemeindeverfassung sich noch finden ließe.

Die Hauptarbeit Leopolds im ersten Jahrzehnt seiner Regierung ist unverkennbar der Annonar- und Zollreform gewidmet gewesen. Indessen tritt schon bald nach seiner Thronbesteigung deutlich der Einfluß der Physiokratie im Problem der Grundbesteuerung in die Erscheinung. Nicht etwa in dem Sinne, daß der Großherzog die Grundsteuern vermindert oder doch wenigstens keine neuen eingeführt hätte, wie bisher geglaubt wurde. Im Gegenteil hat er eine neue nicht unbeträchtliche Grundsteuer eingeführt und eine außerordentliche mehrfach erneuert. Aber die allseitige Forderung, daß das mit Steuern überlastete Kolonat entlastet werden müsse und die physiokratische Anschauung, daß die Grundrente das geeignetste Steuerobjekt sei, fand bald ihren legislatorischen Ausdruck. Allerdings blieb zunächst auch das Kolonat weiterhin nicht unwesentlich mehrbelastet; als durch Edikt vom 17. Juni 1767 die in den Jahren 1751 und 1765 außerordentlich erhobene Steuer weiter erhoben und mehrfach erneuert wurde. Wie wir oben bereits gesehen haben, waren die Auflagen von 1751 und 1765 nach den unter Cosimo III. aufgestellten Steuerbüchern (Dazzaioli) gemacht und dem Kolonen für die Hälfte der Steuer der Regreß auf den Padrone gestattet worden. Dieses System behielt die neue Regierung bei, als sie diese Steuer noch mehrmals umlegte; sie suchte nur zum Unterschied von den bisherigen Umlagen die bisher hinterzogenen Güter und insbesondere auch bisher nicht besteuerte Besitzungen des Padrone heranzuziehen wie auch alle Privilegien aufzuheben. Zugleich wurde dafür gesorgt, daß eine dem Wert der Grundstücke angemessene Einschätzung, eine Verminderung bzw. Erhöhung der früheren Sätze ermöglicht wurde, die alten Dazzaioli in diesem Sinne reformiert wurden; dabei wurden auch die bisher steuerfreien Erträge bis zu 30 Scudi der Steuer unterworfen.

Während also auf diese Weise die Not der ersten Jahre auch die stärkere Belastung der Kolonen bis zur Gemeindereform bedingte, traten in zwei weiteren Erlassen die Anzeichen eines neuen Kurses deutlich in die Erscheinung. Die Instruktion vom

16. April 1767 betonte ausdrücklich, daß die auf den Grundbesitz umgelegten Steuern für Wegebauten und die diesbezüglichen Schulden nur auf die Grundbesitzer, nicht auf die Kolonen zur Umlage kommen sollten. Eine Neuerung, deren Wichtigkeit man nicht unterschätzen wird, wenn man erfährt, daß diese Art Steuer immer zu den drückendsten gehörte. Die neue bauernfreundliche und zugleich physiokratische Anschauungsweise der Regierung fand weiter ihren deutlichen und nicht mißzuverstehenden Ausdruck, als für den 1767 begonnenen Bau der von Pistoia über die Montagna ins Modenensische geführte Straße die Kosten in einer außerordentlichen Grundsteuer zur Umlage kamen. Die Größe des Unternehmens gestattete nicht, daß man allein den anstoßenden Gemeinden die Kosten aufbürdete; daher wurde durch Erlaß vom 28. August 1767 der gesamte Grundbesitz, aber auch die Staatsrente — unter Aufhebung aller Privilegien — einer 3%igen Abgabe unterworfen, aber ausdrücklich wurden die Kolonen davon befreit. Zwar war sie eine außerordentliche, für zwei Jahre bestimmte Steuer; aber es scheint von Anfang an beschlossen gewesen zu sein sie regelmäßig zu erneuern, was denn auch zum großen Aerger der Florentiner auch noch geschah, als der Bau der Pistoieser Straße längst zum Abschluß gebracht war<sup>2</sup>. Ihr Ertrag war Scudi 51955.5.12.4<sup>3</sup>.

Mit diesen Bestimmungen wurde energisch der Weg beschritten, der in den seit 1774 erlassenen Gemeindeordnungen seinen Abschluß fand. Leider sind wir nicht unterrichtet über die Strömungen, die in jener Zeit an die Regierung herantraten. Doch kann kein Zweifel sein, daß Neri und insbesondere derjenige, der sich am meisten der Physiokratie verschrieben hatte,

---

2. A. A. E., Bd. 141A, S. 236 f.

3. Gabinetto, Filza 83, Nr. 5. Für welches Jahr ist nicht angegeben; wahrscheinlich für 1778.

Tavanti, von allem Anfang an dafür eintraten, daß ein allgemeiner neuer Kataster an Stelle der unregelmäßigen und ungerichteten Basis der Grundbesteuerung treten sollte, der einheitlich und nach einheitlichen Gesichtspunkten den gesamten toskanischen Grundbesitz nach den neuesten Methoden der Katasteraufnahme verzeichnen sollte. Wie Gianni sich damals zu dieser Forderung stellte, ist unbekannt; zweifellos war seine Haltung ablehnend. Eher einverstanden konnte er mit einem andern Postulat der physiokratischen Staatsmänner sein, mit der Entlastung des Kolonats von sämtlichen Grundsteuern und mit der Aufbürdung derselben auf den Padrone. In der Ansicht, diese bisher so gewaltig gedrückte Bevölkerungsschicht müsse in jeder Weise gefördert werden, stimmten die Physiokraten mit ihren Gegnern überein; daher ist denn auch dieses Postulat, wie wir gleich sehen werden, praktisch geworden. Wie weit dann damals die dritte und schwierigste Frage diskutiert wurde, ob und wie weit die übrigen Steuern durch die einzige Grundsteuer ersetzt werden sollten und damit der ganzen Reform die Krone aufgesetzt werden sollte, entzieht sich unserer Kenntnis. Der radikalste war in dieser Frage wiederum Tavanti; von ihm ist uns wenigstens von einer Seite bezeugt, daß er für die eine direkte Steuer eintrat<sup>4</sup>. Sein bester Helfer Pagnini hat nie klipp und klar herausgesagt, daß dies ihr Endziel sei; seine wie auch der andern physiokratisch gesinnten Staatsmänner, Serristoris und Schmidveillers Ansicht ging zunächst dahin, wenigstens

---

4. A. A. E., Bd. 138A, S. 26. Brief vom 21. März 1777. Danach scheint Tavanti Leopold geraten zu haben, die inneren Zölle aufzuheben et de rejeter la charge de leur produit sur les terres. Siehe ferner Bd. 141B, S. 11 ff., Brief vom 11. Febr. 1785. Feu M. Tavanti avait mis en avant l'opinion de ne connaître qu'un seul impôt sur les terres et biens fonds et d'y gagner simplicité de comptabilité en réformant tous les bureaux. Cette opinion aurait prévalu sans les oppositions du Conseiller Gianni. Tavanti behauptete, daß in Frankreich ein solcher Versuch gemacht worden sei. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Gesandten verneinte der französische Minister Seite 33 f.

eine Anzahl von Steuern, besonders die Kontraktsteuer durch eine entsprechende Erhöhung der Grundsteuer zu ersetzen. Von Neri's Anschauungen wissen wir gar nichts.

Die hier kurz skizzierten drei Probleme und Fragen waren es, die bei der Reform der damaligen Grundbesteuerung mit- oder nacheinander zur Sprache kommen mußten und gekommen sind. Oben sahen wir, daß die Forderung, daß die Grundsteuer nur auf den *Padrone* umgelegt werden solle, bereits in einigen vorläufigen Bestimmungen ihren Niederschlag fand. Aber auch die Katasterfrage kam bald nach Leopolds Regierungsantritt in Fluß, ja dies war bereits unter der Regentschaft noch geschehen, indem 1763 eine Kommission zur *Refezione degli estimi* eingesetzt worden war und sogar seit 1758 stand fest, daß die bisherige Besteuerungsweise nicht weiter festgehalten werden könne<sup>5</sup>. Wie es die Gewohnheit Leopolds war, ließ er sich zuerst von mehreren Seiten über die verschiedenen Auffassungen des Problems und die Reformvorschläge orientieren. Diesem Umstande verdanken wir mehrere Denkschriften aus den Jahren 1769 und 1770, deren Verfasser Pagnini, der Senator G. B. C. Nelli und der Graf Montauti waren, alles in dieser Materie beschäftigte und erfahrene Männer. Ihre sowie eine Reihe anderer Berichte<sup>6</sup> waren nun allerdings geeignet, Leopold eine ausgiebige Kenntnis der furchtbar komplizierten und verwirrten und ungerechten Grund-

---

5. Gabinetto, Filza 93, Nr. 8. Angaben Leopolds. Darauf stützt sich die obige Behauptung, daß Pagninis *Decima* nicht bloß eine literarische Leistung, sondern ein Programm war; sie scheint aus den Arbeiten jener Kommission von 1763 hervorgegangen zu sein und der 1758 aus Mailand zurückgekehrte und in Grundsteuersachen erfahrene Neri mag wohl der Initiant dieser ganzen Reformbewegung gewesen sein. Leopold sagt, daß infolge des Widerstandes der Gegner die Arbeiten dieser und der folgenden Kommissionen gescheitert seien.

6. Gabinetto, Filza 91, Nr. 1 (Denkschrift Nellis), Nr. 2 (Pagninis, fehlt aber), Nr. 3, Nr. 4 (Pagninis), Nr. 5 (anonym), Nr. 6, Nr. 7 (Montautis).

besteuerung zu vermitteln. Da zeigte es sich, wie total verschieden die Besteuerungsweise in den verschiedenen Teilen des Landes war: im florentinischen Contado die Decima, im Distrikt die Schatzungen, fast in jeder Gemeinde selbständig nach eigenem Maß, nach den verschiedensten Gesichtspunkten durchgeführt und zu den verschiedensten Zeiten. Noch schlimmer war die Lage im senesischen Staat. Ueberall waren die Kataster veraltet, hatten in meist wenig veränderter Form 100—200 Jahre bestanden, während die Natur fortgeschritten war und totale Veränderungen in der Ertragsfähigkeit der Güter hervorgerufen hatte. Viele Steuerbücher waren schlecht geführt, ja unleserlich; eine Reihe von Orten besaß gar keine. Die Belastung der einzelnen Grundbesitzer, der einzelnen Gemeinden war auch sonst aus vielen Gründen eine ungleiche. Die Kolonen im Contado waren vermittle des früher geschilderten Decimnio einer Reihe von staatlichen und kommunalen Steuern unterworfen, die im übrigen Toskana die Grundbesitzer trugen; die Reichen waren vielfach allzu tief eingeschätzt, weil sie die Steuerbeamten, die Gemeindeganzler bei der Katasteraufnahme zu bestechen gewußt hatten. Statt einer einzigen festen und unveränderlichen Abgabe eine Unzahl von Titeln, eine Veränderlichkeit in der Höhe der Summe, eine Willkür der Erhebung, kurz ein System, das jeder Steuerregel Hohn sprach. In der Schilderung dieses traurigen Standes der toskanischen Grundbesteuerung stimmten alle überein und alle traten für eine Entlastung insbesondere des Kolonats ein.

Vollständig einig sind die Verfasser dieser Denkschriften auch in der Forderung, daß jedes Steuerprivileg verschwinden müsse, daß der Klerus insbesondere genau den gleichen und gleich hohen Abgaben unterliegen müsse wie die Laien, daß also auch die Güter d'antico acquisto, d. h. die vor der Bulle Leos X. von 1516 erworbenen, vollauf besteuert werden müßten. Ein energisch antiklerikaler Geist spricht aus diesen Denkschriften. „Wenn der Klerus besonders die Güter d'antico acquisto besitzt,“ erklärte der Senator Nelli, „so besitzen sie die-



selben sicherlich dank der Großmut und Freigebigkeit der Laien, gegen die sie bei allen Gelegenheiten die raffinierteste Undankbarkeit gezeigt haben, indessen sie dem Staate das vor-enthielten, was rechtens und billig war, d. h. die Steuern und den Beitrag zu den öffentlichen Auflagen und Abgaben.“ Auf die verschiedenste Weise versuchten die Referenten nachzuweisen, daß die Besteuerung des Klerus durchaus gerecht und begründet sei. Wieder zeigen sich in diesen Argumentationen die Einflüsse der transalpinen Jurisprudenz. Die Güter, die Berge und Täler, meinte Nelli, waren vor dem Klerus, vor der christlichen Religion da, waren im Besitz von Laien und waren steuerpflichtig; sie waren aus der Hand des Fürsten in die der Besitzer übergegangen, aber mit der Verpflichtung einen Teil der jährlichen Abgaben aus dem Ertrage zu zahlen. Wenn eine große Menge von Besitzungen durch das Wohlwollen der Laien an den Klerus übergegangen ist, so konnten sie nur verschenken, was ihnen wirklich gehörte, nicht aber das dem Fürsten und dem Staate gehörige Besitztum, das dieser unter der stillen Bedingung den Laien überlassen hatte, daß es in der Hand eines jeden Besitzers als des Verwalters bleibe, und nicht verschenkt oder verkauft werden dürfe, daß, wenn diese Uebertragung doch stattfinde, dies mit der entsprechenden Steuerbelastung für die jährlichen Staatsausgaben geschehe. Daher bleibt jedes Grundstück, das an den Klerus übergang, allen Lasten und Steuern unterworfen, wie damals als es den Laien gehörte. Und weil es dem Klerus unmöglich ist zu beweisen, daß eine seiner Besitzungen nicht im Besitz von Laien gewesen ist, so können sie gerechterweise nicht behaupten, daß sie keine Steuern zu bezahlen brauchen. Mit dieser Beweisführung, die bestrebt war der Grundsteuer den Charakter einer Reallast beizulegen, begnügte sich aber der streitbare Senator nicht, sondern er suchte auch die sonstigen Einwände des Klerus zu widerlegen, indem er die theologischen Gründe desselben als mit dem neuen Testament und mit den Aussagen der Kirchenväter im Widerspruch stehend nachwies, indem er allgemein und dann für

Toskana speziell das in Schriften verfochtene und durch die Tat befestigte Werden und Entstehen der kirchlichen Immunität aufzeigte und behauptete, daß im Kampfe dagegen die Fürsten und Behörden bis in die neueste Zeit hinein ihre Ansprüche verfochten hätten, so daß diese erst im vergangenen Jahrhundert in Vergessenheit geraten wären, dank den der Jugend von den Jesuiten eingeflößten falschen Maximen und dank der höhern Bedeutung der Mönche. Um der Gerechtigkeit willen verlangt Nelli die Beseitigung dieser Privilegien, wodurch die schwere und immer steigende Last der Abgaben in manchen Gemeinden, in denen der Klerus bis zu  $\frac{3}{4}$  aller Güter besitze, eine erträglichere würde; gleichzeitig solle aber auch die an die Universität Pisa bezahlte Decima ecclesiastica abgeschafft werden.

Aehnlich äußerten sich die andern Mitarbeiter. Zwar Pagninis diesbezügliche Relation ist verloren gegangen; über seine Ansicht kann aber kein Zweifel sein. Eine anonyme Denkschrift verfocht denselben Standpunkt wie Nelli, versuchte insbesondere historisch nachzuweisen, daß die kirchliche Immunität ursprünglich nicht existiert habe, diese Doktrin vielmehr erst im 12. Jahrhundert aufgekommen sei. Besonders vermerkt wird die häufige Besteuerung der Kirchengüter auch während der folgenden Jahrhunderte, bis dann durch Konkordate in jedem Land der lange Streit zwischen Kirche und Staat beigelegt worden sei, in Toskana durch die Bullen von 1516 und 1564. Und der Graf Montauti in einem sorgfältigen historischen Ueberblick über diese Beziehungen von Staat und Kirche, gelangte zu den gleichen Erwägungen und Forderungen wie Nelli. Die Steueranschauung des 18. Jahrhunderts tritt deutlich in die Erscheinung, wenn er meint: „Occorre riflettere quanto mai ingiusta sia la legge che i preti ed i frati che godono egualmente che i secolari del beneficio delle strade, non siano tenuti alle spese di risarcimenti delle strade per quei beni esenti di primo acquisto.“

Während also die Referenten über die Unzulänglichkeit und Unvollkommenheit der damaligen Grundbesteuerung

durchaus einer Meinung waren und geschlossen eine sofortige gründliche Reform des Katasterwesens befürworteten, trat nun aber eine verhängnisvolle Spaltung unter ihnen ein wegen der Frage, wie diese Reform durchgeführt werden müsse. Für einen womöglich den ganzen toskanischen Grundbesitz umfassenden, nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellten Kataster plädierten beide hier in Betracht kommenden Vorkämpfer, Pagnini wie Nelli; aber in der Methode der Aufnahme desselben waren sie verschiedener Meinung. Der Senator Nelli, zweifellos der klügere und schärfer denkende Kopf, suchte durch eine kritische Betrachtung der bis dahin angewandten Katastermethoden die Sache zu klären, um zu einer stabilen, dauernden und keinen groben Unrichtigkeiten unterworfenen Steuerbasis — und eine solche war das Ideal der Aufklärer — zu gelangen<sup>7</sup>. Die Methode der staatlich kontrollierten Selbsteinschätzung des Grundbesitzes, wie sie Pagnini verfocht, fand aus mehreren Gründen nicht seinen Beifall. Denn, so argumentiert er, das einzige Mittel, um genaue Resultate zu bekommen, kann nur sein, wenn man den Besitzern durch harte Strafen, Verlust und Konfiskation der Besitzungen und Geldstrafen Schrecken einflößt. Trotzdem zeigt gerade das Beispiel der Decima, der noch viele Grundstücke nicht unterliegen, daß auch dieses Mittel nicht verfängt; ist es doch eine von den Theologen, insbesondere von den Jesuiten genährte Ansicht, daß man in allem, was Abgaben an den Staat betrifft, betrügen dürfe; ein Eid nützt nichts, da selbst der Klerus, der doch eine bessere Moral haben sollte, schon falsch geschworen hat. Aber auch wenn alle diesem Befehl nachkommen würden, so wäre trotzdem eine genaue Aufnahme eine Unmöglichkeit, da viele Besitzer keine Buchhaltung führen und infolgedessen nicht genau angeben können, welchen Ertrag ihre Grundstücke liefern. Und die Zahl dieser Leute ist groß. Auch

---

7. Leopold hatte verlangt, daß er ihm eine Methode vorschlage, col quale potessero in avvenire con proporzionata giustizia regolare le annuali imposizioni dello stato e questo rendersi, per quanto fosse possibile, perpetuo ed invariabile.

eine Aufklärung des Publikums über die Gerechtigkeit und Billigkeit eines gerechten Katasters würde ihren Zweck nicht erreichen, da die Menge der unwissenden und denkfaulen Leute den momentanen Vorteil höher anschlägt.

Indem Senator Nelli dann an Hand einer Reihe von Gemeindegkatasterrevisionen, die nach kontrollierter Selbsteinschätzung unter der Regentschaft vorgenommen worden waren, die Richtigkeit seiner Behauptungen erhärtete, gelangte er zu einer völligen Verwerfung des Systems der Portate.

Aber auch das System, das der bis in die leopoldinische Zeit hinein bestehende Magistrato dei Nove im Florentinischen zur Anwendung brachte, lehnte er ab; denn diese Katastrierung, die im wesentlichen auf eine Einschätzung durch die Gemeindegkanzler hinauslief, erschien ihm als durchaus ungerecht und unzulässig wegen der Stellung und des Charakters dieser Beamten. Indem diese nämlich nicht fix besoldet, vielmehr auf ungewisse Nebeneinnahmen und Sporteln angewiesen waren, so war das Resultat derartiger Aufnahmen jeweils nicht nur eine mit großen Kosten verbundene Verschleppung der Arbeit, sondern auch vielfache Bestechung der Kanzler durch die Reichen; auch waren dieselben in solcher Arbeit meist unerfahren. Wiederum wußte der Referent eine Reihe von Katasteraufnahmen neueren Datums anzuführen, die den Beweis der Unbrauchbarkeit und Ungerechtigkeit einer derartigen Steuerbasis erbrachten; und er vergaß auch nicht darauf hinzuweisen, daß alle diese Steuerbücher nach einem Gebrauch von kaum 50 Jahren derart in Verwirrung versunken und voll Fehler waren, daß die Revision nötig wurde. So gelangte Nelli dazu, die Methode zu empfehlen, die 1622 für die pisanische Provinz zur Anwendung gekommen war, die viel exakter sei und weit größere Dauer verspreche als die andern Methoden. Denn, führte er aus, die Vorzüge dieser Besteuerungsform waren folgende. Einmal wurde die Aufnahme für alle Grundstücke der Provinz in uniformer Weise gemacht, so daß die Veranlagungsbasis überall dieselbe ist, nicht in jeder Gemeinde nach Maß usw.

verschieden, wie dies im Florentinischen der Fall ist. Dann wurden auch die vermieteten Häuser zur Besteuerung herangezogen, während dies ungerechterweise im Florentinischen nicht geschieht; ferner geschah dasselbe mit allen Gemeindegütern, während wiederum aus falschen Erwägungen eine Reihe von Gemeinden des Distretto dies nicht getan haben. Und schließlich wurde vor allem ein durch Vermessung gewonnener Plan eines jeden Grundstücks gemacht, vermittels dessen man leicht der Besteuerung verloren gegangene Güter, die Poste infognite, wieder ausfindig machen kann; daher gibt es dort deren sehr wenige, ganz im Gegensatz zu den Gemeindekatastern des florentinischen Gebiets. Nur kleine Fehler findet Nelli bei diesem System, so z. B., daß die Wohnhäuser nicht besteuert und daß die Katasterpläne nicht mit genaueren Instrumenten aufgestellt worden seien.

So kam denn Nelli zu dem Ergebnis, daß eine einheitliche Grundbesteuerung für ganz Toskana eingeführt werden müsse, auf Grund einer nach einheitlicher Methode ausgearbeiteten Steuerbasis. Indem er auf das Beispiel Mailands, Perugias, des Königs von Sardinien, Orvietos und Camerinos hinwies, verlangte er genaue, durch Vermessung gewonnene Katasterpläne für jedes Grundstück und eine exakte Einschätzung des Ertrages, wodurch man nicht bloß einen dauerhaften Kataster erhalte, sondern auch noch weitere Vorteile erzielen könne: eine Beseitigung aller Prozesse wegen Grenzstreitigkeiten der einzelnen Besitzer; die genaue Feststellung der öffentlichen Straßen, die fortwährend von den Bauern unbeachtet gelassen wurden; bessere Pläne für die Regulierung der Flüsse; vor allem aber Kenntnis der verschieden fruchtbaren, verschieden bebauten Ländereien; die Möglichkeit eine exaktere geographische Karte herstellen zu können; Erleichterung der Kontrakte unter den Privaten. Nach dem Vorbilde Perugias sollte eine Anzahl Agrimensoren in Dienst genommen werden, die nach bestimmten Bedingungen das Werk für eine festgesetzte Summe in bestimmter Frist durchzuführen hätten; gleichzeitig sollte durch

erfahrene Schätzungsbeamte die Ertragsfähigkeit der Grundstücke in den sorgfältig ausgearbeiteten Katasterplan eingetragen werden. Das Ganze sollte durch Versteigerung einem Unternehmer zugeteilt werden, wie das in Perugia geschehen war. Die Kosten eines solchen Planes für den florentinischen Staat berechnete Nelli auf 107 142 Scudi 6 Lire; in Anbetracht der zu erwartenden Vorteile schien ihm diese Summe nicht zu groß, die er auf 6 Jahre verteilen wollte; 40 Agrimensoren sollten in dieser Zeit diese Arbeit vollenden.

Demgegenüber trat nun der Historiker der Decima für das System der Portate, der kontrollierten Selbsteinschätzung ein. Zwar ist die Denkschrift verloren gegangen, die seinen detaillierten Plan enthielt; aber eine zweite zu gleichem Zwecke verfaßte Relation gibt genügenden Aufschluß über seine Ansichten. Natürlich konnte der Freund Tavantis sich auch hier nicht enthalten, zuerst ein physiokratisches Bekenntnis abzulegen. „Die Frucht des Bodens und der übrigen Liegenschaften ist die geeignetste und gerechteste Basis für die Steuer, einmal weil sie sich erneuert, dann auch weil die Steuern, die auf etwas anderes umgelegt werden, wenn nicht alle, so doch zum größten Teile schließlich auf den Grundbesitzer abgewälzt werden. Die allgemeine Anwendung bestätigt die Wahrheit dieses Prinzips und die ganze Schwierigkeit besteht darin zu bestimmen, welches das beste Mittel ist, um eine gewisse und sichere Kenntnis dieses Ertrages zu haben, damit bei der Besteuerung alle die, die sie zu tragen haben, gemäß ihrem Vermögen gleichmäßig besteuert werden, und damit ihnen gleichzeitig der Fruchtanteil bleibt, der ihnen zum Leben und zum Unterhalt der Ländereien, damit sie wieder produzieren, nötig ist. Als dieses beste Mittel empfiehlt Pagnini die Selbsteinschätzung der Grundbesitzer verbunden mit den Kautelen, die 1427 und 1494 für die Decima zur Anwendung kamen; denn diese Methode der Aufnahme, è per quanto comportano le forze umane e la natura di queste operazioni incapaci per se stesse di una mathematica precisione e certezza, il più facile, il più sicuro e per conseguenza il migliore

di tutti gli altri e come tale si è meritato l' élogio e la sequela di molti quello della Decima. Indem er also die Methode der Decima befürwortete, wies Pagnini daraufhin, daß die vielen Fehler, die gewaltige Unordnung und Ungerechtigkeit in der Besteuerung des Contado von der vortrefflichen Grundlage durchaus unabhängig seien, vielmehr eine Folge der natürlichen Ertragsveränderungen, die mit der Zeit eingetreten seien, während die notwendige regelmäßige Katastererneuerung nicht erfolgt sei, eine Folge auch der Veränderung des Münzwertes usw., anderer Fehler mehr. Für die Aufstellung eines neuen Katasters will er von dem System der Decima auch die dortige Einteilung in die verschiedenen Bevölkerungsklassen herübernehmen, um den daran gewöhnten Beamten die Arbeit zu erleichtern. Um ferner eine Gestaltung zu vermeiden, wie sie durch die zweihundertjährige Beibehaltung des Katasters erfolgt war, schlug er vor alle 10, höchstens 15 Jahre Revisionen vorzunehmen; um Betrug unmöglich zu machen, sollten zwei Maßnahmen vorgenommen werden: einmal sollte die Gesamtheit für die große Reform interessiert und gleichsam zum Wächter über Kapitalhinterziehung gemacht werden dadurch, daß der Erlaß verkünden sollte, daß der durch Hinterziehung verursachte Ausfall auf die andern Grundstücke umgelegt werden würde. Dazu sollten nach dem Vorbild des Usus in den Pays d'Etat Frankreichs in den Gemeindekanzleien 6 Monate lang für jedermann die Selbsttaxationen aufliegen. Um ferner durch Münzentwertung hervorgerufene Schwierigkeiten für die Grundbesteuerung zu vermeiden, beantragte Pagnini, daß für die bisher gebrauchte Berechnung nach Fiorini die neue nach Scudi gesetzt werde, wobei genau der Feinsilbergehalt derselben angegeben werden sollte.

Das System der Schätzung im Distrikt fand er ungenügend, mit noch mehr Fehlern behaftet, als das der Decima. Vom pisanischen Kataster spricht er überhaupt nicht.

In Anbetracht des Charakters des Großherzogs mußte es von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Kataster-

reform werden, daß die beiden Referenten einen entgegengesetzten Standpunkt verfochten. Denn bei aller Reformfreudigkeit und liberalen Gesinnung war er doch nur dann zu einem entscheidenden Schritt zu bewegen, wenn seine Ratgeber einig waren; war dies nicht der Fall, so verschob er die Reform und ließ sich unermüdlich immer wieder Denkschriften vorlegen, um sich genauere Kenntnis von der betreffenden Reform zu verschaffen; in derartigen Fällen gelang es nur den allervertrautesten Ministern ihm eine Entscheidung abzufragen. Die Katasterfrage nun war eine Sache von weiter, ja entscheidendster Tragweite, wenn man bedenkt, wie die toskanischen Physiokraten, Tavanti voran, den Grundbesitz zur vorwiegenden, ja vielleicht einzigen Steuerbasis nehmen wollten. Von der Notwendigkeit einer Reform des Grundsteuerwesens war Leopold vollständig überzeugt<sup>8</sup>; er hielt das geltende System für absolut falsch, gefährlich, unbequem und ungerecht; alle Berichte, die er erhielt, bestätigten dies; die Gemeinden, insbesondere der toskanischen Romagna baten wiederholt dringend um eine Revision der verworrenen Steuerbücher. Zweifellos sollte die allgemeine Reform der Besteuerung und Neukatastrierung ursprünglich gleichzeitig mit dem Erlaß der gleich zu besprechenden Gemeindeordnung erfolgen, ja ein integrierender Bestandteil derselben sein. Aber die oben geschilderte Zwiespältigkeit der reformfreundlichen Partei, die in den Berichten der erfahrenen Referenten Nelli und Pagnini zum Ausdruck kam, mußte verhängnisvoll werden. Die Methode Nellis, die dieser in einer zweiten Denkschrift zusammenfassend nochmals verteidigte<sup>9</sup>, vermittelte genauer, durch exakte Vermessung gewonnener Pläne und staatlicher Einschätzung einen Kataster herzustellen, fand den Beifall Leopolds, insofern sie ihm als sicher, exakt und gerecht erschien und die

---

8. Siehe über die Ansicht Leopolds: Gabinetto, Filza 93, Nr. 8. Diese Bemerkungen stammen zwar aus den achtziger Jahren, stellen aber unzweifelhaft auch seine frühere Ansicht dar.

9. Gabinetto, Filza 91, Nr. 10. Datum fehlt; vielleicht wurde sie vor der anderen geschrieben.



übrigen von Nelli hervorgehobenen Vorteile verhieß; als Nachteile und Fehler bezeichnete er aber die Länge der Zeit, die für eine derartige Aufnahme notwendig war, die hohen Kosten eines solchen Verfahrens, die Fehler, die, wie er meinte, bei der Vermessung infolge der Unkenntnis der Ingenieure nicht vermieden würden und die damit dauernd und legal wurden; vor allem fand er die Schätzung nicht einwandfrei: denn taxiert man die Meliorationen, die durch fleißige Besitzer gemacht werden, so entmutigt man sie, und tut man es nicht, so wird die Einschätzung willkürlich durch die Schätzungsbeamten vorgenommen, und wenn man nur den nackten Boden taxiert, so eliminiert man den Ansporn denselben zu verbessern.

Bei dem Verfahren, das Pagnini vorschlug, hinter dem wahrscheinlich dessen gewichtiger Freund Tavanti stand, urteilte Leopold, daß es zwar kürzer, billiger und leichter sei, daß aber zur Verifikation der Selbsttaxierungen viel Kontrolle, Schätzung und Umsicht nötig sei, daß man diese publizieren und den Nachbarn Gelegenheit geben müsse dieselben einzusehen, daß man schwere Strafen gegen Defraudanten androhen, Belohnungen für Angeber aussetzen müsse, woraus nicht umhin eine Verschlechterung der Moral resultieren würde.

Es kann kaum zweifelhaft sein, daß die der Katasterreform feindliche Partei im Rate Leopolds, voran der unvermeidliche Gianni diese für sie so günstige Uneinigkeit der Gegner sich ausgiebig zunutze machte, um das Projekt zu Fall zu bringen. Sie wird nicht verfehlt haben, dem Großherzog vor Augen zu führen, wie wenig das Problem eines stabilen, gerechten und für einen längern Zeitraum brauchbaren Katasters, die Methode der Ausführung abgeklärt sei, wenn so entgegengesetzte Vorschläge gemacht wurden. Und Gianni hat wohl schon damals all die Gründe vorgebracht, die wir noch zur Genüge kennen lernen werden, um die Absichten seiner Widersacher zu durchkreuzen.

Und in der Tat, so wie die Dinge lagen, war der Entscheid Leopolds vorauszusehen. Die katasterfreundliche Partei

erlitt eine erste Niederlage: Die leopoldinische Gemeindeverfassung, die seit 1772 sukzessive in Toskana eingeführt wurde, brachte die geforderte allgemeine Neuaufnahme des gesamten Grundbesitzes nicht; zwar war die Reform nicht gescheitert, aber doch ins Ungewisse verschoben. Dafür zeitigte diese Gemeindeordnung zwei andere wichtige Neuerungen in steuerpolitischer Hinsicht, um deretwillen hier auf diese Schöpfung Leopolds eingegangen werden muß<sup>10</sup>.

Sie ist recht umstritten, die leopoldinische Kommunalreform, und zwar bis auf ihren eigentlichen Grundcharakter. So entgegengesetzte Ansichten stehen einander gegenüber wie die Zobi- und Tabarrini's. Der erstere erblickt in ihr eine Maßnahme, die bestimmt war die Freiheit und Autonomie der Gemeinden wiederherzustellen, die ihnen im Laufe der Zeit verloren gegangen war; also eine Konstitution des reinsten Liberalismus. Tabarrini aber betrachtete sie als eine Aeußerung des absolutistischen Staates, die die Konzentration der Verwaltung und deren Vereinheitlichung bezweckte, wodurch auch noch die übriggebliebene Gemeindeautonomie aufgehoben und der Freiheit engste Grenzen gezogen wurde. Dieser letztern Ansicht haben sich auch F. Forti und Reumont angeschlossen. Vielleicht wird es nicht inopportun sein, die Frage von einem neuen Standpunkt aus zu betrachten, um sie der Lösung näher zu bringen.

---

10. Vgl. außer der hinten zitierten Literatur (Zobi, Reumont, Tabarrini, Forti) die bemerkenswerte anonyme Schrift von 1791: *Lettera ad un novello Possessore Toscano all'occasione di una questione sopra le spese straordinarie comunitative*. Der Verfasser betrachtet die Gemeindebehörden als rein administrative Körperschaften und weist insbesondere hin auf ihre beschränkte Handlungsfähigkeit, vor allem in Steuersachen. — Leider ist das archivalische Material für die Gemeindeverfassung verloren gegangen, wie mir Herr Archivar Anzilotti mitteilte, der eine Arbeit über dieselbe vorbereitet.

Erschien uns das Finanzwesen Toskanas zu Beginn der Reform als der natürliche und unverwischte Ausdruck des historischen Werdeprozesses dieses Staatswesens, so ist dies nicht minder der Fall mit der Gemeindeverfassung. Die Bildung des Territoriums des florentinischen Gemeinwesens durch die Kommune Florenz war durchaus im Sinne mittelalterlicher Stadtpolitik erfolgt; sie übertrug auf den Sieger die allgemeinen Hoheitsrechte und machte insbesondere die unterworfenen Kommunen der hauptstädtischen Wirtschaftspolitik untertänig. Die Lokalverwaltung aber verblieb durchwegs den Besiegten und so bildete sich infolge der mannigfachen Kapitulationen jene bunte Mannigfaltigkeit von nach eigenen Statuten verwalteten Gemeinden und Kirchspielen, die so anziehend ist für den juristischen Botaniker, die aber nie angekränkt war von dem Gedanken der Vereinheitlichung und Konzentration.

Diesem Geiste, der zwar die wirtschaftliche Kraft der Kommunen dem Vorteil der Kapitale aufopferte, aber der kommunalen Selbstregierung nur wenige Fesseln anlegte, diesem Geiste grundsätzlich entgegengesetzt war die Herrschaft des Prinzipats und der neue Kurs setzte bereits mit Alessandro und Cosimo I. energisch ein. Zwar, wie wir bereits gesehen haben, die ökonomische Fesselung der Landschaft blieb, ja wurde noch verschärft, trotz mannigfacher Anzeichen dafür, daß besonders Cosimo I. und Ferdinand I. auch für das wirtschaftliche Gedeihen des außerhauptstädtischen Toskana, vor allem Livornos und Pisas besorgt waren. Aber gleichwie allgemein das Prinzipat den Uebergang bildete vom mittelalterlich zersplitterten Staatswesen zum modernen Einheitsstaat, so ist dessen innere Politik darauf gerichtet, unter energischer Verstärkung der Zentralgewalt eine Verwaltungsreform im zentralistisch-unifizierenden Sinne durchzuführen, über den mittelalterlich-lokalen Autonomien eine größere Einheit und Einheitlichkeit der Administration entstehen zu lassen. Diese Tendenz des Prinzipats, die einen stärkeren Ausbau der staatlichen Institutionen hervorrief und das Ganze des Staates gegenüber den lokalen

Verbänden und Verwaltungen zum Ausdruck brachte, trat in einer Weise zutage, wie sie unsere ganze Beachtung verdient. Sie wurde nämlich nicht so durchgeführt, daß die Medici die alten Statuten, die alte Verwaltung außer rechtliche Geltung gesetzt hätten, um eine neue Legislatur, eine neue Administration an deren Stelle treten zu lassen. Ein derartiges Verfahren wäre keineswegs im Geiste eines Geschlechtes gewesen, das die republikanische Empfindlichkeit soweit immer möglich geschont hat, gleichzeitig aber die reale Macht unter Wahrung des Scheines unbedingt an sich brachte. In diesem Sinne wurde auch hier verfahren. Nur wo direkt neue Aufgaben des sich immer mehr mit kulturellen Zwecken füllenden Staates entstanden, wurden sie sofort großherzoglichen Organen übertragen, trat die großherzogliche Jurisdiktion unmittelbar ein. Sonst aber blieben die lokalen Verbände und lokalen Gewalten durchweg bestehen und die ganze Masse von Statuten, regionalen Autonomien und Privilegien fristete ihr Dasein bis auf Leopold. Während indessen auf diese Weise dem lokalen Prinzip und der kommunalen Eifersucht äußerlich in umfassender Weise Rechnung getragen wurde, veränderte sich in Tat und Wahrheit unter dem Einfluß der mediceischen Legislatur der Geist und die Struktur der toskanischen Gemeindeautonomie und Freiheit völlig. Diese Umwandlung geschah vor allem dadurch, daß die Zentralgewalt sich eine weitgehende Kontrolle über die lokalen Behörden aneignete, Funktionen derselben an die zentralen Organe übertrug, überhaupt das Verhältnis der einzelnen Gemeinden zu der Kapitale einer Revision unterzog. Die alten republikanischen Magistraturen sanken so zu einfachen Verwaltungskörpern herab, die nichts mehr mit der alten Autonomie gemein hatten, vielmehr der Willkür der Zentralbehörden machtlos gegenüberstanden. Und gerade auf dem Gebiete der Finanzverwaltung zeigte sich dies am nachdrücklichsten; die Tendenz des Prinzipats sich alle Finanzquellen uneingeschränkt zur Verfügung zu halten, fand hier ihren vollendetsten Ausdruck. Die alten Kapitulationen zwischen Florenz und den besiegten oder

befreundeten Kommunen hatten jeweils die finanziellen Verpflichtungen des Unterworfenen gegenüber dem Sieger festgelegt. Aber mit dem Wachsen der staatlichen Aufgaben, insbesondere durch den Ausbau des Territorialstaats unter den ersten Großherzogen, genügten diese Beiträge nicht mehr. Unter den mannigfachsten Formen und Namen, wie wir oben sahen, hat daher das mediceische Régime ohne Rücksicht auf die früheren Abmachungen mit einseitiger Selbstherrlichkeit bald einzelnen Kommunen, bald dem ganzen Staat neue Steuern auferlegt. Das schlimmste dabei aber war, daß diese Abgaben nicht selten in ihrer Höhe nicht normiert waren, so daß mitunter plötzlich eine Abgabe von unerwarteter Höhe auf die so willkürlich behandelten Gemeinden umgelegt wurde. Gerade diese Willkür war es, die die alte Gemeindeautonomie in ihren Grundlagen erschütterte, sie zur reinen Formsache herabwürdigte. Aber auch in die speziellen lokalen Angelegenheiten griff das Prinzipat machtgebietend und rücksichtslos ein, als seit Cosimo I. die Gemeindebesitzungen unter staatliche Aufsicht und Ueberwachung gestellt wurden und damit der letzte Rest kommunaler Selbständigkeit im innersten Kern getroffen wurde. Und wie auf dem Gebiet der Finanzverwaltung, so fand die zentralistische Tendenz auch auf dem gesamten Gebiet der innern Verwaltung wie der Jurisdiktion ihren unverkennbaren Niederschlag. Ohne sich hier weiter darüber auszulassen, kann man sagen, daß zu Beginn der leopoldinischen Reform die alte Gemeindeautonomie nur noch eine leere Phrase war, die ihre einzige Bekräftigung in dem unendlichen Wirrwarr formell immer noch gültiger Ortsstatuten und Behörden fand, daß aber der Schwerpunkt der gesamten, auch lokalen Verwaltung in den großherzoglichen Zentralbehörden und Organen lag: gewissermaßen ein neues Gebäude über den kleinen alten, die von ihm überragt und durchdrungen wurden. Und an Stelle der alten Selbstverwaltung war der insbesondere in Steuersachen willkürliche staatliche Absolutismus getreten.

Das war der Geist der Gemeindeverfassung und Ver-

waltung, als die leopoldinische Reform einsetzte. Leider sind, wie es scheint, die Akten verloren gegangen, die die Beratungen über diese wichtige Frage wiedergaben. Sicher hat Gianni einen großen Anteil daran gehabt und wahrscheinlich stand an der Spitze des Ganzen Pompeo Neri, der bereits die neue lombardische Gemeindeeinteilung und Verwaltung geleitet hatte und somit am meisten Erfahrung in dieser Sache besaß, wie sich denn auch die toskanische an die mailändische Kommunalreform anlehnt. In Ermangelung also des aktenmäßigen Nachweises bleibt einzig übrig an Hand der Erlasse sich ein Bild vom Charakter dieser Reform zu machen. Vielleicht wird es aber nicht unangebracht sein einen Blick auf die Forderungen zu werfen, die die Aufklärungsphilosophie in dieser Hinsicht gestellt hat. Wir wissen ja bereits aus verschiedenen Reformen, in wie innigem Zusammenhang die leopoldinischen Neuerungen mit den Postulaten der Zeit standen.

Es ist das Verdienst Jellineks<sup>11</sup>, vor mehr als 20 Jahren darauf hingewiesen zu haben, wie die Idee des selbständigen Wirkungskreises der Gemeinden, die Lehre vom *pouvoir municipal*, in den Reformideen vor der französischen Revolution ihren Ursprung gehabt hat und von der Constituante der Versuch gemacht wurde, bei der Reorganisation des französischen Staates dieselben in der Tat umzusetzen. Den gewählten Municipalvertretungen werden zwei Gattungen von Funktionen zugewiesen: *les unes propres au pouvoir municipal; les autres propres à l'administration générale de l'Etat et déléguées par elle aux municipalités*. Der eigene Wirkungskreis umfaßt die gesamte wirtschaftliche Verwaltung, sowie die Lokalpolizei nach den verschiedensten Richtungen. Innerhalb dieses Wirkungskreises ist die Gemeinde nur der Kontrolle der höhern Selbstverwaltungskörper unterworfen, weil „die große Kommune der

---

11. G. Jellinek: System der subjektiven öffentlichen Rechte. Freiburg i. Br. 1892. S. 264 f. Derselbe: Das Recht des modernen Staates, Bd. I. Berlin 1905. S. 622 ff., S. 629 f.

Nation ein Interesse daran hat, daß die kleinen Kommunen, die ihre Elemente bilden, gut verwaltet werden.“ Der Ausdruck der naturrechtlichen Doktrin also ist die Lehre vom *pouvoir municipal*: wie die Menschenrechte die Grenzen zwischen Staat und Individuum ziehen, und diesem den Bestand eigener, unantastbarer Rechte sichern, so ist die Idee vom selbständigen Wirkungskreis der Gemeinde nichts anderes als die Anwendung des naturrechtlichen Gedankens auf diese Körperschaft; auch die Gemeinde soll wie der Mensch ihre Grundrechte haben, die der Staat nicht schafft, sondern nur anerkennt.

Betrachten wir nun die toskanische Kommunalreform, wie sie seit 1772 stufenweise für den ganzen Staat durchgeführt wurde, unter dem oben angegebenen Gesichtspunkt.

Naturgemäß war diese leopoldinische Reform, ihrem ganzen Charakter nach radikalster Natur, in ihren ersten Stadien durchaus negativ; sie begann mit der Umgestaltung der zentralen Instanzen, indem die hier in Betracht kommenden Behörden, die *Capitani della Parte Guelfa*, die *Uffiziali dei Fiumi* und insbesondere der *Magistrato dei Nove Conservatori* 1769 aufgehoben wurden; ihre Kompetenzen in sehr geschmälerter Form gingen über an die aus drei Assessoren und einem Präsidenten bestehende Gemeindekammer. Dieser auf Vereinfachung und Konzentration gerichteten Neuorganisation der Zentralorgane folgte dann, zu den verschiedenen Zeiten durchgeführt, als wichtigste Maßregel die Gemeindeordnung nach; auch sie zunächst negativ in der Weise, daß die bunte Gesamtheit der Ortsstatuten, lokalen Verbände und Privilegien vollständig verschwand und derart der Boden für einen vollständigen, nach einheitlichen und vereinfachten Gesichtspunkten ausgeführten Neubau geschaffen wurde. So trat an Stelle des bisherigen Wirrwarrs, der bisherigen Buntscheckigkeit, die moderne Gemeinde, deren Verwaltung und Beziehungen zur Zentralregierung vereinfacht zu haben, nicht das kleinste Verdienst der leopoldinischen Staatsverwaltung ist.

Ohne näher auf Einzelheiten der Gemeindeordnung einzu-

treten, wollen wir zunächst das für uns einzig Interessante, den Charakter der Reform zu ergründen suchen. Daß durch Einsetzung des Gemeinde- und Generalrats, die durchs Los nach altem florentinischen Wahlverfahren gewählt wurden, eine im Gegensatz zur staatlichen bürokratischen Verwaltung stehende Administration durch die Interessenten selbst, also Selbstverwaltung eintrat, ist an und für sich eine charakteristische Tatsache, bedeutete aber gegenüber dem bis dahin geübten System kaum eine wesentliche Aenderung. Entscheidend aber wird die Beantwortung der Frage sein, wieweit die Kompetenzen dieser Selbstverwaltungskörper gingen, und dann der andern Frage, wie sich das Verhältnis des neuen Munizipiums zum Staate gestaltete. Mit andern Worten: Wieweit wird der selbständige Wirkungskreis der Gemeinde gezogen und zweitens, welche Stellung nimmt sie im Leben des Staates ein.

Da tritt nun durchaus zutage, daß eine Wiederherstellung der kommunalen Autonomie, wie sie im Zeitalter der Kommunen herrschte, der Absicht des Gesetzgebers völlig fernlag, daß er vielmehr der Gemeindeordnung zunächst den Charakter einer ökonomischen und administrativen Reform beimaß. Deutlich erkennt man dann aber auch die Tendenz der Gemeinde einen, wenn auch, wie wir sehen werden, engen Wirkungskreis abzustecken, innerhalb dessen der Großherzog die Bewohner zur freien selbständigen Mitarbeit heranziehen will. Die gesamte Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten wurde den zwei Räten anvertraut mit vollständiger Unabhängigkeit von der Zentralstelle: das ganze Einnahmen- und Ausgabenwesen, die Verwaltung des Gemeindeeigentums und der frommen Stiftungen; die Bestallung und Besoldung der Beamten, die Repartition der Kommunalabgaben, die Aufstellung neuer Kataster, der Straßenbau, soweit er nicht die speziell bezeichneten staatlichen Straßen anbetraf; sonstige Bauten usw.<sup>12</sup>. Dürfen wir

---

12. Als *clausula generalis*: Alle Titel, die für eine gute und reguläre Gemeindeverwaltung nötig sind. Also extensive Interpretation!



so einerseits in dieser Zuteilung von Kompetenzen an die Gemeinden die bestimmte Absicht des Legislators erblicken, diese Verbände mit selbständigen Rechten der staatlichen Verwaltung einzugliedern, so tritt uns andererseits nicht minder deutlich das Bestreben entgegen, diese eben verliehenen Rechte scharf zu umschreiben, ja wieder weitgehend einzuschränken. Ein tiefes Mißtrauen gegen die Kommunalverwaltung durchzieht die Reform, ein Mißtrauen, das seine Ursache allerdings kaum in politischen Erwägungen gehabt hat, vielmehr auf der Gering-schätzung dessen beruhte, was die Einsicht und Tatkraft der Gemeindebewohner zu leisten vermochten. Freilich, die Art und Weise schon, wie die kommunalen Behörden bestellt wurden — durchs Los —, mußte dazu führen, einem derart gewählten Kollegium eine nicht allzu arbiträre Macht zu verleihen. So sehen wir denn, daß der Wirkungskreis der Gemeindebehörden auf die Bestimmung der jährlichen ordentlichen Ausgaben der Gemeinden begrenzt wurde, die möglichst genau im Generaledikt aufgezählt wurden. Und ganz in den Bahnen mediceischer Bevormundungspolitik wandelte man, als man den Gemeinden und Wohltätigkeitsanstalten die Obligation, Veräußerung und Verbrauch der Gemeindegüter, Staatsschuld-papiere, Guthaben auf öffentliche Kassen nur mit Zustimmung des Großherzogs gestattete und allgemein Verpachtung und Verkauf der Bodengüter anordnete. Vollends wenn es sich um neue Titel und außerordentliche Ausgaben irgendwelcher Art handelte, die nicht festgesetzt und im jährlichen Ausgabe-etat nicht festgelegt waren, so trat sofort die staatliche Verwaltung in Funktion. So konnte eben das Resultat der Reform in dieser Hinsicht kein anderes sein, als daß die freie kommunale Betätigung sich durchaus in engen Grenzen hielt, auch wenn man nicht einmal rechnet, daß um seiner Geschäftskennntnis willen der bisher mächtigste Mann, der Gemeindeganzler, einen weiterhin großen Einfluß zugunsten der Regierung ausüben mußte, wenn schon er sich aller Einmischung in die Beratungen enthalten und nur als Protokollführer fungieren sollte.

Immerhin die Absicht, der Gemeinde ihren wenn auch reduzierten Wirkungskreis anzuweisen und sie innerhalb desselben als in ihrem eigenen Rechtsgebiet unabhängig zu stellen, ist unverkennbar; und der energische Wille aus dem fatalen Geleise der bisherigen Bevormundungspolitik sich zu gesünderen Anschauungen durchzuringen, zeigt sich uns auch, wenn wir nun den zweiten Punkt ins Auge fassen, die neue Stellung der Gemeinde gegenüber dem Staat. Und hier scheint mir überhaupt der Schwerpunkt, das grundsätzliche Neue der Gemeindereform zu liegen: sie will die Gemeinde schützen vor dem bisherigen Willkürsystem des absoluten Staates, indem die Staatsgewalt sich selbst gewisse, besonders finanzrechtliche Schranken zieht. Wir erinnern uns hierbei, wie sehr unter dem Prinzipat die frühere Autonomie der Gemeinden leere Phrase geworden war, wie seit Alessandro und Cosimo I. die Kommunen mit rücksichtslosester Willkür behandelt wurden: waren doch trotz dem Wahlverfahren der Verlosung unter ihrem Régime die Gemeinderäte nur mit Erlaubnis und Beeinflussung des Magistrato dei Nove Conservatori, der Zentralbehörde möglich; und war doch vor allem in finanzieller Hinsicht die Kommune jeder Ausbeutung durch die Medici hilflos ausgeliefert, wie wir oben sahen. Demgegenüber bedeutete nun die leopoldinische Reform das Bestreben den so arg mißhandelten Gemeinden nicht bloß die lokale Verwaltung vermittels unabhängig gewählter Behörden zu überantworten, wenn auch unter weitgehender staatlicher Kontrolle, sondern der Legislator wollte den Gemeinden auch eine Sicherheit bieten, daß sie nicht wie bisher Objekte einer unbeschränkten staatlichen Ausbeutung und Willkür sein sollten. Aus diesem Bestreben ging jene bedeutsamste Bestimmung der Gemeindeordnung hervor, daß außer der für jede Gemeinde bestimmten, unveränderlichen und festen Tassa di Redenzione, die gleich zu besprechen

sein wird, keine staatliche, ordentliche Steuer irgendwelcher Art weiter den Gemeinden auferlegt werden würde, „sondern nur wenn die außerordentliche Bedrängnis des Staates es verlangte (das möge Gott nicht!), wird durch einen vorhergehenden allgemeinen und speziellen Erlaß die Steuer bekannt gemacht, die auf die betreffende Gemeinde und deren Bewohner entfällt“. Eine hochherzige Gesinnung spricht uns aus dieser Bestimmung entgegen, ein Geist, der erkannt hatte, wie sehr die bisherige Willkür durch die Unsicherheit und Veränderlichkeit des Steuerdruckes dem Gedeihen der Gemeinden die tiefsten Wunden geschlagen und sie grausam entwürdigt hatte; und deutlich zeigt sich in dieser Selbstbeschränkung der staatlichen Finanzhoheit im Staate des am konstitutionellsten gesinnten Fürsten des Aufklärungszeitalters der nach verfassungsrechtlichen Schranken strebende Geist der philosophischen Jahrhunderte; und jenes tief ernst gemeinte Fürstenversprechen, nur in Fällen der Not, dann aber durch allgemeine Bekanntmachung eine stärkere Belastung zu verfügen, bildet den wirksamen Gegensatz zu der Finanzpolitik der Medici und Franz I., die in der Erhöhung des Steuerertrages ihr Hauptziel erblickten und die vor allem, wo immer es anging, geräuschlos und ohne Ankündigung diese Erträge zu steigern versuchte.

So zeigt sich denn, daß die leopoldinische Gemeindeverfassung allerdings, wie Tabarrini und Reumont gemeint haben, zunächst eine ökonomische und administrative Reform des nach Zentralisation und Vereinheitlichung strebenden absoluten Staates war, daß aber andererseits stärkste Elemente einer der Auffassung der Zeit entsprechenden verfassungsrechtlichen Abgrenzung der Gemeinde gegenüber dem Staate vorhanden sind, die in der Uebertragung eines eigenen Wirkungskreises an die Gemeinden und in ihrer Sicherstellung gegen staatliche Uebergriffe ihren Ausdruck finden; dadurch sollte die erstorbene

kommunale Regsamkeit wieder geweckt und die Untertanen langsam zur Mitarbeit am Wohle des Staates herangezogen werden.

Und nun noch eine Frage: ist jenes Versprechen gehalten worden, daß die Gemeinden mit Ausnahme der Tassa di Redenzione keine weitem Abgaben an den Staat zu entrichten haben würden? Die bisherige Auffassung ging dahin, daß Leopold seinem Versprechen getreulich nachgekommen sei. In Wirklichkeit verhält sich indessen die Sache wesentlich anders. Wir dürfen von der Arbeit Anzilottis wohl erwarten, daß sie diesen Punkt ausführlicher beleuchten wird; aber so ganz möchte ich auch hier nicht an dieser interessanten Frage vorübergehen, drum sei auf das Wesentliche schon hier hingewiesen<sup>13</sup>.

Am 26. Januar 1784 erhielten der Präsident der Gemeindekammer und der Vorsteher des Wasseramtes von Pisa den Auftrag die Abweichungen von der Gemeindeverfassung sowohl von seiten der Regierung wie von seiten der Gemeinden festzustellen. Ihr Bericht erschien damals wenig der Aufmerksamkeit wert, nur einige Reformen wurden vorgenommen. Neuerdings kam die Sache zwei Jahre später zur Sprache. In der Sitzung der Kommission für die große Finanzreform der 80er Jahre, vom 9. November 1786, als die Gemeindeordnung bereits im ganzen Staate zur Durchführung gekommen war, befahl Leopold, daß die Kommission alle Erlasse, die nach der Einführung derselben ergangen waren, einer strengen Prüfung unterziehen sollte, „colla veduta di richiamare al vero spirito della medesima quei punti economici o politici dai quali fosse stato in qualche maniera derivato o per mezzo di sovrani ordini o di deliberazioni ed operazioni delle Comunità come pure di proporre quelli aumenti o variazioni che fosse riconosciuto espediente di fare alla predetta legislazione.“ Den vier Soprintendenten wurde aufgetragen zu prüfen, ob alle von den Ge-

---

13. Für das Folgende wurde benutzt: Gabinetto, Filza 108, Nr. 1—21; Filza 64, Nr. 4 (i und c); Filza 65, Nr. 3, 4, 5 (d).

meinden auf Befehl und mit Zustimmung der Regierung gemachten Ausgaben für verschiedene Zweige des öffentlichen Dienstes, obschon sie nicht in der Tassa di Redenzione inbegriffen waren, als der Kommunalverwaltung nicht angehörig zu betrachten seien, und ob man sie daher völlig davon befreien solle. Ferner sollte geprüft werden, über welche Zweige der Verwaltung die Gemeinden die ihnen durch die neue Gemeindeordnung gelassene Freiheit ausüben sollten oder könnten, unter Vorbehalt allerdings der Kontrolle, die nur dem Großherzog zustehe, um in geeigneter Weise Mißbräuche abzuschaffen, falls die Gemeindebehörden sich von ihren genau vorgeschriebenen Aufgaben entfernten.

Die Denkschriften der Beauftragten, insbesondere des Präsidenten Mormorai erbrachten nun allerdings den klaren Beweis, wie massenhaft im Verlaufe eines Jahrzehnts die gegebene Verfassung durch die staatliche Administration durchbrochen worden war, vor allem in finanzieller, aber auch politischer Hinsicht. Zwar das Versprechen, die Tassa di Redenzione nicht zu erhöhen, wurde gehalten. Dafür erfolgte eine durch staatliche Eingriffe verursachte, nicht selten gewaltige Belastung der Kommunen entgegen der Bestimmung der Gemeindeordnung dadurch, daß den Gemeinden massenhaft Aufgaben zugewiesen wurden ohne entsprechende Anweisung von Finanzquellen. So wurde, obgleich die Gemeindeverfassung derartige Aufgaben der freien Entschließung der Kommunen anheimgestellt hatte<sup>14</sup>, einer Reihe von Gemeinden befohlen, vor allem Friedhöfe auf eigene Kosten anzulegen, weiter Gemeindestraßen; es wurde die Reinigung der Häuser, die Visiten der Aerzte und Chirurgen angeordnet, Tötung von tollen Hunden, Gutachten bei Ansteckung von Tieren; Ueberweisung von Salzablagen zu Lasten der Kommunen, die Instandsetzung kommunaler Kerker, Bauten an den Staatsgebäuden, Unterbringung und teilweise Aus-

---

14. Und obgleich mehrere dieser Titel durch die Tassa di Redenzione abgelöst worden waren.

rüstung von Truppen, der Unterhalt von in Korrektionshäusern Internierten und eine Reihe weiterer Lasten, die alle einen dem Geist der eben erlassenen Ordnung widersprechenden Eingriff des Staates in die Kompetenz der Gemeinden darstellten, eine schwere Belastung derselben bedeuteten. Zwar wurde, wie bereits gesagt, die Höhe der Tassa di Redenzione dadurch nicht berührt; aber die Regierung steigerte, so wie es einst unter den Medici geschehen war, die kommunalen Abgaben in der willkürlichsten Weise. Auch Eingriffe rein politischer Natur in den geschaffenen Wirkungskreis der Kommunen ereigneten sich mannigfach: Verbote, die Höhe der Decima in den Katasterrollen zu ändern, obgleich der Artikel 42 des Gesetzes von 1774 dies den Gemeinden zu freier Entscheidung überlassen hatte; Uebertragung der Aufsicht über die öffentlichen Schulen an die Richter, Unterstellung der Aerzte usw. der Gemeinden unter die Richter usw. Es waren insbesondere die Instruktionen an die Richter vom 28. April 1781 und die an die Gemeindeganzler vom 16. November 1779, die derartige Beschränkungen der Kommunalverwaltung in Menge brachten, und ein Vordringen der staatlichen Administration in freiwillig geräumte Positionen bedeuteten. Die mit der Enquête beauftragten Beamten, insbesondere der Vorsteher des Wasseramts in Pisa in seiner interessanten und klaren Denkschrift zögerten denn auch nicht, dieses Willkürsystem aufzudecken und die Revokation der gesetzwidrigen Edikte und Verordnungen vorzuschlagen, um die wieder überwuchernde Gewalt der Richter einzuschränken. Die Bemerkungen, die der arbeitsame Großherzog zu den einzelnen Berichten machte, ließen denn auch keinen Zweifel daran, daß Leopold entschlossen war, die verletzte Rechtssphäre der Gemeinden wieder herzustellen. In der Kommissionssitzung vertrat der Finanzrat Schmidveiller den Standpunkt, daß in vielen Fällen nur die Nachlässigkeit der Gemeindebehörden ein Eingreifen des Staates verursacht hätte, daß die Interpretation der Bestimmung wegen der Tassa di Redenzione nicht ausschließe, daß die Gemeinden genötigt seien, jede weitere Ausgabe ihrer

Verwaltung und des öffentlichen Dienstes zu bestreiten, die auf neue, von der durch die Tassa di Redenzione abgelösten verschiedene Titel begründet sei, „und das Versprechen nicht mehr zu besteuern, darf und kann nicht auf die späteren öffentlichen Bedürfnisse ausgedehnt werden, sondern muß sich einzig auf die speziellen, damals bekannten und abgelösten Titel erstrecken; sonst hätte sich der Monarch auf einen Vertrag eingelassen, der mit den Interessen des Staatsschatzes und zugleich der unveräußerlichen Rechte der Souveränität unverträglich wäre.“ Dieser reaktionären Auffassung Schmidveillers gegenüber trat Gianni dafür ein, daß eine genaue Untersuchung über jede einzelne rechtsverletzende Verordnung vorgenommen würde unter dem Gesichtspunkt, ob die betreffende Maßregel nützlich sei, um eine Unvollkommenheit oder einen beim Aufstellen der Gemeindeordnungen begangenen Fehler zu korrigieren; ob sie dem Geist und Sinn derselben entgegengesetzt sei oder ob sie der Absicht des Legislators entgegenstehende Wirkungen hervorbringen könne; ob sie die Gemeinde mehr als vorgesehen wurde, belaste oder die Gemeindeverwaltung erschwere. Daraufhin solle man die Entscheidung fällen. Den unmittelbaren Kern der Sache traf der Minister Serristori, der ganz auf der Seite Schmidveillers stand. Die Bemerkungen über die Abweichungen von der Gemeindeordnung, meinte er, beziehen sich auf zwei Punkte: einmal auf die neuen Lasten, die einigen Gemeinden auferlegt wurden und die mit dem durch Einsetzung der Tassa di Redenzione vertretenen System unvereinbar sind; und sodann auf die Einschränkung der Machtbefugnisse, die den Gemeinden zustehen. Klipp und klar sagte Serristori heraus, daß die Verletzung der Gemeindeverfassung vor allem auf Grund zweier Voraussetzungen beurteilt werden müsse: 1. ob die Gemeinden völlig von der monarchischen Autorität befreit oder der obersten Gewalt des Souveräns unterstellt sein sollten, und 2. ob die Belastung, die den Gemeinden nach der Festsetzung der Tassa die Redenzione aufgebürdet wurde, ungerecht und unverträglich sei. Nach Feststellung des prinzipiellen Stand-

punktes sollte dann eine Kommission der vier Soprintendenten zur weiteren Klärung der Frage eingesetzt werden.

Die Lösung dieser Frage zog sich indessen lange hinaus, wohl nicht zum geringsten infolge der kolossalen Arbeitslast der Regierung infolge der Finanzreform. Aus einer Denkschrift Gianni vom 27. Mai 1788 geht hervor, daß in jener Zeit der Regalienauditor dem Großherzog den Vorschlag machte, ein Tribunal einzusetzen, das die Gesetze daraufhin zu prüfen hätte, ob sie den Gemeindeordnungen nicht entgegen wären. Mit scharfen Worten trat Gianni einer solchen Maßregel entgegen, die den Monarchen zugunsten eines Kollegiums seiner Prärogative berauben und eine Verstümmelung der Souveränität zur Folge haben würde. „Se. Kgl. Hoheit möge kundtun, ob Ihrem Verständnis und Ihren Gefühlen der Gerechtigkeit und Milde die Prinzipien, Maximen und Absichten genehm sind, nach welchen diese Gesetzgebung aufgebaut wurde, und wenn Sie dieselben für unbefriedigend hält, möge Sie neue angeben, die Sie für besser hält, und es wird dann sofort möglich sein Ihr mit einem neuen Reglement zu dienen, das Ihre Befriedigung finden kann. Wenn Sie aber die gegenwärtige Verfassung Ihrer Absicht entsprechend findet, so braucht es keine Interpretation dessen, der dieses gefährliche Amt übernimmt.“

Es deutet alles daraufhin, daß seit Erlaß der Gemeindeverfassung oder vielmehr vorher ein heißer Streit stattgefunden hat zwischen den Anhängern einer ganz in freiheitlichem Sinne geführten Verwaltung, die eine Mitbeteiligung der Untertanen an der Staatsverwaltung erstrebten, zunächst in der Form der selbständigen Kommunalverwaltung, an deren Spitze Gianni stand; und andererseits die Vertreter der Auffassung vom absoluten Staat, die das Heil desselben nur in einer in alle äußersten Zweige eingreifenden Tätigkeit der staatlichen Administration erblickten und denen der Erlaß der Gemeindegesetzgebung als eine Art von Selbstverzicht des Monarchen auf die Regierung erschien. Serristori und Schmidveiller scheinen vor allem diese Auffassung vertreten zu haben. Ihrer Tätigkeit ist es zweifellos



nicht zum wenigsten zu verdanken, daß trotz der Gemeindegesetzgebung die staatliche Autorität immer und immer wieder in das konzedierte Machtbereich der Kommunen eingriff, wodurch Leopolds hochherzige Absicht durchkreuzt wurde. Freilich, auf die Länge erwies es sich, daß der Einfluß und die geistige Größe eines Gianni alle seine Widersacher aus dem Felde schlug; wahrscheinlich war er es auch, der die Revision der widersprechenden Verordnungen angeregt hatte. Er brachte sie auch jetzt wieder in Fluß, als er am 10. Juli 1788 eine Denkschrift über die Berichte der vier Soprintendenten einreichte. Klar wies er daraufhin, wie die unglückliche Politik die lokalen Bedürfnisse durch die staatliche Verwaltung zu regeln, traurige Folgen, unerhörte Bedrückung der Untertanen zur Folge gehabt habe. Dagegen habe die neue Gemeindeordnung eine Reihe von günstigen Folgen gezeitigt: eine bessere Kassaführung, besonders in bezug auf die früher unausrottbaren Rückstände; eine bessere Verteilung der Abgaben, allgemein eine bessere Verwaltung. Aus den vorliegenden Berichten aber gewann Gianni durchaus den Eindruck, daß man zum alten System der Abhängigkeit von den staatlichen Behörden zurückkehre. So schlug er denn vor, die Gemeindeverfassung durch Aufhebung und Moderation der betreffenden Verordnungen in ihrem gesamten Umfange wiederherzustellen.

Wie noch so oft, so gab auch hier die Ansicht Giannis den Ausschlag; in der Sitzung vom 17. Juli 1788 beauftragte Leopold den Regalienauditor ganz nach den Angaben Giannis eine Einteilung der nach Erlaß der Gemeindeordnung erschienenen Verordnungen vorzunehmen, um entsprechend eine Aufhebung oder Einschränkung derselben eintreten zu lassen. Für eine Reihe von Kompetenzbeschränkungen wurde sogleich die Restitution der Gemeindefreiheit und die Befreiung der Kommunen von den Lasten beschlossen, zur Vermeidung weiterer Uebergriffe befohlen, daß alle Befehle an die Gemeinden zuerst der Finanzkommission unterbreitet würden; der Vorschlag eines Tribunals zur Interpretation wurde abgelehnt. Noch

Warum hat Großherzog Leopold sein Versprechen nicht gehalten, so daß der Charakter seiner Gemeindepolitik tatsächlich sich qualitativ gar nicht und quantitativ wohl nicht allzuviel von dem seiner Vorgänger unterschied? Man würde ihm entschieden Unrecht tun, wollte man ihn persönlich dafür verantwortlich machen. Sein ganzes Verhalten widerspricht einer solchen Annahme und am meisten jenes Edikt vom 20. April 1789, wodurch er die Gemeindeverfassung wiederherstellte. Die Ursachen lagen zweifellos viel tiefer. Der Uebergang vom alten absoluten Beamtenstaat, der mehr als zwei Jahrhunderte dem Staatswesen sein eigentliches Gepräge gegeben hatte, zu

Digitized by Google

einem System, wo die bisher en canaille behandelten Gemeinden zum eigenen und zum Wohl des ganzen Staates mitwirken sollten, dieser Uebergang ließ sich nicht so glatt und ohne Rückfälle ins alte Bevormundungs- und Willkürsystem bewerkstelligen. Eine mächtige, in ihrer Machtgier und in ihren materiellen Interessen beschränkte Bürokratie stemmte sich den liberalen Intentionen ihres Monarchen entgegen und andererseits vermochten die jeglicher Betätigung im öffentlichen Leben längst entwöhnten Untertanen sich nicht sofort mit der notwendigen Einsicht und Tatkraft in den neuen Zustand hineinzufinden. Das ist wohl der Hauptgrund, weshalb auch unter Leopold die Gemeindepolitik in der Praxis keinen grundsätzlich andern Charakter aufwies wie diejenige vor ihm. Von nicht geringem Einfluß in derselben Richtung war zweifellos, daß die Gemeindeordnung zu früh erschienen ist. Zu früh; denn erst während oder nach ihrem Erlaß setzten die großen leopoldinischen Verwaltungsreformen ein, die den ganzen alten Staatsbau über den Haufen warfen und nach allen Richtungen hin neue Grundlagen legten. Dieser Neuaufbau fand die Gemeindeordnung schon vollendet und abgeschlossen vor, während es doch von Vorteil sein mußte, jetzt erst allmählich die richtige Scheidung der kommunalen und staatlichen Machtosphäre vorzunehmen. Auch daraus erklären sich wohl jene zahlreichen Verletzungen der eben geschaffenen Ordnungen.

Wir sind in unserer Schilderung der leopoldinischen Gemeindepolitik weit vorausgeeilt und teilweise sogar von unserm Thema abgekommen. Wir kehren jetzt zu der Gemeindeverfassung von 1774 zurück und haben noch die zwei finanzpolitisch interessanten Neuerungen ins Auge zu fassen, die sie brachte: die Einsetzung der Tassa di Redenzione und die Entlastung des Kolonats von der Grundsteuer.

Die physiokratischen Zeitgenossen Leopolds in Frankreich waren lange der Meinung, die Ablösungssteuer, Tassa di Redenzione, sei nichts anderes gewesen als die eine direkte Steuer, die sie in der Theorie verfochten. Nichts weniger als das; wie

denn noch Arthur Young konstatieren konnte, daß in Toskana sämtliche Steuern bestünden, wie sie auch in den übrigen Ländern vorkämen. Die Tassa di Redenzione war im Grunde nichts anderes als eine rechnerische Operation: alle die verschiedenen Abgaben, die die Gemeinden dem Staate unter dem Titel „Chiesto dei Nove“, Bede der Neunmänner, zu entrichten hatten, manchmal über 25 Titel, die während des mediceischen Régimes allmählich nicht durch Erhöhung, sondern durch Multiplizierung der Steuern entstanden waren, wurden durch die Tassa di Redenzione abgelöst; daher stammt auch ihr Name, Ablösungssteuer. Die wichtigsten dieser Titel sind bereits oben aufgezählt worden. Ist so die Tassa di Redenzione schließlich nichts anderes gewesen als eine Addition der vielen staatlichen Steuern auf die Kommunen, die eine willkommene Ersparnis an Zeit und Erhebungskosten brachte und das unendlich komplizierte staatliche Rechnungswesen wesentlich vereinfachte, so bedeutete sie nach einer andern Richtung einen unbedingten Fortschritt und eine bedeutende Erleichterung der Kommunen: die Höhe derselben wurde für jede einzelne Gemeinde im speziellen Erlaß festgelegt. Zwar war auch ein Teil der früheren Titel normiert gewesen, aber keineswegs alle. Der Legislator wollte also eine feste und unveränderliche Besteuerung schaffen, die mit möglichst wenig Erhebungskosten wie Belästigung für die Steuerzahler erhoben werden konnte; sie bedeutete einen Bruch mit dem bisherigen System willkürlicher Ausbeutung durch den Staat. Den Gemeinden selbst wurde die Umlage in drei Jahresraten übertragen; sie erfolgte in der Weise, daß man zu der Tassa di Redenzione, die wir als Staatssteuer bezeichnen können, die Gemeindesteuern hinzuzählte; die Erträge der Gemeindebesitzungen wurden in Abzug gebracht und der Rest auf den Grundbesitz umgelegt, zu welchem Zwecke die Gemeinden Kommissionen bestellten. Freilich ist, wie bereits oben ausgeführt wurde, die Zusage der Nichterhöhung der Tassa di Redenzione nur in beschränktem Sinne gehalten worden, indem sie selbst zwar nicht gesteigert wurde und unter Leopold unver-

ändert blieb, aber durch Eingriffe in die Gemeindeangelegenheiten durch die staatliche Bürokratie wurden dafür die Gemeindesteuern gewaltig erhöht.

Die Tassa di Redenzione und das Versprechen Leopolds sie nicht mehr zu erhöhen, bedeutete dann aber auch einen unzweifelhaften Sieg Gianni über seine physiokratischen Gegner. Damit war es — ohne einen Wortbruch — unmöglich geworden, die von Tavanti, Serristori u. a. erstrebte Umwandlung vieler bzw. aller Steuern in Grundsteuern vorzunehmen. Und daher können wir kaum zweifeln, daß Gianni dem Großherzog, wohl erst nach einem harten Ringen gegen Tavantis Einfluß, dieses Versprechen abgerungen hat. Zwar haben sich, wie wir oben sahen, Tavantis Schüler Serristori und Schmidveiller später auf den Standpunkt gestellt, daß das Versprechen anders interpretiert werden müsse, daß die Tassa di Redenzione bloß die Ablösung der speziell genannten Titel sei und nur für diese keine Erhöhung, wohl aber für neue Bedürfnisse Besteuerung eintreten dürfe. Aber Leopold hat ja Gianni recht gegeben, wie wir sahen, und so war das Versprechen unzweifelhaft auch gemeint gewesen. Dann zeigt sich auch die Niederlage der physiokratischen und reformfreundlichen Partei vor allem darin, daß statt der gehofften allgemeinen Neukatastrierung des Grundbesitzes nach einem einheitlichen System, es den Gemeinden des Distretto und des Senesischen überlassen blieb, nach Gutdünken die Gemeindekataster zu erneuern. Wenn auch bei der Zusammenrechnung der einzelnen Posten zur Tassa di Redenzione manche Abstriche und Ermäßigungen vorgenommen wurden, einzelnen Gemeinden auch einige Steuertitel geschenkt wurden, so wurde doch, wie auch Leopold zugab<sup>16</sup>, an dem ganzen fehlerhaften System nichts geändert, weil bereits die einzelnen Titel, die man nur zusammenrechnete, auf falschen Grundlagen beruhten, weshalb genau die gleichen Fehler und Ungerechtigkeiten auch bei der Tassa di Redenzione wieder

---

16. Gabinetto, Filza 93, Nr. 8.

zum Vorschein kamen. Ja, dieselben wurden durch die Gemeindeverfassung noch in nicht unwesentlicher Weise vermehrt, insofern jetzt bisher getrennte und mit verschiedenen gearteten Katastern ausgestattete Kirchspiele, Verbände usw. zu einer Gemeinde zusammengelegt wurden, weshalb der Ruf nach Reform sich nur noch lauter erhob. Die Grundlage für eine wahrhafte Reform der Grundbesteuerung konnte eben nur ein Zurückgehen auf den Grundfehler der gesamten Besteuerung, konnte nur eine allgemeine Revision des Katasterwesens sein. Und eben diese war mißlungen.

Zeigt sich also in dieser Hinsicht, wie konservativ Leopold war, wenn seine wichtigsten Ratgeber sich nicht einigen konnten, so sehen wir andererseits in dem zweiten großen, finanzpolitischen Novum der Gemeindeordnung, wie energisch und radikal er vorging, wenn unter denselben Einstimmigkeit herrschte. Die Frage, wie das schwerbedrückte Kolonat, insbesondere des florentinischen Contado, wo die Kolonen vermittle des Decimino alle Grundsteuern mit Ausnahme der Decima bezahlten, entlastet werden könnten, ist zweifellos schon zu Beginn der leopoldinischen Regierung gestellt worden und je mehr der Bauerngroßherzog auf seinen vielen Reisen das Elend dieser Bevölkerungsschicht kennen lernte, um so dringender mußte er die Lösung dieses Problems herbeiwünschen. Aus diesem Verlangen ging jene Anfrage aus dem Jahre 1771 hervor, die Leopold durch Tavanti an die von ihm so begünstigte Schöpfung Montelaticis, die Accademia dei Georgofili richtete: Welches sind die königlichen und kommunalen Steuern und Abgaben, die auf den Kolonen lasten und dadurch den Ackerbau schädigen, und welches sind die allzu drückenden Verträge und Bedingungen, mit denen sie vom Padrone belastet werden, und in welcher Weise kann dem einen wie dem andern abgeholfen werden? Die Akademie kam dem Auftrage ihres hohen Protektors nach, indem sie vier ihrer Mitglieder die Beantwortung der gestellten Fragen übertrug, die sich denn auch in diese Aufgabe teilten<sup>17</sup>.

<sup>17</sup>. Gabinetto, Filza 91, Nr. 8. Damit sind also diese Arbeiten

Der erste Votant, Pelli, machte sich zur Aufgabe prinzipiell zu untersuchen, ob die Kolonen verpflichtet seien die Steuern, die auf dem von ihnen bearbeiteten Boden lasteten, mitzutragen oder ob diese Grundsteuern sämtlich auf den Padrone umgelegt werden sollten. Pelli war ein Verfechter physiokratischer Grundsätze; er beruft sich für seine Deduktionen auf Mirabeau und kennt auch Vauban. Sein teils historisch, teils systematisch gehaltener Exkurs lief auf den Nachweis hinaus, daß die bei dem System der Mezzeria dem Kolonen zufallende Hälfte der Früchte der Lohn für seine Arbeit, während die andere Hälfte, der Anteil des Padrone, der wahre Ertrag des Bodens sei. „So oft der Anteil des Kolonen nicht seinen Unterhalt übersteigt, müssen die Steuern auf die Hälfte des Herrn umgelegt werden.“ Wenn aber der Ertrag dem Kolonen mehr als den bloßen Unterhalt liefert, so ist es gerecht, daß er auch mitbesteuert wird; aber die ganze Steuer soll eher vom otiosen Grundbesitzer erhoben werden, als daß man den arbeitenden Kolonen belästigt; dem Herrn soll dann die Möglichkeit gegeben werden auf seinen Kolonen zurückzugreifen. Diese werden dadurch nicht bedrückt, weil bei dem geltenden System die Besitzer ja auch oft ihre Bauern unterstützen müssen. Freilich nur die Grundsteuern will Pelli dem Padrone aufladen, nicht aber die Personalsteuern und sonstigen Abgaben, da er sonst gegenüber den andern Gesellschaftsschichten übermäßig belastet würde. Die Geistlichkeit will er gleich behandelt wissen, wie die übrigen Grundbesitzer.

Die schwerste Aufgabe hatte Pagnini übernommen, nämlich die Darstellung des ganzen, kolossal verwickelten Grundsteuerwesens des Contado. In einem eingehenden historischen Exkurs wies er hin auf die uns ja zur Genüge bekannten Un-

---

gefunden, die Tabarrini und Morena vergeblich gesucht haben. Die Accademia dei Georgofili sei darauf aufmerksam gemacht, daß es recht zu begrüßen wäre, wenn sie vor allem die Schriften Pagninis und Paolettis publizieren und damit der Forschung zugänglicher machen würde.

regelmäßigkeiten, Ungleichheiten, auf das ganze heillos unübersichtliche und bedrückende System der Grundbesteuerung, die Privilegien usw.; wie außer der Decima vermittle des Decimino alle übrigen Steuern auf die Kolonen umgelegt wurden, wie diese sogar gezwungen waren für Ländereien zu steuern, die sie gar nicht bearbeiteten. Ausführlich verweilte er dann bei den einzelnen Titeln der Grundbesteuerung und zornig rief er aus, daß zwar nach den allgemeinen Steuerregeln für Ausgaben für das Allgemeinwohl auch die Allgemeinheit aufzukommen habe; was denn aber die Kolonen mit einer Reihe von diesen Steuern zu tun hätten, mit der Steuer für die Revision der Gemeindeverwaltung, an der sie keinen Anteil hätten, für den Häscher der Inquisition, den Kaplan von Poggio a Caiano, mit den Kommenden des Stefansordens usw. Scharf und nachdrücklich tritt so bei ihm das Interessenprinzip in den Vordergrund und bei fast jedem Titel kommt er zu dem Schlusse, daß zwar die Kolonen alle Steuern zu bezahlen, aber meistens keinen oder nur geringen Vorteil davon hätten. Dann macht Pagnini darauf aufmerksam, wie sehr seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts die Zahl und Höhe der vermittle des Decimino auf die Kolonen umgelegten Steuern gewachsen sei, so daß sie häufig eine den Betrag der Decima des Padrone übersteigende Summe zu entrichten hätten. Weiter machte er die Wahrscheinlichkeitsrechnung, daß einem Kolonen nach Abzug von allem 4 Soldi für seinen täglichen Unterhalt übrig blieben und die Grundbesitzer daher gezwungen seien ihre Bauern zu unterstützen. Pagninis Reformvorschlag ging dahin, die gesamte Grundbesteuerung auf die Grundbesitzer umzulegen, mit der Erlaubnis sie ganz oder teilweise auf die Kolonen abzuwälzen, wenn sie es ohne eigenen und der Kolonen Schaden tun zu dürfen glaubten. Diese Maßnahme sollte durch Abschaffung aller übrigen Titel und durch eine entsprechende, fest bestimmte Erhöhung der Decima vorgenommen werden. Günstige Folgen sah er daraus hervorgehen: die Kolonen gewinnen wieder Mut und Arbeitskraft; der Ertrag wird größer



und Quälereien unterbleiben. Wenn so die Summe fest und ihre Zahlung regelmäßig geworden ist, werden die Fehler vermieden, die im bisherigen Wirrwarr auch unbeabsichtigt gemacht worden sind, gleichwie die vorgekommenen Parteilichkeiten. Die Verwaltung wird vereinfacht, die Emolumente zu Lasten der Kolonen fallen weg. Die Zahlung durch den Padrone erfolgt pünktlich; der Ertrag verdoppelt sich derart für die Kassen. Und nicht nur mit der natürlichen Ordnung, sondern auch mit dem Steuersystem des Distrikts ist dann das grafschaftliche im Einklang. — Allerdings wirft dann der Verfasser der „Decima“ die Frage auf, ob nicht diese neue Grundsteuer zu hoch sei, der Padrone entmutigt werde die notwendigen Ausgaben zu machen, ja sich von der Agrikultur abwenden werde. Pagnini hielt es daher für angezeigt die Ueberwälzung auf den Padrone nur langsam, nach und nach durchzuführen, indem man mit der Uebertragung der stärksten Steuern, insbesondere für den Unterhalt der Hauptstraßen, den Anfang mache, insbesondere auch der Steuern, deren Veranlagung auf die Kolonen eine offensichtliche Ungerechtigkeit sei. Andere Titel der Grundbesteuerung sollten überhaupt abgeschafft werden. Auch er fordert, daß der Klerus dieser Ueberwälzung unterliegen sollte. „Die Erleichterung, die diese wichtigste und zugleich bedrängteste Klasse von Untertanen (die Kolonen) verspüren wird, von der einzig der Aufschwung der Landwirtschaft abhängt, wird immer mehr ein Ruhmeszeichen sein in den Fasten der glorreichen Herrschaft Sr. Kgl. Hoheit, daß sie geruhte auf sie ihre gütigen Blicke zu werfen, die man mit gleichgültigem Auge auf dem Grund der Gesellschaft seufzen ließ . . .“

Die weitaus schwächste Arbeit unter den vier Denkschriften war die dritte des Dr. Tramontani, dem für den Distrikt die gleiche Aufgabe zugefallen, wie sie Pagnini für die Grafschaft übernommen hatte. Es ging daraus hervor, daß die Lage der Kolonen des Distrikts in steuerpolitischer Beziehung bedeutend günstiger war als die der grafschaftlichen,

indem dort der Padrone fast alle Steuern trug, soweit er sie nicht auf den Kolonen abwälzen wollte. Nur wenige Gemeindesteuern lasteten unmittelbar auf den Bauern und als einzige wichtige staatliche Grundsteuer, die 1767 von Leopold selber eingeführte Tassa Prediale, die immer wieder prorogiert wurde, bei welcher es allerdings dem Kolonen gestattet war die Hälfte auf den Padrone abzuwälzen. Die an manchen Orten noch bestehenden Frondienste riet Tramontani abzuschaffen.

Eine der wichtigsten Denkschriften war diejenige des gelehrten Verfassers der „Pensieri sopra l'Agricoltura“. Der würdige Pfarrherr von Villamagna, F. Paoletti, war wie kein anderer imstande auf die zweite Frage Leopolds zu antworten: welches die Verträge und Bedingungen seien, die die Kolonen am meisten belasteten und wie man am besten abhelfen könne. Diese Abhandlung, die für eine Geschichte des Systems der Mezzeria während der leopoldinischen Legislatur zweifellos ein Dokument ersten Ranges ist, die für die schon von Poggi mit Erstaunen konstatierte konservative Politik nach dieser Richtung wichtige Aufschlüsse gibt, interessiert uns hier nur in den Schlußfolgerungen, die der Verfasser zog. Paoletti riet ab, durch positive Gesetze diese Pachtverträge und Abmachungen zwischen Padrone und Kolonen zu regeln, sie vielmehr der Mäßigung und dem Interesse des ersteren und den Bestimmungen der geltenden Gesetze zu überlassen; für ihn war die Halbwinnerschaft überhaupt der bestmögliche Vertrag, der sich in jener Zeit für das Kolonat schaffen ließ.

Das war die Antwort der Accademia dei Georgofili vom 31. August 1772 auf Leopolds Anfrage, während gleichzeitig in den akademischen Sitzungen über dieses Thema diskutiert wurde. Leider sind wir in keiner Weise über die Beratungen der Minister über diese Frage unterrichtet. Nur das Resultat liegt uns vor in den Gemeindeordnungen und dieses zeigt allerdings, daß der Großherzog in weitgehendster Weise die Auffassung der Akademiker zu der seinen gemacht hat. Die Gemeindeverfassung für den Contado übertrug zunächst die ganze Grund-

steuer auf den Grundbesitzer; indessen doch nicht vollständig; denn es wurde festgesetzt, daß die Kolonen und Handwerker usw. einen festen und unveränderlichen Steuersatz, der in den speziellen Erlassen jeweils bestimmt wurde, nach dem bisherigen System des Decimino weiter zu entrichten hätten. Alles weitere wurde dem Grundbesitzer aufgebürdet. Damit war das gedrückte Kolonat nicht nur von einer großen Steuerlast befreit, sondern vor allem auch sichergestellt gegen jene Unsicherheit und schwankende Höhe der Steuerquote, die sie während des mediceischen Régimes mehr als alles gelähmt hatte. Aus einer Zusammenstellung aus späterer Zeit<sup>18</sup> ergibt sich, daß fast  $\frac{2}{3}$  der Grundsteuern, die früher auf den Kolonen belastet hatten, auf den leistungsfähigeren Padrone abgewälzt worden waren, nämlich 12 948 Scudi;  $\frac{1}{3}$ , 7300 Scudi hatten die Bauern des Contado aufzubringen; außerdem mußte der Ertrag der Gemeindegüter zuerst zur Verminderung der Kolonenquote verwendet werden. So hatte sich der vorsichtige Leopold also genau an die Vorschläge der Akademiker gehalten, nicht durch Ueberwälzung aller Steuern die Grundbesitzer zu entmutigen; aber er hatte doch die Last des Kolonen beträchtlich vermindert. Er hatte auch den Titel in die staatliche Verwaltung herübergenommen, der die Kommunen jeweils am meisten belastet hatte: den Bau und Unterhalt der sog. Strade regie, der Staatsstraßen. Wahrscheinlich war es die 1767 anläßlich des Baues der pistoiesischen Straße provisorisch eingeführte, aber nicht wieder fallen gelassene Grundsteuer, die dafür den finanziellen Ertrag lieferte.

Weit radikaler erscheint die Reform im Distrikt, im Pisanischen und im senesischen Staat. Freilich wissen wir ja schon, daß dort, anders wie in der Grafschaft, die meisten Grundsteuern bereits auf dem Grundbesitzer lasteten. Keineswegs alle; manche Kommunalabgaben wurden auf die Bauern umgelegt; die oben erwähnte Tassa prediale lastete ebenfalls auf

---

18. Gabinetto, Filza 70, Nr. 1A.

ihnen. Ferner ist zu bedenken, daß bei den manchmal ganz irrationalen Schätzungen der distriktualen Gemeinden mancherorts eine Reihe von kommunalen Steuern gar nicht als Grundsteuern zur Umlage kamen, sondern meist als Kopfsteuern in der verschiedensten Weise, auf Feuerherde, auf Vieh, auf Wagen usw.; in der Regel gab es mehrere derartige Besteuerungsarten in jeder Gemeinde, so daß die eine Auflage nach diesem, die andere nach jenem Modus umgelegt wurde. Dazu traten vielfach Frondienste und so waren eben auch die Kolonen des viel unfruchtbareren Distrikts mannigfach und über ihre Leistungsfähigkeit hinaus mit Abgaben bedrückt. Diesem Zustand machte die Gemeindereform ein Ende, indem sie die Umlage aller, kommunaler wie staatlicher Grundsteuern auf den Grundbesitz verwies, sie dem Grundbesitz auferlegte und das Kolonat damit völlig nach dieser Richtung steuerfrei erklärte. „Um jeden Zweifel und jede Schwierigkeit, die bei der Verteilung der kommunalen Steuern entstehen könnten, zu heben,“ betonte das Generaledikt, um ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, „erklären wir, daß die Kolonen nie mit Gemeindesteuern belastet und besteuert werden dürfen, weder in Form von Kopfsteuern noch Arbeitsertragssteuern und dasselbe wollen wir, daß es auch für die Handwerker und Arbeiter jedes Gewerbes gelte.“ Eine Unmenge von lokal verschiedenen Besteuerungsformen und Abgaben, die jeweils in den speziellen Erlassen aufgezählt wurden, verschwanden so; ihre Ersetzung durch die Grundsteuer war ein zweifelloser Sieg der Physiokraten, bedeutete aber zugleich eine nicht unwesentliche Mehrbelastung der Grundbesitzer. Indessen war das Gemeindeeigentum der Kommunen des Distrikts allgemein viel größer, so daß damit eine gewisse Erleichterung geschaffen war. Selbstverständlich wurden auch die Frondienste abgeschafft, manche staatliche Steuern und Dienstleistungen wurden den Gemeinden erlassen<sup>19</sup>.

---

19. Der Ertrag der Tassa di Redenzione und der Decima ums Jahr 1784 betrug Sc. 243,023.4.12.10 der kommunalen Steuern 218,208.5.3.2. Die Einnahmen aus Gemeindegütern betrugen

Durch die Gemeindeordnung oder doch gleichzeitig mit deren Erlaß wurde jene schon so oft erhobene Forderung in Tat umgesetzt, daß sämtliche Steuerprivilegien abgeschafft werden sollten. Das Rechtsgefühl des vom Glauben an die natürliche Ordnung beseelten Menschen der Aufklärung fand es ja besonders unerträglich, daß ganze Schichten der Gesellschaft, und zwar gerade die leistungsfähigen sich in der mannigfachsten Weise dieser Pflicht entzogen; die Erschütterung der hergebrachten religiösen Vorstellungen bewirkte, daß vor allem die kirchliche Immunität angefochten wurde. Nach dem früher Gesagten ist natürlich kein Zweifel, daß in Toskana die Verhältnisse nach dieser Richtung weit günstiger lagen als anderwärts. Völlig steuerfrei waren nur die Allodialgüter des regierenden Hauses, die Kommenden des Ordens von S. Stefano, viele Gemeindebesitzungen; während das Kirchengut zwar nicht immer die entsprechende Quote bezahlte, aber doch nur zum geringsten Teile immun war. So war vorauszusehen, daß, da keine geschlossene Opposition sich der Reform entgegenstellte, die Neuordnung ohne viel Aufsehen ablaufen würde. Tatsächlich ist es nicht einmal zu dem unter der Regierung Franz II. üblichen Protest des Klerus und der Kurie gekommen. Um den übrigen Privilegierten ein gutes Beispiel zu geben, ging der Großherzog mit der Besteuerung seines eigenen Grundbesitzes voran. Durch Motuproprio vom 28. März 1770 wurden die königlichen Besitzungen, die Güter des Fiskus, des Stefansordens, jeder Korporation, jedes Verbandes und jeder Brhörde unter Aufhebung sämtlicher Privilegien in Steuersachen dem Besitz aller übrigen Possessoren gleichgestellt. Die Gemeindeordnung verfügte überhaupt allgemein die Abschaffung aller Vorrechte dieser Art; nur das Privileg der Väter mit 12 Kindern blieb bestehen. Natürlich brachte die neue Verfassung durch Ueberwälzung aller oder fast aller Grundabgaben auf den Padrone auch dem

---

124,831.4.6.4. Siehe Gabinetto, Filza 70, Nr. 1 B. Die dortige Jahreszahl ist falsch.

Klerus eine neue schwere Last; aber niemand regte sich, um dieselbe von sich abzuwehren. Das Bedürfnis indessen, die unter sich ungleich besteuerten Besitzungen der Kirche einer und derselben Besteuerung zu unterwerfen, und der Wille, sie dem Laienbesitz völlig gleichzustellen — denn „wie ihre Natur gleich ist, so sollen auch die Lasten gleich sein“ —, rief das bekannte Edikt vom 11. Mai 1775 hervor. Darnach wurde die *Decima ecclesiastica*, jener auf Grund der Bulle Pius IV. zugunsten der Universität von Pisa vom Kirchengut erhobene Zehnte abgeschafft, die Rückstände geschenkt. Dafür wurden die sog. Besitzungen d'antico acquisto, d. h. die vor der Bulle von 1516 von der Kirche erworbenen und alle aus irgendwelchen Gründen noch immunen Besitztümer des Klerus der ordentlichen *Decima Granducale* unterworfen und nochmals abschließend erklärt, „daß alle Grundbesitzer dieser Steuer unterworfen seien, jeden Standes, Ranges und jeder Stellung, Laien wie Klerus und so auch unsere Allodialgüter, die königlichen Besitzungen, die Güter des Fiskus, des Stefansordens, der Gemeinden, Verbände, der Wohltätigkeitsanstalten und allgemein jeder Korporation und jedes Privaten, niemand ausgeschlossen und ausgenommen“. Eine Ausnahme machten nur die durch Edikt vom 5. Mai 1554 abgelösten Besitzungen.

Die leopoldinische Gemeindeverfassung ist sowohl ihrem allgemeinpolitischen wie steuerpolitischen Charakter nach eine der wichtigsten und interessantesten Reformen des toskanischen Legislators und zugleich der getreue Ausdruck der geistigen Strömungen, die in damaliger Zeit an ihn herantraten. Von der politischen Bedeutung war bereits ausführlich die Rede; in steuerpolitischer Hinsicht will der Reformator das ganze ungeheuer verworrene Grundsteuersystem vereinfachen, jegliche Willkür und Unklarheit beseitigen, vor allem aber überträgt er den Großteil der Grundabgaben von den wenig leistungsfähigen und gedrückten Kolonen auf die Grundbesitzer, wobei noch eine Menge von Kopfsteuern und indirekten Abgaben durch eine entsprechende Erhöhung der Grundsteuer ersetzt wurden; auch

damit ist die ganze Operation das getreue Abbild der allgemeinen und besonders physiokratischen Anschauungen der Zeit, die das *Produit net*, die Rente der Grundbesitzer als die zweckmäßigste Basis jeglicher Steuerumlage betrachteten. Außerdem wirft die Art der Durchführung der Reformvorschläge ein entscheidendes Licht auf die Arbeitsweise und den Charakter Leopolds, zeigt uns seine Abhängigkeit von seinen Ratgebern: die Entlastung des Kolonats und die Vereinfachung des Grundsteuerwesens wollten beide, Freund und Feind der Katasterreform und der einen direkten Steuer, Tavanti wie Gianni. Daher gelangte diese Reform zur kräftigen, ja radikalen Durchführung. In der Frage der Katasterreform aber ließ sich keine Einigung erzielen; darum ist sie zwar nicht gescheitert, aber von Leopold, der die Sache sich weiter klären lassen wollte, verschoben worden. Damit hatte man vorläufig auf eine gerechtere Verteilung der Grundsteuern verzichtet.

Indessen konnte es nicht zweifelhaft sein, daß nach dieser Richtung der Kampf weitergehen mußte, daß jede Partei versuchen würde ihre Anschauung auch in dieser Kernfrage zum endgültigen Siege zu führen. Hier lag der Angelpunkt für die ganze Neugestaltung des toskanischen Finanzwesens, und jede allgemeine grundlegende Reform desselben konnte erst dann einsetzen, wenn Leopold hierin seinen Willen kundgetan hatte. Daher entspann sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein neuer heftiger Streit zwischen Tavanti und Gianni. Ersterer, eifrig sekundiert von seinem Freund Pagnini, verfocht, wie bekannt, eine umfassende einheitliche Katasterreform; er wollte die Finanzreform vor allem auf der Grundlage direkter Besteuerung durchführen, wahrscheinlich überhaupt die eine direkte Steuer der Physiokratie zur Anwendung bringen, auf jeden Fall aber viele der lästigsten indirekten Steuern gegen Erhöhung der Grundabgaben abschaffen. Um ihn scheinen sich die meisten Ratgeber des Großherzogs geschart zu haben; wenigstens erweisen sich Serristori und Schmidveiller später durchaus als — gemäßigte — Anhänger derartiger Pläne. Zudem war Tavanti

offenbar Leopolds Lieblingsratgeber, dessen Anschauungen er teilte. So hatte sein Gegner Gianni einen harten Stand in diesem Prinzipienkampf, den er allerdings dank seiner hervorragenden, von Leopold sehr geschätzten Intelligenz gut bestand. Warum er den doch klar vorliegenden Tatsachen zum Trotz ankämpfte gegen jede allgemeine Katasterreform und für Ueberlassung derartiger Reformen an die einzelnen Gemeinden eintrat, dafür findet sich nirgends eine genügende Erklärung. Denn auch ihm konnte der allen Steuerregeln der damaligen Zeit hohnsprechende Zustand der Grundbesteuerung nicht entgehen und ist ihm auch nicht entgangen. Es war eben seine ganze Auffassung vom Finanz- und Steuerwesen, die ihn a priori zum Gegner der Grundbesteuerung machte, ihn den Anhänger der Lehre Humes, daß Konsumsteuern und unter diesen wieder die Zölle die gerechteste und zugleich geeignetste Besteuerungsart seien. Indessen mögen es auch taktische Gründe gewesen sein, die ihn zum entschlossenen Gegner der Katasterreform machten, weil er — mit Recht — fürchten mochte, daß hernach doch noch der Versuch gemacht würde, die Finanzreform durch Umwandlung zum mindesten einer Anzahl von indirekten in direkte Steuern durchzuführen. Daß er mit seiner Auffassung schließlich siegte, ist allerdings vor allem dem Umstande zuzuschreiben, daß sein größter Widersacher Tavanti mitten im heftigsten Streit und als sich der Sieg bereits auf seine Seite neigte, gestorben ist.

Daß das gesamte Katasterwesen furchtbar im Argen lag, darüber konnte eben kein Zweifel sein und alle Berichte vermochten Leopold in dieser Ansicht nur zu bestärken und zur Reform zu ermutigen. So wurde denn im Grundsatz die Einführung eines neuen allgemeinen Katasters beschlossen. Eine Kommission, bestehend aus Pagnini, dem Auditor G. Neri und den Senatoren Nelli und Ippoliti, wurde am 5. Januar 1778 eingesetzt, die umfassende Untersuchungen machte. Auch diesmal scheint aber wie früher die Methode der Aufnahme der Hauptstreitpunkt der reformfreundlichen Partei gewesen zu sein, ob



die Reform erfolgen solle auf Grund genauer Vermessung und von exakten Plänen oder durch kontrollierte Selbsteinschätzung der Grundbesitzer<sup>20</sup>.

Da gelangte, um die Pläne seiner Gegner von Grund auf und für immer zu vernichten, der Senator Gianni im Herbst desselben Jahres 1778 mit einem Vorschlag an den Großherzog, der von höchstem Interesse ist für die Entwicklung der toskanischen Finanzreform in den 80er Jahren, wenn er auch dank dem Einflusse Tavantis zunächst gescheitert ist. Zum bessern Verständnis muß allerdings jetzt ein Blick auf die bisherige Staatsschuldenpolitik Leopolds geworfen werden.

Es wurde bereits oben ausgeführt, von welcher außerordentlichen Höhe die Staatsschuld war, die die Lothringer von den Medici übernahmen. Wenn wir freilich hören, daß im Jahre 1775 die Zinsen der französischen Staatsschuld 40 % der Einnahmen verschlangen, so erscheint die Last der toskanischen Rente — ungefähr  $\frac{1}{3}$  aller Einkünfte — geringer; in Wirklichkeit standen 1737 die Dinge in Toskana viel schlimmer als im französischen Ancien Régime. Denn zu jener Zeit war Toskana ein armes, von fast aller Industrie entblößtes, bereits mit übermäßig hohen Steuern bedrücktes und ausgesogenes Land; es besaß auch keinen reichen steuerfreien Adel und keine immune Geistlichkeit, wie sie das Frankreich jener Zeit aufwies, ein Umstand, der bei einem Vergleich der beiderseitigen Lage und Aussichtsmöglichkeiten nicht vergessen werden darf; weiterhin ist unter Ludwig XV. von 1737 bis 1775 noch eine große Schuldenlast kontrahiert worden. Man wird kaum fehl gehen in der Annahme, daß Toskana 1737 in einer weit bedrängteren Lage war. In der Staatsschuldenpolitik wurde bereits oben gesagt, mußte vor allem der Charakter jeder toskanischen Regierung offenbar werden. Es ist ein — wenn auch im Grunde

---

20. Gabinetto, Filza 93, Nr. 4. Voto Giannis. Die Nachrichten für die Beratungen aus dieser Zeit sind sehr spärlich. Nr. 8.

und Legation — verlor die Regierung Franz I. gewissermaßen das Gesicht zum Ausland, indem sie in Japan versuchte aus dem dort veräußerten Landtagel die Summe zu machen. Ein großer Erfolg ist ihr nicht beschieden gewesen, zumal die Kaufsummen für die außer-toskanischen Besitzungen des Hauses nicht Toskana zugute gekommen sind.

Aus allem geht hervor, daß Leopoldo mit seiner Regierungsausübung eine richtige Auffassung vom Wesen der Staatsverwaltung gehabt haben, wie die fortgeschrittensten Theorien der Zeit. Aber seine eigene neue Auffassung vom Staat und der Funktion des Fürsten hat jene wohlwollende Politik hervorgerufen, die eine Verminderung und womöglich Tilgung der Staatsschuld erstrebte. Dazu kam sein glühender Eifer, das große Problem zu lösen, das seine Zeit mächtig bewegte und das je zu demselben Frankreich zum Gegenstand der Kardinalfrage wurde. Aus der Geschichte der toskanischen Staatsschuld, die er von zu Anfang seiner Regierung übersehen hat, geht hervor, daß er die Bedeutung der Staatsschuld als eine betrübende Last durch eine kluge Politik, die Frage durch einen kühnen Heldenmut, aber durch große Unternehmungen zum Staatswohl zu lösen suchte. So am besten, vom zündendsten und einzigen Weg, das Volkswohl zu fördern, besessen. Wesen war es ihm ein Gesetz, die durch Lug und Trug den Kredit zu heben, die durch dubiose Maßnahmen den Staat an der Perle herunterdrückte und durch rücksichtslosen Wortbruch die eingegangenen Verpflichtungen abschüttelte. Von Anfang an betrachtete er es als seine Aufgabe den Kurs der Staatsrente wieder zu heben und wieder gutzumachen, was

21. Wichtig für eine Geschichte der Staatsschuldenpolitik Leopolds sind die Schriften Giannis, die in der *Raccolta degli economisti toscani* ediert sind. Leider fehlt jegliche Arbeit über dieses wichtige Gebiet des toskanischen Finanzwesens, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen könnte.

Ungerechtigkeit und Gewalttat früherer Regenten verbrochen hatten. Aus dieser Absicht heraus ist jener edelmütige Erlaß hervorgegangen, vermöge dessen die verjährt erklärten Forderungen an den Staat wegen versäumter Zinsenabhebung wieder anerkannt wurden (15. November 1768). Zur Verminderung der Zinsenlast wurde durch Edikt vom 20. März 1770 die Konversion der noch  $3\frac{1}{2}\%$  igen Staatsschuld in eine  $3\%$  ige verfügt, gleichzeitig aber den Gläubigern, die diese Transaktion nicht mitmachen wollten, die Auszahlung des Kapitals zum Kurse von 100 angeboten. Ganz vom Geiste physiokratischer Wirtschaftspolitik getragen war dann jene Maßregel, die den Abfluß der Schuldzinsen ins Ausland verhindern wollte und daher in mehreren Terminen die Auszahlung der ausländischen Kreditoren verfügte. Dank diesen Maßregeln und überhaupt der finanziell gesicherten Lage des Staates stieg denn auch der Kurs der Rente rasch über Pari; dabei hat wahrscheinlich nicht zum wenigsten mitgewirkt, daß das zweite Amortisationsgesetz von 1769 dem Klerus den 1751 untersagten Erwerb von solchen Papieren wieder gestattete.

Woher nahm Leopold das Kapital zu diesen Auszahlungen, von denen einzig diejenige an die Gläubiger, die die Rentenkonversion nicht mitmachen wollten, 450,075 Scudi betrug? Bekanntlich hat ja der Großherzog zu Anfang seiner Herrschaft nach einem gereizten Briefwechsel mit seinem Bruder Joseph, wobei dieser keineswegs so im Unrecht war, wie bisher angenommen wurde<sup>22</sup>, demselben gemäß dem Wiener Vertrag vom

---

22. Es sei bei dieser Gelegenheit nur kurz darauf verwiesen, daß Joseph und Maria Theresia eine ganz andere Auffassung von der Weigerung Leopolds hatten; das ergibt sich vor allem aus dem bei Arneth publizierten Brief Maria Theresias an den Grafen Thurn. Danach meinten sie, Leopold sei mit dem Erbe nicht zufrieden, das ihm als jüngeren Sohn zugefallen war. Ob Leopold schon damals die spätere Auffassung vertrat, das Geld gehöre dem toskanischen Staat, ist nicht wahrscheinlich. Somit befand sich subjektiv Joseph im Recht. Und auch nach der objektiven, d. h. auf

3. Juni 1901 die Summe von Lire 1.762.351 ausständigen  
müssen. Dadurch sind die Landbesitzer massenhaft von  
einem Bankrott eintreffend worden. Daß der Landbesitzer in der  
schlechtesten Weise einen Teil seines in Vierzehntel verminderten  
Einkommens und die Hälfte seiner spanischen Pensionen  
für die Auszahlung auswärtiger Gläubiger zur Verfügung stellte,  
zeigt, wie große Interesse er an dieser Bankoperation nahm.  
Es konnte aber bei weitem nicht genügen, um alle Aus-  
zahlungen in einer Zeit zu ermöglichen. Es ist eine andere  
große Reform Leopolds gewesen, die sich in ähnlicher Weise  
mit dieser Finanzreform verband und von nicht geringem Ein-  
fluß auf dieselbe gewesen ist: die belgisch-englische Erbpächter-  
gesetzgebung. Sie bedeutet, wie dies unter Leopolds Regierung nicht  
wären gewesen ist, den Versuch einen Erbpächtergedanken jener  
Zeit in Wirklichkeit umzusetzen: der ausgedehnte, vor allem  
in portugiesische Kolonialbesitz, Portugal sollte zerschlagen,  
normieren und das Heranwachsen eines selbständigen Buren-  
landes — im Gegensatz zum System der *Mettiers* — gefördert  
werden, ein Versuch, der allerdings nach viel versprechender  
Anfänge vollständig durch gescheitert ist. Es war der Grund-  
satz der juristischen Personen der Tona Hand wie der Wohl-  
thätigkeitsanstalten der Gemeinden, aller öffentlich-rechtlichen  
Verbindungen, und den diese Abwickelungsgesetze An-  
wendung fanden, deren hervorstechendstes Merkmal der kolos-  
tale Schwanz und die Begünstigung des Erbpächters war. In-  
dem der Kirche jeglicher Erwerb von Grundbesitz untersagt  
und nur die Kapitalanlage in Staatsrente gestattet wurde, indem  
ferner die Gemeinden, Wohlthätigkeitsanstalten angewiesen  
wurden, ihre Besitzungen zu verkaufen oder zu verpachten, er-  
zielte Leopold außer einer bedeutenden Steigerung des Kurses

---

dem damals geltenden Recht stützenden Beurteilung, dürfte kaum  
der Maßstab Anwendung finden, den Leopold selbst und später die  
Hervorger Zoli und Reumont angelegt haben; vielmehr wird eben  
noch das Recht jener Zeit, des absoluten Staates maßgebend sein.

der Rente noch ein doppeltes: er erreichte eine nicht unwesentliche Vermehrung der selbständigen Bauernhöfe, des Kleingrundbesitzes, wobei sich die Erbpächter weit günstiger stellten als der Kolone beim Mezzeriasystem. Andererseits — und das ist für uns hier das Wesentliche — floß ihm fortwährend das Kapital zu, das er zur Auszahlung der Staatsgläubiger benötigte; denn die Gemeinden und übrigen korporativen Verbände mußten den Pachtschilling, das Laudemium, den Kaufpreis veräußerter Grundstücke in Staatsrente anlegen. Dann waren es besonders auch der königliche Allodialbesitz und die Staatsdomänen, die in ausgedehntem Maße verpachtet und verkauft wurden, um dieselben Zwecke zu erreichen. Es ist immer eine der interessantesten Erscheinungen der Staatsverwaltung Leopolds, wie er es versteht die einzelnen Reformen miteinander zu kombinieren.

Das alles war aber eigentlich bloß Vorspiel zu einer gründlichen Reform bzw. zur Abschaffung des Staatsschuldenwesens. Schon die bloße Existenz der Monti, die endlich durch ihn zu einer Verwaltung vereinigt wurden, war für Leopold ein Greuel; die durch so viele Gesetze, Verordnungen und Gegenverordnungen gewaltig komplizierte und verwirrte Verwaltung, von der er genaue Einsicht nahm, die schlechte Besoldung der zahlreichen Beamten, die auf Sporteln angewiesen waren, sodann die Heimlichkeit der Montiverwaltung, das alles flößte ihm einen Widerwillen gegen dieses Institut ein. Weiter kam dazu, daß der arbeitsame und fast fieberhaft für den ökonomischen Aufschwung seines Landes tätige Fürst erkannte, daß die gefahrlose Kapitalanlage in Staatsrente dem Handel und dem Ackerbau große Summen entzog; waren doch die Luoghi di Monte in der Gesetzgebung besser gestellt als Grundbesitz. Und gegen ein solches die Energie lähmendes und zu trägem Genuß verleitendes Verhalten hat der Mann stets Front gemacht, der es als sein Lebenswerk betrachtete, alle die vorher gebundenen Energien seines Staates zu lösen und Leben und Tätigkeit in die durch jahrhundertlange Entwöhnung träge gewordene

Masse zu tragen. Und doch treten alle diese Beweggründe zurück, weit zurück hinter dem großen Plan, die Staatsschuld zu vermindern, zu tilgen, um die erdrückende Last der Steuern gleichzeitig zu erleichtern; mit jeder Verminderung der Staatsschuld sollte eine Reduktion der einzelnen, drückendsten Abgaben verbunden sein, womöglich die Abschaffung aller derer, deren Ertrag der Verzinsung der öffentlichen Schuld zugewiesen war. Leopold mochte aus der Geschichte des toskanischen Staatsschuldenwesens ansehen, wie eng die Einführung oder Erhöhung der Abgaben mit der Kontrahierung neuer Schulden verbunden war, und so mag er sich vorgenommen haben, nun seinerseits den umgekehrten Weg einzuschlagen. Damit aber verband sich schon früh das Problem der Tilgung der Staatsschuld mit dem der allgemeinen Steuerreform aufs engste und es ergab sich zugleich die Konsequenz, daß die Entscheidung im großen Streit zwischen Tavanti und Gianni, ob Katasterreform und Reform der Steuern auf dem Boden direkter Steuern oder andererseits Reform auf der Grundlage der indirekten Abgaben und besonders der Zölle, der Lösung des Staatsschuldenproblems vorangehen und von wesentlichem Einfluß auf dieselbe sein mußte.

Denn schon sehr bald scheint Leopold den Gedanken an einen Tilgungsfonds aufgegeben zu haben, wie er kurze Zeit später, 1786, in England ins Leben trat. Dieser Plan, aus dem nicht für die Verzinsung der Schuld verwendeten Ertrag der Steuern eine Amortisationskasse zu bilden, wurde auch von den Ständen Stimmen gutgeheißen; auch gab es schon Vorbilder in der toskanischen Finanzgeschichte. Aber gerade aus dieser historischen Betrachtung gewann der Großherzog die Einsicht, daß derartige Kassen niemals die ursprünglich vorgesehene Verwendung fanden, und wenn er sich selbst den energischen Willen zutraute darnach zu handeln, so war er sich eben doch bewußt, daß auch anders gesinnte Fürsten den Thron bestiegen. Und vor allem wollte Leopold nicht warten, sondern

möglichst bald die Steuern vermindern. So konnte selbstverständlich auch ein anderes Projekt seinen Beifall nicht finden, durch einen Zuschlag von 14 % zu der Tassa di Redenzione das nötige Kapital zu gewinnen, um jährlich eine Anzahl Luoghi di Monte zurückzukaufen.

Was er ja tun konnte, um Ersparnisse im Staatshaushalt zu erzielen zur Verminderung von Steuern und Staatsschuld, das hat er getan und hat dabei durch fast geizig erscheinende Einschränkung seines Hofhalts, vor allem aber vermittels durchgreifender Ordnung der gesamten Verwaltung, durch Abschaffung überflüssiger Aemter und Vereinfachung des ganzen Apparates manches erreicht. Aber weil die Lebensmittelpreise infolge seiner wirtschaftlichen Gesetzgebung gewaltig stiegen und weil der Großherzog jenes Unwesen der Sporteln usw. seiner Beamten nicht dulden wollte, war eine allgemeine Erhöhung der Besoldungen notwendig und auch seine edle Handlungsweise, die durch seine Reformen so zahlreich verabschiedeten Staatsdiener nicht, wie dies früher geschah, ohne genügende Pension zu entlassen, belastete seinen Etat andererseits mit großen Summen, wie wir aus seinem Rechenschaftsbericht ersehen können.

In der klaren Erkenntnis, wie sehr jeder Erfolg des Gegners auch auf dem Gebiet der Staatsschuldenpolitik auf die Lösung der großen und immer wiederkehrenden Grundfrage wirken mußte, ob die Finanzreform auf dem Boden der direkten oder der indirekten Besteuerung durchgeführt werden solle, traten Tavanti und Gianni einander auch hier entgegen. Soviel das spärliche Material erkennen läßt, trat Tavanti ein für eine langsame Abtragung der öffentlichen Schuld durch Ersparnisse und durch die durch Verkauf der Allodialgüter gewonnenen und zu gewinnenden Kapitalien. Seine Politik war wenig glänzend wie der Minister selbst; aber sie hatte den Vorteil der Klarheit und Einfachheit, hatte sichern Boden unter sich. Um Leopold immer mehr für seine Anschauungsweise zu gewinnen, bewog er ihn zu dem wichtig gewordenen Erlaß vom 25. August 1778;

Digitized by Google



Fünf Tage nach der Publikation dieses Erlasses ist Leopold nach Wien abgereist, gab aber zuvor nach einer Unterredung mit Gianni diesem den Auftrag frei seine Ansicht über das publizierte Gesetz herauszusagen. Der Senator ist diesem Befehle nachgekommen und hat Leopold in mehreren Denkschriften eine Kritik geliefert, die in aggressivster Weise diese ganze Politik verurteilte und ihre Urheber befandete; zugleich aber holte er mit einem eigenartigen Projekt zum Gegenschlag gegen die Tavantische Finanzpolitik aus<sup>23</sup>. Statt den Ackerbau zu fördern, wie das Edikt bezweckt, also argumentierte Gianni im wesentlichen, ist das Gegenteil die Folge davon. Wenn man nämlich Auszahlungen von Kapitalien vornimmt und gleichzeitig die großen Ländereien der Krone und der öffentlichen Verbände zum Kauf anbietet, so wird der Latifundienbesitz direkt gefördert; denn mit den Kapitalisten, die unbedingt ihr sonst fruchtloses Geld anlegen wollen, können die armen Kolonen und Bauern nicht konkurrieren, die nur über ihre Arbeitskraft verfügen. Daß der Staat und seine Glieder so große Güter besaßen, war sicher ein Uebel; aber sie waren doch immer zum öffentlichen Wohl verfügbar, bis ein aufgeklärter Monarch kam und sie unter die geeignetsten Untertanen zu verteilen begann. Sind die Besitzungen aber an Private übergegangen, dann ist dies nicht mehr möglich. „Wenn dieser kunstvolle Angriff gegen das Erbpachtsystem und gegen die wünschenswerte Teilung der Ländereien auf einer List beruht, so ist das als eine verruchte Täuschung zu betrachten; ist er aber eine Frucht der Unwissenheit, so sollte man die Urheber als unfähig betrachten, Ew. K. Hoheit in diesen Sachen einen guten Dienst zu leisten.“ Dann betonte Gianni, daß diese sog. Restitution der Kapitalien tatsächlich nichts anderes sei als für die Staatsgläubiger ein Zwangsverkauf zugunsten des Staatsschatzes und der Verwaltungen, wodurch weder die Staatsschuld noch die Steuern für deren Verzinsung vermindert

---

23. Ueber das Folgende siehe Gabinetto, Filza 92, Nr. 1, 2, 3, 5.

winnen, wie es wohl nach seiner eigenen Aussage der Wille  
Landrada war, für die Häupter aber hätte das Land eine Reihe  
von kleinen, inneren, persönlichen Verhandlungen mit allen  
wegen der Einkommensverlusten gestandener Einkünfte zur Folge.  
Weiter wird die Rücksichtnahme auf die durch  
einen Teil der Güter der Staatskasse zugeflossenen der anderen  
verpflichtet worden war, wodurch die andere Seite einen schmerz-  
lichen Verlust erlitten hätte. Hingegen wurde sich der Schatz  
gegen die Forderung, daß die Steuern es mit allen auf einer  
wohlgeordneten Staatskasse abgeben hätten. „Unter den  
politischen Fehlern geht einer der verwerflichsten aus der Mei-  
nung der Kaiser hervor, daß sie glauben den Steuern und den  
Bürgerinnen einen guten Dienst zu leisten, wenn sie ihnen einen  
großen Staatskassenschatz gefüllt mit unzulässigen und schmerzenden  
Kapital verschaffen. Einen ähnlichen Fehler begehen die  
Engländer, die indem sie die Person des Souveräns völlig vom  
Staatskassenschatz trennen, bemüht sind dem Fürsten eine neue Geld-  
rente zu verschaffen, die sie als eigenen und privaten Reichtum  
denselben Herrn betrachten, den sie verwalten und mit ihren Pro-  
jekten und Taten zur Verarmung bringen.“ Von gleicher Art er-  
wähnt Grimm das Edikt vom 25. August 1775: indem das Ge-  
weiz eine neue Wolltax verordnete, während es das Gegenteil er-  
läßt, gewährte man das Volk an Perücken, wie dies unter den  
frühesten Regierungen der Fall gewesen sei. „Wenn das Edikt  
den jährlichen Ertrag des Staatskassenschatzes erhöhen wollte,“ so  
wählte Grimm diese Denkschrift. „so war es weder anständig  
noch regulär noch im Interesse des Souveräns, Ew. K. Hoheit  
vorzuschlagen dem Volk eine Zurückzahlung vorzuspiegeln, in  
Tat und Wahrheit aber einen Zwangsverkauf der Rente anderer  
an den Monarch zu befehlen... Wenn der Schatz eine Erhöhung  
der Einkünfte nötig hatte, so war das nicht das Mittel, das man  
vorschlagen mußte, um sie zu erzielen und dafür wäre eine gut-  
verteilte temporäre oder dauernde Auflage je nachdem, zwar  
sicher dem Volk nicht angenehm gewesen, wäre aber eine  
ordentliche Handlung gewesen und hätte nicht die Zuneigung

verletzt, die zwischen Souverän und Untertanen sein muß. Ich glaube, der Schatz hat keine Erhöhung der Einkünfte nötig, um den Bedürfnissen des Hofes und des Staates zu genügen. Und wenn er diese Erhöhung der Einkünfte nicht braucht, so hätte man nichts anderes vorschlagen sollen als eine wahre Auszahlung der Staatsgläubiger, wodurch man auch proportional und eine auf das Mal die Steuern vermindert hätte, die zur Verzinsung der Schuld bestimmt sind; dabei hätte man bei dieser Maßnahme sowohl die eigenen Renten wie auch die Besitzungen Ew. K. Hoheit inbegriffen und mit dieser mustergültigen Unparteilichkeit wäre ein wahrhaft uninteressiertes Werk entstanden, würdig den Namen Ew. K. Hoheit zu tragen. Wenn aber Ew. K. Hoheit beabsichtigte, jetzt die Luoghi di Monte zu erwerben und sie darauf zu vernichten, um die der Verzinsung dienenden Steuern zu ermäßigen oder abzuschaffen, so mußte man Ihr ein Edikt vorschlagen, das der Öffentlichkeit diesen angenehmen Zweck nicht verhüllte...“ Um gleichzeitig die Richtigkeit seiner Meinung zu beweisen, überreichte Gianni eine Liste von Kapitalisten, die sich bereits zum Erwerb von Besitzungen des Souveräns und der Wohltätigkeitsanstalten bereit erklärt hatten, im ganzen für eine Summe von 173 480 Scudi.

In einer weiteren Denkschrift rückte dann der Senator mit dem Projekt hervor, das nun die wirkliche Verminderung der Staatsschuld und zugleich der Steuern bringen sollte; das Edikt vom 25. August 1778 sollte nicht widerrufen, vielmehr ein Ergänzungsedikt dazu publiziert werden. Deutlich sollte das neue Edikt die Absicht des Großherzogs ausdrücken die Staatsgläubiger auszuzahlen, um den Staat von seiner Schuldenlast und die Untertanen von der zur Verzinsung derselben bestimmten Steuern zu befreien. Jedem Staatsgläubiger, sowohl den gemäß dem Edikt vom 25. August 1778 ausgelosten wie den andern, die nicht zur Verlosung bestimmt waren, soll gestattet sein, statt vom Monte sein Kapital in Geld zu empfangen, für seine oder die Rechnung anderer soviel Decimen oder soviel Wert dieser Abgabe oder jeder andern Steuer, die mit der

Decima Granducale erhoben wird, zu kassieren. Wer die Decima eines andern durch Kassierung von Staatsrente wie durch Auszahlung von barem Geld ablöst, erwirbt vom Uffizio di Decima dessen Ansprüche auf die abgelösten Besitzungen. Bei diesen Maßnahmen, die kostenlos von den Bankbeamten durchgeführt werden sollen, wird das einbezahlte Kapital zu 4% berechnet, in der Weise, daß für jedes Hundert Scudi Staatsrente oder Bargeldzahlung bei der Bank vier Einheiten der jährlich erhobenen Decima kassiert werden. Dann soll mit aufrichtigen Ausdrücken erklärt werden, daß wenn einmal die Decima ganz oder zum Teil abgelöst ist, nie wieder ein ähnliche Abgabe erhoben werde, da sie hiermit vollständig abgelöst sei. Mit dem neuen Edikt soll sämtlichen Verwaltern und Vorstehern öffentlich-rechtlicher Verbände befohlen werden, sofort die Decima von sovielen Besitzungen abzulösen, wie das durch Kassierung der diesen Verwaltungskörpern gehörigen Luoghi di Monte möglich ist; dasselbe ist den Verwaltern der Nonnenklöster anzubefehlen. Die Ablösung der Decima soll geschehen auf Grund eines Testates des Bankkassiers im Schuldbuch, wenn diese durch Luoghi di Monte erfolgt; wenn mit barem Geld, durch eine mit der Unterschrift des Bankkassiers und der Anerkennung des Rechnungsführers versehene Kopie beim Uffizio di Decima. Die fideikommissarisch oder sonstwie gebundenen Luoghi di Monte hören auf es zu sein und stehen den Inhabern zu freier Disposition. Für die der Decima unterworfenen Besitzungen im Distrikt findet keine Ablösung statt. Die Gemeinden, Laienwohlthätigkeitsanstalten, der Stefansorden, die Verwaltung der königlichen Besitzungen und ähnliche öffentlich-rechtliche Verbände, denen anbefohlen wurde, die beim Verkauf oder bei Verpachtung ihrer Liegenschaften gewonnenen Kapitalien in Staatsrente anzulegen, dürfen mit jedermann auch verzinsbare Darlehen abschließen, der die entsprechende Quote der Decima ablöst.

Das war im wesentlichen der erste Vorschlag Giannis, wie die Staatsschuld und zugleich die Steuer vermindert werden

könnten; eine Anzahl Anmerkungen suchte das Projekt weiter zu erläutern. Daß natürlich nach dieser Ablösung der Decima diese Grundsteuer nie wieder erhoben werden sollte, infolgedessen das Uffizio di Decima und bald auch die Staatsbank samt ihrem Gerichtshof abgeschafft werden sollten, war für Gianni selbstverständlich und enthielt den Hauptangriff gegen den Physiokraten Tavanti und dessen Steuertheorie. Die Decima griff Gianni zuerst unter den Steuern heraus, die zur Verzinsung der Staatsschuld dienten, „weil die Salzsteuer, die Fleischsteuer und ihr Zuschlag so geartet sind, daß man zu deren Aufhebung durch eine Methode der Rückerstattung von Kapitalien oder Ablösung keinen bessern Entschluß fassen kann, als diese Sache zu einer kommunalen zu machen; daher kann jede Gemeinde, die derartige Lasten ablösen will, es durch Erhöhung ihrer kommunalen Steuern tun, die, weil sie größtenteils Grundsteuern sind, zuerst eine Entlastung des Bodens von der Decima erfordern, damit dieser für eine gewisse Zeit stärkere Kommunalsteuern tragen kann.“ Scharf hebt Gianni die beiden Faktoren hervor, die für ein Gelingen der ganzen Operation nötig waren: das Vertrauen der Oeffentlichkeit zu einer derartigen Regierungshandlung und die Erregung des privaten Eigennutzes. Zwar an Vertrauen beim Volk, meint er, ist kein Ueberfluß vorhanden, da alle Klassen unter den früheren Regierungen genügend Mißtrauen eingesogen haben. Trotzdem ist zu hoffen, daß eine aufrichtige Publikation und — mit einem Seitenhieb auf Tavanti — die Ausschaltung der dem Volk verdächtigen Beamten bei dieser Operation das allgemeine Vertrauen wiederherstellen können. Um den privaten Eigennutz dem Gelingen der Finanzoperation dienstbar zu machen, war die Berechnung auf 4 % gehalten, während damals der Zins der Luoghi di Monte kaum 3 % betrug, somit ein Gewinn von mehr als 1 % für die Interessenten in Aussicht stand. Damit hoffte Gianni die nötige Mitarbeit des Publikums und eine schnellere Erledigung zu erzielen. Binnen einem Jahr, meint er, sind die Decima und 2 Millionen Scudi Schulden verschwunden; dann würde ein

zweites Jahr genügen, um den Preis des Salzes zu vermindern und ungefähr 3 weitere Millionen Scudi Schuld aus der Welt zu schaffen, worauf das Uebrige sich leicht ebenso arrangieren lassen wird, weil es sich im Grunde ja gar nicht um wirkliche Zahlungen, vielmehr um bloße Uebertragungen von Schuld und Kredit handelt. Auf diese Weise kann man ohne den verhaßten Gesetzeszwang anzuwenden, bloß durch Einspannen des Eigenntuzes eine große und allgemein wohltätige Maßnahme durchführen. „Der unglücklichste Erfolg, den die von mir vorgeschlagene Operation haben kann, kann das Fehlen von Konkurrenten bei der Ablösung und Kassierung sein; aber da kann man durch leichte Mittel helfen, indem man eifrig die Verlosung vornimmt und mit der Zahlung von Zinsen aufhört oder sie vermindert...“

Wir werden später Gelegenheit haben ausführlicher auf die finanzpolitischen Anschauungen Giannis zurückzukommen, wenn von der tatsächlichen Auflösung der toskanischen Staatsschuld die Rede sein wird. Hier interessieren uns nur zwei Fragen: Wie verhält sich dieses erste Projekt Giannis zu seinen spätern Vorschlägen? und was führte ihn auf diesen Gedanken gleichzeitiger Tilgung der Staatsschuld und Verminderung der Steuern? Da ist nun festzustellen, daß der Plan des Jahres 1778 vor allem noch nichts weiß von jener klaren und anschaulichen Betrachtungsweise, wie sie uns in späteren Denkschriften dieses Ratgebers entgegentritt, nichts von jenem beherrschenden Gedanken, daß die Staatsanleihen nur zum voraus erhobene Steuern seien, wobei die Reichen auch für den Anteil der Armen aufkämen, daß der Staat durch seine Schuldenverwaltung mit den zur Verzinsung angewiesenen Steuern nichts anderes tue, als als Verwalter zwischen Gläubigern und Schuldnern zu fungieren. Ferner ist im Jahre 1778 nur die Decima und in zweiter Linie die Salz- und Fleischsteuer ins Auge gefaßt, während in den Plänen späterer Jahre ausschließlich die Tassa di Redenzione, also die auf das ganze toskanische Gebiet verteilte staatliche Grundsteuer, nicht bloß die Decima des Contado, für die Ab-

lösung in Betracht kommt. Ueberhaupt scheint der Plan von 1778 mehr ein geistreicher Einfall als ein allseitig erwogenes und klar aufgebautes Projekt zu sein, der vor allem die Pläne der Kataster- und Grundsteuerreform Tavantis durchkreuzen sollte. Trotzdem bildet er die Grundlage für die spätere Gestaltung der Finanzreform.

Man will scheinen, daß Gianni selbständig auf den Gedanken gekommen ist in dieser Weise die Staatsschuld zu tilgen. Die Theorie Hutchesons hat vielleicht auf die weitere Ausbildung der Anschauungsweise Giannis Einfluß gehabt, sicher nicht auf seinen ursprünglichen Plan. Viel wichtiger und interessanter ist der Vorwurf, den ihm seine Widersacher Tavanti und Pagnini machten, sein Projekt sei gar nicht neu; vielmehr hätte bereits unter Cosimo I. eine derartige Ablösung, wenn auch in beschränkterem Maße stattgefunden; jene Maßnahme sei für Gianni das Vorbild gewesen<sup>24</sup>. Und in der Tat, dieser Hinweis erscheint gar nicht unwahrscheinlich; jener Erlass Cosimos I. vom 5. Mai 1554, der in der Bedrängnis des Seneserkrieges eine Ablösung der Decima gestattete, könnte recht wohl bei dem geistreichen Ratgeber Leopolds den Gedanken an eine allgemeine Ablösung der Decima und anderer Steuern und in Verbindung damit eine Verminderung der Staatsschuld erweckt haben. Zu beweisen ist das aus dem vorliegenden Material nicht, ebensowenig, ob und wie weit Hutchesons Theorie einen Einfluß auf Gianni gehabt hat. Tatsache ist nur, daß, als er etwa 6 Jahre später mit diesem Reformplan vor Leopold trat, seine Ansichten weit abgeklärter und begründeter waren als 1778.

Man kann es Leopold in diesem Falle kaum verübeln, daß er gegenüber dem Drängen Giannis<sup>25</sup> eine eingehende Be-

---

24. Gabinetto, Filza 92, Nr. 4. Eine Kopie jenes Gesetzes vom 5. Mai 1554 ist dem Plan Giannis beigegeben, zweifellos aber von Tavanti Leopold mit seiner Kritik zugesandt worden.

25. Gianni wollte die Publikation des neuen Edikts sofort vornehmen. Mit Erlaubnis Leopolds schickte er diesem am 29. Jan.

ratung für nötig hielt, obgleich er dem Plan von Anfang an, wie es scheint, ein großes Interesse entgegenbrachte. Der Ablösungsplan Giannis wurde daher an Tavanti nach Florenz zurückgeschickt; dieser und sein Mitarbeiter Pagnini übernahmen die Begutachtung<sup>26</sup>. Es war selbstverständlich, daß Tavanti sogleich merkte, wohin der Schlag Giannis zielte, nämlich gegen die Grundsteuerreform und ebenso selbstverständlich war es, daß der Finanzminister von seinem Standpunkt aus die Unzulässigkeit von Giannis Vorschlag dartat. Zunächst wandte er sich gegen die Forderung seines Widersachers, daß, wenn die Decima einmal abgelöst sei, keine derartige oder ähnliche Abgabe mehr auferlegt werden dürfe. „Denn dann darf Ew. Kgl. Hoheit keine Grundsteuer für Staatsbedürfnisse mehr im Contado erheben. Und ich zweifle, daß man, mit was für Ausdrücken immer man auch das Versprechen abfaßt, Gefahr läuft, daß Ew. Kgl. Hoheit darauf verzichten muß diese Besitzungen unter irgendeinem Titel zu besteuern oder wenn es in weniger klaren Ausdrücken abgefaßt wird, daß dann im Volke die Angst und der Verdacht bleibt, daß man trotz des Versprechens neue Steuern unter einem andern Titel und Namen auferlegen werde, so oft das Wohl des Staates es verlange.“ Tavanti macht dann darauf aufmerksam, daß trotz der Erlaubnis Cosimos — nach dessen Erlaß der vorliegende Plan aufgestellt worden sei — die Decima abzulösen, nur wenige diese benützt hätten, daß im ganzen nur 15,000 Scudi abgelöst worden seien, weshalb auch am Gelingen dieses Planes zu zweifeln sei. Der Minister fuhr dann sein schwerstes Geschütz auf, indem er darauf hinwies, wie durch Veränderungen der Oberfläche im Wert der Erträge und des Geldes die vor 284 Jahren geregelte Decima jetzt weder gerecht noch proportional sei. „Ew. Kgl. Hoheit hat in der

---

1779 eine Petition von 17 Grundbesitzern, Verwandten und Freunden nach Wien, worin diese um die Ausführung des Ablösungsplanes baten. Nr. 3.

26. Gabinetto, Filza 92, Nr. 4 u. 5.



vollen Ueberzeugung von der Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Verteilung der öffentlichen Lasten daran gedacht... einen allgemeinen Kataster aller Besitzungen Toskanas machen zu lassen, um den Wert ihrer Erträge im allgemeinen wie im speziellen kennen zu lernen. Warum also erlauben, daß jeder seine Decima ablösen oder die auf dem Grundbesitz anderer lastende erwerben darf, während man doch nicht weiß, was sie gerechterweise bezahlen müßten?“ Tavanti betonte, wie schwierig, ja unmöglich eine gerechte Verteilung sein würde, wenn die Decima abgelöst sei und der neue Kataster die ungerechte Verteilung nachweise. Die Decima, meint er, ist nicht bloß zur Verzinsung der Staatsschuld eingeführt worden, vielmehr um den Bedürfnissen der Kommune Florenz zu genügen. Sodann tilgt die vorgeschlagene Ablösung von 4 Scudi Decima pro Luogo di Monte zwar 2 Millionen Scudi Schulden; gleichzeitig hört die Zahlung von 60,000 Scudi Zinsen an die Staatsgläubiger auf; aber andererseits verliert der Staatsschatz den jährlichen Ertrag von 80,000 Scudi zugunsten derer, die die Decima abgelöst haben, samt den 3 %, die jetzt die Staatsgläubiger für die allgemeine Straßensteuer zahlen müssen, so daß ein effektiver Verlust von 22,000 Scudi für den Staat herauskommt, ohne Aussicht ihn wieder einzubringen.

Weiter lehnt Tavanti die Vorschläge Giannis ab, daß es jedermann gestattet sein solle, auch die Decima anderer abzulösen; daß der Verwaltung der königlichen Besitzungen, den Gemeinden usw. zugemutet werde, derartige Ankäufe zu machen. Das heißt nicht die Decima ablösen, sondern nur den Einzieher ändern, indem man statt des Uffizio die Decima die Gemeinden usw. dazu macht, so daß notwendigerweise alle diese Kreditoren der für andere abgelösten Decima Bücher führen müssen, in denen die Liegenschaften der Privaten verzeichnet sind, für die sie die Rechte des Uffizio di Decima erworben haben. Wenn jetzt zwischen letzterem und den Privaten viele Streitigkeiten entstehen, wie groß wird dieser Samen des Zwiespalts erst werden in diesem System mit so vielen Privaten als Gläubigern

und Schuldnern der Decima? Der Autor des Projekts überlegt nicht, daß, wenn die Spitäler, Gemeinden usw. die Rechte des Ufficio di Decima auf die Besitzungen anderer erwerben, der Titel und der Zwang zu zahlen nicht aufhört und daß die Ländereien von dieser Last nicht befreit werden und infolgedessen sind sie nicht bereit, wie der Autor meint, jene größeren Abgaben zu tragen, die er ihnen aufbürden will. Dadurch wird das ganze System nicht einfacher, sondern verworrener als je, weil dann keine allgemeine große Maßnahme getroffen werden kann, um die Erträge der Liegenschaften usw. des Großherzogtums festzustellen, um die Steuern gerechter und proportionaler zu verteilen, und die Verwaltung möglichst zu vereinfachen.

Von der Zuversicht Giannis, daß auf diese Weise das Ufficio di Decima samt den Monti bald verschwinden werde, ist der Finanzminister weit entfernt, da vermittle der Ablösung der Decima nur etwa der sechste Teil der Staatsschuld getilgt werde. Auch die Meinung teilt er nicht, daß die Gemeinden des Distrikts sich mit ihren Vorschüssen bald von der Fleischsteuer befreien und durch Tilgung von Staatsschulden den Salzpreis vermindern könnten, weil viele Gemeinden weit über das rechte Maß belastet seien; einige wären dazu imstande, aber diese Maßnahme muß überall gleichzeitig erfolgen. Weiter tadelt Tavanti, daß der Ablösungsplan sich nur auf Florenz und den Contado beziehe und unterscheide zwischen Decima und Tassa di Redenzione. „Wenn man das allgemeine Wohl will, so muß man meiner Meinung nach alle Unterschiede zwischen Contado und Distretto, zwischen Decima und Tassa di Redenzione beseitigen, die ganze Masse der Grundsteuern nehmen und auf den Ertrag aller Besitzungen des florentinischen Staates mit der gehörigen Proportion verteilen. Um dieses Ziel zu erreichen,“ so gelangt Tavanti mit geschickter Wendung wieder zum Ausgangspunkt und Fundament seiner ganzen Politik, „kenne ich keinen andern Weg, als den bereits von Ew. Kgl. Hoheit in Aussicht genommenen, einen neuen allgemeinen Kataster aller Liegenschaften des Großherzogtums zu schaffen,

um ihren Ertrag festzustellen und danach die gesamten Grundsteuern, Decima der Stadt und des Contado wie die Tassa di Redenzione aller Gemeinden des Großherzogtums, zu verteilen. Die Summe dieser Steuern beträgt jährlich etwa 218,000 Scudi. Wenn man den jährlichen Ertrag aller Liegenschaften kennt, so wird man leicht sehen, zu wieviel Prozent dieser Ertrag belastet wird, indem man die 218,000 Scudi proportional verteilt. Und da zu hoffen ist, daß der Ertrag der Liegenschaften imstande ist eine noch größere Summe zu tragen, so wird es leicht sein auf sie noch die Fleischsteuer und einen Teil der Salzsteuer zu legen, um deren Preis zu vermindern, und auf diese Weise einige Steuern abzuschaffen oder zu vermindern, die jetzt sehr unbequem und für das Volk drückend sind. So wird man das Uffizio di Decima bald schließen können und für die Monti kann das folgendermaßen geschehen. Der Betrag aller Schuldtitel in den Büchern des Monte Comune und des Monte di Pietà beläuft sich auf Scudi 12,791,200. Davon entfallen auf verschiedene Verwaltungen, d. h. auf den Stefansorden, auf das Patrimonio Ex-Gesuitico, verschiedene Mitgiftbestellungen für Gemeinden, Spitäler, Klöster, Kirchenbenefizien und andere Wohltätigkeitsanstalten 7,364,950 Scudi, wobei die Titel nicht inbegriffen sind, deren Zinsen jährlich als Mitgift von Ew. Kgl. Hoheit verteilt werden.“ Und da die Gemeinden und Wohltätigkeitsanstalten, die Verwaltung der königlichen Besitzungen und der Staatschatz fortwährend Grundstücke veräußern, erfolgen immer Neuanlagen in Staatsrente. „Ew. Kgl. Hoheit besitzt selber ungefähr für 1,730,485 Scudi Schuldtitel und kann mit den Anlagen, die mit dem Erlös der verkauften Liegenschaften und den Zinsen der Mitgift und des Gegenvermöchnisses Ihrer Kgl. Hoheit, der Großherzogin gemacht werden, bald weitere beträchtliche Anteile erwerben, so daß mit den bereits gemachten Ankäufen der Gemeinden, des Stefansordens, der Wohltätigkeitsanstalten und mit den noch zu machenden Erwerbungen im Lauf von höchstens 8—10 Jahren alle Schuldtitel erworben sein werden von Ew. Kgl. Hoheit, den Gemeinden, dem Stefans-

orden, den Spitälern und andern Wohltätigkeitsanstalten, da die in Privatbesitz befindlichen Titel sich auf etwa 3,416,595 Scudi beziffern. Wenn so die Schuldtitel Eigentum Ew. Kgl. Hoheit und der genannten Gemeinden und Wohltätigkeitsanstalten geworden sind, so kann die Zahlung der Zinsen an die Kasse und in die Bücher des Staatsschatzes übertragen werden und daraufhin kann die Staatsbank geschlossen werden. Und höchstens braucht es im Schatzamt einen Schreiber und einen Gehilfen des Hauptkassiers mehr. Mit den Vorschüssen, die gegenwärtig im Staatsschatz und in der Reservekasse sind und mit dem Geld, das sich in den andern Kassen befindet, aber dem Schatzamt gehört, könnte man eine weitere halbe Million ankaufen...“

Wie die Staatsschuld freilich zu tilgen sei, darüber befand sich Tavanti im Unklaren, weil dieselbe entweder in Auszahlungen an die Verwaltungen oder in der Anweisung äquivalenter Werte bestehen müßte; denn bei Geldauszahlung müßte man ihnen gestatten, Liegenschaften innerhalb oder außerhalb des Staates anzukäufen, damit das Kapital nicht unfruchtbar bleibt; die Anlage im Ausland aber ist keine kluge Maßregel wegen des Risikos, das die Verwaltungen laufen würden. Die Anlage im Staate will Tavanti nicht zulassen, weil eine gute Verwaltung bei diesen Verbänden sehr schwierig sei; er hielt es daher für das Beste, den betreffenden Administrationen einen Zins von 3 % aus der Staatskasse zu bezahlen, statt, wie Gianni vorschlug, ihnen die Erhebung der Decima und anderer Steuern zuzuweisen. „Wenn dann der Wert und die Zugehörigkeit dieser Kapitalien besser bekannt sein werden,“ tröstete schließlich der Finanzminister; „so sind unter den vielen Verwaltungen und Wohltätigkeitsanstalten, die Schuldtitel besitzen, vielleicht viele, die man aufheben kann, um ihre Einkünfte besser zu verwenden.“ Und zum Schlusse beantragte er, gleichsam als Gegenschlag zum Angriff Giannis, eine neue Verlosung zur Auszahlung von Privatgläubigern im Betrage von  $\frac{1}{2}$  Million.

Wir haben hier die Denkschrift Tavantis ausführlicher wiedergegeben als andere, einmal weil damit gewissermaßen

das Programm der physiokratischen Partei im Rate Leopolds vorgeführt wird, sodann weil sie eine der wenigen Denkschriften ist, die wir bis jetzt von Tavanti haben, und eine Charakteristik dieses für die leopoldinische Finanzpolitik der ersten 15 Jahre unbedingt maßgebenden Mannes sich so am besten ergibt. Zwar die blendende Logik und den geistreichen Kopf des oppositionellen Gianni besaß er nicht, vor allem fehlte ihm dessen Großzügigkeit. Vielleicht sind es aber gerade diese Eigenschaften gewesen, die ihn dem ähnlich gearteten Großherzog um so näher brachten, dem die kühnen Projekte eines Gianni doch Besorgnis einflößten. Auch scheint er an taktischer Befähigung nicht viel hinter Gianni zurückgeblieben zu sein; jedenfalls war er der einzige, der Gianni den Vorrang bei Leopold mit Erfolg streitig gemacht hat. Daß er in dem Projekt seines Gegners sogleich einen schweren Schlag gegen seinen Lieblingsplan, die Katasterreform erblicken und infolgedessen energisch die Ablehnung desselben beantragen würde, war vorauszusehen; hätte doch die Ausführung desselben, wie es nachher auch geschah, sein ganzes System der Besteuerung durch direkte Abgaben umgestürzt.

Selbstverständlich gelangte auch sein Mitarbeiter Pagnini in seiner Beurteilung des Giannischen Planes zu einem verwerfenden Resultat. Pagnini verneinte, daß das Edikt vom 25. August 1778 irgendwie eine Tilgung der Staatsschuld beabsichtigt habe; das vorgeschlagene Ergänzungsedikt würde daher durchaus das Gegenteil verkünden. Insbesondere macht er dann darauf aufmerksam, daß eine Uebertragung der Rechte des Uffizio di Decima auf die Privaten große Schwierigkeiten bieten würde, wenn die fiskalischen Vorrechte, besonders der Vorrang vor jedermann, auch der Staatsverwaltung, an jene übergehen sollten, während, wenn dies nicht geschehe, kein Privater die Decima anderer ablösen werde. Dabei würde bei der ganzen Ablösung der Decima ein Verlust von 20,000 Scudi für den Staatsschatz die Folge sein. Pagnini wies auch auf den Widerspruch hin, daß die Decima abgeschafft werden solle, daß aber

gleichzeitig in Form von kommunalen Steuern eine neue stärkere Belastung des Bodens in Aussicht genommen werde, während man gleichzeitig dem Publikum feierlichst versichere, daß die Last der Decima in keiner Form mehr erneuert werden solle. Auch er sah in dem Vorschlag, daß die Verwaltungen der Gemeinden, der Spitäler usw. zinsbare Darlehen mit Privaten zur Ablösung der Decima schließen sollten, keine Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung, sondern eine Komplikation wirrester Art, da eine weitschichtige Buchführung für die einzelnen Gläubiger daraus erwachsen würde. „Und wenn die Besitzer, die Anleihen gemacht haben, ihre Kapitalien zurückerstattet haben werden, welche Anlageform wird man dann für die öffentlich-rechtlichen Verbände vorschlagen, wenn die Schuldtitel getilgt sind und der Erwerb von Liegenschaften ausgeschlossen ist?“ Auch Pagnini meint, daß die Abschaffung des Ufficio di Decima viel bequemer geschehen könne, indem man einen neuen allgemeinen Kataster aufstelle und den Gemeinden selbst die Erhebung der Grundsteuern übertrage. Immer und immer wird darauf hingewiesen, daß durch die einfache Maßregel dieses neuen allgemeinen Katasters sowohl die gewünschte Vereinfachung der Verwaltung wie eine günstigere Verteilung der Steuern erreicht werden könne, wie alle Bedürfnisse des Staates und die Verzinsung der Staatsschuld auf diese Weise gedeckt werden könnten.

Noch versuchte Gianni in einer weitem Denkschrift<sup>27</sup> vom 15. August 1780 die Gründe seiner Gegner zu entkräften und sein Projekt zu retten. Die Schlußfolgerung Tavantis, daß gleich wie bei der unter Cosimo I. erfolgten Ablösung auch jetzt nur wenige daran teilnehmen würden, wies er zurück mit dem Hinweis auf die Unterschiede zwischen jenem Edikt und seinem Ablösungsplan. Im Jahre 1554 wollte man mit der Ablösungssumme keine Schulden bezahlen, sondern das für die Staatsbedürfnisse notwendige Geld beschaffen. Die Ablösung erfolgte

---

27: Gabinetto, Filza 92, Nr. 6.

damals zu 3 %, während gleichzeitig die Staatsrente mehr eintrug. Und schließlich fehlte das Zutrauen des Volkes jener Regierung, alles Umstände, die jetzt nicht mehr mitwirken. Dann wandte sich Gianni gegen den gewichtigen Einwand Tavantis, daß bei der vorhandenen, ungerechten Verteilung der Decima auch die Ablösungssumme diese Ungleichheiten aufweisen und dann bei einer neuen Katasteraufnahme das sehr unangenehme Dispute und Forderungen absetzen würde. In eigentümlicher Weise widerlegte er diese Behauptung, indem er den Standpunkt verfocht, daß die Regierung niemals die Konstanz und Gleichheit der Decima gegen Veränderungen der Natur und gegen Fehler der Verwaltung versprochen habe. „Ein allgemeiner Kataster aus den Händen der Regierung und durch ein Gesetz eingeführt, wäre ein unvergleichlich größeres Uebel gegenüber dem kleinen Mißvergnügen, das ein Privater in einer nicht vorhergesehenen Zukunft wegen der tollen Hoffnung haben könnte, daß der Kataster eine kleinere Belastung für einige Häuser oder Landbesitzer ergeben werde.“ Gemäß der ganzen Gesetzgebung über die Decima haben Regierung oder Gerichtshof niemals die Verpflichtung auf sich genommen den Kontribuenten die Richtigkeit ihrer Belastung zu verbürgen. Gianni meint vielmehr, diese Aufgabe falle dem Besitzer selbst zu, der gegen eine ungerecht gewordene Besteuerung reklamieren könne, wenn die Ertragsverhältnisse seines Gutes sich geändert hätten, worauf er, wenn er das beweisen könne, gebührend entlastet werde. „Somit liegt kein Schein der Ungerechtigkeit auf der Regierung, wenn sie mit günstigen Bedingungen die Ablösung dem freien Willen der Privaten überläßt und es mancher vorzieht die gegenwärtige Steuerlast abzulösen, ohne sich um die verrückte Hoffnung auf Entlastung zu kümmern, die man sich von einem neuen allgemeinen oder partiellen Kataster einbilden und erwarten möchte.“

Auch den Vorwurf, daß die Ausführung seines Planes die Verwaltung der Gemeinden, Spitäler usw. komplizieren würde, wies Gianni zurück, da es sich im Grunde einzig um verzins-

bare Darlehen nach vereinbarten Bedingungen handle, wobei zu seiner Sicherheit dem Gläubiger die Rechte des Uffizio di Decima eingeräumt würden, wodurch die ganze Buchführung keineswegs verwickelter würde. Dann habe er nur vorgeschlagen, daß die Verwaltungen bloß ihre eigene Decima ablösen sollten, während es ihnen freistehen sollte, die Grundsteuer anderer abzulösen; damit würde eine Vereinfachung der Verwaltung erreicht. Und um jeden Zweifel zu heben, daß die Öffentlichkeit an dieser Maßnahme teilnehmen werde, riet der Senator, daß zunächst einzelnen Bittstellern die Ablösung gestattet werde. „Wenn Ew. Kgl. Hoheit überzeugt ist, daß die Auflösung der Staatsschuld erfolgen muß und die Abschaffung der zur Verzinsung angewiesenen Steuern, so wird Sie die vorgeschlagene Ablösung der Decima nicht für unangebracht halten,“ schloß Gianni seine Verteidigung und anerkannte sich den Gesetzentwurf auszuarbeiten, indem er nochmals auf die beiden Prämissen für ein gutes Gelingen hinwies, das Vertrauen des Volkes zu der Regierung und den privaten Eigennutz.

Mit der Begutachtung dieser Denkschrift wurde wieder Tavanti beauftragt und wieder übernahm dessen Mitarbeiter einen Teil der Aufgabe Gianni zu widerlegen<sup>28</sup>. Pagnini gab zwar zu, daß eine Verschiedenheit zwischen der Ablösung von 1554 und Giannis Plan vorhanden sei, nur suchte er sie in ganz anderer Richtung. Im Jahre 1554 handelte es sich darum, daß jeder seine eigene Decima ablöste, nicht aber um den Erwerb eines Regals, dieselbe bei andern zu erheben. Im ersten Falle hatte der Ablösende nach Bezahlung der entsprechenden Quote sich nicht darum zu kümmern, was in Zukunft mit der abgelösten Decima geschehen werde; im zweiten Fall aber, muß der Käufer der Decima eines andern, bevor er sich zum Kauf entschließt, darauf achten, ob sie gerecht oder falsch ist und was für Folgen sich für ihn und seine Erben ergeben werden, wenn die Unrichtigkeit einmal an den Tag kommt, weil sie vergrößert,

---

28. Gabinetto, Filza 92, Nr. 6, Nr. 7.



vermindert oder ganz getilgt werden kann. Als zweiten Unterschied hob Pagnini hervor, daß nach dem Projekt Giannis es für den jeweiligen Besitzer des abgelösten Rechtstitels sehr schwierig und kostspielig sein würde, die Nachricht von Uebertragungen der Besitzung zu erhalten, um vor jedem andern seinen jährlichen Zins einzuziehen und um seine Schuldner nicht aus den Augen zu verlieren; und wenn es sogar dem Ufficio di Decima, das doch ausreichende Mittel und rigorose Strafen zur Verfügung gehabt habe, häufig nicht gelungen sei viele Besitzer wieder ausfindig zu machen, so würde das die meisten abschrecken. Und schließlich fand er, daß es allen Prinzipien der Volkswirtschaft widerspreche, daß eine der wertvollsten Prärogativen der Krone veräußert werde durch Uebertragung staatlicher Rechte auf die Liegenschaften anderer.

Ganz selbstverständlich war es, daß Pagnini gegenüber Gianni dafür eintrat, daß die Gesetzgebung, Regierung und Gericht die Verpflichtung übernommen hätten den Kontribuenten die Richtigkeit und Proportion ihrer Belastung zu garantieren. Das zeigen die Gesetze, die kurz nach dem Erlaß der Decima ergingen; durch diese wurde den Beamten das Recht gegeben, die Decima zu suspendieren, zu vermindern oder ganz zu tilgen, wenn sie auf ertragsunfähigen oder teilweise unfruchtbar gewordenen Liegenschaften lastete. „Ohne daß das positive Gesetz eine spezielle Erklärung abgibt, darf jeder annehmen, daß dafür von der Regierung immer das gewährt worden ist, was sich nach natürlichem Gesetz gehört. Die Decima war anfangs den Kräften der Kontribuenten proportional; physische und andere Gründe haben sie verändert und Regierung und Untertanen haben beide mehr oder weniger empfindlichen Schaden erlitten. In gewissen Fällen hat das Gesetz ohne eine allgemeine Neuaufnahme geholfen; in andern wird der Schaden ertragen im Vertrauen auf die Vergütung bei der kommenden allgemeinen Katasterreform<sup>29</sup>.

---

29. Pagnini hielt auch seine Behauptung aufrecht, daß durch

Auch der Finanzminister suchte in einer Denkschrift vom 30. August 1780 nochmals die Argumente Giannis zu widerlegen. Ausdrücklich vermied er es, im Gegensatz zu seinem Widersacher, die Sache auf das Gebiet persönlicher Angriffe hinüberzuspielen. Wie sicher er aber seiner Sache, seines Einflusses auf Leopold war, zeigt schon der Umstand, daß er, bevor er auf die Widerlegung des Giannischen Planes einging, dem Großherzog ankündete, daß noch 20,300 Schuldtitel im Werte von 2,030,000 Scudi in den Händen von Privaten seien, die in höchstens 3--4 Jahren ausgelost werden könnten; auch sei die Fortsetzung der Auszahlung notwendig, weil sonst die Verwaltungen den Erlös aus verkauften und verpachteten Liegenschaften nicht mehr in Staatsrente anlegen könnten. Eine neue Ziehung für  $\frac{1}{2}$  Million Scudi schlug er gleich vor<sup>30</sup>.

Zur Ablösung der Decima, kritisierte dann Tavanti Giannis Ausführungen, die mit andern damit erhobenen Steuern sich auf 133,564.16.7 Scudi beläuft, braucht es zu 4 % ein Kapital von 2,839,100 Scudi bar; es ist nicht zu verstehen, woher dieses Kapital kommen soll, wenn man daran denkt, wie wenige Besitzer imstande sind ihre eigene Decima abzulösen; viele werden es für nicht in ihrem Interesse halten, es zu tun. So würde sich ein unförmiges System ergeben: ein Teil der Liegenschaften in Stadt und Contado würde frei sein von der Decima und den andern Grundsteuern, ein anderer, und zwar der größere würde sie weiter zahlen. Der Autor des Projektes ist überzeugt, daß nicht alle ihre Decima ablösen können und wollen; deshalb will er jedem gestatten, dies bei andern tun zu dürfen. Daher verschwindet die Decima nicht, damit größere Steuern auf den Boden umgelegt werden können; nur der Kreditor oder Erheber

---

die Ablösung die Verwaltung der Gemeinden usw. unendlich kompliziert werde.

30. Tavanti. meldete gleichzeitig, daß die Einschränkung des Ufficio di Decima gleich beginnen könne, wenn den Gemeinden selbst die Erhebung der Decima überlassen werde, daß es völlig verschwinde, wenn auch die Kommune Florenz damit betraut werde.

hat gewechselt. Das genügt, um zu zeigen, daß das Projekt unausführbar ist und nie alle Liegenschaften von der Last der Decima und der damit erhobenen Steuern befreit würden. Aber auch sonst würden sich nicht genug Konkurrenten einfinden, um die Decima anderer zu kaufen, zumal der Autor in den letzten Blättern zugibt, daß der Stefansorden, die öffentlich-rechtlichen Verbände usw. sich nicht einmischen sollten, um die Decima anderer abzulösen wegen der Umständlichkeit der Erhebung derartiger Zinsen. Einverstanden; aber ohne diese reichen Besitzer möchte man wissen, woher die 2,839,100 Scudi kommen sollten. Die außerhalb des Contado wohnenden Untertanen werden wohl kaum darnach trachten, so weit von ihrem Wohnsitz entfernte Ankäufe zu machen. So daß diese ganze Operation sich mit dem Gelde oder den Schuldtiteln des Contado abspielen muß. Die Privaten haben im ganzen noch für 1,800,00 Scudi im Monte Comune, 230,000 Scudi im Monte di Pietà; rechnet man davon das ab, was Leuten außerhalb des Contado gehört, so bleibt nur noch die Summe von 1,600,000 Scudi. Nicht alle werden ihr Kapital für die Ablösung der eigenen Decima und der anderer verwenden wollen, weil viele das wegen der Erhebungskosten für nicht vorteilhaft ansehen werden. Bares Geld ist wenig vorhanden, da die meisten sich beeilen es fruchtbringend in Liegenschaften anzulegen. Zwar können ja nach dem Projekt der Stefansorden u. a. ihre eigene Decima ablösen, so daß es von seiten der Privaten nicht der Summe von 2,839,100 Scudi bedarf. Aber nach den bisherigen Grundstücksverkäufen der königlichen Verwaltungen und der Spitäler ist die Decima klein, die sie noch abzulösen haben; daher weiß ich nicht, woher das oben erwähnte Kapital kommen soll; daher der Plan nicht durchführbar ist. Viele Leute werden aber auch die Decima nicht ablösen wollen, weil sie dem Versprechen nicht trauen werden, daß keine ähnliche Steuer mehr erhoben werde<sup>31</sup>.

---

31. Mit Pagnini ist auch Tavanti der Meinung, daß eine Uebertragung der Privilegien des Fiskus auf die Privaten nicht zulässig sei, ohne dieselbe aber die Konkurrenz fehlen würde.

Und gesetzt der Fall, daß der Plan glückt, so ist nichts anderes geschehen, als daß 25 % der Staatseinkünfte in die Börse reicher Leute gekommen sind, die den ganzen Vorteil davon haben, während die ärmeren Besitzer keinen Anteil daran haben, ja noch schlechter behandelt werden als vom Uffizio di Decima. Und der Verlust von 25,000 Scudi für den Staatsschatz ohne den geringsten Vorteil ist nicht gering zu schätzen. „Schließlich will das Projekt im wesentlichen ein Regal den Privaten preisgeben, was nicht umhin die Operation erschweren und verunmöglichen kann, die Ew. Kgl. Hoheit für notwendig halten wird, um die Grundsteuern auszugleichen.“ „Abschließend ist mit vollem Grund zu sagen, daß das Projekt nicht nur gefährlich und unsicher im Gelingen ist, sondern selbst wenn es ganz oder teilweise gelingt, wäre es schädlich und gefährlich; und mir scheint, daß der Autor mehr gesucht hat seine Phantasie und seine Liebhabereien spielen zu lassen, als wahre und sichere Daten zu liefern, wie es sich gehört, wenn man dem Souverän selbst Vorschläge macht<sup>32</sup>.

Alle diese Ausführungen, dazu noch eine Denkschrift<sup>33</sup>, die klar die totale Gegensätzlichkeit der bisherigen auf Einheit und Gleichheit der Grundbesteuerung gerichteten Politik zu dem Projekt Giannis dartut, haben ihre Wirkung getan: unter dem Einfluß Tavantis gab Leopold jeden Gedanken an die Ablösung der Decima auf. Wie mit dem physiokratischen Zolltarif von 1781, so trug Tavanti auch in dieser Frage kurz vor seinem Tode noch einen entscheidenden Sieg über Gianni davon.

---

32. Diese Denkschrift ist durchaus charakteristisch für das Denken Tavantis, der sich von den alten Anschauungen der gebundenen Wirtschaftsordnung am wenigstens emanzipieren konnte; sie offenbart ein durchaus mittelmäßiges Talent, das in keinem Fall dem geistreichen und scharf denkenden Gianni gewachsen war.

33. Diese Denkschrift soll von Pagnini sein, was sehr wohl möglich ist. Der Verfasser ist völlig Physiokrat und weist darauf hin, daß alle hervorragenden Schriftsteller übereinstimmend die Grundbesteuerung als die Handel und Industrie am wenigsten bedrückende und in jeder Beziehung gerechteste Abgabe bezeichnet hätten. Siehe Gabinetto, Filza 92, Nr. 8.

Uebrigens war während dieses wichtigen Kampfes im engern Rate Leopolds die Tavantische Finanzpolitik weiter ihres Weges gegangen. Mehrfach waren auf dem Wege der Verlosung Auszahlungen an private Staatsgläubiger vorgenommen worden, so am 4. Mai 1779 400,000 Scudi, am 31. März 1780 307,825, am 13. Dezember 350,000 und am 7. Dezember 208,525 Scudi. 3000 Luoghi di Monte wurden kassiert und dafür der Preis des Eisens um 2 Quattrini per Pfund heruntergesetzt; soviel betrugen die Zinsen jener Schuldtitel. Nach und nach wurden im ganzen 14,537 Schuldtitel getilgt, dafür einige Regalien aufgehoben und andre Abgaben vermindert.

Und infolge des Sieges des Finanzministers in der Ablösungsfrage der Decima wurde weiterhin eine von der physiokratischen Partei längst postulierte Maßnahme durchgeführt: die Uebergabe der Decima an die einzelnen Kommunen und die Aufhebung des Uffizio di Decima. Während ja, wie wir wissen, im übrigen Toskana alle auf den Grundbesitz umgelegten Steuern des Staates wie der Gemeinde einheitlich durch die Gemeinde erhoben wurden und diese einfach den entsprechenden Teil davon, die Tassa di Redenzione an die Staatskassen abgelieferte, komplizierte sich in Florenz und im Contado die Grundbesteuerung in der kostspieligsten Weise dadurch, daß seit ihrer Einführung zur Erhebung der Decima ein eigener Verwaltungsapparat in dem Uffizio di Decima und ihren Beamten und eigenem Gerichtshof geschaffen worden war; diese Steuer mußte in Florenz bezahlt werden. Die kommunalen und eine Anzahl staatlicher Grundsteuern sodann wurden oder vielmehr waren vermittle des Decimino auf die Kolonen umgelegt worden, wurden jetzt von den Grundbesitzern bezahlt; ihre Verwaltung war in den Händen der Gemeinden selbst. Dabei war eine Anzahl einst von florentinischen Bürgern im Distrikt erworbener Besitzungen immer noch teilweise dem Uffizio di Decima steuerpflichtig. Diese verschiedene Behandlung des Contado und des Distretto, diese unnütze Komplizierung der Verwaltung war Tavanti, Pagnini und dem Großherzog längst

unbequem und als nun der gefährliche Angriff Giannis abgeschlagen war, ging man energisch an den Ausgleich, der zwar viel Arbeit kostete, aber offenbar gut geleitet war. Auf Grundlage der Steuerbücher im Ufficio di Decima wurde für jede Gemeinde ein Kataster verfaßt, der den Zustand vom 1. August 1776 als Norm nahm. Durch Erlaß vom 7. August 1781 wurde zur Vereinfachung der Verwaltung und zur Erleichterung der Steuerzahlungen den Gemeinden des Contado, von Prato und S. Miniato im Distrikt, die Decima „in acollo“ übergeben, ihnen die Erhebung auch dieser Steuer zugleich mit der der andern Grundsteuern übertragen. Das Ufficio di Decima und sein Tribunal mit der ganzen Verwaltung wurde für den Augenblick für aufgehoben erklärt, wenn die völlige Uebertragung an alle Gemeinden stattgefunden haben würde. Die ganze Maßnahme war natürlich nichts anderes als ein Wechsel des Steuer-einziehers; die Quoten der Decima blieben unverändert; bereits am 2. Mai 1781 waren die in den Steuerbüchern des Ufficio di Decima verzeichneten Liegenschaften von der Decima befreit, dafür den jeweiligen, durch die Gemeindeverwaltung umgelegten Grundsteuern unterworfen worden. In den nächsten 2 Jahren wurde durch spezielle Erlasse die Neuordnung bei den einzelnen Gemeinden durchgeführt; am 26. Februar 1782 erfolgte die Ordnung zugleich mit dem Erlaß der Gemeindeverfassung in der Stadt Florenz: damals ist die alte Kommune zu Grabe getragen worden und die moderne Gemeinde Florenz mit gleichen Rechten und Pflichten, wie sie die andern Gemeinden besaßen, trat an ihre Stelle. Allen Gemeinden, die so die Erhebung auch der Decima in die Hand bekamen, wurden allgemeine Vorschriften über die Art der Verwaltung gemacht, um eine einheitliche Grundlage in der Grundbesteuerung zu wahren. In den einzelnen Erlassen wurde wie einst in der Gemeindeordnung die Höhe und die Unveränderlichkeit dieser „Tassa di acollo“ festgelegt, auch für den Fall, daß bisher unbesteuerte Liegenschaften ausfindig gemacht würden. Mit dem Uebergang an die Kommunalverwaltung verlor die einstige Decima ihren

frühern Charakter und wurde ein Zweig des kommunalen Abgabensystems. Es wurde dem Ermessen der Gemeinden überlassen, bisher nicht besteuerte Besitzungen, etwa Häuser usw. einzuschätzen und zu besteuern, ebenso die Richtigstellung und Verbesserung unrichtig befundener Steuersätze<sup>34</sup>. Auch die Erbpächter hatten — wie dies bereits durch Reskript vom 25. September 1775 und 28. Juli 1781 festgestellt worden war — neben den Gemeindesteuern auch diese Tassa d'accollo zu bezahlen.

Während so unter den nivellierenden Edikten des Aufklärers Leopold die alte Decima verschwunden ist, waren — und das war das wichtigste — trotz des Kampfes zwischen Gianni und Tavanti die Vorbereitungen zur Aufnahme eines neuen allgemeinen Katasters zwar verzögert, aber keineswegs sistiert worden. Wir erinnern uns, daß durch Motuproprio vom 5. Januar 1778 eine Kommission zur Untersuchung der einschlägigen Fragen eingesetzt worden war, der als wichtigste Mitarbeiter Pagnini und Nelli angehörten. Auch die toskanischen Ingenieure, Ferroni und Salvetti, beides tüchtige Mathematiker, hatten ihre Gutachten und Pläne eingereicht; selbst ein ausländischer Ingenieur reichte 1779 ein gut ausgearbeitetes Projekt ein und vertrat eine genaue Vermessung mit exakten Katasterplänen. Die Untersuchungen der Kommission erstreckten sich zuerst auf die im Jahre 1748 hergestellten Steuerbücher, die auf Angaben der Gemeindekanzler beruhten. In ihrem Votum vom 7. April 1778 kam sie zu dem Resultat, daß der Zustand der Schatzungen Toskanas derart verzweifelt sei, daß ein allgemeiner neuer Kataster dringend notwendig sei. Leopold hat sich denn auch damit einverstanden erklärt. Die Kommission war es auch, wie es scheint — denn alle Nachrichten aus jener Zeit lassen uns hierüber im Stich —, die den Ausgleich

---

34. Neu einzuschätzende Liegenschaften mußten zu vier Einheiten pro 100 Scudi Ertrag besteuert werden, da die alten Posten sich im allgemeinen diesem Satze näherten, wie es heißt.

des Grundsteuersystems des Contado mit dem des Distrikts befürwortete, die die Uebertragung der Decima an die Gemeinden durchführte. Offenbar wurde aber die Tätigkeit derselben in jenen Jahren stark gelähmt durch den Streit über die Ablösung der Decima; das war von Gianni natürlich beabsichtigt, hatte ihn wohl veranlaßt das bekannte Projekt einzureichen. Die Kommission scheint daher sehr wenig geleistet zu haben; sie beschränkte sich darauf, bei den Gemeinden Enquêtes über den Zustand der kommunalen Kataster zu machen, um dem Großherzog ein genügendes Material für die maßlosen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten in der Steuerverteilung zwischen Contado und Distretto, Gemeinde und Gemeinde, Besitzer und Besitzer zu liefern, überhaupt alle erforderlichen Vorarbeiten in die Wege zu leiten. Eine Instruktion für die Ingenieure wurde am 12. April 1779 dem bekannten Mathematiker Bombicci übergeben, eine Reihe von Denkschriften Leopold vorgelegt<sup>35</sup>. Etwas Gesetzgeberisches ist in dieser Zeit nicht zustande gekommen; aber eine wichtige Abklärung vollzog sich damals, indem man immer mehr der Ansicht zuneigte, daß ein Kataster, der dauernd zu sein versprach, auf Grundlage einer exakten Vermessung mit den besten technischen Hilfsmitteln und vor allem auf Grund genauer Pläne trotz der großen einmaligen Kosten einem Grundbuch vorzuziehen sei, das auf kontrollierter Selbsteinschätzung der Besitzer beruhte und in gewissen Abständen neu aufgenommen werden mußte.

Nachdem also die katasterfreundliche Partei gesiegt hatte

---

35. Das Material war für diese Zeit spärlich. Die meisten Tatsachen lernen wir aus einer Denkschrift Giannis vom 22. Mai 1784 kennen. (Gabinetto, Filza 93, Nr. 4.) Gianni polemisierte vor allem gegen eine anonyme Denkschrift, die Leopold für die Reform günstig gestimmt habe. Siehe ferner Gabinetto, Filza 93, Nr. 1. Filza 95 (Denkschrift des fremden Ingenieurs.) Filza 93, Nr. 8. Die Berichte der Kommission waren nicht zu finden; daß aber in jener Zeit solche gemacht wurden, zeigen einige zerstreute Notizen. Siehe Filza 94, wo Pagnini immer noch das System der Decima vertritt; ferner Filza 83, Nr. 16E.



und der Angriff Giannis abgeschlagen war, ging es an die Ausführung des Programms. Nochmals stellte die Kommission auf Grund einer Enquête bei den Gemeindegazlern dem Großherzog die Notwendigkeit der Reform dar<sup>36</sup>. Von den 47 Gemeinden des Distrikts, denen durch Zirkular vom 5. Nov. 1781 8 Fragen zur Beantwortung vorgelegt wurden, waren 31 für eine Neuaufnahme ihrer ungenügenden Schätzungen und nur 15 erklärten, daß keine Notwendigkeit dazu vorhanden sei. Und nochmals wurde bei dieser Gelegenheit in der grellsten Form die ganze Ungerechtigkeit, der ganze Wirrwarr des damaligen Katasterwesens dem Großherzog vor Augen geführt. Auch machte die Kommission darauf aufmerksam, daß die Einführung der Tassa di Redenzione durch die Gemeindeordnung diese Verhältnisse keineswegs verbessert habe. Die Gemeinden, meinte sie, sind ungleich belastet; das Verhältnis schwankt von 1½ bis 40 % und mehr; dieselben Ungleichheiten kommen bei der Besteuerung der Grundbesitzer innerhalb derselben Gemeinde vor, von 3—20 und 30 % ihres Ertrages. Durch die Vereinigung mehrerer, früher selbständiger Gemeinden und Kirchspiele durch die Gemeindeverfassung ist diese Katastermisere noch gesteigert worden, weil dadurch eine Vereinigung durchaus verschieden gearteter Grundbücher erfolgt ist. — Der Großherzog selbst hat in einer einige Jahre später geschriebenen Denkschrift die entsetzliche Verwirrung des Grundsteuersystems anerkannt, die Unmöglichkeit, in der gleichen Weise weiter zu besteuern. Auch er war der Ansicht, daß die Aufstellung von neuen Katastern nicht den Kommunen überlassen werden könne, einmal weil die dazu befähigten Leute in fast allen Gemeinden fehlten, weil infolge des Interesses der Bewohner nicht die nötige Unparteilichkeit vorhanden gewesen wäre und schließlich, weil zu einer gerechten Steuergrundlage eine einheitliche Methode der Einschätzung nötig sei<sup>37</sup>.

---

36. Gabinetto, Filza 93, Nr. 1.

37. Gabinetto, Filza 93, Nr. 8.

So begann den endlich nach so langen Untersuchungen und heftigen Kämpfen zwischen Freunden und Feinden derselben anfangs der 80er Jahre die allgemeine Katasterreform, die auf Grund sorgfältiger Vermessung durch Ingenieure und durch Schätzung der Ertragsfähigkeit des Bodens durch Sachverständige durchgeführt werden sollte. Bekanntlich hat das Censimento milanese Maria Theresias 20 Jahre gedauert und Millionen gekostet. Leopold hat auf eine Anfrage den Bescheid erhalten, daß ein toskanischer Kataster mehr als 400,000 Scudi kosten und die Vermessung 12 Jahre dauern würde<sup>38</sup>. Die Katasterreform mußte somit eine der größten und kostspieligsten Regierungshandlungen Leopolds werden und so wird verständlich, daß der Großherzog erst nach langen Untersuchungen und Erwägungen an das sowieso von hervorragender Stelle angefeindete Projekt herantrat. Und es wird auch verständlich, daß er zuerst mit dem vorgeschlagenen und gebilligten System der Aufnahme ausgesprochenermaßen einen Probeversuch machen wollte, daß er ferner eine Kommission der hervorragendsten Ratgeber, Freunden und Feinden der Reform einsetzte, um genaue und allseitige Informationen darüber einzuziehen, bevor die eigentliche Durchführung begann.

Diese Probeversuche wurden zugleich an verschiedenen Orten des Landes in Angriff genommen; so im Gemeindeareal von Monte Catini, Monsummano und Monte Vetturini im Val di Nievole, dann kamen auf ihr Gesuch hin die Gemeinden Massa, Uzzano, Vellano, Pescia, Monte Carlo, Borgo a Buggiano und die Montagna di Pistoia an die Reihe, alle im Florentinischen. Gleichzeitig wurde auch im senesischen Staat eine

---

38. A. A. E., Bd. 141B, S. 53. Brief vom 18. März 1785: „En attendant l'impôt unique dans un pays plus exercé aux essais de tous genres que la France le Grand-duc avait demandé une mémoire sur le temps et les frais nécessaires pour une mesure générale de la Toscane en lieux quarrées. Le Rédacteur n'a sûrement pas excité le désir du souverain en lui demandant 12 ans et plus de 400,000 écus pour la mesure indéterminée de 8 à 9000 lieux

Stichprobe gemacht, in S. Quirico, dann in Chiusi, Torrita, Asinalunga; viele Gemeinden dieses Staates baten um gleichartige Reformen. Im Pisanischen verzichtete man auf einen solchen Versuch, weil dort die Grundbücher sich in weit besserer Verfassung befanden und keine Klagen der Gemeinden einliefen. Diese Maßregeln sollten also einem doppelten Zweck dienen: einmal sollte die Tauglichkeit der gewählten Methode geprüft werden, sodann sollte die Stichprobe gemacht werden, ob wirklich die geltenden Kataster völlig ungerecht und unbrauchbar waren; man hatte daher zu dem Experiment vor allem Gemeinden gewählt, deren Kataster als gänzlich verworren und untauglich galt<sup>39</sup>.

Und jetzt war der entscheidende Augenblick da, der für die Gestaltung nicht bloß der Grundbesteuerung, sondern der ganzen Finanzreform maßgebend sein mußte. Wenn es gelang den Großherzog von der Vorzüglichkeit dieser Proben zu überzeugen, dann wurde die Katasteraufnahme energisch in Angriff genommen, und es konnte nicht zweifelhaft sein, daß dann die Reform in physiokratischem Sinne, auf der Grundlage direkter Besteuerung erfolgen würde, daß eine Reihe von indirekten Steuern in Grundsteuern umgewandelt würden. Freund und Gegner einer solchen Gestaltung strengten denn auch ihre letzten Kräfte an, um ihrer Anschauung zum Siege zu verhelfen. Es scheint auch, daß das Vermessungs- und Einschätzungswerk in Monte Catini nicht schlecht vonstatten ging und die vorhandenen Ungerechtigkeiten aufdeckte; insbesondere kam zum Vorschein, daß gerade die Reichsten am wenigsten besteuert

---

quarrées que peut embrasser cet état. Nach Gabinetto, Filza 93, Nr. 2 berechnete die florentinische Kommission die Kosten für das Florentinische auf 360,000 Scudi, mit 200 Agrimensoren in zwanzig Jahren; die senesische Kommission auf 50,000 Scudi für die senesische Provinz in 57 Jahren.

39. Gabinetto, Filza 93, Nr. 2, Nr. 3, Nr. 4. Laut Rechenschaftsbericht Leopolds kosteten diese Versuche zusammen 114,523 Lire. Für S. Quirico = 7364 Scudi.

waren, wie Leopold selbst schreibt. Andererseits kamen, wie es scheint, auch verschiedene Fehler dabei vor, besonders infolge der nicht genügenden Erfahrung der Ingenieure in solchen Sachen, dann aber auch durch die Schatzungskommission, die der Unparteilichkeit wegen nicht aus den Bewohnern der betreffenden Orte gewählt wurde, die dafür aber eine ungenügende Kenntnis der Ertragsfähigkeit der Grundstücke zeigte, Fehler, die auch die Freunde der Reform, Pagnini und Leopold zugeben. Die Kosten waren allerdings nicht unbeträchtlich, für Monte Catini 3056 Scudi<sup>40</sup>.

Aber alle diese einer Reform günstigen oder entgegenstehenden Tatsachen traten weit zurück in ihrer Bedeutung vor dem Ereignis, das für die ganze weitere Entwicklung der toskanischen Finanzreform entscheidend geworden ist. Im Herbst des Jahres 1781, als eben der Kataster von Monte Catini seiner Vollendung entgegenging, ist der Finanzminister Tavanti ins Grab gesunken, der schwerste Schlag für die Freunde der Grundsteuerreform. Denn wie kein anderer hatte dieser Minister das Vertrauen seines Herrn besessen. Sein Tod war das Signal zu einem Stillstand dann zu einer allmählichen Schwenkung in der Finanzpolitik. Sein Nachfolger war der verständige, aber keineswegs hervorragende Serristori, der keinen großen Einfluß auf die folgende Entwicklung gewonnen hat; er vertrat ähnliche Grundsätze wie Tavanti, wurde aber durch den Einfluß Giannis fast völlig eliminiert. Daß der Großherzog im Jahre 1781 nicht den oppositionellen Gianni ins Finanzministerium berufen hat, war konsequent und richtig; denn damals und noch einige Jahre war Leopold noch im Fahrwasser der bisherigen Politik, wünschte vor allem die Kataster-

---

40. Ebd.; dazu Nr. 8. Es ist nicht leicht, sich ein klares Urteil über diese Versuche zu bilden, weil naturgemäß die Freunde der Reform die Vorzüge derselben hervorhoben, die Gegner die Fehler unterstrichen. Offenbar den ungetrübtesten Blick zeigt der Großherzog selbst.

reform. Eine Berufung des diesem Projekt so feindlich gesinnten Gianni an die erste Stelle, wäre daher etwas Unverständliches gewesen. Daß trotzdem die Finanzreform in dessen Geist erfolgt ist, ist nicht das geringste Zeichen für die hohe Begabung und Energie dieses Mannes.

Die Gegner der Katasterreform, voran Gianni, haben alles nur Mögliche getan, um die begonnene Arbeit gleich in ihren Anfängen zum Scheitern zu bringen. Sie bearbeiteten den Großherzog, wandten sich auch an die Öffentlichkeit; sie stachelten an den Orten, wo die Probeversuche stattfanden, die Bauern gegen die Vermessungs- und Einschätzungsarbeiten auf, und unterstrichen die Fehler, die tatsächlich vorgekommen waren; sie verbreiteten auch in Florenz und im übrigen Toskana das Gerücht, daß, wenn die Katasterreform durchgeführt sei, die Grundsteuern um 50—60 % erhöht werden würden, und schufen so der Regierung allerlei Schwierigkeiten<sup>41</sup>.

Um sich eine möglichst genaue Kenntnis von den Ergebnissen der Probeversuche in Monte Catini zu verschaffen, wo die Arbeit zuerst beendet war, setzte der Großherzog am 18. Juli 1782 eine neue Kommission ein, bestehend aus Serristori, Gianni, Nelli, Ippoliti, Gio. Neri, Pagnini und Mormorai. Ihre Aufgabe war, nochmals das ganze Material durchzuarbeiten, das sich bis dahin über die Katasterreform angehäuft hatte; sie sollte Vorschläge machen über die Art und Weise, wie die Arbeit fortgesetzt werden sollte. Weiter wurde ihr die Untersuchung des neuen Katasters von Monte Catini und der andern fertig gestellten übertragen; im einzelnen sollten die Art und Weise der Ausführung, die Fehler und die Mittel zu ihrer Eliminierung aufgezeigt werden. Auch sollte die Kommission Vorschläge darüber machen, wie die große Reform beschleunigt und mit weniger Kosten durchgeführt werden könne<sup>42</sup>. Aus diesem Auftrag geht deutlich hervor, daß der Großherzog damals noch

---

41. Ebd. Nr. 8. Leopold selber berichtet das.

42. Ebd.

durchaus auf der Seite der reformfreundlichen Partei stand. Bald aber wendete sich das Blatt.

Die Kommission zog sich durch mehrere Jahre hin; von allem Anfang an schieden sich die Mitglieder, wie vorauszu-sehen war, in zwei Parteien, die sich um Gianni und Pagnini gruppierten, welch letzterer nach dem Tode Tavantis die An-sichten seines verstorbenen Freundes zum Siege zu führen strebte<sup>43</sup>. Die Art des Kampfes war ebenfalls zum vornherein klar: die Freunde der Reform suchten die Probeversuche als ge-lungen hinzustellen und wiesen auf die zutage getretenen kolossalen Ungerechtigkeiten hin; die Gegner unterstrichen die Fehler, die bei der Vermessung und insbesondere bei der Ein-schätzung vorgekommen waren. Die Frage war nur, wer den Kampf geschickter zu führen verstand. Und da zeigte es sich denn eben, daß Pagnini und die übrigen Mitglieder mit Aus-nahme Giannis recht mittelmäßige Köpfe waren, die der dialek-tischen Gewandtheit und logischen Schärfe des einen Mannes nicht gewachsen waren. In mehreren Denkschriften trat Pagnini für das immer wieder verfochtene Prinzip ein, daß ein allgemeiner Kataster äußerst notwendig sei, um die Steuerkraft der Kontribuenten richtig kennen zu lernen und um die Steuern entsprechend verteilen zu können. Freilich gab er zu, daß bei den Probeversuchen mit dem neuen System Fehler gemacht wurden, sowohl von seiten der Ingenieure wie durch die Schatzungskommission; zwar beantragte er, daß dabei Ver-besserungen angebracht würden; dann sollte aber mit dieser verbesserten Methode die Reform weitergeführt werden. Vor

---

43. Ueber das Folgende: Gabinetto, Filza 93, Nr. 2, 4. Die Denk-schriften Pagninis fehlen. Es mag interessieren, wie sich nach dem neuen Kataster der Besitz unter die Laien und die Geistlichkeit verteilte. Monte Catini: Laien = Scudi 14,072.—8.10 Reineinkünfte. Klerus = 5513.—1.8. Monte Vetturini: Laien = 8445.6.8.1. Klerus = 2511.4.17.10. Monsummano: Laien = 4667.2.8.9. Klerus = 1974.1.11.2. Terre: Laien = 27,185.2.58. Klerus = 9998.6.10.8. Nach diesen Verhältnissen zu schließen, besaß der Klerus mehr als ein Drittel des Bodens. Gabinetto, Filza 93, Nr. 3.

allem verstand er es aber nicht der Schlagfertigkeit seiner Gegner die Spitze zu bieten; seine Denkschriften scheinen statt kräftiger Argumente einen großen Wortschwall enthalten zu haben. Ganz zu der Ansicht Pagninis stand der Senator Nelli, ebenso Serristori; letzterer wollte die Zahl der Agrimensoren und Schatzungsbeamten erhöhen, um die Reform zu beschleunigen. Im ganzen waren auch Ippoliti und Neri der Ansicht Pagninis. Neri gab zu, daß die Berechnung des Ertrages der Liegenschaften nur eine approximative sein könne, indem Vermessung und Pläne zwar genau seien, daß die Schätzung aber nur ein allgemein wahrscheinliches Ergebnis liefern könne. Aber, meint er, die Pläne kosten am meisten; diese brauchen nicht erneuert zu werden, während diese Erneuerung für die Schätzung in einer Reihe von Jahren ohne große Kosten stattfinden kann. Die Kosten der Reform, die er auf 4 Soldi per stajo berechnete, fand Neri angesichts der Vorteile, die aus der Aufnahme resultieren würden, nicht sehr hoch; im ärmeren Kirchenstaat hat man sich auch nicht beklagt; die gemachten Fehler sind leicht zu korrigieren. Daß viele Leute in Monte Catini mit dem neuen Kataster nicht zufrieden sind, ist nicht zu verwundern, da die Reform eben viele Interessen verletzt hat. Indessen sind die Gemeinden, wo der neue Kataster eingeführt wurde, zufrieden, andere haben um dieselbe Wohltat gebeten<sup>44</sup>.

Dieser Gruppe von Gegnern, zu denen in jeder Beziehung auch Großherzog Leopold noch hinzuzurechnen war, trat der einzige Gianni gegenüber; denn daß der Präsident der Gemeindekammer, Mormorai, der statt eine sachliche Denkschrift einzureichen, einen wütenden Angriff auf das Projekt der einen direkten Steuer machte, etwas anderes als ein Werkzeug Giannis war, ist kaum anzunehmen. Mit der Denkschrift, die er am

---

44. Neri machte auch Front gegen den Einwurf Giannis, daß die Abgaben der Gemeinden keineswegs proportional sein müßten. Er betonte, daß die vor 3—5 Jahrhunderten abgeschlossenen Kapitulationen nicht maßgebend sein dürften, daß die Gerechtigkeit proportionale Besteuerung erfordere.

22. Mai 1784 verfaßte und die im September mit den Voten seiner Gegner Leopold vorgelegt wurden, tritt der oppositionelle Minister ganz in den Vordergrund der Finanzreform<sup>45</sup>. In der entschiedensten Weise macht Gianni Front gegen die allgemeine Katasterreform und trat für Ueberlassung der Neuaufnahme an die einzelnen Gemeinden ein. Durch die Gemeindeordnung, so ungefähr führte er aus, wurden einige Gemeinden beauftragt unbedingt ihre Schatzungen zu erneuern. In andern, und zwar waren es viele, waren die Grundbücher vom Gemeindeganzler, der sie führte, schlecht geführt und mißbraucht worden. Meiner Meinung nach war es indessen nur nötig, viele dieser Schatzungen ins Reine zu schreiben und gleichzeitig die fehlenden Uebertragungen vorzunehmen und zu rektifizieren. Bei einigen war Verbesserung der Fehler erforderlich, die die Gemeindeganzler begangen hatten, und wieder andere mußten mit den Originalen im Generalarchiv in Florenz verglichen werden. Aus diesen Gründen etwa wurde durch die Gemeindeordnung den Kommunen anheimgestellt, die Schatzungen zu verbessern und auch neue auszufertigen, wo es nötig war, ohne daß weitere Genehmigung erforderlich war. Eine Anzahl von Gemeinden ist dieser Erlaubnis nachgekommen. Ich finde bemerkenswert, daß in diesen Gemeinden mit korrigierter Schatzung kein Grund gewesen wäre, eine neue Schatzung einzuführen; vielmehr können diese Grundbücher, auch wenn sie jene letzte Präzision und geometrische Genauigkeit nicht erreichen, die man weder in den bereits gemachten, noch in allen zukünftigen Katastern finden wird, sehr gut dem Zwecke dienen, zu dem sie bestimmt wurden, nämlich, um die Grundsteuern auf die betreffenden Gemeinden zu verteilen und um die Besitzer des betreffenden Territoriums kennen zu lernen. Man hat aufmerksam gemacht auf die Verschiedenheit der Methode, mit der die Kataster in den verschiedenen Gemeinden aufgestellt wurden; aber das

---

45. Diese wichtige Denkschrift befindet sich in: Gabinetto, Filza 93, Nr. 4; ebenso die Mormorais.



war reine Formsache, die im Grunde die Maßnahmen nicht verletzte, die bei jeder Verteilung der Gemeindesteuern vorzunehmen waren; daher wurden zur Bequemlichkeit der Gemeindeglieder spezielle Instruktionen gegeben, wo es nötig war, damit jeder Kanzler erkennen könne, welche bestimmten Rechnungsoperationen er machen mußte, um die Ziffern oder Berechnungsgrundlagen zwischen den verschiedenen Katastern auszugleichen, welche derselben kommunalen Besteuerung unterliegen sollten. Auch diese den Umständen und der Zeit angemessenen Instruktionen wären wahrscheinlich bald überflüssig geworden, wenn die Gemeinden, wo das nötig war, gleichzeitig mit der Korrektur, Rektifikation oder Revision ihrer Schätzungen auch alle Daten in moderne, allgemein verständliche Form gebracht hätten, die bloß als Unklarheiten, Fehler oder Defekte der Schätzungen erschienen, weil wenige die Grundbücher kannten und noch weniger ihre Elemente und noch viel weniger ihre Beziehungen, die früher nicht gebräuchlich waren, weil die Grundsteuern bis in die kleinsten Winkel eines einzelnen Kirchspiels separat gebildet wurden, was durch die Zusammenziehung von mehreren Orten zu einer Gemeinde durch die Gemeindeordnung geändert wurde. Daher scheint es, daß in diesem neuen Zustand der Vereinigung derselben unter der gleichen kommunalen Verwaltung und Vertretung der erste Gegenstand der Rektifikation und Verbesserung der Kataster die Vereinigung und der Ausgleich unter denselben wäre, um auch unter den Kontribuenten den Ausgleich herzustellen, schloß Gianni diesen Abschnitt und machte das immer in Aussicht gestellte Projekt des allgemeinen Katasters dafür verantwortlich, daß nicht schon allgemein die Kommunen, jede für sich, diese Verbesserungen des alten Systems und seiner Fehler wie der Verwaltung vorgenommen hätten.

Nachdem Gianni so seine Ansicht dargelegt hatte, daß die Katasterreform durch die einzelnen Gemeinden in richtig verstandener Weise, keineswegs aber durch eine allgemeine, uniforme staatliche Neuaufnahme erfolgen müsse, wandte sich

der Minister kritisierend und spöttisch gegen die seit 1778 eingeleitete allgemeine Katastrierung und zerplückte erbarmungslos die Leistungen der damals eingesetzten Kommission, wandte sich insbesondere auch gegen eine anonyme Denkschrift, die ihm den Anstoß zur Bildung der Kommission gegeben zu haben schien. Vor allem vermißte er begründete Tatsachen, Beweise, weshalb die gewaltige Reform unternommen werden müsse, während doch bei vielen Gemeinden die Schatzungen intakt seien. Der Plan, den jene Denkschrift aufstellte, einer einheitlichen Grundbesteuerung, die dem Ertrag der Grundstücke proportional wäre, „könnte ein würdiger Gegenstand für sehr schöne akademische Dissertationen sein; aber ich glaube, daß zwischen einer Abhandlung und der Anwendung und Ausführung ein großer Unterschied ist, und ich zweifle nicht, daß die Praxis jedem diese Unterscheidung aufdrängen wird. Die Schwierigkeiten, Maßnahmen, welche als Grundlage eines allgemeinen Systems vorgesehen wurden, an gewissen speziellen Orten durchzuführen, sind bekanntlich sehr zahlreich und führen, wie es anders nicht sein kann, häufig zu einer klaren Abweichung von den gewaltsam als allgemein vorgesehenen Regeln . . . Hier braucht nicht wieder gesagt zu werden, wie verschieden die Bedingungen, die Umstände, die Beziehungen sind, die den Ackerbau in jedem Winkel Toskanas und auf allen Stufen seines Reichthums betreffen; jeder kennt ja mehr oder weniger diese Unterschiede und so scheinen in keiner Weise weder die Notwendigkeit einen neuen allgemeinen Kataster aufzustellen, noch auch nur die Angemessenheit ihn nach dieser Methode auszuführen, durch die von mir gelesenen Papiere bewiesen oder gezeigt zu sein, sondern nur wenn die als Prinzip des Planes vorausgesetzte Notwendigkeit bewiesen wird, soll man dazu übergehen, den Wert der Form zu prüfen, die zum System erhoben werden soll.“

Aber Gianni wollte auch nicht einmal die Wünschbarkeit der allgemeinen Reform anerkennen, geschweige denn die Notwendigkeit. Dafür vermißte er die lange Reihe der kommunalen Bittgesuche, die für eine derartige Reform eingetreten wären;

bei denen, die er zitiert fand, fehlte ihm die die ausreichende Begründung, um ein richtiges Urteil fällen zu können, oder er bezeichnete sie als Ausfluß privaten Eigennutzes und menschlicher Unselbständigkeit und beantragte, daß die Kommission derartige Bittgesuche einer genauen Prüfung unterwerfe.

Scharf kritisierte er dann das Vorgehen der Kommission von 1778, daß sie auf Grund der total falschen Aufnahmen von 1748 irgendwelche Schlüsse gezogen habe, tadelte auch die Billigung, die ein derartiges Vorgehen bei Leopold gefunden habe. Ueberhaupt suchte er in jeder Weise die Arbeit und die Ansichten jener Kommission herabzusetzen. Daß sie in ihrem Bericht „dargestellt hat, daß die Schätzungen zu verschiedenen Zeiten gemacht, nach verschiedenem Geld, Maß und verschiedenen Ziffern berechnet wurden, ist nicht zu bestreiten, aber ich glaube nicht, daß das ein Grund gewesen wäre, um daraus zu schließen, daß das Wohl des Staates eine allgemeine Neukatastrierung verlange“. Gianni war der Ansicht, daß durch einfache Berechnung alle Unterschiede ausgeglichen werden könnten. „Durch Berechnung werden alle Unterschiede ausgeglichen und durch geeignete Zahlenoperationen wäre zwischen den toskanischen Schätzungen wenig Differenz geblieben, außer daß einige absolut unbekannte Werte sich nicht zu einer berechenbaren Klarheit bringen ließen und auf diese Weise wäre jede folgende Maßnahme des Ausgleichs, der Aufhäufung und gemeinsamen Proportion zu erreichen gewesen, indem man sich immer daran erinnerte, daß man wegen kleiner Schwierigkeiten nicht große Maßnahmen ersinnen muß, die ebenfalls volle Unvollkommenheiten sind, wie alle menschlichen Handlungen.“

Gianni wies auch die Behauptung jener Kommission zurück, daß in den meisten Gemeinden keine Angaben über die bei der Aufstellung der Kataster zur Verwendung gekommenen Regeln, Maße und Abzüge vorhanden seien. Sein arbeitsamer Fleiß hatte auch bereits eine Liste zusammengestellt, wozu ihm die Gemeindeganzler und das Katasterarchiv in Florenz das

nötige Material geliefert hatten, die zeigen sollte, daß nur im kleinsten Teil der kommunalen Grundbücher derartige Unklarheiten existierten. Die Ansicht seiner Gegner, daß vermittle der Decima der Contado ganz anders behandelt sei als der Distrikt, daß infolge von Veränderungen der Erdoberfläche, der Sitten, des Handels und der Bevölkerung usw. eine gewaltige Ungleichheit in der Steuerverteilung entstanden sei, fertigte Gianni spöttisch ab und meinte, die Regierung habe sich nicht um diese Art neuer Belastung zu kümmern; denn diese entsteht dadurch, daß der eine die Erde bebaut und fruchtbar macht, indem er ihr neues Kapital, Schweiß und Arbeit zuwendet, während der Faule und Dumme dies unterläßt. Denn die Verschiedenheit entsteht da nicht durch die Besteuerung, sondern durch die Weisheit und den Fleiß dessen, der zweckmäßig handelt.

So eigentümlich diese Argumentation sein mag, sie wird noch übertroffen durch die Art und Weise, wie Gianni der Behauptung der Gegner entgegentrat oder sie vielmehr erläuterte, daß in der Verteilung der öffentlichen Lasten zwischen Contado und Distrikt, zwischen Gemeinde und Gemeinde und zwischen Besitzer und Besitzer eine offenbare Ungerechtigkeit und Ungleichheit vorhanden sei. Indem er auf seine obigen Ausführungen verwies, fügte er hinzu, „daß es weder der Fehler der Decima noch der Schätzungen sei, wenn eine Gemeinde, ein Distrikt oder ein Territorium mehr oder weniger als ein anderes bezahlen müsse, vielmehr Schuld der alten Kapitulationen der verschiedenen Orte und die Konsequenz der verschiedenen Gesetze und Verordnungen, wodurch den verschiedenen Gemeinden immer verschieden und unterschiedlich schwerere oder leichtere Abgaben auferlegt wurden“. Gianni erinnerte daran, daß alle diese Steuern in der Tassa di Redenzione zusammengefaßt wurden, daß aber außerdem durch die Gemeindeordnung eine Menge von Abgaben, Vieh-, Kopf- und Familiensteuern, Weideabgaben, Frondienste von Menschen und Tieren abgeschafft und durch Erhöhung der Grundsteuer ersetzt worden seien, was dem Großherzog neben den Lobsprüchen der Entlasteten auch

die Klagen der stärker Besteuerten eingetragen habe. „Also bin ich der Meinung, daß, wenn der Souverän glaubt, irgendeine Gemeinde sei durch die Grundsteuer zu stark belastet, es genügt, daß er ihr die Tassa di Redenzione ermäßigt und dies erfordert keineswegs die Arbeit eines allgemeinen Katasters. Wenn er nicht mehr will, daß die Gemeinden gemäß ihren Kapitulationen und gemäß den Gesetzen und Verordnungen, die sie verschieden belastet haben, verschieden bezahlen sollen, so genügt es, die am schwersten und die am leichtesten besteuerte und so nacheinander die andern entsprechend besteuerten oder entlasteten vorzunehmen; aber das wird mein Vorschlag nie sein, weil ich nicht glaube, daß wahre und gerechte Klagen vorhanden sind, die die Aufmerksamkeit einer Regierung verdienen.“

Gegenüber der Behauptung der Kommission, daß es unmöglich sei eine allgemeine Korrektur der geltenden Schätzungen vorzunehmen, besteht dann der Senator in fast höhnischer Weise darauf, daß die Mitglieder jener Kommission mit ihm der Meinung sein würden, daß dies doch durchführbar sei, wenn sie anderes Material vor sich gehabt hätten, und wenn sie sich nicht durch die Hoffnung auf Gewinn bei dem neuen gewaltigen Unternehmen hätten blenden lassen. Diese Korrektur und diesen Ausgleich will er den Gemeinden selbst anvertrauen und meint, das wäre schon größtenteils geschehen, wenn nicht der Plan der allgemeinen Reform Einhalt getan hätte. „Man muß meiner Meinung nach die Gemeinden bloß ermutigen, das Recht kräftig in Anwendung zu bringen, das ihnen durch die Gemeindeordnungen in dieser Hinsicht verliehen worden ist; aber man müßte S. Kgl. Hoheit vorschlagen, daß Sie alle passenden öffentlichen Bekanntmachungen vornimmt, damit die Gemeinden und ihre Bewohner jeden Zweifel und jede Furcht verlieren, daß ihre Arbeit samt den dazu erforderlichen Ausgaben umsonst verloren gehen könne.“ Die Tendenz Giannis ging also dahin, die Katasterreform zu einer kommunalen Angelegenheit zu machen; und zwar sollte sie nur in denjenigen Gemeinden und nur soweit vorgenommen werden, wo Fehler und Verwirrung

durch die Unwissenheit der Gemeindeganzler sich eingeschlichen und die Grundbücher reformbedürftig gemacht hätten, wo die notwendigen Uebertragungen nicht vorgenommen worden seien. „Wenn dann die Einheitlichkeit der Berechnungsgrundlage erreicht werden soll, so gibt es nichts leichteres als auch diese wahrhaft kleine Befriedigung zu erreichen...“

Legte so Gianni im ersten Teil seiner Denkschrift seine Ansicht dar, das Grundsteuerwesen bloß durch eine Korrektur der kommunalen Grundbücher und durch Ausgleichungsbeziehung der Schätzungsziffern zu ordnen, so war der folgende Hauptteil der Ausführung der Gründe gewidmet, die ihn zum Gegner einer allgemeinen staatlichen Katasterreform machten; und hier galt sein Angriff vor allem dem Vorkämpfer der Katasterreform, Pagnini. „Das Projekt einen allgemeinen Kataster aufzustellen, der dem Prinzip und System seiner Methode nach auf exakten Plänen und Vermessung der Landesoberfläche und auf der Schätzung des gegenwärtigen Ertrages beruhen muß, kann meiner Meinung nach in Toskana keine sichere, dauernde und gerechte Basis sein.“ Denn zunächst wird bei der Bildung der Pläne die Unsicherheit der Maße unvermeidlich sein; auch die Instruktion für die Ingenieure sieht Vermessungsfehler von 1% in der Ebene und 2% an den Abhängen vor. „Ich fürchte, daß derartige Fehler auch in der Gemeinde Monte Catini, in Monsummano und Monte Vetturini vorgekommen sind,“ überreichte der rührige Gianni eine Liste von Berichten, die er privatim eingezogen hatte. Weiter betonte er, wie unmöglich es sei, einen derartigen dauernden Kataster auf Grund von Einschätzungen aufzustellen, von denen doch bekannt sei, wie sehr der Ertrag des Bodens schwanke, wie wenig sich die noch so genau ausgearbeiteten Berechnungen für 10 und 20 Jahre in der Praxis bewährten. „Wenn daher auch eine Einschätzung des gegenwärtigen Ertrages einer momentanen, wahren Berechnung nahe kommt, so kann das nicht leicht alle überzeugen, daß sie das Verdienst hat gegen jede zukünftige Veränderung konstant und stabil zu sein.“ Auch hier unterstützte Gianni seine Behauptung

wirksam durch Vorlage einer Liste angeblich falscher Einschätzungen in Monte Catini. Ebenso tadelte er das dort beobachtete Schätzungsverfahren und meinte, daß das den Grundbesitzern zustehende Recht der Reklamation, wenn sie sich verletzt glaubten, infolge der beschränkten Frist keineswegs genüge, daß durch dieses Verfahren wohl eine zu hohe, nicht aber eine zu niedere Einschätzung zur Kenntnis gelange. „Indessen sehe ich die Anwendung der Einschätzung nicht in diesem unangenehmen Licht, wenn dieselbe den Wert des Bodens nicht streng, vielmehr sehr oberflächlich feststellt, da sie dann nur dazu dient, leichte Grundsteuern in einer Form zu verteilen, daß die Unterschiede und Ungleichheiten wie die Fehler, die bei der Schätzung immer unvermeidlich sind, unmerkbar sind und des Lärms nicht wert, den der so Belastete macht, und auch kein Neidgefühl gegenüber Begünstigten erwecken. Da die Fehler und Unvollkommenheiten unvermeidbar sind, so muß man danach trachten, daß ihre Wirkungen und Folgen möglichst wenig belästigen, und dies“, so pariert Gianni in geschicktester Weise die physiokratische Steuertheorie, „kann nur die Geringfügigkeit der Steuern bewirken, auf was für einen Zweig der Privatwirtschaft man immer die staatlichen Abgaben legen will und auf diese Weise erreicht man den Vorteil, daß man sich nicht mehr skrupelhaft um die Genauigkeit der Operationen kümmern muß, die man doch nicht exakt ausführen kann, weil die Unterschiede in den Verhältnissen der Steuerzahler nicht eliminiert werden können, auch nicht die Inkonstanz der Einflüsse, die fortwährend auf die Schwankungen der genannten Reichtümer einwirken, und endlich nicht die Fehler, die die Menschenwerke in den Dingen begleiten, die einer Gesetzgebung unterworfen sind, welche nie alle Fälle genau voraussehen kann und welche einer Verwaltung ausgesetzt ist, welche niemals genügend die Energie ihrer fundamentalen Prinzipien in einer ausgedehnten und komplizierten Organisation sehen und aufrechterhalten kann.“ Geschickt benützte Gianni zum Beweise seines Haupteinwandes die Äußerungen seines Gegners Pagnini

selbst; dieser hatte jene Abänderungen von der in Monte Catini zur Anwendung gekommenen Aufnahmemethode vorgeschlagen, daß nur in großen Stücken vermessen werde, daß ferner erfahrene Schätzer aus den betreffenden Orten selbst gewählt werden sollten, wo die Maßnahme vorgenommen werde, weil diese eher als von anderswo berufene Sachkundige die nötige Kenntnis hätten. Daraus leitet Gianni ab, daß offenbar der neue Kataster von Monte Catini nicht ohne Prüfung blindes Vertrauen verdiene. „Ich glaube daher nicht,“ resümiert er, „daß die Arbeiten, die in Monte Catini vollendet und anderswo begonnen wurden, um den Plan eines neuen allgemeinen Katasters auszuführen, als Beispiel dienen können, um ein ähnliches Projekt zu ersinnen oder um das bereits gemachte für das übrige Toskana fortzusetzen. Und wenn jene Gemeinden nicht hätten erwarten können, daß die Ausgaben für die Katasteraufnahme auf den Staatsschatz fallen würden, hätten sie sich vielleicht nicht beeilt, vor den andern zu diesem Experiment zu dienen, und vielleicht wären dann die Berechnungen ausgleichbar, die Zahlen verständlich, die Uebertragungen mangelhaft und die Fehler korrigierbar erschienen oder man hätte den neuen Gemeindekataster, wo es nötig war, zu machen gewußt; aber wenn der Staatsschatz die ungeheure Ausgabe der Katasterreform ertragen kann ohne die Untertanen irgendwie zu belasten, würde ich eher die Abschaffung oder Verminderung einiger Steuern vorschlagen, was dem Staate zum größeren Wohle gereichen würde, als man von einem neuen Kataster erhoffen kann, welcher zeigt, daß man sich bereits anschicken muß, einen zweiten kurz nach dem ersten zu machen.“ Zum wirksamen Schluß macht Gianni dann darauf aufmerksam, daß der mailändische Kataster 9 Millionen Filippi gekostet und die Aufnahme 20 Jahre gedauert habe; weist darauf hin, wie die Kostenvoranschläge der toskanischen Mathematiker Ximenes und Ferroni, die die Ausgabe auf 2 Quattrini per stioro berechnet hatten, in der Praxis bereits hinter der wirklichen Ausgabe zurückgeblieben seien. Daneben stellte er die Bemerkung Pagninis, daß Ertrag,



Stufe der Kultur und Qualität des Bodens ihrer Natur nach nicht unveränderlich und konstant seien, daß daher die Gerechtigkeit verlange, daß nach einer gegebenen Reihe von Jahren in dieser Beziehung eine Revision und Erneuerung stattfinden müsse. Das heißt nichts anderes, meint Gianni, als ständig Scharen von Schatzungsbeamten in Bewegung, neue Tribunale offen und immer gefüllt zu haben, um Rekurse usw. zu entscheiden.

Man muß aber schon bis in die Einzelheiten diese Denkschrift Giannis gelesen haben, um ganz verspüren zu können, welch wunderbare Kraft der Ueberzeugung und Ueberredungskunst aus derselben strahlt. Ganz zweifellos befand sich das toskanische Katasterwesen damals in der bedenklichsten Verfassung; sicher waren nach dieser Richtung die Forderungen Pagninis, Nellis und ihrer Partei völlig berechtigt; aber jeder wird wohl zugeben, daß die Beweisführung Giannis eine wundervolle war, daß er mit seiner Betonung der Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten einer Katasteraufnahme so glänzend dastand gegenüber seinen unbehilflichen, dieser geistvollen Gewandtheit nicht im entferntesten gewachsenen Gegner, wie es bei der damals vorliegenden verzweifelten Lage des Grundsteuersystems überhaupt nur immer möglich war. Die hier kurz skizzierte Denkschrift ist ihrem Inhalt wie ihrer Form nach unstreitig eine der bedeutendsten Leistungen Giannis: gegen diese an Argumenten und Einwänden nie verlegene Kampfweise, die mit einer gründlichen Kenntnis der Zustände und einem energischen Fleiß, der alle Materialien für den Beweis zu sammeln unternahm, verbunden war, konnte die phrasenhafte und immer mit den gleichen Größen operierende Beweisführung eines Pagnini nicht aufkommen. Und so ist denn das Unglaubliche geschehen: Gianni hat gesiegt und die hier betrachtete Denkschrift ist der Wendepunkt der Katasterreform und zugleich der toskanischen Finanzreform geworden.

Zunächst trat allerdings der Umschwung noch nicht ein. Am 9. Oktober 1784 beauftragte der Großherzog die Finanz-

kommission auf ihren Bericht hin, die noch fehlenden Arbeiten der Vermessung und Schätzung in den bereits in Angriff genommenen Gemeinden Pescia, Uzzano, Massa, Buggiano, Cozzile und Monte Carlo wie auch in der Montagna di Pistoia beenden zu lassen, um ihm über die ganze Arbeit und ihre Kosten Rechenschaft zu geben. Einen analogen Auftrag erhielt die senesische Kommission; die florentinische sollte außerdem die Rekurse von Bürgern Monte Catini wegen ungerechter Besteuerung durch den neuen Kataster prüfen, ebenso die dort nach der Behauptung Giannis vorgekommenen Fehler und Unregelmäßigkeiten in der Vermessung und Einschätzung. Aber gleichzeitig wurde jede weitere Fortsetzung der Katasterreform sistiert, bis das Ergebnis der angeordneten Untersuchung festgestellt war; dann wollte Leopold seine letzten Befehle erteilen<sup>46</sup>. Und einige Tage später, am 13. Oktober 1784 erging der Befehl an die Kommission jenes Giannische Projekt von 1778 über die Ablösung der Decima, das durch den Einfluß Tavantis gescheitert war, in neue Erwägung zu ziehen<sup>47</sup>: Großherzog Leopold hatte mit der Schwenkung seiner Finanzpolitik begonnen. Denn durch seinen großen Reformplan vom Jahre 1784, dessen eine Seite wir bereits bei der Betrachtung der leopoldinischen Zollpolitik erörtert haben, hatte Gianni begonnen mit aller Energie Sturm zu laufen gegen den bisherigen Kurs der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Seine finanzpolitischen Anschauungen hat der Mann, auf dessen gewaltige Schultern nun die ganze Last der Reform überging, in einer Denkschrift niedergelegt, die er 1786 für Leopold verfaßte und die 1792 anonym erschienen ist<sup>48</sup>. Der Ausgangspunkt dabei war für ihn und mußte es bei seiner Auffassung

---

46. Gabinetto, Filza 93, Nr. 5.

47. Gabinetto, Filza 93, Nr. 6.

48. Abgedruckt in der „Raccolta degli economisti toscani“. Sie trägt den Titel: *Meditazione sulle Teorie e sulla Pratica delle Imposizioni e Tasse Pubbliche*.

und bei der damaligen Sachlage sein, der Kampf gegen die eine direkte Steuer auf den Grundbesitz. Diese eine direkte Steuer, stellte Gianni seine erste These auf, kann nicht im richtigen und wohlverstandenen Interesse des Staatsschatzes liegen. Den Nachweis führt er, indem er Front macht gegen die Anschauung, daß man mit den Steuern das Interesse des Staatsschatzes als Selbstzweck fördern müsse und daß der Vorteil der Regierung darin bestehe, eine möglichst reiche Staatskasse zu haben. Das ist ein wahres Unglück für den Staat; denn dieser soll nur in der äußersten Not und nur in außerordentlichen Unglücksfällen den materiellen Nutzen der Staatskasse verfolgen. Die Erhöhung der einen direkten Steuer ist natürlich einfach; die Schwierigkeit beginnt erst dann, wenn man das Volk darüber hinwegtäuschen will, und das ist in jedem Fall unmöglich. Es gereicht indessen dem Aerar zum Vorteil, wenn die Steuern leicht sind, so daß sie bei der Berechnung des menschlichen Unterhalts nicht so fühlbar werden, und wenn sie so gut verteilt sind, daß sie nur einen kleinen Teil des Gewinnes der kommerziellen Tätigkeit und der Genüsse der Steuerzahler verschlingen. Die einzige Steuer auf den Grundbesitz oder auf irgendeinen Zweig des privaten Reichtums würde aber nur dort keinem Tadel begegnen, wo diese Last leicht wäre, und ein solches Land gibt es nicht. Die Erhebungskosten sodann kommen dem Unterhalt der Beamten zugute; mit dem Produkt der Steuern will man nichts anderes erreichen als einen Teil des Vermögens der Kontribuenten auf einen Haufen bringen, um ihn dann unter die Staatsdiener zu verteilen. „Diejenigen, die die einzige Steuer nur von einer Seite betrachteten, haben sich in diesem eingebildeten Nutzen des Aerars getäuscht, weil sie ihn als die Börse eines Privaten betrachtet haben, von der man sagt, sie sei um soviel reicher, je mehr Geld darin enthalten ist, und sie haben nicht bemerkt, daß der Staatsschatz eine bloße materielle Institution in der Verwaltung der Gesellschaft ist, die in der Wirtschaftsordnung weder als Konsument noch als Produzent auftritt...“

In seiner zweiten These wendet sich der Senator gegen die

Behauptung der Gegner, die Erhebung der einen direkten Steuer sei leicht und gerecht. Sein Angriff richtete sich hier natürlicherweise vor allem gegen die Institution des Katasters; seine Anschauung hierüber ist uns aber bereits durch die obigen Ausführungen bekannt; drum seien hier nur die Hauptpunkte hervorgehoben. Für beinahe gleichwertig mit einer Aufhebung des Eigentumbegriffes erscheint ihm der in damaliger Zeit gemachte Vorschlag, einen Kataster durch einfache Vermessung und gleichförmige Verteilung der gesamten Steuerlast aufzustellen. Einen durch Vermessung und Einschätzung des Ertrages der Liegenschaften gewonnenen Kataster fand er zu sehr von irrationalen Größen jeder Art beeinflußt, entdeckte zu klare Unvollkommenheiten dabei, als daß von Gerechtigkeit und leichter Herstellung die Rede sein könne. „Und wenn dieser Unterschied sich herleitet von Fehlern der Parteilichkeit, die bei der Aufstellung der Kataster begangen wurden, warum denn von neuem einen allgemeinen Kataster aufstellen, der dieselben Grundübel in der Methode hat, so oft er nach ähnlicher Methode gemacht wird? Und wenn der Unterschied durch die fortwährende Veränderung der Erdoberfläche durch natürliche Erscheinungen entsteht, warum denn sich schmeicheln, man könne das korrigieren, was natürlicherweise durchaus kein Fehler oder Defekt ist? Und wenn er schließlich aus der Ttägigkeit der Menschen erwächst, die aus Mangel an Sorgfalt oder durch Fleiß ihre Besetzung aus einer sterilen in eine fruchtbare und eine fruchtbare in eine öde verwandelt haben, was nützt da eine neue Schätzung des gegenwärtigen Zustandes, auch wenn man sie für wahr und exakt halten könnte, ohne daß man sich dazu vorbereitet, sie oft und mit denselben Mängeln zu wiederholen und beim Volk dieselben schmerzlichen Eindrücke der Störung und Bedrückung immer wieder hervorzurufen, die eine solche an Belästigungen reiche Maßnahme stets begleiten?“ Gianni wies dann darauf hin, wie immerfort bei der Aufstellung neuer Kataster über Ungerechtigkeiten geklagt worden sei, wie jeder die Unfähigkeit der Schätzer und ihre abweichenden Urteile über

denselben Gegenstand habe tadeln hören; die Unvollkommenheit der mechanischen Maßnahmen, bei denen so viele Leute ihre Hände im Spiel hätten, die unüberwindliche Unsicherheit der Preise, um danach den Ertrag der Liegenschaften zu werten. Und zu all diesen unüberwindlichen Schwierigkeiten kommt noch die unvermeidliche der Verwaltung der zu erhebenden Steuern und diese allein würde genügen, um davon zu überzeugen, daß die erhoffte Leichtigkeit der Erhebung nicht zu gut begründet ist.

In der dritten These sucht der Senator nachzuweisen, daß die eine direkte Steuer der Bequemlichkeit und Ruhe der Untertanen keineswegs förderlich sei, wie die Gegner behaupteten. Seine Argumentation lief dabei auf den Nachweis hinaus, daß je kleiner die Steuern seien, desto leichter ihre Erhebung, auch wenn keine strenge Gerechtigkeit in der Verteilung obwalte; in diesem Fall erfolgt die Zahlung freiwillig und die Verwaltung hat nicht nötig sich durch Androhung fürchterlicher Strafen zu sichern oder sich der Angeberei für den infamen Preis der Straflosigkeit zu bedienen; dann gibt es keinen Streit zwischen Privaten oder mit den Kollektoren, die ohne Unterlaß Tribunale und Beamte des Fiskus in Tätigkeit halten. Bei der einen direkten Steuer aber „handelt es sich darum, einzig von der Klasse der Grundbesitzer die ganze Masse der Steuern eines Staates zu erheben und man glaubt nur dieser Klasse von Untertanen die Zahlung zumuten zu sollen; daraus erkennt man sehr wohl, daß auch auf sie die Unannehmlichkeit und Belästigung durch die Verwaltung fällt, so daß die erhoffte Ruhe sich darauf reduziert, die Belästigung auf eine einzige Klasse abzuwälzen; indem man sich so schmeichelt, daß die andern Klassen Erleichterung und Ruhe erlangen werden, wird man einer Menge von Bedrückungen einen Weg gebahnt haben, die vielleicht schwer zu ertragen sind“: die Gerichtshöfe für Katasterangelegenheiten, die schweren Strafen, die Säumigen angedroht werden müßten, die vielen unvermeidbaren Streitigkeiten zwischen Beamten und Kontribuenten infolge der Höhe der

Steuern; Streitigkeiten zwischen Privaten wegen der dann so wichtigen Grenzen usw.

Erst nach solchen Vorerörterungen geht Gianni auf den Kern der Frage ein, indem er die physiokratische Anschauung, daß schließlich jede Steuer auf der Grundrente laste, in einer interessanten Weise bekämpfte. Genau die entgegengesetzte Theorie stellte er auf, daß nämlich der Konsument schließlich derjenige sei, auf dem die sämtlichen Steuern lasteten. „Alle wissen und kein Autor verneint es, oder hat es in andern Ausdrücken gesagt, daß die Steuer nichts anderes ist als ein Teil des Privatvermögens und der Genüsse der Privaten, der dem privaten Steuerzahler entzogen wird und zum Wohl der Allgemeinheit in den Staatsschatz übergeht.“ An einem Beispiel weist dann Gianni nach, daß nicht, wie die Physiokraten glaubten, durch Besteuerung der Rohprodukte bei jedem Besitzeswechsel und bei jeder neuen Verarbeitung ein Teil der ursprünglich auferlegten Steuer abgewälzt, vielmehr schließlich die ganze Steuer vom Konsumenten getragen werde, der somit zweifelsohne der eigentliche Steuerzahler sei. „Was denn wäre aus den Grundbesitzern in wenig Jahren anderes geworden,“ ruft er aus, indem er den Fall setzt, daß dieselben die eine direkte Steuer hätten bezahlen müssen und nicht abwälzen können, „als die elendeste und unglücklichste Klasse im Staate? Und die Landwirtschaft, die dieselben Autoren, die die eine Steuer planen, so preisen, was wird sie anderes werden als der magerste Erwerbszweig, dem sich das Volk mit seiner Arbeit und seinen Kapitalien zuwenden kann? Aber wenn man sagt, daß man alles von der Erde erhält, während man sagen sollte, daß man es von der Arbeit und den verschiedenen menschlichen Beschäftigungen bekommt, was kann man denn zugunsten der Steuer hoffen, wenn alle privaten Interessen alle andern Zweige der Betätigung vorteilhafter und glückbringender finden? Was wird denn aus der Steuer also werden und wie wird man sie von dem erheben können, der keinen genügenden Ueberschuß hat, um sie zu bezahlen?“

So kommt Gianni zu dem Ergebnis, daß nicht die Erde und ihr Ertrag, vielmehr die menschliche produktive Betätigung in jeder Form zu besteuern sei. „Daher würde man zum Schlusse kommen, daß, wenn die Erde als ein unerschöpflicher Quell angesehen worden ist, der gezwungen oder freiwillig alle konsumfähigen Gegenstände liefert, man sich getäuscht hat, falls man nicht mit größerer Genauigkeit sagte, daß im Gegenteil der Mensch alle diese Gegenstände nur durch fleißige Arbeit von Geist und Körper erlangen kann, d. h. durch seine Beschäftigung, und das genügt, um zu zeigen, daß man mit der unverdauten Idee, die Erde zu besteuern, eine Produktionsquelle bezeichnete, welche alles verweigert und nichts hergibt, außer der menschlichen Betätigung; daher wollte man diesen Zweig der Beschäftigung und nicht direkt die Erde besteuern, als wäre sie von getrennter und anders gearteter Provenienz.“ „Man kann die Privatwirtschaft auf jede Weise besteuern, gerecht oder ganz ungerecht und willkürlich; wenn aber die Steuer zu schwer oder die Verwaltung zu hart wird, verarmt die Privatwirtschaft und schließlich verliert man unwiederbringlich die Quelle der Besteuerung...“

Immer, wenn gesagt wurde, man solle den Boden besteuern, resümiert der Verfasser zum Schluß dieser Beweisführung, hat man zweideutig gesprochen und hätte reden sollen von einer Besteuerung des Vermögens der Grundbesitzer und derjenigen, die den Boden bearbeiten. Der Ackerbau und nicht die Erde für sich allein liefert die Bodenerzeugnisse. Dieser aber ist nur ein Zweig menschlicher Tätigkeit. Diejenigen, die jedwede Förderung des Ackerbaus befürworteten und dann Steuern auf den Boden vorschlugen, sind also in offenbarem Widerspruch. Wenn dann von der einen direkten Steuer die Rede war, so geschah das infolge der Verwechslung der Begriffe Erde und Ackerbau; die Ausführung eines derartigen Projektes wäre verderblich gewesen. Denn die Erhebung der Grundsteuern ist nie anders als vermittels der Kataster erfolgt; diese können nur aufgestellt sein auf Grund einer einfachen Ver-

messung der Erdoberfläche, oder auf einer Bewertung des Bodens und seines Ertrages oder auf der Schätzung der eigenen Tätigkeit der Erde für die Produktion. Der Kataster auf Grund bloßer Vermessung wurde nie verwendet; die schlechten Eigenschaften der andern Katasterarten zeigen sich überall bei der Anwendung; dieselben Fehler und Mängel werden bei ähnlicher Methode der Aufnahme immer wieder erscheinen. Die verderbliche Wirkung der unfehlbar mangelhaften Kataster wächst gewaltig proportional der Höhe der Steuer, die man danach bemessen will; bei einer Vereinigung aller Steuern eines Staates zu der einen durch den Kataster umgelegten Abgabe würde der Eindruck übergewaltig werden, den die Unvollkommenheiten des Katasters auf den Steuerzahler durch die Steuerlast, durch die verletzenden Entdeckungen von Ungerechtigkeiten, durch die vexatorische Verwaltung und die strengen Strafen, durch die reichlichen Streitigkeiten mit ebensovielen Urteilen, Anklagen, Verteidigungen usw. ausüben. Wenn man zugesteht, daß die Grundbesitzer und Bauern sich für diese Steuer durch den Preis der Produkte schadlos halten können, die sie dem Konsum liefern, dann braucht man nicht zu zweifeln, daß die ganze Maschinerie der einen direkten Steuer auf den Grundbesitz sich zu einem luftigen Projekt reduziert, weil die Steuer schließlich nicht auf die Grundbesitzer fällt, vielmehr immer auf den Konsumenten, und zwar genau auf jeden nach seinem Verbrauch, so daß die Besitzer und Bauern ohne Grund und ohne öffentliches Interesse nur die Belästigungen usw. der Verwaltung zu tragen haben werden. Absurd und nicht weiter der Rede wert wäre das Verlangen bei der Zirkulation der Waren die Steuerabwälzung nicht zu gestatten. Daß eben schließlich der Konsument die Steuer trägt, ist immer so gewesen und wird immer so sein in allen Ländern, bei allen Regierungen, unabhängig von jeder Methode und jedem System, das die Theoretiker ersinnen mögen.

Recht bemerkenswert für jene Zeit ist dann die Begründung, mit der Gianni den letzten Grund der Physiokraten



zurückweist, daß die Regierung mit der einen direkten Steuer die Abgabensumme, die sie wollte, bereits vorweggenommen habe, wenn der Kreis der Abwälzung auf den Konsum beginne, daß damit die Besteuerung immer allgemein werde und keiner sie umgehen könne. Der Fehler einer derartigen Berechnung, meint er, wird offenbar, wenn man beachtet, daß die Regierungen einzig auf ihrem eigenen Territorium Steuern erheben können. Man müßte sich vorstellen, daß ein einziger Herrscher in der Welt und die ganze Erde seinen Gesetzen und seinem Kataster untertan wäre, so daß man dann in Frankreich die Produkte Mexikos verbrauchen könnte, ohne der Steuer zu entrinnen, weil durch den mexikanischen Kataster diese Steuer den französischen Kollektoren bezahlt worden wäre. Aber ohne diese seltsame Hypothese ist das unmöglich; denn bei dem jetzigen Stand der Dinge würde z. B., wenn der Kornpreis in Frankreich durch die eine direkte Steuer außerordentlich hoch gestiegen wäre, jeder Konsument sich mit Korn aus England versehen, das viel weniger kosten würde, wenn in jenem Lande die eine Steuer keinen Anklang gefunden haben würde; Frankreich aber würde ohne Feuer und ohne Blut die Erscheinungen des heftigsten Krieges fühlen, den die rivalisierende Nation gegen dasselbe führen könnte. Wenn also das französische Korn in den Magazinen bleiben würde und diejenigen, die keine Produkte des Landes besitzen, fremdes Korn verzehren würden, weil dieses nicht so besteuert ist, daß der Preis ungeheuer hoch ist, was wird der französische Staatsschatz von den im Kataster als Steuerschuldner des Staates verzeichneten Grundbesitzern erhalten können? Und alle gesetzlichen Strafen und alle Tätigkeit des Fiskus würden nicht imstande sein dem Staatsschatz andern Reichtum einzubringen als Korn, das nicht imstande wäre die Aufgaben des Aerars selbst zu erfüllen.

Nach dieser Kritik der physiokratischen Steuertheorie läßt uns Gianni einen weitem Einblick in seine steuerpolitischen Ansichten tun, wenn er den Grundsteuern die Gewerbe- und Verbrauchsabgaben gegenüberstellt. Die Abschaffung von Ge-

werbesteuern jeder Art hielt er für verdienstvoll, nicht weil die Handwerker übermäßig belastet worden wären, sondern weil die Erhebung derselben mit Formalitäten und großen von der Verwaltung untrennbaren Belästigungen verbunden, der Ertrag aber außerdem nur klein wäre und „im Grunde hatten diese Abgaben keine besondere Eigenschaft, die sie von allen andern unterschied, die schließlich auf den Konsum fallen und von den Konsumenten bezahlt werden“. Für den innern Konsum derartiger Fabrikate waren diese Steuern bloß lästig; die Besteuerung des Exports aber war unbedingt eine Belastung des Aktivhandels des Staates, obwohl der Ertrag meist zur Unterstützung der Zünfte bestimmt war. Daher ist es löblich, daß diese Abgaben samt den Zünften verschwunden sind.

Fand so weder die Grund- noch die Gewerbebesteuerung den Beifall Giannis, so trat er um so energischer für die Verbrauchssteuern ein; denn diese entsprechen in der allgemeinsten Weise genau dem Vermögen der Privaten und sind nicht auf den Grundbesitz beschränkt, weil gemäß der Natur des menschlichen Herzens jeder nach seiner Art zu denken in möglichst ausgedehntem Maße genießen will. Das Individuum ist nicht imstande von sich aus alle Genüsse zu erreichen, die es in der Gesellschaft sucht; da entsteht das reziproke Bedürfnis. Nach dieser Auffassung sind die Reichen nicht bloß die Grundbesitzer und unter dem Namen Konsumenten sind nicht alle andern zu verstehen, die keinen Grundbesitz haben, weil bis zu einem gewissen Grade alle an dem allgemeinen Besitz Anteil haben und zugleich alle Konsumenten sind. Wie schon oft gesagt wurde, verteilt sich im Lauf der Zirkulation die Last der Steuern, die auferlegt wurden; sie sinkt proportional dem Vermögen des Privaten gemäß den Genüssen, die sich ein jeder damit verschafft. Konsequenterweise folgt daraus, daß der Glückliche, der sich bereichert, auch mehr besteuert wird, und der Unglückliche, der verarmt, weniger Steuern aufbringt, ohne daß öffentliche Register das Schicksal des einen oder des andern notieren, noch die Taxatoren die betreffenden Steuerzahler in verschiedene

Klassen teilen, und ohne daß die Richter mit Akten und Beweisen, die für alle unangenehm sind, eingreifen müssen, um über Kompetenzstreitigkeiten oder über die Anklagen von Denunzianten nach mühseliger Verteidigung der Angeklagten zu entscheiden. Daher, schließt Gianni, werden die besten Steuern diejenigen sein, die man von dem Konsumenten selbst erhebt oder doch an dem Punkt der Zirkulation, der ihm am nächsten liegt. So wird die Verwaltung am wenigsten lästig und daher sind die schlechtesten Steuern diejenigen, die an den vom Verbrauch entferntesten Punkten der Zirkulation erhoben werden. Solche sind gerade die Grundsteuern; bereits besser sind die Gewerbesteuern, die erhoben werden, bevor die Ware an den Konsumenten gekommen ist; indessen haben sie denselben Charakter wie die Grundsteuern.

Die Verbrauchsbesteuerung war also für Gianni die gerechteste des unkontrollierbaren Vermögens der Privaten. Und so verlangte er denn, daß die Regierung zunächst eine Reform der Steuern mit der klaren Absicht vornehme, die Steuersumme für den Unterhalt des Staates auf das rein Notwendige zu beschränken und unter Verzicht auf alle Heimlichkeit allen Klassen des Volkes die unbekannten wirtschaftlichen Wahrheiten klar zu machen. Die Steuern müssen nach Methoden erhoben werden, die den Kontribuenten eine möglichst große Leichtigkeit der Erhebung garantieren, die sich möglichst von der Willkür der Verwaltung, von Untersuchungen und Anzeigen gegen Zuwiderhandelnde und von allen Streitigkeiten zwischen Verwaltung und Steuerzahlern fernhalten. Diesen Fehlern sind die Steuern am meisten ausgesetzt, zu deren Erhebung Steuerrollen, Klassenregister, Beschreibung des Vermögens, Untersuchungen einer hinterbrachten Angabe und Urteile in Streitigkeiten und schließlich Verzögerung der Zahlung usw. gehören. Alle Grundsteuern haben alle diese Fehler, die Gewerbesteuern sind nicht frei davon; am geeignetsten sind die Verbrauchssteuern, denen diese Fehler am wenigsten eignen.

Unter den Verbrauchssteuern gab Gianni den Zöllen an der

Grenze wie an den Stadttoren den Vorzug. Die Grenzzölle sind die besten, aber auf diese Weise kann man nicht die ganze Summe erheben, die der Staat zu seinem Unterhalt nötig hat, zumal wo die Steuern bereits hoch sind. Eine derartige Methode verlangt Zollämter und diese dienen an den Grenzen als Schutzwall gegen den Passivhandel, um die Handelsbilanz günstig zu gestalten.

Deutlich tritt hier in die Erscheinung, wie eigenartig und genau die allgemeinen finanzpolitischen Anschauungen des großen Finanzmannes mit seinen wirtschafts- und zollpolitischen Plänen Hand in Hand gingen, wie das eine das andere ergänzte, und wohl durfte dieser Mann im Bewußtsein, wie abgeklärt und aus einem Guß das von ihm befürwortete Wirtschafts- und Finanzprogramm war, seinen vielen schwachen Gegnern immer und immer wieder entgegenhalten, daß ihre Pläne nur unzusammenhängende Bruchstücke seien.

Die antistädtische Politik Giannis tritt auch bei dieser Gelegenheit wieder deutlich hervor. Wenn eine wohlgeleitete und wohlverteilte Steuererhebung an den Toren der Städte stattfindet, heißt es da, so wird sie dazu dienen die verderbliche Reichtumsdifferenz zwischen der Hauptstadt und den Provinzen und zwischen den großen Städten und der Landschaft mittels eines Tarifes zu regulieren, der kurz und präzise und für alle verständlich sein und auf vieler Kenntnis der Interessen, Beziehungen, Eigenschaften und Umstände des Landes beruhen muß. Durch einen derartigen Aufbau des Steuersystems wird jeder Konsument genau proportional die Besteuerung erfahren, die seinem Verbrauch entspricht wie seinem Vermögen, die gemäß seinem Gedeihen, seinen Vergnügungen, Genüssen und Bequemlichkeiten größer oder kleiner wird.

Im Gegensatz zu der allgemeinen Auffassung war Gianni, übrigens seiner Finanztheorie konsequent, den Staatsmonopolen durchaus nicht abgeneigt. Sie haben den Vorzug, daß Erhebung der Steuer und Konsum der Ware einander nahe sind; auch die Verwaltung ist angenehm, die Erhebung rasch und

nicht lästig, wenn kein Zwangskauf besteht und die Verteilung derartiger Waren nicht kompliziert ist; nur darf sich diese Methode nicht zum Mißbrauch auswachsen durch allgemeine Anwendung, sondern diese soll nur an Stelle von komplizierteren und lästigeren Steuern erfolgen und wenn der Staat damit nicht in die nationale Betätigung in irgendeinem Zweige eingreift.

Die allgemeine Abneigung der Finanztheoretiker gegen die Kopfsteuern teilte er großenteils und war für ihre Anwendung nur in den Fällen, wo Zölle und Monopole nicht durchführbar sein sollten. Keinesfalls aber sollte die Repartition einer voraus bestimmten Summe durch Kopfbesteuerung und noch weniger durch Klassenbesteuerung stattfinden. Gianni tritt zwar ein für eine Klassensteuer, aber einmal sollte der Ertrag derselben nicht zum voraus festgelegt werden; ferner sollten viele Klassen geschaffen und die Steuerrollen durch Volksdeputierte angefertigt werden, und zwar mit wenig Formalitäten und ohne inquisitorisch in die Vermögensverhältnisse der Steuerzahler einzudringen.

Auf die übrigen Steuerarten, „die alle auf den gleichen Prinzipien beruhen,“ geht Gianni nicht ein. „Zu bestimmen sodann, welche Methoden vorzuziehen sind und welche für die betreffenden Länder passen, muß abhängen von der Kenntnis der Charaktere, der lokalen Umstände und Beziehungen, um danach die Anwendung der Theorie in der Praxis im furchtbaren Augenblick des Gesetzeserlasses zu bestimmen,“ schließt der Senator Gianni diese Denkschrift.

Am Eingang der leopoldinischen Finanzpolitik steht das große und verdienstvolle Werk der toskanischen Physiokratie, die „Decima“ Pagninis, zugleich das Programm seiner Partei. Und im Wendepunkt der Finanzpolitik Leopolds in der Mitte der 80er Jahre hat ein Größerer das Programm aufgestellt das die Ueberwindung des physiokratischen Prinzipes verkündete und der Finanzreform andere, von einem praktischen Staatsmann gesteckte Ziele gab. Man wird es nicht als überflüssig

bezeichnen, daß hier so ausführlich die Rede war von den Denkschriften und steuerpolitischen Anschauungen Giannis; denn er hat während Leopolds Regierung einen gewaltigen Einfluß auf die Gestaltung der toskanischen Finanzpolitik ausgeübt und die Finanzreform der 80er Jahre nach seinen Plänen geleitet.

Die eigenartige und überragende Stellung, die Gianni im letzten Jahrzehnt der Regierung Leopolds einnahm, wird uns aber erst eigentlich verständlich, wenn wir beachten, daß Gianni der einzige war, der Leopold neben der Steuerreform eine glänzend erscheinende Lösung der noch viel mehr ersehnten Tilgung der Staatsschuld vorzuschlagen und mit der Steuerreform innigst zu verschlingen wußte. Denn es kann kein Zweifel sein, daß seit lange und in den 80er Jahren mit verstärktem Maße dieses Problem in den Vordergrund der finanzpolitischen Erwägungen trat. Die Tavantische Schuldenpolitik hatte eine langsame, aber sichere Abtragung der Monti durch die alljährlichen Ersparnisse im Staatshaushalt vorgesehen und hatte Leopold von dem unreifen Projekt Giannis von 1778 abzubringen vermocht. Nun war Tavanti tot und eben damals tobte in Frankreich und England der literarische Streit über die Frage, wie die gewaltigen Staatsschulden zu tilgen seien; Neckers „Compte rendu“, von Leopold sehr beachtet, war erschienen und Bücher und Zeitungen verbreiteten die Ansichten der Theoretiker überallhin. Welch ein Ruhm für denjenigen, der diese Frage praktisch zu lösen vermochte! War dies doch die Kardinalfrage des ausgehenden Ancien Régime, mit der das alte Frankreich stand und fiel. Leopold hat diese Bewegung aufmerksam und mit vielem Fleiß verfolgt und sich die Literatur darüber angeeignet<sup>49</sup>. Er war ein ehrgeiziger Fürst, wie nur einer in jenem Zeitalter; er wollte seinen Zeitgenossen ein Vor-

---

49. Darauf weist auch Giannis Schrift: *Memoria istorica dello Scioglimento del Debito Pubblico della Toscana* hin, die 1793 anonym erschien. Siehe *Raccolta degli economisti toscani. Scritti del Gianni*. Bd. I. S. 152.

bild sein, wie man das gefürchtete Krebsübel aus der Welt schaffen könne, wollte sich bei der Nachwelt den Ruhm sichern, daß er die Kernfrage seiner Zeit gelöst habe. Und zu diesem mächtigen Beweggrund trat das alte Verlangen gleichzeitig die solange aufgeschobene Finanzreform durchzuführen und seine Untertanen von einer Reihe von lästigen Steuern zu befreien. Das gab die Entscheidung; auch für die Katasterfrage. Denn hier war zwar Leopold keineswegs blind für die vorhandene Verwirrung im Grundsteuerwesen, wie er es wenig später selbst schriftlich bezeugt hat; für ihn blieb der ungeheuere Wirrwarr, die Ungerechtigkeit und Ungleichheit in der Grundbesteuerung und gern hätte er geholfen. Das sei durchaus festgestellt. Und auch die geschickten Argumentationen seines Ministers haben ihn nicht darüber hinweggetäuscht. Aber auf der andern Seite standen die angefochtenen Resultate der Katasteraufnahme von Monte Catini, die schwerfällige Verteidigung des Katasterprojekts durch Pagnini; die Unsicherheit, die selbst unter den Anhängern dieser Reform herrschte; der Umstand, daß selbst diese die Probeversuche als nicht völlig gelungen bezeichnen mußten; daß während Leopold einen einmaligen, dauernden Kataster haben wollte, selbst Pagnini zugeben mußte, daß von Zeit zu Zeit mindestens eine Einschätzung wieder stattfinden müsse; und schließlich neben diesen prekären Aussichten auf einen allseitig anerkannten Kataster vor allem die großen Kosten eines solchen Werkes, die für lange Jahre hinaus alle Einnahmeüberschüsse aufzehren und jede größere Aktion der Regierung, vor allem eine die Steuerlast vermindernde Finanzreform verhindern mußten; die außerordentlich lange Zeit, die eine Katasterreform in Anspruch nahm: all das mußte Leopold bestimmen den Giannischen Plänen wieder näherzutreten.

Im Jahre 1784 trat Gianni gleichzeitig mit seinen andern großen Finanzplänen auch mit seinem Projekt der Auflösung der Staatsschuld wieder auf den Plan, das er durch eine weitere

---

50. Gabinetto, Filza 93, Nr. 8.

Denkschrift vom November 1785 an die Finanzkommission und eine vom 1. Dezember 1785 an Leopold selbst genauer erläuterte<sup>51</sup>. Ein Vergleich dieser Denkschriften mit dem Projekt von 1778 zeigt deutlich, daß der Senator dasselbe eingehend weiter studiert, vielleicht auch durch das Studium der Schrift Hutchesons entscheidende Anregungen erhalten hat. Denn trug der Vorschlag von 1778 mehr den Charakter eines überstürzt ausgearbeiteten Projektes, um die Pläne seiner Gegner zu Fall zu bringen, so können wir in den Ausführungen der Denkschriften von 1785 die reifen Anschauungen eines Finanztheoretikers erblicken, der reiflich über das Wesen der Staatsschuld und die Möglichkeit ihrer Auflösung nachgedacht hatte.

Fassen wir das Wesentliche der Giannischen Gedankengänge zusammen!

Die Gründung einer Staatsschuld hat immer in den Ländern Beifall gefunden, die eine solche haben, einmal weil man eine allgemeine schwere Steuer vermieden zu haben glaubt, sodann weil das im Interesse der Reichen lag und schließlich, weil es oft dem Ministerium nicht unangenehm ist, bei den gelegentlichen dubiosen Verwaltungsoperationen ein gewaltiges Kapital zu seiner Verfügung zu haben. Eine starke Steuer wäre jeder Methode Anleihen aufzunehmen vorzuziehen gewesen, falls die Bedürfnisse des Staates es erheischten. Die toskanische Staatsschuld kann in keinem Fall durch wirkliche Rückerstattung der Kapitalien getilgt werden; denn es gibt keine Kasse, die tatsächlich die Gläubiger auszahlen könnte, und Chimäre wäre jedes Projekt eine mit Ersparnissen, Ueberschüssen oder Amortisationsfonds zu gründen; das alles ist schon in Toskana und anderswo ohne Erfolg probiert worden.

Daher ist, um die Staatsschuld aus der Welt zu schaffen, nur in Betracht zu ziehen eine einfache Auflösung derselben.

---

51. Gabinetto, Filza 70, Nr. 2, 4, 5. Siehe auch die publizierten Denkschriften Gianni in der *Raccolta degli economisti toscani. Scritti del Gianni*, Bd. I, S. 109 ff., 145 ff.



Das wird klar, wenn man betrachtet, wie die Staatsschuld erwachsen ist. Wenn der Fürst Anleihen aufnehmen will, bietet er günstige Bedingungen und einen guten Zins denjenigen an, die Geld in die Staatskasse tragen. In der Tat sind es nur die Reichen, die dieses Kapital liefern und damit Gläubiger des Staates, des Fürsten oder der Regierung, wie man will, werden. diese Reichen sind aber immer nur eine kleine Zahl; der größere Teil der Untertanen macht nicht mit, entweder weil sie kein Kapital besitzen oder weil sie es sonst günstiger anlegen können. Wenn man sich nun vorstellt, daß der Fürst von jedem den entsprechenden Anteil an der Anleihe fordern würde, so wird sofort klar, daß die Reichen denjenigen leihen würden, die kein Geld haben oder die vorziehen Schuldner zu werden, statt ihr eigenes Kapital herzugeben; oder anders gesagt, zwischen Reichen und Armen würden Käufe und Verkäufe abgeschlossen, die beiden Teilen nützlich wären, denen, die ihr Geld anlegen müssen und denen, die solches nötig haben, um der verlangten Anleihe zu genügen. Das ist in der Praxis das, was stillschweigend geschieht, wenn die zu starke Steuer eine kleine Zahl von Kontribuenten vorfindet, die zahlen kann, und eine Menge solcher, die nicht die Mittel haben, um ihr zu genügen.

Daraus ergibt sich, zieht Gianni die Konsequenz seiner Auffassung, daß mit der Staatsschuldenverwaltung die Regierung nur folgendes tut: sie erhebt von allen Untertanen die Steuern, die eingeführt wurden, um den Staatsgläubigern die Zinsen der Schuld zu bezahlen und auf der andern Seite zahlt sie durch die Montiverwaltung den Gläubigern diese Zinsen. Aber auch die Gläubiger zahlen an den Steuern mit; sie erhalten diese Steuern samt den Zinsen des Kapitals zurück, während diejenigen, die keine Staatsrente besitzen, bloß die Steuer bezahlen und so im Grunde genommen den Staatsgläubigern den Zins des Kapitals zahlen, das jene einstmals für sie an den Monte bezahlten. So ist die Staatsschuld im Grunde genommen nichts als eine Verwaltung und ein Ausgleich, den die Regierung zwischen den wahren Schuldnern und den wirk-

lichen Gläubigern des Staates übernommen hat; sie hat es übernommen den Gläubigern den Zins ausbezahlen und diesen von den Schuldnern einzufordern. Schließlich resultiert aber aus dem Ganzen nichts als eine überflüssige Verhaßtheit der Regierung und eine unvermeidliche Belästigung für die Untertanen. Denn die Schuldner können sich nicht durch Zahlung des Kapitals von der Verzinsung befreien; und die Gläubiger können dasselbe wohl abtreten, nicht aber ihren Anteil an den Steuern tilgen, weil diese für die Masse der Schuldner wie der Gläubiger nicht wegfällt, ohne daß der Staatsschatz und die Verwaltung einen andern Erfolg davon hat, als umständliche und hinderliche Arbeit, viel Verwirrung und Bitterkeit. Insbesondere aber haben solche Staatsschulden die verderbliche Folge, daß durch diese Anlage von Kapital in Staatsrente dem Handel große Summen entzogen und zu träger Ruhe verurteilt werden. Die Regierung darf sich bei aller Anerkennung der Aktionsfreiheit der Individuen nicht dazu hergeben an der Lahmlegung von für Industrie, Handel und Ackerbau nützlichen Summen mitzuhelfen. Die Staatsschuld bringt ferner die Notwendigkeit einer komplizierten Verwaltung hervor, um die Steuern zu erheben, die zur Zahlung der Kapitalzinsen dienen und um die Anteile den betreffenden Kapitalisten zukommen zu lassen, die Register, Berechnungen, kurz die ganze Montiverwaltung.

Und um so zugleich die Staatsschuld aus der Welt zu schaffen und die Steuerlast des Volkes zu vermindern, wie es der sehnlichste Wunsch Leopolds war, schlug Gianni die Auflösung der Staatsschuld, der Monti vor, um ihren wahren Charakter als den einer Schuld und eines Darlehens zwischen Privaten hervortreten zu lassen und deren Verwaltung den Privaten selbst zu übertragen, um die Ausgaben für die Steuererhebung und für die Montiverwaltung zu sparen, um die Belästigungen bei der Erhebung der Steuern aus der Welt zu schaffen und um endlich den Schuldnern das Recht zu verleihen, nach ihrem Willen und jeder für sich die Schuld abzutragen und „vielleicht wird es manche geben, die das nicht ungern tun

werden, auch wenn sie überzeugt sind, gegenwärtig mit mancher Steuer ungerecht belastet zu sein“. Diese Auflösung der Staatsschuld besteht in nichts anderem, als daß jedem Staatsgläubiger sein oder seine Schuldner wie jedem Schuldner ein oder mehrere Privatgläubiger zugewiesen werden; mit andern Worten: die Staatsschuld wird in entsprechende Schulden der Privaten aufgelöst, wobei diese in legitimer Weise ihre Gläubiger anerkennen. Zugunsten der einen wie der andern müssen für immer so viele Steuern und Abgaben geschenkt und abgeschafft werden, wie der jährliche Zins beträgt, den die Schuldner ihren Gläubigern bezahlen werden.

Unter den Steuern, die vermittels dieser Finanzoperation aus der Welt geschafft werden sollten, bezeichnet Gianni als die geeignetsten die unter dem Titel „Tassa di Redenzione“ vereinigten Grundsteuern, weil diese ihrer ganzen Natur nach die häufigsten Ungleichheiten unter den Steuerzahlern hervorbringen, am lästigsten zu erheben, die kompliziertesten sind und am meisten Reibereien verursachen. Dann werden zugleich die Fragen und Projekte aufhören neue Kataster aufzustellen und es werden auch die Klagen wegen der Ungleichheit in der Repartition der Grundsteuern aufhören. Denn es werden 300,000 Scudi Steuer verschwinden, die jetzt Berechtigung zu der Ueberlegung geben, wie diese kolossalen Auflagen einer intensiven Beachtung wert seien; so wäre die unvollkommenste und lästigste der Steuern abgeschafft und die übrigbleibenden kommunalen Grundsteuern würden keine Berechtigung zu Reklamationen mehr geben.

Die Operation der Auflösung der Staatsschuld denkt sich Gianni folgendermaßen und dabei sehen wir naturgemäß eine Reihe seiner Vorschläge von 1778 wiederkehren. Sie darf durchaus nicht auf Zwang, muß vielmehr auf vollständig freiwilliger Mitwirkung des Publikums beruhen. Damit aber als mächtigste Triebfeder der private Eigennutz eingreife, wird der Tilgung jedes Schuldtitels (Luogo di Monte) die Tilgung von . . . . Scudi Tassa di Redenzione gleichgesetzt und damit die Konkurrenz

wachgerufen. Jeder Staatsgläubiger kann sein Kapital im Staatsschuldbuch gegen Ablösung einer entsprechenden Quote der Tassa di Redenzione streichen lassen; zu dem gleichen Zwecke kann ein jeder sein Guthaben in der Staatsbank jedem zedieren, der davon denselben Gebrauch machen will. Es ist auch gestattet jedwede Geldsumme für sich wie für andere auf die Staatsbank zu tragen und einzuzahlen, um dafür die entsprechende Quote der Tassa di Redenzione abzulösen. Mit dem Bargeld, das auf diese Weise in die Staatsbank kommt, werden die Staatsgläubiger ausbezahlt, die ihre Staatsrente nicht gegen Ablösung der Tassa di Redenzione kassiert haben.

In der Erkenntnis sodann, wie wichtig es für das Gelingen der ganzen Maßnahme war das Vertrauen der Oeffentlichkeit im vollen Maße zu besitzen, verlangte Gianni, daß dem Volke in einer befriedigenden Weise erklärt werde, daß die einmal so von der Tassa di Redenzione befreiten Liegenschaften stets von derartiger und ähnlicher Besteuerung befreit bleiben würden, daß jeder, der Geld oder Schuldtitel für die Ablösung vorgestreckt habe, ohne weiteres den weitgehendsten, ältesten und privilegiertesten Anspruch vor jedem andern Gläubiger auf die von der Tassa di Redenzione befreiten Grundstücke haben sollte, daß an ihn die Rechte des Monte, des Uffizio di Decima, die Herrschaftsrechte in der Besteuerung für öffentliche Bedürfnisse übergegangen seien, damit keiner je den Verlust seines Darlehens fürchten müsse; alle Bedingungen, denen die zu kassierenden Luoghi di Monte unterlagen, werden ohne weiteres auf die abgelösten Besitzungen übertragen.

Gianni schlug weiter vor, daß den Vorstehern der administrativen Verbände, der Gemeinden, Spitäler, der Wohltätigkeitsanstalten, des Stefansordens, den Verwaltern der Nonnenklöster wie den Mönchsklöstern befohlen werde, sofort soviel Staatsrente kassieren zu lassen, wie es der auf sie entfallenden Tassa di Redenzione entspreche; ebenso sollte ihnen erlaubt sein, sie jedem zur Ablösung seiner Tassa di Redenzione zu zedieren, wodurch ein verzinsbares Darlehen, und zwar zum geltenden

Zins der Schuldtitel geschaffen würde; dabei würden dem Zessionar für das Darlehen dieselben Rechtsansprüche erwachsen wie bei der Ablösung der Grundsteuer anderer. Ein Zeitpunkt sollte festgesetzt werden, bis zu welchem die Tassa di Redenzione in der vorgeschriebenen Form abgelöst sein mußte, falls der Gewinnanteil nicht dahinfallen sollte.

Die ganze Operation, meint Gianni vertrauensvoll, wird leicht, angenehm und nützlich sein, aber sie verlangt eine eifrige Leitung, die das Ganze mit der größtmöglichen Schnelligkeit zu seinem Ziel führt; alles hängt davon ab, daß eine Form gewählt wird, bei der es nicht nötig ist an die Gerichtshöfe zu gelangen, noch Urteile und Dekrete des Richters abzuwarten. Richtig betrachtet ist die Sache ihrem eigentlichen Charakter nach nichts anderes als ein Gegenstand der Rechenkunst, aber sie wird ein Wald von Verwirrung, von Fehlern, Verzögerungen, Disputen und schließlich auch von Ungerechtigkeiten, wenn sie so behandelt wird, wie dies oft in Toskana geschieht. Einer Persönlichkeit von erfahrener Genauigkeit und Intelligenz muß die Leitung und Unterstützung der Arbeiten im Monte übertragen werden und nicht weniger fähig darf derjenige sein, der die Leitung der Maßnahmen in den Gemeinden übernimmt<sup>52</sup>.

Und das Resultat dieses Scioglimento del Debito Pubblico? Wenn ein erheblicher Gewinn in Aussicht steht im Unterschied zwischen dem jetzigen Zins der Schuldtitel und dem Wert, den man der Tassa di Redenzione für die Kassierung von Bankkapitalien beimessen wird, so werden alle die Maßnahme angenehm finden, und die Staatsgläubiger, die in den neulich abgehaltenen Verlosungen Unannehmlichkeiten, Störungen oder Schaden erlitten haben, werden teilweise entschädigt, während auch die andern Wohltaten erfahren. Die Wohltätigkeitsanstalten, Gemeinden usw., die jetzt Staatsrente besitzen, werden

---

52. Gianni gibt dann die uns hier nicht interessierenden Einzelheiten der Operation an, die alle einen möglichst glatten Verlauf und eine peinliche Genauigkeit und Sicherheit bezweckten. Gabinetto, Filza 70, Nr. 5.

sicher ihre Kapitalien in ebensoviele verzinsliche Darlehen mit Privaten verwandeln und werden ihre Einkünfte nicht mehr in wenigen Posten beim Monte holen, sondern in vielen bei ihren neuen Schuldnern, denen sie ihre Luoghi di Monte abgetreten haben, um sie kassieren zu lassen; aber das ist die Konsequenz der veränderten Umstände und eine schwere Unordnung wird das nicht werden. Wenn diese Verwaltungen, nachdem sie ihre eigene Tassa di Redenzione abgelöst haben, ihre Luoghi di Monte für einen mäßigen Preis abtreten, werden alle es vorziehen sich solche zedieren zu lassen, statt bares Geld zu zahlen; wenn sie einen hohen Preis verlangen, werden sie bald ihre Kapitalien wieder bekommen und werden wegen deren Anlage in Verlegenheit sein.

Der Verwaltungsapparat des Monte, die Bücher, Schriften usw. werden in einem wohlbewachten Archiv verschlossen werden; die Schuldmasse, die jetzt verwaltet wird, wird nicht getilgt sein, aber durch die Verteilung unter die Privaten ergibt sich, daß ein jeder seinen Anteil abtragen kann, wenn er will, und niemand gezwungen ist, die Last der Steuern zu tragen, wodurch auch für die Regierung die verhaßte Aufgabe dahinfällt, sie zu erheben und zu verwalten; und dann ist es keine Kleinigkeit für Toskana, wenn für 300,000 Scudi jährliche Steuern verschwinden.

Es war klar, daß die Auflösung der Staatsschuld eine der größten und Leopold sehr am Herzen liegenden Reformen stark berühren und durchkreuzen mußte, die Erbpachtgesetzgebung. Dieses System, wodurch der Großherzog das Kolonat allmählich zu ersetzen gedachte, beruhte, wie bereits oben gesagt wurde, darauf, daß der Grundbesitz der juristischen Personen verkauft oder in Erbpacht gegeben und der Erlös in Staatsrente angelegt werden mußte. Wenn nun aber der Monte verschwand, wo sollten die betroffenen Verwaltungen in Zukunft ihr Kapital investieren, wenn der Erwerb von Grundbesitz nicht gestattet oder nicht erwünscht war? Um die Tassa di Redenzione abzulösen, antwortet Gianni. Wenn aber diese Reform einmal vorbei war und sich durch Abzahlung der Dar-

lehen usw. neues Kapital in den Kassen der Verwaltungskörper angesammelt hatte? Leider bleibt Gianni die Antwort auf diese interessante Frage schuldig.

Der Staatskasse will der Senator nicht zumuten, daß sie ein Schuldbuch für die Zession von Schuldtiteln eröffne, die sie andern zur Kassierung abtreten würde; vielmehr schlägt er vor, daß eine Vereinigung dieser Titel mit der Verwaltung der königlichen Güter stattfinden sollte, um so mehr, da fast alle diese Luoghi di Monte zum Privatvermögen Leopolds gehörten, „und mir scheint, daß mit dieser Verwaltung eines Tages alle derartigen Kapitalien und Einkünfte vereinigt werden müssen, ohne wieder unter den Gegenständen des königlichen Aerars zu figurieren, daß die Verwaltung derselben nicht mehr in Finanzsachen des Staates mitspiele.“ Der erste Hinweis auf die 1789 erfolgte Ausscheidung der Staatsdomänen und des großherzoglichen Privatvermögens<sup>53</sup>. Gianni meint dann, daß der Unterschied zwischen dem Zins der Schuldtitel und dem der abzulösenden Tassa di Redenzione verliehenen Wert eine Verminderung der jährlichen Staatseinkünfte mit sich bringen, daß dieser Ausfall aber wieder teilweise dadurch eingebracht würde, daß die Verwaltungskosten der Staatsbank hinwegfallen und durch die Revision und Vervollkommnung des Zollwesens Ueberschüsse zu erwarten sein würden.

Mit der Auflösung der Staatsschuld beschäftigt sich der erste und wichtigste Teil des Giannischen Finanzplanes. War aber einmal diese verschwunden, so war es, wie wir wissen, der bestimmte Wille Leopolds die sich daran anschließende Finanzreform so zu gestalten, daß die Steuerlast des Volkes vermindert und das ganze Finanzwesen vereinfacht wurde. Die Vorschläge Giannis waren folgende. Nach der Ablösung der Tassa di Redenzione wird auch die Stempelsteuer abgeschafft

---

53. Die Neuordnung des staatlichen Kassawesens gehörte auch zu den Problemen der Finanzreform der achtziger Jahre. Dabei spielte diese Trennung der staatlichen von den großherzoglichen Interessen eine wichtige Rolle.

und der Preis auf alle Eisensorten tunlichst ermäßigt. Dann könnte die Abschaffung oder Ermäßigung der Fleisch-, Schlacht- und Weinsteuern auf dem Lande in Angriff genommen werden, wobei diese Abgaben für Florenz und Livorno in der jetzigen Höhe beibehalten und für die Provinzstädte ein wenig ermäßigt werden sollen. Dieser städte- und vor allem Florenz feindliche Standpunkt der Giannischen Finanzpolitik tritt dann noch deutlicher in der Forderung des Senators hervor, daß in erster Linie eine andere, nur auf der Landschaft umgelegte Steuer abgeschafft werde, die Tassa di Macine, die Klassensteuer. Auch der Salzpreis sollte vermindert werden, aber erst wenn die Tassa di Macine gänzlich verschwunden war. Die Abschaffung dieser Abgabe lag ihm so am Herzen, daß er gleich nach der Ablösung der Tassa di Redenzione so viele Luoghi di Monte kassieren wollte, als deren Zins dem Ertrag der Tassa di Macine entsprach, denn hier könne eine Ablösung nicht stattfinden.

Das war der Plan zur großen toskanischen Finanzreform, den in den Jahren 1784 und 1785 der Senator Gianni dem Großherzog überreichte; der Revisionsplan für die Zollgesetzgebung, der innigst damit verbunden und ein integrierender Bestandteil desselben war, ist seiner besondern Wichtigkeit wegen bereits im vorigen Kapitel zur Darstellung gelangt. Nur in ihren allgemeinen Umrissen hatte Gianni die Reform vorgezeichnet; deutlich tritt indessen zum Vorschein, daß die Staatsschuld und ihre Tilgung bzw. Auflösung das durchaus beherrschende Moment des ganzen Planes bildete; alles andere gruppierte sich um dieses naturgemäß wichtigste Problem und war von dessen glücklicher Lösung abhängig. Von unserm heutigen Standpunkt aus betrachtet, darf man dieses Auflösungsprojekt als eine durchaus eigenartige und interessante Erscheinung ansprechen, das dem Scharfsinn seines Schöpfers Gianni alle Ehre macht; es ist zweifellos richtig durchdacht und entwickelt und bot sicher die einzige Möglichkeit die gewaltige



Staatsschuld los zu werden, wenn man einmal, gleichviel aus welchen Gründen, auf das seitdem gebräuchliche Mittel des Tilgungsfonds verzichtete. Daß die tatsächliche Ausführung des Planes ohne übergroße Schwierigkeiten möglich war und die diesbezüglichen Einwürfe der Zeitgenossen nicht berechtigt waren, hat ja nachher die Tat selbst bewiesen. Und die Vorteile für das Land wären bei längerer Regierung Leopolds wohl doch nicht unbedeutend gewesen.

Das alles kann aber doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß den von Gianni gepriesenen Vorteilen wahrscheinlich, ja sicher größere Nachteile gegenüberstanden. Insofern war das Edikt vom 27. Sept. 1794, das die alte Staatsschuld wieder herstellte und das Geschehene annullierte, in seinen Motiven der Entstehung vielleicht verwerflich, von unserm heutigen Standpunkt aus gesehen aber richtig. Denn — um den Hauptgrund gleich vorwegzunehmen —, indem mit der Ablösung der Grundsteuern durch landesherrliches, feierliches Versprechen jede Möglichkeit abgeschnitten wurde je wieder im Bedürfnisfalle Grund und Boden zu besteuern, war eine Sachlage geschaffen, die für immer eine auf gerechten Grundlagen ruhende Besteuerung ausschloß, jedenfalls eine Gestaltung des Finanzwesens zur Folge haben mußte, die bereits der Steuerauffassung der nächstfolgenden Generationen nicht mehr entsprach und somit nicht weiter bestehen konnte. Gianni selbst hieraus einen Vorwurf machen zu wollen, wäre natürlich durchaus unhistorisch; denn seine Steuertheorie, die die Konsumbesteuerung als die gerechteste betrachtete, ging eben von andern Voraussetzungen aus. Weiterhin ist eben doch zu sagen, daß die Ablösung der Tassa di Redenzione bei dem damaligen einfach unleugbaren ungerechten Kataster- und Grundsteuerwesen nicht etwa das Verschwinden dieser ungleich verteilten Steuern bedeutete als vielmehr die definitive Sanktion und nicht wieder zu ändernde Festlegung derselben, zwar nicht in der Form von staatlichen Abgaben, aber von in der Wirkung identischen Zinszahlungen an private Gläubiger. Damit wäre jede zukünftige Kataster-

reform und das will heißen jede gerechtere Veranlagung der Grundsteuern unmöglich geworden. Auch der Einwurf war berechtigt, daß zwar eine der bedeutendsten Einnahmequellen des Staates verschwunden sei, daß aber die Auflösung der Staatsschuld auch sonst nicht gerecht sei, weil dieselbe nur partiell, bloß auf die Grundbesitzer des Staates verteilt sei; und schließlich kann man dem weitem Einwand durchaus beistimmen, daß die Verwaltungen sich nun statt mit der einen Montiverwaltung mit einer Menge von Privaten abfinden mußten; daß endlich der geschäftliche Verkehr sich bei den überall leicht verwendbaren und gesuchten Staatspapieren ungleich besser befunden habe, als bei den für die Börsen nicht oder nur schwer brauchbaren Steuerzetteln. So wird eben doch die Frage am Platze sein, ob nicht besser diese Entwicklung unterblieben wäre.

In seiner Denkschrift von 1785 hatte Gianni bereits eine Zusammenstellung der Gesichtspunkte gegeben, die von dem Redaktor des Erlasses zu berücksichtigen waren. Diese Taktik des Senators, Leopold ohne jede Verzögerung und ohne irgendwelchen Widerspruch von seiten anderer Ratgeber aufkommen zu lassen, zur Inangriffnahme des Planes zu veranlassen, gelang nicht, konnte nicht gelingen bei der vorsichtigen und überlegten Arbeitsweise des Großherzogs. Bereits oben wurde erwähnt, daß Leopold der Finanzkommission die erneute Prüfung des Giannischen Auflösungsplanes vorlegte, übrigens gleichzeitig mit dem Auftrag Vorschläge zu machen, wie die Verwaltungskörper ihre Kapitalien statt in Staatsrente anlegen könnten. Wenn aber der ehrgeizige Gianni sich auf diese Art darin getäuscht sah, unter Ausschaltung jedweden andern Einflusses auf Leopold eine rasche Durchführung seiner Pläne erreichen zu können, so erntete er doch einen unmittelbaren großen Erfolg: das endgültige Scheitern der allgemeinen Katasterreform.

Als im Jahre 1784 die Aussichten auf diese allgemeine Katasterreform immer geringer wurden, als infolge der Opposition Giannis und des schwächlichen Verhaltens der kataster-

freundlichen Partei auch Leopold selbst schwankend wurde, ob er angesichts der hohen Kosten und langen Dauer der Arbeit das angefeindete Katasterprojekt durchführen sollte oder nicht, da machte er den Versuch, ob die großen Ungerechtigkeiten des damaligen Grundsteuerwesens nicht auf eine andere, leichtere Weise zu beseitigen wären als durch einen neuen Kataster. Und da war es denn jener Einwurf Giannis in der Denkschrift vom 22. Mai 1784, der Ausgleich der Steuerungerechtigkeiten zwischen den Gemeinden könne durch einfache rechnerische Operationen bewirkt werden, der Leopold offenbar den seltsamen und unglücklichen Einfall gab, daß durch eine historische Untersuchung, durch Vergleichung und dann Ausgleich der unter dem Titel „Tassa di Redenzione“ den Gemeinden auferlegten Titel der Grundbesteuerung derselbe Zweck erreicht werden könne wie durch einen neuen Kataster<sup>54</sup>. In der Tat wurden nun in mühseligster Arbeit für jede Gemeinde die alten Steuern nach ihrer Höhe und ihrem Umfange festzustellen versucht, ferner, welche Gemeinden jeweils bei partiellen Steuern ausgelassen wurden, was für Fehler sich im Laufe der Zeit eingeschlichen hatten, ob sie später vermindert oder erhöht worden waren usw. Das war ein jämmerlicher Mißgriff, dem in jedem Fall nur Mißlingen bevorstehen konnte; denn diese historische Arbeit von gewaltigster Dimension hätte nur in jahrzehntelanger Arbeit vieler und auch dann nur unvollkommen gelöst werden können, wie ja überhaupt eine derartige Lösung des Ausgleichproblems auch prinzipielle Bedenken erwecken mußte. Auf die Vorstellungen des mit dieser Arbeit beauftragten Sekretärs Marmi sah Leopold offenbar seinen Fehler ein und gab ihm den neuen Auftrag, für jede Gemeinde die prozentuale Höhe der Tassa di Redenzione im Vergleich zum Ertrag des gesamten Grundbesitzes der Gemeindebewohner festzustellen. Offenbar wollte Leopold dann auf diese Weise den Ausgleich vornehmen, indem neben den Kopfsteuern der Handwerker des Contado

---

54. Ueber das Folgende siehe Gabinetto, Filza 70, Nr. 1, 2.

allgemein den Gemeinden, bei denen die Tassa di Redenzione über 10 oder 12 % des Bodenertrages war, diese Quote geschenkt werden sollte, wodurch dann, wie Leopold wohl meinte, alle Gemeinden den gleichen Satz, eben 10—12 % steuerten. Denn schenken wollte der Großherzog, nicht etwa durch Erhöhung des einen und Verminderung des andern Gemeindekontingents eine mittlere Linie erzielen. Wirklich wurde diese Untersuchung durchgeführt auf Grund der verschiedenen Gemeindekataster und Schätzungen oder anderer Merkmale und Leopold das Resultat in mehreren Tabellén vorgelegt. Darnach ergaben sich große Differenzen im Verhältnis der Belastung der einzelnen Gemeinden zueinander, von über 30 % bis zu weniger als 1 % des Ertrages. Marmi berechnete auch, daß bei Einführung einer neuen Grundsteuer von 10 % des Ertrages für alle Gemeinden nicht nur die Tassa di Redenzione, die Decima und die Kopfsteuern auf die Handwerker des Contado abgeschafft und diese gerechtere Besteuerung eingeführt werden könne, sondern daß auch der Ertrag dieser neuen 10%igen Grundsteuer noch um ein wenig den jener Steuern übersteigen würde; das Resultat einer derartigen Reform wäre daher für eine große Reihe von Gemeinden, insbesondere für den ganzen Contado eine Verminderung der bisherigen Tassa di Redenzione, für viele andere aber eine Erhöhung gewesen.

Indessen kann kein Zweifel sein, daß die Grundlagen, auf denen diese Berechnung erfolgt war, durchaus anfechtbar waren, wie denn Gianni nicht verfehlte zu bemerken, als ihm die Arbeit zur Begutachtung vorgelegt wurde. Einmal war die Vergleichssumme des Bodenertrages, die gewonnen war durch Kapitalisierung zum Satze von 3 % des Liegenschaftswertes, nicht richtig, „weil allgemein der Ertrag des toskanischen Bodens nie auf 3 % für den Besitzer ansteigt“. Weiter hatte Marmi den Ertrag der Gemeindegüter, der bekanntlich zuerst zur Verminderung der Steuer verwendet werden mußte, bevor sie zur Umlage kam, nicht eingerechnet, so daß z. B. die Gemeinde Fojano, welche mit den Einkünften aus dem Gemeindebesitz die

ganze Tassa di Redenzione bezahlte, in der Berechnung nicht figurierte. Dann waren eine Reihe von Daten und Dokumenten, die für die Ausarbeitung der Tabellen verwendet wurden, unsicher oder bloß approximativ; viele Gemeinden besteuerten auch ihre Häuser, Bauten usw., andere nicht; und schließlich war überhaupt die ganze Ausrechnung auf Grund der fehlerhaften Kataster eine durchaus problematische. Indem daher Gianni einem derartigen Ausgleich energisch entgegentrat, wies er den Großherzog darauf hin, daß er seine Großmut besser anders betätigen könne, falls der Staatsschatz an einem Ueberschuß von Einkünften leide, indem er allgemein den Gemeinden die Steuern erlasse, die nach dem feierlichen Versprechen der Gemeindeordnung zu Unrecht den toskanischen Gemeinden auferlegt worden seien und einzelnen armen Landesteilen die Hälfte der Tassa di Redenzione schenke, oder endlich den Ueberschuß der Kasse in nutzbringenden Unternehmungen des Handels und Ackerbaus zum Nutzen des Landes verwende. Und vor allem will Gianni die Kasse schonen, weil er sagt: „Ich glaube, daß Ew. Kgl. Hoheit bei der Auflösung der Staatsschuld genug Gelegenheit finden wird, Ihre Großmut zu sättigen sowohl zum Wohl der Allgemeinheit wie derjenigen Orte im speziellen, die Sie besonders begünstigen will.“

Damit war auch dieses Projekt abgetan und gleichzeitig hatte sich Leopold unter dem Einfluß der Giannischen Pläne entschlossen das Projekt des allgemeinen einheitlichen Katasters endgültig aufzugeben und dafür die von seinem großen Ratgeber gewiesene, ruhmverheißende Bahn zu betreten. So bedeuten denn das Zirkular und die Instruktionen an die Gemeinden vom 14. Februar 1785 nichts anderes als den Abschluß der ersten unter physiokratischem Einfluß stehenden Periode der leopoldinischen Finanzpolitik und den Beginn der zweiten ganz unter Giannis Einfluß stehenden Aera. Denn der von Gianni in den letzten Monaten des Jahres 1784 redigierte Er-

laß<sup>55</sup> zeigt den unverhüllten Sieg desselben in der Katasterfrage. Die so nötige Rektifizierung der Gemeindeschätzungen wurde definitiv den Gemeinden übertragen, wie Giannis Denkschrift das postuliert hatte. Die allgemeine einheitliche und staatliche Reform des Grundsteuerwesens war damit endgültig gescheitert und daran änderte auch nicht das geringste, daß für sämtliche Gemeinden eine Reihe von Gesichtspunkten aufgestellt wurden, nach denen diese Neuordnung und Verbesserung der einzelnen Kataster einheitlich erfolgen sollten. So wurden zunächst für diejenigen Gemeinden, die keinen völlig neuen Kataster benötigten, die notwendigen allgemeinen Verhaltensmaßregeln vorgeschrieben, die bei der zukünftigen Umlage der Grundsteuern in Anwendung kommen mußten. Die bisherige Veranlagungsbasis, die sog. Cifre, die in jeder Gemeinde besonders gewonnen waren, und nicht den Wert der Grundstücke, vielmehr bloß ihr gegenseitiges Verhältnis angaben, mußten als kompliziert und falsch einer andern Methode und Grundlage weichen, welche den Wert der Grundstücke selbst als Basis der Umlage betrachtete. Wenn dieser Wert nicht bekannt war, so sollte in einem innerhalb 10 Jahren nach Aufstellung des letzten Katasters abgeschlossenen Kaufvertrag derselbe festgestellt werden. Wenn die Berechnungszahlen, auf denen der Kataster selbst beruhte, bei den einzelnen Teilgemeinden einer politischen Gemeinde nicht mehr bekannt waren, so mußten diese auf die gleiche Weise aus Kaufverträgen ersehen und danach der Ausgleich der verschiedenen Werte in den zu einer Kanzlei vereinigten Kommunen vorgenommen werden. Die Berechnung war in florentinischer Münze, in Scudi zu 7 Lire durchzuführen. Alle die erwähnten Anordnungen sollten vor allem für die durch die Gemeindeordnung herbeigeführte Zusammenlegung einer Anzahl kleiner Gemeinden zu einer größeren und die Vereinigung mehrerer solcher zu einer Cancelleria die so nötige Korrektur

---

55. Siehe hier auch Gabinetto, Filza 70, Nr. (ohne Zahl). Dort erhält Gianni den Auftrag.

bringen, eine Arbeit, die angesichts der in der verschiedenartigsten Weise gewonnenen kommunalen Kataster dringend notwendig war.

Dann wurde eine Reihe von Anordnungen für die Gemeinden erlassen, deren Kataster sonstige individuelle Fehler aufwiesen: Fehler in der Beschreibung, Bewertung, Uebertragung der Grundstücke; der Kompetenz der Gemeindebehörden selbst wurde es überlassen die Methode festzustellen, mit welcher sie die noch fehlenden, nicht besteuerten Besitzungen ausfindig machen wollten; in der Bestrafung säumiger Besitzer waren sie allerdings an bereits allgemein festgesetzte Strafen gebunden. Ueberhaupt wurde den Kommunen sonst in bestuerungstechnischen Angelegenheiten freie Hand gegeben. Besondere Mühe sollten die Gemeindegänzer darauf verwenden, sog. *Poste fogne* wieder zum Vorschein zu bringen; eine Reihe von Ratschlägen sollte ihnen den richtigen Weg weisen, um überhaupt die Kataster wieder in Ordnung zu bringen.

Für die Gemeinden endlich, die keinen oder unbrauchbare Kataster besaßen, wurde die Aufstellung eines neuen anbefohlen, in dem ohne Ausnahme alle Grundstücke und Häuser verzeichnet sein mußten, wobei es aber den Gemeindebehörden anheimgestellt blieb, auf welche Grundstücke die Umlage der Steuern sich erstrecken sollte. Auch sonst erhielten sie freie Hand, nach welcher Methode sie den neuen Kataster vermessen und ausführen wollten; in den Katasterrollen mußte der wirkliche Schätzungswert der Grundstücke in florentinischer Münze eingetragen werden. Den Grundbesitzern stand zu innerhalb sechs Monaten nach Vollendung des Grundbuches gegen ihre Veranlagung zu reklamieren.

Das war der jämmerliche Ausgang der großen Katasterpläne Leopold-Tavantis, der sich im Grunde genommen mit den allernötigsten rechnerischen Verbesserungen der Gemeindeganzungen begnügte: ein durchschlagender Sieg der Giannischen Auffassung und ein Dokument der Unfähigkeit Pagninis

und seiner Anhänger. Und jetzt war die Bahn frei für Giannis eigenartige Staatsschuldenpolitik. Bereits haben wir ja die betreffenden grundlegenden Denkschriften betrachtet, die der Senator in den letzten Monaten dieses selben Jahres 1785 der Finanzkommission und Leopold selbst vorlegte. Freilich wollte es mit der Ausführung dieser Vorschläge nicht vorwärts gehen. Denn wie Gianni vorher ihren, so setzte nunmehr die seinen Plänen feindliche Kommission den Projekten Giannis eine passive Resistenz entgegen, so daß die Verhandlungen nicht von der Stelle rückten. Wir haben bereits bei der Besprechung der Zollpolitik Leopolds gesehen, daß dieser in richtiger Erkenntnis der veränderten Sachlage durch Erlaß vom 7. Juni 1786 die alte, 1782 eingesetzte Kommission auflöste und eine neutralere einsetzte, bestehend aus Gianni, Serristori, Schmidveiller, Mormorai, Pagnini und Pontenani. Diese Männer<sup>56</sup> haben dann die große leopoldinische Finanzreform durchgeführt; der größte Teil der Arbeit ruhte allerdings auf Gianni; ohne ihn, der unermüdlich anfeuerte, Bedenken zerstreute und die Gegenpläne seiner Gegner bekämpfte, wäre überhaupt die Reform ganz unmöglich gewesen.

Die wichtigste Frage, die der neuen Kommission zur Lösung gestellt wurde, war die Auflösung der Staatsschuld und in Verbindung damit das Problem, wie die Kapitalanlagen der Gemeinden und Wohltätigkeitsanstalten, der Verwaltungen usw. erfolgen könnten, wenn keine Staatsrente mehr vorhanden wäre<sup>57</sup>. Die Lösung dieser letzten Frage war um so dringender geworden, als fortwährend im Staatsschatz sich Summen häuften, die aus dem Verkauf und der Verpachtung von Gemeindegütern usw. flossen, so daß der Finanzrat Schmidveiller in Verlegenheit geriet, wie all dieses Geld, wie ferner die Einkünfte der königlichen Besitzungen und die Zinsen der in Wien

---

56. Mit Ausnahme von Pagnini, der aus irgendeinem Grunde gar nicht mitgemacht hat.

57. Gabinetto, Filza 64, Nr. 2.



befindlichen Kapitalien Leopolds angelegt werden müßten. Was Gianni zu dem spöttischen, übrigens die damaligen toskanischen Finanzverhältnisse sehr gut charakterisierenden Ausspruch veranlaßte: „Die schönste und trostreichste Gelegenheit die Finanzminister zu beschäftigen ist bisher nicht erkannt worden und wird den Neid aller andern Regierungen herausfordern, wo der Verstand der Minister sich fortwährend quält über die Art und Weise, wie man das nötige Geld beschaffen könne, während in Toskana die Schatzbeamten sich abmühen Anlage für die Ueberschüsse ihrer Kapitalien zu suchen“<sup>58</sup>.

Wie Leopold bei der gleichzeitigen Revision der Zollgesetzgebung, trotzdem er sich im Grunde bereits für das Programm Giannis entschieden hatte, auch von andern Ratgebern noch Pläne für die Neugestaltung derselben verlangte<sup>59</sup>, um dann erst den Plan Giannis als den geeignetsten zur Ausführung zu bringen, so geschah es auch in der wichtigen Frage der Schuldauflösung<sup>60</sup>. Die Gründung eines Amortisationsfonds aus den

---

58. Gabinetto, Filza 70, Nr. 6. Ein eigentümliches Zusammen treffen hat es gewollt, daß einige Jahre vor der Auflösung der Staatsschuld (1783) einige analoge Operationen kleineren Stils durchgeführt wurden. Wenn nämlich Leopold in der ersten Periode seiner Regierung gehofft hatte, er könne durch die Uebertragung der Steuererhebung und Verwaltung für partielle Auflagen auf die an Flüsse, besonders an den Arno angrenzenden Grundbesitzer diese unter den früheren Regierungen so harten Steuern erleichtern, so sah er sich bald getäuscht und mußte einsehen, daß die staatliche Verwaltung doch rationeller und unabhängiger war. Daher stellte er das alte System vielfach wieder her. Die Schulden, die während der Administration der Interessenten kontrahiert worden waren, wurden proportional auf die betreffenden Grundbesitzer bzw. auf die Gemeinden verteilt und die bisherige Verwaltung aufgehoben, also im Kleinen eine Schuldauflösung vorgenommen. Gianni war aber hierbei gar nicht betätigt und wies vorsichtig jede Identität dieser mit seiner Operation zurück. Gabinetto, Filza 70, Nr. 6.

59. Darauf lassen Angaben schließen in: Archivio Gianni-Leonetti, Miscellanea, Filza 38, IV.

60. Siehe über das Folgende: Gabinetto, Filza 70, Nr. 6, 7.

Jahresüberschüssen, wie mehrfach vorgeschlagen wurde, und somit eine allmähliche Tilgung der Schulden lehnte der Großherzog aus den bereits oben erwähnten Gründen ab. Ebenso wenig konnte bei dem Manne, der die Steuerlast seines Volkes erleichtern und dessen Wohltäter werden wollte, der Vorschlag Anklang finden, daß die Grundsteuer um 14 % erhöht werde, um mit diesem Ertrag alljährlich Kapitalien zurückzuzahlen; bei einem solchen Verfahren wäre außerdem der Ehrgeiz des Großherzogs nicht auf seine Rechnung gekommen. Eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Reformplan Giannis wies der Vorschlag Schmidveillers auf. Gleich wie die Erhebung der Decima jüngst den Gemeinden übertragen worden ist, meinte er, so soll die Staatsschuld proportional der Tasa di Redenzione bzw. der Decima auf die Gemeinden verteilt werden. Dann haben die Gemeinden zuerst ihre eigenen Luoghi di Monte zur Ablösung der auf die Gemeindegüter entfallenden Anteile zu kassieren; hierauf wird jeder Gemeinde die entsprechende Zahl von Gläubigern zugewiesen, die aus derselben Gemeinde sind oder aus solchen, mit denen die betreffende Gemeinde Beziehungen hat. Die Gemeinde selbst würde mit dem Ertrag der Grundsteuer, die ihr nun selbst verbleiben würde, diesen Gläubigern den jährlichen Zins bezahlen, bis diese aus dem Ertrag von Ländereien, Pachtzinsen und dem Erlös von verkauften Grundstücken ausbezahlt werden könnten. Auf diese Weise würde die Staatsschuld verschwinden und zugleich den Gemeinden und Verwaltungen Gelegenheit zur Anlage ihrer Kapitalien geboten werden. Der Rest der Staatsschuld, der bei dieser Uebertragung an die Gemeinden dem Staat verbleiben würde und der der großherzoglichen Mitgift gleichkommt, könnte dadurch aus der Welt geschafft werden, daß man eine entsprechende jährliche Anweisung auf den Staatsschatz ausstellt.

---

Ferner die bereits mehrfach zitierten (publizierten) Denkschriften Giannis in der Raccolta degli economisti toscani. Ferner Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 (a).

Gianni hat dieses Projekt zu Fall gebracht, indem er in seinem Gutachten darauf hinwies, daß das Resultat einer derartigen Maßnahme kein anderes sein könne, als daß aus einem Monte mehr als 150 neue geschaffen würden, während man doch bisher richtigerweise die Konzentration der drei oder vier Verwaltungen vorgenommen habe. Vielmehr würde die Verteilung der Staatschuld auf die Gemeinden gleichwie die Uebertragung der Decima mit großen Kosten und Arbeiten verbunden sein und obendrein würde der Kredit der Schuldtitel darunter leiden. Die Gemeindekanzleien würden mit einer neuen großen Arbeitslast überhäuft und alles würde in Verwirrung geraten, falls nicht die Zahl der Beamten erhöht würde. Auch wäre die Anweisung der Gläubiger aus derselben Gemeinde keine leichte Sache, weil durch die Konzentration der Staatsrente in der Hand der Spitäler, Klöster, Verwaltungen usw. kaum eine derselben aus dem Grundsteuerertrag einer einzelnen Gemeinde verzinst werden könnte. Was aber die langsame Abtragung der Schuld betraf, so meinte Gianni, daß bei der Größe derselben und bei dem geringen Umfange Toskanas diese Operation Jahrhunderte dauern könne. Der ganze Plan fand seine entschiedenste Mißbilligung.

Ganz unannehmbar war für Leopold der Vorschlag Serristoris, der die Schuld teils durch Auflösung, teils durch rechnerische Uebertragungen aus der Welt schaffen wollte und so griff der Großherzog denn schließlich definitiv zum Plane Giannis, der seinen Intentionen am besten entsprach: Verminderung der vexatorischen Steuererhebungen, Verminderung der Steuern selbst, soweit es die Staatsbedürfnisse zuließen; Vereinfachung der Finanzverwaltung, Abschaffung aller überflüssigen Beamtenposten, vor allem Auflösung der Staatsschuld, wobei die Untertanen für einstige Verluste entschädigt werden sollten; die Verwaltung der Schuld selbst sollte den Privaten übertragen werden. Das waren seine Programmpunkte gewesen.

Einen Augenblick schien es als ob das Projekt Giannis zur

raschen Durchführung gelangen werde. Der Senator hatte in seinen Denkschriften bereits klar die Grundzüge desselben festgestellt und auch bereits eine Reihe von Gesichtspunkten für den Redaktor des Entwurfes zusammengestellt. Dieser Gesetzesentwurf wurde auch sogleich in Angriff genommen; aber gerade dabei gab es mehrere Verzögerungen, die die Publikation um fast zwei Jahre hinausschoben. Da eine weitgehende Mitwirkung der Oeffentlichkeit für ein gutes Gelingen der ganzen Maßnahme unumgängliche Bedingung war, kam es vor allem darauf an einen klaren und allgemein verständlichen Erlaß herzustellen<sup>61</sup>. Als erster erhielt in der Sitzung vom 24. Oktober 1786 der Kanzler Brocchi den Auftrag einen Gesetzesentwurf mit zugehöriger Instruktion zu verfassen. Seine Arbeit wurde indessen von Gianni als ungenügend abgelehnt und auch Leopold fand dieselbe unklar und dunkel und vielfach noch einer näheren Prüfung bedürftig. Das gleiche Schicksal abgewiesen zu werden, widerfuhr aus gleichen und ähnlichen Gründen zwei weiteren Entwürfen Serristoris und Schmidveillers vom 10. März und 7. April 1787; Gianni zeigte sich ganz unbefriedigt über die Form derselben. Angesichts der vielen Schwierigkeiten, die der Senator zu finden glaubte, war es eine richtige Konsequenz Leopolds, daß der Schöpfer des Auflösungsplanes nun selbst beauftragt wurde den wichtigen Entwurf auszuarbeiten (12. Juni 1787). Die mit außerordentlicher Schnelligkeit bereits am 16. Juni 1787 eingerichtete Arbeit fand ebensowenig wie die früheren den Beifall des Großherzogs; die Einleitung und mehrere Paragraphen waren ihm zu unklar; einen Ausfall gegen die vermittlels der Kataster umgelegten Grundsteuern mißbilligte er entschieden; ferner verlangte er, daß ausdrücklich das Privat-

---

61. Für das Folgende siehe Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 (a, c, g; Protokolle). Ferner Gabinetto, Filza 70, Nr. 8 (Bemerkungen Leopold), Nr. 9 u. 10 (Entwürfe Brocchis), Nr. 11 (Entwurf Serristoris), Nr. 12 (Schmidveillers), Nr. 13, 14, 15, 16 (Entwürfe und Berichte Signorinis), Nr. 17—21 (Entwurf und Denkschriften Giannis).

vermögen des Großherzogs bei dieser Operation dem der Privaten gleichgestellt werde; einige Verfügungen des Entwurfs, wie z. B. die Stellung der Fideikomnisse, sollten noch eingehender geprüft werden; die Personen, die die Leitung der ganzen Maßnahme in die Hand nehmen sollten, und ihre Untergebenen und endlich der Satz sollten bestimmt werden, zu welchem die Ablösung der Grundsteuer erfolgen sollte.

Es war der Regalienauditor Signorini, der am 9. Juli 1787 den Auftrag erhielt unter Berücksichtigung der bisherigen Entwürfe und insbesondere der Kritik Leopolds einen neuen Entwurf auszuarbeiten. Seine Arbeit vom 18. Dezember 1787 bedeutete wieder eine Annäherung an die Entwürfe Serristoris und Schmidveillers<sup>62</sup>. Sie wurde am 20. Dezember 1787 zur Begutachtung an Gianni gesandt. Wie nicht anders zu erwarten war, hatte dies einen Zornausbruch des in seinem Ehrgeiz gekränkten Mannes zur Folge, dessen Arbeit nicht sofort als vorzüglich anerkannt worden war. Seine Denkschrift vom 14. Januar 1788 war ein nur wenig verhüllter heftiger Vorstoß gegen seine Gegner, deren Verzögerungen, Denkschriften und Entwürfe ihm nichts anderes zu bezwecken erschienen als die Ausführung seines Projektes hinauszuschieben und dasselbe schließlich zu Fall zu bringen. Heftig war vor allem seine Kritik des Entwurfes Signorinis, der, wie er meinte, völlig von seinem Plan abwich. Denn während er das Gelingen desselben vor allem auf die freiwillige Mitwirkung des Publikums, d. h. auf die Gewinnsucht desselben basierte hatte, sah er nun, daß gemäß dem Entwurf Signorinis das weitgehendste Eingreifen der Staatsgewalt und ihrer Beamten in der kompliziertesten Weise vorgesehen wurde. Der alte bürokratische Geist des Polizeistaates

---

62. Außerdem rückte Signorini die Frage in den Vordergrund, wie bei der kommenden Schuldauflösung die Privilegien, insbesondere das der Väter mit 12 Kindern, zu stellen seien. Er trat für Kassierung desselben ein, jedenfalls war er aber gegen den Vorschlag Giannis, die Entschädigung derselben den Gemeinden aufzubürden.

und die moderne Auffassung vom Staate und seinen Funktionen traten sich hier schroff in den Personen Signorinis und Giannis gegenüber. Der Senator sah die Auflösungsfrage sich immer mehr komplizieren und an Umfang gewinnen, die Schwierigkeiten sich häufen; er begann zu fürchten, daß schließlich vor lauter Ekel davor das Projekt in Vergessenheit geraten werde; er erinnerte daran, wie seit seinem Plan vom 1. Dezember 1785 mehr als zwei Jahre verflossen waren, ohne daß man trotz aller Prüfungen und Voten vorwärts gekommen sei, obgleich niemand seinen Plan als schlecht habe nachweisen können. Denn die wenigen Einwände, die seine Gegner erhoben hätten, hielt er für völlig unzureichend, ja frivol. Die Auffassung, daß durch die Aufhebung des Monte Comune den Privaten eine bequeme Kapitalanlage entzogen würde, wies er mit dem Hinweis zurück, daß durch das bisherige System den Privaten diese Anlage bereits fast entzogen worden sei. Den schwersten Vorwurf, daß auch nach Ablösung der Grundsteuer Grund zu der Befürchtung vorhanden sei die Regierung werde im Bedürfnisfalle neue Steuern einführen, parierte er mit der allerdings wenig aufschlußreichen Bemerkung, daß man bei jedem Stand der Dinge die Steuern ertragen müsse, wenn es das Bedürfnis erheische; daß man sich unter einer guten Regierung nicht abhalten lassen dürfe, eine günstige Finanzoperation durchzuführen, durch die Begründung, daß eines Tages eine schlechte kommen werde, die Mißbrauch damit treibe. Den Einwand, daß durch seinen Plan die Zahl der Beamten vermindert und vielen ihr Unterhalt entzogen werden würde, bezeichnete er als frivol und keiner Antwort würdig.

Wohl klingt an manchen Stellen dieser Denkschrift verzweifelnder Zorn durch über die zahllosen Schwierigkeiten, die ihm seine zähen Gegner im Verein mit Leopolds Zauderpolitik entgegensetzten; aber dieser elastische Kopf war nicht so leicht zu entmutigen. Gianni begnügte sich nicht mit einer bloßen Kritik des gegnerischen Entwurfes, sondern mit jenem arbeit-samen Fleiß, in dem ihm nicht so leicht einer gleichkam, ging

er selbst wieder zum Angriff über, um Leopold endgültig zu gewinnen. Und zwar bediente er sich dazu seiner alten geschickten Taktik, indem er dem Großherzog gleich fertig ausgearbeitete Entwürfe vorlegte und ihn zu vorbereitenden Maßnahmen zu drängen suchte. Auf Grund des Entwurfes Signorinis und der Kritik, die Leopold seinem eigenen Entwurf hatte angedeihen lassen, arbeitete er gleichzeitig einen neuen Gesetzesentwurf aus, wobei der Universitätsprofessor und Advokat Lorenzo Tosi sein juristischer Beirat war. Dieser am 14. Januar 1788 in Pisa fertiggestellte Entwurf ist dann als Gesetz publiziert worden mit Ausnahme eines einzigen Passus der Einleitung, wo Gianni sich trotz der Kritik Leopolds nicht hatte enthalten können, wenn auch in abgeschwächter Weise, die Unvollkommenheiten der Grundbesteuerung und der Kataster als Grund für die Ablösung der Tassa di Redenzione vorzuschützen. Um den Großherzog zu einem ersten Schritt zu drängen, reichte Gianni zugleich einen Sonderentwurf ein, der den Gemeinden, Vikariaten, Potesterien und staatlichen Verwaltungen befahl ihre Luoghi di Monte gegen Ablösung einer entsprechenden Quote der Tassa di Redenzione zu kassieren. Diese präliminare Maßregel sollte die allgemeine Auflösung einleiten. Gianni hat den Entwurf Signorinis und die Bemerkungen Leopolds nicht unwesentlich zu Rate gezogen; doch trägt der ganze Entwurf den unverkennbaren Stempel seines Geistes. Die Quote der Grundsteuer, die für einen Schuldtitel, d. h. 100 Scudi Staatsrente kassiert werden sollte, fixierte Gianni auf  $3\frac{1}{2}\%$ ; er hielt diesen Profit für genügend, um die nötige Konkurrenz hervorzurufen, da der Zins der Schuldtitel damals nur Scudi 2.6.7 betrug. Für die Verwaltungskörper, die gegebenenfalls Geld und Luoghi di Monte den Privaten zu leihen hatten, beantragte er den Satz von 3%, wodurch sowohl diese als die privaten Debitoren einen Gewinn erzielen könnten. Einen höhern Ablösungssatz als  $3\frac{1}{2}\%$  lehnte Gianni ab mit dem Hinweis auf die gefährlichen Folgen, die in der Volkswirtschaft eine Erhöhung des Zinsfußes durch die Regierung bewirken würde. Noch betonte der

Senator, daß die oberste Leitung der ganzen Maßnahme nur einem erfahrenen und energischen Manne übertragen würde<sup>63</sup>.

Großherzog Leopold, der wirklich unermüdlich war sich allseitig informieren zu lassen, hat die Entwürfe Signorinis und Giannis wieder seinen andern Ratgebern zur Beurteilung vorlegen lassen<sup>64</sup>. Dabei konnte natürlich nicht zweifelhaft sein, daß Serristori und Schmidveiller, auch wenn sie mehrere Einwände gegen Signorinis Arbeit machten, doch dieselbe als die geeignetere empfahlen. Gleichzeitig meinte allerdings Serristori, daß der ganze Unterschied nur in der Form, nicht aber in der Sache liege; energisch verwahrte er sich gegen die Vorwürfe Giannis, daß die Finanzdirektoren die Ausführung des Projektes solange verzögert hätten. Und nochmals brachte er, um auch noch den Rest der Staatsschuld zu tilgen, den Vorschlag vor, die Kontraktsteuer gegen eine entsprechende Erhöhung der Tassa di Redenzione abzuschaffen. Auch Mormorai griff verschiedene Ausführungen Giannis an. Der so angegriffene Senator antwortete, zur Verteidigung aufgefordert, am 12. Febr. 1788 sehr geschickt auf die Einwürfe seiner Widersacher, indem er zuerst die Punkte hervorhob, worin sich diese mit ihm einverstanden erklärten, wies daraufhin, daß vor allem keiner die Operation widerraten, sondern höchstens die Form gerügt habe. Daß er in verschiedenen Punkten von seinem ersten Entwurf abgewichen sei, wie ihm Mormorai vorwarf, motivierte er

---

63. Der Forderung Signorinis, das Privileg der Väter mit zwölf Kindern abzuschaffen, trat er mit einer Reihe von Gründen entgegen, betonte aber, daß eine Lösung dieser Streitfrage auch neben der Ablösungsfrage gesucht werden solle, um diese nicht aufzuhalten.

64. Siehe über das Folgende: Gabinetto Filza 70, Nr. 22 (Schmidveiller), Nr. 23 (Mormorai), Nr. 24 (Serristori), Nr. 25 (Gianni), Nr. 26—28 (Mormorai). Ferner eine Nummer ohne Zahl. Schmidveiller berechnete, daß, wenn der Ablösungssatz auf 3% angesetzt werde, 1,762,055 Scudi Schuld übrig bleiben werde, bei  $3\frac{1}{2}\%$  = 3,044,505 Scudi; bei 4% = 4,006,338.2.6.8 Scudi. Er hielt  $3\frac{1}{2}\%$  für genügend.



damit, daß er eben den Befehlen Leopolds habe gehorchen müssen. Auch die Form seines Entwurfes verteidigte er und betonte, daß das Gesetz der Öffentlichkeit nur zu sagen habe, was der Gesetzgeber gestatte oder verbiete, während dann nötigenfalls Instruktionen es zu übernehmen hätten die Beamten zu orientieren, wie das Gesetz ausgeführt werden müsse; indessen seien dieselben erst nach Annahme des Gesetzesentwurfs zu verfassen. Andere Einwürfe seiner Gegner schwieg er einfach tot, überging sie kurzerhand; eine Reihe von Streitfragen suchte er aus der Welt zu schaffen, indem er ihre Lösung den Instruktionen zuwies. Den Vorschlag Serristoris die Tassa di Redenzione gegen Kassierung der Kontraktsteuer zu erhöhen, um die ganze Schuld zu tilgen, lehnte er ab und erinnerte Leopold daran, daß ihm dieses früher vorgetragene Projekt nie gefallen, auch nie anderweitige Zustimmung erfahren habe<sup>65</sup>. Diese letzte Denkschrift Gianni vor der Auflösung der Staatsschuld klingt dann aus in der kräftigen Aufforderung ohne Säumen seine Entwürfe zu genehmigen und zur Ausführung zu bringen, gleichzeitig die Abfassung der Instruktionen anzuordnen.

Das ist denn auch geschehen, freilich erst nachdem auf Befehl des Großherzogs Mormorai einen neuen Entwurf samt Instruktionen verfaßt hatte, der dann allerdings in einer Sitzung Leopolds mit Gianni und Pontenani — also unter Ausschaltung aller Gianni feindlichen Ratgeber — am 1. März 1788 verworfen wurde; gleichzeitig erhielt der Senator den Auftrag zu seinem Gesetzesentwurf auch die zugehörigen Instruktionen abzufassen. So ist es denn trotz des dilatorischen Verhaltens des Großherzogs nicht möglich gewesen eine Einigung unter seinen hervorragendsten Ratgebern zu erzielen. Die Gegner des gehaßten Senators traten ganz in die Opposition über, sahen mit ver-

---

65. Gianni lehnte entschieden ab, einen neuen Entwurf auf Grund eigener und anderer Ueberlegungen zu machen, da er dies ja gerade mit dem letzten getan habe.

schränkten Armen zu oder aber suchten beim Volk den neuen Kurs zu verdächtigen. So ist es eben Gianni allein gewesen, der die Verantwortung wie die große Arbeitslast, damit freilich das Verdienst der großen Finanzreform auf sich nahm.

So begann denn nach mehr als zweijährigen Beratungen am 1. März 1788 die große Operation der Auflösung der Staatsschuld mit der vorbereitenden Anordnung, daß die Gemeinden, Vikariate, Potesterien usw. die auf ihren Namen oder ihre Rechnung lautenden Luoghi di Monte gegen Ablösung der entsprechenden Quote der Tassa di Redenzione zu kassieren hätten, wobei für den Luogo, d. h. für 100 Scudi,  $3\frac{1}{2}$  Scudi der Tassa di Redenzione berechnet wurden. Auf diese Weise sollte die auf den Liegenschaften dieser Verwaltungen lastende Grundsteuer des Staates zur Ablösung kommen. Die gleichen Verbände hatten auch zu demselben Zwecke ihre flüssigen oder deponierten Kapitalien, wie ihre Darlehen und Wechselguthaben an die Kasse des Monte Comune in Florenz einzuzahlen. Aus dem auf diese Weise dort gesammelten Kapital sollten zuerst die Privatgläubiger, hierauf aber auch die übrigen Kreditoren mit kondizionierter Staatsrente ausbezahlt werden, und zwar zum Kurse von 100, ganz wie es bereits das Edikt vom 25. August 1778 angeordnet hatte, das somit als direkt dieser neuen Maßnahme adäquate Willensäußerung erschien, obwohl es, wie wir wissen, ursprünglich aus ganz andern Beweggründen erlassen worden ist.

Nachdem so die Reform mit einer durchaus leicht durchzuführenden Maßnahme eingeleitet war<sup>66</sup>, erschien am 7. März 1788 das Generaledikt, am 10. die Instruktionen für die Beamten und — wie es anders gar nicht sein konnte — zum Präsidenten mit der Oberaufsicht über das Ganze wurde der Senator Gianni ernannt.

---

66. Schmidveiller hatte angeraten, gleichzeitig die dem Staate gehörigen Luoghi im Werte von 1,773,670 Scudi zu kassieren. Gianni trat dafür ein, daß dies erst im Verlaufe der Operation geschehen solle. Was geschehen ist, weiß ich nicht.

Wir haben beschlossen, so ungefähr lautete das General-  
edikt, Unsere Untertanen von den Belästigungen und Banden zu  
befreien, die die Folgen der im Monte Comune vereinigten  
Staatsschuld sind. Daher soll sie ihrer jetzigen Verwaltung  
enthoben werden, sowohl in bezug auf die Gläubiger, welche  
die Zinsen dort abheben, wie in bezug auf die Schuldner, die sie  
tatsächlich vermittle der bestehenden Steuern und Abgaben be-  
zahlen, so daß die Steuerlast gleichzeitig mit der Staatsrente  
verschwindet. Daher haben Wir beschlossen, daß zu diesem  
Zwecke die Tassa di Redenzione abgeschafft werden soll, also  
die Grundsteuer, die durch die Gemeindeordnung an Stelle der  
frühern Steuern auf Liegenschaften und Bewohner in den Ge-  
meinden getreten ist, worin für die betreffenden Orte auch die  
Tassa d'Accollo, die den Gemeinden im Jahre 1781 übertragene  
Decima inbegriffen ist. Wer immer daher in irgendeiner Ge-  
meinde, auch wenn in derselben infolge ausreichender Patri-  
monialgüter die jährliche Grundsteuer nicht erhoben wird,  
Liegenschaften besitzt, soll in den folgenden Terminen und in  
der folgenden Art und Weise seine Quote der Tassa di Re-  
denzione ablösen. Ist dies geschehen, so soll dieselbe für immer  
und ohne Ausnahme abgeschafft und kassiert sein. Auch die  
Staatsschuld soll vermittle effektiver Auszahlung der Gläu-  
biger an der Kasse des Monte Comune abgeschafft werden und  
Wir erlauben, daß eine derartige Tilgung auch durch Ausgleich  
mit der Tassa di Redenzione geschehen kann. Um diese Maß-  
nahme für die Staatsgläubiger wie für die Grundbesitzer zu er-  
leichtern, wollen Wir, daß jeder auf der Kasse der Staatsbank  
jedwede Summe einzahlen kann und daß gleichzeitig für immer  
soviel Tassa di Redenzione in jeder Gemeinde kassiert sein soll,  
wie dem jährlichen Zins der einbezahlten Summe zum Zinsfuß  
von  $3\frac{1}{2}\%$  entspricht, dermaßen, daß für jedes Hundert Scudi,  
die einbezahlt werden,  $3\frac{1}{2}$  Scudi der Tassa di Redenzione  
kassiert und abgelöst werden. Wer die Tassa di Redenzione  
nicht durch wirkliche Einzahlung des Kapitals ablösen will, darf  
die Tilgung so vieler Luoghi di Monte fordern, wie erforderlich

sind, um wie oben eine entsprechende Quote der Tassa di Redenzione bei derselben Berechnung abzulösen, daß für einen Luogo di Monte  $3\frac{1}{2}$  Scudi der Tassa di Redenzione kassiert werden. Zu diesem Zwecke gestatten Wir jedem Inhaber von Schuldtiteln sein Bankguthaben zugunsten anderer abzutreten, die auf diese Weise die entsprechende Quote der Tassa di Redenzione tilgen wollen. Zugunsten derjenigen, die die Tassa di Redenzione für sich oder für andere in obiger Form abgelöst haben wollen, bestimmen Wir, daß ihnen auf die so von der Steuer befreiten Liegenschaften die Prioritätsrechte und Privilegien eingeräumt werden, die dem königlichen Fiskus und den Gemeinden für die ursprüngliche Summe der Tassa di Redenzione angehörten. Wir wollen, daß die Ablösung der Grundsteuer der Güter, die fideikommissarisch oder sonst gebunden sind, immer nicht zum Vorteil des Fideikommissars, vielmehr des Ablösenden geschieht<sup>67</sup>. Zugunsten derjenigen, die keine Luoghi di Monte oder kein Geld haben oder solche nicht finden können, um die Grundsteuer abzulösen, befehlen Wir den Vorstehern aller folgenden Verwaltungen, daß sie zuerst so viele ihrer Luoghi di Monte kassieren lassen, wie nötig sind, um die Tassa di Redenzione ihrer Verwaltungen abzulösen, daß sie alsdann die übrigen Luoghi an die abtreten, für die sie es für richtig halten, wenn sie darum ersucht werden: alle Spitäler,, das Büro der königlichen Besitzungen, der Besitz Unserer Krone und Unser Privatvermögen, der Stefansorden, der Fiskus, die Universitäten oder Hochschulen, die Kollegien, die Besitzungen jeder Art, die zum Unterhalt von Kirchenbauten usw. bestimmt sind, die königlichen Verwaltungen der Patrimoni Ecclesiastici und alle Wohltätigkeitsanstalten und Leihhäuser, die unter der Gemeindeverwaltung stehen. Damit die Kapitalien dieser Verwaltungen leicht Absatz finden, sollen alle Darlehen, die sie

---

67. Wird im Gesetz noch näher ausgeführt. Es ist absichtlich auf diese hier mehr nebensächlichen Fragen nicht eingegangen worden. Sie werden besser bei einer Darstellung der fideikommissarischen Gesetzgebung jener Zeit zur Sprache kommen.

vermittels der Zession von Luoghi di Monte machen, immer und in jedem Fall ohne neue Stipulation als sovieler echte und reale Hypotheken auf die von der Tassa di Redenzione befreiten Liegenschaften betrachtet werden. Für derartige Zessionen von Luoghi di Monte und Darlehen dürfen die Verwaltungen keinen höhern Zins als 3 % von den Debitoren fordern. Durch die kompetenten Gerichtshöfe und auf Verlangen des Präsidenten der Gemeindenkammer in Florenz, des Vorstehers des Wasseramts in Pisa und der Oberaufsehers in Siena wird nach und nach bekannt gegeben, in welchen Gemeinden die Ablösung der Tassa di Redenzione geschehen soll und es wird zugleich der Termin von 3 Monaten den Grundbesitzern in den betreffenden Gemeinden angewiesen, um den Bestimmungen dieses Gesetzes nachzukommen. Wer innerhalb dieser Zeit seine Tassa di Redenzione nicht abgelöst hat, geht des Vorteils der 3½ % verlustig; für jedes Hundert Scudi, die sie dann dem Monte bezahlen, oder für jeden Luogo di Monte, den sie tilgen lassen, werden zu ihren Gunsten nur 2 Scudi der Tassa di Redenzione abgelöst werden und sie können gezwungen werden auf diese Weise die befohlene Kassation zu vollziehen. Damit daher keine Quote der Tassa di Redenzione übrig bleibe, wird den mit der Durchführung der Ablösung beauftragten Beamten befohlen, daß sie nachsehen, wer innerhalb des angewiesenen Zeitraumes die Ablösung der Tassa di Redenzione nicht vollzogen hat, daß sie darauf den oben genannten Verwaltungen befehlen innerhalb eines Zeitraumes von 3 Monaten durch wirkliche Einzahlung oder durch Kompensation mit Luoghi di Monte die den Widerstrebenden gehörige Tassa di Redenzione abzulösen, die sie ihnen ausdrücklich nennen müssen, und so sollen dieselben ohne weitere Erklärung in jeder Beziehung als wahre und legitime Schuldner der betreffenden Verwaltung betrachtet und behandelt werden, die für sie eingesprungen ist, als ob sie freiwillig einen Vertrag mit diesen Verwaltungen abgeschlossen hätten; dabei bleibt zu Lasten der Widerstrebenden der Ablösungssatz 2 % und der Zins zugunsten der ablösenden Ver-

waltung 3 %. Das Privileg des Vaters von 12 Kindern bleibt durch diese Maßnahmen unberührt; aber trotzdem muß der Privilegierte seine ganze Tassa di Redenzione ablösen, wird aber durch die betreffende Gemeinde durch entsprechenden Abzug von der Gemeindegrundsteuer entschädigt werden oder in bar, wie es der Gemeinderat für gut finden wird.

Mit dem Geld, das durch die Ablösung der Grundsteuer in die Kasse des Monte Comune fließen wird, sollen durch wirkliche Auszahlung entsprechend viele Kapitalien und Zinsen der Staatsgläubiger zur Rückzahlung kommen; der Titel wird dabei zum Kurse von 100 berechnet, dazu kommen die geltenden Zinsen. Daher hat der Oberaufseher der Staatsbank der Reihe nach die Gläubiger auszuzahlen, wie er es für gut findet, ausgenommen die oben erwähnten Verwaltungen. Dabei soll vorgegangen werden, wie es bereits das Edikt vom 25. August 1778 verfügt hat.

Weitere Paragraphen beschäftigen sich mit der formellen Durchführung der Maßnahmen. Mit aller Kraft wird dann immer wieder darauf hingewirkt, daß für die Ablösung der Grundsteuer eine zahlreiche Konkurrenz einsetze. Immer und immer wieder werden mit fast ängstlicher Sorgfalt die Ablösenden begünstigt und gegen alle Eventualitäten sichergestellt. Die Kontraktsteuer wird für alle Verträge, die dieses Gesetz zur Folge haben mußte, für einmal geschenkt. Um den Monte, die Gemeinden und diejenigen, die deren diesbezügliche Rechte erworben haben würden, gegen jede zukünftige Belästigung sicherzustellen, werden die Quoten der Tassa di Redenzione so wie sie abgelöst wurden, als für immer unveränderlich bestimmt; nur den Privaten unter sich sollte gestattet sein für eine unrechtmäßige Belastung Entschädigung anzustreben. Weiter wurde den Ablösenden gestattet die Aufhebung von Bedingungen zu verlangen, die von der Staatsrente auf die damit abgelösten Liegenschaften übergingen, also auch der Fideikomnisse. Und stolz verkündet zum Schluß das Edikt, daß das Archiv des Monte Comune zum Wohl der Oeffentlichkeit aufbewahrt

werden solle und daß Interessenten der Zutritt dazu freistehen werde.

Das ist im wesentlichen der Inhalt des Generaledikts vom 7. März 1788, das drei Tage später in den bereits im Edikt angekündigten Instruktionen für die in der großen Operation beschäftigten Beamten und Tribunale seine notwendige Ergänzung fand. Kein Zweifel, die lange Diskussion im Rate Leopolds ist der Klarheit der einzelnen Bestimmungen wie des ganzen Erlasses durchaus förderlich gewesen; Gianni durfte darauf rechnen die von ihm gewünschte Allgemeinverständlichkeit erreicht zu haben, soweit das damals überhaupt möglich war. Immerhin haben die Gesetzgeber es doch für nötig erachtet eine spezielle Verfügung zu erlassen, die in primitivster Weise den Grundbesitzern genau angab, welche Gänge und wohin sie dieselben zu machen hätten, um die geforderte Ablösung zustande zu bringen; damit brauchte der ganz unwissende Besitzer nur ganz mechanisch die dort aufgezeichneten Gänge vorzunehmen.

Unter dem Generaledikt und den Instruktionen steht neben Leopolds und Pontenanis Unterschrift die Gegenzeichnung des Finanzministers Serristori. Das war formell richtig; aber es erinnert uns nochmals an jene eigentümliche Stellung, die Gianni, der Schöpfer und Träger der ganzen Operation bis in die Einzelheiten, einnahm, verdeutlicht aber zugleich die Totalität seines Sieges und den gewaltigen Umschwung der leopoldinischen Finanzpolitik seit den Tagen, da Angelo Tavanti ins Grab gesunken war.

Was an dem Generaledikt auffällt, ist, daß es die von Gianni immer verfochtene Freiwilligkeit der öffentlichen Mitwirkung beschränkt, ja illusorisch macht. Denn anders können jene Bestimmungen nicht aufgefaßt werden, die den Zeitraum der Steuerablösung auf 3 Monate beschränkten, dann dieselbe nur unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen zuließen und schließlich mit Uebergang der Zustimmung des privaten Kontrahenten den Verwaltungen das Recht einräumten gegen Ablösung der noch nicht kassierten Quoten der

Grundsteuer sich ohne weitere Erklärung die Widerstrebenden zu Darlehensschuldern zu machen. Ob Gianni die in Aussicht gestellten Vorteile doch nicht für genügend hielt, um die durchgängige Ablösung zu bewirken, ob er die Widerspenstigkeit vieler ihm feindlich gesinnter Elemente fürchtete, die sein Projekt zu Fall bringen wollten, oder ob diese Bestimmungen nur auf Verlangen des besorgten Großherzogs aufgenommen wurden, ist mir unbekannt; Tatsache bleibt jedenfalls, daß die von Gianni immer wieder postulierte Freiwilligkeit der Operation doch nicht in so weitgehender Weise vorhanden war, wie er zu rühmen pflegte.

Der Publikation des Gesetzes ist aus unbekannten Gründen die Ausführung nicht gleich auf dem Fuße gefolgt; sie begann erst im Mai. Leopold wollte wahrscheinlich zuerst die Resultate abwarten, die sich durch das Edikt vom 1. März bei der Ablösung der Grundsteuer der Gemeindegüter ergeben würden; vielleicht wollte er auch zuerst die allgemeine Stimmung wegen des wichtigen Gesetzes kennen lernen. Jedenfalls war diese den Intentionen der Regierung nicht günstig. Weite Kreise des seit Jahrhunderten mit Mißtrauen gegenüber jeder Regierungsmaßregel erfüllten Volkes mochten tatsächlich trotz der nachdrücklichen Erklärung, daß die staatliche Grundsteuer für immer verschwinden werde, diesem Versprechen skeptisch gegenüberstehen und darin eine Maßregel erblicken, die den ausschließlichen Vorteil der Staatskasse im Auge hatte; die zahlreichen Gegner Giannis werden zweifellos diese Anschauung gefördert haben. Und was von nicht unbedeutender Wichtigkeit war, vor allem wurden weite Schichten des Beamtentums, dessen Einfluß im Ancien Régime ein weittragender war, durch die ganze Finanzreform wie insbesondere durch die Schuldauflösung in vitalen Interessen verletzt und waren daher Gegner derselben<sup>68</sup>.

---

68. Gabinetto, Filza 71, Nr. 2. Vorsichtig machte Gianni den Großherzog vor Beginn der Auflösung auf diese Tatsache aufmerksam.



Jene Gemeindegazler und Kassiere, die eine Reihe von Emolumenten, wichtige Quellen ihres kargen Gehalts, verschwinden sahen, die ihnen bei der Erhebung der Grundsteuern zufflossen; die Bankbeamten, die gleicherweise jede Hoffnung auf bisherige Sporteln aufgeben mußten; die Gerichtshöfe und eine Reihe von weiterhin interessierten Beamtenkategorien, sie alle waren dem neuen Kurs abgeneigt, sie alle zählt Gianni zu denen, die gegen die Schuldauflösung ein Geschrei erheben würden. Wie wenig Zutrauen überhaupt allgemein der Maßnahme entgegengebracht wurde, geht auch daraus hervor, daß kurze Zeit nach Erlaß des Gesetzes Staatsgläubiger für 135,850 Scudi mit der Bitte an Leopold gelangten, daß ihnen gemäß dem Edikt vom 25. August 1778 die Auszahlung ihrer Kapitalien unverzüglich gewährt werde, unter Gewährung der dort verbürgten Rechte und Privilegien. Gleichzeitig warteten viele andere Gläubiger nur den günstigen Entscheid ab, um sich dieselbe Gunst auszubitten. Dank dem Einflusse Giannis, der sich seine sowieso voluminöse Arbeit nicht noch mehr komplizieren lassen wollte, wurde dieses Begehren jedoch abgewiesen<sup>69</sup>.

Am 17. Oktober 1788 begann die Schuldauflösung zunächst für die Orte Sesto, Fiesole und Galluzzo, am 27. Juni folgten die Gemeinden der Kanzlei von S. Casciano, dann kamen Prato, S. Miniato an die Reihe usw., Florenz am 4. November<sup>70</sup>. Im November 1788, als im Florentinischen alles so im Gange war, wie er es haben wollte, verfügte sich Gianni nach Pisa, um auch in dieser Provinz die Oberaufsicht zu übernehmen und die dortigen Gemeindegazler für ihre Aufgabe vorzubereiten. Im Oktober 1789 begab er sich zu gleichem Zwecke nach Siena<sup>71</sup>;

---

69. Gabinetto, Filza 71, Nr. 3.

70. Weder Florenz noch irgendeine der anderen Städte, die Akzise bezahlten, waren also von der Grundsteuer frei. Florenz zahlte um 1784 jährlich 26,512 Scudi Grundsteuer, weitaus am meisten von allen Gemeinden; Livorno = 12,514, Pisa = 3144, Arezzo = 9514 usw. Gabinetto, Filza 70, Nr. 1A.

71. Gabinetto, Filza 71, Nr. 4. Duplikate der Protokolle Giannis.

---

bis zum Frühjahr 1790 hat er die gesamte Schuldauflösung im großen und ganzen durchgeführt; freilich war sie noch nicht beendet, als Leopold durch den Tod Josephs II. abberufen wurde; noch unter der Regentschaft fanden die Bestimmungen des Gesetzes vom 7. März 1788 in einigen entlegenen Gemeinden ihre Durchführung.

Gianni hat in seinem 1801 anonym erschienenen „Discorso sul debito pubblico“ zugegeben, daß diese Auflösung der toskanischen Staatsschuld keineswegs ohne Fehler in der Ausführung gewesen sei, hat weiter eingeräumt, daß eine derartige Operation nur dort stattfinden könne, wo die Grundsteuer gerecht und proportional unter die Kontribuenten verteilt sei, wo ein Land blühe und die Steuerlast nicht unerträglich sei, und er hat schließlich davor gewarnt diese Maßnahmen ohne weiteres auf ein großes, den Kriegsgefahren ausgesetztes Land mit einander in ihren Interessen widersprechenden Provinzen zu übertragen, weil sie in einem kleinen friedlichen Staat geglückt sei. Mögen auch bei diesem Urteil die allgemeinen europäischen Ereignisse der 90er Jahre des 18. Jahrhunderts einen nicht unwesentlichen Einfluß gehabt haben, so ist doch nicht unwahrscheinlich, daß die Schwierigkeiten, die Gianni bei der Durchführung seines Planes gefunden hat, vor allem ihn in dieser vorsichtigen Haltung bestärkt haben. Denn aus den Protokollen, die Gianni für Leopold während der Schuldauflösung allwöchentlich abfassen mußte, ergibt sich, daß eine Menge von Streitfragen sich erhoben oder neu aufgerollt wurden, sobald die Operation eingesetzt hatte<sup>72</sup>.

Vor allem erschallte jetzt von den verschiedensten Seiten her der Vorwurf und die Klage — wie es übrigens, so wie die Dinge lagen, nicht anders der Fall sein konnte —, daß diese

---

72. Für das Folgende ebd. Der Bericht Cenninis besonders im Protokoll vom 5. Juni 1788. Derselbe war vom 4. April. Viele andere reklamierten aus demselben Grunde. Die Protokolle zerfallen in Auszüge der Streitfragen und die jeweiligen Antworten Giannis.

Verteilung der Staatsschuld auf die einzelnen Grundbesitzer keine gerechte sein könne, weil auch die Tassa di Redenzione jedem Anspruch auf Gerechtigkeit und Proportionalität der Anlage Hohn sprach. Dieser berechnete Einwurf wurde von vielen Gemeinden erhoben, die bereits mit der Aufnahme eines neuen Katasters begonnen hatten, beginnen wollten oder ihn auch schon größtenteils vollendet hatten und die jetzt dringend mit dem Hinweis auf die Ungerechtigkeiten der geltenden Kataster um Aufschub der Schuldauflösung baten, bis der neue Kataster fertiggestellt sei. Vor allem traurig stand in dieser Hinsicht die Grundbesteuerung in der obern senesischen Provinz; der untern, der Maremma, war ja die ganze Grundsteuer geschenkt worden als Entschädigung für die Einbeziehung in den toskanischen Zollrayon und für die Wiedereinführung der Salzsteuer. Die Gemeindeordnung hatte zwar den senesischen Gemeinde 1777 die Aufstellung neuer Kataster binnen 3 Jahren anbefohlen; aber das Projekt des allgemeinen einheitlichen Katasters und nachher die großen Kosten, die die Herstellung von Grundbüchern in zwei Gemeinden verursachten, hatten die dortigen Gemeinden durchwegs abgehalten, diesem Befehle nachzukommen. Nun drohte die Schuldauflösung, der keine ordentliche Neuordnung der Grundsteuerverhältnisse voranging, diese Ungleichheiten definitiv zu gestalten. Zum Wortführer der mit dieser Regelung Unzufriedenen machte sich wiederum vor allem der uns bereits durch sein Eintreten für die Annonargesetzgebung bekannte Marchese Cosimo Cennini, Deputierter in Siena. Unter Hinweis auf die im Grundsteuerwesen herrschenden Ungerechtigkeiten schlug er vor, daß die Auflösung der Staatsschuld verschoben werde bis durch einfache Einschätzung des Ertrages ohne Vermessung, Pläne usw. und ohne große Kosten in kurzer Zeit eine richtigere Verteilung der Grundsteuern durchgeführt sei.

Der Angriff traf die gefährliche Seite des Giannischen Planes und so beeilte sich denn der Senator denselben mit allen Mitteln zu parieren. Er betonte, daß die Gewährung derartiger

Petitionen den Erlaß vom 14. Februar 1785 über die Neuordnung der Kataster verletzen würde; daß damit die seit 20 Jahren resultatlos erwogenen Katasterpläne trotz aller Erfahrungen und großen Kosten wieder aufleben würden; er entwickelte von neuem seine Theorie, daß eben die Ungerechtigkeiten bei jeder durch Kataster umgelegten Grundsteuer unvermeidlich, weil im System beruhend seien, sowohl bei den auf frühern wie auf modernen Aufnahmen beruhenden Grundbüchern. Gerade die Schuldauflösung dient dazu diese unvermeidlichen Ungerechtigkeiten ein für allemal aus der Welt zu schaffen; sie belastet den, der sie jetzt erträgt, aber sie erneuert sie nicht. Darum verlangte der Senator unaufhaltsame Durchführung der Auflösungsoperation; die verschiedenen Petitionen erschienen ihm nur als Intriguen, um dieselbe aufzuhalten, weshalb er rücksichtslose Abweisung derselben beantragte. Dabei wies er daraufhin, daß gemäß dem Gesetz vom 7. März 1788, das ausdrücklich einen nachherigen Ausgleich unter den Privaten zuließ, es den Gemeinden durchaus unbenommen sei neue Kataster aufzustellen und danach die notwendige Korrektur und den Ausgleich unter sich durchzuführen; nur, darin gipfelt sein Votum, soll dadurch kein Stillstand in der Auflösung eintreten.

Vor allem dieses letzte Argument seines Ratgebers mochte Leopold einleuchten und als Gianni auch sonst den einzelnen Gemeinden für die nachherige gerechtere Ordnung der Tassa di Redenzione gemäß der Gemeindeverfassung freie Hand lassen wollte, ist die unverzügliche Fortsetzung der Auflösung der Staatsschuld und Ablösung der Grundsteuer und die Abweisung sämtlicher diesbezüglicher Petitionen beschlossen worden, zugleich aber wurde den senesischen Gemeinden eine nachherige Neuberechnung ihrer Grundsteuereinheiten wie der Ausgleich unter den Privaten freigestellt. Damit endete auch dieser letzte Angriff für die Katasterreform zugunsten Giannis.

War dies in ihrer Bedeutung die weitaus gefährlichste Schwierigkeit, die sich im Laufe des Auflösungsprozesses einstellte, so hat es aber auch sonst nicht an Fragen gefehlt, die die

rege Tätigkeit des allgegenwärtigen Gianni in Anspruch nahmen. So mußte der Entscheid wichtig sein, ob die Klöster, Kirchen, Benefizien, die Tote Hand überhaupt, ohne weiteres ihre Luoghi di Monte an andere abtreten konnten, um dafür in die vom Gesetz vom 7. März 1788 eingeräumten Rechte einzutreten. Diese Frage, die im Monte Comune aufgeworfen wurde, war ebenfalls berechtigt; denn wie das ganze Erbpachtsystem durch den Auflösungsprozeß zweifellos ins Wanken geriet, so bedeutete derselbe im letzten Grunde auch nichts anderes als die Aufhebung der toskanischen Amortisationsgesetze von 1751 und 1769, indem er der Toten Hand die gleichen Rechte auf den Erwerb von Grundbesitz einräumte, wie dies gegenüber den Laien geschah. Es konnte von vornherein kein Zweifel sein, daß für Gianni die Wichtigkeit der finanziellen Ordnung überwog, wie denn schon das Gesetz vom 7. März 1788 dem Klerus keine Sonderstellung zuwies. Daher wurde auf seinen Antrag zur einfachen Sicherstellung der Beamten der Staatsbank die Gleichstellung des Klerus mit den Laien kundgetan.

Weiter wurde mehrfach die Frage aufgeworfen, ob die Tassa di Redenzione nur die durch die Gemeindeordnung zu einer einzigen vereinigten Grundsteuern zu umfassen habe oder ob die nachher — gegen das Versprechen der Gemeindeverfassung — den Gemeinden weiterhin auferlegten Abgaben auch der Ablösung verfallen seien. Da Gianni ja der eifrigste Verfechter der kommunalen Freiheit war, soweit sie seit 1774 verliehen worden war, so konnte es nicht zweifelhaft sein, daß er unter Hinweis auf die eben damals angebahnten Diskussionen über die Redintegration der Gemeindeordnung bloß die Ablösung der rechtmäßigen Grundsteuer forderte, wie denn auch die Abschaffung der unrechtmäßig auferlegten Steuern kurz darauf erfolgt ist, wie wir bereits oben sahen.

Und auch sonst häuften sich die Anfragen über den Modus der Ausführung; Erklärungen von Gemeinden liefen ein, die es als unmöglich hinstellten, daß in der kurzen Zeit von 3 Monaten das nötige Geld beschafft werden könne; ein Zeitpunkt mußte

festgesetzt werden, bis zu welchem die Zinsen der Luoghi di Monte für die einzelnen Gemeinden ausbezahlt werden sollten; den Klöstern usw. wurde von der Bankkasse möglichst bares Geld restituiert, damit sie zur Kassierung der Tassa di Redenzione den Bedürftigen auch Geld leihen konnten, wenn diese Quote nur einen Bruchteil eines Luogo betrug. Ein Vorschlag aus dem Senesischen in jeder dortigen Gemeinde eine Bank der betreffenden Schulden zu gründen unter Obligation der Liegenschaften derselben, worauf diese Bank die Erhebung der Zinsen in der Gemeinde übernehmen und auszahlen sollte, wurde abgewiesen. Bitten, die Tassa di Redenzione doch zu  $3\frac{1}{2}\%$  ablösen zu dürfen, obgleich die angesetzte Zeit von 3 Monaten versäumt worden war, wurden bald gewährt, bald abgewiesen, je nachdem sie begründet waren. Die Regentschaft hat in diesem Punkte später eine allgemeine Amnestie eintreten lassen. Die zivilrechtliche Geltung der massenhaft geschaffenen Darlehen wurde fixiert. Diese und eine Menge anderer Fragen galt es immer und immer wieder zu erledigen und so wird verständlich, daß Gianni es später für nötig fand die Schwierigkeiten der Ausführung des Auflösungsplanes zu unterstreichen.

Aber die rücksichtslose Energie, die er bei seiner Tätigkeit entfaltete, hat doch über den Tadel der Nörgler gesiegt: im Jahre 1790 war der größte Teil, mehr als  $\frac{2}{3}$  der großen toskanischen Staatsschuld verschwunden, zu einer Zeit, wo drüben im alten Frankreich bereits die Wogen der Revolution über der finanziellen Mißwirtschaft des Ancien Régime zusammenschlugen. Und Zobi, der Historiker dieser Epoche Toskanas, hat mit nicht unberechtigtem Stolz auf diesen verschiedenen Ausgang des Ancien Régime in beiden Ländern hingewiesen. In der Tat: dort Staatsbankrott und in Toskana kann die Staatskasse den nicht unbeträchtlichen Ausfall von 40,000 Scudi jährlich ertragen, die Differenz von  $2\frac{5}{6}\%$ , dem Zins, der den Gläubigern bezahlt wurde, und  $3\frac{1}{2}\%$ , dem Satz, zu dem die Ablösung der Grundsteuer erfolgte, und sah den größten Teil der Staatsschuld verschwinden; freilich war auch die Grundsteuer verschwunden

und ein Teil der Staatsschuld bestand weiter. Leopold hat wohl gehofft, diesen durch jährliche Ueberschüsse tilgen zu können<sup>73</sup>; seine Abberufung hat das verhindert; wahrscheinlich wäre es aber auch sonst bei den damals hereinbrechenden stürmischen Zeiten nicht dazu gekommen.

Am 27. September 1794 verkündete ein Edikt von Leopolds Nachfolger, Ferdinand III., die Redintegration der toskanischen Staatsschuld, wie sie vor der leopoldinischen Reform von 1788 gewesen war. Welches die Gründe für diese Haltung der Regierung gewesen sein mögen, ob berechtigt oder nicht, darüber sich hier auszulassen, wäre müßig; das Aktenmaterial, das zu

---

73. Leopold hat, laut Rechenschaftsbericht, allerdings einen Grundsteuertitel nicht zur Ablösung gebracht, die 1765 zum Bau der pistoiesischen Straße eingesetzte Abgabe im Ertrag von 18,687 Lire. Sie sollte zur Verzinsung der nach Leopolds Berechnungen noch 20,764,254 Lire betragenden Schuld beitragen. Dieser Zins betrug zu 3 % jährlich 622,927 Lire. Der Stand der toskanischen Staatsschuld vor der Auflösung (am 31. Oktober 1785) war folgender: total = 12,480,297 Scudi. Die Luoghi di Monte gehörten: 1,519,403 Scudi dem Großherzog in Kontokorrent; 976,137 Mitgift der Großherzogin; 22,412 der Großherzogin; 614,125 dem Büro der Königl. Domänenverwaltung; 489,675 dem Stefansorden; 829,125 Kommenden des Stefansordens; 343,725 den Gemeinden des Großherzogtums; 212,775 den von den Gemeinden abhängigen Wohltätigkeitsanstalten; 2,271,587 den Spitälern und Opere di Pubblica Pietà; 2,140,895 den Mönchs- und Nonnenklöstern; 1,360,200 den Kirchen, Kapellen, Stiftungen usw.; 865,362 weiteren Angehörigen der toten Hand; 578,806 Privatpersonen, deren Kapital ausgelost werden konnte; 256,070 Privatpersonen, die die Verlosung nicht traf. Gabinetto, Filza 70, Nr. 7. Man sieht aus dieser Liste, in wie weitgehendem Maße die Schuldtitel den Privaten (Laien) entzogen worden waren.

Leopold selber in seinem Rechenschaftsbericht gibt die Höhe der Staatsschuld vor der Auflösung auf 87,589,775 Lire, den Ertrag der Tassa di Redenzione auf 1,982,722 Lire an. Durch die Auflösung verschwanden 56,649,200 Lire der Schuld; weiter gehörten 10,176,320 Lire Schuld der Staatskasse selbst, die sie durch Rückkauf von ausländischen Kreditoren erworben hatte. Somit betrug die Staatsschuld nach der Auflösung noch 20,764,254 Lire.

diesem sicher umfangreichen Werk noch austeht, wird dasselbe in die richtige Beleuchtung rücken. Kurz darauf ist der Schöpfer der großen Reform, der vergebens protestiert hatte, ist F. M. Gianni aus dem toskanischen Staatsdienst geschieden, in dem seine Stimme seit Leopolds Abberufung kein Gewicht mehr hatte und die Laufbahn des größten toskanischen Finanzmannes des 18. Jahrhunderts war damit abgeschlossen, wenn er auch während der Franzosenzeit nochmals kurz die politische Bühne bestiegen hat. Ihm ist das Glück weniger hold gewesen als seinen einstigen Rivalen Neri und Tavanti. Er hat hintereinander seine großen Werke, die Zollreform und die Auflösung der Staatsschuld scheitern sehen. Mögen wir auch nach der heutigen Kenntnis der Dinge manche Fehler an denselben entdecken, so erweisen sie sich nichtsdestoweniger als interessante Denkmäler der Staatskunst eines hervorragend selbständigen Kopfes und klaren Denkers, dem wir unsere hohe Anerkennung nicht versagen werden.

---



## Sechstes Kapitel.

### Die Finanzreform der achtziger Jahre.

Es ist im ersten Kapitel dieser Arbeit zur Genüge gezeigt worden, wie das toskanische Finanzwesen zu Beginn der leopoldinischen Reform im Argen lag, wie sich in der Besteuerung im allgemeinen wie bei den einzelnen Abgaben und nicht zum wenigsten in der Finanzverwaltung Fehler und Gebrechen offenbarten, die zwar nicht vereinzelt und exzeptionell in jener Zeit dastanden, die aber in ihrer Gesamtheit in dem wirtschaftlich tief gesunkenen, mit Schulden überlasteten und verarmten Lande eine über das gewöhnliche Maß weit hinausgehende Bedrückung darstellten. Die Regierung des ersten Lothringers und seiner Regentschaft hatte dann gewissermaßen diese steuerrechtlichen Ungerechtigkeiten und Absurditäten dadurch unterstrichen, daß sie an Stelle der Regie den Pachtbetrieb im ausgedehntesten Maße einfuhrte und durch dieses Einspannen des privaten Eigennutzes zugunsten der Staatskasse jene Charakteristika kräftiger in die Erscheinung treten ließ; indem dann noch eine Reihe weiterer ordentlicher wie außerordentlicher Finanzquellen eröffnet wurden, ist das ganze System auf einen Punkt getrieben worden, wo unbedingt die Umkehr oder dann aber eine Katastrophe erfolgen mußte.

Während also die habsüchtige Finanzpolitik der Regentschaftszeit gewissermaßen eine Entscheidung in nächste Nähe rückte, hatte bereits auch in der naturrechtlichen Auffassung der Aufklärungszeit die Finanztheorie die Probleme energisch in Angriff genommen, deren Lösung das damalige Finanzwesen bedurfte. Durch die Schriften der englischen und insbesondere

der französischen Denker eilte der rationalistische Geist von Sieg zu Sieg und durchdrang wie ein Sturmwind das barocke Gefüge in Staat und Gesellschaft der Zeit. Und dieser im innersten antihistorische und revolutionäre Geist suchte alles nach natürlichen, nach einfachen Größen zu ordnen. Wie er daher im allgemeinen dem damaligen Staatsorganismus feindlich gegenüberzutreten mußte, so war dies im besonderen der Fall gegenüber dem vielgestaltigen, irrationalen Finanzsystem der Zeit. In der Verurteilung desselben waren die rationalistisch geschulten Finanztheoretiker einig; auch darüber, daß die Reform im Sinne einer Vereinfachung der Finanzordnung und gerechteren Verteilung der Lasten, womöglich auch einer Reduktion derselben auf eine Steuergattung, um nicht zu sagen auf eine Steuer erfolgen müsse. Doch hier schieden sich die Geister; von Locke über Hume auf Adam Smith, und von Vauban und Boisguillebert über Montesquieu bis auf Quesnay und Mirabeau zieht sich die große Frage hin, ob die Auseinandersetzung auf dem Boden der indirekten oder der direkten Besteuerung zu suchen sei; ob — um gleich die Extreme herauszugreifen — Humes Konsumsteuern oder die eine direkte Steuer auf die Grundrente, wie sie die Physiokratie befürwortete, die gerechteste Belastung sei. In der Praxis ist bekanntlich trotz mancher Anläufe an den verschiedenen Orten keines dieser Extreme zur Ausführung gelangt; jedenfalls aber stand überall da, wo die Reform ernstlich versucht wurde, diese Frage stark im Vordergrund; in Toskana war sie allbeherrschend.

Als nach dem plötzlichen Tode seines Vaters 1765 Großherzog Leopold in jugendlichem Alter den toskanischen Thron bestieg, war der Geist der Aufklärung und der Reform dort schon bis in die obersten Spitzen der Verwaltung vorgeedrungen; ja es erscheint als gewiß, daß bereits unter der Regentschaft eine ernsthafte, umfassende Finanzreform ins Auge gefaßt wurde; wenigstens hören wir von Kommissionen, die 1763 eingesetzt wurden, um eine Revision der Zollgesetzgebung wie der

Grundsteuern zu erwägen und einzuleiten. War so tatsächlich für einen reformfreudigen und unternehmungslustigen Herrscher der Boden gut vorbereitet, so hatte sich andererseits allerdings bereits die Gruppierung der sich befehrenden Parteien vollzogen. Es ist bereits in den zwei vorangehenden Kapiteln dargestellt worden, wie sich auf den beiden umstrittensten Gebieten des Finanzwesens, im Zoll- und Grundsteuerwesen, diese Parteien während der ganzen Regierung Leopolds mit wechselndem Erfolge gemessen haben, wie im physiokratischen Zolltarif von 1781 die Partei Tavantis sich eines großen Erfolges rühmen konnte, wie die Physiokraten dann in der Frage der Grundsteuerreform dem Senator Gianni unterlegen sind und wie schließlich dieser Ratgeber in beiden Streitfragen dem Siege nahe, ja bereits Sieger war, dann durch die Abberufung Leopolds dennoch gescheitert ist. Wir haben nunmehr noch darzustellen, wie sich im übrigen die Finanzreform gestaltet hat, wobei jedoch der Hinweis auf jene Reformen hie und da erfolgen muß, weil immer die Lösung jener Grundfragen auf die sonstige Gestaltung des Finanzwesens von ausschlaggebender Bedeutung sein mußte und gewesen ist.

Daß der Großherzog von Anfang seiner Regierung an eine Reform des Finanzwesens an Haupt und Gliedern ins Auge gefaßt hat, darüber kann kein Zweifel sein. Dafür sind Zeugnis die Vorberatungen über die Umwandlung des gehaßten Pachtbetriebes in Regie, wo von Tavanti und Rosenberg immer wieder auf eine künftige Reform der Finanzen wie der Finanzverwaltung Bezug genommen wird<sup>1</sup>; die Uebernahme der verpachteten Finanzzweige selbst zu Händen des Staates diente ja ausgesprochenenmaßen dazu der Regierung freie, von andern Interessen unbehinderte Bahn für eine Neugestaltung des Finanzwesens zu machen<sup>2</sup>.

---

1. Gabinetto, Filza 75, Nr. 1A, Nr. 8L.

2. Auch aus einer Anfrage Rosenbergs und einer Denkschrift Giannis vom 17. Sept. 1767 erfahren wir, daß diese Reform er-

Freilich tritt klar hervor, daß die von Leopold gewünschte Reform in definitiver Form nicht stattfinden konnte, bevor er sich für das Programm einer der ihn rivalisierend umdrängenden Parteien entschieden hatte, ob die Grund- oder die Aufwandsteuern die Grundlage der künftigen toskanischen Finanzen werden sollten. Die bedächtige und bei zwiespältigen Ratschlägen immer zur Verschiebung der Entscheidung geneigte Arbeitsweise Leopolds hat es unmöglich gemacht, daß dieser reformbedürftige Zweig der toskanischen Verwaltung in der ersten Hälfte seiner Regierung in Angriff genommen wurde; die Parteien hielten sich noch im ganzen das Gleichgewicht. Erst seit dem Jahre 1776, als sich der Sieg sichtlich immer mehr auf die Seite Tavantis, der Freunde der direkten Steuern neigte, trat der Großherzog näher ein auf den Plan einer allgemeinen Steuerreform. Zu diesem Zwecke ließ er sich in jenen Jahren von allen Verwaltungen Berichte über ihre Einnahmen und Ausgaben überreichen, ordnete die Verwaltung der Staatskasse, indem alle unnützen Ausgaben gestrichen und eine Ordnung der dortigen Buchführung durchgeführt wurde<sup>3</sup>. Die Staatsschuld wurde insbesondere ins Auge gefaßt und unter dem Einflusse Tavantis jene Entwicklung angebahnt, die die Staatsrente aus den Händen der Privaten möglichst in die juristischer Personen und des Staates und seiner Organe selber bringen sollte. Die in den Gemeindeordnungen verfügte Ordnung des Grundsteuerwesens, aus der die Tassa di Redenzione hervorging, war nur eine vorläufige, keineswegs definitive Lösung des Grundsteuerproblems gewesen; dagegen war der Tarif von 1781 ein starker Fortschritt auf der eingeschlagenen Bahn. Diesem sollte die durch einen allgemeinen neuen Kataster begründete, definitive

---

wogen wurde. Diese Schrift ist zugleich ein wichtiges Denkmal dafür, daß Gianni schon beim Regierungsantritt Leopolds mit seiner Finanztheorie auf den Plan trat. Siehe in der *Raccolta degli economisti toscani, Scritti del Gianni I.* am Schluß des Bandes die „Avvertenze“:

3. Gabinetto, Filza 83, Nr. 1—18.

Regeung des Grundsteuerwesens und daran anschließend der übrigen Steuern folgen, in der Weise, daß eine Reihe der lästigsten aufgehoben und der Ausfall ganz in physiokratischem Sinn durch Erhöhung der Grundsteuer kompensiert werden sollte; vielleicht war, wenigstens von Tavanti und Pagnini, bereits ins Auge gefaßt, wenn dieses Experiment befriedigend ausfallen sollte, sämtliche Steuern und Abgaben durch die eine direkte Steuer zu ersetzen. Praktisch geworden ist dieser Plan, falls er wirklich ausgedacht worden ist, nicht, wie wir oben sahen; mit dem Scheitern der Katasterreform durch den Einfluß Giannis ist diese Entwicklung jäh abgebrochen worden. Mit dem Reformprogramm Giannis aus den Jahren 1784/85 geht dann die Finanzreform in genau entgegengesetzte Bahnen über; in diesem Sinne wird sie erfolgreich durchgeführt, wenn auch von zwei Hauptpunkten, der Zollreform und der mit der Ablösung der Grundsteuer verbundenen Auflösung der Staatsschuld, der eine nur unvollkommen und verstümmelt zur Ausführung gekommen ist, die andere Reform zwar gelungen, nachher aber wieder rückgängig gemacht worden ist.

Bevor wir uns dieser Finanzreform im letzten Lustrum der leopoldinischen Herrschaft zuwenden, haben wir noch einen Blick auf die vorangehenden Reformen zu werfen; denn wenn auch die große Neuordnung erst damals stattgefunden hat, so hat es sich doch die Ungeduld des wohlwollenden Großherzogs nicht nehmen lassen, bereits vorher eine Reihe nicht unbedeutender Reformen durchzuführen. Sie setzen fast gleichzeitig mit seinem Regierungsantritt ein. Zwei charakteristische Merkmale sind ihnen durchwegs eigen: diese Reformen sind liberaler, ja liberalster und wohlwollendster Natur; in den meisten Fällen werden die Abgaben einfach aufgehoben und geschenkt. Mit einer derartigen Politik steht Leopold vor allem im Gegensatz zu der voraufgehenden Regentschaftszeit wie zur Regierung der Medici; nichts Fiskalisches hängt ihr an. Das Wohl des Staates, das Gedeihen des Wirtschaftslebens geht vor, jede Beeinträchtigung desselben wird wo nur immer möglich vermieden; der

Bevölkerung soll möglichst großer Spielraum zur Betätigung gegeben werden; eine Einschränkung desselben durch Gewerbesteuern zu fiskalischen Zwecken ist aufs strengste verpönt. Die andere Tendenz seiner Politik ist daraufhin orientiert eine weitgehendste Vereinfachung des Finanzwesens, insbesondere auch der Finanzverwaltung hervorzurufen, eine Reduktion der Unmasse kleiner und kleinster Abgaben, deren Ertrag im Vergleich zu dem Verwaltungsapparat, den sie erforderten, klein war. Eine Menge von Steuern und Abgaben ist durch die verschiedenen Reformen der einzelnen Verwaltungszweige bis zum Beginn der eigentlichen und großen Reformen verschwunden. Wohl treffen wir am Anfang der leopoldinischen Regierung die Bestätigung und Weiterführung mancher Finanzinstitution, die zunächst die Fortsetzung des alten Kurses hätte vermuten lassen können; aber je mehr der Großherzog mit dem ihm angeborenen Arbeitsfleiß sich in die Staatsgeschäfte einarbeitete — und das geschah schnell — desto mehr vollzog sich der Bruch mit der hergebrachten Finanzpolitik.

Seinen vielversprechenden Anfang nahm dieser neue Kurs mit den uns bereits bekannten Annonargesetzen vom 15. September 1766 und 18. September 1767, wodurch nicht bloß dem alten Wirtschaftssystem der Todesstoß versetzt, sondern auch gleichzeitig eine Reihe zum Teil sehr ergiebiger Steuern aufgehoben wurde. Insbesondere ist damals die von Cosimo I. eingeführte Tassa del Segno, die staatliche Brotsteuer, verschwunden, deren Ertrag ebenso bedeutend war wie ihre Erhebungsweise vexatorisch; gleichzeitig wurde eine Reihe anderer den Brotkonsum belastender Abgaben teils kommunaler, teils staatlicher Natur aufgehoben, die Proventi di forni e diritti di canove, die Steuer der Polizza in den Orten, die der Mahlsteuer unterlagen, Gewerbesteuern auf die Bäcker in Form von Patenten usw. In finanzieller Hinsicht bedeutete überhaupt die Annonargesetzgebung einen gewaltigen Ausfall für die Staatskassen, der nur einigermaßen durch jene uns schon bekannte städtefeindliche Politik reduziert wurde, die den Städten nichts

schenkte, sondern nur die Umwandlung sämtlicher Lasten auf den Brotkonsum in Zölle vollzog.

Eine ausgesprochene Konzession an den liberalen Geist der Zeit bedeutete dann die Aufhebung der Theorie der Zeit so verhaßten Gewerbemonopole zu fiskalischen Zwecken. Auch darin trat die leopoldinische Legislatur in völligen Gegensatz zu der unmittelbar vorausgehenden Epoche. So oft die noch unter der Reggenza und in den ersten Jahren Leopolds abgeschlossenen Pachtverträge abliefen, sind sie unerneuert geblieben und damit dem Volk auf jeden Fall lästige Steuern geschenkt worden. Neben der Freigabe von Arbeiten in falschem Gold und Silber, der Verarbeitung von rohem Wachs in Florenz, im Contado und in Volterra, von Pulver und Salpeter, Seilerwaren usw. ist bereits 1768 das wichtige Branntweinmonopol gefallen und die Fabrikation wie der Verkauf aller alkoholhaltigen Getränke der uneingeschränkten Freiheit und Konkurrenz überlassen worden. Auch hier tritt uns wieder die städtefeindliche Tendenz der leopoldinischen Legislatur entgegen, indem für die Städte Florenz, Siena, Pisa, Volterra, Pistoia, Arezzo und Livorno ein abgestufter Tarif für die Torzölle in Kraft trat. Das Verbot der fremden Einfuhr wurde aufgehoben, dieselbe aber mit einem Schutzzoll von 13 Soldi 4 den. per Nettopfund belegt. Die Absicht Leopolds war dabei, daß an Stelle der staatlichen Branntweinbetriebe die private Industrie trete; er hat sie erreicht, wie der Erlaß vom 17. August 1780 zeigt, der die staatliche Fabrikation samt Verkauf abschaffte.

Ganz dieselbe Politik — den staatlichen Betrieb allmählich unter dem Schutz von Zöllen durch private zu ersetzen — verfolgte der Großherzog auch in bezug auf das einträgliche Eisenmonopol. Nach einigen präliminaren Maßregeln, bestehend in der allgemeinen Ermäßigung des Eisenpreises um 2 Quattrini per Pfund, der Freigabe der Fabrikation und des Verkaufs von Nagelwerk bei gleichzeitigem Verbot des Eisenimportes, ist dann am 30. August 1781 zugleich mit dem Erlaß des neuen

Zolltarifes das Eisenmonopol abgeschafft, die einheimische Eisenindustrie aber gleichzeitig durch Schutzzölle gesichert worden. Freilich ist weiterhin diese Aufhebung des Monopols mehr rechtlich als faktisch gewesen; die private Initiative betätigte sich offenbar ganz wenig, wahrscheinlich wegen des großen Kapitals, das eine Uebernahme der staatlichen Gebäulichkeiten erfordert hätte, und so hat die Magona, der staatliche Eisenbetrieb bis zum Ende der leopoldinischen Herrschaft weiter große Erträge abgeworfen<sup>4</sup>.

Dieselbe Tendenz die wirtschaftliche Freiheit zu fördern und die hinderlichen Steuern einfach aufzuheben, waltete in der Gewerbegesetzgebung vor. Jene Erlasse, die die freie Betätigung in den verschiedensten Industriezweigen proklamierten, die die uralten Institutionen der Zünfte von Florenz vor allem, dann aber auch des ganzen Staates aufhoben, sie bedeuteten gleichzeitig eine finanzielle Entlastung der Gewerbe sowohl durch die Aufhebung der lästigen Zunftabgaben wie der mannigfachen staatlichen indirekten Steuern mehr vexatorischer als ergiebiger Natur. Eine Anzahl von Gebühren als Stempel- und Wagabgaben sind auf diese Weise neben den Matrikularbeiträgen der Seidenzunft geschenkt worden, der Kürschner- und Lederhändlerzunft Abgaben an die Staatskasse, während gleichzeitig ein Zoll auf fremde Lederwaren den finanziellen Ersatz dafür liefern sollte; Steuern auf Pasticcieri, Wein-, Oel- und Spezereienhändler usw. verschwanden, ebenso allgemein die Maß- und Gewichtsgebühren, dann die Marktabgaben in den Städten, die Fischereigerechtigkeiten usw.

Eine einigermaßen besondere Stellung nehmen dann die Reformen fiskalischer Natur ein, die in den Städten Florenz, Pisa, Arezzo, Livorno, Siena und Pistoia zur Ausführung gelangten. Die alte Gesetzgebung hatte diese mit einem Netz minimaler und minimalster Abgaben bedacht, die nur ihnen

---

4. Gabinetto, Filza 64, Nr. 3 (5).



eigen waren. Außer den durch die Torzölle erhobenen Abgaben auf den Konsum von Brot, Fleisch, Oel usw. gab es da in der verschiedensten, meist Pachtform umgelegte Steuern auf schlechtes Fleisch, auf Talg, auf feines Brot und gutes Fleisch, auf Oel, auf den Fischverkauf, auf das Schlachten von Schweinen usw. usw., in keiner Stadt gleich, aber überall vexatorisch und umständlich. Die verschiedenen während der ersten 10 Jahre erlassenen Verordnungen haben mit diesen Antiquitäten aufgeräumt, aber geschenkt hat Leopold den Städten nichts, sondern diese Maßnahme diente einfach der Vereinfachung und Oekonomie der Verwaltung, der Ausfall fand aber jeweils in einer Erhöhung der Stadtzölle seinen Ersatz.

Auch zwei der großen Steuern haben dann noch vor der Finanzreform der 80er Jahre nicht unbeträchtliche Veränderungen erfahren: die Kontraktsteuer und die Fleisch- und Weinsteuer auf dem Lande.

Aus früheren Betrachtungen ist uns schon bekannt, in wie hohem Maße infolge ihres Bestehens seit den ersten Zeiten der Republik die Kontraktsteuer alle jene Merkmale aufwies, die sie für den Reformen zu einer besonders reformbedürftigen Abgabe machten. Dabei war allerdings die Sachlage so verfahren und eine allseitig befriedigende Korrektur so schwer, daß zweifellos schon früh Pläne laut wurden, wie sie später in Vorschlag kamen, die überhaupt die Aufhebung einer den Vermögensverkehr so beeinträchtigenden Steuer und ihren Ersatz durch anderweitige Besteuerung, etwa durch die Erhöhung der Grundsteuern forderten. Die Ungeduld Leopolds unternahm es, ohne der allgemeinen Reform vorzugreifen, vorläufig diejenigen Mißbräuche und Ungleichheiten abzustellen, die direkt mit seinen volkswirtschaftlich-steuerpolitischen Ansichten im Widerspruch standen. So wurde durch Verordnung vom 19. Dezember 1768 jede Mitgift im Wert von unter 300 Scudi für steuerfrei erklärt, gleichzeitig die Abgabe auf Darlehen und Tausch auf 2 % des Wertes der Objekte ermäßigt, wo immer sie höher stand. Das Motuproprio vom 10. Oktober 1780 hat aufgeräumt mit den

durch fiskalische Ausbeutungssucht erwachsenen Absurditäten. Nicht mehr der Wohnort und die Abkunft der Kontrahenten gab, wie vielfach bisher, den Ausschlag für die Höhe der Besteuerung, sondern allgemein wurde der Ort des Vertragsabschlusses maßgebend, ohne daß ein Zuschlag erhoben wurde; die bis dahin übliche Doppelbesteuerung, wenn bei Kauf und Verkauf der Käufer nicht in bar, sondern mit Werttiteln usw. bezahlte, wurde auf die Besteuerung dieser letzteren Zession beschränkt. Für die Besteuerung der Dosbestellung wurde der Geburtsort des Bräutigams maßgebend, oder der Ort, wo er sich durch 10jährigen ununterbrochenen oder 13jährigen unterbrochenen Aufenthalt sein Domizil begründet hatte, ohne Rücksicht auf den Ort des Vertragsabschlusses. Die Restitution von Mitgift in Liegenschaften sollte steuerfrei sein. Die Steuer von  $7\frac{3}{4}\%$  auf Lebensrenten und auf den Mobiliarverkehr, die durch ihre gewaltige Höhe geradezu zum Betrug herausforderte, wurde auf 2 % ermäßigt; bei Erbschaften, Legaten und Schenkungen von Liegenschaften wurde — ganz dem bisherigen Recht entgegengesetzt — gestattet, Hypotheken, Lasten usw. abzuziehen, wenn die Vorweisung von gültigen Papieren den Vorwurf des Betruges nicht zuließ. Diese und eine Reihe weiterer Vorschriften haben, wenn auch nicht alle Fehler dieser Steuer beseitigt, doch eine Korrektur derselben vorgenommen, die die schlimmsten Auswüchse der Fiskalität und die größten Schädigungen der Volkswirtschaft und des Güterverkehrs abschafften. In einer Reihe von bedürftigen Gemeinden ist 1784 die kommunale Kontraktsteuer aufgehoben worden; zugunsten der Armen war überdies schon 1779 eine Befreiung derselben von der Kontraktsteuer auf alle Legate, Schenkungen und Lebensrenten unter 72 Scudi jährlich oder die einmalige Summe von 300 Scudi verfügt worden, ebenso auf den Schulderlaß von Grundbesitzern an arme Kolonen wie von Gläubigern an arme Schuldner<sup>5</sup>.

---

5. Auch sonst ist Leopold mit der Schenkung der Kontraktsteuer sehr freigebig umgegangen; bei seinen vielfachen Reformen

Atmen so diese Bestimmungen einen Geist sozialer Fürsorge und wirtschaftlicher Freiheit, so finden wir bei der Reform der Wein- und Fleischsteuer auf dem flachen Lande — in den Städten herrschte bekanntlich die Akziseform — den Gesichtspunkt maßgebend die Bevölkerung von diesen Abgaben zu entlasten und die Erhebung derselben nicht mehr als Mittel zu einer immer größeren Bedrückung zu verwenden. Wir erinnern uns hierbei, daß bei diesen Abgaben vor allem die Verwaltung zu tadeln war, indem durch die Versteigerung der Fleischbänke und des damit durchwegs verbundenen Weinausschanks jeweils eine ungewöhnliche Steigerung des Steuerertrages erfolgte, die in einer Bedrückung des dem einzelnen Pächter zugewiesenen Konsumentenkreises ihren Niederschlag fand. Eine Reform hatte sich hier zweifelsohne mit diesem System auseinanderzusetzen, in der Weise, daß feste, unverrückbare Abgaben an Stelle der herrschenden Willkür traten. Leopold hat zunächst das alte System beibehalten, dann die Weinststeuer besonders durch den Erlaß vom 12. Februar 1778, Fleisch- und Weinsteuer durch Edikt vom 5. Dezember 1783 neu geregelt<sup>6</sup>. Groß- und Kleinhandel mit Wein wurde dadurch freigegeben, jede Abgabe, abgesehen von den Zöllen, aufgehoben; den Wirten wurde eine Ermäßigung ihrer Patente um  $\frac{1}{4}$  in Aussicht gestellt; für Florenz wurde 1782 überhaupt jede Lizenzabgabe beseitigt, dazu das Schankgewerbe ohne jede Formalität freigegeben. Die definitive Regelung der Weingabelle erfolgte gleichzeitig und nach gleichen Normen wie die der wichtigeren Fleischsteuer. Danach wurde zunächst eine dem Bedürfnis der Bevölkerung des außerstädtischen Landes angepaßtere Neuverteilung der Fleischbänke vorgenommen unter Gründung neuer, wo es nötig war. Die Verwaltung der Steuer, die bis dahin vielfach durch ist sie jeweils einmal oder für bestimmte Maßnahmen geschenkt worden, um dieselben zu erleichtern.

6. Die Finanzkommission von 1782 hatte vor allem die Frage zu diskutieren, ob nicht die Wein- und Fleischsteuer mit der Mahlsteuer zu vereinigen und als Kopfsteuer umzulegen sei. Nach einigen Erwägungen wurde dieser Plan abgelehnt. Gabinetto, Filza 89, Nr. 9.

die Gemeinden geführt worden war, ging in zentralistischem Sinne ganz an staatliche Organe über. Die Fleischsteuer wurde weiterhin als Lizenzabgabe umgelegt; aber sie wurde durch Vereinbarung zwischen der Zentralverwaltung und den Pächtern auf einen jährlichen Kanon festgelegt und damit jenes frühere System der willkürlichen Steigerung und Fiskalität beseitigt; bei pünktlicher Bezahlung ihrer Abgaben verblieb den Pächtern jeweils die Pacht ohne weiteres. Einem jeden war ein bestimmter Kreis für seinen Absatz zugewiesen, in dem er für den öffentlichen Verbrauch allein schlachten durfte und wobei er die Steuer von allen andern schlachtenden Privaten wie Händlern für von außen eingeführtes Fleisch erheben konnte. Aber das Publikum war nicht wie früher genötigt bei ihm zu kaufen, sondern der Transport von einem Kreis zum andern zum eigenen Gebrauch war frei. Dadurch wurde eine gewisse Konkurrenz unter den Pächtern hervorgerufen und jede fiskalische Ausbeutung vermieden. Der Pachtschilling für die unmittelbar von der Zentralverwaltung abhängenden Pächter wurde je nach der Größe und Wichtigkeit der Bank fixiert. Genau die gleichen Bedingungen galten für den Weinausschank, der außerdem selbständig geführt werden konnte, ohne wie bisher notwendigerweise mit einer Fleischbank vereinigt zu sein.

Aus dem bisher Gesagten geht zur Genüge hervor, wie sehr der leopoldinischen Finanzpolitik jeder Anflug von Fiskalität fernlag, wie vielmehr allgemein eine Menge von Abgaben ohne Ersatz samt ihrer vexatorischen Administration verschwand. Dieser Eindruck, daß das ökonomische Gedeihen des Einzelnen wie der Gesamtheit ohne Einschränkung der Leitern des Großherzogs war, wird dadurch noch verstärkt, wenn wir einen Blick werfen auf die zahlreichen Vergünstigungen und Privilegien zugunsten armer oder geschädigter, sonstwie hilfsbedürftiger Landesteile und Gemeinden; obgleich auch unter frühern Herrschern nicht selten, überraschen sie hier durch ihren Umfang. Selbstverständlich rangiert hier in erster Linie die senesische Maremma, das Schmerzenskind der leopoldini-

schen Staatsverwaltung. Ein Bild rühmlicher, zäher, aber erfolgloser Arbeit wird sich vor uns ausbreiten, wenn einmal dieses Kapitel der inneren Kolonisation geschrieben sein wird. Neben der Verleihung mancher wirtschaftlicher Privilegien hat Leopold vor allem auch durch steuerpolitische Vergünstigungen im weitesten Maße diese unter dem früheren Régime, trotz mannigfacher Anstrengungen dagegen, verarmte, verödete und verseuchte Provinz zu heben versucht. Nachdem eine Reihe von Wohltaten nicht den gehofften günstigen Erfolg gezeitigt hatten, sind durch das große Privileg vom 11. April 1778 nicht nur sämtliche Aus- und Einfuhrzölle gefallen, also vollkommener Freihandel proklamiert worden, sondern mit Ausnahme der Grundsteuern sind so ziemlich alle Abgaben und Steuern für diese Provinz aufgehoben worden, so daß dieselbe eigentlich nur noch mit der Grundsteuer für die Kosten der eigenen Verwaltung aufkommen mußte. Es war eine Vergünstigung, wie sie kaum größer gedacht werden konnte; den von Leopold gewünschten Erfolg hat sie trotzdem nicht gehabt; dem Problem, das es hier zu lösen galt, konnte man auf diese Weise wohl vorarbeiten, es keinesfalls befriedigend lösen.

Steht so die senesische Maremma einzigartig da in der Größe und im Umfang der Privilegien, so fehlten derartige Wohltaten auch andern Gebieten Toskanas nicht. Den Bewohnern der volterratischen und pisanischen Maremma wurden Fleisch-, Wein- und Kontraktsteuer geschenkt, dem Vikariat Pietrasanta dazu noch die Stempel- und Spielkartenabgabe, ähnlich der Provinz Lunigiana; durch Erdbeben geschädigten Landschaften wurde für eine bestimmte Zeit die Grundsteuer wie die Mahlsteuer geschenkt; an vielen Orten das Tabaksmonopol aufgehoben, für die Insel Gorgona die Kontraktsteuer beseitigt usw.; man würde nicht so schnell fertig sein die temporären und dauernden finanziellen Vergünstigungen aufzuzählen, die in diese Zeit fallen. Erwähnt sei hier nur noch die Vergünstigung, die am 2. Januar 1773 der Stadt Arezzo zuteil wurde: der Zwangskauf von Salz ist damals dort aufge-

hoben worden; der Preis des Salzes blieb zwar derselbe, aber es mag wohl viele Gemeinden gegeben haben, die die Aretiner um dieses wichtige Privileg beneidet haben<sup>7</sup>.

So war zweifellos schon ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet, manches Hindernis aus dem Wege geräumt, als nun endlich mit dem Jahre 1786 die endgültigen Beratungen für die große Reform einsetzten. Es war jene Kommission, von der schon oft die Rede war, die diese Reform durchgeführt hat, die eingesetzt wurde, als die Meinungsverschiedenheiten der 1782 eingesetzten Katasterkommission die Sache in die Länge zu ziehen drohten, deren eigentliches Haupt und treibende Kraft der Senator Gianni war und der außer ihm Serristori, Schmidveiller, Mormorai und als Sekretär Pontenani angehörten. Diese Kommission hatte sich wöchentlich einmal im Palazzo Pitti vor dem Großherzog selber zu versammeln. Ihrer Diskussion war so ziemlich das ganze Finanzwesen unterbreitet, als wichtigste Punkte die von Gianni vorgeschlagene Revision der Zollgesetzgebung und die Auflösung und Abschaffung der Staatsschuld, von deren Lösung naturgemäß die ganze übrige Gestaltung des Finanzwesens abhing; dann die Reform aller einzelnen Steuern und Abgaben, die Reform der Buchführung der Staatskasse mit Bezug auf die bereits angeordnete Unterscheidung der Konti des Staates und der Krone und schließlich die Korrektur der falschen Posten der Tassa di Redenzione und der Mißbräuche in der Gemeindeordnung<sup>8</sup>. Diese Aufgabe war durchaus weitschichtig und geeignet die ganze Tätigkeit der Kommission in Anspruch zu nehmen. Und doch haben wir bereits an anderer Stelle gesehen, daß bei der Revision des Zollwesens und bei der Auflösung der Staatsschuld der Senator Gianni weitaus den größten Anteil hatte. Wie er ja tatsächlich der eigentliche Initiant der großen Reform war, so

---

7. Bei der 1781 erfolgten Liquidation der Gemeindeschulden hat Leopold großmütig den Gemeinden den Restbestand ihrer Schulden an den Staat geschenkt.

8. Gabinetto, Filza 64, Nr. 2.

ist er in der Durchführung, die nach seinen Gesichtspunkten erfolgte, der wahre Leiter gewesen. Ist er aber in jenen zwei wesentlichsten Fragen nicht bloß die treibende Kraft, sondern auch der stärkste Mitarbeiter gewesen, so scheint es seine Politik gewesen zu sein, seine Widersacher mehr mit der ihm weit weniger gefährlichen Reform der einzelnen Steuern, der Salz-, Mahlsteuer usw. zu beschäftigen; hierbei tritt seine Mitarbeit weit weniger in den Vordergrund; vielmehr beschränkt er sich darauf die allgemeinen Richtlinien, die der Reform zugrunde lagen, zur Geltung zu bringen.

Das Programm der großen Finanzreform ist von Gianni ausgearbeitet worden, als er in jenen entscheidenden Sitzungen im Winter 1784 den zögernden Großherzog von dem Gedanken einer Katastererneuerung abgebracht hatte. Da hat er in den Mittelpunkt die uns bekannte Revision der Zollgesetzgebung gestellt und dem Ehrgeiz seines Fürsten die Abschaffung der Staatsschuld als begehrenswertestes Ziel hingestellt. Darauf erhielt er den Auftrag detaillierte Berichte über alle Steuern und Abgaben Toskanas einzureichen und die Art ihrer Reform vorzuschlagen, damit diese Relationen als Material für eingehende Beratungen dienen könnten. Der Senator ist diesem Befehl nachgekommen; während er in geschickter Weise durch seine Denkschriften aus dem Jahre 1785 zur Auflösung der Staatsschuld das Interesse Leopolds an seinen Plänen wach zu halten wußte, arbeitete er die verlangten Berichte über die einzelnen Abgaben aus; dieselben unterbreitete er Leopold<sup>9</sup>. An der Spitze derselben, gleichsam als Schlüssel zu ihrem Verständnis und gewissermaßen das finanzpolitische Glaubensbekenntnis Giannis, steht jene uns schon bekannte Denkschrift, in der der Senator die Reform des Finanzwesens auf Grund der direkten Steuern, der Grundsteuern als ungerecht und fehlerhaft verwarf

---

9. Gabinetto, Filza 64, Nr. 3 (1—18). In 18 Berichten werden die einzelnen Steuern, je nach ihrer Bedeutung ausführlicher, besprochen.

und als die geeignetste und gerechteste Besteuerung die Konsumsteuern, insbesondere durch Zölle verlangte, jene Denkschrift, die später gedruckt erschien unter dem Titel: „Meditazione sulle Teorie e sulla Pratica delle Imposizioni e Tasse Pubbliche.“ Da sowohl von dieser Schrift wie von der Revision des Zollwesens und von der Auflösung der Staatsschuld die Rede war, darf sich unsere Darstellung jetzt auf die Schilderung der Reform der einzelnen großen Steuern beschränken, die in den 80er Jahren erfolgte, und zwar in der Weise, daß wir jede einzeln in ihrer Reform besprechen; wird so vielleicht der Eindruck der Einheitlichkeit des ganzen Werkes geschwächt, so dürfte doch daraus der Vorteil der Klarheit der Darstellung resultieren.

Wir beginnen mit der weitaus wichtigsten, mit

#### **der Salzsteuer<sup>10</sup>.**

Wir erinnern uns hierbei, wie reformbedürftig die aus einer ursprünglichen Konsum- zu einer Kopfsteuer gewordene Gabelle war, wie die exorbitante Höhe des Salzpreises bei großen Verschiedenheiten in den einzelnen Teilen des Landes, die kostspielige Verwaltung mit den Salzrollen, die verschiedenen Qualitäten, der schwunghafte Schmuggel und die harten Strafen in deren Gefolge, wie all das zu einer Reform geradezu herausfordern mußte. Es erhoben sich denn auch bald nach Leopolds Regierungsantritt energisch die Rufe, daß vor allem der Preis ermäßigt und der Zwangskauf aufgehoben werden müsse. Im Jahr 1772, dann seit 1778 wieder ließ sich der Großherzog über die Geschichte und Art dieser Steuer, ebenso über die Möglichkeit eines einheitlichen Preises unterrichten. Seine

---

10. Das Material über diese Reform vor allem in: Gabinetto, Filza 68, Nr. 1—15. Der Ertrag der Salzsteuer war vor der Reform 1785 = 1,789,281.5.4 Lire netto (2,218,564.17.3 — 429,283.11.11 Verwaltungskosten). 1789 nach der Reform laut Rechenschaftsbericht = netto 1,570,245.9.10 Lire (2,064,285.12.4 — 494,040.2.6). Siehe auch Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 (a, e). Protokolle.



Ratgeber haben aber darauf hingewiesen, wie schwer letzteres war, wie dies bereits in früheren Zeiten in Aussicht genommen worden sei, wie aber vor allem die Entschädigung der leicht besteuerten Gemeinden die große Schwierigkeit sei, wenn der Ausgleich ohne Verlust für den Staatsschatz durchgeführt werden solle. Eine Regelung Provinz um Provinz, eine langsame Preisreduktion war ihr Vorschlag, insbesondere auch die Abschaffung der Mißbräuche, die sich die Gemeindeglieder bei der regelmäßigen Ausfertigung der Salzrollen zuungunsten der Armen zu Schulden kommen ließen<sup>11</sup>.

Diesen fast schüchternen und zaghaften Reformvorschlägen gegenüber nimmt sich das Giannische Programm allerdings viel radikaler aus<sup>12</sup>. Nachdem er einen Ueberblick gegeben hatte über das ganze System der damaligen Salzbesteuerung mit den durch die historische Entwicklung bedingten Verschiedenheiten, Absurditäten, dem grandiosen Schmuggel und der kostspieligen Verwaltung, trat der Senator, wie es seinen finanzpolitischen Ansichten entsprach, durchaus dafür ein, daß bei der allgemeinen Finanzreform die Salzsteuer erhalten bleibe, verlangte aber gleichzeitig eine fundamentale Reform der bestehenden Mißbräuche in der Weise, daß zunächst eine allgemeine Umwandlung der Salzgabelle in eine Konsumsteuer erfolgen müsse; weiter stellte er die Forderung eines einheitlichen hohen Salzpreises auf, wodurch die skandalösen verschiedenen Preise, Farben und Qualitäten des Salzes verschwinden würden, gleich wie die eifersüchtigen Klagen der verschieden belasteten Kommunen. Die durch die Erhöhung des bisherigen Salzpreises betroffenen Gemeinden wollte Gianni durch Abschaffung der dortigen Mahlsteuer, eventuell durch andere Erleichterungen entschädigen. Damit, meint er, kann die ganze kostspielige Salzverwaltung samt den lästigen Bedrückungen, den Salzrollen usw. abgeschafft werden, da nur die Versorgung der Ge-

---

11. Gabinetto, Filza 83, Nr. 12. Ein Bericht stammt von G. Gavard; bei den anderen steht kein Name.

12. Gabinetto, Filza 64, Nr. 3 (3). Derselbe Bericht in Gabinetto, Filza 68, Nr. 1.

meinden übrig bleiben würde. Die Untertanen würden eine große Wohltat erfahren und auch die Staatskasse würde einen großen Gewinn erzielen.

Was an dem Vorschlag Giannis vor allem auffällt, ist der hohe Salzpreis, zumal auch Gianni die damaligen hohen Sätze als übermäßig bezeichnete. Der Senator hat es für nötig gefunden seinen Standpunkt zu verteidigen; denn mit diesem Postulat trat er in Gegensatz zu allen bisherigen Plänen, die vor allem eine Vereinheitlichung des Salzpreises durch Ermäßigung der hohen Sätze suchten. Er wies daraufhin, daß auch bei einer radikalen Reduktion des Preises nach unten der Satz immer noch erheblich höher sein würde als in den umliegenden Staaten, wodurch also der so heftig bekämpfte Schmuggel keineswegs aussetzen würde, wie man es von der Reform verlangte. Mit der Tatsache des Schmuggels, meint er, muß man sich eben als in der Praxis unvermeidlich abfinden. Wenn aber von allen Seiten immer wieder die Entlastung der Armen gefordert wird, so ist erstens zu bedenken, daß durch Abschaffung des Zwangskaufes das Uebel gehoben wird, wenn es von der Menge abhängt; daß ferner bei Ueberlassung des Salzhandels an die Kaufleute das Salz auch nicht billiger zu stehen kommen würde, da die Kosten der Produktion und Administration fast  $\frac{2}{3}$  des gewöhnlichen Salzpreises ausmachen. Gianni bemühte sich dann nachzuweisen, daß bei Ausführung seines Vorschlages in keiner Weise ein volkswirtschaftlicher Schaden für den Handel, für die Industrie oder die Viehzucht entstehen würde. Und schließlich hört man von ihm das ungewohnte Argument, daß es nicht angehe, den toskanischen Staatsschatz ohne weiteres einem so großen Ausfall auszusetzen, wie ihn die Ermäßigung des Salzpreises mit sich bringen würde; vielmehr muß zuerst nachgewiesen werden, daß derselbe einen derartigen Ausfall ertragen kann, dann kann man darüber diskutieren, ob die Salzsteuer oder eine andere Abgabe ermäßigt werden soll. Diese letzte Bemerkung Giannis gibt uns einen Hinweis, warum er auf einer hohen Salzsteuer

beharrte; denn was er hier vorbrachte, kann kaum die wahre Meinung des Mannes gewesen sein, der stets mit dem Vorwurf bei der Hand war, daß die andern unrichtigerweise immer den Vorteil der Staatskasse im Auge hätten und nichts opfern wollten: Gianni wollte möglichst viele Steuern beseitigen, vor allem die Kopfsteuer, die Tassa del Macinato, dann die Kopfsteuern der Handwerker des Contado und den Pfarrzehnten, und das Finanzsystem auf die Zolleinnahmen und einige wenige, dafür aber ergiebige Steuern, Aufwandsteuern natürlich basieren; als geeignetste erschien ihm die Salzsteuer, die nach seinem Programm wenig Verwaltungskosten verursachte, dafür einen hohen Ertrag lieferte.

Im übrigen bedeutete das Giannische Programm auch eine Schwenkung der Maremmenpolitik, indem neben der Wiedereinbeziehung dieser untern senesischen Provinz in den toskanischen Zollrayon die Ausdehnung der Salzsteuer auf dieselbe verlangt wurde; die Einsicht war da, daß die bisherige liberale Richtung nicht im entferntesten genügte, um die gehofften Erfolge zu zeitigen.

Giannis Reformvorschläge für die Salzgabelle entsprachen in ihrer liberalen Tendenz zweifellos den damaligen Anschauungen der toskanischen Politiker und konnten somit auf Verwirklichung rechnen, mit Ausnahme allerdings des hohen Salzpreises. Hier setzte zweifellos die Opposition ein, ja, so wie wir die wohlwollende, allezeit zum Schenken geneigte Natur des Großherzogs kennen, war dieser Vorschlag sicher undurchführbar. Trotzdem schien zunächst die Reform vor sich zu gehen, wie Gianni vorgeschlagen hatte. Auch Serristori und Schmidveiller machten in ihren Voten ähnliche Vorschläge<sup>13</sup>. Ersterer trat für eine einheitliche Methode der Steuerumlage auf Grund freien Kaufes ein unter Abschaffung der bisherigen Kontingentierung vieler Gemeinden; alle Qualitäten des Salzes sollten verschwinden und dafür volterranches für den Konsum und

---

13. Gabinetto, Filza 68, Nr. 2, 4, 6. Filza 64, Nr. 4 (a).

solches von Portoferraio für industrielle Zwecke in Anwendung kommen; das 1782 erlassene einheitliche Maß- und Gewichtssystem sollte auch auf den Salzverkauf ausgedehnt, die Mißbräuche beim Detailverkauf abgeschafft und ein einheitlicher Preis für das ganze Land aufgestellt werden. Alle Gemeinden des Staates sollten gesetzlich verpflichtet sein aus wohl über den Staat verteilten Magazinen die Quantität Salz zu kaufen, die eine mittlere Berechnung des dortigen Konsums ergeben würde; ihnen sollte die weitere Ordnung des Salzverkaufs übertragen werden. Von einer solchen Regelung erwartete Serristori die Beseitigung aller bestehenden Fehler und Mißbräuche. Ueber die Höhe der Preises spricht er sich nicht aus, da zuerst die nötigen Berechnungen und Betrachtungen angestellt werden müßten, um den geeigneten Satz zu bekommen und die Entschädigungen usw. zu berechnen.

Schmidveiler wollte vor allem keinen Verlust der Staatskasse zulassen; auch er meinte, daß eine Vereinheitlichung des Preises durch Ermäßigung nach unten den Schmuggel nicht verhüten könne.

Da somit diese drei Ratgeber darüber einig zu sein schienen die Salzgabelle als staatliches Monopol mit einheitlichem Preise und unter Aufhebung des Zwangskaufes beizubehalten, beauftragte Leopold den Senator Gianni den Entwurf zu einem Generaledikt auszuarbeiten, wonach das Pfund Salz zu 6 Soldi, also zum höchsten Preis im ganzen Staat, inklusive die untere senesische Provinz und andere bisher privilegierte Orte, verkauft werden sollte; gleichzeitig sollte eine volle Entschädigung den Gemeinden in Aussicht gestellt werden, die weniger bezahlt hatten, und zwar durch Schenkung der Mahlsteuer oder anderer von Gianni vorgeschlagener Abgaben; der senesischen Maremma insbesondere sollte als Entschädigung die Tassa di Redenzione geschenkt werden<sup>14</sup>.

Nicht Gianni, sondern der Regalienauditor Signorini über-

---

14. Gabinetto, Filza 64, Nr. 4 (a).

nahm auf Berechnungen Piombantis gestützt die Ausarbeitung des Entwurfs. Gianni hielt die Ausrechnungen und Beweise für ungenügend und ward daraufhin beauftragt sie durch seine Untergebenen in der Rechenkammer durchführen zu lassen. Indessen trat jetzt eine Schwenkung ein zufolge eines Votums Schmidveillers<sup>15</sup>, daß nach den gemachten Berechnungen bei einem Preis von 6 Soldi per Pfund vor allem weite Kreise der Kolonen belastet würden, ohne daß eine Entschädigung möglich sei; daß die Entschädigungen den Staatsschatz belasten würden, ohne daß andererseits durch den höhern Salzpreis ein Ausgleich geschaffen würde, weil der hohe Satz geradezu zum Schmuggel einladen würde. Daher schlug er vor den Salzpreis allgemein auf Soldi 3.4 anzusetzen, wozu für die Städte außerdem noch ein Torzoll von Soldi 2.8 treten sollte; damit würde der Preis in den Städten Florenz, Pisa und Pistoia der bisherige, 6 Soldi per Pfund bleiben, für Livorno eine Erhöhung um 8 den., für Siena eine Ermäßigung um 4 den. eintreten. Als Entschädigung sollte die Mahlsteuer, in der Maremma in erster Linie die Grundsteuern geschenkt werden; die abgetrennten Landesteile, Lunigiana, Barga usw. sollten den bisherigen Preis beibehalten.

Der Antrag Schmidveillers gewann an Gewicht als sich auch Serristori auf seine Seite stellte und die Berechnungen Piombantis als richtig bezeichnete; auch er verwarf jetzt den Preis von 6 Soldi als unmöglich wegen des Schmuggels und trat für den Einheitspreis von 4 Soldi ein; die Städte sollten 6 Soldi bezahlen.

Daraufhin hat Leopold am 30. Juni 1787 für die Reform folgende Gesichtspunkte festgelegt: die Salzsteuer wird wieder eine Konsumsteuer und der Zwangskauf hört auf; nur Salz von Volterra und Portoferraio kommt in Gebrauch; Einfuhr und Verkauf fremden Salzes wird verboten. Der Einheitspreis für den ganzen Staat inklusive die Maremmenprovinz wird auf

---

15. Ebd. Nr. 4 (c). Filza 68, Nr. 3, 4.

Soldi 3.4 festgesetzt; die jetzt weniger besteuerten Gemeinden werden durch Erlaß der Mahlsteuer oder sonstwie entschädigt; die Maremma durch Erlaß vor allem der Grundsteuern; auch die bisher privilegierten Territorien werden dem Einheitspreis unterworfen. Auch mit der Mehrbelastung der Städte zeigte sich Leopold einverstanden. Signorini sollte nach all diesen Gesichtspunkten einen neuen Entwurf ausarbeiten.

Dieser Entwurf und die Denkschrift des Regalienauditors<sup>16</sup>, die im Oktober 1787 überreicht wurden, brachten insofern eine wichtige Wendung, als Signorini für einen einheitlichen Preis für die Landschaft wie für die Städte eintrat, weil ihm die von Schmidveiller und Serristori vorgeschlagene Unterscheidung als gehässig und nicht genügend motiviert erschien, die nur Betrug und Bedrückung zur Folge haben könne. Gestützt auf neue Berechnungen, die den Salzkonsum in den Jahren 1768—1777 — als dem von Zufälligkeiten freien Dezennium — bestimmten, zeigte er, daß bei Einführung des Einheitspreises von 4 Soldi sich ein vermutlicher Ausfall von Lire 399,961.9.10 für die Staatskasse ergeben würde, bei einem Preise von Soldi 3.4 Lire 683,961. Für die Festsetzung dieses Preises, meinte er, ist einzig maßgebend, wieviel der Staatsschatz braucht und wieviel er aus dieser Steuer gewinnen will, hängt einzig von der Entschließung des Großherzogs ab. Indessen hält Signorini den Betrag von Lire 2,075,032.18.4; der seit 1778, d. h. seit der Privilegierung der Maremma im vereinigten Territorium aus der Salzgabelle gewonnen wurde, für genügend, um mit den andern Einkünften die Staatsbedürfnisse zu decken; dann wird der Ausfall bei einem Preis von Soldi 3.4 nur noch Lire 400 242, bei 4 Soldi Lire 13925 sein. Durch das neue System, durch die Vereinfachung der Verwaltung, durch die Aufhebung der Gratisverteilung von Salz an religiöse Korporationen, an die Gemeinden des Contado, die auf 100 Pfund bisher 3 Pfund gratis erhielten, durch die Uebernahme der Salzproduktion in Volterra zu Händen des Staates und schließlich durch den erhöhten Salz-

---

16. Gabinetto, Filza 68, Nr. 3.

konsum, der mit der Ermäßigung des Preises sicher eintreten wird, werden aber andererseits Ersparnisse erzielt, die auf zirka 200,000 Lire zu berechnen sind, so daß der Verlust des königlichen Aerars beim Preis von Soldi 3.4 sich nur auf Lire 200,242 belaufen würde. Für die bisher privilegierten, vom Territorio riunito getrennten Landesteile beantragte er schließlich den einheitlichen Preis von Soldi 3.6.8 per 100 Pfund.

Zu noch günstigeren Resultaten gelangten Berechnungen Serristoris und Schmidveillers; ersterer glaubte gestützt auf vergleichende Ausrechnungen für das Triennium 1781—83 und für 1786 ein Defizit von Lire 161,000 bei einem Preise von Soldi 3.4 annehmen zu müssen, ohne dabei die wahrscheinliche Vermehrung des Salzkonsums in Berechnung zu ziehen; und Schmidveiller wollte sogar zuerst nur einen Verlust von Lire 90,036.12.9 und dann bei erneuter Durchsicht einen solchen von Lire 161,304.12.7 annehmen<sup>17</sup>.

Die Kritik, die der Großherzog der Denkschrift und dem Gesetzesentwurf Signorinis angedeihen ließ, und die Beschlüsse, die in der entscheidenden Sitzung vom 31. Oktober 1787 gefaßt wurden<sup>18</sup>, brachten zunächst einen Sieg des Regalienauditors in der Frage der Besteuerung der Städte; auch für sie wurde der Einheitspreis auf Soldi 3.4 festgesetzt. Die Uebernahme der Salzproduktion zu Handen des Staates wurde abgelehnt. Auch der Wortlaut des von Signorini redigierten Gesetzesentwurfes fand die Billigung Leopolds nicht. Serristori und Schmidveiller erhielten den Auftrag denselben nach den ausführlichen Angaben Leopolds umzuändern. Von einer Entschädigung religiöser Korporationen wollte Leopold nichts wissen; den vorgeschlagenen Preis von 3.6.8 per 100 Pfund für die abgetrennten Territorien wollte er auf 2 Lire per 100 Pfund ermäßigen. Als Datum der Publikation des Gesetzes wurde der 1. Januar 1788 bestimmt; die Aufstellung einer

---

17. Gabinetto, Filza 68, Nr. 4, 5, 6. Filza 64, Nr. 4 (e).

18. Gabinetto, Filza 68, Nr. 8. Filza 64, Nr. 4 (e).

Liste des Beamtenpersonals wurde angeordnet, ebenso die Verteilung der staatlichen Salzmagazine; die neue Salzverwaltung sollte direkt dem Finanzministerium unterstellt sein; für die Berechnung der Entschädigungen an die Gemeinden wurde die größte Freigebigkeit anbefohlen<sup>19</sup>.

Aber die Abfassung des neuen Entwurfes verzögerte sich; erst am 16. Februar 1788 reichten die Finanzdirektoren den revidierten Entwurf samt einer Instruktion für die Gemeindebehörden ein. In einer Sitzung mit Gianni und Pontenani hat der Großherzog die letzten Veränderungen an denselben vorgenommen, die im ganzen darauf hinausliefen, den Gemeinden freiere Hand in der Salzverwaltung zu geben<sup>20</sup>. Am 3. März 1788 ist das große Salzgesetz samt Instruktionen publiziert worden. Das Proömium des Generaledikts wies freimütig auf die vielen Fehler und Ungerechtigkeiten des geltenden Salzrechtes hin; es gab auch zu, daß die liberale Politik gegenüber der untern senesischen Provinz keineswegs die daran geknüpften Erwartungen erfüllt habe, daß vielmehr nur noch ein schwunghafter Schmuggel mit Salz nach der obern senesischen Provinz hinzugetreten sei. Um daher die gute Ordnung wiederherzustellen und das Salzregal nach den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit und Billigkeit zu ordnen, verkündete das Edikt, wird unter Wahrung des Regalcharakters der Steuer der Salzkonsum freigegeben, die Zwangsverteilungen, Verschiedenheiten im Preis, Gewicht usw. aufgehoben und Preis und Gewicht für das ganze zusammenhängende Territorium samt der Maremmenprovinz einheitlich bestimmt. Zudem wird der Einheitspreis, abgesehen von den andern wohlthätigen Neuerungen, so niedrig

---

19. Durch Beschluß einer späteren Sitzung vom 13. Nov. 1787 wurden alle Kosten des Detailverkaufes, inkl. Gehalt des Cano-viere, den Gemeinden aufgebürdet, ihnen aber gleichzeitig hierin eine Reihe von Kompetenzen eingeräumt. Auf Antrag Signorinis wurde beschlossen, daß das Gesetz am Tage der Publikation in Kraft treten solle.

20. Gabinetto, Filza 68, Nr. 9—13.



angesetzt als es die Bedürfnisse des Staates immer nur zuließen, und noch niedriger für die vom Hauptterritorium geographisch getrennten Provinzen, aber auch einheitlich. Und obschon nach den Berechnungen für das neue System der nicht unbeträchtliche Verlust von jährlich 360,000 Lire<sup>21</sup> droht, den die Umwandlung für die Staatskasse durch Verminderung der Einkünfte des Salzregals wie durch Entschädigungen zur Folge haben wird, „so opfern Wir dies doch gerne, zufrieden auch in dieser Weise zu der Abhilfe der Uebel beizutragen, die Unsere lieben Untertanen bis jetzt erlitten haben und die untrennbar waren von der bisherigen Verwaltungsweise dieses Regals“.

Die ganze geltende Salzgesetzgebung wird kassiert und für null und nichtig erklärt, Fabrikation, Handel und Verkauf aller Nährsalze zum Monopol erhoben; nur Salz von Volterra und Portoferraio ohne jedwede Mischung oder Färbung gelangt durch die staatliche Administration zur Verteilung, bemessen einzig nach dem 1782 verkündeten einheitlichen Gewicht, so daß auf das Pfund 12 Unzen kommen. Der Einheitspreis für das Hauptterritorium ist für das Pfund Soldi 3 den. 4; für die geographisch getrennten Provinzen Portoferraio, Pietrasanta, Barga, Lunigiana, die Inseln Giglio und della Gorgona, für die im übrigen dieses Gesetz gilt, kann auch anderes fremdes Salz zur Verwendung kommen; der Einheitspreis für dieselben ist den. 8 per Pfund. Diese Preise gelten für jedermann, auch für die juristischen Personen geistlicher wie weltlicher Natur unter Aufhebung aller bisherigen Konzessionen usw. Der Verkauf erfolgt durch an bestimmten Orten angelegte Magazine des Staates, aber nur an die Gemeinden, die den Detailverkauf zu

---

21. Daß die auf Seite 456, Anm. 10 gegebenen Zahlen von 1785 und 1789 mit dieser Angabe Leopolds nicht übereinstimmen, ist durchaus nicht nötig. Zu jener Differenz sind noch die Entschädigungen der früher niedriger besteuerten Gemeinden zu rechnen, dann der Ertrag der Salzsteuer in der Maremma, die vorher die Steuer nicht bezahlte, usw. Zudem braucht der wirkliche Ausfall mit der Annahme vor Erlaß des Gesetzes nicht zu stimmen.

den oben festgesetzten Preisen zu übernehmen haben und durch Kleinverkäufer ausüben lassen. Die Gemeinden dürfen die Konsumenten aber keineswegs zwingen das Salz an ihren Verkaufsstellen zu kaufen und noch weniger eine bestimmte Menge Salz, da jedermann im Großherzogtum, wo und wieviel er will, kaufen kann. Der Detailverkauf erfolgt durch Canovieri, deren Wahl den Gemeindebehörden zusteht; die Besoldung derselben und der Salztransport von den staatlichen Magazinen zu den Canove samt den übrigen Spesen fallen zu Lasten der Gemeinden für die Vorteile, die sie aus der Steuerreform ziehen. Dann folgen Anordnungen für die Gemeindebehörden in bezug auf die Einrichtung des Detailverkaufs, Bestimmungen, die für die vorsichtige Bevormundung der Gemeindepolitik charakteristisch sind. Die Strafen, insbesondere für Schmuggel werden auf Grund der eben erlassenen allgemeinen Strafgesetzgebung vom 30. November 1786 angedroht. Einen wichtigen Punkt bildeten dann die Entschädigungen für die Gemeinden, die bisher einen niedrigeren Preis als Soldi 3.4 bezahlt hatten. Für diese namentlich aufgeführten Kommunen wurde die Tassa di Macine abgeschafft, außerdem bei denen, wo diese Entschädigung nicht genügend erschien, eine Anzahl von Mitgiftsbestellungen à 100 Lire gemacht, die durch die Staatskasse zu zahlen und durch die Gemeinde zu verlosen waren. Den Gemeinden des Florentinischen, die bisher sich aus dem Detailverkauf durch Erhöhung des Preises eine Einnahmequelle verschafft hatten, wurde ebenfalls eine von Fall zu Fall festzusetzende Entschädigung in Aussicht gestellt<sup>22</sup>. Die Instruktionen an die Gemeinden erläuterten dann noch die Verpflichtungen und Kompetenzen derselben in Sachen der Salzverwaltung; für zwei Monate nach der Publikation des Gesetzes wurden Interimsbestimmungen erlassen.

---

22. Ueberdies wird jedermann, der durch das neue Salzgesetz eine Einbuße erlitten zu haben glaubte, eingeladen, binnen sechs Monaten seine Entschädigungsansprüche anzumelden, und sollte, wenn seine Forderung berechtigt war, Genugtuung erlangen.

Am gleichen 3. März 1788 ist durch besonderes Edikt die zukünftige Stellung der untern senesischen Provinz festgelegt worden; in bezug auf die Salzsteuer wurde sie dem übrigen Territorium gleichgestellt, ebenso in bezug auf das Tabaksmonopol, die Aus- und Einfuhrzölle und den Eisenpreis. Als Entgelt für alle diese Neuerungen wurde die Grundsteuer abgeschafft und den Gemeinden die mit dem Staat kontrahierten Schulden geschenkt und ihnen die Kasse des Macchiatici übergeben.

Die Reform der Salzsteuer ist vielleicht die Tat Großherzog Leopolds, die ihm neben der Aufhebung des Annonarsystems am meisten den Anspruch auf den Dank des toskanischen Volkes sichert; sicher ist sie die Reform, bei der sich die charakteristischen Tendenzen der wohlwollenden leopoldinischen Staatsverwaltung am deutlichsten zeigen. Mit der alten Salzgesetzgebung ist eine Legislatur zu Grabe getragen worden, an die sich die folgende Generation nur mit Schauern zurückerinnern mochte, ein Maß der Unterdrückung und der ungerechten und ungleichen Behandlung, wie sie wenige Zweige der Finanzverwaltung aufwiesen. Die Strömungen einer humaneren, einer egalitären Zeit reden hier eine deutliche Sprache und nie wieder hat Großherzog Leopold jenen Ehrentitel eines Heilands der toskanischen Nation seit der Abschaffung der Annona mit größerem Recht verdient als damals. 1701 unter Cosimo III. ist das große Salzgesetz erschienen, das die blutsaugerische Gesetzgebung einer langen Zeit zusammenfaßte und verstärkte; und fast drei Menschenalter darauf erließ ein österreichischer Erzherzog auf toskanischem Thron eine Ordnung, die ein neues Zeitalter ankündete. Dort Cosimo III. — hier Peter Leopold. Welcher Unterschied! Dort Fiskalität, hier fürsorgliche und wohlwollende Staatsverwaltung; dort werden die letzten Kräfte eines braven, jahrhundertlang gequälten Volkes aufs äußerste angespannt und hier werden dem Volke jährlich 360,000 Lire geschenkt.

### Die Mahlsteuer<sup>23</sup>.

Es war klar, daß nach den Prinzipien der Finanztheorie des 18. Jahrhunderts eine Klassensteuer, wie es die Tassa del Macinato seit 1678 war, den toskanischen Staatsmännern als besonders reformbedürftig erscheinen mußte, ja daß ihre Abschaffung und Ersetzung durch eine andere Abgabe ihres Beifalls sicher war. Die Umständlichkeit der Verwaltung mit den Steuerrollen, Klassifizierungen und Inquisitionen, die häufige Willkür der Einschätzung und Besteuerung, die Klagen, Korrekturen und Dispute und die periodisch wiederkehrende Notwendigkeit all dieser Uebel legten allerdings eine derartige, radikale Reform nahe. Zwar wird von Gianni ausdrücklich zugegeben, daß die unangenehmen Eigenschaften der Klassensteuer bei der Mahlsteuer durch eine selbst unter den Medici und Franz II. lax gehandhabte Administration viel von ihrer Härte verloren haben; aber die Anschauung der Zeit war nun einmal gegen das System der Kopfsteuern, das Montesquieu als *plus naturel à la servitude* bezeichnet hatte.

Das Giannische Reformprogramm hatte denn auch von Anfang an die Reform der Tassa di Macine mit der der Salzgabelle verbunden, in der Weise, daß für die Erhöhung der Salzsteuer durch Erlaß der Mahlsteuer den davon betroffenen Gemeinden eine Kompensation geschaffen werden sollte. Daraus

---

23. Ueber die Reform der Mahlsteuer siehe: Gabinetto, Filza 89, Nr. 1—19. Filza 64, Nr. 4 (a, e, i, k). Nr. 3 (7). Ferner Filza 83, Nr. 13. Nachdem bereits die Regentschaft wegen der Besteuerung des Klerus einen Kampf ausgefochten hatte, ist unter Leopold selber 1767/68 durch Zirkular an die Gemeinden eine Verschärfung der Gesetzgebung und Verwaltung dieser Steuer eingetreten, die ihren Ertrag außerordentlich steigerte. Vor 1767 betrug sie 566,983.7.3 Lire; nachher 678,456.9.—, also eine Erhöhung um 111,473.1.9 Lire. Gabinetto, Filza 83, Nr. 13. Vor der großen Reform war ihr Ertrag netto durchschnittlich = 659,821.11.3 Lire: brutto = 730,243.18.7 Lire. Gabinetto, Filza 89, Nr. 11. 1789 nach der Reform laut Rechenschaftsbericht netto = 670,089.6.3 Lire, brutto = 743,511.19.9 Lire.

In der Diskussion, die am 5. Oktober 1786 über die Reform der Mahlsteuer eröffnet wurde, trat Serristori dafür ein, daß an der Verwaltung derselben nichts geändert würde, bevor die Höhe des Salzpreises und die damit zusammenhängende Entschädigung der Gemeinden festgelegt sei. Er wie in seinem Votum der

Regalienauditor waren der Uebertragung der Steuer an die Gemeinden abgeneigt, da die bisherigen Mißbräuche und Parteilichkeiten damit keineswegs verschwinden und obendrein der Staatsschatz eine Einbuße erleiden würde. Signorini appellierte an die Großmut Leopolds diese immer ungerechte Abgabe überhaupt abzuschaffen und den Ausfall durch andere sichere und weniger bedrückende Mittel zu decken. Schmidveillers Meinung endlich ging dahin, daß durch die Umwandlung der Mahlsteuer in eine kommunale Abgabe der Ertrag für den Staatsschatz viel weniger sichergestellt sei als bisher, daß dieser keine weiteren Opfer bringen könne, daß daher Vorsorge getroffen werden müsse, daß dies nicht eintrete. Die Gutschrift von 2 Soldi per lira, die Gianni für Vorausbezahlung der Steuer ansetzen wollte, erschien ihm wie Serristori unzulässig, da sie den jährlichen Steuerertrag um 9000 Scudi vermindern und außerdem nur eine Begünstigung der Reichen sein würde.

Trotz dieser abweisenden Voten hat sich Leopold auf Seite Giannis gestellt. Zunächst trat allerdings diese Reform naturgemäß vor den Beratungen über die Salzgabelle in den Hintergrund; erst als der Salzpreis im großen und ganzen bereits auf Soldi 3.4 festgelegt war, gelangte Leopold am 12. Juni 1787 von neuem an Gianni mit dem Auftrag, die Reform der Mahlsteuer unter dem Gesichtspunkt in Betracht zu ziehen, daß sie völlig verschwinden sollte, wenn der Staatsschatz auf andere Weise entschädigt werden könne. Gianni entschuldigte sich, daß es ihm trotz eifrigen Nachdenkens nicht gelungen sei einen seinen finanzpolitischen Anschauungen entsprechenden Ersatz zu finden. Darauf wurde er aufgefordert eine andere Lösung vorzuschlagen, unter Ausschluß allerdings der früher postulierten Kopulation mit der Salzsteuerreform. Die Antwort des Senators war wiederum ablehnend; eine Abschaffung der Mahlsteuer fand zwar auch seine Billigung; gleichzeitig aber betonte auch er, daß der Staatsschatz nicht imstande sei einen so gewaltigen Ausfall zu ertragen; außerdem hielt er gegebenenfalls die Abschaffung anderer Steuern für vorteilhafter. Darauf hat der

Großherzog jede weitere Prüfung der Frage suspendiert; erst am 27. Februar 1788 setzten die Beratungen über diese Reform wieder ein, indem Serristori und Schmidveiller beauftragt wurden die Denkschriften Giannis über die Mahlsteuer wieder einer erneuten Betrachtung zu unterziehen. Ein Vorschlag Schmidveillers unter Abschaffung der Mahl- wie der Kontraktsteuer den Ersatz in einer Effekten-Umsatzsteuer zu suchen, fand kein Gehör. Die Antwort Schmidveillers auf die neue Anfrage war von keinem Belang; Serristori, der seine Antwort erst im Herbst 1788 einreichte, verwies auf sein früheres Votum und zeigte sich weiter der Uebertragung der Steuer an die Gemeinden abgeneigt. Für den Fall aber, daß dieselbe doch stattfinden sollte, weist er darauf hin, daß es zwei Formen der Uebertragung gebe: einmal die Zession für eine bestimmte Summe, die unter die Klassen wie im geltenden System zu verteilen sei; sodann könne man sie den Gemeinden zu freier Verwaltung überlassen. Die erste Form, meint er, sichert dem Staatsschatz einen konstanten Ertrag; den Gemeinden würde jedwede Erhöhung zufallen, die durch Vermehrung der Einwohnerzahl und bessere Lage der Kontribuenten erfolgen würde. Die zweite Form wird einen wechselnden und weniger sichern Ertrag liefern und würde den Staatsschatz vom Pfllichteifer der Gemeinderäte abhängig machen. Die 5 % Bonifikation, die vorgeschlagen sind, würden außerdem einen großen Abzug bilden. Schließlich schlug Serristori vor die Prüfung der Fehler des bisherigen Systems samt den nötigen Feststellungen über den Nettoertrag der Steuer dem Regalienauditor zu übertragen um auf dessen Votum gestützt die passenden Beschlüsse zu fassen.

Dies geschah; zugleich erhielt Signorini den Befehl den Gesetzesentwurf auf der Grundlage auszuarbeiten, daß den Gemeinden für einen bestimmten Kanon die Verwaltung der Steuer übertragen werde. Signorini hat die nötigen Berechnungen für die auf jede Gemeinde treffende Quote auf Grund der Erträge einer Reihe von Jahren durchgeführt. Sein am

3. Oktober zugleich mit diesen Berechnungen eingereichter Entwurf sah also ein Pachtsystem der Steuer an die Kommunen vor. Die von Gianni vorgeschlagene Bonifikation von 10 % lehnte er ab aus den bereits bekannten Gründen, ebenso die 5 % des abgelieferten Betrages. Denn, meint er sehr richtig, das würde nur am Platze sein, wenn das andere System gewählt worden wäre, also wenn den Gemeinden nur die Erhebung der Steuer übergeben worden wäre und sie den gesamten Betrag an die Staatskasse abzuliefern hätten.

Mit Entschiedenheit trat Gianni in seinen Voten vom 15. Okt. 1788 und vom 16. Januar 1789 diesem System der Verpachtung an die Gemeinden entgegen, mit dem Hinweis darauf, wie schlimme Erfahrungen man in Toskana mit dieser Verwaltungsform gemacht habe und wie die Mahlsteuer selbst in jenen bitteren Zeiten nie der Pacht ausgeliefert worden sei, wie wenig sich diese mit Elementen der Willkür durchsetzte Klassensteuer für eine solche eigne. Bei einer derartigen Pachtsumme — die er übrigens reichlich hoch bemessen fand — müssen die an Bewohnerzahl und Reichtum wachsenden Gemeinden einen erheblichen Gewinn erzielen, dagegen würde bei kleiner und ärmer werdenden Kommunen ein System der Bedrückung zur Aufbringung der nötigen Summen einsetzen. Daher stellte er von neuem die Forderung der freien Verwaltung der Steuer durch die Gemeinden auf, ohne Festsetzung eines bestimmt abzuliefernden Ertrages; auch an seine früheren Bonifikationsvorschläge erinnerte er.

Die Beschlüsse Leopolds vom 26. Januar 1789 brachten den vollen Sieg der Giannischen Ansicht. Der Senator selbst erhielt den Auftrag den definitiven Entwurf auszuarbeiten. Derselbe ist am 9. März 1789 als Gesetz publiziert worden. Das Edikt wies auf den Wunsch des Großherzogs hin, sobald wie möglich die Mahlsteuer abzuschaffen, weshalb jetzt bloß eine Ordnung erlassen werde, die vorläufig die Erhebung derselben milder und gerechter und weniger drückend, die Verwaltung einfacher gestalten solle. Die bisherige Skala der Re-



partition einer bestimmten Summe auf eine Gemeinde wird abgeschafft und der Ertrag der Steuer allein von der Qualität und Quantität der nach ihren Kräften in die bisherigen Klassen eingeteilten Kontribuenten abhängig gemacht. Die Verwaltung der Steuer wird vollständig den Gemeindebehörden übertragen und ihnen eine Vergütung von 5 % der an die königlichen Kassen abgelieferten Summe zugesichert. Eine Anzahl von Vorschriften wird für eine gleichförmige Verwaltung erlassen; danach hatten die Familienväter weiterhin die Portate, die Angaben über die Zahl der Familienglieder zu machen und zuverlässige Informatoren nicht aus der ersten und zweiten Steuerklasse sollten sie prüfen. Die Pfarrer werden mit ihren Kenntnissen diesen zur Verfügung gestellt. Das Edikt teilt dann selbst eine Reihe von Personen der ersten Steuerklasse zu: alle Grundbesitzer und diejenigen, die in die Gemeinderäte gewählt werden konnten; die Malteser- und Stefansritter, die Offiziere; die vom königlichen Aerar Pensionierten mit einer Pension über 100 Scudi; die Richter und Notare, die Pächter der Fleischbänke, die Gemeindekassiere, die Zollbeamten, Priester, Nonnen und Mönche mit Ausnahme der Bettelmönche usw. Für die Vorauszahlung der Steuer innerhalb der beiden ersten Monate des Jahres wurde 1 Soldo pro lira gutgeschrieben; die versäumte Zahlung wurde mit ebensoviel bestraft. Die Abschaffung der alten und Konstituierung der neuen, kommunalen Verwaltung bilden den Schluß des Edikts.

#### **Die Fleisch- und Weinsteuer<sup>24</sup>.**

Ungefähr gleichzeitig mit der Mahlsteuer ist die definitive Regelung dieser Abgaben erfolgt. Zwar hatte bereits die Re-

---

24. Gabinetto, Filza 89, Nr. 9—16, 18, 19. Filza 64, Nr. 3 (8). Filza 83, Nr. 11. Der Ertrag der Fleischsteuer war 1779 (ohne die Städte mit Akzise) = 325,400.14.5 Lire, mit letzteren = 891,114.15 Lire. 1785 betrug sie 335,255 Lire, Weinsteuer = 50,853. 1789 nach der Reform laut Rechenschaftsbericht = 318,139.2.7 Lire Fleischsteuer netto.

form von 1783 die Mißbräuche und Bedrückungen beseitigt, die aus der Versteigerung der Fleischbänke resultierten. Als Aufwandsteuer in ihrer Erhebung nahe beim Konsumenten war die neue Form der Besteuerung auch ganz nach dem Sinne Giannis; aber sein Reformprogramm sah eine durchgreifende Vereinfachung der Verwaltung, insbesondere der Zentralinstanzen vor und daher wurde auch eine Neuordnung dieser Steuer seit Juli 1788 zugleich mit der Reform der Mahlsteuer in Erwägung gezogen, in dem Sinne, daß die vorher der Verpachtung an die Gemeinden entzogene und zentralisierte Verwaltung nun doch wieder, und zwar allgemein an dieselben zurückgegeben wurde; eine jener vielen sich widersprechenden Wandlungen der leopoldinischen Politik, die ihre Begründung darin findet, daß sie sich allzusehr von dem jeweiligen Ratgeber abhängig machte. Bereits seit dem 17. Juli 1788 erging die Order, den Gesuchen der Gemeinden um Uebnahme der Pacht zu entsprechen. Serristori wies wie bei der Mahlsteuer daraufhin, daß zwei Wege, Pacht und Verwaltung, durch die Gemeinden möglich seien. Und wieder entschloß sich Leopold zuerst die erstere Form zu wählen, wonach die Gemeinden einen festen Kanon zu bezahlen hätten und übertrug dem Regalienauditor die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs, desselben, der auch die Verwaltung der Mahlsteuer regeln sollte. Gianni wollte von einer Vermengung der beiden Reformen, der Mahlsteuer einerseits und der Fleisch- und Weinsteuer andererseits nichts wissen; auch das für die Fleischsteuer vorgeschlagene Verwaltungssystem bekämpfte er, weil er auf diese Weise die durch den Erlaß von 1783 glücklich beseitigten Mißbräuche wieder aufleben sah; insbesondere meinte er, daß durch die kommunale Verwaltung die Wahl und Bestätigung der Fleischer Veranlassung zu Skandal, Anklagen, Bevorzugungen um eines höheren Kanons willen usw. geben würde. Daher trat er zwar dafür ein, daß die Erhebung des Kanons den Gemeinden anvertraut werde, dagegen sollten die übrigen Funktionen der Verwaltung, vor allem Wahl und Bestätigung der Fleischer der Zentral-

verwaltung reserviert bleiben. Den Gemeinden sollte für ihre Mühe ein kleines Benefiz auf die abgelieferten Erträge gewährt werden.

Tatsächlich verkündete, als Leopold diesen Vorschlägen zugestimmt hatte, eine von Gianni redigierte Verordnung vom 21. März 1789 diese Vereinfachung der Steuerverwaltung. Die den Gemeinden in Aussicht gestellte Provision war auf 4 %, der abzuliefernden Summe festgesetzt. Die Gemeindekammer und das Wasseramt in Pisa übernahmen die Zentralverwaltung.

### **Das Tabaksmonopol<sup>25</sup>.**

Diese Reform bedurfte keiner großen Vorbereitungen und Beratungen; hier kam es einzig darauf an, ob die Anschauung dahin neigte auch bei dieser Besteuerung die Prinzipien des ökonomischen Liberalismus zum Ausdruck zu bringen. Der Senator Gianni, dem diese Steuer entsprechend seiner Finanztheorie als eine vorzügliche erschien, weil sie auf Freiwilligkeit beruhte und den Luxus traf und außerdem frei von den schlimmen Eigenschaften sonstiger Monopole war, trat mit seinem immer auf das Reale gerichteten Blick dafür ein, daß die Tabakserzeugung weiterhin verboten werde, weil der toskanische Boden für diese Produktion ungeeignet sei; daß die Einfuhr fremden Tabaks mit Zöllen belastet, dagegen die Verarbeitung freigegeben werde, damit im Laufe der Zeit die staatliche durch die private Fabrikation abgelöst werde.

Der doktrinärere Leopold war indessen mit einer solchen Maßnahme nicht zufrieden, die ihm als halbe erscheinen mußte; darauf weist sein Befehl vom 15. Februar 1788 hin, der Vorschläge für die totale Beseitigung des Monopols und die nötigen Anordnungen für die Einführung des neuen Systems verlangte.

---

25. Gabinetto, Filza 64, Nr. 3 (4), Nr. 4 (i). Ertrag des Monopols 1785 brutto = 1,114,318 Lire, netto = 644,596 Lire. 1789 laut Rechenschaftsbericht brutto = 1,188,148.12.10 Lire, netto = 685,374.15.7 Lire.

Die Sache zog sich indessen hinaus; die wichtigste Aufgabe war natürlich die Festsetzung der Zölle im neuen Giannischen Tarif. Als dies geschehen war, ist durch Erlaß vom 18. März und vom 18. Juni 1789 Kultur und Fabrikation freigegeben, der Verkauf gegen eine Gebühr gestattet worden. Der Wunsch Leopolds war, daß wie nach Aufhebung des Branntweinmonopols auch hier die private Fabrikation an Stelle der staatlichen trete.

Wir sind damit am Schlusse der großen leopoldinischen Steuerreform angelangt. Alle großen Steuern mit Ausnahme der Kontraktsteuer haben durch Leopold ihre Neuregelung erfahren. Das Giannische Reformprogramm zählt zwar noch eine Reihe anderer Finanzquellen auf, meist in ihrem Wert und Ertrag untergeordneter Natur, wie die Waffenpatentsteuer, die Matrikeln der Notare und Prokuratoren, die Stempelsteuer, die bereits verschiedentlich ermäßigt und für die Verhandlungen in Kriminalprozessen und für Bittschriften an Gerichte abgeschafft worden war; die Emolumente der Gerichtskassen, die seit der Besoldungsreform durch Edikt vom 5. April 1784 der Staatskasse zugeführt wurden; die Versteigerungstaxen in Livorno, die Münze, die Post, die Tribute der Feudalherren, eine Mühlensteuer usw. Gianni trat meist für Beibehaltung dieser Finanzquellen in der bisherigen Form ein<sup>26</sup>. Das Lotto, das Franz II. eingeführt hatte, ist unter Leopold bald in Regie verwaltet, bald verpachtet worden. Er hat nicht wenige Vorwürfe dafür gernntet; die Moral der Zeit sträubte sich nun einmal gegen diese Art der Besteuerung des Volkes mit ihren ruinösen Folgen. Aber Gianni hielt dies für eine freiwillige, von aller Bedrückung anderer Steuern freie und für den Staatsschatz nützliche Ein-

---

26. Ueber diese Steuern siehe die Giannischen Relationen: Gabinetto, Filza 61, Nr. 3 (11—18). Der Nettoertrag der Stempelsteuer war 1785 = 52,525 Lire, der Post = 257,045 Lire, Spielkarten = 25,540 Lire. 1789 laut Rechenschaftsbericht: Stempelsteuer = 65,214.—3 Lire, Post = 260,588.4.7 Lire, Spielkarten = 23,909.4.11 Lire.

nahme, so daß er eher für Aufhebung anderer, lästigerer Steuern eintrat<sup>27</sup>.

Gianni trat auch für Wiedereinführung des alten Eisenmonopols ein angesichts der Tatsachen, daß die private Initiative sich in dieser Industrie nicht betätigte; er war der Meinung, daß ihrer ganzen Natur nach die Tendenz der Konzentration der Eisenindustrie in wenigen Händen vorwalte und daß dadurch die Vorteile der Konkurrenz aufgehoben würden<sup>28</sup>. Von Beratungen über diese Frage hören wir nichts; Leopold war ein zu überzeugter Gegner der Monopole.

Nur von einer Steuer haben wir in Kürze noch zu reden, deren tatsächliche Reform zwar nicht mehr in die Regierungszeit Leopolds fällt, über die aber in den letzten Jahren seiner Regierung eifrige Beratungen interessanter Art gepflogen worden sind,

#### die Kontraktsteuer<sup>29</sup>.

Ein eigentümliches Schicksal hat es gewollt, daß die Beratungen über diese Steuer am frühesten, bereits 1784 noch unter der Finanzkommission von 1782 begannen, daß bis zum Schlusse der Herrschaft Leopolds eifrig darüber diskutiert wurde, ohne daß schließlich der Großherzog Leopold die tatsächliche Reform geleitet hat.

Signorini und Collesi, die am 25. November 1784 mit

---

27. Gabinetto, Filza 64, Nr. 3 (6). Ertrag 1785: brutto = 573,560 Lire, netto = 111,927 Lire. 1789 = 2,483,502.14.4 Lire brutto, netto = 771,147.14.4 Lire. Woher dieser Unterschied kommt, weiß ich nicht.

28. Gabinetto, Filza 64, Nr. 3 (5). Ertrag 1785 brutto = 216,368 Lire für 10 Monate, netto = 132,011 Lire. 1789 für ein Jahr brutto = 266,334.10.6 Lire, netto = 205,747.7.11 Lire.

29. Gabinetto, Filza 69, Nr. 1—15. Filza 64, Nr. 3 (17); Nr. 4 (a, e, i). Ertrag in Florenz 1785 brutto = 347,712 Lire; netto = 320,006 Lire. 1789 laut Rechenschaftsbericht brutto = 363,280.9.— Lire, netto = 336,915.5.11 Lire.

der Prüfung der ganzen diesbezüglichen Gesetzgebung be-  
traut wurden, kamen zu dem Resultat, daß zu der Reform dieser  
Steuer überhaupt ein Aufbau auf ganz andern Prinzipien er-  
folgen, daß vor allem das ökonomische Gedeihen des Volkes  
die unantastbare Grundlage für eine derartige Steuer sein müsse.  
Ihre Vorschläge liefen darauf hinaus die Kontraktsteuer für den  
onerösen Erwerb abzuschaffen und nur für den lukrativen bei-  
zubehalten; um den Staatsschatz für den Ausfall zu ent-  
schädigen, sollte sie dafür auf den ganzen Staat ausgedehnt und  
sämtliche Privilegien aufgehoben werden; der Steuersatz sollte  
überall derselbe sein.

Ueber ein Jahr hören wir dann nichts mehr von Be-  
ratungen; erst die Finanzkommission des Jahres 1786 begann  
am 12. Oktober dieses Jahres diese Reform zu erörtern. Die  
Verschiedenheit der Anschauungen zeigte sich sofort. Gianni  
trat in seinem Programm für die Beibehaltung dieser Steuer  
ein, von der er seltsamerweise behauptete, daß sie zu den unge-  
fährlichen und leichten Steuern gehöre und außerdem den  
Charakter der Freiwilligkeit habe, weil die Kontrakte durch  
Uebereinstimmung der Kontrahenten entstünden. Zu tadeln  
fand er bloß, daß sie nicht allgemein und zu hoch und außer-  
dem in der Verwaltung vexatorisch sei. Indem er den früher  
bereits gemachten Vorschlag die Steuer durch eine Erhöhung  
der Grundsteuer zu ersetzen, bekämpfte, befürwortete er die  
Abschaffung der ganzen diesbezüglichen Steuergesetzgebung  
samt der Steuer und die Einführung einer neuen allgemeinen  
Abgabe, halb so groß wie die bestehende, auf alle Verträge, die  
den Handel nicht schädigen könnten. Die Eintragung in die  
Register und die Bezahlung der Steuer sollte durch Selbstanzeige  
der Kontrahenten innerhalb bestimmter Zeit erfolgen; ohne  
diese Formalität sollten die Verträge ipso facto null sein. In  
der Kommissionssitzung brachte der Senator einen ganz neuen  
Vorschlag vor, indem er die Ersetzung der bisherigen Kontrakt-  
steuer durch eine neue Steuer befürwortete. Unter dem Namen  
„Tassa di sicurezza prediale“ sollte diese in einer Höhe von 1 %

alle Verträge inter vivos wie mortis causa treffen, die Erwerb von Liegenschaften oder Hypotheken usw. zur Folge hätten; Aszendenten und Deszendenten sollten bei letztwilligen Verfügungen nicht betroffen werden, ebensowenig Wechsel usw.

Serristori lehnte sowohl das Projekt des Regalienauditors wie dasjenige Giannis ab; er befürwortete eine Erhöhung der Grundsteuer und die Abschaffung der Kontraktsteuer. Leopold trat für Giannis Plan ein; als aber zwei Gesetzesentwürfe des Regalienauditors nicht den Beifall Giannis fanden, trat Schmidveiller mit einem neuen Vorschlag hervor, der nun alle andern zurückdrängte. Die alte Kontraktsteuer sollte verschwinden und an ihre Stelle eine neue Vermögens-Verkehrssteuer treten, in der Weise, daß die jeweilige Uebertragung von Grundstücken an eine Abgabe von 1, 1½ oder 2 % des Wertes gebunden sein sollte. Als dieser Vorschlag den Beifall Leopolds fand, reichte Schmidveiller die nötigen Berechnungen ein; sie ergaben, daß bei einem Satz von 1 % diese neue Steuer einen Ueberschuß von Lire 18,926.—9.1 über den Ertrag der Kontraktsteuer des Jahres 1786 ergeben würde; dabei waren die Erbschaften der Deszendenten 1. Grades nicht inbegriffen, auch nicht der Verkehr der Kirchengüter. Auch dieser sollte herangezogen werden, indem die neue Steuer alle 30 Jahre auf denselben zur Umlage kommen sollte; damit, meint Schmidveiller, könnte auch eine Reform der Mahlsteuer in Verbindung gesetzt werden. Die Entschließungen Leopolds vom 31. Oktober 1787 fielen für Schmidveiller durchaus günstig aus; sie ordneten neue Berechnungen an, um eventuell auch die Mahlsteuer auf diese Weise beseitigen zu können. Dieselben, ausgeführt vom Sekretär Marmi und Dr. Palloni und von Schmidveiller am 16. Februar 1788 eingereicht, ergaben für Mahl-, Kontrakt- und Stempelsteuer zusammen einen jährlichen Ertrag von 125 000 Scudi; dagegen versprach die neue Vermögens-Verkehrssteuer bei einem Satz von 2 % einen Ertrag von Scudi 131,461.10.7. Aber Leopold hat, wie wir bereits wissen, eine derartige Ersetzung der Mahlsteuer verworfen und eine eigene Reform dafür durch-

geführt; die Reform der Kontraktsteuer wie der Stempelabgabe aber ist weiter hinausgeschoben worden und schließlich unter der Regierung Leopolds überhaupt nicht mehr zustande gekommen.

Und am Schlusse dieser ganzen Finanzepoche stehen jene beiden Denkmäler, die ebenso sehr den Menschen wie die energisch fortschrittliche Gesinnung Großherzog Leopolds ehren, die wiederum beweisen, wie sehr er entschlossen war die Konsequenzen seiner Anschauung zu ziehen: die Trennung des großherzoglichen Privatvermögens vom Staatsgut und Staatsinteresse und die Scheidung des königlichen Allodialbesitzes von den Interessen des Staatsschatzes durch Erlaß vom 6. April 1789; dann der berühmte Rechenschaftsbericht über seine Staatsverwaltung. Zwar ist diese Trennung rein rechnerisch bereits verschiedene Jahre früher erfolgt; aber die Sanktion dieser einzig in jener Zeit dastehenden Neuerung durch öffentlichen Erlaß bildete doch einen großen Triumph der Ideen der Aufklärungsphilosophie, eine bedeutsame Konzession an den konstitutionellen Gedanken der Zeit. „Die Prinzipien der Gerechtigkeit und das Zartgefühl, die Unsern Willen leiten, haben Uns seit langem bestimmt die Interessen der Staatsfinanzen zu scheiden von denen, die Unser freies, persönliches und Familienvermögen bilden.“ Der Privatbesitz des Monarchen wird in jeder Beziehung dem aller andern Privaten gleichgestellt.

Leopolds Rechenschaftsbericht, erschienen als der Großherzog bereits Toskana verlassen und die Nachfolge Josephs II. angetreten hatte, ist wiederum ein Ausfluß der konstitutionellen Forderungen der Zeit und bedeutet, ehrlicher als Neckers *Compte rendu*, der wahrscheinlich nicht ohne Einfluß auf diese Tat Leopolds gewesen ist, die erste Anerkennung des Prinzips der Publizität des Staatshaushalts und bildet damit den starken Gegensatz zu der in Heimlichkeiten schwelgenden Politik der Medici. In allen Teilen musterhaft und ehrlich durchgeführt, soweit sie sich kontrollieren läßt, gibt diese unzweifelhaft von Gianni verfaßte Zusammenstellung knapper, aber aufschluß-



reicher Tabellen einen willkommenen Ueberblick über die finanziellen Errungenschaften des leopoldinischen Régimes, der wirksam durch den beigegebenen Text ergänzt wird. Unscheinbar und wenig sagend für den ersten Blick sind diese Zahlenreihen doch unendlich interessant und sprechen eine beredte Sprache von der gewaltigen Arbeit des Großherzogs und seiner Ratgeber. Die vorliegende Schrift möchte ein Kommentar zu diesen Tabellen sein.

---

## Literatur.

- Anzilotti, A.: La costituzione interna dello stato Fiorentino sotto il duca Cosimo I de'Medici. Florenz 1910.
- Arneth, A.: Maria Theresia und Joseph II. Ihre Korrespondenz samt Briefen Josephs an seinen Bruder Leopold. Wien 1867.
- Joseph II. und Leopold von Toskana. Ihr Briefwechsel 1781—1790. Wien 1872.
- Baldasseroni, G.: Leopold II., Granduca di Toscana e i suoi tempi. Florenz 1871.
- Bandini, S.: Discorso economico sopra la Maremma. Florenz 1775 (später mehrfach abgedruckt).
- Beer, A.: Leopold II., Franz II. und Katharina. Ihre Korrespondenz. Leipzig 1874.
- Büchi, H.: Ein Menschenalter Reformen der toten Hand in Toskana (1751—1790). Berlin 1912.
- Canestrini, G.: La Scienza e l'Arte di Stato, Bd. I. Florenz 1862.
- Capponi, G.: Scritti editi e inediti. Florenz 1877.
- Crome: Siehe „Governo“ etc.
- Davidsohn, R.: Geschichte von Florenz, Bd. I—III. Berlin 1896—1912.
- Doren, A.: Studien aus der Florentiner Wirtschaftsgeschichte, 2 Bde. Stuttgart 1901, 1908.
- Dupaty, M.: Lettres sur l'Italie. Paris 1795.
- Fabbroni, G.: Siehe „Raccolta“ etc.
- Forti, F.: Libri due delle Istituzioni civili, Bd. I. Florenz 1840.
- Galluzzi, R.: Istoria del Granducato di Toscana sotto il Governo della Casa Medici, 9 Bde. Florenz 1781.
- Gianni, F. M.: Siehe „Raccolta“ etc.
- Governo della Toscana sotto il Regno di Sua Maestà il Re Leopoldo II. Florenz 1790. (Deutsche Uebersetzung: Crome, A. F. W.: Die Staatsverwaltung von Toskana unter der Regierung seiner Kgl. Majestät Leopold II. Gotha 1795.)
- Huber, A.: Die Politik Kaiser Josephs beurteilt von seinem Bruder Leopold von Toskana. Innsbruck 1877.
- Lettera ad un novello Possessore Toscano all'occasione di una questione sopra le spese straordinarie Comunitative. 1791.
- Morena, A.: Le Riforme e le Dottrine economiche in Toskana. (Rassegna Nazionale, Bd. 27—29.)

- Morena, A.:** Siehe „Raccolta“ etc.
- Naudé, W.:** Die Getreidehandelspolitik der europäischen Staaten vom 13. bis zum 18. Jahrhundert, Bd. I. Berlin 1896. (Acta Borussica.)
- Neri, P.:** In Bd. II der Schriften Fabbroni abgedruckt: „Sopra la materia frumentaria.“ Siehe „Raccolta“ etc. Auch sonst ist die Schrift mehrfach abgedruckt worden.
- Onken, A.:** Geschichte der Nationalökonomie, Bd. I. Leipzig 1902.
- Opuscoli interessanti l'umanità e il pubblico e privato bene delle popolazioni e provincie agrarie.** Florenz 1773.
- Pagnini:** Della Decima e di varie altre gravezze imposte dal Comune di Firenze etc. Lisbona, Lucca, Bd. I. 1765.
- Paoletti, F.:** Pensieri sopra l'Agricoltura. Florenz 1769.
- I veri mezzi di render felici le Società. 1772.
- Paolini, A.:** Della legittima libertà del commercio trattato, Bd. I, II. Florenz 1785, 1786.
- Ragionamento storico-politico sul debito pubblico della Toscana. (Estr. dal vol. IX, vol. X degli Atti dei Georgofili, 1831, 1832.)
- Pignotti, L.:** Elogio istorico di A. Tavanti. Florenz 1846. 2. Aufl.
- Poggi, E.:** Cenni storici delle leggi sull'Agricoltura, 2 Bde. Florenz 1848.
- G.: Saggio di un trattato teorico-pratico sul sistema livellare in Toscana, 4 Bde. Florenz 1829.
- Pöhlmann, R.:** Die Wirtschaftspolitik der Florentiner Renaissance und das Prinzip der Verkehrsfreiheit. Leipzig 1878.
- Potter:** Vie de Scipion de Ricci. Bruxelles 1825.
- Raccolta degli economisti toscani:**
- Fabbroni, G.:** Scritti di pubblica economia. Florenz, Bd. I, 1847; Bd. II, 1848.
- Gianni, F. M.:** Scritti di pubblica economia, 2 Bde. Florenz 1848.
- Morena, A.:** Scritti di pubblica economia degli Accademici Georgofili etc., hrsg. von A. Morena, 2 Bde. Arezzo 1899.
- Reumont, A.:** Saggi di Storia e Letteratura. Florenz 1880.
- Geschichte Toskanas, 2 Bde. 1876/77.
- Rigobon, P.:** La contabilità di Stato nella Repubblica di Firenze e nel Granducato di Toscana. Girgenti 1892.
- Robiony, E.:** Gli Ultimi dei Medici e la successione al Granducato di Toscana. Florenz 1905.

- Rocchi, G.: Pompeo Neri. (Archivio Storico Italiano, III. Serie, vol. XXIV, 1876.)
- Rodolico, N.: Stato e Chiesa in Toscana durante la Reggenza lorenese (1737—1765). Florenz 1910.
- La Toscana alla Morte di Gian Gastone. (Rassegna Nazionale, Bd. 177, 178. 1911.)
- Sarchiani, G.: Intorno al sistema delle pubbliche Imposizioni (1791). [Atti dell'Accademia dei Georgofili. Firenze 1796, III.]
- Ragionamento sul commercio, arti e manifatture della Toscana. Florenz 1781.
- Scaduto, F.: Stato e Chiesa sotto Leopoldo I. Florenz 1885.
- Schmoller, G.: Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, besonders des preussischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert. Leipzig 1898.
- Tabarrini, M.: Studi di Critica Storica. Florenz 1876.
- Tariffa delle Gabelle Toscane. Florenz 1781; 1791.
- — — per Firenze. Florenz 1781; 1791.
- — — — Pisa. Florenz 1783; 1791.
- — — — Siena. Florenz 1783; 1791.
- — — — Pistoia. Florenz 1783; 1791.
- Wolf, A.: Leopold und Marie Christine. Ihr Briefwechsel. Wien 1867.
- Young, A.: Reisen durch Frankreich und einen Teil Italiens in den Jahren 1787—1790. (Deutsche Uebersetzung aus dem Englischen von E. A. W. Zimmermann, 3 Bde. Berlin 1893—1895.)
- Zimmermann, J.: Das Verfassungsprojekt des Großherzogs Peter Leopold von Toskana. Heidelberg 1901.
- Zobi, A.: Storia civile della Toscana, 5 Bde. Florenz 1850—1852.
- Manuale storico delle Massime e degli Ordinamenti economici vigenti in Toscana. Florenz 1847.
- Memorie economico-politiche. Florenz 1860.
- Zuccagni-Orlandini, A.: Ricerche statistiche sul Granducato di Toscana. Florenz 1848—1853.
-













